

L. H. M. D. N. A.

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1977

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg

INHALTSVERZEICHNIS

a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
Januar-Heft			
Kurzinformationen	1	Ärzte in Hamburg, Struktur und Entwicklung 1955 bis 1975	148
Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten von 1965 bis 1974 in Hamburg und in der Region Hamburg/Umland	3	Monatszahlen	153
Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen	5	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	160
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1976 in Hamburg	11	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	161
Monatszahlen	24	Juli-Heft	
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	31	Kurzinformationen	165
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	32	Der Fremdenverkehr in den 12 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland	167
Februar-Heft			
Kurzinformationen	33	Monatszahlen	172
Öffentliche Jugendhilfe — ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse	35	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	179
Entwicklung von Umfang und Struktur der Personalkosten der öffentlichen Verwaltung	43	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	180
Monatszahlen	56	August-Heft	
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	63	Kurzinformationen	181
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	64	Strafsachen und Bußgeldverfahren vor den hamburgischen Gerichten von 1970 bis 1976	183
März-Heft			
Kurzinformationen	65	Monatszahlen	191
Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur	67	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	198
Niveau, Struktur und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg und im Hamburger Umland 1961/74	75	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	199
Fehlbildungen bei Neugeborenen in Hamburg 1971 bis 1975	79	September-Heft	
Monatszahlen	82	Kurzinformationen	201
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	89	Die Bedeutung Hamburgs im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den OPEC-Ländern	203
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	90	Die öffentliche Abfallbeseitigung in Hamburg 1975	207
April-Heft			
Kurzinformationen	93	Monatszahlen	210
Standortverlagerungen Hamburger Industriebetriebe seit 1965	95	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	217
Monatszahlen	100	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	218
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	107	Oktober-Heft	
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	108	Kurzinformationen	221
Mai-Heft			
Kurzinformationen	109	Technisierung der Hamburger Haushalte — ein Gradmesser des Wohlstands	223
Entwicklung des Hamburger Arbeitsmarktes nach Berufen und Branchen im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1950	111	Cityferne Gebiete als Wanderungsziel	229
Entwicklung und Bedeutung der Alkoholunfälle in Hamburg	123	Monatszahlen	233
Monatszahlen	126	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	240
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	133	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	241
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	134	November-Heft	
Juni-Heft			
Kurzinformationen	137	Kurzinformationen	243
Hochschulfinanzen in Hamburg 1975	139	Weniger Ausländer in Hamburg 1976	245
		Lohnsteuerpflichtige Einkommen und Abgaben der Lohnsteuerpflichtigen in Hamburg 1974 — mit Großstädtevergleich und innerstädtischer Gliederung —	249
		Monatszahlen	278
		Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	285
		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	286
		Dezember-Heft	
		Hamburg im Jahre 1977	287
		Monatszahlen	305
		Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 12 andere Großstädte des Bundesgebietes	312
		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	313

b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

Zeichenerklärung: x = Regionalstatistische Ergebnisse Hamburgs

xx = Regionalstatistische Ergebnisse für das Umland Hamburg bis 40 km

- x Abfallbeseitigung; September S. 207
- x Ärzte in Hamburg; Juni S. 148
- x Alkoholunfälle; Mai S. 123
Arbeitsmarkt, nach Berufen und Branchen im Vergleich zum Bundesgebiet; Mai S. 111
- x Ausländer in Hamburg 1976; November S. 245
Außenhandel Hamburgs mit den OPEC-Ländern; September S. 203

- x Bedeutung der Alkoholunfälle in Hamburg; Mai S. 123
Bedeutung Hamburgs im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den OPEC-Ländern; September S. 203
- xx Bruttoinlandsprodukt für die Region Hamburg/Umland 1961/74; März S. 75
- x Bußgeldverfahren und Strafsachen; August S. 183

- xx Cityferne Gebiete als Wanderungsziel; Oktober S. 229

- x Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur; März S. 67
Die Bedeutung Hamburgs im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den OPEC-Ländern; September S. 203
- x Die öffentliche Abfallbeseitigung; September S. 207

- Entwicklung der Personalkosten der öffentlichen Verwaltung; Februar S. 43
- x Entwicklung des Hamburger Arbeitsmarktes; Mai S. 111
- x Entwicklung und Bedeutung der Alkoholunfälle; Mai S. 123
- xx Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten; Januar S. 53

- x Fehlbildungen bei Neugeborenen; März S. 79
Fremdenverkehr in den 12 größten Städten der Bundesrepublik; Juli S. 167

- x Hamburger Ärzte 1955 bis 1975; Juni S. 148
- x Hamburger Arbeitsmarkt; Mai S. 111
Hamburger Industriebetriebe; April S. 95
Hamburg im Jahre 1977; Dezember S. 287
- x Hochschulfinanzen in Hamburg 1975; Juni S. 139

- Jahresrückblick 1977; Dezember S. 287
Jugendhilfe, öffentliche; Februar S. 35

- Lohnsteuerpflichtige Einkommen und Ausgaben der Lohnsteuerpflichtigen; November S. 249

- x Messung der Wohnqualität von Stadtteilen; Januar S. 5
- xx Niveau, Struktur und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts; März S. 75

- x Öffentliche Abfallbeseitigung in Hamburg 1975; September S. 207
- x Öffentliche Jugendhilfe; Februar S. 35

- x Personalkosten der öffentlichen Verwaltung; Februar S. 43

- Standortverlagerungen Hamburger Industriebetriebe seit 1965; April S. 95
- x Strafsachen und Bußgeldverfahren; August S. 183

- x Technisierung der Hamburger Haushalte; Oktober S. 223

- x Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1976 in Hamburg; Januar S. 11
- x Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung; März S. 67
- xx Wanderungsziel, cityferne Gebiete; Oktober S. 229
- x Weniger Ausländer in Hamburg 1976; November S. 245

- x Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen; Januar S. 5

Hamburg in Zahlen

1977



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Inhalt

<i>Kurzinformationen</i>	Seite	1
Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten von 1965 bis 1974 in Hamburg und in der Region Hamburg/Umland		3
Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen		5
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1976 in Hamburg		11
<i>Monatszahlen</i>		24
<i>Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte des Bundesgebietes</i>		31
<i>Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet</i>		32

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend.
- ... = Zahlenangaben fallen später an.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- g = geschätzte Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

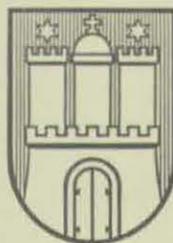
Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhörn 12

Einzelpreis DM 2,50; Jahresabonnement DM 20,—

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Fast 400 Fernsprecher auf 1000 Einwohner

Im Ortsnetz Hamburg waren im September 1976 über 761 000 Fernsprechhauptanschlüsse vorhanden. Damit entfallen in diesem Netzbereich, der neben der Hansestadt auch die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randgemeinden umfaßt, auf 1000 Einwohner 390 Fernsprecher. Noch 1970 betrug diese Zahl 330, vor zehn Jahren nur 224. Wenn auch die hohen jährlichen Zuwachsraten der sechziger Jahre nicht mehr erreicht werden, so hat sich bemerkenswerterweise selbst in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und trotz erhöhter Kosten für Anschaffung und Unterhaltung der Anstieg kontinuierlich fortgesetzt. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Gesamtzahl der Fernsprecher auch die Anschlüsse aller Firmen, Behörden usw. enthält, kann festgestellt werden, daß heute etwa drei Viertel aller hamburgischen Haushalte mit Telefon ausgerüstet sind.

Starker Anstieg im EG-Handel

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland über den Hamburger Hafen mit den übrigen EG-Staaten erreichte in den Monaten Januar bis Oktober 1976 einen Wert von fast 4,1 Mrd. DM. Er lag damit um 43 Prozent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der Ausfuhr wurde eine Zuwachsrate von 35 Prozent, in der Einfuhr sogar von 55 Prozent erzielt.

Diese Entwicklung wurde maßgeblich beeinflußt durch die Ausweitung des Handels mit Frankreich, der mit 928 Mio. DM fast das Vierfache des Wertes von 1975 erreichte. Die entscheidende Rolle spielten hierbei Gemeinschaftsprojekte im Flugzeugbau (u. a. Airbus). Mit Ausnahme Italiens konnten aber auch im Außenhandel mit den übrigen Partnerstaaten erfreulich hohe Zuwachsraten registriert werden.

Anzahl der Ausländerübernachtungen erhöht

Von Januar bis Oktober 1976 stieg in Hamburg die Zahl der Übernachtungen von Ausländern gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres leicht an (+ 1,2 Prozent). Damit ist seit 1970 erstmals der ständige Rückgang von Ausländerübernachtungen zum Stillstand gekommen.

Allerdings ergibt sich für die einzelnen Herkunftsländer ein recht unterschiedliches Bild. So ging die Zahl der Übernach-

tungen von Schweden und Dänen, die nach wie vor die stärksten Besuchergruppen stellten, ebenso zurück wie die von Japanern. Dies konnte jedoch durch die günstige Entwicklung bei den Gästen aus anderen Ländern mehr als ausgeglichen werden. Besonders stark war die Zunahme von Übernachtungen bei Besuchern aus Großbritannien, den USA und den Niederlanden. Aber auch Gäste aus Frankreich, Norwegen, der Schweiz und Österreich haben in deutlichem Maße zu dem positiven Ergebnis beigetragen.

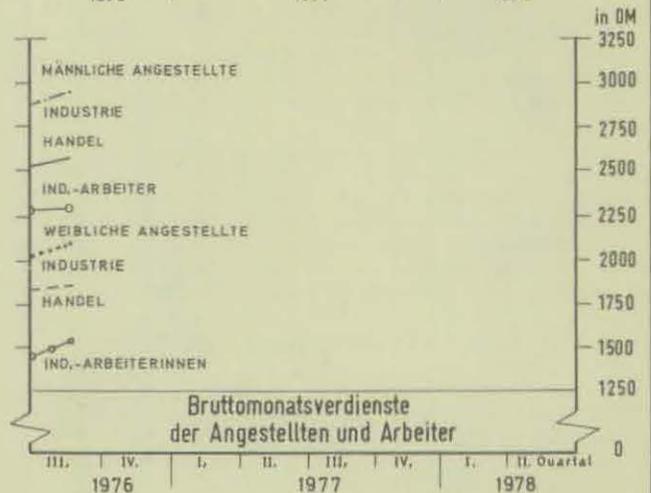
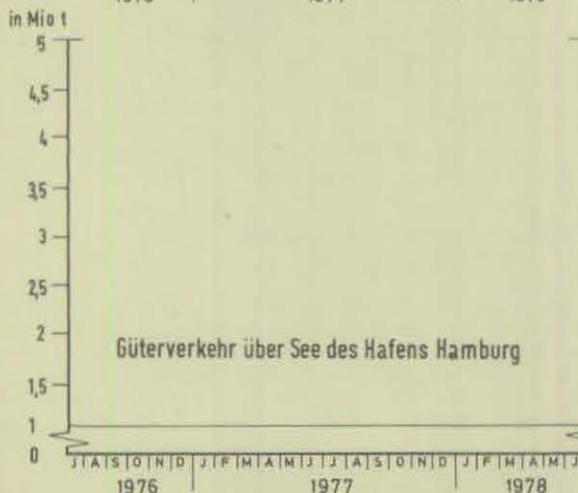
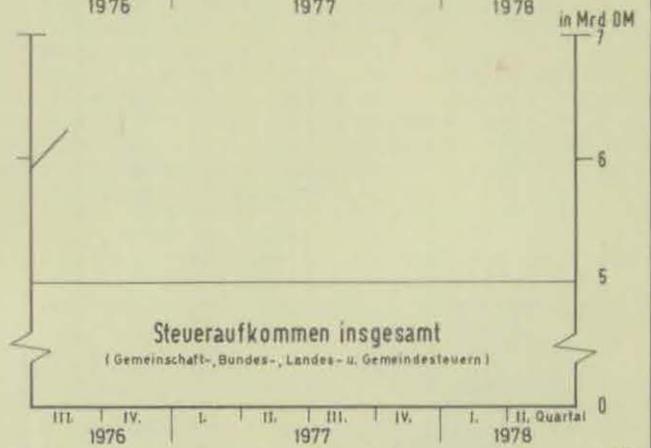
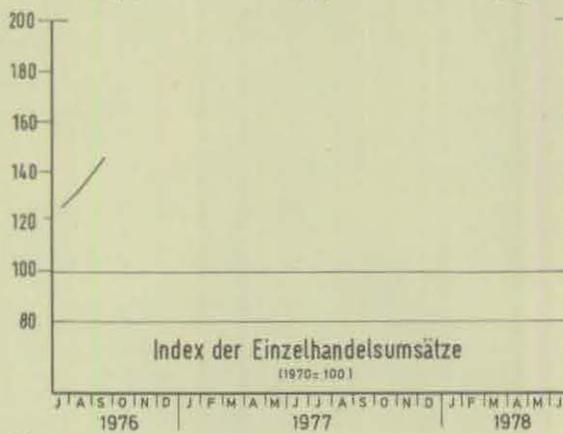
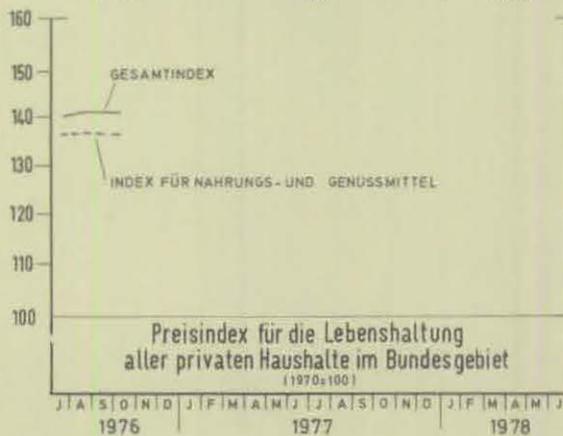
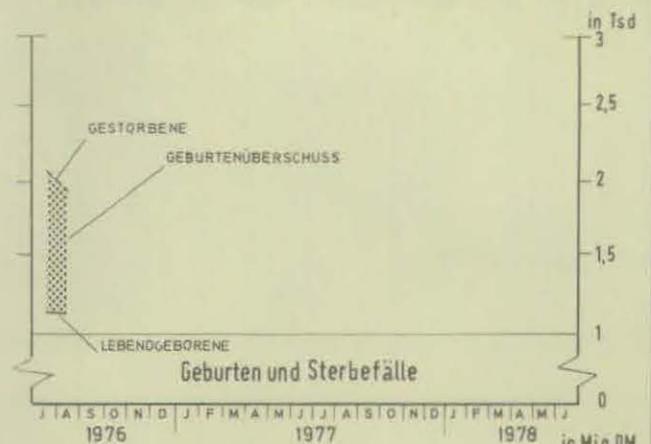
Kaum ein Hamburger studiert im Süden

Vor nicht ganz vier Jahren wurde für viele Studienfächer die zentrale Vergabe von Studienplätzen eingeführt. Die Verteilung von Studienplätzen durch eine Zentralstelle hat die von den Hamburger Studenten belegten Hochschulorte im Vergleich zu den früher frei gewählten Studienorten nicht nennenswert verändert. 1976 waren von den 22 400 Studenten mit ständigem Wohnsitz in Hamburg 81 Prozent an Hamburger Hochschulen eingeschrieben, 13 Prozent besuchten Hochschulen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin und Bremen. In den südlicheren Bundesländern studierten nur rund 6 Prozent der Studenten aus Hamburg. Die nahezu gleiche regionale Verteilung der Hamburger Studenten bestand – bei lediglich geringfügig niedrigeren Anteilen für Schleswig-Holstein und Niedersachsen – auch 1972, ein Jahr vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Errichtung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze. Damals war allerdings die Anzahl der Studierenden aus Hamburg insgesamt um über 9 000 kleiner als 1976.

Kreislaufkrankheiten und Krebs häufigste Todesursachen

Im Jahr 1976 sind 25 000 Hamburger gestorben. Unter den Todesursachen dominierten die Krankheiten des Kreislaufsystems und die bösartigen Neubildungen. Allein die Kreislaufkrankheiten bildeten bei den gestorbenen Frauen annähernd die Hälfte und bei den Männern mehr als 40 Prozent aller Todesursachen. Herzkrankheiten einschließlich des akuten Herzmuskelfarkts waren hierunter jeweils mit rund der Hälfte vertreten. Bösartige Neubildungen waren Todesursache bei etwa einem Fünftel der Gestorbenen, und zwar wurden Männer – insbesondere durch den Krebs der Atmungsorgane – etwas stärker betroffen als Frauen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten von 1965 bis 1974 in Hamburg und in der Region Hamburg/Umland

Wie der Hamburger Senat vor einiger Zeit mitteilte, geht er davon aus, daß die Bevölkerungszahl Hamburgs 1985 unter 1,6 Mio liegen wird. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß dies einen Rückgang von 15 % bzw. um mehr als eine Viertelmillion gegenüber dem Bevölkerungshöchststand von 1964 bedeutet, dann ergeben sich immer drängender Fragen nach den Konsequenzen dieser Entwicklung und nach der Möglichkeit, diese Konsequenzen auch statistisch zu messen. Zuvor ist aber noch zu klären, ob die Entwicklung selbst mit der Gegenüberstellung nur der tatsächlichen Werte überhaupt vollständig erfaßt wird.

Die Bevölkerungsstatistik weist nach, daß die hamburgische Bevölkerung in den zehn Jahren vom 1. 1. 1965 bis zum 31. 12. 1974 von 1 857 400 auf 1 733 800 um 123 600 zurückgegangen ist, ein Rückgang, wie ihn praktisch alle Großstädte in den letzten Jahren zu verzeichnen hatten, z. T. durch Fortzüge ins unmittelbare Umland, z. T. dadurch, daß die Zahl der Gestorbenen die der Geburten übertraf, in bezug auf die deutsche Bevölkerung z. T. überdeckt durch die Wanderungen und Geburten der Ausländer. Die Bevölkerungszahl der gesamten Region Hamburg/Umland (hier: Hamburg plus vier schleswig-holsteinische und zwei niedersächsische Nachbarkreise) stieg in dieser Zeit zwar relativ langsamer als im Bundesdurchschnitt, aber immerhin noch um 74 100 an, wobei der Anteil Hamburgs an den Einwohnern der Gesamtregion um über sechs Punkte auf 61,4 % fiel.

Aber wie verhält sich die hamburgische Entwicklung zu der Tatsache, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum positiv war und relativ höher lag als die der Gesamtregion? Wie verhält sie sich zur gleichzeitigen Entwicklung der Gesamtregion, d. h., welcher Anteil der hamburgischen Rückgänge kann durch Zuwächse in der Region unter Umständen als kompensiert gelten? Und wie hoch ist der Anteil Hamburgs am Entwicklungsrückstand der Gesamtregion gegenüber dem Bund, d. h., welcher Anteil der hamburgischen Rückgänge ist nicht nur aus hamburgischer Sicht, sondern möglicherweise auch aus regionaler Sicht von Bedeutung?

Rechnungen dieser Art sind natürlich – wie alle regionalen Entwicklungsanalysen – ebenso von den verwendeten Beobachtungsmerkmalen abhängig wie von der Abgrenzung der jeweiligen Region und von dem gewählten Beobachtungszeitraum. Und sie sagen auch nichts darüber aus, ob die zu Vergleichszwecken herangezogenen Wachstumsraten der übergeordneten Gebietseinheit für diese wünschbar waren oder für den Beobachtungsraum als Zielgrößen aus strukturellen Gründen überhaupt möglich bzw. wünschenswert gewesen wären (es darf in diesem Zusammenhang als Beispiel an die regionale Problematik hoher Gastarbeiterzahlen bzw. -anteile erinnert werden).

Dies unberücksichtigt lassend, soll die hamburgische Bevölkerungsentwicklung im folgenden mit den Zahlen verglichen werden, die sich ergeben hätten, wenn Hamburg (1) mit der relativen Wachstumsrate des Bundes und (2) mit derselben Wachstumsrate wie die gesamte Region gewachsen wäre. Zunächst also der Vergleich mit dem Bund (vgl. T a b e l l e):

(1) Wenn Hamburg sich mit derselben Wachstumsrate wie der Bund entwickelt hätte, dann hätte es bis Ende 1974 nicht einen Rückgang der Bevölkerung von 1 857 400 auf 1 733 800, sondern einen Anstieg auf 1 965 300 zu verzeichnen gehabt.

Hamburg hat also nicht nur einen tatsächlichen Bevölkerungsrückgang von 123 600 aufzuweisen, sondern darüber hinaus auch noch ein nicht stattgefundenes Wachstum gegenüber der Bundesentwicklung von 107 900. Der eigentliche „Beitrag Hamburgs zur Entballung“ beträgt in den zehn Jahren 1965 bis 1974 somit nicht nur 123 600, sondern 231 500 Personen. (Dieser Wert, als Quotient und nicht – wie vorstehend – als Differenz ausgedrückt, entspricht übrigens dem sogenannten Regionalfaktor der „Shift-Analyse“.)

(2) Bei gleicher relativer Wachstumsrate wie die Gesamtregion würde Hamburg Ende 1974 eine Bevölkerung von 1 907 400 erreicht haben. Zu dem tatsächlichen Rückgang von 123 600 Einwohnern käme hier ein nicht stattgefundenes Wachstum von 50 000, zusammen also 173 600. Von der Gesamtsumme aus tatsächlichem Bevölkerungsrückgang und nicht stattgefundenem Wachstum von 231 500 sind demnach 75 % nicht mehr Hamburg, wohl aber noch der Region, also dem Umland zuzuschreiben. Diese 75 % der tatsächlichen und hypothetischen Verluste Hamburgs sind – ebenfalls rechnerisch, nicht aufgrund statistisch erfaßter Einzelvorgänge – zu rund 68 % (118 600) den schleswig-holsteinischen und zu knapp einem Drittel (55 000) den niedersächsischen Nachbarkreisen gutzuschreiben. Die tatsächlich beobachteten und erfaßten Bevölkerungsbewegungen entsprechen etwa diesen Relationen: Vom gesamten Bevölkerungswachstum der sechs Umlandkreise in den zehn Jahren 1965 bis 1974 in Höhe von 202 400 entfielen 69 % auf die vier nördlichen Nachbarkreise.

Der nach Abzug der dem Umland gutzuschreibenden Verluste Hamburgs (173 600) von der Gesamtentwicklung (–231 500) verbleibende Rest von –57 900 ist als der auf Hamburg entfallende Anteil an dem geringeren Wachstum der Gesamtregion Hamburg/Umland gegenüber der Bundesentwicklung zu interpretieren. Bei diesem Viertel des hamburgischen Wachstumsrückstandes ist die Ursache in großräumig wirkenden, die Region im ganzen gegenüber anderen Regionen der Bundesrepublik betreffenden Faktoren zu suchen (z. B. Ausländeranteil, Alters- und Haushaltsstruktur,

Entwicklung von Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen und Industriebeschäftigten in Hamburg
und in der Region Hamburg/Umland

(in vollen 1000)

Merkmale und Gebiete	Ausgangs- wert 1)	Endwert 2)	Hypothetischer Endwert bei relativ gleicher Entwicklung wie in der		Tatsäch- liche Entwick- lung Sp. 2 ./. Sp. 1	Diffe- renz Sp.4 ./. Sp.1	Diffe- renz Sp.2 ./. Sp.3	Diffe- renz Sp.3 ./. Sp.4	Diffe- renz Sp.2 ./. Sp.4
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Wohnbevölkerung									
Hamburg	1 857,4	1 733,8	1 907,4	1 965,3	- 123,6	107,9	- 173,6	- 57,9	- 231,5
Umlandkreise in Schleswig-Holstein 3)	633,3	769,0	650,4	670,1	135,7	36,8	118,6	- 19,7	98,9
Umlandkreise in Niedersachsen 4)	259,9	321,9	266,9	275,0	62,0	15,1	55,0	- 8,1	46,9
Gesamtregion Hamburg/Umland	2 750,6	2 824,7	2 824,7	2 910,4	74,1	159,8	-	- 85,7	- 85,7
Erwerbspersonen/Erwerbstätige									
Hamburg	892,0	827,7	882,7	890,8	- 64,3	- 1,2	- 55,0	- 8,1	- 63,1
Umlandkreise in Schleswig-Holstein 3)	259,5	301,5	256,8	259,2	42,0	- 0,3	44,7	- 2,4	42,3
Umlandkreise in Niedersachsen 4)	112,5	121,7	111,4	112,4	9,2	- 0,1	10,3	- 1,0	9,3
Gesamtregion Hamburg/Umland	1 264,0	1 250,9	1 250,9	1 262,4	- 13,1	- 1,6	-	- 11,5	- 11,5
Industriebeschäftigte									
Hamburg	227,5	191,2	215,8	221,4	- 36,1	- 5,9	- 24,6	- 5,6	- 30,2
Umlandkreise in Schleswig-Holstein 3)	48,1	66,2	45,7	46,9	18,1	- 1,2	20,5	- 1,2	19,3
Umlandkreise in Niedersachsen 4)	8,7	12,3	8,2	8,4	3,6	- 0,3	4,1	- 0,2	3,9
Gesamtregion Hamburg/Umland	284,1	269,7	269,7	276,7	- 14,4	- 7,4	-	- 7,0	- 7,0

1) bei Wohnbevölkerung 31.12.1964, bei Erwerbspersonen 6.6.1961, bei Industriebeschäftigten 30.9.1964.

2) " " " 31.12.1974, " Erwerbstätigen 27.5.1970, " " " 30.9.1974.

3) Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hzgt. Lauenburg.

4) Harburg, Stade.

Arbeitsmarktlage bzw. Industriebesatz, Freizeitwert, Image der Gesamtregion verglichen mit anderen Verdichtungsräumen oder dem Bundesdurchschnitt). Bei den zuvor erwähnten 75% des gesamten tatsächlichen und hypothetischen Verlustes müßte die Ursache in regional begrenzt wirkenden Faktoren (neben der auch hier relevanten Bevölkerungsstruktur z. B. in dem Zug ins Grüne in Verbindung mit Eigentumsbildung) gesucht werden.

Geht man nochmals von den eingangs gestellten Fragen aus, so könnte man also sagen, daß 75% des Einwohnerrückgangs in Hamburg durch entsprechende Zugänge in der Region unter Umständen als kompensiert gelten kann. Die 25% hamburgischer Anteil am Entwicklungsrückstand der Gesamtregion gegenüber dem Bund verdienen dagegen möglicherweise größere Beachtung, und zwar nicht nur aus hamburgischer, sondern auch aus regionaler Sicht. Bezogen auf den tatsächlichen Bevölkerungsrückgang in Hamburg von 123 600 in zehn Jahren wären diese 25% 30 900 Personen bzw. 1,7% des Ausgangswertes von 1 857 400.

Diese Rechnung, weniger für eine Ursachenanalyse geeignet als vielmehr für die globale Abschätzung der Bedeutung einzelner Entwicklungsvorgänge bestimmt, läßt sich natürlich auch mit anderen Merkmalen durchführen, etwa mit einer Betrachtung nur der deutschen Bevölkerung oder bestimmter Altersgruppen oder der ebenfalls besonders interessierenden Erwerbspersonen. Letztere liegen zwar nur für die Großzählungs-

jahre 1961 und 1970 vor, aber zum Vergleich der Größenordnungen ist auch dieser Zeitraum noch geeignet:

Vom tatsächlichen Rückgang von 64 300 hamburgischen Erwerbspersonen ist ein Rückgang von 1 200 abzuziehen, der sich auch bei einer Entwicklung wie im Bund ergeben hätte, d. h., der Unterschied zur Bundesentwicklung beträgt bei diesem Merkmal nur 63 100. Von diesen 63 100 sind 55 000 dem Umland zuzurechnen, also in der Region verblieben. Nur 8 100 Erwerbspersonen, das sind 13% der Entwicklungsdifferenz Hamburgs zum Bund, sind als hamburgischer Anteil am Entwicklungsrückstand der Gesamtregion gegenüber dem Bund unter Umständen auch aus regionaler Sicht bedeutungsvoll. Bezogen auf den tatsächlichen Rückgang von 64 300 Erwerbspersonen zwischen 1961 und 1970 wären diese 13% rund 8 200 Personen bzw. 0,9% der Ausgangszahl von 892 000. Betrachtet man als ein weiteres Beispiel in gleicher Weise die tatsächliche und hypothetische Entwicklung der Industriebeschäftigten, so ergibt sich im Zeitraum vom 30. 9. 1964 bis 30. 9. 1974 folgendes:

Der tatsächliche Rückgang an Industriebeschäftigten in Hamburg von 36 100 wird insofern relativiert, als sich auch hier bei einer Entwicklung wie im Bund ein Verlust von 5 900 Industriebeschäftigten ergeben hätte. Von den verbleibenden 30 200 sind 24 600 hypothetisch den Umlandkreisen zuzurechnen, so daß von dem gesamten Industriebeschäftigten-Rückgang Hamburgs der Verlust von 5 600 bzw. 19% unter Um-

ständen auch als regional problematisch angesehen werden kann. Bezogen auf den tatsächlichen Rückgang von 36 100 Industriebeschäftigten hätte Hamburg demnach in den zehn Jahren rund 6 700 Beschäftigte bzw. etwa 3 % der Ausgangssumme von 227 300 zu Lasten auch der Gesamtregion verloren.

Von den dem Umland zuzurechnenden 24 600 Industriebeschäftigten entfallen 20 500 (83 %) auf Zuwächse in den schleswig-holsteinischen und 4 100 (17 %) auf Zuwächse in den niedersächsischen Umlandkreisen. Damit sind bei den Industriebeschäftigten die tatsächlichen und hypothetischen Zuwächse, die Rückgänge in Hamburg kompensieren, relativ stärker als bei der Wohnbevölkerung auf das schleswig-holsteinische Umland konzentriert.

Insgesamt liegt, wie aus dem Vergleich der „Industriebesatzziffern“, d. h. der Anzahl von Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner, hervorgeht, die Ausstattung mit industriellen Arbeitsplätzen in Hamburg wie in der gesamten Region unter dem Bundesdurchschnitt:

	1964	1974
Hamburg	122	110
Region Hamburg/Umland	103	95
Bundesrepublik	146	134.

Allerdings besitzt Hamburg einen tertiären Sektor von erheblicher Bedeutung und entsprechend ausgleichender Wirkung und Ausstrahlung auf die gesamte Region.

Stellt man zusammenfassend die genannten hamburgischen Entwicklungen nochmals den Bundesentwicklungen gegenüber, so zeigt sich der Hauptunterschied darin, daß bei der Bevölkerungsentwicklung anstelle des tatsächlichen Rückgangs von 123 600 wegen des nicht stattgefundenen Wachstums ein Abstand zur Bundesentwicklung von 231 500 besteht, während sich der Rückstand bei der Entwicklung der Erwerbspersonen und der Industriebeschäftigten wegen des auch im Bund zu beobachtenden Rückgangs von 64 300 auf 63 100 und von 36 100 auf 30 200 verringert. Von besonderer Bedeutung auch aus der Sicht der Region wären nach der vorstehend ausgeführten Rechnung nur ein Bevölkerungsrückgang von 30 900 Einwohnern (bzw. 1,7 %) sowie ein Rückgang an Erwerbspersonen und Industriebeschäftigten von 8 200 Personen (bzw. 0,9 %) und von 6 700 Beschäftigten (bzw. 3 %).

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß sich mit ähnlich hypothetischen Rechnungen auf Gemeindebasis auch innerregionale Struktur- und Entwicklungsanalysen sowie Untersuchungen über regionale Abgrenzungen durchführen lassen. Jürgen Weißker

Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen

Problemstellung

Die Messung der Wohnqualität von Stadtteilen oder ähnlichen räumlichen Einheiten einer Stadt mittels einer einzelnen Meßzahl wird häufig gewünscht und versucht, ist aber mit einem einfachen statistischen Instrumentarium nur schwer zu realisieren. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Die Wohnqualität läßt sich nur unvollkommen durch ein einzelnes statistisch meßbares Merkmal beschreiben, da sie nicht identisch ist etwa mit dem Gebäudealter oder der sanitären Ausstattung der Wohnungen in bestimmten Gebieten. Ihr Begriffsfeld ist wesentlich weiter. So denkt man, wenn man von der Wohnqualität eines Stadtteils spricht, auch an das Wohnumfeld (Vorhandensein von Grünanlagen, Belästigung durch Verkehr und Industrie u. ä.) und an das Image, das ein Stadtteil als Wohnstandort in der Anschauung der Bevölkerung besitzt. Für die Messung eines so komplexen Sachverhaltes sind im wesentlichen zwei Probleme zu lösen. Das erste ist das Problem der Datenauswahl, d. h. die Frage, welche Daten aus dem vorhandenen Angebot die Wohnqualität von Stadtteilen hinreichend gut beschreiben. Das zweite ist das Gewichtungproblem. Hat man nämlich die einzelnen Daten ermittelt, dann ist zu bestimmen, in welcher Weise sie zu einem Gesamtergebnis zusammenzufassen sind. Bis heute

gibt es kein allgemein anerkanntes Verfahren, daß diese Probleme befriedigend löst. Meistens konstruiert man besondere Modelle für Einzelfälle, in denen allerdings die subjektive Erfahrung und Einschätzung des Untersuchenden eine bedeutende Rolle spielt.

Im folgenden soll ein faktorenanalytisches Verfahren auf seine Anwendbarkeit für die Erstellung eines Index zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen untersucht werden. Mit einer solchen Methode lassen sich beide Probleme (Datenauswahl und Gewichtung) recht einfach lösen. Sie hat für den Außenstehenden allerdings einen Nachteil: Da ihr Kernstück aus einem ziemlich komplizierten Rechenverfahren besteht, das nur von Computern bewältigt werden kann, lassen sich die einzelnen Rechenschritte nur schwer nachvollziehen. Zum Verständnis der Methode sind diese Einzelheiten jedoch nicht unbedingt erforderlich¹⁾. Die Grundgedanken des Verfahrens sind zumindest recht einfach und werden bei der Darstellung der Konstruktion des Index erklärt.

¹⁾ Für „Fachleute“:

Der Untersuchung liegt eine Hauptkomponentenanalyse (Kommunalitäten wurden gleich 1 gesetzt) ohne anschließende Rotation zur Einfachstruktur zugrunde. Durch eine geeignete Variablenauswahl wurde eine erste Hauptkomponente extrahiert, die einen hohen Varianzanteil (70 %) erklärt, so daß weitere Hauptkomponenten aus der Betrachtung ausgenommen werden konnten.

Auswahl der Daten

Das Verfahren, mit dem der Index „Wohnqualität von Stadtteilen“ ermittelt werden soll, geht von der Tatsache aus, daß die Wohnqualität ein Phänomen ist, das sich unmittelbar nicht messen läßt, sondern sich in einer Anzahl statistisch meßbarer Größen widerspiegelt, von denen jede Größe allein die Wohnqualität nur ungenügend erklärt. Wie erkennt man nun, welche Merkmale mit der Wohnqualität in Beziehung stehen? Zunächst geht man rein empirisch vor und sammelt die Daten, von denen man aus Erfahrung weiß, daß sie zur Beschreibung der Wohnqualität von Stadtteilen beitragen. Dabei ergeben sich bereits erste Schwierigkeiten, denn das Angebot an kleinräumig untergliederten Daten ist nicht sehr groß. Angaben über das Alter und die Ausstattung von Wohnungen liegen – wenn zum Teil auch nicht aktuell – vor. Schwieriger ist es schon, geeignete Daten über das Wohnumfeld zu erlangen. Während etwa Angaben über Bevölkerungsdichten und Industriearbeitsplätze vorhanden sind, fehlen entsprechende Daten über Verkehrsbelastungen, Grünanlagen und dergleichen. Für das Image eines Stadtteils stehen dagegen überhaupt keine unmittelbar meßbaren Merkmale zur Verfügung. Hier lassen sich allenfalls indirekt über die Verteilung sozialer Gruppen der Bevölkerung in den Stadtteilen Informationen gewinnen.

In einem nächsten Schritt werden die so ausgewählten Daten einem besonderen Eignungstest unterzogen, denn das Verfahren verlangt, daß die ausgewählten Merkmale miteinander in einem möglichst engen sta-

tistischen Zusammenhang stehen sollen. Ist ein solcher enger statistischer Zusammenhang der ausgewählten Merkmale untereinander gegeben, so besagt dies – und das ist der entscheidende Gedanke dieses Verfahrens –, daß ihnen eine Basis gemeinsam ist, die im vorliegenden Fall als Wohnqualität von Stadtteilen interpretiert werden soll. Es kommt also bei der Auswahl der Daten darauf an, unter der genannten Bedingung einen Merkmalskatalog zusammenzustellen, der den zu messenden Begriff „Wohnqualität von Stadtteilen“ möglichst umfassend beschreibt. Die Datenauswahl ist somit eine empirisch zu lösende Aufgabe, der bei dieser Untersuchungsmethode die größte Bedeutung zukommt.

Die Messung des statistischen Zusammenhangs zweier Merkmale erfolgt gewöhnlich mit Hilfe des Korrelationskoeffizienten. Er liegt stets in einem Wertebereich von 0 bis +1 oder -1, wobei das Vorzeichen auf die Richtung des Zusammenhangs hinweist: + bedeutet gleichgerichtete, - entgegengesetzte Zusammenhänge der Merkmale. Die Enge des Zusammenhangs wird durch den absoluten Wert wiedergegeben: Liegt er nahe bei 1, dann besteht ein sehr deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen, nur ein schwacher Zusammenhang besteht, wenn der Korrelationskoeffizient nahe bei 0 liegt.

Tabelle 1 zeigt das Ergebnis des Eignungstests für 17 empirisch ausgewählte Merkmale. Bei der Zusammenstellung dieses Merkmalskatalogs wurden bereits solche Merkmale ausgeschieden, die augen-

Tab. 1: Korrelationskoeffizienten ausgewählter Merkmale zur Ermittlung eines Index „Wohnqualität von Stadtteilen“

Nr.	Merkmale	* 1	* 2	* 3	4	5	6	* 7	* 8	9	10	* 11	* 12	* 13	* 14	* 15	* 16	17	Häufigk. der Korrelationen als Korrel.-koeff. $\geq 0,5 $
* 1	Wohnfläche je Einwohner 1968	1	0,375	0,941	-0,124	-0,166	-0,304	0,764	0,590	0,773	0,314	-0,386	0,809	0,888	0,886	0,655	0,416	0,926	9
* 2	Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung am Wohnungsbestand 1974	1	0,188	0,524	-0,304	+0,521	0,656	0,814	0,535	0,217	-0,568	0,587	0,625	0,529	0,681	0,564	0,418	11	
* 3	Zahl der Häuser je Einwohner 1968		1	-0,225	-0,103	-0,260	0,605	0,460	0,724	0,315	-0,293	0,744	0,769	0,783	0,556	0,262	0,841	8	
4	Anteil der 1918 bis 1974 gebauten Wohnungen am Wohnungsbestand 1974			1	-0,432	-0,324	0,276	0,466	-0,032	0,555	-0,683	0,246	0,154	0,147	0,476	0,307	-0,142	2	
5	Verhältnis von Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe zur Wohnbevölkerung 1970				1	0,486	-0,348	-0,413	-0,254	-0,367	0,630	-0,328	-0,299	-0,323	-0,366	-0,248	-0,007	1	
6	Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtsumme von Einwohnern und Beschäftigten 1970					1	-0,347	-0,553	-0,419	-0,337	0,570	-0,464	+0,423	-0,369	-0,582	-0,284	-0,261	4	
* 7	Bruttolohn je Steuerpflichtigen 1968						1	0,802	0,721	0,387	-0,563	0,766	0,924	0,897	0,729	0,699	0,796	12	
* 8	Miete je Quadratmeter 1968							1	0,785	0,391	-0,671	0,712	0,783	0,727	0,790	0,613	0,617	12	
9	Neubau-Miete je Quadratmeter 1968								1	0,282	-0,395	0,662	0,784	0,757	0,565	0,571	0,809	11	
10	Anteil der Deutschen an der Wohnbevölkerung 1974									1	-0,610	0,463	0,404	0,402	0,518	0,240	0,246	2	
* 11	Veränderung des Anteils der Deutschen an der Wohnbevölkerung 1969 bis 1974										1	-0,653	-0,542	-0,527	-0,719	-0,394	-0,285	11	
* 12	Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Angestellten und Beamten an den Erwerbstätigen 1970											1	0,892	0,884	0,847	0,464	0,756	11	
* 13	Anteil der Personen mit Abschluß weiterführender Schulen an der Wohnbevölkerung mit abgeschlossener Schulbildung 1970												1	0,959	0,807	0,602	0,870	12	
* 14	Anteil der Gymnasiasten an den Schülern in allgemeinbildenden Schulen 1970													1	0,774	0,589	0,856	12	
* 15	Anteil der Privathaushalte mit Telefon an den Privathaushalten insgesamt 1970														1	0,414	0,573	13	
* 16	Anteil der ohne öffentliche Mittel errichteten Eigentümerwohnungen an den Wohnungen insgesamt 1968															1	0,605	7	
17	Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen 1970																1	10	

scheinlich die Bedingung, möglichst häufig mit anderen Merkmalen eng zu korrelieren, nicht erfüllten (z. B. Bevölkerungsdichte). Für jedes Merkmal ist die Stärke des statistischen Zusammenhangs mit einem anderen Merkmal ersichtlich. Darüber hinaus gibt eine Häufigkeitsauszählung für jedes Merkmal an, wie oft eine enge Korrelation mit einem anderen Merkmal vorhanden ist. Als untere Grenze für eine enge Korrelation wurde der Wert $\pm 0,5$ gewählt. Die 17 Merkmale teilen sich deutlich in zwei Gruppen, und zwar in solche, die oft (Häufigkeiten zwischen 7 und 12) und solche, die selten mit anderen Merkmalen eng korrelieren (Häufigkeiten zwischen 1 und 4). Bei der letzten Gruppe handelt es sich offensichtlich um Merkmale, die wenig mit der Wohnungsqualität von Stadtteilen in Verbindung stehen; sie wurden daher von der weiteren Untersuchung ausgeschlossen. Bemerkenswert ist allerdings, daß zu diesen Merkmalen auch das Gebäudealter gehört. Eine nähere Betrachtung der Daten für einige Stadtteile zeigt, daß man das Baualter nicht berücksichtigen kann. Wenn nämlich das Gebäudealter eine wesentliche Eigenschaft der Wohnqualität von Stadtteilen darstellen würde, müßte der Anteil der Wohnungen, die nach 1918 gebaut worden sind, in Stadtteilen mit hoher Wohnqualität sich deutlich unterscheiden von dem Anteil dieser Baualtersgruppe in Stadtteilen mit geringer Wohnqualität. Tatsächlich weisen jedoch Stadtteile mit geringer Wohnqualität ähnlich hohe Anteile an Wohnungen dieses Baualters auf wie Stadtteile mit guter Wohnqualität. Dies zeigen die prozentualen Altbauanteile am Gesamtwohnungsbestand für Altona-Altstadt (57), Altona-Nord (85) und Ottensen (65) auf der einen Seite und Othmarschen (80), Nienstedten (74) und Blankenese (69) auf der anderen Seite. Die Lage von Wohnungen in alten Gebäuden ist somit kein hinreichendes Indiz für eine schlechte Wohnqualität des Quartiers, da Wohnungen in alten Mietshäusern etwa in Ottensen nicht zu vergleichen sind mit Wohnungen in gleich alten Villen, z. B. in Blankenese.

In die Gruppe der Merkmale, die häufig eng mit anderen Merkmalen korrelieren, sind relativ viele sozialstrukturelle Merkmale gefallen, die in der Regel auch entsprechend stark mit Wohnungsmerkmalen korrelieren. Sozialstrukturelle Merkmale eignen sich also, zumindest indirekt, für die Messung von Teilaspekten der Wohnqualität und können insoweit als Ersatzindikatoren für so schwer meßbare Sachverhalte wie Image und Prestige von Wohngebieten, Wohnumfeld und dergleichen benutzt werden.

Insgesamt sind nach diesem Eignungstest elf Merkmale²⁾ – in Tabelle 1 mit einem Stern versehen – in die weitere Untersuchung gelangt, und zwar fünf Merkmale aus dem Bereich „Gebäude/Wohnungen“ und sechs Merkmale aus dem Bevölkerungsbereich. Sie stellen ein Bündel von Eigenschaften dar, das in dieser Untersuchung den Begriff „Wohnqualität von Stadtteilen“ definiert.

Der angestrebte enge statistische Zusammenhang zwischen den ausgewählten Merkmalen kann nicht nur durch ungeeignete Daten beeinträchtigt werden, son-

dern auch durch solche Stadtteile, die im Vergleich zu der überwiegenden Zahl der Stadtteile extrem abweichend strukturiert sind. Als Beispiel mögen hier die vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Teile des Stadtgebietes dienen. Obwohl in diesen Gebieten der Anteil der Eigentümerwohnungen (Merkmal Nr. 16) recht hoch ist, erfüllen insbesondere die in diese Kategorie fallenden Wohnungen in Bauernhäusern in der Regel neben der reinen Wohnfunktion auch noch spezielle betriebliche Aufgaben und sind daher mit Eigentümerwohnungen in Einfamilienhausgebieten nicht vergleichbar. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man, wenn man die Sozialstruktur dieser Stadtteile näher betrachtet, so daß die vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Stadtteile der Bezirke Bergedorf und Harburg sowie das Hafengebiet aus der Untersuchung ausgenommen wurden.

Mit der Datenauswahl ist die eigentliche empirische Arbeit für die Indexermittlung zur Wohnqualität beendet. Sie hatte die Aufgabe, unter einer besonderen Bedingung einen geeigneten Katalog statistisch meßbarer Merkmale zu finden, der die „Wohnqualität von Stadtteilen“ sachlich möglichst umfassend beschreibt. Die nachfolgenden Arbeitsgänge werden ausschließlich durch die Rechenmethode bestimmt, mit der die ausgewählten Daten weiter bearbeitet werden.

Gewichtung

Nach der Auswahl der elf Merkmale war festzulegen, mit welchem Gewicht die einzelnen Merkmale zu dem Index „Wohnqualität von Stadtteilen“ beitragen. Es gibt verschiedene Wege, statistische Gewichtungsprobleme zu lösen. Der besondere Ansatz der hier angewendeten Methode nimmt die Enge der Beziehung zwischen den ausgewählten Merkmalen und dem Faktor „Wohnqualität“ zum Maßstab, d. h., je enger dabei ein Merkmal mit der Wohnqualität in Zusammenhang steht, desto höher ist das Gewicht, das dieses Merkmal bei der Zusammenfassung der Merkmale zum Index erhält.

Tab. 2: Komponenten der „Wohnqualität“ und ihre Gewichtung

Merkmale	Index-Gewicht
Wohnfläche je Einwohner 1968	0,8528
Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung am Wohnungsbestand 1974	0,7208
Zahl der Räume je Einwohner 1968	0,7328
Bruttolohn je Lohnsteuerpflichtigen 1968	0,9218
Miete je Quadratmeter 1968	0,8667
Veränderung des Anteils der Deutschen an der Wohnbevölkerung 1969 bis 1974	-0,6884
Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Angestellten und Beamten an den Erwerbstätigen 1970	0,9175
Anteil der Personen mit Abschluß weiterführender Schulen an der Wohnbevölkerung mit abgeschlossener Schulbildung 1970	0,9679
Anteil der Gymnasiasten an den Schülern in allgemeinbildenden Schulen 1970	0,9433
Anteil der Privathaushalte mit Telefon an den Privathaushalten insgesamt 1970	0,8741
Anteil der ohne öffentliche Mittel errichteten Eigentümerwohnungen an den Wohnungen insgesamt 1968	0,6454

²⁾ Die Merkmale Nr. 9 und 17 wurden nicht berücksichtigt, da der Aspekt der Miete bzw. der sozialen Stellung bereits in anderen Merkmalen enthalten ist.

Der Grundgedanke der Gewichtung ist also ebenfalls recht einfach. Komplizierter ist dagegen das Rechenverfahren, mit dem für die einzelnen Merkmale die Enge des Zusammenhangs zur „Wohnqualität von Stadtteilen“ ermittelt wird. Es kann daher hier nicht näher erörtert werden. Als Ergebnis erhält man Werte, die, ähnlich den bereits erwähnten Korrelationskoeffizienten, die Enge des Zusammenhangs der Merkmale mit der Wohnqualität darstellen. Auch ihr Wertebereich liegt zwischen 0 und 1. Tabelle 2 zeigt die so ermittelten Indexgewichte für die ausgewählten Merkmale.

Die im Vergleich etwas höheren Werte für die Bevölkerungsmerkmale ergeben sich daraus, daß die sozialstrukturellen Teilaspekte, in denen sich Wohnumfeld, Prestige, Image und dergleichen ausdrücken, in der Wohnqualität stärker durchschlagen als die baulichen Verhältnisse der Stadtteile.

Um die gewünschten Indexwerte für die einzelnen Stadtteile zu erhalten, sind die einzelnen Meßwerte der Merkmale mit den jeweiligen Indexgewichten zu multiplizieren und die elf Ergebnisse zu einem Gesamtergebnis zu addieren.

Tab. 3: Indexwerte "Wohnqualität" für Hamburger Stadtteile¹⁾

Lfd. Nr.	Stadtteile	Indexwert	Lfd. Nr.	Stadtteile	Indexwert
1	Othmarschen	19,5	42	Bergedorf	- 1,3
2	Wellingsbüttel	16,2	43	Bramfeld	- 1,6
3	Groß Flottbek	14,8	44	Stellingen	- 1,6
4	Volkendorf	14,2	45	Farmsee-Berne	- 2,0
5	Blankenese	14,2	46	Eidelstedt	- 2,1
6	Nienstedten	13,8	47	Stellshoop	- 2,1
7	Harvestehude	11,8	48	Groß Borstel	- 2,1
8	Wohldorf-Ohlstedt	11,8	49	Hoheluft-Ost	- 2,5
9	Marienthal	10,7	50	Hamburg-Altstadt	- 2,6
10	Rissen	10,5	51	Eißendorf	- 2,6
11	Uhlenhorst	8,3	52	Neugraben-Fischbek	- 2,7
12	Sasel	7,9	53	Rönneburg	- 2,8
13	Lehmstedt-Mellingstedt	7,9	54	Hoheluft-West	- 2,9
14	Hummelsbüttel	7,8	55	Jenfeld	- 2,9
15	Poppenbüttel	7,1	56	Barmbek-Süd	- 3,1
16	Alsterdorf	6,7	57	Barmbek-Nord	- 3,3
17	Duvenstedt	6,4	58	Bahrenfeld	- 3,5
18	Bergstedt	6,2	59	Hamm-Mitte	- 4,0
19	Lokstedt	5,8	60	Heimfeld	- 4,9
20	Eilbek	4,3	61	Wilstorff	- 4,9
21	Fuhlsbüttel	4,5	62	Billstedt	- 5,0
22	Sülldorf	4,1	63	Horn	- 5,1
23	Hohenfelde	4,0	64	Lurup	- 5,3
24	Nienstedt	3,9	65	Eimsbüttel	- 5,8
25	Ohlsdorf	3,6	66	Ottensen	- 5,8
26	Langenbek	2,9	67	St. Georg	- 7,0
27	Rotherbaum	2,9	68	Dulsberg	- 7,2
28	Schnelsen	2,5	69	Altona-Nord	- 7,6
29	Marxdorf	2,3	70	Altona-Altstadt	- 7,6
30	Osdorf	2,0	71	Einstorf	- 8,0
31	Rahlstedt	1,9	72	Hamm-Süd	- 8,1
32	Hamm-Nord	1,6	73	Neuenfelde-Grans	- 8,7
33	Iserbrook	1,5	74	Rothenburgsort	- 9,0
34	Langenhorn	1,2	75	Harburg	- 9,6
35	Winterhude	1,1	76	Veddel	- 9,8
36	Eppendorf	1,1	77	Neustadt	- 10,4
37	Borgfelde	1,0	78	Finkenwerder	- 10,4
38	Hausbruch	0,4	79	Wilhelmsburg	- 11,3
39	Wandsbek	- 0,5	80	Klosterter-Hammerbrook	- 13,1
40	Tonndorf	- 0,5	81	St. Pauli	- 13,2
41	Lohbrügge	- 0,9	82	Billbrook	- 22,0

1) Ermittelt aus 11 ausgewählten statistischen Merkmalen.

Ergebnisse

Nimmt man den Extremwert -22,0 (Billbrook) aus der Betrachtung aus, so liegt der Index „Wohnqualität von Stadtteilen“, wie Tabelle 3 zeigt, in einem Wertebereich von -13,2 bis +19,5. Diese Spannweite weist bereits auf beträchtliche Unterschiede in der Wohnqualität zwischen den einzelnen Stadtteilen hin. Die

Indexwerte schwanken um einen mittleren Wert, der in der Nähe von 0 liegt. Im Zentrum der nach der Indexhöhe geordneten Stadtteile befindet sich Lohbrügge mit dem Indexwert -0,9. Lohbrügge repräsentiert somit in bezug auf die Wohnqualität den Hamburger Durchschnitt, was allerdings nicht bedeutet, daß man dort die Wohnqualitäten aller Stadtteile wiederfindet. Der ermittelte Index „Wohnqualität von Stadtteilen“ ist, wie andere Indizes auch, eine dimensionslose Zahl (hat also keine eigentliche Benennung). Er gibt an, in welcher Rangfolge die Stadtteile hinsichtlich der Wohnqualität liegen und wie groß die Abstände zwischen den Stadtteilen sind. Aus Tabelle 3 läßt sich auch ablesen, daß die einzelnen Indexwerte zu einer Gruppenbildung neigen, auch wenn diese nur schwach ausgeprägt ist. Es lassen sich neun Gruppen erkennen, die in Tabelle 4 dargestellt sind.

Tab. 4: Stadtteilgruppen ähnlicher Wohnqualität

Gruppen	Indexwertgruppe	Gruppenbreite	Trennbreite	Anzahl der Stadtteile
A	-13,2 bis -13,1	0,1	1,8	2
B	-11,3 " - 7,0	4,3	1,2	13
C	- 5,8 " - 4,9	0,9	0,9	7
D	- 4,0 " - 0,5	3,5	0,9	21
E	0,4 " 4,3	3,9	1,5	19
F	5,8 " 8,3	2,5	2,2	9
G	10,5 " 11,8	1,3	2,0	4
H	13,8 " 14,8	1,0	1,4	4
J	16,2 " 19,5	3,3		2

Die Gruppenbildung wird durch zwei Kriterien gekennzeichnet. Das eine ist die Gruppenbreite (Spannweite einer Größenklasse), die den Grad der Ähnlichkeit oder Homogenität einer Gruppe wiedergibt. Je kleiner die Breite einer Gruppe ist, desto ähnlicher sind die in ihr zusammengefaßten Stadtteile hinsichtlich der Wohnqualität. Das andere ist die Trennbreite, d. h. der Wertebereich zwischen dem höchsten Indexwert der vorhergehenden und dem niedrigsten Wert der nachfolgenden Gruppe; durch sie wird die Deutlichkeit der Abgrenzung einer Gruppe von einer anderen dargestellt. Danach bilden folgende Stadtteile Einheiten recht ähnlicher Wohnqualität: Gruppe A (St. Pauli, Klosterter - Hammerbrook), Gruppe C (Ottensen, Eimsbüttel, Lurup, Horn, Billstedt, Wilstorff, Heimfeld), Gruppe G (Rissen, Marienthal, Wohldorf-Ohlstedt, Harvestehude) und Gruppe H (Nienstedten, Blankenese, Volkendorf, Groß-Flottbek). Die Gruppentrennung tritt am deutlichsten zwischen den Gruppen F und G, G und H sowie A und B hervor.

In der Karte ist die Zugehörigkeit der Stadtteile zu den neun Gruppen dargestellt. Sie zeigt, daß Stadtteilgruppen mit ähnlicher Wohnqualität nicht in jedem Fall auch räumlich zusammenliegen; so umfaßt die Gruppe G die peripher gelegenen Stadtteile Rissen, Wohldorf-Ohlstedt und die zentraler gelegenen Stadtteile Harvestehude und Marienthal. Auf der anderen Seite bilden die Stadtteile Hummelsbüttel, Poppen-

büttel, Sasel, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt und Duvenstedt ein zusammenhängendes Gebiet relativ homogener Wohnqualität. Bei den Stadtteilgruppen mittlerer Wohnqualität, die sich zum Teil auch zu größeren räumlichen Einheiten zusammenfügen, ist jedoch zu beachten, daß sie wesentlich heterogener strukturiert sind und somit Gebiete mit größeren Übergängen in der Wohnqualität darstellen. Schließlich sei hier nochmals auf die bereits erwähnte Streichung des Merkmals Gebäudealter aus der Merkmalsauswahl hingewiesen. Die Folge dieser Maßnahme zeigt sich besonders deutlich in der sehr homogenen Gruppe C, zu der sowohl Stadtteile wie Eimsbüttel und Ottensen mit überwiegender Altbausubstanz und Stadtteile wie Lurup, Horn und Billstedt mit überwiegender Neubausubstanz gehören.

Von gleichem Interesse wie die Aufteilung der Stadtteile in Gruppen ähnlicher Wohnqualität ist auch die Verteilung der Bevölkerung auf diese Gebiete (Tabelle 5). In Gebieten mit deutlich über dem Durchschnitt liegender Wohnqualität (Gruppe F bis J) leben nur 13 Prozent der Wohnbevölkerung, rund 56 Prozent der Bevölkerung wohnen in Stadtteilen mit durchschnittlicher Wohnqualität (Gruppe D und E), wogegen jedoch fast 30 Prozent der Hamburger in Stadtteilen mit unterdurchschnittlicher Wohnqualität leben (Gruppe A bis C). Dieses Bild entspricht keineswegs einer ausgewogenen Verteilung auf die Gebiete unterschiedlicher Wohnqualität. Ein Grund hierfür liegt möglicherweise in der Methode der Untersuchung: Weil als Untersuchungseinheit der Stadtteil gewählt wurde, konnten Strukturunterschiede innerhalb der Stadtteile nicht berücksichtigt werden. Daher kann es vorkommen, daß einzelne extrem strukturierte Teilgebiete eines Stadtteils die Meßwerte der Merkmale für diesen Stadtteil so stark beeinflussen, daß diese die Wirklichkeit nur verzerrt darstellen. Es würde sich anbieten, später einmal eine ähnliche Analyse auf kleinräumigerer Basis durchzuführen, wobei bei der Abgrenzung der Untersuchungseinheiten sicherzustellen ist, daß innerhalb dieser räumlichen Einheiten weitestgehend homogene Strukturen vorhanden sind. Eine geeignete Grundlage hierfür wäre die Baublockeinteilung des Stadtgebietes.

Beurteilung der Ergebnisse

Angesichts des stark formalisierten Verfahrens stellt sich zwangsläufig die Frage, ob die ermittelten Indexwerte die Wohnqualität der Hamburger Stadtteile „objektiv“ messen. Die Antwort hierauf hängt davon ab, ob der gedankliche Ansatz der Methode und das zur Verfügung stehende Datenmaterial für die Lösung des Problems geeignet ist. Bestimmen etwa sozialpolitische Normen den Begriff Wohnqualität von Stadtteilen oder gibt die Aufgabenstellung aus anderen Gründen bereits einen Merkmalskatalog vor, der die Wohnqualität definiert, dann würde es für die Berechnung des Index unzweckmäßig sein, das hier vorgestellte Verfahren anzuwenden. Wenn man dagegen ohne sachlich-normative Vorgaben empirisch analysieren will, in welchen statistischen Merkmalen mit welchem Gewicht die Wohnqualität von Stadtteilen zum Ausdruck kommt, dann ist diese Methode ein möglicher Lö-

Tab. 5: Verteilung der Hamburger Wohnbevölkerung auf Gebiete ähnlicher Wohnqualität

Stadtteilgruppen	Wohnbevölkerung am 31.12.1974	
	absolut	in %
A	30 256	1,7
B	205 317	11,8
C	274 126	15,8
D	516 431	29,8
E	447 433	25,8
F	112 414	6,5
G	46 817	2,7
H	46 467	2,7
J	19 649	1,1
Rest *)	34 850	2,0

*) vorwiegend landwirtschaftlich strukturierte Stadtteile und Hafengebiet.

sungsweg. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, empfiehlt es sich daher stets, die Ergebnisse statistischer Untersuchungen im Gesamtzusammenhang von Aufgabenstellung, zur Verfügung stehenden Daten und methodischem Ansatz zu beurteilen.

Abschließend sollen die Resultate der Untersuchung mit einer früheren Stadtteilstypisierung³⁾ verglichen werden. Legt man zu diesem Zweck die dort beigefügte Karte „Stadtteilstypen nach der Sozial- und Wohnungsstruktur“ neben die hier erstellte Karte, so erkennt man, daß die Ergebnisse zumindest tendenziell übereinstimmen, obwohl die beiden Untersuchungen mit ganz unterschiedlichen methodischen Ansätzen erfolgten. Dies gilt besonders für die Stadtteile der Gruppen G bis J, die im Stadtteilstyp I wiederzufinden sind. Zu diesem Stadtteilstyp gehören allerdings auch Alsterdorf und Uhlenhorst, die aufgrund der jetzigen Analyse in die Gruppe F gefallen sind. Die Gruppen E und F kann man in der Regel dem Stadtteilstyp II zuordnen. Ausnahmen sind hier vor allem Rahstedt und Langenhorn, die noch zu Gruppe E gehören, in der Stadtteilstypisierung jedoch schon dem Typ III zugeordnet worden sind. Auch bei den restlichen Gruppen ist eine eindeutige Zuordnung zu Stadtteilstypen nicht möglich. Die Abweichungen liegen aber in einem Bereich, der es erlaubt, die Ergebnisse als plausibel anzusehen, insbesondere wenn man in Rechnung stellt, daß die früher gebildeten Stadtteilstypen lediglich anhand charakteristischer Merkmale voneinander abgegrenzt, nicht aber wie bei den jetzigen Stadtteilgruppen in eine strenge Rangfolge gebracht wurden. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die beiden Untersuchungen in den Ausgangsdaten leicht voneinander abweichen. So fehlen in der früheren Stadtteilstypisierung gegenüber der jetzigen Untersuchung Merkmale wie „Miete“, „Bruttolohn“ und „Eigentümergebäude“, während dort verwendete Merkmale wie „Wohnungsalter“ und „öffentliche Förderung“ ausgeschlossen wurden, da sie die Bedingung eines möglichst hohen statistischen Zusammenhangs mit den anderen ausgewählten Merkmalen nicht erfüllten.

³⁾ Vgl. „Mobilität der Bevölkerung und Stadtteilstrukturen in Hamburg“, Anhang: Stadtteilstypisierung, in „Hamburg in Zahlen“ 1/78

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1976 in Hamburg

Wie bereits seit 1953 wurde auch bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Die gesetzliche Grundlage bildet § 51 des Bundeswahlgesetzes (BGBl. 1975 I S. 1901), wonach es im Absatz (2) heißt, daß „in den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen sind.“

In die Auswahl gelangten 62 Wahlbezirke mit 51 245 Wahlberechtigten. Bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlbezirke (1 572) oder der Wahlberechtigten (1 287 473) sind dies knapp 4 %.

In den für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählten Wahlräumen wurde am Eingang und im Wahlraum selbst durch Plakataushang auf die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht aufmerksam gemacht. Die Wähler erhielten besondere, durch Aufdruck der Geburtsjahresgruppe für Männer und Frauen gekennzeichnete Stimmzettel. Auch diesmal gab es eine Beschränkung auf fünf Altersgruppen, um insbesondere in kleineren Wahlbezirken das Wahlgeheimnis zu wahren.

Für die Beurteilung der aus der repräsentativen Wahlstatistik stammenden Ergebnisse ist zu bedenken, daß es sich um Werte einer 4%igen Stichprobe handelt, die nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind. Z. B. beträgt bei einer Stichprobe von 40 000 Fällen (Grundgesamtheit = 1 Mio.) der Zufallsfehler 1 % (Sicherheitsgrad von 95,5 %), und der Schwankungsbereich liegt zwischen 39 600 und 40 400. Die für die Auswertung der Repräsentativstatistik 1972 vorangestellten

Einschränkungen gelten gleichermaßen für die neuen Zahlen (vgl. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1972 in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen, Heft 5/73, S. 155).

Einen Eindruck von der Zuverlässigkeit der Stichprobe vermittelt die Gegenüberstellung der Gesamt- und Repräsentativergebnisse in Tabelle 1.

Die größten Differenzen zwischen beiden Ergebnisarten weisen die Stimmenanteile der SPD und CDU auf. Hier treten sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen Abweichungen von 0,9 bzw. 0,8 Prozentpunkten auf. Gemessen an dem möglichen Stichprobenfehler läßt sich eine relativ zufriedenstellende Repräsentation feststellen, was jedoch für tiefere Gliederungen eingeschränkt werden muß. Daher werden in allen Tabellen die Ergebnisse mit weniger als 50 Fällen in der Stichprobe – wie bei den früheren Wahlen – in Klammern () dargestellt.

Jeder dritte Wähler war 60 Jahre und älter

Während die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge auf fünf Altersgruppen begrenzt blieb, war es möglich, die Wahlberechtigten und Wähler nach zehn Altersgruppen auszuzählen. Für die Wahlberechtigten geht das Ergebnis aus Tabelle 2a hervor.

Bei den in die Repräsentativstatistik einbezogenen Altersgruppen werden wieder sehr unterschiedliche Anteile deutlich, die zwischen 4,4 % bei den 18- bis unter 21jährigen und 17 % bei den 70jährigen und älteren Wahlberechtigten schwanken. Bei den Frauen fällt die Spanne zwischen 4 % und knapp 20 % noch größer aus. Faßt man die beiden letzten Altersgruppen zusammen, kommt man auf einen Anteil von 28,7 % bei den Männern und von 37,8 % bei den Frauen.

Tab. 1: Das Gesamt- und Repräsentativergebnis bei der Bundestagswahl 1976

Art der Ergebnisse	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen (ohne Briefwahl)		Un-gültige Stimmen in % von Sp. 2	Gültige Stimmen	davon entfielen auf									
		Anzahl	in % von Sp. 1			SPD	CDU	F.D.P.	AUD	DKP	EAP	GIM	KPD	KBW	NPD
						6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Erststimmen															
Gesamtergebnis in % von Sp. 5	1 287 473	1 006 116	78,1	0,6	1 000 205	556 907	348 219	79 791	624	10 002	106	294	932	988	2 342
					100	55,7	34,8	8,0	0,1	1,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2
Repräsentativ-ergebnis ... in % von Sp. 5	51 245	40 386	78,8	0,5	40 184	22 746	13 679	3 193	28	370	7	9	31	36	85
					100	56,6	34,0	8,0	0,1	0,9	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2
Zweitstimmen															
Gesamtergebnis in % von Sp. 5	1 287 473	1 006 116	78,1	0,4	1 001 620	541 136	346 543	100 388	636	7 797	197	764	1 010	788	2 361
					100	54,0	34,6	10,0	0,1	0,8	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2
Repräsentativ-ergebnis ... in % von Sp. 5	51 245	40 386	78,8	0,4	40 219	22 114	13 598	4 011	26	282	6	27	35	25	95
					100	54,9	33,8	10,0	0,1	0,7	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2

Tab. 2a:

Die bei den Repräsentativstatistiken der Bundestagswahlen 1976, 1972 und 1969
erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter Jahren	Zahl der Wahlberechtigten														
	Männer			Frauen			zusammen								
	1976	1972	1969	1976	1972	1969	1976	1972	1969						
	absolut														
18 bis 21	1 138	1 070	-	1 136	1 027	-	2 274	2 097	-						
21 " 25	1 376	1 690	1 538	1 272	1 775	1 438	2 648	3 465	2 976						
25 " 30	1 805	2 641	2 930	1 900	2 666	2 831	3 705	5 307	5 761						
30 " 35	2 157	3 460	2 889	2 082	3 331	2 927	4 239	6 791	5 816						
35 " 40	2 643	2 765	2 040	2 586	2 685	2 176	5 229	5 450	4 216						
40 " 45	2 062	2 104	2 095	2 087	2 211	2 386	4 149	4 315	4 481						
45 " 50	1 882	1 832	1 982	2 195	2 314	2 787	4 077	4 146	4 769						
50 " 60	3 127	3 269	3 535	4 474	4 683	4 974	7 601	7 952	8 509						
60 " 70	3 442	3 922	4 249	5 143	5 562	5 811	8 585	9 484	10 060						
70 und älter	3 086	2 791	2 860	5 652	5 470	5 463	8 738	8 261	8 323						
Insgesamt	22 718	25 544	24 118	28 527	31 724	30 793	51 245	57 268	54 911						
	in %														
	*)		*)		*)		*)		*)						
18 bis 21	5,0	-	4,2	-	4,0	-	3,2	-	4,4	-	3,7	-	-		
21 " 25	6,1	6,4	6,6	6,9	6,4	4,4	4,7	5,6	5,8	4,7	5,2	5,4	6,0	6,3	5,4
25 " 30	7,9	8,4	10,3	10,8	12,1	6,7	6,9	8,4	8,7	9,2	7,2	7,6	9,3	9,6	10,5
30 " 35	9,5	10,0	13,6	14,1	12,0	7,3	7,6	10,5	10,9	9,5	8,3	8,7	11,9	12,3	10,6
35 " 40	11,6	12,2	10,8	11,3	8,5	9,1	9,5	8,5	8,7	7,1	10,2	10,7	9,5	9,9	7,7
40 " 45	9,1	9,6	8,2	8,6	8,7	7,3	7,6	7,0	7,2	7,7	8,1	8,5	7,5	7,8	8,2
45 " 50	8,3	8,7	7,2	7,5	8,2	7,7	8,0	7,3	7,5	9,0	8,0	8,3	7,2	7,5	8,7
50 " 60	13,8	14,5	12,8	13,4	14,6	15,7	16,3	14,8	15,3	16,2	14,9	15,5	13,9	14,4	15,5
60 " 70	15,1	15,9	15,4	16,0	17,6	18,0	18,8	17,5	18,1	18,9	16,7	17,5	16,6	17,2	18,3
70 und älter	13,6	14,3	10,9	11,4	11,9	19,8	20,6	17,2	17,8	17,7	17,0	17,8	14,4	15,0	15,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Zum Vergleich mit der Bundestagswahl 1969 ohne die 18- bis unter 21jährigen Wahlberechtigten.

Im Vergleich zu den zwei letzten Bundestagswahlen ergeben sich zwischen den Altersgruppen nicht unbedeutende Veränderungen. 1976 hat sich der Anteil der 30- bis unter 35jährigen gegenüber 1972 um 3,6 Prozentpunkte vermindert, darunter bei den Männern sogar um 4,1 Punkte. Bei der Bundestagswahl 1976 handelte es sich hierbei um die vom 4. 10. 1941 bis 3. 10. 1946, also um die in den letzten Kriegsjahren und um die nach Kriegsende Geborenen. Dagegen ist eine Erhöhung um 2,6 Prozentpunkte bei der Altersgruppe 70 Jahre und älter (vor dem 4. 10. 1906 Geborene) festzustellen. Gegenüber 1969 ist auch die Zunahme von 7,7 % auf 10,7 % bei der Altersgruppe 35 bis 40 Jahre (4. 10. 1936 bis 3. 10. 1941 Geborene) sowie der Rückgang von 10,5 % auf 7,6 % bei der Altersgruppe 25 bis 30 Jahre (4. 10. 1946 bis 3. 10. 1951 Geborene) bemerkenswert.

Knapp 56 % der Wahlberechtigten waren Frauen

Welches Wählerpotential sich hinter den verschiedenen Prozentsätzen verbirgt, geht aus der Tabelle 2b mit den nach den relativen Anteilswerten der Tabelle 2a hochgerechneten Zahlen hervor.

Den größten Posten unter den zehn weiblichen Altersgruppen nehmen mit 142 000 die 70jährigen und älteren Frauen ein, während die 18- bis unter 21jährigen weiblichen Wahlberechtigten mit 28 500 das Schlußlicht bilden. Die mit 65 000 herausragende Gruppe der

35- bis unter 40jährigen Frauen erklärt sich aus den geburtenstarken Jahrgängen 1936 bis 1941. Das gleiche trifft auf die Männer zu, die mit 66 400 nur um ein Siebtel niedriger liegen als die Altersgruppe 70 Jahre und älter. Überhaupt sind die letzten vier Altersgruppen der Männer viel geringer besetzt als die entsprechenden Gruppen der Frauen (vgl. Schaubild 1). 289 900 Männern im Alter von 45 Jahren und darüber standen bei der Bundestagswahl 1976 438 800 Frauen gegenüber, so daß auf 100 männliche Wahlberechtigte dieses Altersbereichs wie 1969 151 Frauen entfielen. 1972 betrug das Verhältnis 100:152,5.

Bei einem Gesamtrückgang sowohl der Anzahl der männlichen als auch der weiblichen Wahlberechtigten um jeweils rund 31 000 bei der Bundestagswahl 1976 gegen 1972 hebt sich besonders die Abnahme bei den 25- bis unter 35jährigen Männern mit 44 300 ab. Mit 41 300 weist sie bei den gleichaltrigen Frauen eine ähnliche Größenordnung auf. Eine Erklärung hierfür läßt sich vor allem darin suchen, daß es sich 1976 bei diesen zehn Altersjahren um die relativ schwach besetzten Geburtsjahrgänge 1942 bis 1951 handelte, dagegen bei der Bundestagswahl 1972 um die zahlenmäßig stärkeren Jahrgänge 1938 bis 1947.

Mit welchen Proportionen Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen aufwarteten, stellt sich noch deutlicher in Tabelle 2c dar.

Tab. 2b: Die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 1976, 1972 und 1969 nach Alter und Geschlecht

(hochgerechnet nach den Anteilssätzen der Repräsentativstatistiken)
- gerundet auf 100 Personen -

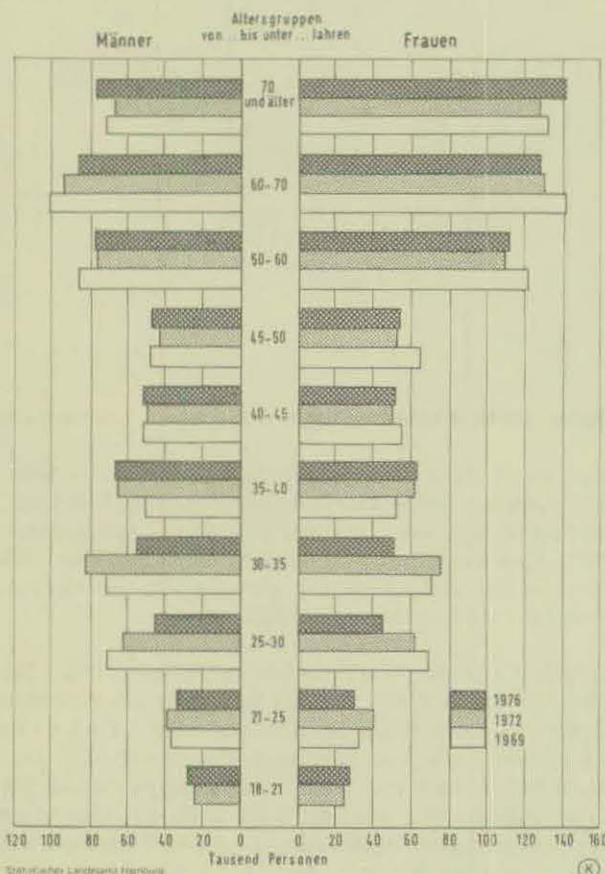
Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zahl der Wahlberechtigten								
	Männer			Frauen			zusammen		
	1976	1972	1969	1976	1972	1969	1976	1972	1969
18 bis 21	28 600	25 100	-	28 500	24 200	-	57 100	49 300	-
21 " 25	34 600	39 700	37 700	32 000	41 800	35 400	66 600	81 500	73 100
25 " 30	45 300	62 300	71 300	47 700	62 800	69 200	93 000	125 100	140 500
30 " 35	54 200	81 500	70 700	52 300	78 500	71 500	106 500	160 000	142 200
35 " 40	66 400	65 100	50 100	65 000	63 300	53 400	131 400	128 400	103 500
40 " 45	51 800	49 500	51 300	52 400	52 000	57 900	104 200	101 500	109 200
45 " 50	47 300	43 100	48 300	55 200	54 500	67 700	102 500	97 600	116 000
50 " 60	78 600	77 000	86 000	112 400	110 300	121 900	191 000	187 300	207 900
60 " 70	86 500	92 400	103 700	129 200	130 900	142 200	215 700	223 300	245 900
70 und älter	77 500	65 800	70 100	142 000	128 800	133 100	219 500	194 600	203 200
Insgesamt	570 800	601 500	589 200	716 700	747 100	752 300	1 287 500	1 348 600	1 341 500
dar. ohne die 18- b.u. 21jährigen	542 200	576 400	.	686 200	722 900	.	1 230 400	1 299 300	.

Während für die ersten sechs Gruppen ein nahezu ausgewogenes Verhältnis anzutreffen ist, verschiebt sich die Relation ab dem 45. Lebensjahr immer mehr

zugunsten der weiblichen Personen. Diese Veränderung hat ihre Ursache in den Kriegsverlusten und der unterschiedlichen Lebenserwartung der beiden Geschlechter.

Schaubild 1

Die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 1976, 1972 und 1969 nach Altersgruppen und Geschlecht



Die 60 bis unter 70 Jahre alten Hamburger waren die eifrigsten Wähler

Wegen des enormen Anstiegs der Briefwahl bei der Bundestagswahl 1976 lassen sich gegenüber den vorangegangenen Wahlen nur einwandfreie Vergleiche

Tab. 2c: Die Anteile der Männer und Frauen an der Zahl der Wahlberechtigten nach den Repräsentativstatistiken 1976, 1972 und 1969

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren					
	Männer			Frauen		
	1976	1972	1969	1976	1972	1969
18 bis 21	50,1	51,0	-	49,9	49,0	-
21 " 25	52,0	48,8	51,7	48,0	51,2	48,5
25 " 30	48,7	49,8	50,9	51,3	50,2	49,1
30 " 35	50,9	50,9	49,7	49,1	49,1	50,3
35 " 40	50,5	50,7	48,4	49,5	49,3	51,6
40 " 45	49,7	48,8	46,8	50,3	51,2	53,2
45 " 50	46,1	44,2	41,6	53,9	55,8	58,4
50 " 60	41,2	41,1	41,5	58,8	58,9	58,5
60 " 70	49,1	41,4	42,2	50,9	58,6	57,8
70 und älter	35,5	33,8	34,4	64,7	66,2	65,6
Insgesamt	44,5	44,6	43,9	55,7	55,4	56,1
darunter						
21 bis 45	50,3	50,1	49,4	49,7	49,9	50,6
45 " 60	42,9	42,2	41,5	57,1	57,8	58,5
60 und älter	37,7	37,8	38,7	62,3	62,2	61,5

über die Wahlbeteiligung anstellen, wenn zu der Zahl der Wähler die Anzahl der Wahlberechtigten mit Wahrscheinlichkeit hinzugerechnet wird.

Tab. 3a:

Die Wahlbeteiligung 1976, 1972 und 1969
nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren									
	Wähler 1)			Veränderung 1976 gegenüber		Nichtwähler			Veränderung 1976 gegenüber	
	1976	1972	1969	1972	1969	1976	1972	1969	1972	1969
Männer										
18 bis 21	89,1	87,2	-	+ 1,9	-	10,9	12,8	-	- 1,9	-
21 " 25	85,1	86,5	78,3	- 1,4	+ 6,8	14,9	13,5	21,7	+ 1,4	- 6,8
25 " 30	87,4	87,7	80,7	- 0,3	+ 6,7	12,6	12,3	19,3	+ 0,3	- 6,7
30 " 35	87,4	90,1	84,9	- 2,7	+ 2,5	12,6	9,9	15,1	+ 2,7	- 2,5
35 " 40	89,4	91,1	87,8	- 1,7	+ 1,6	10,6	8,9	12,2	+ 1,7	- 1,6
40 " 45	91,9	93,2	89,9	- 1,3	+ 2,0	8,1	6,8	10,1	+ 1,3	- 2,0
45 " 50	93,9	93,3	89,2	+ 0,6	+ 4,7	6,1	6,7	10,8	- 0,6	- 4,7
50 " 60	94,8	93,8	91,2	+ 1,0	+ 3,6	5,2	6,2	8,8	- 1,0	- 3,6
60 " 70	95,2	94,5	91,8	+ 0,7	+ 3,4	4,8	5,5	8,2	- 0,7	- 3,4
70 und älter	94,5	93,3	89,2	+ 1,2	+ 5,3	5,5	6,7	10,8	- 1,2	- 5,3
Insgesamt	91,7	91,6	87,7	+ 0,1	+ 4,0	8,3	8,4	12,3	- 0,1	- 4,0
Frauen										
18 bis 21	84,2	88,5	-	- 4,3	-	15,8	11,5	-	+ 4,3	-
21 " 25	84,6	87,5	77,7	- 2,9	+ 6,9	15,4	12,5	22,3	+ 2,9	- 6,9
25 " 30	87,9	89,1	82,9	- 1,2	+ 5,0	12,1	10,9	17,1	+ 1,2	- 5,0
30 " 35	89,0	91,1	86,8	- 2,1	+ 2,2	11,0	8,9	13,2	+ 2,1	- 2,2
35 " 40	92,0	93,1	86,4	- 1,1	+ 5,6	8,0	6,9	13,6	+ 1,1	- 5,6
40 " 45	93,1	93,4	88,5	- 0,3	+ 4,6	6,9	6,6	11,5	+ 0,3	- 4,6
45 " 50	93,9	94,1	89,8	- 0,2	+ 4,1	6,1	5,9	10,2	+ 0,2	- 4,1
50 " 60	94,3	94,2	90,2	+ 0,1	+ 4,1	5,7	5,8	9,8	- 0,1	- 4,1
60 " 70	94,9	94,6	90,8	+ 0,3	+ 4,1	5,1	5,4	9,2	- 0,3	- 4,1
70 und älter	91,1	89,8	85,1	+ 1,3	+ 6,0	8,9	10,2	14,9	- 1,3	- 6,0
Insgesamt	91,8	92,0	87,4	- 0,2	+ 4,4	8,2	8,0	12,6	+ 0,2	- 4,4
Männer und Frauen zusammen										
18 bis 21	86,6	87,8	-	- 1,2	-	13,4	12,2	-	+ 1,2	-
21 " 25	84,9	87,0	78,1	- 2,1	+ 6,8	15,1	13,0	21,9	+ 2,1	- 6,8
25 " 30	87,7	88,4	81,8	- 0,7	+ 5,9	12,3	11,6	18,2	+ 0,7	- 5,9
30 " 35	88,2	90,6	85,9	- 2,4	+ 2,3	11,8	9,4	14,1	+ 2,4	- 2,3
35 " 40	90,7	92,1	87,0	- 1,4	+ 3,7	9,3	7,9	13,0	+ 1,4	- 3,7
40 " 45	92,5	93,3	89,1	- 0,8	+ 3,4	7,5	6,7	10,9	+ 0,8	- 3,4
45 " 50	93,9	93,8	89,6	+ 0,1	+ 4,3	6,1	6,2	10,4	- 0,1	- 4,3
50 " 60	94,5	94,0	90,6	+ 0,5	+ 3,9	5,5	6,0	9,4	- 0,5	- 3,9
60 " 70	95,0	94,5	91,2	+ 0,5	+ 3,8	5,0	5,5	8,8	- 0,5	- 3,8
70 und älter	92,3	91,0	86,5	+ 1,3	+ 5,8	7,7	9,0	13,5	- 1,3	- 5,8
Insgesamt	91,8	91,8	87,5	± 0	+ 4,3	8,2	8,2	12,5	± 0	- 4,3

1) einschl. Wahlberechtigte mit Wahrscheinvermerk.

Die Reihe der aktivsten Wählerschichten führt mit einer Wahlbeteiligung von 95 % wieder die Gruppe der 60- bis unter 70jährigen an. In Verbindung mit dem Schaubild 2 wird noch besser erkennbar, daß mit zunehmendem Lebensalter das Interesse an der Wahl steigt. Lediglich die 21 bis unter 25 Jahre alten Männer und verständlicherweise die über 70jährigen Personen, darunter vor allem Frauen, bilden eine Ausnahme, obwohl bei letzteren die Wahlbeteiligung gegenüber 1972 um 1,3 Prozentpunkte zugenommen hat. Dagegen sind mit Ausnahme der männlichen Erstwähler bei den jüngeren Altersgruppen negative Veränderungsdaten zu verzeichnen. Die Spitze führt mit -4,3 die Gruppe der weiblichen Erstwähler an, gefolgt mit -2,9 von den 21- bis unter 25jährigen Wählerinnen und mit -2,7 von den 30 bis unter 35 Jahre alten Männern.

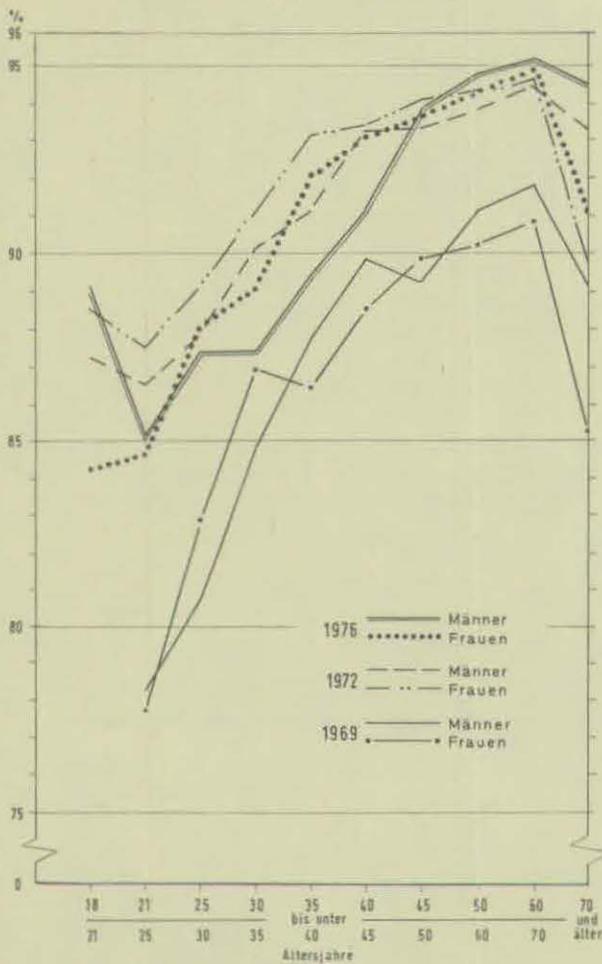
Jeder achte Wahlberechtigte hatte einen Wahrschein

Von der Möglichkeit, mit einem Wahrschein zu wählen, machten 13 % aller Wahlberechtigten Gebrauch, das waren doppelt so viel wie bei der Bundestagswahl 1972. Eine wesentliche Ursache hat darin gelegen, daß diesmal der Wahltermin mit dem Beginn der Herbstferien in Hamburg zusammenfiel.

Ogleich sich der Anteil der Wahrscheinempfänger bei den ältesten Bürgern mit 15,4 % wieder am höchsten unter den zehn Altersgruppen darstellt (Tabelle 3 b), sind mehr als zweifache Zunahmen der prozentualen Anteile vor allem in der Gruppe der 40- bis unter 45jährigen sowie der 35 bis unter 40 Jahre alten Wahlberechtigten abzulesen, also bei Personen mit schulpflichtigen Kindern. Aber auch die 18- bis unter

Schaubild 2

Die Wahlbeteiligung 1976, 1972 und 1969 nach Altersgruppen und Geschlecht



Statistisches Landesamt Hamburg

21jährigen Erstwähler, von denen die in Ausbildung befindlichen ebenfalls Ferien hatten, haben mit 10,6% gegenüber 4,5% bei der Bundestagswahl 1972 eine beachtliche Zunahme vorzuweisen.

Ähnliche Tendenzen werden sichtbar, wenn man die Gesamtzahl der Wahrscheinempfänger = 100 setzt, Anteile der einzelnen Altersgruppen errechnet und diese Anteile mit denen der Wahlberechtigten insgesamt gemäß Tabelle 2a vergleicht:

	Bundestagswahl 1976		Bundestagswahl 1972	
	Wahlberechtigte insgesamt	Wahrscheinempfänger	Wahlberechtigte insgesamt	Wahrscheinempfänger
18 bis unter 21	4,4	3,6	3,7	2,6
21 bis unter 25	5,2	3,9	6,0	6,8
25 bis unter 30	7,2	6,2	9,3	10,2
30 bis unter 35	8,3	8,5	11,9	11,5
35 bis unter 40	10,2	11,0	9,5	8,0
40 bis unter 45	8,1	8,5	7,5	5,7
45 bis unter 50	8,0	7,7	7,2	6,5
50 bis unter 60	14,9	14,2	13,9	12,9
60 bis unter 70	16,7	16,2	16,6	15,0
70 und älter	17,0	20,2	14,4	20,8
	100	100	100	100

Aus der Gegenüberstellung wird deutlich, daß 1976 gegenüber 1972 in den beiden erwähnten Altersgruppen der 35- bis unter 40jährigen sowie der 40 bis unter 45 Jahre alten Wahlberechtigten der Anteil der Wahrscheinempfänger von 8% auf 11% bzw. von 5,7% auf 8,5% stärker gestiegen ist als der Anteil der Wahlberechtigten überhaupt, der nur um 0,7 bzw. 0,6 Prozentpunkte höher liegt. Es ist auch bemerkenswert, daß der Anteil der Wahrscheinempfänger unter den

Tab. 3b: Die Wahrscheinempfänger und Urnenwähler der repräsentativen Wahlbezirke 1976, 1972 und 1969 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren					
	Wahrscheinempfänger			Urnenwähler		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
1976						
18 bis 21	11,8	9,5	10,6	77,3	74,6	76,0
21 " 25	10,1	9,6	9,9	75,0	75,0	75,0
25 " 30	11,5	10,9	11,2	75,9	77,0	76,5
30 " 35	13,1	13,5	13,3	74,3	75,5	74,9
35 " 40	14,0	13,9	14,0	75,4	76,0	76,7
40 " 45	12,9	14,3	13,6	79,0	78,8	78,9
45 " 50	12,9	12,3	12,5	81,0	81,6	81,4
50 " 60	13,3	11,9	12,5	81,5	82,4	82,0
60 " 70	12,8	12,4	12,6	82,4	82,5	82,4
70 und älter	14,1	16,1	15,4	80,5	75,0	76,9
Insgesamt	12,9	13,1	13,0	78,8	78,7	78,8
dar. 21 bis 45	12,6	12,8	12,7	75,9	77,1	76,5
45 " 60	13,1	12,0	12,5	81,3	82,1	81,8
60 u. älter	13,4	14,4	14,0	81,5	78,6	79,7
1972						
18 bis 21	4,8	4,2	4,5	82,4	84,3	83,4
21 " 25	8,2	6,3	7,2	78,3	81,2	79,8
25 " 30	7,9	6,1	7,0	79,8	83,0	81,4
30 " 35	6,5	5,9	6,2	83,6	85,2	84,4
35 " 40	5,9	4,8	5,4	85,2	88,3	86,7
40 " 45	5,7	4,0	4,8	87,5	89,4	88,5
45 " 50	6,3	5,3	5,7	87,0	88,8	88,0
50 " 60	6,8	5,4	5,9	87,0	88,8	88,1
60 " 70	5,6	5,9	5,8	88,8	88,7	88,7
70 und älter	9,0	9,3	9,2	84,3	80,5	81,8
Insgesamt	6,7	6,1	6,4	84,9	85,9	85,4
dar. 21 bis 45	6,8	5,4	6,1	85,1	85,6	84,3
45 " 60	6,6	5,3	5,9	87,0	88,8	88,1
60 u. älter	7,0	7,6	7,4	86,9	84,6	85,5
1969						
18 bis 21	-	-	-	-	-	-
21 " 25	8,6	6,8	7,7	69,8	70,9	70,3
25 " 30	9,0	8,7	8,8	71,7	74,2	72,9
30 " 35	8,5	6,4	7,5	76,4	80,4	78,4
35 " 40	7,9	5,6	6,7	79,9	80,7	80,3
40 " 45	7,3	6,8	7,0	82,6	81,7	82,1
45 " 50	8,2	6,9	7,4	81,0	83,0	82,1
50 " 60	9,6	7,9	8,6	81,6	82,3	82,0
60 " 70	8,4	7,6	7,9	83,5	83,2	83,3
70 und älter	8,8	9,3	9,1	80,4	75,7	77,4
Insgesamt	8,6	7,6	8,0	79,1	79,7	79,5
dar. 21 bis 45	8,5	6,9	7,6	76,1	78,1	77,1
45 " 60	9,1	7,5	8,2	81,4	82,5	82,1
60 u. älter	8,5	8,5	8,5	82,2	79,6	80,6

über 70jährigen um 0,6 Prozentpunkte zurückgegangen ist, jedoch der Anteil der Wahlberechtigten von 14,4% auf 17%, also um 2,6 Punkte, zugenommen hat. In welchem Ausmaß geschlechts- und altersspezifische Einflüsse sich im Wahlverhalten niederschlagen, soll an den folgenden Erläuterungen zu den wichtigsten Ergebnissen der repräsentativen Bundestagswahlstatistik veranschaulicht werden.

Zwischen Männern und Frauen keine Unterschiede bei SPD und CDU

Bei einer Relation der Wähler insgesamt von 44,4 zu 55,6 zwischen den beiden Geschlechtern entfällt mit

Jeweils 43,8 der gleiche Anteil von Männern sowohl auf die SPD als auch die CDU.

Tab. 4: Wählerstruktur der Parteien
in den repräsentativen Wahlbezirken
1976, 1972 und 1969 nach dem Geschlecht

Parteien	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die nebenstehende Partei entfielen					
	1976		1972		1969	
	auf					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
SPD	43,8	56,2	44,3	55,7	44,7	55,3
CDU	43,8	56,2	42,5	57,5	38,3	61,7
F.D.P.	47,6	52,4	49,0	51,0	48,7	51,3
DKP 1)	64,5	35,5	65,3	34,7	57,6	42,4
NPD	73,7	26,3	60,0	40,0	63,6	36,4
Sonstige	51,3	48,7	(53,5)	(46,5)	54,2	45,8
Insgesamt	44,4	55,6	44,4	55,6	43,7	56,3

1) Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um Stimmenanteile der ADP.

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Erheblich darüber liegen die NPD mit 73,7 und die DKP mit 64,5. Der Anteil bei der F.D.P. ist zwar auch um etwas mehr als drei Prozentpunkte höher als der Gesamtdurchschnitt von 44,4, hat jedoch gegenüber 1972 eine Verminderung um 1,4 Punkte erfahren. Für die CDU, die bereits 1972 gegenüber 1969 den Anteil der männlichen Wähler um 4,2 Prozentpunkte vermehren konnte, ist ein weiterer Gewinn von 1,3 Punkten erkennbar. Nach wie vor tendieren die Frauen mehr zu der SPD und CDU hin als den beiden größten Parteien.

Änderungen im Wahlverhalten der 35- bis unter 45jährigen Wähler am stärksten

Die Aufteilung der Stimmen nach dem Alter, wie sie aus Tabelle 1 im Anhang hervorgeht, macht sehr unterschiedliche Präferenzen deutlich.

Wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen fand die SPD die größte Resonanz unter den jüngeren Wählern. Mit 63,1 % unter den 18- bis unter 25jährigen hat sie einen fast dreimal so hohen Stimmenanteil wie die CDU (21,5 %). Mit zunehmendem Alter geht der Anteil bei der SPD zurück und erlangt zwar unter den fünf Altersgruppen bei den Wählern im Alter von 45 bis 60 Jahren mit 52,1 % die niedrigste Ausprägung, er steigt jedoch unter den 60jährigen und älteren Wählern wieder auf 55,3 % an, bei den Frauen sogar auf 56,7 %. Es wird erkennbar, daß die SPD am stärksten von den jüngsten und ältesten Wählerinnen bevorzugt wird.

Eine entgegengesetzte Entwicklung unter den fünf Altersgruppen hat die CDU zu verzeichnen. Gegenüber der ersten Gruppe ist ihr Anteil bei der zweiten um 5,1 Prozentpunkte, bei der dritten um 12,8, bei der vierten um 15,3 und bei der fünften Altersgruppe sogar um 16,4 Prozentpunkte höher. Bei der CDU schwanken die Anteile zwischen 21,5 % und 37,9 % stärker als bei der SPD (52,1 % bis 63,1 %).

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der F.D.P. Der Rückgang zwischen deren jüngsten und ältesten An-

hängern fällt aber hier noch verhältnismäßig stärker aus (von 11,9 % auf 5,8 %). Die meisten Sympathisanten hat die F.D.P. unter den 25- bis unter 35jährigen.

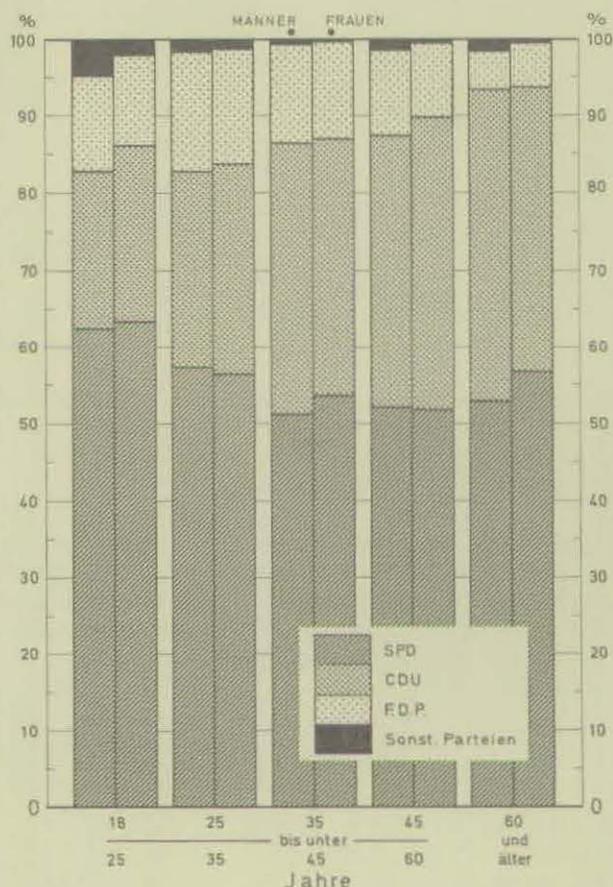
Bei den anderen Parteien verdienen nur noch die 2,2 % der DKP in der Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen Personen, darunter sogar die 3 % bei den Männern, erwähnt zu werden.

Interessante Aufschlüsse vermittelt auch der Vergleich zur Bundestagswahl 1972. Die größte Veränderung haben mit +7,4 Prozentpunkten die männlichen Wähler der CDU im Alter von 35 bis unter 45 Jahren (vom 4. 10. 1931 bis 3. 10. 1941 Geborene) zu verzeichnen. Es folgt die Zunahme unter den 18- bis unter 25jährigen Frauen (+4,4) und den Männern (+4).

Dazu entgegengesetzt verhält es sich bei der SPD. Mit -6,1 Prozentpunkten hebt sich unter den Männern deren Altersgruppe 35 bis 45 merklich ab, bedeutend stärker gegenüber dem anderen Geschlecht (-3,4). 3,2 Punkte weniger entfallen auf die männlichen Jung-

Schaubild 3

Zweitstimmen-Anteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1976 nach Altersgruppen und Geschlecht



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

©

wähler dieser Partei, etwas niedriger (2,5 Punkte) stellt sich der Verlust unter den Frauen dar.

Überdurchschnittlich ist auch die Veränderungsrate bei den jüngsten Anhängern der F.D.P. (-3,8 bei den Männern, -3,2 bei den Frauen).

Eine gewisse Verschiebung der Parteiengunst bei den männlichen Wählern unter 25 Jahren scheinen auch die Stimmengewinne der DKP (+1,5) und der sonstigen Parteien (+1,6) deutlich zu machen.

Weitere aufschlußreiche Erkenntnisse über das vom Alter beeinflusste Wahlverhalten lassen sich gewinnen, wenn man den Gesamt-Stimmenanteil der jeweiligen Partei = 100 setzt und dann die einzelnen Anteile der Parteien mit den Anteilen der Wähler insgesamt, wie sie in Tabelle II im Anhang zum Ausdruck kommen, vergleicht.

Für die SPD wird sichtbar, daß die Mehrheit ihrer Anhängerschaft vor allem wieder in den ersten beiden Altersgruppen zu finden ist und wiederum auch die Frauen im Alter von 60 Jahren und darüber mit einem Anteil von 38,4 % etwas über dem Gesamtdurchschnitt (37,7 %) liegen.

Bei der CDU treten größere Unterschiede in entgegengesetzter Richtung auf, vor allem bei den über 60 Jahre alten Männern (35,1 % gegenüber 29,8 %), den 18- bis unter 25jährigen Wählern beiderlei Geschlechts (5,8 % gegenüber 9,2 %) und in der folgenden Altersgruppe (11,7 % gegenüber 14,9 %).

Die F.D.P. hat einen deutlichen Bruch zwischen den unter 60jährigen und der letzten Altersgruppe aufzuweisen, in der die Männer mit einer Differenz von -13,3 Prozentpunkten und die Frauen mit -14,8 Punkten gegenüber der Gesamtzahl (29,8 bzw. 37,7) herausragen.

Die DKP profitiert hauptsächlich von den jüngsten und ältesten Wählern, und die NPD scheint hauptsächlich von den beiden letzten Altersgruppen bevorzugt zu werden.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 fallen besonders die starken Abnahmen bei allen drei im Bundestag vertretenen Parteien in der Altersgruppe 25 bis 35 auf, wofür jedoch der gleichzeitige Rückgang der Wählerzahl mit 6,3 (Männer) bzw. 5,2 (Frauen) Prozentpunkten im wesentlichen die Begründung liefert, wie dies auch schon aus der Untersuchung über die Entwicklung der Anzahl der Wahlberechtigten hervorgegangen ist.

Der Anhangtabelle III mit den absoluten Zahlen lassen sich vor allem die als bedeutungslos einzustufenden Stimmenanteile der NPD und anderer Splitterparteien entnehmen, für die alle zusammen sich ein Prozentsatz von nur 0,5 an den gültigen Stimmen insgesamt errechnet.

Stimmensplitting diesmal noch geringer als 1969

Das bei der Bundestagswahl 1972 von einigen Wählerinitiativen propagierte Stimmensplitting hat 1976 keine Wiederholung erfahren. Von der Möglichkeit, Erst- und Zweitstimmen verschiedenen Parteien zu geben, haben diesmal sogar noch etwas weniger Wähler Gebrauch gemacht als 1969, wie dies Anhangtabelle IV ausdrückt.

Während es 1972 88,7 % der Wähler waren, die ihre Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei zukommen

ließen, lag dieser Anteil 1969 bei 90,1 % und bei der letzten Bundestagswahl sogar bei 92,2 %. Auch hier treten wieder bei den beiden Geschlechtern Besonderheiten auf, und zwar in der Weise, daß Frauen mit 92,9 sich noch etwas stärker für ein und dieselbe Partei entscheiden als Männer (91,4). Weitaus größere Abweichungen werden zwischen den fünf Altersgruppen sichtbar. Insbesondere jüngere Anhänger einer Partei entschließen sich eher dazu, ihre Erst- und Zweitstimme differenziert abzugeben. Bei den Männern schwankt der betreffende Anteil zwischen 14 % (18 bis 25 Jahre) und 3,2 % (60 und älter). Für die Frauen fällt die Spannweite zwischen 11,4 und 2,7 nicht so stark aus. Der Vergleich zu 1972 macht nämlich deutlich, daß mit -5,6 Prozentpunkten die 18- bis unter 25jährigen Wählerinnen mit der höchsten Abnahme hervortreten:

Bezieht man diesen Wert von 5,6 auf die hochgerechnete Anzahl der weiblichen gültigen Zweitstimmen dieser Altersgruppe insgesamt, kommt man auf eine Zahl von mehr als 2 500 Wählerinnen, die bei der Bundestagswahl 1976 das Gestaltungsrecht unterschiedlicher Erst- und Zweitstimmenvergabe weniger in Anspruch genommen haben als 1972. Die entsprechende Zahl auf der Grundlage des Gesamtergebnisses aller gültigen Zweitstimmen lautet rund 32 000 (3,2 % von 1 001 620).

Nur vier von zehn F.D.P.-Wählern unterstützten mit ihrer Erststimme den Kandidaten einer anderen Partei

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Stimmensplitting geringere Ausmaße angenommen hat als 1972 und 1969. Den entscheidenden Beitrag dazu haben die Wähler der F.D.P. geleistet. Waren es 1969 51,2 %, 1972 sogar 67,7 %, die ihre Erststimme anderen Parteien gaben, so fiel dieser Anteil bei der Bundestagswahl 1976 auf 41,2 % zurück (vgl. Tabelle V im Anhang).

Betrachtet man die fünf Altersklassen, ist der Rückgang verhältnismäßig gleich stark in allen Jahrgangsklassen der beiden Geschlechter zusammen. Größere Unterschiede ergeben sich nur zwischen den jüngeren Männern und Frauen, und zwar stärkere Abnahmen bei den weiblichen F.D.P.-Wählern als bei den männlichen, darunter -33,7 gegenüber -16,1 in der Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen.

Für alle Parteien läßt sich ablesen, daß mit zunehmendem Alter die Neigung zum Stimmensplitting geringer wird.

Insbesondere CDU-Wähler waren weniger bereit, ihre Erststimme dem Wahlkreisbewerber einer anderen Partei zukommen zu lassen. Hier schwanken bei einem Gesamtanteil von 2,1 % die Werte zwischen den einzelnen Altersgruppen von 0,8 bis 5 %. Dagegen waren es mit 4,4 % doppelt so viele bei der SPD, darunter vor allem die 25- bis unter 35jährigen Wählerinnen (9,1 %).

Im Vergleich zur F.D.P. haben die Wähler aller anderen Parteien ein weitaus vermindertes Interesse für eine differenzierte Stimmenabgabe an den Tag gelegt, auch die Zweitstimmenwähler der NPD, von denen

weniger als ein Drittel die Erststimme nicht dem Kandidaten der eigenen Partei zuteil werden ließen.

In welchem Verhältnis zwischen den beiden Parteien, der SPD und F.D.P., bei denen das Stimmensplitting am stärksten zutage trat, die Stimmenkombinationen anzutreffen sind, läßt sich aus Tabelle 5 ableiten.

Tab. 5: Die abgegebenen Zweitstimmen im Verhältnis zu den Erststimmen der Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken nach Geschlecht und Altersgruppen für SPD und F.D.P.

Parteien Altersgruppen von ... bis unter Jahren	Männer		Frauen	
	Von 100 abgegebenen Erststimmen (ohne Briefwahl) der vorstehenden Parteien entfielen Zweitstimmen auf			
	SPD	F.D.P.	SPD	F.D.P.
SPD				
18 bis 25	87,6	10,1	91,9	7,3
25 " 35	86,9	12,0	88,4	10,4
35 " 45	89,6	9,4	91,5	7,5
18 " 45	88,1	10,5	90,5	8,5
45 " 60	92,6	6,7	93,7	5,5
60 und älter	97,2	2,6	97,7	2,0
Insgesamt	91,6	7,4	94,0	5,3
Dagegen 1972	86,6	12,3	88,7	10,1
1969	91,5	4,8	91,9	3,4
F.D.P.				
18 bis 25	(31,8)	62,3	35,1	60,5
25 " 35	28,3	67,6	34,0	62,1
35 " 45	18,8	75,4	19,5	76,6
18 " 45	25,2	69,7	28,6	67,4
45 " 60	(14,4)	83,2	19,9	76,2
60 und älter	(14,3)	82,8	16,7	80,0
Insgesamt	20,4	75,5	23,6	72,6
Dagegen 1972	24,2	71,1	30,8	63,0
1969	11,4	80,5	15,5	76,0

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Nur 7,4 % der Männer und 5,3 % der Frauen, die bei der Bundestagswahl 1976 ihre Erststimme der SPD gaben, halfen mit der Zweitstimme der F.D.P. Dagegen waren es 20,4 % (dreimal so viel) bzw. 23,6 % (viermal so viel) der Erststimmenwähler der F.D.P., die ihre Zweitstimme der SPD zukommen ließen. Unter den Frauen waren dies mit 35,1 % insbesondere die 18-bis unter 25jährigen. Auch hier tritt wieder deutlich die Absicht hervor, daß vor allem die jüngeren Wähler mit ihrer Zweitstimme die SPD unterstützten.

Welche absoluten Größenordnungen sich hinter den Prozentzahlen verbergen, soll an der folgenden Hochschätzung verständlich gemacht werden.

Geschlecht	Partei	Gültige Erst- stimmen insges.)	Zweitstimmen für die andere Partei		Differenz SPD gegenüber F.D.P.
			%	absolut	
Männer	SPD	281 530	7,4	20 833	
	F.D.P.	40 750	20,4	8 313	+12 520
Frauen	SPD	351 461	5,3	18 627	
	F.D.P.	53 849	23,6	12 708	+ 5 919
Zusammen	SPD	632 991	6,2	39 460	
	F.D.P.	94 599	22,2	21 021	+18 439

) einschl. Briefwahl.

Die Modellrechnung zeigt, daß zwischen den Zweitstimmen der beiden Parteien rund 18 000 Wähler für ein Übergewicht zugunsten der F.D.P. gesorgt haben. Dies erklärt sich aus den viel höheren absoluten Erststimmen-Anteilen der SPD, deren Verhältnis zu den absoluten Stimmen der F.D.P. mit 6,7:1 (632 991:94 599) fast doppelt so hoch ist wie das der betreffenden Prozentsätze von Zweitstimmen für die andere Partei mit 3,6:1 (22,2:6,2).

Tab. 6: Die Anteile der ungültigen Erst- und Zweitstimmen in den repräsentativen Wahlbezirken 1976, 1972 und 1969 nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wählern in den Wahlräumen der repräsentativen Wahlbezirke gaben ab			
	ungültige Erststimmen		ungültige Zweitstimmen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1976				
18 bis 25	(1,0)	(0,8)	(0,5)	(0,4)
25 " 35	(0,2)	(0,3)	(0,1)	(0,3)
35 " 45	(0,1)	(0,3)	(0,2)	(0,3)
18 " 45	(0,4)	(0,4)	(0,2)	(0,3)
45 " 60	(0,4)	(0,4)	(0,3)	(0,4)
60 und älter	(0,5)	0,7	(0,4)	0,6
Insgesamt	0,4	0,5	0,3	0,5
1972				
18 bis 25	(0,8)	(0,5)	(0,6)	(0,4)
25 " 35	(0,5)	(0,5)	(0,3)	(0,4)
35 " 45	(0,5)	(0,3)	(0,3)	(0,3)
18 " 45	0,6	(0,4)	(0,4)	(0,3)
45 " 60	(0,4)	(0,5)	(0,3)	(0,5)
60 und älter	(0,7)	1,6	(0,5)	1,1
Insgesamt	0,6	0,8	0,4	0,6
1969				
21 bis 30	(0,8)	(1,0)	(0,4)	(0,5)
30 " 45	(0,7)	0,9	(0,5)	(0,5)
21 " 45	0,7	1,0	(0,5)	(0,5)
45 " 60	(0,9)	1,2	(0,7)	0,8
60 und älter	1,8	3,3	1,2	1,6
Insgesamt	1,1	1,9	0,7	1,0
Veränderung 1976 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)				
18 bis 45	- 0,2	0	- 0,2	0
45 " 60	0	- 0,1	0	- 0,1
60 und älter	- 0,2	- 0,9	- 0,1	- 0,5
Insgesamt	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,1
Veränderung 1976 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)				
18(21) bis 45	- 0,3	- 0,6	- 0,3	- 0,2
45 bis 60	- 0,5	- 0,8	- 0,4	- 0,4
60 und älter	- 1,3	- 2,6	- 0,8	- 1,0
Insgesamt	- 0,7	- 1,4	- 0,4	- 0,5

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Weniger ungültige Stimmen

Bei den in der Tabelle 6 nachgewiesenen Prozentsätzen der ungültigen Erst- und Zweitstimmen fällt neben einer weiteren Abnahme des Gesamtanteils der ungültigen Stimmen gegenüber der Bundestags-

wahl 1972 auf jeweils weniger als 0,6 % der relativ hohe Anteil bei den 18- bis unter 25jährigen Männern auf (1 %). Zum anderen zeigt insbesondere der Rückgang der Zahl der ungültigen Stimmen bei den über 60 Jahre alten Frauen, daß die weiteren Bemühungen

um eine verbesserte, verständlichere Gestaltung der Stimmzettel und die verstärkte Information die Kennzeichnung von Erst- und Zweitstimme erleichtert haben.

Günter Müller

Anhangtab. I:

Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken 1976, 1972 und 1969 nach Geschlecht und Altersgruppen

- Altersgruppe je Geschlecht = 100 gesetzt -

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer					Frauen					Männer und Frauen zusammen							
	von 100 abgegebenen gültigen Zweitstimmen (ohne Briefwahl) entfielen auf																	
	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	sonstige Parteien	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	sonstige Parteien	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	sonstige Parteien
Bundestagswahl 1976																		
18 bis 25	62,6	20,4	12,3	(3,0)	(0,1)	(1,6)	63,5	22,7	11,6	(1,4)	(0,1)	(0,7)	63,1	21,5	11,9	2,2	(0,1)	(1,2)
25 " 35	57,3	25,6	15,4	(1,1)	(0,3)	(0,3)	56,4	27,5	14,8	(0,7)	-	(0,6)	56,8	26,6	15,1	(0,9)	(0,1)	(0,5)
35 " 45	51,4	35,2	12,6	(0,4)	(0,5)	(0,1)	53,7	33,4	12,4	(0,1)	(0,1)	(0,3)	52,6	34,3	12,4	(0,3)	(0,2)	(0,2)
18 " 45	56,0	28,6	13,5	1,2	(0,2)	(0,5)	56,7	29,0	13,1	(0,6)	(0,1)	(0,5)	56,4	28,8	13,3	0,9	(0,1)	0,5
45 " 60	52,3	35,3	11,0	(0,6)	(0,6)	(0,2)	52,0	37,9	9,4	(0,4)	(0,1)	(0,2)	52,1	36,8	10,1	(0,4)	(0,4)	(0,2)
60 und älter	53,0	39,4	5,9	1,0	(0,5)	(0,2)	56,7	37,0	5,7	(0,4)	(0,1)	(0,1)	55,3	37,9	5,8	0,6	(0,3)	(0,1)
Insgesamt	54,2	33,3	10,7	1,0	(0,4)	(0,4)	55,6	34,2	9,4	0,4	(0,1)	(0,3)	55,0	33,8	10,0	0,7	0,2	0,3
Bundestagswahl 1972																		
18 bis 25	65,8	16,4	16,1	(1,5)	(0,2)	(0,0)	66,0	18,3	14,8	(0,7)	-	(0,2)	65,9	17,4	15,4	(1,1)	(0,1)	(0,1)
25 " 35	56,7	25,8	16,8	(0,5)	(0,2)	(0,0)	56,2	28,0	15,3	(0,1)	(0,3)	(0,1)	56,4	26,9	16,1	(0,3)	(0,2)	(0,1)
35 " 45	57,5	27,8	13,6	(0,5)	(0,4)	(0,2)	57,1	30,7	11,5	(0,4)	(0,1)	(0,2)	57,3	29,3	12,5	(0,4)	(0,3)	(0,2)
18 " 45	58,8	24,7	15,5	0,6	(0,3)	(0,1)	58,5	27,1	13,8	(0,5)	(0,2)	(0,1)	58,6	25,9	14,7	0,5	(0,2)	(0,1)
45 " 60	52,8	35,8	9,9	(0,7)	(0,6)	(0,2)	51,3	38,3	9,6	(0,3)	(0,3)	(0,2)	52,0	37,2	9,7	(0,5)	(0,5)	(0,1)
60 und älter	52,2	38,9	6,9	1,1	(0,6)	(0,3)	56,3	37,6	5,5	(0,5)	(0,2)	(0,1)	54,7	38,1	6,0	0,6	(0,4)	(0,2)
Insgesamt	55,8	30,7	12,1	0,8	0,4	(0,2)	56,1	33,2	10,0	0,3	(0,2)	(0,2)	56,0	32,1	10,9	0,5	0,3	(0,2)
Veränderung 1976 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)																		
18 bis 25	-3,2	+4,0	-3,8	(+1,5)	(-0,1)	(+1,6)	-2,5	+4,4	-3,2	(+0,7)	(+0,1)	(+0,5)	-2,8	+4,1	-3,5	+1,1	(0)	(+1,1)
25 " 35	+0,6	-0,2	-1,4	(+0,6)	(+0,1)	(+0,3)	+0,2	-0,5	-0,5	(+0,6)	(-0,3)	(+0,5)	+0,4	-0,3	-1,0	(+0,6)	(-0,1)	(+0,4)
35 " 45	-6,1	+7,4	-1,0	(-0,1)	(-0,1)	(-0,1)	-3,4	+2,7	+0,9	(-0,3)	(0)	(+0,1)	-4,7	+5,0	-0,1	(-0,1)	(-0,1)	(0)
18 " 45	-2,8	+3,9	-2,0	+0,6	(-0,1)	(+0,4)	-1,8	+2,0	-0,7	(+0,5)	(-0,1)	(+0,4)	-2,2	+2,9	-1,4	+0,4	(-0,1)	(+0,4)
45 " 60	-0,5	-0,5	+1,1	(-0,1)	(0)	(0)	+0,7	-0,4	-0,2	(+0,1)	(-0,2)	(0)	+0,1	-0,4	+0,4	(-0,1)	(-0,1)	(+0,1)
60 und älter	+0,8	+0,5	-1,0	-0,1	(-0,1)	(-0,1)	+0,4	-0,6	+0,2	(+0,1)	(-0,1)	(0)	+0,6	-0,2	-0,2	0	(-0,1)	(-0,1)
Insgesamt	-1,6	+2,6	-1,4	+0,2	(0)	(+0,2)	-0,5	+1,0	-0,6	+0,1	(-0,1)	(+0,1)	-1,0	+1,7	-0,9	+0,2	-0,1	+0,1
Bundestagswahl 1969																		
21 bis 30	61,5	25,1	8,7	(1,5)	2,8	(0,4)	58,4	31,6	7,6	(0,9)	(1,1)	(0,4)	60,0	28,3	8,1	1,2	2,0	(0,4)
30 " 45	60,6	25,7	7,8	(1,1)	4,3	(0,5)	56,3	33,5	6,7	(0,7)	2,3	(0,5)	58,4	29,7	7,2	0,9	3,3	0,5
21 " 45	60,9	25,5	8,1	1,2	3,8	(0,5)	57,0	32,8	7,1	0,8	1,9	(0,4)	58,9	29,2	7,6	1,0	2,8	0,5
45 " 60	51,3	32,1	6,6	1,5	7,7	(0,8)	51,7	37,8	5,6	1,0	3,4	(0,5)	51,6	35,5	6,0	1,2	5,1	0,6
60 und älter	55,1	32,2	4,7	1,9	5,6	(0,5)	54,1	38,9	3,9	0,8	2,0	(0,3)	54,5	36,3	4,2	1,0	3,4	0,4
Insgesamt	56,9	29,1	6,7	1,5	5,2	(0,6)	54,6	36,4	5,5	0,8	2,3	(0,4)	55,6	33,2	6,0	1,1	3,6	0,5
Veränderung 1976 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)																		
18(21) bis 45	-4,9	+3,1	+5,4	0	(-3,6)	(0)	-0,3	-3,8	+6,0	-0,2	(-1,8)	(+0,1)	-2,5	-0,4	+5,7	-0,1	(-2,7)	0
45 " 60	+1,0	+3,2	+4,4	-0,9	-7,1	(-0,6)	+0,3	+0,1	+3,8	(-0,6)	(-3,3)	(-0,3)	+0,5	+1,3	+4,1	(-0,8)	(-4,7)	(-0,4)
60 und älter	-2,1	+7,2	+1,2	-0,9	-5,1	(-0,3)	+2,6	-1,9	+1,8	(-0,4)	(-1,9)	(-0,2)	+0,8	+1,6	+1,6	-0,4	(-3,1)	(-0,3)
Insgesamt	-2,7	+4,2	+4,0	-0,5	-4,8	-0,2	+1,0	-2,2	+3,9	-0,4	(-2,2)	-0,1	-0,6	+0,6	+4,0	-0,4	-3,4	-0,2

1) Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF.

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken 1976, 1972 und 1969 nach Geschlecht und Altersgruppen

- Gesamtstimmzahl der Partei - % gest.

Altergruppen von ... bis unter ... Jahren	Zweitstimmen-Anteile (ohne Briefwahl)																					
	Männer						Frauen						Männer und Frauen zusammen									
	SPD	CDU	F.D.P.	DFP 1)	SPD	sonstige Parteien	insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	DFP 1)	SPD	sonstige Parteien	insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	DFP 1)	SPD	sonstige Parteien	insgesamt	
Bundestagswahl 1976																						
18 bis 25	17,2	6,3	12,2	31,3	(-1,2)	(29,2)	10,6	5,2	5,3	18,0	(25,0)	(4,9)	(22,4)	8,0	10,5	5,8	11,0	29,1	(2,1)	(26,1)	5,2	
25 " 35	17,6	12,8	24,1	(37,4)	(11,2)	(18,0)	16,7	15,6	10,8	21,1	(21,0)	-	(15,0)	15,4	15,4	11,7	22,5	18,8	(8,4)	(24,4)	14,9	
35 " 45	19,2	21,4	23,8	(8,5)	(10,2)	(8,6)	20,2	19,8	19,9	21,5	(5,0)	(20,0)	(9,0)	16,3	17,5	18,5	22,6	(1,1)	(16,8)	(12,8)	18,0	
45 " 60	29,0	30,8	60,1	57,2	(28,6)	(35,8)	47,5	56,6	52,0	52,6	(51,0)	(24,0)	(20,4)	57,7	49,0	55,8	64,1	55,0	(27,5)	(25,1)	40,7	
60 und älter	21,9	24,1	23,4	(12,6)	(17,1)	(11,2)	20,7	25,0	27,3	24,5	(20,0)	(32,0)	(15,8)	24,6	22,5	25,8	24,0	(15,2)	(15,8)	(19,6)	25,7	
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Bundestagswahl 1972																						
18 bis 25	17,2	5,2	15,9	(19,5)	(4,5)	(5,5)	10,4	10,2	4,8	15,8	(16,7)	-	(12,1)	8,7	11,1	5,1	15,3	19,1	(2,8)	(8,5)	5,4	
25 " 35	23,4	19,3	30,1	(14,0)	(11,8)	(2,6)	25,0	18,6	15,7	28,5	(7,1)	(21,0)	(15,2)	18,6	20,8	17,2	30,3	(11,8)	(10,5)	(8,5)	20,8	
35 " 45	19,9	17,5	21,9	(11,1)	(17,2)	(18,4)	19,5	16,2	14,7	18,2	(17,6)	(11,3)	(27,5)	15,9	17,9	19,9	20,0	(15,4)	(14,8)	(10,5)	17,4	
45 " 60	25,5	42,3	67,9	(44,4)	(35,2)	(28,7)	52,7	45,0	35,7	39,5	(44,0)	(18,3)	(14,6)	43,2	49,8	58,2	65,6	44,5	(38,9)	(39,5)	47,4	
60 und älter	19,3	23,7	16,8	(17,6)	(29,0)	(28,5)	20,4	20,8	28,2	21,8	(21,1)	(11,9)	(24,9)	20,8	20,1	25,2	19,4	19,5	(31,0)	(25,5)	21,7	
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung 1976 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)																						
18 bis 25	+0,0	+1,0	-1,7	+17,0	(-2,9)	(+45,9)	+0,2	-1,0	+0,5	-3,8	(+ 8,3)	(- 4,0)	(+10,3)	-0,7	+0,6	+0,7	-2,5	+10,0	(-0,5)	(+7,8)	+0,2	
25 " 35	+5,8	+6,4	+8,0	(+ 2,8)	(-0,3)	(+15,4)	+8,3	+3,0	+4,9	-7,4	(+15,3)	(-21,0)	(+15,8)	+3,2	+1,4	+5,2	+7,8	(+ 7,0)	(-7,1)	(+1,9)	+1,2	
35 " 45	+0,7	+3,9	+1,9	(- 2,2)	(-1,5)	(-11,8)	+0,9	+0,4	+1,0	+3,2	(-10,7)	(+ 8,7)	(+ 6,3)	+0,4	+0,5	+2,4	+2,6	(- 4,3)	(+0,0)	(- 5,9)	+0,6	
45 " 60	+6,5	+1,3	+7,8	+32,8	(-4,7)	(+47,5)	+5,0	+6,4	+1,0	+6,5	(+ 7,0)	(- 8,3)	(+17,8)	+5,5	+6,6	+7,4	-7,5	+10,7	(+5,8)	(+35,6)	+5,3	
60 und älter	+2,6	+0,4	+6,6	(- 5,0)	(+8,1)	(-14,8)	+2,3	+2,2	+2,1	+2,6	(- 5,7)	(- 1,3)	(-10,4)	+1,8	+2,4	+0,7	+4,4	(- 8,3)	(+8,0)	(-12,7)	+2,0	
insgesamt	+3,9	+1,1	+1,2	- 7,8	(-3,4)	(-20,7)	+2,9	+2,2	+2,1	+4,3	(- 5,9)	(+10,2)	(- 7,4)	+3,7	+4,7	+1,7	+7,9	+ 0,4	(+0,8)	(-20,9)	+5,3	
Bundestagswahl 1969																						
21 bis 30	18,2	14,8	21,9	(16,7)	9,0	(13,8)	16,8	15,8	11,2	16,0	(13,0)	(5,3)	(15,7)	12,9	15,8	12,5	19,8	15,2	8,0	(15,4)	14,7	
30 " 45	21,0	23,6	53,7	20,3	24,0	(26,0)	29,7	25,3	22,6	30,0	(21,5)	24,5	(29,3)	24,8	27,8	23,8	51,9	30,7	24,2	27,9	26,5	
45 " 60	49,2	40,2	55,6	57,0	33,0	(40,4)	46,0	39,7	33,8	48,0	(34,5)	50,8	(42,4)	37,5	45,8	36,5	57,7	55,8	32,7	41,5	41,2	
60 und älter	21,3	26,1	23,3	24,2	54,5	(32,1)	25,6	24,8	27,0	26,4	(30,9)	37,7	(30,4)	25,9	25,7	28,2	24,9	27,0	35,6	31,3	24,8	
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
Veränderung 1976 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)																						
18(21) bis 45	+0,2	+0,4	+4,5	+20,2	(-4,4)	(+33,8)	+1,2	+0,5	+1,8	+4,6	(+18,7)	(- 6,8)	(+10,0)	+0,7	+0,4	+0,5	+8,4	+10,1	(-4,9)	(+21,8)	+0,9	
45 " 60	+0,6	-2,0	+0,1	(-11,6)	(+2,6)	(-20,6)	+0,9	+1,6	+0,8	+1,9	(-10,8)	(- 5,7)	(-16,6)	+1,3	+0,6	+0,7	+0,9	(-11,8)	(+0,2)	(-18,7)	+1,2	
60 und älter	+0,4	+1,4	+4,6	(- 8,6)	(+1,8)	(-12,8)	+0,6	+2,1	+1,5	+2,7	(- 5,8)	(+12,5)	(-13,4)	+1,1	+1,0	+1,2	+3,5	+ 7,3	(+8,7)	(-33,1)	+0,3	

1) Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADP.

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

- absolute Zahlen -

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Abgegebene gültige Erststimmen (ohne Briefwahl)							Abgegebene gültige Zweitstimmen (ohne Briefwahl)						
	ins- gesamt	davon entfielen auf						ins- gesamt	davon entfielen auf					
		SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	son- stige Partei- en 2)		SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	son- stige Partei- en
Bundestagswahl 1976														
Männer														
18 bis 25	1 882	1 245	389	151	64	5	28	1 891	1 184	387	232	57	1	30
25 " 35	2 983	1 824	780	315	44	4	16	2 986	1 710	765	460	32	8	11
35 " 45	3 617	1 986	1 283	309	21	9	9	3 616	1 858	1 274	454	15	11	4
45 " 60	4 047	2 219	1 442	327	30	24	5	4 053	2 119	1 432	446	23	26	7
60 und älter	5 307	2 838	2 109	273	61	20	6	5 312	2 815	2 093	316	55	24	9
Insgesamt	17 836	10 112	6 003	1 375	220	62	64	17 858	9 686	5 951	1 908	182	70	61
Frauen														
18 bis 25	1 793	1 143	411	185	44	2	8	1 799	1 143	408	209	25	1	13
25 " 35	3 004	1 740	829	388	30	-	17	3 004	1 694	827	444	21	-	18
35 " 45	3 652	2 048	1 217	359	11	6	11	3 653	1 962	1 218	452	5	5	11
45 " 60	5 498	2 938	2 091	432	29	4	4	5 497	2 860	2 085	516	20	8	8
60 und älter	8 401	4 765	3 128	454	36	11	7	8 408	4 769	3 109	482	29	11	8
Insgesamt	22 348	12 634	7 676	1 818	150	23	47	22 361	12 428	7 647	2 103	100	25	58
Männer und Frauen zusammen														
18 bis 25	3 675	2 388	800	336	108	7	36	3 690	2 327	795	441	82	2	43
25 " 35	5 987	3 564	1 609	703	74	4	33	5 990	3 404	1 592	904	53	8	29
35 " 45	7 269	4 034	2 500	668	32	15	20	7 269	3 820	2 492	906	20	16	15
45 " 60	9 545	5 157	3 533	759	59	28	9	9 550	4 979	3 517	962	43	34	15
60 und älter	13 708	7 603	5 237	727	97	31	13	13 720	7 584	5 202	798	84	35	17
Insgesamt	40 184	22 746	13 679	3 193	370	85	111	40 219	22 114	13 598	4 011	282	95	119
Bundestagswahl 1972														
Männer														
18 bis 25	2 234	1 656	365	146	59	4	4	2 240	1 473	367	361	33	4	2
25 " 35	4 968	3 359	1 263	275	49	16	6	4 976	2 822	1 281	837	24	11	1
35 " 45	4 171	2 707	1 167	245	29	18	5	4 179	2 404	1 163	570	19	16	7
45 " 60	4 402	2 537	1 569	218	40	29	9	4 404	2 327	1 574	436	30	27	10
60 und älter	5 795	3 179	2 259	242	69	34	12	5 806	3 034	2 256	398	65	35	18
Insgesamt	21 570	13 438	6 623	1 126	246	101	36	21 605	12 060	6 641	2 602	171	93	38
Frauen														
18 bis 25	2 339	1 728	432	147	27	1	4	2 341	1 546	428	346	17	-	4
25 " 35	5 039	3 296	1 395	318	16	8	6	5 045	2 834	1 414	772	7	13	5
35 " 45	4 308	2 722	1 315	241	16	7	7	4 309	2 460	1 322	495	16	7	9
45 " 60	6 162	3 378	2 344	385	26	20	9	6 161	3 162	2 357	592	21	21	8
60 und älter	9 168	5 295	3 456	363	31	20	3	9 214	5 187	3 464	505	30	21	7
Insgesamt	27 016	16 419	8 942	1 454	116	56	29	27 070	15 189	8 985	2 710	91	62	33
Männer und Frauen zusammen														
18 bis 25	4 573	3 384	797	293	86	5	8	4 581	3 019	795	707	50	4	6
25 " 35	10 007	6 655	2 658	593	65	24	12	10 021	5 656	2 695	1 609	31	24	6
35 " 45	8 479	5 429	2 482	486	45	25	12	8 488	4 864	2 485	1 065	35	23	16
45 " 60	10 564	5 915	3 913	603	66	49	18	10 565	5 489	3 931	1 028	51	48	18
60 und älter	14 963	8 474	5 715	605	100	54	15	15 020	8 221	5 720	903	95	56	25
Insgesamt	48 586	29 857	15 565	2 580	362	157	65	48 675	27 249	15 626	5 312	262	155	71
Bundestagswahl 1969														
Männer														
21 bis 30	3 181	2 162	761	118	56	71	13	3 192	1 963	801	277	47	89	15
30 " 45	5 483	3 576	1 388	219	64	200	36	5 494	3 331	1 411	428	57	238	29
45 " 60	4 459	2 443	1 475	180	62	268	31	4 471	2 295	1 435	296	68	342	35
60 und älter	5 717	3 222	1 897	206	102	269	21	5 754	3 168	1 856	268	109	323	30
Insgesamt	18 840	11 403	5 521	723	284	808	101	18 911	10 757	5 503	1 269	281	992	109
Frauen														
21 bis 30	3 129	1 998	939	119	31	29	13	3 144	1 837	992	240	47	36	12
30 " 45	5 951	3 553	1 962	247	43	116	30	5 976	3 364	2 000	402	44	139	27
45 " 60	6 291	3 405	2 354	265	68	172	27	6 316	3 268	2 389	353	64	214	28
60 und älter	8 767	4 861	3 384	276	66	156	24	8 919	4 828	3 472	343	72	179	25
Insgesamt	24 138	13 817	8 639	907	208	473	94	24 355	13 297	8 853	1 338	207	568	92
Männer und Frauen zusammen														
21 bis 30	6 310	4 160	1 700	237	87	100	26	6 336	3 800	1 793	517	74	125	27
30 " 45	11 434	7 129	3 350	466	107	316	66	11 470	6 695	3 411	830	101	377	56
45 " 60	10 750	5 848	3 829	445	130	440	58	10 787	5 563	3 824	649	132	556	63
60 und älter	14 484	8 083	5 281	482	168	425	45	14 673	7 996	5 328	611	181	502	55
Insgesamt	42 978	25 220	14 160	1 630	492	1 281	195	43 266	24 054	14 356	2 607	488	1 560	201

1) Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF.-

2) und Parteilose.

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen			zusammen		
	Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei	Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig	Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei	Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig	Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei	Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig
Bundestagswahl 1976									
18 bis 25	85,0	14,0	(1,0)	87,8	11,4	(0,8)	86,3	12,8	(0,9)
25 " 35	86,2	13,6	(0,2)	86,6	13,1	(0,3)	86,4	13,3	(0,3)
35 " 45	90,3	9,5	(0,2)	91,5	8,1	(0,4)	90,9	8,8	(0,3)
18 " 45	87,7	11,9	(0,4)	89,0	10,6	(0,4)	88,3	11,5	0,4
45 " 60	92,9	6,6	(0,5)	93,5	6,0	(0,5)	93,3	6,3	(0,4)
60 und älter	96,3	3,2	(0,5)	96,3	2,7	1,0	96,3	2,9	0,8
Insgesamt	91,4	8,1	0,5	92,9	6,5	0,6	92,2	7,2	0,6
Bundestagswahl 1972									
18 bis 25	82,2	17,0	(0,8)	82,4	17,0	(0,6)	82,3	17,0	(0,7)
25 " 35	82,2	17,2	(0,6)	83,4	16,0	(0,6)	82,8	16,6	0,6
35 " 45	86,9	12,6	(0,5)	88,8	10,7	(0,5)	87,8	11,6	(0,5)
18 " 45	83,9	15,5	0,6	85,2	14,2	0,6	84,6	14,8	0,6
45 " 60	90,8	8,8	(0,4)	90,7	8,7	(0,6)	90,8	8,7	0,5
60 und älter	94,1	5,2	(0,7)	93,3	4,6	2,1	93,6	4,8	1,6
Insgesamt	88,1	11,3	0,6	89,2	9,7	1,1	88,7	10,4	0,9
Veränderung 1976 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)									
18 bis 25	+ 2,8	- 3,0	(+ 0,2)	+ 5,4	- 5,6	(+ 0,2)	- 4,0	- 4,2	+ 0,2
25 " 35	+ 4,0	- 3,6	(- 0,4)	+ 3,2	- 2,9	(- 0,3)	+ 3,6	- 3,3	(- 0,3)
35 " 45	+ 3,4	- 3,1	(- 0,3)	+ 2,7	- 2,6	(- 0,1)	+ 3,1	- 2,8	(- 0,2)
18 " 45	+ 3,8	- 3,6	(- 0,2)	+ 3,8	- 3,6	(- 0,2)	+ 3,7	- 3,5	- 0,2
45 " 60	+ 2,1	- 2,2	(+ 0,1)	+ 2,8	- 2,7	(- 0,1)	+ 2,5	- 2,4	(- 0,1)
60 und älter	+ 2,2	- 4,2	(- 0,2)	+ 3,0	- 1,9	- 1,1	+ 2,7	- 1,9	- 0,8
Insgesamt	+ 3,3	- 3,2	- 0,1	+ 3,7	- 3,2	+ 0,5	+ 3,5	- 3,2	- 0,3
Bundestagswahl 1969									
21 bis 30	86,2	12,9	(0,9)	85,7	13,1	(1,2)	86,0	12,9	(1,1)
30 " 45	88,9	10,3	(0,8)	88,8	10,0	1,2	88,8	10,2	1,0
21 " 45	87,9	11,3	0,8	87,7	11,1	1,2	87,8	11,2	1,0
45 " 60	90,7	8,2	1,1	91,1	7,4	1,5	90,9	7,8	1,3
60 und älter	93,2	4,7	2,1	91,7	4,4	3,9	92,3	4,5	3,2
Insgesamt	90,2	8,5	1,3	90,1	7,6	2,3	90,1	8,0	1,9
Veränderung 1976 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)									
18(21)bis 45	- 0,2	+ 0,6	(- 0,4)	+ 1,3	- 0,5	(- 0,8)	+ 0,5	- 0,1	- 0,6
45 " 60	+ 2,2	- 1,6	(- 0,6)	+ 2,4	- 1,4	(- 1,0)	+ 2,4	- 1,5	(- 0,9)
60 und älter	+ 3,1	- 1,5	(- 1,6)	+ 4,6	- 1,7	(- 2,9)	+ 4,0	- 1,6	- 2,4
Insgesamt	+ 1,2	- 0,4	- 0,8	+ 2,8	- 1,1	(- 1,7)	+ 2,1	- 0,8	- 1,3

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Die unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimmen
der Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken 1976, 1972 und 1969
nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppen von ... bis ... unter Jahren	Männer					Frauen					Männer und Frauen zusammen				
	von 100 gültigen Zweitstimmen für die Partei entfielen Erststimmen auf Wahlkreisbewerber anderer Parteien														
	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD	SPD	CDU	F.D.P.	DKP 1)	NPD
Bundestagswahl 1976															
18 bis 25	7,9	6,2	59,5	22,8	-	8,1	3,9	46,4	(4,0)	-	8,0	5,0	53,3	17,1	-
25 " 35	7,3	3,8	53,7	(18,8)	(50,0)	9,1	3,9	45,7	(9,5)	-	8,2	3,8	49,8	15,1	(50,0)
35 " 45	4,3	3,1	48,7	(6,7)	(36,4)	4,5	2,7	39,2	-	-	4,4	2,9	43,9	(5,0)	(25,0)
18 " 45	6,3	3,8	52,9	(19,2)	40,0	7,0	3,3	43,2	5,9	-	6,6	3,5	48,1	14,8	(30,8)
45 " 60	3,1	1,9	39,0	(8,7)	(23,1)	3,7	1,7	36,2	-	(50,0)	3,5	1,8	37,5	(4,7)	(29,4)
60 und älter	2,0	0,9	28,5	(1,8)	(37,5)	2,3	0,8	24,7	-	(18,2)	2,2	0,8	26,2	1,2	(31,4)
Insgesamt	4,3	2,3	45,6	12,6	(32,9)	4,5	1,8	37,2	3,0	(24,0)	4,4	2,1	41,2	9,2	30,5
Bundestagswahl 1972															
18 bis 25	6,0	5,4	75,6	(12,1)	(25,0)	6,0	6,1	80,1	(23,5)	-	6,0	5,8	77,8	-16,0	(25,0)
25 " 35	4,6	5,6	79,1	(8,3)	(27,3)	5,2	5,6	75,8	(42,9)	(46,2)	4,9	5,6	77,5	(16,1)	(37,5)
35 " 45	3,6	4,0	69,1	(5,3)	(18,7)	3,5	3,3	67,5	(12,5)	(42,9)	3,6	3,6	68,4	(8,6)	(26,1)
18 " 45	4,6	4,9	75,2	9,2	(22,6)	4,8	4,7	74,1	(22,5)	(45,0)	4,7	4,8	74,7	13,8	31,4
45 " 60	2,6	2,9	62,4	(13,3)	(22,2)	4,3	2,8	56,4	(14,3)	(23,8)	3,6	2,8	58,9	13,7	(22,9)
60 und älter	1,9	1,4	50,3	10,8	(20,0)	3,4	1,8	52,3	(13,3)	(28,6)	2,8	1,7	51,4	11,6	23,2
Insgesamt	3,5	3,3	69,2	10,5	(21,5)	4,2	3,1	66,2	(17,6)	(32,3)	3,9	3,2	67,7	13,0	25,8
Bundestagswahl 1969															
21 bis 30	4,2	13,6	69,7	(19,1)	(25,8)	5,9	13,6	70,4	(25,9)	(27,8)	5,1	13,6	70,0	21,6	26,4
30 " 45	3,5	10,1	61,0	15,8	21,4	4,8	10,3	55,0	(25,0)	(26,6)	4,1	10,2	58,1	19,8	23,3
21 " 45	3,7	11,3	64,4	17,3	22,6	5,2	13,4	60,7	25,4	26,9	4,5	11,4	62,7	20,6	24,1
45 " 60	2,3	5,3	46,6	20,6	27,8	3,9	7,2	41,1	14,1	26,2	3,2	6,5	43,6	17,4	27,2
60 und älter	2,3	3,3	35,4	16,5	21,7	4,2	6,4	33,2	22,2	(23,5)	3,5	5,3	34,2	18,8	22,3
Insgesamt	3,0	7,1	54,1	17,8	24,1	4,5	8,3	48,5	20,8	25,5	3,8	7,8	51,2	19,1	24,6
Veränderung 1976 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)															
18 bis 25	+1,9	+0,8	-16,1	+10,7	(-25,0)	+2,1	-2,2	-33,7	(-19,5)	-	+2,0	-0,8	-24,5	+1,1	(-25,0)
25 " 35	+2,7	-1,8	-25,4	(+10,5)	(+22,7)	+3,9	-1,7	-30,1	(-33,4)	(-46,2)	+3,3	-1,8	-27,7	-1,0	(+12,5)
35 " 45	+0,7	-0,9	-20,4	(+1,4)	(+17,7)	+1,0	-0,6	-28,3	(-12,5)	(-42,9)	+0,8	-0,7	-24,5	-3,6	(-1,1)
18 " 45	+1,7	-1,1	-22,3	+10,0	(+17,4)	+2,2	-1,4	-30,9	(-16,6)	(-45,0)	+1,9	-1,3	-26,6	+1,0	(-0,6)
45 " 60	+0,5	-1,0	-23,4	(-4,6)	(+0,9)	-0,6	-1,1	-20,2	(-14,3)	(+26,2)	-0,1	-1,0	-21,4	-9,0	(+6,5)
60 und älter	+0,1	-0,5	-21,8	-9,0	(+17,5)	-1,1	-1,0	-27,6	(-13,3)	(-10,4)	-0,6	-0,9	-25,2	-10,4	(+8,2)
Insgesamt	+0,8	-1,0	-23,6	+2,1	(+11,4)	+0,3	-1,3	-29,0	(-16,4)	(-8,3)	+0,5	-1,1	-26,5	-3,8	+4,7
Veränderung 1976 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)															
18(21) bis 45	+2,6	-7,5	-11,5	+1,9	(+17,4)	+1,8	-8,1	-17,5	-19,5	-26,9	+2,1	-7,9	-14,7	-5,8	(+6,7)
45 " 60	+0,8	-3,4	-7,6	(-11,9)	(-4,7)	-0,2	-5,5	-4,9	-14,1	+23,8	+0,3	-4,7	-6,1	-12,7	(+2,2)
60 und älter	-0,3	-2,4	-6,9	-14,7	(+15,8)	-1,9	-5,6	-8,5	-22,2	-5,3	-1,3	-4,5	-8,0	-17,6	(+9,1)
Insgesamt	+1,3	-4,8	-8,5	-5,2	(+8,8)	0	-6,5	-11,3	-17,8	-1,5	+0,6	-5,7	-10,0	-9,9	(+5,9)

1) Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF.

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾)							
Luftdruck	mm ²⁾)	760,2	783,1	761,5	757,5	761,4	762,6
Lufttemperatur	°C	10,0	10,3	14,2	10,4	6,4	4,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77	74,8	75	84	84	85
Windstärke	Meßzahl ³⁾)	3	3,1	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾)	6	5,3	4	7	7	6
Summenwerte ⁵⁾)							
Niederschlagshöhe	mm	618	571	101	26	50	55
Sonnenscheindauer	Std.	128,3	147,5	110	47	31	47
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	85	87	7	14	15	12
Tage mit Niederschlägen	"	225	214	22	17	23	17
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	242,4	237,0	230,7	230,1	229,9	236,0
- Altona	"	250,5	247,4	243,4	243,2	243,0	246,6
- Eimsbüttel	"	249,7	248,5	247,8	247,1	246,6	248,2
- Hamburg-Nord	"	328,3	321,6	315,6	314,8	314,4	320,6
- Wandsbek	"	380,5	383,3	382,0	382,3	382,4	383,7
- Bergedorf	"	92,8	92,0	91,5	91,4	91,4	91,8
- Harburg	"	198,9	196,6	196,6	196,7	196,6	196,5
* HAMBURG INSGESAMT	"	1 743,1	1 726,4	1 707,4	1 705,6	1 704,3	1 723,6
dav. männlich	"	809,4	801,4	792,2	791,1	790,5	800,3
weiblich	"	933,7	925,0	915,2	914,5	913,8	923,3
dar. Ausländer ⁷⁾)	"	131,2	129,1	131,8	131,8	131,5	128,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾)	Anzahl	867,2	875	923	883	977	1 142
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,0	6,1	6,6	6,1	6,7	7,8
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 127,9	1 099	1 155	1 166	1 180	1 104
dar. unehelich	"	104,8	109	99	136	135	130
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,6	8,2	8,0	8,2	7,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	7,8	7,6	8,2	8,0	8,2	7,5
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,4	9,9	8,6	12,1	11,4	11,9
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 107,8	2 175	1 937	2 136	1 851	2 208
dar. im ersten Lebensjahr	"	21,4	19	16	22	13	21
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,5	15,1	13,8	14,7	12,8	15,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,5	15,1	13,8	14,7	12,8	15,1
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾)	"	19,0	17,3	14,0	19,3	11,3	18,4
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	979,7	1 076	782	970	671	1 104
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,7	7,5	5,6	6,7	4,6	7,5
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 747	5 546	4 769	5 043	5 430	5 235
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 252	5 839	5 774	5 784	6 128	6 258
Fortgezogene Personen	"	505	293	1 005	741	698	1 023
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	280	146	653	559	406	692
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	245	147	352	182	292	331
dav. männlich	"	245	147	352	182	292	331
weiblich	"	245	147	352	182	292	331
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 080	14 221	11 001	15 610	10 960	13 483
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"						
Schleswig-Holstein	"	1 710	1 710	1 524	1 523	1 731	1 599
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	1 154	1 187	1 033	1 063	1 194	1 130
Niedersachsen	"	1 034	1 046	837	855	964	1 019
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	405	409	269	361	370	385
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 374	1 309	1 112	1 185	1 148	1 242
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	1 629	1 481	1 296	1 480	1 587	1 375
b) Fortgezogene nach	"						
Schleswig-Holstein	"	2 297	2 090	1 906	2 074	2 214	1 891
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	1 799	1 647	1 461	1 585	1 704	1 502
Niedersachsen	"	1 363	1 246	1 099	1 215	1 415	1 299
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	754	669	604	621	730	678
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 308	1 147	1 082	1 139	1 115	1 039
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	1 264	1 356	1 687	1 356	1 384	2 029

¹⁾ errechnet auf Grund täglicher dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitt Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: 31. 12. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 608	16 362	15 961	16 008	15 924	16 282
Patienten ³⁾	-	13 023	12 277	13 211	13 183	13 861	12 880
Pflegetage	-	403 631	386 659	383 334	411 069	403 509	397 764
Bettenausnutzung	%	82,7	80,1	84,2	85,8	86,8	83,8
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 064	3 090	3 139	3 139	3 139	3 112
Patienten ³⁾	-	2 863	2 818	2 804	2 812	2 826	2 769
Pflegetage	-	81 692	81 023	80 005	83 054	80 947	79 414
Bettenausnutzung	%	91,8	91,5	90,5	90,9	91,8	91,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	722 586	909 878	612 404	600 432	555 675	543 065
dar. in Hallenschwimmbädern	-	482 344	506 842	482 555	578 474	530 213	515 194
in Freibädern ⁴⁾	-	498 320	900 755	112 550	-	-	-
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	581 757	623 845	656 127	702 965	724 140	659 722
Ausgeliehene Noten	-	7 127	7 991	8 100	8 130	10 022	8 091
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	-	41 647	42 812	46 532	37 208	59 143	44 169
Besucher der Lesesäle	-	10 424	10 770	10 576	11 026	11 588	10 427
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	-	3 700	4 237	3 646	4 075	5 020	4 456
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	-	2 525	3 290	2 694	2 926	2 867	3 648
Lesesaalbesucher und Entleiher	-	1 363	1 394	1 271	1 207	1 251	1 420
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	-	92 556	82 802	95 162	93 148	68 806	81 372
dav. Hamburger Kunsthalle	-	27 116	9 930	7 950	8 868	7 455	8 633
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	-	13 462	13 499	10 491	17 859	12 019	16 095
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	-	7 129	7 735	5 116	7 658	6 137	10 544
Helms-Museum	-	16 439	19 768	21 159	11 309	5 540	9 236
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	-	14 916	18 415	18 763	9 987	4 177	7 432
Museum für Hamburgische Geschichte	-	13 733	19 636	32 179	26 602	12 230	16 100
Museum für Kunst und Gewerbe	-	7 057	6 846	6 708	9 324	15 878	9 967
Planetarium	-	5 758	3 723	9 638	10 258	7 856	9 480
Bischofsturm	-	1 863	1 667	1 921	2 270	1 693	1 317
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	682,7	678,1	662,8	661,0	659,2	673,3
dav. Pflichtmitglieder	-	396,6	387,4	373,7	371,6	369,8	384,0
Freiwillige Mitglieder	-	45,8	44,8	43,8	43,7	43,7	44,4
Rentner	-	240,3	243,9	245,3	245,7	245,7	244,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	27,3	25,9	24,4	26,8	27,6	27,7
dav. männlich	-	18,5	17,4	16,4	18,2	18,7	18,6
weiblich	-	8,8	8,5	8,0	8,6	8,9	9,1
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	12 121	26 444	22 612	24 765	25 573	28 486
dar. männlich	-	7 231	16 637	11 244	12 645	13 352	17 109
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	-	4 369	9 566	5 115	5 905	6 545	8 926
Technische Berufe	-	889	1 751	1 648	1 813	1 669	1 956
Dienstleistungsberufe	-	6 827	13 074	14 465	15 616	15 852	18 481
2. Arbeitslosen-Quote	%	1,7	3,7	3,3	3,6	3,7	4,0
3. Offene Stellen	Anzahl	13 315	10 656	9 531	8 852	8 145	7 792
4. Arbeitssuchende ²⁾	-	19 727	35 162	31 534	32 748	33 298	36 553
5. Vermittlungen ³⁾	-	10 306	7 909	8 926	9 498	8 695	8 070
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	-	5 381	3 545	3 976	4 698	4 296	3 649
6. Kurzarbeiter	-	2 289	7 384	358	658	884	7 381
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 407	1 275	893	1 010	1 062	1 058
dav. an Molkereien geliefert	%	92,5	91,9	89,9	86,8	88,8	87,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	10,4	8,0	8,8	9,5	8,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 215	969	609	564	552	792
pasteurisiert, abgepackt	"	1 280	6 495	5 994	5 823	5 914	6 009
ultra-hocherhitzt	"	6 770	1 522	2 008	1 857	1 820	1 880
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	141	110	84	81	89	87
ultra-hocherhitzt	"	1 389	2 115	2 514	2 487	2 954	2 159
Entrahmte Milch	"	65	467	468	643	452	433
Buttermilcherzeugnisse	"	433	564	334	305	278	272
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	159	207	118	105	103	108
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	8,3	6,7	9,6	9,5	8,2	6,9
Kälber	"	1,1	0,8	1,2	1,3	1,9	0,4
Schweine	"	28,3	23,9	19,1	19,7	22,4	20,9
Schafe	"	0,6	0,5	0,8	0,7	1,1	0,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,5	5,8	8,3	8,3	6,7	5,5
Kälber	"	1,1	0,8	1,2	1,4	1,9	0,5
Schweine *)	"	28,6	24,1	19,9	20,6	22,9	21,5
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	4 831	3 820	4 007	4 127	3 887	3 462
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 997	1 553	2 217	2 209	1 744	1 444
Kälber	"	88	62	86	121	160	40
Schweine	"	2 727	2 186	1 673	1 773	1 950	1 959
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	187	176	169	168 499	168	173
dar. Arbeiter *)	"	114	106	101	101	101	103
Geleistete Arbeiterstunden *)	"	17 100	15 583	15 365	15 442	15 627	15 555
Löhne (brutto)	Mio DM	213	214	213	222	261	240
Gehälter (brutto)	"	191	200	195	206	267	248
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	5	4	3	3	3	3
Gasverbrauch	1 000 m³	36 606	34 301	33 384	39 318	42 345	37 120
Stadt- und Kokerelgas	1 000 m³	1 329	1 152	299	343	384	479
Erd- und Erdölgas	1 000 m³	35 277	33 149	33 085	38 975	41 961	36 641
Heizölverbrauch	1 000 t	52	46	38	45	52	50
leichtes Heizöl	1 000 t	7 720	8	5	7	9	9
schweres Heizöl	1 000 t	44 660	38	33	38	43	41
Stromverbrauch	Mio kWh	257	268	297	218	328	279
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	12	12	11	11	12	8
Umsatz *) (ohne Mehrwertsteuer)	Mio DM	2 245	2 198	2 459	2 303	2 387	2 363
dar. Auslandsumsatz *)	"	412	405	523	373	410	533
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt	"	2 245	2 198	2 459	2 303	2 387	2 363
dar. Mineralölverarbeitung	"	479	467	529	555	574	514
Maschinenbau	"	154	152	167	148	175	160
Elektroindustrie	"	270	265	293	255	293	286
Chemische Industrie	"	188	183	200	213	188	170
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	651	715	590	726	949	875
Stromverbrauch	Mio kWh	695	724	701	806	898	842
Gaserzeugung (brutto)	Mio m³	26	25	12	18	21	29
Vj.-Durchschnitt *)							
		1974	1975	1. Vj. 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	3. Vj. 1975
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100						
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	87,4	82,6	82,2	83,0	85,8	83,7
		122,6	124,5	107,2	123,9	130,6	120,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1974	1975	September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
1. Bauhauptgewerbe **)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 744	31 896	32 516	33 644	32 640	31 782
dav. Inhaber	"	1 189	1 107	1 063	1 208	1 173	1 102
Angestellte	"	5 860	5 222	4 925	5 038	4 983	5 161
Arbeiter **)	"	29 694	25 567	26 527	27 398	26 504	25 519
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 791	4 107	4 897	4 769	4 762	4 099
dav. für Wohnungsbauten	"	1 335	1 061	1 298	1 375	1 486	1 120
gewerblich und industr. Bauten	"	1 824	1 386	1 739	1 693	1 654	1 407
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 632	1 660	1 860	1 701	1 642	1 572
Löhne (Bruttosumme) **)	Mio DM	74,3	64,8	78,7	81,1	82,8	67,6
Gehälter (Bruttosumme) **)	"	15,9	15,2	15,1	15,0	19,1	17,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,9	186,4	245,5	222,8	228,4	238,0
dav. im Wohnungsbau	"	61,7	50,1	53,5	63,0	50,2	82,7
gewerblich und industr. Bau	"	70,5	61,3	80,1	91,1	81,0	66,0
öffentlichen und Verkehrsba	"	97,7	75,0	111,9	68,7	97,2	89,3

*) gewerbliche und Hauschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/m³. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — *) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — **) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — **) einschließlich Umschüler und Auszubildende. — *) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	151	118	205	105	235
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	61	83	95	186	88	102
Umbauter Raum	1 000 m ³	300	357	237	213	133	690
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	63,9	81,0	45,0	48,5	33,6	158,7
Wohnfläche	1 000 m ²	62	75	40	39	27	150
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	51	54	40	47	33	90
Umbauter Raum	1 000 m ³	384	411	389	377	306	581
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,6	41,1	57,3	77,8	33,5	108,5
Nutzfläche	1 000 m ²	73	76	54	74	51	111
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	837	991	439	416	278	2 141
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	132	109	95	67	42	88
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	66	68	74	58	32	61
Umbauter Raum	1 000 m ³	394	273	165	263	60	243
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	75,5	60,9	37,0	54,6	16,7	61,0
Wohnfläche	1 000 m ²	78	58	34	51	11	52
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	53	45	42	25	22	35
Umbauter Raum	1 000 m ³	619	322	259	198	290	171
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	104,5	51,0	29,4	37,8	66,0	24,0
Nutzfläche	1 000 m ²	97	60	35	36	45	33
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 079	759	399	704	134	632
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	475	420	268	503		464
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 085	16 000	18 400	18 100	18 100	18 200
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	190	191	191	191	191	190
Wohnungen	"	750	757	762	762	762	754
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	"	2 800	2 831	2 848	2 850	2 851	2 818
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	127,1	136,5	146,1	169,2	...	167,2
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	145,5	159,1	178,5	238,1	...	228,3
Facheinzelhandel	"	121,7	129,7	145,0	145,3	...	146,3
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾							
Mio DM		681	499	576	527	525	574
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	89	73	92	92	77	87
Gewerblichen Wirtschaft	"	492	426	484	435	448	487
dav. Rohstoffe	"	4	4	8	8	7	4
Halbwaren	"	132	90	98	85	114	75
Fertigwaren	"	356	332	378	342	327	408
dav. Vorerzeugnisse	"	64	42	57	63	47	45
Enderzeugnisse	"	292	290	321	279	280	363
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	404	366	378	373	386	426
dar. EG-Länder	"	245	225	233	232	230	216
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	132,4	137,5	154,2	143,0
dav. Beherbergungsgewerbe	"	131,5	130,7	159,5	134,0
Gaststättengewerbe	"	132,7	139,4	152,6	145,7
4. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	115 568	110 977	140 947	135 774	109 000 s	102 775
dar. von Auslandsgästen	"	35 824	35 817	43 003	39 554	31 000 s	30 241
Fremdenübernachtungen	"	224 878	208 097	261 285	252 718	195 000 s	190 395
dar. von Auslandsgästen	"	73 855	65 296	78 518	73 928	57 000 s	56 370

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 489	1 480	1 570 s	1 580 s	1 560 s	1 485
Angekommene Schiffe	"	1 859	1 560	1 615 s	1 618 s	1 625 s	1 614
Abgegangene Schiffe	"	4 862	4 015	4 250 p	4 538 p	5 443 p	5 134
Güterverkehr über See	1 000 t	3 644	2 853	2 914 p	3 138 p	4 031 p	3 815
dav. Empfang	"	2 411	2 304	2 312 p	2 462 p	3 437 p	3 309
dav. Massengut	"	1 346	1 196	1 062 p	1 248 p	1 334 p	1 637
dar. Mineralöle	"	633	549	602 p	676 p	594 p	506
Sack- und Stückgut	"	1 318	1 162	1 336 p	1 400 p	1 303 p	1 319
Versand	"	606	574	705 p	748 p	666 p	704
dav. Massengut	"	712	588	631 p	652 p	638 p	615
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	419	363	281 p	291	295 s	386
* Güterversand	"	463	422	226 p	202	334 s	367
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 459	5 263	5 579	5 297 p	4 773 p	4 510
Fluggäste	"	263 005	291 977	361 390	351 838 p	282 971 p	251 425
Fracht	t	2 111,6	2 069,2	2 378,5	2 551,3 p	2 545,6 p	2 001,8
Luftpost	"	728,8	692,9	762,5	722,1 p	716,8 p	629,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 577	26 637	25 543	26 893	28 101	27 990
Schnell- und Vorortbahnen	"	2 832	2 424	1 553	1 725	1 807	2 390
Straßenbahn	"	19 681	19 737	19 699	20 478	21 592	21 269
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (Im Verkehr befindlich)	1 000	605,5	497,0	510,4	511,4	512,1	499,0
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	454,1	445,7	454,9	456,0	457,0	447,3
* b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 453	5 527	6 198	5 644 p	5 361 p	4 587
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	3 868	5 094	5 534	5 111 p	4 943 p	4 210
* Lastkraftwagen	"	348	283	488	429	323 p	277
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	881	870	1 013	846	1 044 p	904
* Getötete Personen	"	23	22	21	25	33 p	21
* Verletzte Personen	"	1 145	1 134	1 280	1 100	1 352 p	1 207
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾							
* Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	44 993,2	48 370,5	52 194,7	52 643,5	53 586,9	47 383,8
* dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	43 416,1	46 067,5	49 651,0	50 011,8	50 820,8	45 029,5
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 112,8	11 606,4	11 236,3	11 391,8	11 566,5	11 083,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	"			11 080,2	11 309,5	11 453,0	
* an öffentliche Haushalte	"			156,1	82,3	113,5	
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 613,7	6 470,8	6 687,8	6 681,0	6 751,7	6 463,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"			5 185,9	5 178,4	5 238,2	
* an öffentliche Haushalte	"			1 501,9	1 502,6	1 513,5	
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	24 689,6	27 990,3	31 728,9	31 939,0	32 502,6	27 482,5
* an Unternehmen und Privatpersonen	"			26 291,0	26 484,7	26 769,1	
* an öffentliche Haushalte	"			5 437,9	5 454,3	5 733,5	
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	31 446,9	34 405,7	34 698,6	35 488,0	36 156,7	32 894,1
* Sichteinlagen und Termingelder	"	20 565,6	21 526,1	21 613,5	22 387,0	23 058,2	20 653,6
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 168,2	16 297,6	16 016,4	16 860,4	17 438,0	15 703,6
* von öffentlichen Haushalten	"	5 397,4	5 228,5	5 597,1	5 526,6	5 620,2	4 950,0
* Spareinlagen	"	10 881,3	12 879,6	13 085,1	13 101,0	13 098,5	12 240,5
* bei Sparkassen	"	7 180,0	8 206,7	8 295,2	8 290,7	8 311,6	7 785,8 r
* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	634,1	791,1	598,8	587,4	724,8	593,0
* Lastschriften auf Sparkonten	"	584,7	624,6	629,8	571,5	641,1	494,1
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	14	15	35	36	20	25
* Vergleichsverfahren	"	1					1
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	567	463	424	359	465	349
* Wechselsumme	Mio DM	3,7	3,8	3,9	3,0	3,6	2,3

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufende Kredite. — ⁸⁾ ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

⁹⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen *)							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 169	19 601	21 772	18 723	19 987	18 457
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 536	3 575	3 747	3 531	3 915	3 131
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 459	1 466	1 598	1 587	1 443	809
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	512	595	623	525	730	517
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg *)							
Aktiengesellschaften	Anzahl	169	158	157	157	157	158
Grundkapital	Mio DM	6 415	6 872	7 188	7 188	7 190	7 017
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 557	7 106	7 844	7 916	7 985	7 345
Stammkapital	Mio DM	5 838	6 177	6 626	6 653	6 662	6 320
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio DM	884,8	890,8	1 278,5	652,5	789,2	799,9
* Steuern vom Einkommen	"	536,8	518,3	810,9	267,9	404,0	393,8
Lohnsteuer *)	"	317,4	318,9	366,9	217,8	352,9	326,2
Veranlagte Einkommensteuer	"	104,4	128,6	292,4	38,9	38,1	56,1
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	60,1	28,1	9,7	6,0	5,6	7,8
Körperschaftsteuer *)	"	53,8	42,7	142,0	5,3	7,4	3,8
* Steuern vom Umsatz	"	348,8	362,5	467,5	384,6	385,2	406,1
Umsatzsteuer	"	165,7	169,3	166,2	163,8	167,8	188,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	183,1	193,2	301,3	220,8	217,4	217,8
* Bundessteuern	"	884,8	904,3	893,0	924,7	855,1	871,1
Zölle	"	60,0	58,6	71,1	74,0	71,7	63,3
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	796,0	824,4	801,8	831,3	762,5	789,3
* Landessteuern	"	45,1	47,8	29,4	36,6	92,4	78,6
Vermögensteuer	"	19,1	18,5	9,1	7,1	60,7	49,6
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,6	12,5	10,9	14,6	11,1	11,2
Biersteuer	"	3,0	2,9	3,7	3,0	2,8	3,0
* Gemeindesteuern	"	103,6	114,1	39,3	67,8	246,3	226,3
Grundsteuer A *)	"	0,1	0,0	0,0	—	0,0	0,1
Grundsteuer B *)	"	10,8	12,2	5,6	0,7	17,3	24,5
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	78,9	83,7	31,9	14,4	224,2	198,1
Lohnsummensteuer	"	15,5	17,7	1,4	51,8	4,7	3,6
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
* Steuereinnahmen des Bundes	"	1 375,9	1 413,1	1 575,0	1 419,0	1 295,5	1 367,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	255,2	245,7	359,3	181,1	174,6	170,1
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	221,3	247,4	322,6	265,4	265,8	277,2
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	—	47,8	—	49,1
* Steuereinnahmen des Landes	"	317,4	299,5	401,4	287,5	281,8	307,9
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	213,0	200,9	369,3	32,0	174,6	170,1
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	44,8	35,1	12,6	171,1	14,8	10,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	—	47,8	—	49,1
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	127,4	138,9	131,6	— 17,2	301,1	181,7
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) *)	"	47,7	52,2	31,9	— 81,2	224,2	100,0
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	53,0	58,3	92,3	10,8	54,7	53,5
	Vj.-Durchschnitt	Vj.-Durchschnitt	1. Vj. 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	3. Vj. 1975	
	1974	1975					
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio DM	2 026,7	2 203,0	2 482,0	2 253,4	2 180,8	1 958,9
dar. Personalausgaben	"	912,7	971,2	1 024,9	967,0	941,8	911,7
Bauinvestitionen	"	202,7	176,8	107,7	162,8	185,4	198,4
dar. für Schulen	"	89,2	46,2	24,9	37,7	46,1	49,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	29,0	17,9	10,6	8,7	9,3	15,5
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	9,5	13,9	5,1	8,9	9,6	12,8
Straßen	"	26,5	25,3	10,6	15,9	19,8	24,9
Wasserstraßen und Häfen	"	20,4	16,8	21,2	39,9	26,8	21,4
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	170,7	197,3	569,3	409,4	259,3	126,4
Zuführung an Rücklagen	"	1,3	9,2	0,0	0,0	—	—
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	2 062,7	2 171,4	2 446,9	2 416,8	2 194,4	2 254,1
dar. Steuern	"	1 334,4	1 315,4	1 178,7	1 373,6	1 369,3	1 282,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	54,4	62,3	36,4	103,9	41,0	40,6
Gebühren, Beiträge usw.	"	241,4	278,6	309,2	278,2	318,1	304,5
Entnahme aus Rücklagen	"	22,1	30,3	104,3	1,0	0,0	110,7
Schuldenaufnahme	"	232,2	283,3	589,2	469,2	253,3	341,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals *)	"	6 016,7	7 567,3	7 717,1	7 985,8	8 080,1	6 552,4
dar. am Kreditmarkt	"	4 670,8	6 239,6	6 403,9	6 677,2	6 776,8	5 238,9
bei Gebietskörperschaften	"	716,3	717,2	708,5	709,1	708,5	698,2

*) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — *) ohne RM-Gesellschaften. — *) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — *) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — *) einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — *) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — *) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1976	August 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Baufleistungen am Gebäude (reine Baukosten)	1970 = 100						
Wohngebäude	"	219,6	231,1	158,7	160,9	161,8	153,2
dav. Einfamiliengebäude	"	221,7	234,5	158,9	161,3	162,3	153,5
Mehrfamiliengebäude	"	217,4	227,6	159,8	161,9	162,7	154,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	217,8	229,1	153,7	155,9	156,7	148,7
Bürogebäude	"	211,8	219,3	153,5	155,4	156,4	148,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	206,6	213,5	147,1	149,8	150,9	143,1
				Oktober 1975	Januar 1976	April 1976	April 1975
Löhne und Gehälter 1)							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	480	503	508	509	522	501
darunter	"						
Facharbeiter	"	506	529	531	531	547	530
weibliche Arbeiter	"	303	319	326	331	339	304
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	292	306	316	323	324	290
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	11,01	11,72	11,89	11,95	12,20	11,55
darunter	"						
Facharbeiter	"	11,55	12,24	12,39	12,44	12,70	12,10
weibliche Arbeiter	"	7,40	7,99	8,09	8,14	8,33	7,85
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	7,09	7,63	7,72	7,82	7,92	7,50
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 451	2 704	2 746	2 813	2 847	2 683
weiblich	"	1 767	1 939	1 974	2 006	2 043	1 913
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 545	2 743	2 778	2 789	2 869	2 718
weiblich	"	1 709	1 848	1 879	1 895	1 940	1 824
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 217	2 384	2 412	2 477	2 545	2 370
weiblich	"	1 549	1 700	1 723	1 777	1 815	1 687
				September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Strafaten insgesamt	Anzahl	11 559	12 544	14 003	14 812	14 490	12 444
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	8	8	5	8
Körperverletzung	"	454	458	500	504	484	449
Raub, räuberische Erpressung	"	108	112	123	108	97	98
Diebstahl	"	7 332	7 819	9 191	9 429	9 426	7 993
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 794	3 995	5 143	5 344	5 215	4 153
Betrug und Untreue	"	1 294	1 553	1 338	2 286	1 743	1 379
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 676	1 629	1 478	1 771	1 760	1 545
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	9 863	6 707	5 671	6 005	5 913	6 521
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	438	519	566	676	645	593
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 518	30 764	32 693	35 660	40 632	32 707
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	14 558	15 149	15 789	16 110	...	14 417
dav. Feuersalarme	"	494	500	457	464	...	460
dar. bekämpfte Großbrände	"	15	13	9	11	...	11
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	117	124	128	121	...	113
Rettungswageneinsätze	"	13 166	13 710	14 105	14 579	...	13 071
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 832	2 719	2 654	2 775	...	2 651
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 763	1 777	1 837	1 723	...	1 762
Hilfeleistungen aller Art	"	898	940	1 227	1 067	...	886
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	129	175	145	129	...	172

1) Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

*) Bis einschließlich 1975 Maßeinheit 1962 = 100.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 2. UND 1. Vj. 1976

Großstädte		Bevölkerung						Arbeitsmarkt		Industrie ⁷⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 913	27 801	11 361	193 026	98	6 355	3 231
	1. Vj.	1 978	4 473	10 281	- 5 808	12 770	15 878	- 8 916	36 111	8 109	193 058	97	6 239	3 157
Hamburg	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 602	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
	1. Vj.	1 713	3 492	6 002	- 2 510	14 441	16 183	- 4 252	30 206	8 943	170 247	99	6 166	3 599
München	2. Vj.	1 311	2 465	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
	1. Vj.	1 313	2 460	3 525	- 1 075	15 592	16 081	- 1 564	25 566	6 986	174 076	133	5 934	4 519
Köln	2. Vj.	1 012	2 250	2 767	- 517	10 509	11 173	- 1 181	17 347	4 793	137 738	136	6 444	6 367
	1. Vj.	1 013	2 471	2 839	- 368	11 070	11 310	- 608	21 018	3 912	137 271	136	6 048	5 969
Essen	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 459 ⁷⁾	2 155
	1. Vj.	679	1 341	2 532	- 1 191	4 072	5 201	- 2 320	13 529	1 983	54 877 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 570 ⁷⁾	2 312
Düsseldorf	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553				
	1. Vj.	661	1 361	2 155	- 794	7 627	9 461	- 2 628	12 025	3 532	99 690	151	3 182	4 815
Frankfurt/M.	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁸⁾	8 716 ⁸⁾	108 845	171	3 571	5 610
	1. Vj.	640	1 327	2 082	- 755	9 390	10 966	- 2 331	18 680 ⁸⁾	7 042 ⁸⁾	109 503	171	3 285	5 129
Dortmund	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 586
	1. Vj.	624	1 230	2 034	- 804	4 011	5 086	- 1 679	14 176	1 982	68 184	109	1 512	2 421
Stuttgart	2. Vj.	590	1 330	1 586	- 258	8 342	12 733	- 4 647	5 926	6 241	124 429	211	5 083	8 620
	1. Vj.	594	1 384	1 723	- 339	9 154	11 693	- 2 878	7 244	4 620	125 167	211	4 813	8 098
Bremen	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 885	5 054
	1. Vj.	572	1 249	1 896	- 647	5 669	5 793	- 771	12 920	2 510	77 862	136	2 608	4 558
Hannover	2. Vj.	557	1 088	1 862	- 774	6 763	7 938	- 1 949	16 390 ⁸⁾	5 060 ⁸⁾	92 776	167	2 777	4 984
	1. Vj.	559	1 188	1 847	- 659	7 046	8 130	- 1 743	18 641 ⁸⁾	5 074 ⁸⁾	92 272	165	2 787	4 985
Duisburg	2. Vj.	596	1 317	1 950	- 633	4 353	5 776	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 041
	1. Vj.	598	1 374	1 982	- 608	4 203	5 639	- 2 044	10 056	2 255	101 036	169	3 456	5 777
Nürnberg	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 731
	1. Vj.	497	1 060	1 652	- 592	5 018	6 318	- 1 892	12 555	2 528	94 671	190	1 678	3 376

Großstädte ⁶⁾		Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadens-unfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
		(Gemeindeanteil)														
Berlin	2. Vj.	13 148 p	464 p	236	722	4 769	289	1 742	306	156	838	3 581	4 553	145 391	56 283	
	1. Vj.	8 827	426	216	580	4 937	282	1 170	206	104	569	2 914	3 704	175 267	81 245	
Hamburg	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	378	222	714	2 708	3 564	236 362	160 955	
	1. Vj.	8 696	316	184	414	2 611	152	1 548	383	273	510	2 524	3 280	294 306	157 241	
München	2. Vj.	11 952	471	359	327	1 094	158	655	405	556	1 104	1 915	2 514	148 995	100 743	
	1. Vj.	7 991	407	310	251	881	225	2 192	441	499	954	1 398	1 822	156 476	104 445	
Köln	2. Vj.	5 734	284	280	350	1 671	108	825	345	187	321	1 307	1 665	157 523	76 498	
	1. Vj.	5 678	272	268	445	2 364	112	1 178	135	189	415	1 110	1 377	128 408	20 049	
Essen	2. Vj.	4 735	193	284	187	526	96	434	196	43	92	807	1 023	62 053	45 438	
	1. Vj.	4 093	255	375	153	623	68	306	151	43	63	669	846	65 941	11 909	
Düsseldorf	2. Vj.	5 500	273	415	140	360	87	709		162	246	319	932	1 197		
	1. Vj.	4 800	254	385	155	926	70	167		164	238	317	838	1 037		
Frankfurt/M.	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	178	263	301	473	571	1 074	1 340	203 532	
	1. Vj.	5 967	242	378	130	1 259	20	353	49	263	411	507	965	1 189	253 653	
Dortmund	2. Vj.	4 595	179	288	319	691	152	745	294	38	61	905	1 148	35 392	64 464 ⁷⁾	
	1. Vj.	3 919	225	477	269	1 494	210	1 023	369	42	67	799	1 021	41 235	8 378 ⁷⁾	
Stuttgart	2. Vj.	6 115	224	380	121	462	57	366	434	116	196	255	773 p	1 031 p	93 609	
	1. Vj.	5 219	254	428	109	348	43	469	152	101	169	222	616 p	782 p	100 128	
Bremen	2. Vj.	4 321	191	335	305	344	79	249	181	82	143	151	903	1 055	69 638	
	1. Vj.	3 263	168	294	185	708	68	167	238	59	102	115	784	905	69 345	
Hannover	2. Vj.	4 613	224	401	135	597	32	215	123	110	198	184	957	1 203	60 521	
	1. Vj.	3 579	154	275	103	708	72	355	204	89	159	151	847	1 074	75 770	
Duisburg	2. Vj.	3 529	147	247	103	336	75	416	139	17	29	839	1 035	25 234		
	1. Vj.	3 029	112	187	104	795	39	223	116	17	29	800	825	44 164		
Nürnberg	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	231	205	577	767	75 994	
	1. Vj.	2 953	111	224	186	341	65	251	106	89	179	187	472	567	64 009	

¹⁾ jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. — ⁵⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. — ⁷⁾ ohne Bergbau. — ⁸⁾ im Arbeitsamtsbezirk. — ⁹⁾ nur Einkommensteuer.

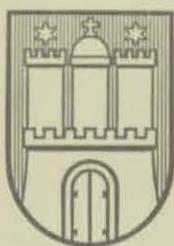
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1976	September 1976	Oktober 1976	Oktober 1975
		1974	1975				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054,0	61 785 p
Eheschließungen	} auf 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	6,2	6,6	6,3
Lebendgeborene		10,1	9,7	10,0	9,2
Gestorbene		11,7	12,0	11,0	11,7
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	582 000	1 074 217	939 528	898 701	943 686	1 061 128
Arbeitslosen-Quote	%	2,6	4,7	4,1	3,9	4,1	4,6
Offene Stellen	Anzahl	315 000	236 174	263 822	233 119	221 103	209 572
Kurzarbeiter	"	292 000	773 334	65 557	93 500	138 958	716 622
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 144	7 616	7 461	7 495	...	7 520
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	870	778	733	819	...	850
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	62 450	61 155	63 220	74 666	...	68 441
dar. Auslandsumsatz	"	15 097	14 409	14 806	18 676	...	15 457
Index der industriellen Nettoproduktion (erbstätig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	111,5	104,5	97,9	113,3	119,3	109,0
Verarbeitende Industrie	"	110,6	103,2	96,8	112,6	118,6	107,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	116,0	101,6	105,9	115,3	116,3	106,2
Investitionsgüterindustrie	"	107,2	102,1	88,2	109,1	117,0	106,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	107,7	101,9	92,2	113,9	121,0	108,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	113,7	114,0	112,4	116,4	127,4	118,2
Bauindustrie	"	104,8	93,8	94,3	106,5	111,0	104,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 352	1 211	1 203	1 201	...	1 229
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	173	163	163	171	...	184
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 280	6 021	5 785	6 386	...	7 147
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	34 775	30 654	30 808	29 746	28 386	35 305
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	50 341	36 326	19 667	22 327	27 483	33 432
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	138,6	149,2	141,3	155,0	168,4	166,6
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	146,3	142,2	154,9	165,3	160,6	159,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	13 242	11 248 p	11 712
dav. Empfang	"	9 935	8 619 p	9 083
Versand	"	3 307	2 629 p	2 629
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	157 356	193 544	139 712	210 297	202 553	224 636
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	27 580	28 117 p	31 265 p	32 015 p	32 082 p	29 386
Getötete Personen	"	1 217	1 235 p	1 267 p	1 184 p	1 351 p	1 295
Verletzte Personen	"	37 255	38 118 p	42 638 p	41 986 p	42 830 p	39 020
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 997	5 933	5 796	6 788	6 741	6 058
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 233	2 333	444	6 747	949	670
Körperschaftsteuer	"	867	838	216	2 637	171	164
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	4 326	4 507	4 610	4 446	4 647	4 478
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	129,4	135,5	142,0	142,3	142,4	136,1
Index der Einheitspreise für Auslandsgüter	1970 = 100	144,8	142,3	153,6	153,4	151,5	145,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	131,4	136,5	142,9	142,8	142,2	137,1
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1970 = 100	200,8	138,9	145,0
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ³⁾	1970 = 100	126,3	134,7	141,4	141,4	141,5	136,3
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	123,5	130,1	137,5	136,4	136,2	130,6
LOHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,01	10,40	10,53	10,53	10,69	10,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,6	41,2	41,7	41,5	40,8	40,4

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.

Quelle: Statistisches Bundesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Anzahl der Abiturienten in Berufsschulen stark erhöht

Die Zahl der Abiturienten, die aufgrund eines Ausbildungsvertrags in Hamburg Berufsschulen besuchen, war im Herbst 1976 dreimal so hoch wie fünf Jahre zuvor. 1971 gab es 446 Berufsschüler mit Hochschulreife, 1976 bereits 1568. Der Anteil der Abiturienten an allen Berufsschülern stieg während dieser Zeit von einem auf vier Prozent. Interessant ist, daß sich der Anteil männlicher Berufsschüler mit Abitur seit 1971 verdoppelt, die Quote der Abiturientinnen unter den Berufsschülern jedoch nahezu verzehntacht hat.

83 Prozent der Berufsschüler mit Abitur besuchten kaufmännische Berufsschulen, zwölf Prozent Gewerbeschulen und fünf Prozent Hauswirtschaftsschulen.

Nahezu 2 300 ausländische Studenten in Hamburg

An den Hamburger Hochschulen waren im Sommersemester 1976 insgesamt 2 282 ausländische Studenten (darunter 648 Frauen) immatrikuliert. 40 Prozent aller ausländischen Studenten kamen aus Asien, 38 Prozent aus europäischen Staaten und jeweils rund zehn Prozent aus Afrika und Amerika. Größte Einzelnation war Indonesien mit 273 Studenten, vor dem Iran mit 233 und der Türkei mit 174-Studenten.

Der Anteil der Ausländer an allen Studenten in Hamburg belief sich 1976 auf 6,3 Prozent (Bundesdurchschnitt: 5,9 Prozent). Den relativ größten Zustrom ausländischer Studenten hatte die Hochschule für Musik und darstellende Kunst zu verzeichnen; jeder sechste Student dieser Hochschule hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. An der Hochschule für bildende Künste und an der Fachhochschule Hamburg war jeweils jeder zehnte und an der Universität jeder zwanzigste Student ein Ausländer.

Fleischimporte aus Argentinien verdoppelt

In den Monaten Januar bis November 1976 wurden Fleisch und Fleischwaren im Werte von 287 Mio. DM über den Hamburger Hafen in das Bundesgebiet eingeführt — 70 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum 1975. Überdurchschnittliche Zuwachsraten konnten bei Rindfleisch und bei Fleischkonserven erzielt werden.

An der Spitze der Fleischeinfuhren standen mit 154 Mio. DM die Importe aus Argentinien — vorwiegend Rindfleisch —, die mehr als das Doppelte des Vorjahreswertes erreichten. Argentinien konnte dadurch seinen Anteil an der Gesamt-

einfuhr auf 54 Prozent steigern. Mit weitem Abstand folgten als weitere Lieferländer Neuseeland (Schafffleisch) mit einem Eintuhrwert von 27 Mio. DM und Uruguay (Rindfleisch) mit 20 Mio. DM.

Weniger Fisch umgesetzt

Die Zuluhr zum Fischmarkt Hamburg-Altona lag im Jahr 1976 mit rund 7 500 Tonnen acht Prozent niedriger als im Vorjahr. Der Wert der versteigerten Ware stieg um drei Prozent auf gut 13,6 Mio. DM. Davon wurden drei Viertel vom Großhandel zum Weiterverkauf an hiesige und auswärtige Fischgeschäfte abgegeben. Ein Fünftel nahm der Einzelhandel direkt ab. Der Rest ging an den Markthandel und zur Weiterverarbeitung an die Fischindustrie.

Höheres Transportvolumen in der Hafenschifffahrt

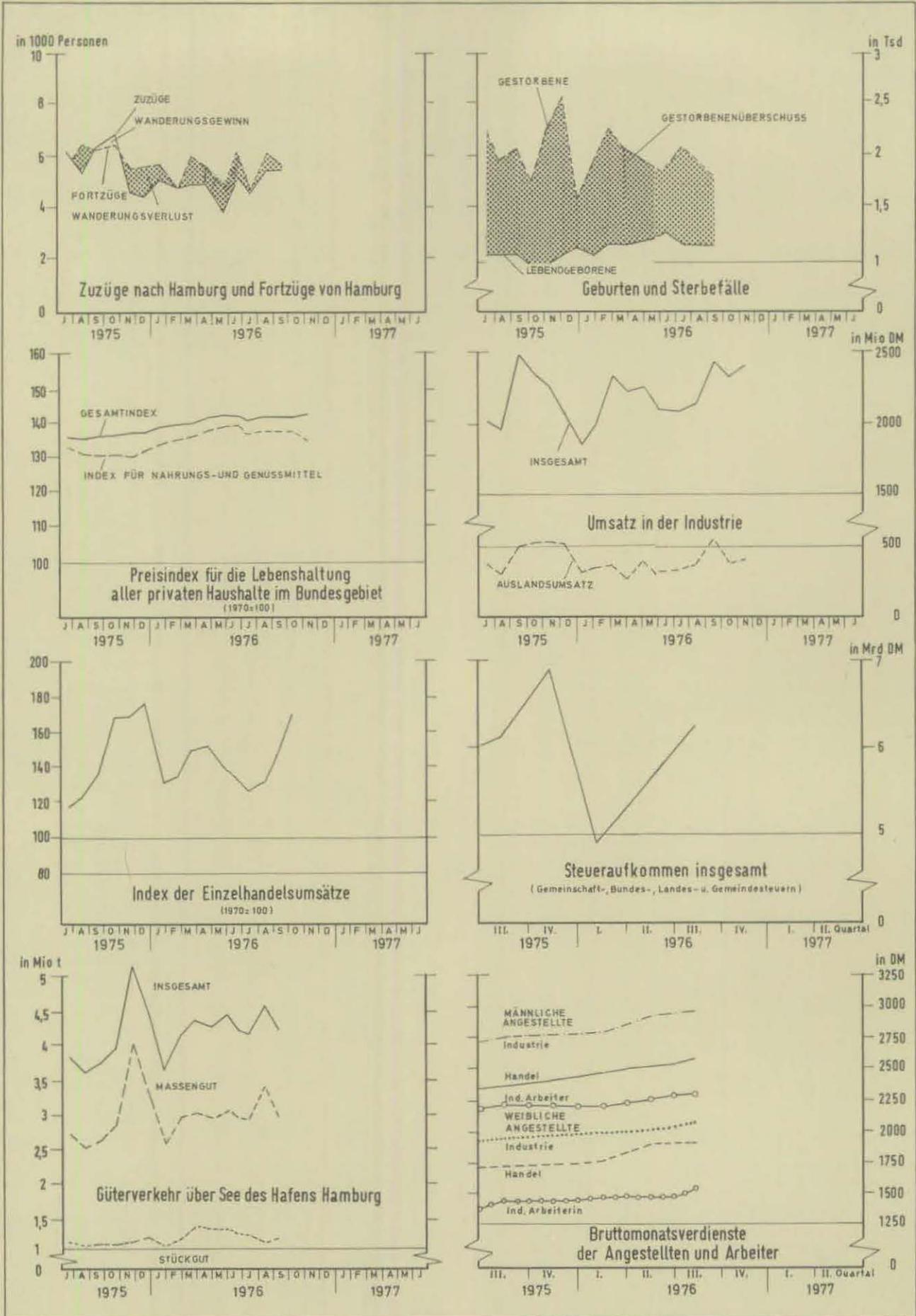
Das Ladungsaufkommen der Hamburger Hafenschifffahrt betrug im Jahre 1976 rund 5,7 Mio. Tonnen; das waren sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist allerdings ausschließlich auf den um zehn Prozent höheren Massengutumschlag zurückzuführen, der — insbesondere im letzten Quartal des Jahres — maßgeblich durch die gestiegenen Anlandungen von Getreide, Futtermitteln und Olsaaten beeinflusst wurde. Weiterhin rückläufig waren die Stück- und Sackguttransporte; ihr Anteil am gesamten Beförderungsvolumen, der fünf Jahre zuvor noch mehr als ein Drittel betrug, ging 1976 auf 21 Prozent zurück.

Über ein Fünftel mehr Konkurse als 1975

331 Unternehmen und andere Gemeinschaftsdarlehner mußten 1976 beim Amtsgericht Hamburg Konkurs anmelden; im Vergleich zu 1975 hat sich die Zahl der Konkurse um 60 erhöht (+ 22 Prozent). Die geltend gemachten Konkursforderungen gingen hingegen um mehr als die Hälfte auf 192 Mio. DM zurück. Von den im Jahr 1976 registrierten Konkursen wurde in 226 Fällen die Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt.

212 Konkurse betrafen Erwerbsunternehmen. Der Handel war mit 77 finanziellen Zusammenbrüchen am stärksten betroffen. Der Dienstleistungsbereich hatte 55, das Baugewerbe 35, das Verarbeitende Gewerbe 34 und der Verkehr 11 Konkurse zu verzeichnen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Öffentliche Jugendhilfe – ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse

1. Zielsetzung

Welchen Stellenwert die Jugend in unserer Gesellschaft heute hat und wie groß deren Bereitschaft ist, Verantwortung für die heranwachsende Generation zu tragen, läßt sich auch an der Jugendhilfe ermes- sen.

Als allgemeine Richtschnur hat der Gesetzgeber im Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG), welches das Familienrecht des BGB auf wichtigen Teilgebieten ergänzt, in Anlehnung an Art. 2 GG den Grundsatz normiert, daß jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit hat. Soweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt öffentliche Jugendhilfe ein (§ 1 JWG). Sie umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und -fürsorge) und soll die in der Familie des Kindes begonnene Erziehung unterstützen und ergänzen (§§ 2, 3 JWG). Das Gesetz schreibt ausdrücklich die Unterrichtung von Öffentlichkeit, Bundestag und Bundesrat über die Lage der Jugend sowie die Maßnahmen, Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (Jugendbericht) vor (§§ 23, 25 JWG).

Daran anknüpfend, hat die Statistik der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe, Parlament, Regierung und Verwaltung auf Bundes- und Länderebene mit den erforderlichen statistischen Orientierungs- und Entscheidungsgrundlagen auszurüsten, d. h., die wichtigsten staatlichen Maßnahmen zur Betreuung und zum Schutz der Jugend, den Personenkreis, die Einrichtungen sowie den finanziellen Aufwand laufend zu beobachten.

2. Regelung des Verwandtschaftsverhältnisses

2.1 Feststellung der Vaterschaft

Das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Vater und Kind muß rechtlich eindeutig geklärt sein, weil davon Unterhaltsrecht und Erbrecht entscheidend abhängen. Diesem Ziel dient notfalls die Feststellung der ehelichen oder nichtehelichen Vaterschaft. Die Vaterschaft bei nichtehelichen Kindern kann nur durch Anerkennung oder gerichtliche Entscheidung mit Wirkung für und gegen alle festgestellt werden (§ 1600 a BGB). Eine solche Feststellung ist die Voraussetzung für alle Ansprüche gegen den nichtehelichen Vater, besonders auf Unterhalt. Die wirksame Anerkennung genügt; sie hat konstitutive Bedeutung für die Feststellung der Vaterschaft und bedarf weder gerichtlicher Nachprüfung noch Bestätigung. Wird die Vaterschaft nicht anerkannt, soll aber deren Rechtswirkung festgestellt werden, so ist dies nur auf Klage durch rechtskräftiges Urteil möglich. Muß die fragliche oder bestrittene Vaterschaft gerichtlich festgestellt werden, holen die Gerichte für ihre Entscheidung in der Regel Sachverständigen-Gutachten ein, die sich auf mehrere unterschiedliche wissenschaftliche Me-

thoden zur Bestimmung der Vaterschaftswahrscheinlichkeit stützen können. Die Aufgaben, die das Jugendamt im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung wahrzunehmen hat (Beurkundung oder Beglaubigung von Anerkennungs- und Verpflichtungserklärungen, Zwangsvollstreckung, Beratung, Unterstützung, Ermittlungen), sind im einzelnen im JWG geregelt (§§ 49, 50, 52).

Fälle meist durch freiwillige Anerkennung der Vaterschaft geklärt

Die für die Vaterschaftsfeststellung relevanten Erledigungskriterien halten sich der Größenordnung nach im großen und ganzen ziemlich konstant, wenn man sie über den Zeitraum der letzten fünf Jahre verfolgt. Die erledigten Fälle haben sich auf jährlich 1 400 bis 1 500 eingependelt, die unerledigten auf 600 bis 900. Jahr für Jahr kommen etwa 1 400 neue hinzu. Der weit- aus größte Teil der Fälle – durchschnittlich über drei Fünftel – regelt sich auf einfachste Weise im Wege freiwilliger Anerkennung der Vaterschaft. Dieses durchaus positiv zu wertende Ergebnis könnte man letztlich auch als symptomatisch für die Grundhaltung der Gesellschaft und die wirksame moralische Kraft deuten; zeugt es doch von der Einsicht der meisten Väter, sich ihrer Verantwortung nicht entziehen zu dürfen und vor allem die finanziellen Konsequenzen tragen zu müssen. Dagegen spielt die gerichtlich erzwungene Klärung der Vaterschaft nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich ein Siebtel bis ein Achtel der erledigten Fälle wird durch erfolgreiche Klage abgeschlossen. In etwa einem Zehntel der Fälle läßt sich ein Schlußstrich aus „sonstigen“ Umständen ziehen. Darunter sind Abweisung oder Zurücknahme der Klage, Abgabe der Sache an andere zuständige Jugendämter oder Tod des Kindes einzureihen. Immerhin kann in elf von hundert Fällen kein Verfahren eingeleitet werden, weil der Vater nicht feststellbar oder aus anderen Gründen nicht heranziehbar ist. Dazu gehö-

Tab. 1
Vaterschaftsfeststellungen
1971 bis 1975 in Hamburg

Jahre	Erledigte Fälle im Berichtsjahr				
	insgesamt	davon durch			
		erfolgreiche Klage	freiwillige Anerkennung	Nichtfeststellbarkeit oder Nichtheranziehbarkeit des Vaters	sonstige Gründe
1971	1 451	146	899	364	42
1972	1 520	206	941	173	200
1973	1 499	231	914	162	192
1974	1 387	175	898	164	150
1975	1 525	192	1 000	173	160

ren im besonderen die Fälle, in denen der Name des Vaters unbekannt ist oder von der Mutter verheimlicht wird oder unüberwindliche Schwierigkeiten der Vaterschaftsfeststellung entgegenstehen, z. B. bei Kindern von Angehörigen der Stationierungskräfte.

2.2 Adoption

Unter Adoption versteht man die Annahme an Kindes Statt. Wer keine ehelichen oder nichtehelichen Abkömmlinge hat und unbeschränkt geschäftsfähig ist, kann nach Vollendung des 25. Lebensjahres¹⁾ durch gerichtlich zu bestätigenden – notariell beurkundeten – Vertrag einen Minderjährigen an Kindes Statt annehmen (§§ 1741, 1744, 1750 BGB²⁾). Von den Erfordernissen der Kinderlosigkeit, des Mindestalters und der Minderjährigkeit des Adoptivkindes kann das Amtsgericht unter vorgeschriebenen Bedingungen befreien (§§ 1745, 1745 a–c BGB). Durch die Annahme an Kindes Statt erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden (§1757 BGB). Die Vermittlung der Adoption²⁾ obliegt dem Landes-/Jugendamt und ist ferner bestimmten kirchlichen Einrichtungen sowie für geeignet erklärten Fachverbänden gestattet.

Die Adoption überschreitet den normalen Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe insoweit, als sie auf Dauer gerichtet ist und meist einschneidend in das Leben eines Minderjährigen eingreift. Sie verfolgt zwei wichtige Ziele: einerseits soll sie kinderlosen Ehepaaren zu Kindern und Erben verhelfen, andererseits minderjährigen Waisen oder Kindern, deren leibliche Eltern in der Erziehung versagen, das Aufwachsen in der Geborgenheit einer „heilen“ Familie ermöglichen.

Zahlenmäßiges Verhältnis zwischen adoptionswilligen Familien und zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen günstig

Seit 1972 ist die Anzahl der Adoptionen in Hamburg ständig gestiegen. Im Durchschnitt werden jährlich rund 300 bis 600 Minderjährige adoptiert; daran partizipieren die Geschlechter zu etwa gleichen Teilen. Nicht einmal 20 Minderjährige werden von Verwandten, noch weniger von Ausländern angenommen. Der weitaus größte Teil wird somit fremden deutschen Familien zugeführt. Die Zahl der adoptionswilligen Familien hat sich seit 1971 ständig bis auf 280 vergrößert. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen jedoch von 140 auf 76 kontinuierlich gesunken. Aus dieser gegenläufigen Entwicklung folgt, daß 1975 rein rechnerisch jedem vorgemerkten Kind fast vier adoptionsbereite Familien gegenüberstehen. Seit 1973 hat sich dieses Verhältnis nahezu verdoppelt. Demnach hat sich die Möglichkeit, für Minderjährige Adoptiveltern zu finden, weiterhin verbessert. Unter den zur Adoption vorgemerkten Kindern überwiegt bisher das männliche Geschlecht.

¹⁾ erst seit dem 19. 8. 1973 nach Art. 1 Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Adoptionsrechts vom 14. 8. 1973 (BGBl I S. 1013); vorher: 35. Lebensjahr.

²⁾ Die Adoptionsvorschriften des BGB (§§ 1741–1772) und die Adoptionsvermittlung sind durch das Adoptionsgesetz bzw. das Adoptionsvermittlungsgesetz, beide vom 2. 7. 1976, (BGBl I S. 1749 bzw. 1782) mit Wirkung vom 1. 1. 1977 neu gefaßt und grundlegend geändert.

Tab. 2 Adoptionen 1971 bis 1975 in Hamburg

Jahre	Adoptierte Minderjährige			Am Jahresende zur Adoption vorgemerkte Minderjährige insgesamt	Freie Adoptionsstellen
	insgesamt	männlich	weiblich		
1971	369	200	169	140	117
1972	320	174	146	111	172
1973	364	186	178	119	242
1974	436	223	213	86	283
1975	531	284	247	76	280

3. Eingriffe in die elterliche Gewalt

3.1 Vormundschaft

Das BGB unterscheidet Vormundschaft über Minderjährige und über Volljährige. Sie hat grundsätzlich die allgemeine Fürsorge für persönliche und Vermögensangelegenheiten des Mündels zum Gegenstand. Leitender Gesichtspunkt ist immer das Interesse des Mündels. Die Stellung des Vormunds ist weitgehend der des Inhabers der elterlichen Gewalt angepaßt. Die Vormundschaft tritt generell nicht kraft Gesetzes ein, sonder bedarf der Anordnung des Vormundschaftsgerichts, das vom Jugendamt unterstützt wird. Bei der Geburt eines nichtehelichen Kindes kommt es auf die elterliche Gewalt der Mutter an. Im Interesse des Mündels untersteht der Vormund der Aufsicht des Vormundschaftsgerichts. Die Art der dem Vormund übertragenen Vermögensverwaltung ist gesetzlich geregelt. Das BGB geht von der Einzelvormundschaft als der besten Form der Vormundschaft aus. Daneben kennt es die Vereinsvormundschaft und die vom Jugendamt ausgeübte Amtsvormundschaft.

Die Vormundschaft, die in ihren Obliegenheiten wesentlich über die Pflegschaft hinausgeht, wird gerichtlich von Amts wegen angeordnet sowohl für minderjährige eheliche Kinder, wenn sie nicht unter elterlicher Gewalt stehen oder wenn die Eltern sie weder in persönlichen noch in Vermögensangelegenheiten vertreten dürfen, als auch für minderjährige nichteheliche Kinder, wenn die volljährige Mutter nicht die elterliche Gewalt hat (§§ 1773, 1774 BGB). Das Jugendamt wird Amtsvormund in den durch BGB und JWG (§ 37) vorgesehenen Fällen. Die nichtehelichen Kinder nehmen eine Sonderstellung ein. Für sie wird mit der Geburt kraft Gesetzes (§ 1791 c BGB) die gesetzliche Amtsvormundschaft des Jugendamts unter den Voraussetzungen des JWG (§ 41) begründet, wenn die Mutter bei der Geburt des Kindes noch minderjährig ist, also die elterliche Gewalt ruht. Ist eine als Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden, so kann auch das Jugendamt zum Vormund bestellt werden (§ 1791 b BGB, § 45 JWG). Soweit Volljährige unter Vormundschaft gestellt werden sollen, ist dies nur zulässig, wenn sie entmündigt sind (§ 1896 BGB).

Vormundschaften in der Regel mit Amtsvormundschaften identisch

Die Vormundschaften über Minderjährige haben sich seit 1972 auf jährlich 13 000 bis 13 500 Fällen stabili-

siert. 1975 ist deren Zahl aber abrupt auf fast 15 000 Fälle angewachsen. Sie sind 1974 und 1975 überdies mit den Amtsvormundschaften identisch; auch in den vorangegangenen Jahren weichen beide nur gering voneinander ab. Etwa ein Sechstel ist bis 1974 jährlich auf Amtsvormundschaften über nichteheliche Minderjährige entfallen; 1975 hat sich dieser Anteil jedoch halbiert, weil das Volljährigkeitsalter mit Wirkung vom 1. Januar 1975 herabgesetzt wurde. Bis 1974 verhielten sich die gesetzlichen zu den bestellten Amtsvormundschaften durchweg wie 2 zu 1; 1975 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt.

Tab. 3
Vormundschaften, Pflegschaften
und Beistandschaften über Minderjährige
1971 bis 1975 in Hamburg

Art der Betreuung	Am Ende des Jahres	
	1971	1975
Vormundschaften über Minderjährige	11 449	14 965
dar. Amtsvormundschaften (§§ 37, 41 JWG)	11 255	14 965
dar. über nichteheliche Minderjährige (§ 41 JWG)	2 340	1 248
davon gesetzliche	1 238	421
bestellte	902	827
Pflegschaften über Minderjährige	15 559	17 916
dar. Amtspflegschaften (§§ 1709 BGB, 37, 40 JWG)	15 348	17 916
dar. über nichteheliche Minderjährige (§ 40 JWG)	4 916	5 528
Pflegschaften (§§ 1666, 1909 BGB)	4 679	2 389
dar. Unterhalts-) Pflegschaften	120	357
Sorgerechts-)	138	223
Beistandschaften über Minderjährige (§ 1685 BGB)	1 815	1 489
dar. Erziehungsbeistandschaften	77	52
Vormundschaften über Volljährige (§ 1897 BGB)	4 980	5 049
Pflegschaften über Volljährige (§ 1909 ff BGB)	180	290

3.2 Pflegschaft

Unter Pflegschaft versteht man ganz allgemein die Fürsorge für eine in rechtlicher Hinsicht hilfsbedürftige Person; sie greift aber nur bei einem Fürsorgebedürfnis für besondere Angelegenheiten ein. Im BGB sind die Arten der Pflegschaft geregelt, z. B. Ergänzungs-, Gebrechlichkeits-, Abwesenheits-, Nachlaßpflegschaft. In anderen Gesetzen gibt es zahlreiche Sonderfälle der Pflegschaft. Ob die Vorschriften des BGB darauf anwendbar sind, ist in jedem Einzelfall nach Inhalt und Zweck, der mit der Pflegerbestellung angestrebt wird, zu prüfen. Das Jugendamt wird Pfleger in den durch BGB und JWG vorgesehenen Fällen (Amtspflegschaft, § 37 JWG). Steht eine als Einzelpfleger geeignete Person, der das Jugendamt in der Regel die Ausübung der Aufgaben des Pflegers überträgt, nicht zur Verfügung, so kann auch das Jugendamt selbst zum Pfleger bestellt werden (bestellte Amtspflegschaft, §§ 37, 45 JWG). Eine besondere Kategorie bilden analog der Vormundschaft die nichtehelichen Kinder, mit deren Geburt ebenfalls kraft Gesetzes (§ 1709 BGB) das Jugendamt unter den Voraussetzungen des JWG (§ 40) die gesetzliche Amtspflegschaft übernimmt. Diese Regelung steht unter dem Aspekt, daß die nicht-verheiratete volljährige Mutter zwar die grundsätzlich uneingeschränkte elterliche Gewalt über das Kind behält, erfahrungsgemäß aber oft schwierigen Problemen nicht gewachsen ist. Das BGB hat den Aufgabenkreis des Pflegers insoweit genau begrenzt — u. a. auf Feststellung der Vaterschaft und des Namens, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, Regelung von Erb- und Pflichtteilsrechten (§ 1706 BGB) —.

Pflegschaften zahlenmäßig an der Spitze

Die Anzahl der Pflegschaften über Minderjährige übertrifft diejenige der entsprechenden Vormundschaften um durchschnittlich 3 000 bis 4 000 Fälle im Jahr. Sie hat sich seit 1971 laufend erhöht; 1975 waren es rund 17 900 Fälle. Auch hier zeigt sich, daß die Pflegschaften in der Regel mit den Amtspflegschaften übereinstimmen. Die nichtehelichen Minderjährigen sind daran mit grob einem Drittel beteiligt. Unter den Amtspflegschaften sind die Pflegschaften wegen Gefährdung des Kindeswohls und die Ergänzungspflegschaften zusammen mit hohen Quoten — durchschnittlich einem Fünftel — vertreten.

Welche Bedeutung den Vormundschaften und den Pflegschaften über Minderjährige zukommt, veranschaulicht am besten der Vergleich mit den Vormundschaften und den Pflegschaften über Volljährige. Deren Anzahl hat sich im Durchschnitt auf jährlich lediglich 5 000 bzw. 200 bis 300 Fälle eingependelt.

3.3 Beistandschaft

Das Vormundschaftsgericht hat jedem Elternteil, dem die elterliche Gewalt oder das Sorgerecht über die Person oder das Vermögen des Kindes allein zusteht, auf seinen Antrag für einen umfassenden oder beschränkten Wirkungskreis einen Beistand zu bestellen. Beistandschaft kann also nicht als Maßregel verhängt werden. Beistand kann auch das Jugendamt sein. Er hat eine Vertrauensposition dem Elternteil gegenüber, den er in Ausübung der elterlichen Gewalt unterstützen soll, um die Interessen des Kindes so optimal wie möglich zu wahren (§§ 1685, 1686 BGB). Wichtig ist, daß der Beistand dem Elternteil, nicht dem Kind beigegeben wird. In besonderen Fällen, wie Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und Vermögensverwaltung, wandelt sich seine Stellung in die eines Pflegers (§ 1690 BGB).

Die Beistandschaften über Minderjährige haben seit drei Jahren ihren Stand von rund 1 500 Fällen kaum geändert. Sie spielen aber bei weitem nicht die zahlenmäßige Rolle wie Vormundschaften und Pflegschaften.

4. Fürsorgerische Erziehungsmaßnahmen

4.1 Einwirkungsrahmen

Erziehung könnte man ihrem Kern nach kurz als „Dienst am werdenden Menschen“ beschreiben. Sie ist im weiteren Sinne der Inbegriff aller pädagogischen Maßnahmen oder auch Prozesse, die ein Kind auf dem Weg zum mündigen Erwachsenen begleiten, im engeren Sinne die innere Formung des Charakters durch Einwirkung, Übung und Gewöhnung im praktischen Umgang mit der Umwelt. Erziehung als Teil der menschlichen Entwicklung bedeutet zugleich auch immer allmähliche Eingliederung in die soziale und kulturelle Wertordnung.

Unter besonderen Umständen werden fürsorgerische Erziehungsmaßnahmen erforderlich. Sie beruhen auf der These, daß jeder Minderjährige grundsätzlich noch erziehbar ist. Im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe werden erzieherische Maßregeln graduell abgestuft

angewendet. Man unterscheidet vier verschiedene Stufen, die den Bewegungsspielraum des Minderjährigen mehr oder weniger stark beeinflussen oder gar einengen, nämlich formlose erzieherische Betreuung, Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung. Außerdem gibt es die Jugendgerichtshilfe. Solche Maßregeln gelten jedoch nicht als Strafen. Stets ist der mildeste, d. h. noch ausreichende, Eingriff zu wählen.

4.11 Formlose erzieherische Betreuung

Die formlose erzieherische Betreuung ist unter diesem Sammelbegriff gesetzlich nicht materiell geregelt. Der Gesetzgeber hat lediglich einzelne Erziehungsbereiche speziell als Betreuungsaufgaben – so im Rahmen der Gesundheitshilfe und der Familienerholung – dem Jugendamt zugewiesen (§ 5 Nr. 4 und 5 JWG). Es leitet die formlose erzieherische Betreuung daher aus allgemeinen Rechtsvorschriften als Ausfluß der ihm auferlegten generellen Fürsorgepflicht her, z. B. aus § 1 Abs. 3 JWG. Diese Art der erzieherischen Praxis gibt dem Jugendamt die Möglichkeit, vielfältige individuell angemessene und unbürokratische Maßnahmen zu ergreifen, die dem jungen Menschen Hilfe geben und sich zugleich auf seine persönliche Umgebung erstrecken. So spielen in diesem Zusammenhang in erster Linie tägliche Lebensfragen, wie Elternhaus-, Schul-, Arbeitswelt-, Generationsprobleme, zerrüttete Familienverhältnisse, Ausfall der elterlichen Betreuung u. ä., eine große Rolle. Das Jugendamt ist bestrebt, sie im Wege der Beratung und Empfehlung lösen zu helfen.

4.12 Erziehungsbeistandschaft

Die Erziehungsbeistandschaft könnte man als eine Art Schutzaufsicht charakterisieren. Einen Erziehungsbeistand bestellt das Jugendamt auf Antrag der Sorgeberechtigten für einen Minderjährigen, dessen leibliche, geistige oder seelische Entwicklung gefährdet oder geschädigt ist, wenn diese Maßnahme die Abwendung der Gefährdung oder des Schadens verheißt (§§ 55, 56 JWG). Liegen die Voraussetzungen für eine Bestellung vor, wird aber kein Antrag gestellt, so ordnet das Vormundschaftsgericht diese für das Eingreifen des Jugendamts an (§ 57 JWG). Der Erziehungsbeistand unterstützt die Sorgeberechtigten in der Erziehung, steht aber auch dem Minderjährigen mit Rat und Tat zur Seite (§ 58 JWG), hat also z. T. einen ähnlichen Aufgabenkreis wie der Beistand. Im Unterschied zu ihm wird der Erziehungsbeistand nicht für einen Elternteil, sondern für den Minderjährigen bestellt; er hilft jenem immerhin mittelbar. Die Erziehungsbeistandschaft endet mit der Volljährigkeit, ist aber bereits dann aufzuheben, wenn der Erziehungszweck erreicht oder dessen Erreichen anderweitig sichergestellt ist (§ 61 JWG).

4.13 Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

Strengere fürsorgliche Erziehungsmaßnahmen werden dann angewendet, wenn sich ein bedrohlicher Grad der Gefährdung, Schädigung oder Verwahrlosung zeigt. Sie erstrecken sich auf Minderjährige bis zum vollendeten 17. Lebensjahr (§§ 62, 64 JWG) und

werden unter öffentlicher Aufsicht in der Regel auf öffentliche Kosten meist in einer geeigneten Familie oder in einem (Erziehungs-)Heim praktiziert (§§ 69, 81 JWG). Fürsorgeerziehung ordnet das Vormundschaftsgericht von Amts wegen oder auf Antrag nur an, wenn ein Minderjähriger zu verwahrlosen droht oder verwahrlost ist und keine ausreichende andere Erziehungsmaßnahme gewährt werden kann (§§ 64, 65 JWG). Freiwillige Erziehungshilfe hingegen kommt in Betracht, wenn die gleichen Voraussetzungen wie für die Erziehungsbeistandschaft erfüllt sind; doch genügt allein schon, daß diese Maßnahme zur Abwendung der Gefährdung oder des Schadens geboten ist. Ferner wird die Bereitschaft der Sorgeberechtigten verlangt, die Durchführung einer solchen zu fördern (§ 62 JWG). Freiwilligkeit bewirkt im Prinzip Vorrang vor gerichtlichem Zwang. Sowohl Fürsorgeerziehung wie Freiwillige Erziehungshilfe werden vom Landesjugendamt ausgeführt, das für alle Rechtsgeschäfte, die sich auf das Arbeits- oder Berufsausbildungsverhältnis – einschließlich der Geltendmachung der daraus folgenden Ansprüche – beziehen, als gesetzlicher Vertreter des Minderjährigen gilt (§ 69 JWG). Beide Erziehungsmaßnahmen enden mit der Volljährigkeit, sind aber schon aufzuheben, wenn ihr Zweck erreicht oder anderweitig gewährleistet ist (§ 75 JWG).

Formlose erzieherische Betreuung eindeutig vorherrschend

Die vier in Tabelle 4 nachgewiesenen Arten von Erziehungsmaßnahmen sind unter dem Blickwinkel zu beurteilen, daß sie vorwiegend durch Fehlverhalten der Minderjährigen selbst ausgelöst sind. Die gewählte Reihenfolge zeigt zugleich auch die Steigerung ihrer Anwendung an.

Insgesamt erstrecken sich diese erzieherischen Maßnahmen 1975 auf rund 7 800 Personen. Von Jahr zu Jahr hat deren Zahl stark abgenommen. Mit jährlich im Durchschnitt neun Zehnteln nimmt die formlose erzieherische Betreuung immer den überragenden Platz ein. Dies bedeutet, daß der schwächste erzieherische Eingriff weitaus am häufigsten vorkommt. Die schwerer wiegenden sind demgegenüber zahlenmäßig nur gering vertreten; denn die jährliche Schwankungsbreite liegt bei den Erziehungsbeistandschaften zwischen 50 und 80, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe zwischen 500 und 930 und bei der Fürsorgeerziehung als dem härtesten Eingriff zwischen 150 und 380 Fällen. Obendrein haben alle drei Arten deutlich fallende Tendenz, so daß auf das Jahr 1975 durchweg jeweils die geringste Anzahl entfällt.

Tab. 4 Erziehungsmaßnahmen 1971 bis 1975 in Hamburg

Jahresende	Insgesamt	Formlose erzieherische Betreuung	Erziehungsbeistandschaft ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe ²⁾	Fürsorgeerziehung ³⁾
1971	11 646	10 271	77	925	373
1972	10 293	9 142	60	800	291
1973	9 972	8 954	55	674	289
1974	9 239	8 427	50	581	181
1975	7 799	7 086	52	505	156

1) §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1, 68 Abs. 3 JWG und §§ 9 und 53 JGG.

2) § 65 JWG.

3) §§ 64 und 67 Abs. 1 und 4 JWG.

4.14 Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe ist eine pädagogisch und fürsorgerisch beratende und unterstützende Tätigkeit der Jugendämter. Ihre Vertreter bringen vor allem im Verfahren vor den Jugendgerichten die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte zur Geltung und helfen dabei, Persönlichkeit, Entwicklung und Umwelt des Beschuldigten zu erforschen. Sie äußern sich zu den zu ergreifenden Maßnahmen und wachen darüber, daß der Jugendliche Weisungen und Auflagen befolgt. Während des Strafvollzugs bleiben sie mit ihm in Verbindung und nehmen sich seiner Wiedereingliederung in die Gesellschaft an. In der Bewährungszeit arbeiten sie eng mit dem Bewährungshelfer zusammen (§ 4 JWG i. V. m. § 38 JGG).

Männliche Heranwachsende am stärksten beteiligt

Jugendgerichtshilfe erhielten in Hamburg im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1975 etwa 5 300 bis 6 300 Personen. Bis 1974 hat sich deren Anzahl auffällig nach unten bewegt. Erst 1975 ist sie mit einem kräftigen Sprung wieder nach oben gerückt. Männliche Jugendliche und männliche Heranwachsende sind an der auf sie entfallenden Gesamtzahl im Verhältnis von etwa 2 zu 3 beteiligt; d. h., männliche Heranwachsende stehen grob mit einem Siebtel mehr vor den Schranken des Jugendgerichts als männliche Jugendliche. Sowohl unter der Gruppe der Jugendlichen als auch unter derjenigen der Heranwachsenden ist der weibliche Anteil beträchtlich geringer; er geht über 18 Prozent nicht hinaus und unterliegt obendrein unverkennbar einem abwärts gerichteten Trend. Dieser hat die Quote mittlerweile auf rund 12 bis 13 Prozent heruntergedrückt. Jugendliche und Heranwachsende weiblichen Geschlechts halten sich untereinander mit jeweils rund 320 bis 450 Fällen im Jahr ziemlich die Waage.

Tab. 5 Jugendgerichtshilfe 1971 bis 1975
in Hamburg
(§ 38 JGG)

Jahre	Erledigte Fälle im Berichtsjahr				
	insgesamt	davon			
		Jugendliche (unter 18 Jahren)		Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahren)	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
1971	6 294	2 160	441	3 257	436
1972	6 079	2 137	465	3 040	437
1973	5 677	2 079	438	2 784	376
1974	5 255	2 103	363	2 391	318
1975	5 781	2 208	343	2 860	370

4.2 Fremderziehung in Heimen und Familien

Heimerziehung bedeutet i. e. S. die gemeinsame Erziehung von Kindern und Jugendlichen, die in ihrer körperlich-seelischen Entwicklung geschädigt, gehemmt oder bedroht sind. Sie tritt als Ersatz an die Stelle der Familie, wenn die Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht angemessen nachkommen (Fürsorgeerziehung als Zwangs- oder Erziehungshilfe als frei-

williges Mittel) oder die Familie als natürlicher Ort der Erziehung ausfällt, z. B. bei Tod beider Eltern, oder die besondere körperliche oder seelisch-geistige Situation eines Kindes die fachkundige Betreuung und Erziehung in einem heilpädagogischen Heim oder in einer Sonderschule erfordert (Seh- und Gehörschäden). Die moderne Heimerziehung zeichnet sich durch weitgehende Spezialisierung der Heime, Differenzierung ihrer Struktur (familienähnliche Kleingruppen) und Erprobung neuer Formen (Jugenddörfer) aus. Sie hat sich von ihrem Schwerpunkt her von bloßer Wohltätigkeit mit pflegerisch-seelsorgerischen Absichten auf psychologisch-pädagogische Hilfe verlagert. Sie bereitet auch den Übergang der Jugendlichen von der relativen Isolierung des Heims in das Berufs- und Arbeitsleben vor.

Bereits seit den Initiativen Pestalozzis ist die Heimerziehung als private, kirchliche oder staatliche Ersatz- und Heilmaßnahme zu einem wichtigen Teil des gesamten Bildungswesens geworden. Doch erst der moderne Staat sieht in der Gründung neuer sowie der Überwachung und Verbesserung bestehender Erziehungseinrichtungen und Heime eine seiner wesentlichen Aufgaben. Industrielle Zivilisation und fortschreitender Gesellschaftswandel haben entscheidend dazu beigetragen, die Bedeutung von Erziehung und Bildung erheblich zu vergrößern. Beiden muß um so mehr Beachtung geschenkt werden, als Leistungsanforderungen und Verantwortlichkeit zunehmend das berufliche und politische Leben der Bürger eines freiheitlich-demokratischen Staats bestimmen.

4.21 Pflegekinder

Unter besonderen Umständen werden Minderjährige im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe außerhalb des Elternhauses in anderen Familien oder in Heimen untergebracht und erzogen. Diese spezielle Art der Erziehung könnte man auch als „Fremderziehung“ bezeichnen.

Darunter fallen Pflegekinder, das sind Minderjährige unter 16 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages – jedoch regelmäßig – in Familienpflege befinden und der Aufsicht des Jugendamts unterstehen (§§ 27, 31 JWG). Die Erlaubnis zur Aufnahme eines Pflegekindes darf nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß die Pflegestelle das leibliche, geistige und seelische Wohl des Kindes gewährleistet (§ 29 JWG). Dazu gehören einwandfreie, möglichst langfristige und gesicherte Unterbringung sowie gute Erziehung, um dem Kind eine Heimstatt in einer Familie zu geben und es vor schädlichem Pflegestellenwechsel zu bewahren.

Ferner zählen zu den Pflegekindern solche Minderjährigen unter 16 Jahren, die regelmäßig in Einrichtungen, die der Heimaufsicht unterliegen, betreut werden oder Unterkunft erhalten und den gleichen Schutz wie Pflegekinder genießen (§ 79 JWG).

In Hamburg gibt es etwa 2 000 Pflegekinder. Obwohl rechtlich die Möglichkeit besteht, die der Familienpflege unterliegenden Kinder von der Aufsicht des Jugendamts zu befreien, ist davon in den letzten fünf Jahren kein Gebrauch gemacht worden (Ermessens-

entscheidung). Sie sind zu etwa gleichen Teilen ehelich oder nichtehelich geboren, wenn auch die nichtehelichen leicht überwiegen. Auf Ehelichkeit oder Nichtehelichkeit der Pflegekinder kommt es für die Betreuung im Rahmen der Familienpflege aber nicht an.

Tab. 6 Pflegekinder in Familienpflege
1971 bis 1975 in Hamburg
(§ 27 JWG)

Jahresende	Pflegekinder			
	insgesamt	darunter unter Aufsicht	davon	
			eheliche	nicht-eheliche
Kinder				
anzahl				
1971	1 775	1 775	749	1 026
1972	1 679	1 679	834	845
1973	2 063	2 063	980	1 083
1974	2 240	2 240	1 101	1 139
1975	1 900	1 900	862	1 038

4.22 Spezielle Erziehungshilfen außerhalb der eigenen Familie

Auch die speziellen Erziehungshilfen außerhalb der eigenen Familie könnte man der Fremderziehung zuordnen. Darunter sind im besonderen alle Maßnahmen zusammengefaßt, die der Pflege und Erziehung oder der erzieherischen Betreuung von Säuglingen, Kleinkindern und Kindern/Jugendlichen im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule oder im Rahmen der Gesundheitshilfe, dem Jugendschutz oder der Obhut gefährdeter Minderjähriger dienen (§ 5 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 8 JWG). Dieser Komplex wird durch die auf den jeweiligen erzieherischen Bedarf abgestellten Erziehungshilfen noch vervollständigt (§ 6 JWG).

Tab. 7 Spezielle Erziehungshilfen
für untergebrachte Minderjährige und junge Volljährige
1975 in Hamburg
(§§ 5 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 8 sowie 6 JWG)

Alter Anlaß der Unterbringung Familienverhältnisse	Männlich	Weiblich	Zusammen	davon	
				in Heimen	in anderen Familien
unter 2 Jahren	184	148	332	103	209
2 bis " 6 "	399	333	732	191	341
6 " " 10 "	595	532	1 127	462	665
10 " " 15 "	1 027	830	1 857	1 079	778
15 " " 18 "	504	515	1 019	766	253
18 und mehr Jahre	33	19	52	51	1
insgesamt	2 742	2 377	5 119	2 672	2 447
Wegen Erziehungsmängel dar. nach Anordnung des Vormundschaftsgerichts gem. § 1666 BGB nach einer Entscheidung des Vormundschaftsgerichts gem. § 1671 Abs. 5 BGB	1 705	1 473	3 178	1 993	1 125
Aus sonstigen Gründen dar. infolge Ausfalls der Betreuung wegen Berufstätigkeit der Eltern	1 037	964	2 001	679	1 322
Kinder aus vollständigen Familien	416	562	778	448	330
Kinder aus geschiedenen Ehen	1 004	834	1 838	1 050	788
Kinder dauernd getrennt lebender Eltern	156	115	271	121	150
Nichteheliche Kinder	857	767	1 624	700	924
Voll- und Halbwaisen	329	299	628	353	275

Spezielle Erziehungshilfen sind 1975 über 5 100 Personen zuteil geworden; gegenüber 1974 ist ein Rückgang um rund 8 Prozent festzustellen. Die Anzahl setzt sich je zur Hälfte aus männlichen und weiblichen Minderjährigen sowie jungen Volljährigen zusammen. Diese Personen sind zu annähernd gleichen Teilen in Heimen und anderen Familien untergebracht. Die Altersklasse von 10 bis 15 Jahren ragt mit gut einem Drittel aus der Gesamtzahl heraus. Dann folgen die Altersklassen von 6 bis 10 und von 15 bis 18 Jahren mit je rund einem Fünftel. Die übrigen Altersklassen hängen dagegen erheblich zurück. Im großen und ganzen wiederholt sich die Verteilung, wenn man die Geschlechter nach Altersklassen durchleuchtet. Obgleich auch die meisten Personen, die in Heimen oder in anderen Familien leben, der Altersklasse von 10 bis 15 Jahren angehören, weicht die weitere Reihenfolge hier dennoch vom Gesamtverteilungsbild ab. So besetzt die Altersklasse von 15 bis 18 Jahren der in Heimen und diejenige von 6 bis 10 Jahren der in anderen Familien Untergebrachten jeweils die zweite Stelle.

Erziehungsmängel Hauptgrund für Fremdunterbringung

Geht man dem Motiv der Unterbringung im einzelnen nach, so verhalten sich Erziehungsmängel zu Sonstigen Gründen zahlenmäßig wie 3 zu 2. Erziehungsmängel treten unter den männlichen Personen offensichtlich häufiger auf als unter den weiblichen; denn der Anteil der jungen Frauen liegt um 20 Prozent unter dem der jungen Männer. Allerdings vermag die Statistik die Frage nicht zu beantworten, ob die Art der Unterbringung Rückschlüsse etwa auf die Individualität oder die Charaktereigenschaften der Betroffenen oder gar auf die Qualität der Maßnahme zuläßt, obwohl sich doppelt soviel Minderjährige oder junge Volljährige wegen Erziehungsmängel in Heimen aufhalten wie in anderen Familien. Diese Mängel sind ausschließlich in der Person der Eltern begründet, deren Verhalten – z. B. Mißbrauch des Sorgerechts, Vernachlässigung, sittliche Lebensführung – das Wohl des Erziehungsbefohlenen gefährdet (§§ 1666, 1671 Abs. 5 BGB), die also als Erziehungsberechtigte scheitern.

Unter den „Sonstigen Gründen“ ist Ausfall der Betreuung wegen Berufstätigkeit der Eltern von vorrangiger Bedeutung; mehr als ein Viertel dieser Kategorie muß allein deshalb in Heimen oder in anderen Familien untergebracht werden.

Etwa je ein Drittel der Untergebrachten stammt aus geschiedenen Ehen oder ist nichtehelich geboren. Solche Kinder oder Jugendlichen haben sich also vorwiegend mit dem Los der „Fremdunterbringung“ abzufinden.

4.23 Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

Eine dritte Gruppe, in der Fremdunterbringung vorkommen kann, bilden Minderjährige, auf die über Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung pädagogisch eingewirkt wird (§ 69 JWG). Deren Aufenthalt

bestimmt das Landesjugendamt, das auch die Aufsicht führt (§ 71 JWG). Ob sie in geeigneten Familien oder in Heimen untergebracht werden, steht im Ermessen des Jugendamts und hängt davon ab, ob eine für den jeweiligen Fall und seine Eigenart geeignete Familie vorhanden ist oder ob besser in einem Heim der drohenden oder bestehenden Verwahrlosung entgegengetreten werden kann. Ziel der Unterbringung ist jedenfalls, die Minderjährigen den ungünstigen Einflüssen zu entziehen. Als Sonderfälle gelten solche Minderjährigen, deren Unterbringung in einer für die pädagogische, medizinische oder psychologische Beobachtung geeigneten Einrichtung das Vormundschaftsgericht angeordnet hat, um sie von einem Sachverständigen zur Beurteilung ihrer Persönlichkeit untersuchen zu lassen; die Dauer ist in der Regel jedoch auf sechs Wochen, unter besonderen Umständen auf höchstens drei Monate begrenzt (§ 66 JWG). Zweck ist auch, festzustellen, ob medizinisch nachweisbare Unerziehbarkeit vorliegt, die eine andere Art der Hilfe notwendig macht. Damit auch in schwierigen Fällen sachgerechte Erziehungshilfen im Rahmen der Freiwilligen und der Zwangsfürsorgeerziehung geleistet werden können, hält der Gesetzgeber das Landesjugendamt eigens dazu an, für die erforderliche Differenzierung der Einrichtungen und Heime nach der zu erfüllenden Erziehungsaufgabe zu sorgen (§ 72 JWG).

Es ist bemerkenswert, daß 1975 alle 505 Minderjährigen mit Freiwilliger Erziehungshilfe außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind; hingegen lebt fast ein Fünftel der 156 Minderjährigen, die der Fürsorgeerziehung unterworfen sind, in der eigenen Familie. Mädchen sind an der ersten Erziehungsform mit nicht ganz einem Viertel, an der zweiten mit mehr als der Hälfte beteiligt.

Tab. 8 Unterbringung der Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe und in Fürsorgeerziehung am Ende des Berichtsjahres 1975 in Hamburg

Art der Unterbringung	Minderjährige in			
	Freiwilliger Erziehungshilfe		vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Erziehungsheim der öffentlichen Hand	216	74	54	37
Erziehungsheim der Träger der freien Jugendhilfe ¹⁾	82	21	13	2
Erziehungsheim privater gewerblicher Träger	74	9	9	1
Beobachtungs- und Auffangheim	4	2	-	2
Sonstiges Heim	5	2	1	-
Eigene Familie ²⁾	-	-	19	10
Fremde Familie ²⁾	11	2	2	-
Sonstige Unterbringung	2	-	4	1
Nicht-Unterbrachte	1	-	-	1
Insgesamt	395	110	102	54
dar. im Berufsausbildungsverhältnis oder in sonst. berufl. Bildung	19	7	14	3
im Arbeitsverhältnis	22	11	11	5

1) gem. § 5 Abs. 4 JWG.
2) einschl. Lehr- und Arbeitsstellen.

Jeweils drei Fünftel der Minderjährigen in der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung befinden sich in Erziehungsheimen der öffentlichen

Hand. Diese haben im Vergleich mit den anderen Unterbringungsarten ein klares Übergewicht. Bei der Freiwilligen Erziehungshilfe spielen die Erziehungsheime der Träger der freien Jugendhilfe mit 20 und die privater gewerblicher Träger mit 15 Prozent der Zöglinge noch eine beachtliche Rolle. Die entsprechenden Relationen bei der Fürsorgeerziehung liegen mit 10 bzw. 7 Prozent merklich darunter. Hier hält die hohe Quote der Unterbringung in der eigenen Familie die zweite Position. Nur dreizehn Minderjährige mit Freiwilliger Erziehungshilfe leben in fremden Familien. Berücksichtigt man, daß nicht ein einziger in der eigenen Familie ein Zuhause findet, so ist der Vorrang der Unterbringung in Heimen gerade in der Freiwilligen Erziehungshilfe erstaunlich.

Nahezu 11 Prozent der Minderjährigen der Freiwilligen Erziehungshilfe und 20 Prozent der Minderjährigen der Fürsorgeerziehung stehen in einem Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis. Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters bewirkt, daß Erziehungsmaßnahmen nach dem JWG nach Vollendung des 18. Lebensjahres nicht mehr angeordnet oder fortgesetzt werden können, weil es kein originäres staatliches Erziehungsrecht gegenüber Erwachsenen gibt. Soweit im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Fürsorgeerziehung eine Maßnahme zur schulischen oder beruflichen Bildung – einschließlich der Berufsvorbereitung – eingeleitet ist, kann jedoch jene auf Antrag über den Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit hinaus fortgesetzt werden, vorausgesetzt, der Volljährige ist gewillt, an deren Erfolg mitzuwirken (§ 75 a JWG). Solche Hilfen werden nur 16 in Heimen unterbrachten jungen Volljährigen gewährt.

5. Personal

Ohne gut geschultes Personal lassen sich die zahlreichen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im einzelnen schwerlich realisieren. Der Gesetzgeber verlangt daher in speziellen Fällen (§§ 53, 78 JWG), daß die Wahrnehmung der Pflichten durch „fachlich ausgebildete“ oder „geeignete“ Kräfte gesichert wird. Der Erfolg aller Bemühungen, den hilfsbedürftigen oder gefährdeten Kindern und Jugendlichen den Weg in ein Erwachsenenleben der Selbständigkeit und Chancengleichheit zu ebnen, wird somit z. T. auch von der Qualität des Personals bestimmt.

Frauen klar dominierend

Im November 1974 waren in Hamburg rund 9 400 Personen haupt- oder nebenamtlich in der öffentlichen Jugendarbeit tätig. Vier Fünftel von ihnen waren Frauen. Nicht ganz drei Viertel der Mitarbeiter wurden von öffentlichen, knapp ein Viertel von freien und nur 2 Prozent von privaten gewerblichen Trägern beschäftigt. 1 300 Personen arbeiteten in den Jugendämtern der Bezirke und in der obersten Landesjugendbehörde (Amt für Jugend).

Vier Fünftel der 7 400 Beschäftigten mit anerkanntem Berufsausbildungsabschluß waren Frauen, von denen etwa die Hälfte als Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen,

Hortnerinnen oder Kinderpflegerinnen eingesetzt war. Auch in den übrigen pflegerischen Berufen überwogen die Frauen. In Kindertagesstätten, Wohnheimen für Mutter und Kind, Säuglingsheimen sowie Kinderheimen war fast ausschließlich (98 Prozent) weibliches Personal anzutreffen.

In rund 660 Fällen – mehr als die Hälfte davon Frauen – waren zweite Verwaltungsprüfung, sonstige Verwaltungsberufe und Kaufmannsgehilfenprüfung als Berufsausbildungsabschluß angegeben, 370 Kräfte, darunter ein Drittel Frauen, fungierten als Gesellen, Facharbeiter und Meister nicht nur im Wirtschafts- und technischen Bereich, sondern auch in der Heimerziehung und in der außerschulischen Jugendarbeit. Andererseits hatten 1 200 Frauen und 100 Männer, also jeder siebte Beschäftigte, keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser hohe Anteil erklärt sich sicherlich daraus, daß deren Betätigungsfeld hauptsächlich im Haus- und Wirtschaftsbereich zu suchen ist. 700 Personen befanden sich noch in der Ausbildung.

Nach dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis verteilte sich das Personal auf 6 800 Beamte und Angestellte sowie 1 100 Arbeiter. 1 500 Personen standen in einem sonstigen Dienst- oder Arbeitsverhältnis; darunter fallen Ordens- oder Mutterhausangehörige, Inhaber privater Kindergärten und auf Honorarbasis Tätige.

Knapp zwei Drittel aller Personen waren voll- und gut ein Drittel teilzeit- oder nebenamtlich beschäftigt. Außerdem arbeiteten rund 6 400 Personen als ehrenamtliche Helfer in der Jugendhilfe mit.

Zwei Drittel der haupt- oder nebenamtlich wirkenden Arbeitskräfte waren unter 40 Jahren alt; von den ehrenamtlichen Helfern sind sogar drei Viertel diesem Alter zuzuordnen.

In den in der Erhebung nachgewiesenen 26 Erziehungsheimen, die über fast 1 500 Plätze verfügen, standen rund 550 weiblichen Mitarbeitern lediglich rund 200 männliche gegenüber. Die 25 Jugendwohnheime, die mit nahezu 1 800 Plätzen ausgestattet sind, kommen mit vergleichsweise sehr viel weniger Personal aus. Hier leisteten nur etwa 130 Frauen und 100 Männer Dienst im Interesse der Jugend. Die 21 Erziehungs- und Jugendberatungsstellen waren mit gut 150 Beratern besetzt, von denen beinahe drei Viertel Frauen waren.

6. Finanzieller Aufwand

Die Ausgaben für Jugendhilfe haben seit 1970 stetig zugenommen. Im Jahr 1975 hat das Volumen rund 223,2 Mio DM erreicht; dieses liegt um mehr als das Doppelte über dem von 1970. Es ist zu fast der Hälfte für Kindertagesstätten und zu gut einem Drittel für Heimpflege verwendet worden. Die Freiwillige Erziehungshilfe ist daran nur mit 6 Prozent beteiligt. Am Ende der Skala rangiert die Fürsorgeerziehung, die lediglich knapp 2 Prozent beansprucht hat. An den Anteilen hat sich sowohl der Höhe als auch dem Rang nach in den letzten sechs Jahren von der Größenordnung her nichts Wesentliches geändert; allein die Mittel für Fürsorgeerziehung sind absolut wie relativ

z. T. merklich zurückgegangen. Wie bei den Gesamtausgaben haben sich auch die jährlichen Veränderungsraten der einzelnen Hilfearten durchweg erheblich erhöht; doch ist 1975 ein deutlicher Einbruch zu erkennen.

Tab. 9 Aufwand für die Jugendhilfe 1970 und 1975 in Hamburg

Sachliche Zuordnung der Ausgaben	1970	1975	Veränderung 1975 gegenüber 1970 in %
	DM		
Hilfe durch Familienpflege	3 261 083	6 764 095	+ 107,4
Hilfe durch Heimpflege	58 796 546	75 811 058	+ 95,4
Kindertagesstätten	44 674 567	107 669 109	+ 141,0
Freiwillige Erziehungshilfe	11 575 600	13 335 698	+ 15,2
Fürsorgeerziehung	4 409 752	5 810 199	+ 13,6
Übrige Hilfen	8 276 530	15 792 652	+ 90,8
Ausgaben insgesamt	110 993 678	223 182 771	+ 101,1
dav. Hilfen außerhalb von Einrichtungen der Jugendhilfe	6 651 136	11 050 959	+ 65,9
Hilfen in Einrichtungen der Jugendhilfe	101 749 807	206 586 641	+ 103,0
Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	2 592 735	5 365 165	+ 114,6
Einnahmen insgesamt	8 888 180	12 292 233	+ 38,3
dav. Kostenbeiträge	8 100 538	10 778 730	+ 33,1
in %	91,1	87,7	
Reine Ausgaben insgesamt	102 105 498	210 890 538	+ 106,5

Gliedert man die Gesamtausgaben nach dem „institutionellen“ Einsatz, so entfallen annähernd 93 Prozent auf Hilfen innerhalb und nur etwa 5 Prozent auf solche außerhalb von Einrichtungen der Jugendhilfe. Demgegenüber nehmen sich die Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe geradezu „bescheiden“ aus (3 Prozent).

Pro-Kopf-Aufwand in Hamburg dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt

Die Gesamtausgaben für 1975 reduzieren sich allerdings auf netto rund 211 Mio DM, wenn man die Einnahmen dagegensetzt. Diese betragen beinahe 12,3 Mio DM, d. h., nicht einmal 6 Prozent der Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt. Je Kopf sind die Bewohner Hamburgs 1975 mit annähernd 123 DM der Netto-Gesamtausgaben belastet. Dieser Betrag ist fast dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt (1974: 42,21 DM). Die Einnahmen flossen 1975 zu nicht ganz 88 Prozent aus Kostenbeiträgen. Obwohl auch jene von Jahr zu Jahr meist gestiegen sind, haben sie diesen Anteil dennoch kaum beeinflusst.

7. Schlußbetrachtung

Da die vielfältigen Maßnahmen der Jugendwohlfahrtsbehörden in ihrem vollen Umfang zahlenmäßig nur sehr schwer erfaßbar sind, beschränkt sich die Jugendhilfestatistik gegenwärtig lediglich auf die relevanten Aktivitäten. Dennoch vermag sie einen Teilaspekt von der Auswirkung des starken Gesellschaftswandels auf die allgemeinen Lebensverhältnisse zu geben. Dieser ist im wesentlichen von der Verbesserung der Lebensqualität geprägt, die auf dem wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt sowie der Hebung des Bildungsniveaus in einer rechts- und sozialstaatlichen Gesellschaftsordnung beruht.

Otto Rieck

Entwicklung von Umfang und Struktur der Personalkosten der öffentlichen Verwaltung

INHALT

1. Einleitung
2. Gruppierungssystematischer Standort und finanzstatistische Abgrenzung der öffentlichen Personalausgaben
3. Der statistische Befund
 - 3.1 Entwicklung der Personalkosten
 - Durchschnittliches Wachstumstempo der öffentlichen Personalkosten in Hamburg merklich geringer als im Bundesgebiet
 - Personalkostenerhöhung teilweise rein nominell
 - Noch bis 1964 korrelierte die Entwicklung der öffentlichen Personalkosten mit jener der Bevölkerung positiv, danach negativ
 - Größter Entwicklungsboom in den Jahren 1969 bis 1974
 - Hamburgs Haushaltsvolumen am stärksten durch Personalkosten beansprucht
 - Exkurs: Personalkostenquote und bereinigte Gesamtausgaben
 - Wachstum der Personalausgaben in Hamburg lag leicht über der Entwicklung des Sozialprodukts
 - Steuereinnahmen in hohem Maße von Personalausgaben aufgezehrt
 - Seit 1965 Verschiebung in der Finanzstruktur
 - 3.2 Struktur der Personalkosten
 - Höchste Personalkostenintensität im Unterrichtsbereich
 - Aktivitäts- und Versorgungsbezüge stehen zueinander im Verhältnis von rund 5 zu 1
 - Mehr als zwei Drittel der Personalausgaben entfallen auf Beamtenbezüge und Angestelltenvergütungen
 - 3.3 Determinanten der Personalkostenentwicklung
 - Hauptverantwortliche Komponente für die Verursachung der Personalkostenexpansion ist nicht die Personalvermehrung, sondern die Erhöhung der Bezüge bzw. strukturelle Verbesserungen
4. Ausblick

1. Einleitung

Die Staatsfinanzen befinden sich seit einiger Zeit im heftigen Kreuzfeuer der Kritik. Dabei geraten hauptsächlich immer wieder die öffentlichen Personalausgaben ins Visier, die nach Meinung vieler ein Niveau erreicht haben, das dringlich nach Eindämmung verlangt; ja die Begrenzung der Personaletats wird bisweilen gar zur Schlüsselfrage für die Konsolidierung der Staatsfinanzen erklärt. Stellvertretend seien in diesem Zusammenhang nur genannt das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik Deutschland vom August 1975, ferner das Jahresgutachten 1975

des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie die Monographie über die Personalausgaben der Gebietskörperschaften des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler vom August 1974. Daneben gibt es eine schier unübersehbare Vielzahl von Presseveröffentlichungen zu diesem Thema.

Nun ist an und für sich eine Zunahme der Staatsausgaben schlechthin kein Novum, seit Adolph Wagner Ausgang des 19. Jahrhunderts sein bekanntes „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen, bzw. der Staatsthätigkeiten“¹⁾ formuliert hat; relativ

¹⁾ Wagner, Adolph: Grundlegung der politischen Oekonomie, 3. Aufl., erster Teil, Grundlagen der Volkswirtschaft, Leipzig 1893, S. 893 f.

neu ist hingegen die Behauptung, daß die Personalausgaben mit einer laufend größeren Quote am Wachstum des öffentlichen Gesamtbudgets teilnehmen. Die Wahrnehmung wird noch zusätzlich auf diesen Tatbestand gelenkt, weil gleichzeitig die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden regulären Einnahmequellen in ihrer Ergiebigkeit nachlassen. Der Finanzierungsspielraum für andere Ausgaben, insbesondere materielle Investitionen, wird also von zwei verschiedenen Seiten in die Zange genommen.

Als ein ausgesprochen universelles Dienstleistungs-großunternehmen ist der staatliche Verwaltungsapparat von vornherein durch eine hochgradige Personalintensität charakterisiert. Fragen nach dem quantitativen Gewicht des Kostenfaktors „Personalaufwand“ heute und in den beiden letzten Jahrzehnten sowie nach grundlegenden strukturellen Veränderungen innerhalb dieses Kostenfaktors und im Vergleich zu anderen Bestandteilen der Gesamtkosten öffentlicher Verwaltungen bilden den Gegenstand der nachfolgenden Analyse längerfristiger statistischer Reihen aus der amtlichen Statistik.

Dabei wird untersucht, ob die genannte Kritik wirklich allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann und ob sie auch für den Bereich der Finanzwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zutrifft.

2. Gruppierungssystematischer Standort und finanzstatistische Abgrenzung der öffentlichen Personalausgaben

Zentraler Bestandteil des Ende der 60er Jahre an Haupt und Gliedern reformierten Haushaltsrechts und Haushaltswesens der Bundesrepublik Deutschland war u. a. eine moderne Haushaltssystematik mit den beiden Teilstücken „Funktionenplan“ und „Gruppierungsplan“. Ersterer stellt das systematische Gliederungsschema des staatlichen Aufgabenspektrums dar, letzterer den Klassifizierungsrahmen von Einnahmen und Ausgaben vorwiegend in ökonomischer Sichtweise. Diese Schemata dienen seit 1970 neben der Gliederung des Haushaltsplans und der Haushaltsrechnung bzw. deren Anlagen auch als finanzstatistische Einteilungsprinzipien. Der Gruppierungsplan hat den früheren (vorläufigen) gemäß § 54 Abs. 7 der Reichswirtschaftsbestimmungen entwickelten Eingliederungsplan ersetzt. Er besteht aus den Hauptgruppen 0 bis 3, die die Einnahmen, sowie aus den Hauptgruppen 4 bis 9, welche die Ausgaben betreffen; darunter umfaßt Hauptgruppe 4 den ganzen Block der Personalausgaben. Für finanzstatistische Veröffentlichungszwecke erfolgt darüber hinaus noch die summarische Unterscheidung in Einnahmen und Ausgaben der laufenden Rechnung, der Kapitalrechnung, der besonderen Finanzierungsvorgänge. Die Personalkosten sind den Ausgaben der laufenden Rechnung zugeordnet, d. h. man erkennt ihnen einen konsumtiven Charakter zu, was wissenschaftlich allerdings nicht unumstritten ist, weil große Teile davon treffender als immaterieller Investitionsaufwand zu klassifizieren wären. Vom aus dem Angelsächsischen übernommenen Begriff „human capital“ läßt sich herleiten, daß speziell die Ausgaben für Erziehung und Ausbildung sowie Gesundheit des Menschen als im-

materielle Investitionen zu werten sind, die eine der unabdingbaren Quellen für wirtschaftliches Wachstum repräsentieren. Andererseits können staatliche Sachinvestitionen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Wohlfahrt der Allgemeinheit unter Umständen weniger effektiv dienen als solche „Konsumausgaben“.

In der Abgrenzung der Finanzstatistik setzen sich die Personalausgaben im einzelnen zusammen aus den Bezügen der Beamten und Richter, den Vergütungen der Angestellten, Löhnen der Arbeiter sowie den Versorgungsleistungen (Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder, Versorgungsbezüge nach G 131, d. h. der nach dem 2. Weltkrieg verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und Angehörigen aufgelöster Dienststellen), den Beihilfen und Unterstützungen (einmalige und laufende Unterstützungen, Fürsorgeleistungen) und schließlich den personalbezogenen Sachausgaben (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung, Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen, Fahrkostenzuschüsse). Die Bezüge, Gehälter und Löhne umgreifen außerdem die Aufwendungen für Abgeordnete, Wehrpflichtige und -übende (Wehrgeld usw.), Ersatzdienstleistende, Angehörige des Zivilschutzkorps sowie die Kosten nebenamtlicher Tätigkeiten. Zu den Dienstbezügen werden ferner die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Beiträge zur zusätzlichen Altersversicherung, das Krankengeld sowie Zulagen und Zuwendungen aller Art gerechnet. Wegen der langfristigen Vergleichbarkeit sei der Hinweis erlaubt, daß die Personalentgelte vor Einführung des neuen Gruppierungsplans, also vor 1970, nicht die personalbezogenen Sachausgaben sowie die Versorgung nach G 131 beinhalteten. Aufgrund ihres relativ sehr geringen Gewichts (zuletzt lediglich 0,8 % der gesamten Personalausgaben) schlägt sich diese methodische Abwandlung aber kaum in meßbaren Resultatverzerrungen nieder.

Am Rande sei bemerkt, daß für Zwecke der Gegenüberstellung mit den Einkommen privater Wirtschaftsbereiche hingegen die Definition der Personalausgaben im Sinne der Sozialproduktsberechnung angemessener ist. Dort werden für die Beamten analog zu den Rentenversicherungsbeiträgen von Angestellten und Arbeitern Zahlungen an einen imaginären Pensionsfonds unterstellt und damit die Aktivitätsbezüge aufgestockt. Die Versorgungsbezüge ausgeschiedener Beamter werden im Konto der Sozialversicherung als „laufende Transfers an private Haushalte“ verbucht. Ausgeklammert werden ferner die Lohnnebenkosten (Beschäftigungsvergütungen, Trennungsgelder u. a. m.).

3. Der statistische Befund

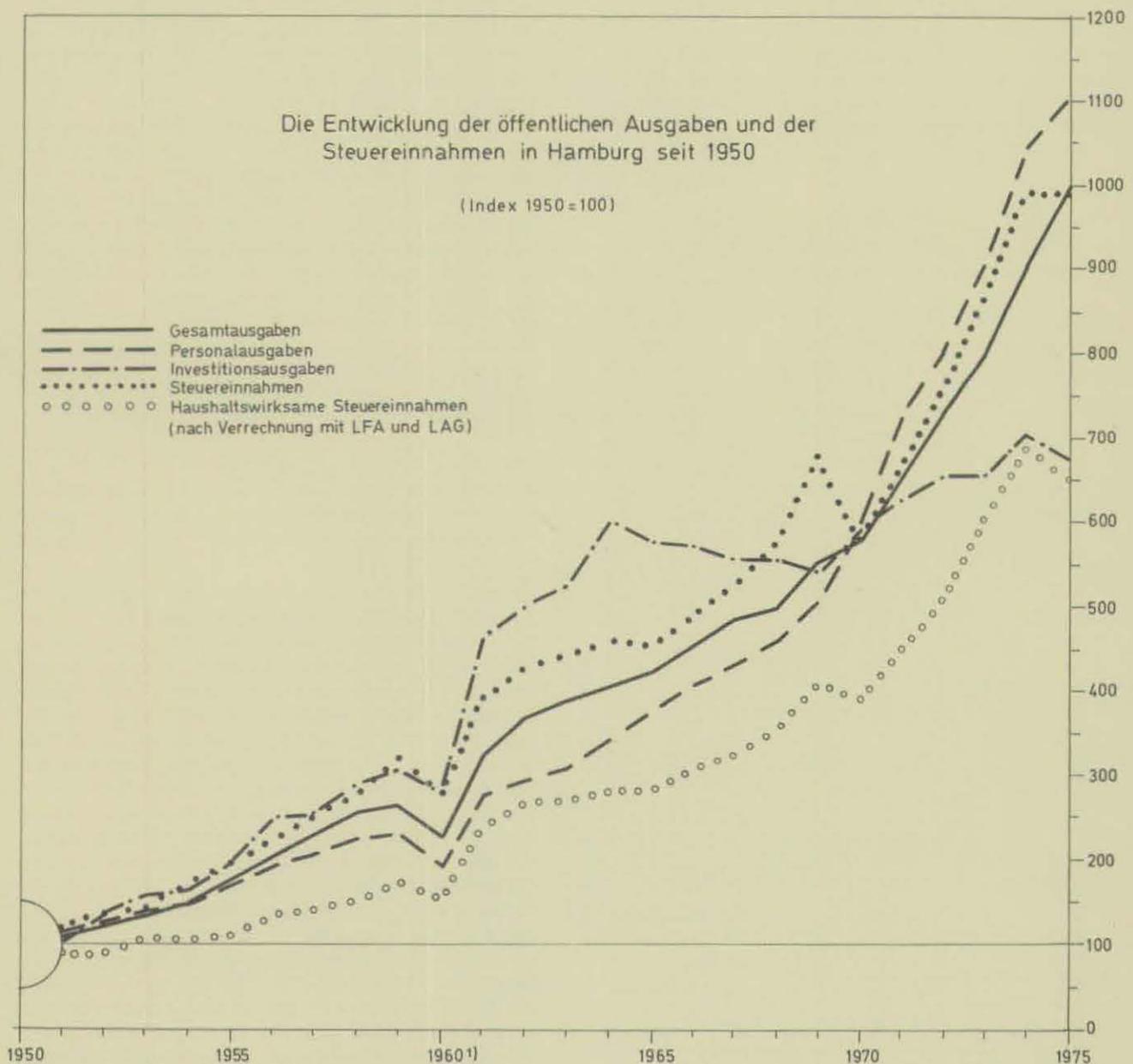
3.1 Entwicklung der Personalkosten

Um die langfristige Entwicklung der dem Fiskus entstehenden Personalkosten im Zeitablauf rückwärts verfolgen zu können, bietet sich als geschlossene statistische Untersuchungsperiode die Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis möglichst dicht an die Gegenwart heran an. Die dazugehörigen Datenreihen setzen sich für Hamburg durchgehend und für die Vergleichswerte

aus dem Bundesgebiet ganz überwiegend aus den Ist-Ergebnissen der jeweiligen Jahresrechnungsstatistiken zusammen. Diese weichen ab von den meistens bekannteren korrespondierenden Zahlen in den Haushaltsrechnungen wegen besonderer statistischer Zu- und Absetzungen (z. B. werden brutto zugesetzt die Landesbetriebe nach § 26 LHO) und bei der konsolidierten Darstellung zusammengefaßter Verwaltungsebenen zusätzlich durch Ausschaltung von Doppelzählungen, die durch Zahlungsströme zwischen den Körperschaften entstehen. Da für die Jahre 1974 und 1975 – Hamburg ausgenommen – noch keine Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken vorliegen, mußte ersatzweise auf die kumulierte Vierteljahresstatistik über Ist-Einnahmen und -Ausgaben zurückgegriffen werden, die sich von dem Verfahren in der Jahresrechnungsstatistik durch Nichteinbeziehung der Fi-

nanzvorfälle staatlicher und kommunaler Sonderrechnungen unterscheidet.

Auch der amtlichen Finanzstatistik gelingt es nicht, eine absolut perfekte Vergleichbarkeit zwischen den hamburgischen Ergebnissen und denen anderer Gebietskörperschaften herzustellen, weil das Problem der einheitlichen Einbeziehung von Nebenhaushalten bei Bund, Ländern und Gemeinden noch nicht restlos gelöst ist. Hier sei als Beispiel auf die ab 1973 erfolgte Verlagerung des sozialen Wohnungsbaues auf die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt aufmerksam gemacht, deren Finanzen aus rechtlichen Gründen in der Finanzstatistik nicht wieder zugesetzt werden können. In einigen anderen Ländern ist dagegen der Wohnungsbau noch im Haushalt und damit automatisch auch in der Statistik mitenthalten.



¹⁾1960=Rumpfrechnungsjahr (9 Monate)

Durchschnittliches Wachstumstempo der öffentlichen Personalkosten in Hamburg merklich geringer als im Bundesgebiet

Die systematische Beobachtung der Entgeltzahlungen für die Staatsbediensteten im Zeitablauf führt zunächst zur unbestreitbaren Erkenntnis, daß diese bei einer Entwicklung ohne jeglichen Ruhepunkt einem enormen absoluten Wachstum unterliegen: Ihr Volumen stieg in Hamburg von 361 Millionen DM im Jahre 1950 auf über 4 Milliarden DM im Jahre 1975 an, was einer Verelfachung in den letzten 25 Jahren gleichkommt. Das korrespondierende Kostenaggregat bezogen auf das Bundesgebiet wird sich voraussichtlich im besagten Zeitabschnitt verneunzehnfacht und dabei die 100-Milliarden-DM-Grenze weit überschritten haben, wobei u. a. zu berücksichtigen ist, daß im Basisjahr die Beträge West-Berlins sowie des damals noch nicht zur Bundesrepublik gehörenden Saarlandes fehlten; aber selbst wenn man letztere hinzuschätzte, ergäbe sich immer noch ungefähr eine Versechzehnfachung. Von Bedeutung ist dabei aber auch die Aufstellung der Bundeswehr durch den Bund, die dessen Personaletat im Laufe der Jahre immer stärker belastet hat. Eine geometrische Mittelung der einzelnen Wachstumstempi ergibt für Hamburg ein durchschnittliches jährliches Wachstumstempo von 10,1 %, für das Bun-

desgebiet von 12,6 %. Demzufolge können wir als erstes bemerkenswertes Resultat festhalten: Der Personalaufwand des Stadtstaates Hamburg ist seit 1950 zwar außerordentlich gewachsen, doch nicht so schnell wie der sämtlicher Gebietskörperschaften im Bundesgebiet zusammengenommen. Aus diesem Grunde beläuft sich der ursprünglich noch 6,0 % ausmachende Anteilbetrag Hamburgs am personellen Gesamtaufwand aller Gebietskörperschaften heute nur noch auf 3,5 %.

Personalkostenenerhöhung teilweise rein nominell

Auf die Determinanten der Personalkostenentwicklung wird im einzelnen noch eingegangen. Aber schon an dieser Stelle soll kurz auf einen Tatbestand hingewiesen werden, der die Höhe der Entgelte mittelbar stark beeinflusst, ohne jedoch deshalb zum spezifischen Ursachenkomplex zu gehören. Gemeint ist der inflationäre Preisauftrieb, der bedingt, daß die Kostensteigerung im Personalbereich zu einem ganz beträchtlichen Teil rein nomineller Natur ist. Sieht man sich den amtlichen Preisindex für die Gesamtlebenshaltung an, so hat dieser sich vom Stand 100 im Jahre 1950 auf den Stand 207,5 im Jahre 1975 erhöht, also rund verdoppelt. Andersherum bedeutet das eine Abnahme der Kaufkraft der D-Mark um gut die Hälfte bei den persönlichen Einkommensempfängern. Der Preisverfall hat sich seit 1970 drastisch beschleunigt: In den letzten fünf Jahren ist der Index um etwa die gleiche Punktzahl in die Höhe geklettert, wie vorher in zwanzigjähriger Dauer. Die rechnerische Deflationierung der Personalausgaben mittels dieses Preisindex würde demnach die Kostenexpansion ebenfalls auf die Hälfte zusammenschrumpfen lassen. Da der öffentliche Haushalt nur mit nominellen Geldbeträgen operiert, wäre es aber nicht zweckmäßig, die empirische Analyse auf realer Basis fortzusetzen.

Tab. 1 Öffentliche Personalausgaben und ihr prozentualer Anteil an den öffentlichen Gesamtausgaben sowie am Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Bundesgebiet 1950 bis 1975

Jahre 1)	Hamburg				Bundesgebiet 2)			
	Personalausgaben 3)4)		Anteil der Personalausgaben		Personalausgaben 4)6)7)		Anteil der Personalausgaben	
	an den öffentl. Gesamtausgaben 3)		am BIP 5)		an den öffentl. Gesamtausgaben 6)		am BIP 5)	
	Mio DM	DM je Einwohner	%	%	Mio DM	DM je Einwohner	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	
1950	361	228	40,3	6,4	6 001	120	20,9	6,1
1951	413	256	43,8	6,3	7 968	158	20,7	6,4
1952	457	279	41,2	6,1	9 034	178	21,2	6,4
1953	517	309	41,0	6,3	10 258	200	21,5	6,7
1954	567	333	42,8	6,7	11 083	214	21,3	6,7
1955	600	347	38,0	6,1	11 867	227	22,2	6,3
1956	656	378	35,5	5,9	13 771	260	22,0	6,6
1957	765	428	35,9	6,1	15 527	289	22,4	6,8
1958	813	450	35,2	6,0	17 139	316	23,0	7,0
1959	829	455	34,9	5,6	17 623	321	21,6	6,6
1960	661	371	33,1	5,7	15 268	223	22,3	6,6
1961	978	531	33,9	5,5	22 556	402	21,8	6,8
1962	1 039	562	31,4	5,4	24 883	438	21,6	6,9
1963	1 127	608	32,8	5,5	27 708	483	22,5	7,2
1964	1 233	664	34,0	5,7	30 348	524	22,1	7,2
1965	1 343	724	35,3	5,7	34 460	588	23,3	7,5
1966	1 494	809	36,7	5,9	38 349	648	24,7	7,8
1967	1 566	856	37,1	5,9	40 695	686	24,6	8,2
1968	1 670	916	37,5	6,0	43 273	727	25,0	8,0
1969	1 847	1 016	37,0	6,3	49 195	819	25,0	8,1
1970	2 179	1 215	42,1	6,5	61 484	1 014	29,0	9,0
1971	2 621	1 471	44,8	7,1	73 457	1 198	30,8	9,6
1972	2 891	1 637	45,9	7,3	81 274	1 329	31,0	9,8
1973	3 292	1 879	46,2	7,3	94 014	1 517	31,7	p 10,1
1974	3 777	2 178	46,3	7,7	107 238	1 728	32,5	p 10,7
1975	p 4 021	p 2 341	p 45,1	p 7,8	116 364	1 882	31,2	p 11,2

1) 1950 bis 1959: Rechnungsjahre vom 1.4. des einen bis zum 31.3. des nächsten Jahres; 1960: Stumpfrechnungsjahr vom 1.4. bis 31.12.1 ab 1961: Rechnungsjahr = Kalenderjahr.
 2) 1950: ohne West-Berlin; ab 1960: einschl. Saarland.
 3) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken.
 4) einschl. Versorgungsleistungen; ab 1970: einschl. personalbezogener Sachausgaben.
 5) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen - Jeweilige Preise -.
 6) 1950 bis 1975: Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken; 1974 und 1975: Ergebnisse der kumulierten Vierteljahresstatistiken der Ist-Einnahmen und -Ausgaben.
 7) ab 1970: einschl. Versorgungsbezüge nach G 131.
 8) Sprung durch Ausgliederung des Wohnungsbaus aus dem Haushalt ab 1973.

Noch bis 1964 korrelierte die Entwicklung der öffentlichen Personalkosten mit jener der Bevölkerung positiv, danach negativ

Gehen wir einen Schritt weiter in unserer Untersuchung indem wir den demographischen Einfluß auf die Personalausgabenentwicklung unter die Lupe nehmen; im beobachteten Zeitintervall könnte ja beispielsweise die Bevölkerungszunahme den Staatsausgabenzuwachs noch übertreffen haben, so daß ohne deren Berücksichtigung kaum eine sinnvolle Interpretation der Hypothese von der zunehmenden Staatstätigkeit denkbar wäre. Um dieses Moment ins Kalkül miteinzubeziehen, muß die Analyse die jeweiligen Personalausgabenbeträge, als Leistungsgröße, auf den gleichzeitigen Bevölkerungsstand, als Leistungsempfängerkreis, beziehen. Die solcherart gewonnenen Pro-Kopf-Zahlen spiegeln für Hamburg einen Verlauf wider, der von demjenigen der absoluten Zahlen nicht wesentlich abweicht, bei einer in der gesamten Zeitperiode von 1950 bis 1975 per Saldo um 134 000 Personen gewachsenen Wohnbevölkerung. Ein statistisch interessanter Befund schält sich heraus, wenn man den Zeitraum in die zwei Abschnitte 1950 bis 1964 sowie 1965 bis 1975 zerlegt, weil sich im ersteren die Einwohnerzahl Hamburgs um 274 000

Personen vergrößerte, sie im letzteren jedoch um 140 000 sank; bis 1964 waren demzufolge Bevölkerungs- und Personalkostenentwicklung gleichläufig, danach gegenläufig miteinander verknüpft. Für diesen zweiten Zeitabschnitt ist also die umgekehrte Auslegung des Arguments der Finanzwissenschaft, bei zunehmender Einwohnerzahl müßten – schon aus rein quantitativen Gründen – parallel dazu die staatlichen Aktivitäten – hier gemessen an den Personalausgaben – wachsen, deutlich außer Kraft gesetzt.

Zum Vergleich haben sich im Bundesgebiet die auf den Kopf der Bevölkerung umgerechneten Personalkostenbeträge von 120 DM in 1950 auf 1882 DM in 1975 nach oben bewegt, bei einer um rund 12 Millionen auf 61,8 Millionen Menschen angewachsenen Bevölkerung. Statt der bereits dargestellten Verneunzehnfachung bei den Grundwerten kommt somit unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen nur eine Versechzehnfachung heraus. Da die Bevölkerung von 1950 bis 1974 kontinuierlich zugenommen hat, ist im Bundesgebiet kein gegenläufiger Entwicklungstrend zu bemerken.

Größter Entwicklungsboom in den Jahren 1969 bis 1974

Durch Zerlegung der Personalkosten-Zeitreihe in verschiedene Entwicklungsphasen ließen sich noch mehr Aufschlüsse über Verlauf und Abweichungen vom Durchschnitt erzielen; wir wollen uns jedoch mit einem Blick auf die jüngere Vergangenheit begnügen, in der die Personalausgaben der öffentlichen Hände zweifellos ihren größten Aufschwung erlebt haben. Von 1969 bis 1974 gab es nämlich in Hamburg wie auch im gesamten Bundesgebiet durchgehend nur zweistellige Jahreszuwachsrate, deren niedrigste nicht unter 10 % bzw. 11 %, deren höchste bei 20 % bzw. 25 % lag. Im Durchschnitt dieser sechs Jahre wuchs der Personalaufwand jährlich um 14,6 % in Hamburg und um 16,3 % im Bundesgebiet. Das mittlere Wachstumstempo innerhalb dieser Zeitphase war also gegenüber demjenigen der Untersuchungsperiode insgesamt stark überproportional. Es wird sich noch zeigen, daß dieser Tatbestand hauptsächlich mit einer politischen Neuorientierung der staatlichen Ausgabenpolitik durch Setzung personalintensiver Aufgabenprioritäten zu tun hat.

1975 ist es dann mit dem Boom der Personalausgaben abrupt zu Ende gegangen. Die immer knapper werdenden Möglichkeiten staatlicher Selbstfinanzierung und die vielen warnenden Stimmen, daß es so nicht permanent weitergehen könne, veranlaßten die verantwortlichen Entscheidungsinstanzen aller hoheitlichen Ebenen zu einer Kehrtwendung: Es wurden z. T. drastische Sparmaßnahmen in Sachen „Personal“ ergriffen, der Bremsprozeß setzte ein, die Zuwachsraten ermäßigten sich in Hamburg auf 6,5 %, im Bundesgebiet auf 8,5 %.

Wir wollen weitere Details aus dem Gesamtverlauf nicht behandeln. Da dem aufmerksamen Betrachter jedoch nicht entgehen wird, daß halbwegs inmitten der Zeitreihe ein Entwicklungsbruch feststellbar ist, der sich in den zwei atypischen Veränderungsrate 1959/60 und 1960/61 niederschlägt, sei deren Ent-

stehung kurz erklärt. 1960 war das Jahr, in dem die Umstellung der Haushaltsperiode vom Rechnungsjahr auf das Kalenderjahr erfolgte. Das Rechnungsjahr dauerte jeweils vom 1. 4. des einen bis zum 31. 3. des folgenden Jahres an. Dadurch wurde 1960 das ansonsten noch mitzählende 1. Quartal 1961 abgetrennt, so daß ein nur aus neun Monaten bestehendes Rumpfjahr übrigblieb, was den für 1960 ausgewiesenen Wert entsprechend künstlich vermindert und damit unvergleichbar gemacht hat.

Hamburgs Haushaltsvolumen am stärksten durch Personalkosten beansprucht

Eine der Kernfragen im Zusammenhang mit unserem Thema stellt die nach der Belastung der öffentlichen Haushalte durch Personalausgaben dar, denn je nach dem Grad einer solchen Belastung wird selbstverständlich der Manövrierraum für alle anderen Ausgabekategorien mehr oder minder eingengt. Als geeignete Meßzahl von einfacher Konstruktion bietet sich hierzu die Quote der Personal- an den Gesamtausgaben, dem Haushaltsvolumen, an. Diese Anteilsziffer hat in Hamburg mit 46,3 % 1974 ihr bisheriges Maximum erreicht und war damit nahe an die allgemein als kritisch angesehene Grenze, die Hälfte des Haushaltsvolumens, herangekommen. Seit 1962, dem Jahr mit der niedrigsten Belastungsquote überhaupt (31,4 %), war, von zwei Unterbrechungen abgesehen, ein laufender Anstieg zu verzeichnen, ein Prozeß, der sich eindeutig zu Lasten der öffentlichen Investitionen abspielte: Deren relative Bedeutung innerhalb des Etats schwand immer mehr, was im Endeffekt auf eine Umstrukturierung des Staatshaushalts von den vermögenswirksamen zu den Konsumausgaben hinauslief.

Versucht man den Entwicklungstrend der hamburgischen Personalkostenquote seit 1950 zu typisieren, dann hat dieser nicht den geradlinig ansteigenden Verlauf wie bei den absoluten Personalausgaben genommen, sondern eher einen kurvenförmigen: Nach einem ursprünglich schon einmal hohen relativen Belastungsniveau ist dieses bis zu Beginn der sechziger Jahre um eine maximale Differenz von 12,4 Prozentpunkten abgesunken, um hierauf wieder um eine maximale Differenz von 14,9 Prozentpunkten zuzunehmen. Während der ersten Hälfte des Berichtszeitraums, bis etwa 1962, haben sich folglich die Personalausgaben im großen und ganzen langsamer ausgedehnt als das Gesamtbudget, in der zweiten dagegen schneller.

Als Fazit ergibt sich: Bezogen auf den Zeitabschnitt 1963 bis 1974 bestätigt die statistische Diagnose für die Hansestadt die eingangs aufgeführte These vom laufend größeren Anteil der Personalkosten am Wachstum des öffentlichen Gesamtetats vollauf. Zur Beantwortung der Frage, weshalb diese These 1975 und aller Voraussicht ebenso in den Folgejahren ihre Gültigkeit eingebüßt hat bzw. vorerst weiter einbüßen wird, sei auf die oben erwähnten Sparbeschlüsse des Hamburger Senats, dann aber auch auf die Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz) vom 18. De-

zember 1975 sowie den sukzessiven Abbau des drei-prozentigen Sonderzuschlags in Hamburg verwiesen.

Betrachten wir jetzt den Anteil der Personalkosten an den gesamten Ausgaben aller Gebietskörperschaften im Bundesgebiet, so erkennen wir zunächst eine geringere Belastungsquote als in Hamburg. Weiterhin ist festzustellen, daß im Bundesdurchschnitt bis 1964 ein etwa gleichbleibender und danach bis 1974 ein wachsender Anteil der Personalkosten am Haushaltsvolumen vorlag. Da man die Entwicklungen in einem Stadtstaat nur eingeschränkt mit den zusammengefaßten Werten für Bund, Länder und Gemeinden vergleichen kann, wollen wir im folgenden für die (vorläufigen) Ergebnisse des Jahres 1975 eine Trennung der Gebietskörperschaften vornehmen und einen Vergleich der Einzeldaten mit den Zahlen für Hamburg versuchen. Im Interesse der Aktualität nehmen wir dabei den vorläufigen Charakter der Daten in Kauf, der aus der Verwendung der kumulierten vierteljährlichen Finanzstatistik resultiert, in der im Gegensatz zur Rechnungsstatistik der Komplex der Regiebetriebe – wie schon erwähnt – nicht zugesetzt ist.

Der Anteil der Personalkosten am Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften betrug im Jahr 1975 31,2 %; die Einzelwerte lauten: Bund 15,3 %, Länder 41,2 %, kommunaler Bereich 27,5 %.

Für die offenkundige Diskrepanz der Quoten untereinander sind in erster Linie die von Ebene zu Ebene so grundsätzlich variierenden Aufgabenstellungen sowie die zu deren Erfüllung von den öffentlichen Händen benötigten zahlenmäßig unterschiedlich starken Personalkörper verantwortlich. Wie ersichtlich sind die Länder in besonderem Maße mit Personalkosten belastet, und zwar namentlich durch die ausgesprochen personalintensiven Bereiche „Unterricht“ und „Wissenschaft“, worauf wir noch näher eingehen werden. Darüber hinaus belastet die Bundesauftragsverwaltung die Personaletats der Länder; da die Länder hierbei Bundesaufgaben wahrnehmen, resultiert zwar aus dem allgemeinen Lastenverteilungsgrundsatz, daß der Bund auch die entsprechenden Ausgaben trägt; der Bund übernimmt realiter jedoch nur die Zweckausgaben, nicht jedoch die reinen Verwaltungskosten, denn Bund und Länder tragen jeder für sich die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungs- und damit auch Personalausgaben. Auch die Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben schlägt personalmäßig bei den Ländern voll zu Buch. Der überraschend niedrige Anteil beim Bund rührt andererseits von dem sehr großen Gewicht rein finanzieller Leistungen im Bundeshaushalt her (Finanzhilfen, Zuweisungen, Transfergelder u. ä. m.), deren Verwaltung nur ein Minimum an Personal erfordert. Ohne das gut die Hälfte sämtlicher persönlichen Ausgaben des Bundes in Beschlag nehmende Verteidigungswesen würde dessen Personalkostenlast sogar nur noch weniger als 10 % ausmachen.

Die Gemeinden nehmen hinsichtlich ihrer Belastung mit Personalausgaben eine Mittelstellung zwischen Bund und Ländern ein; bei ihnen spielen die Investitionsausgaben im Rahmen ihres Gesamthaushalts eine entscheidende Rolle.

Tab.2 Personalkostenquote 1975

Länder einschl. ihrer Gemeinden (Gv.)	Anteil der persönl. Ausgaben an den öffentl. Gesamtausgaben in % ¹⁾
Hamburg	44,1
Saarland	42,9
Baden-Württemberg	40,3
Schleswig-Holstein	39,9
Hessen	39,7
Niedersachsen	39,4
Berlin (West)	38,9
Bayern	38,9
Rheinland-Pfalz	38,1
Nordrhein-Westfalen	37,8
Bremen	37,0
Länder z u s a m m e n	39,6
davon staatliche Ebene	41,2
kommunale Ebene	27,5

1) nach kumulierten Ergebnissen der Vierteljahresstatistik der Ist-Einnahmen und -Ausgaben.

Der Vergleich mit dem Stadtstaat Hamburg wird wegen seiner Doppelfunktion jedoch am sinnvollsten durch Zusammenfassung der Länder- und Gemeindebeträge bewerkstelligt. Knapp 40 % beträgt da im Schnitt der Anteil des Personalaufwands. Selbst aus dieser Sicht ist die Haushaltsbelastung Hamburgs durch seine Personalkosten nach dem Stand von 1975 als überdurchschnittlich einzustufen, auch wenn sie aufgrund der für die Darstellung von Länderergebnissen benutzten aufaddierten vierteljährlichen Kassenstatistik mit rund 44 % etwas bescheidener ausfällt als bei Verwendung von Daten aus der Jahresrechnungsstatistik (45 %). Die Spitzenstellung Hamburgs bleibt auch bei einer Gegenüberstellung mit den anderen Stadtstaaten, Bremen und Berlin (West), sowie den Flächenländern unangefochten.

Exkurs:

Personalkostenquote und bereinigte Gesamtausgaben

Einige Leser werden anderorts vielleicht noch höhere Personalkostenquoten als die hier vorgestellten ange-troffen haben. Das ist dann der Fall, wenn die Personalausgaben an einer niedrigeren Bezugsgröße in Gestalt sogenannter bereinigter Gesamtausgaben gemessen werden. So verwendet die Hamburger Finanzbehörde den Begriff „Bereinigte Gesamtausgaben“ oder „Bereinigtes Ausgabevolumen“ in folgender Abgrenzung:

Gesamtausgaben (formales Ausgabevolumen)

- Zuführungen an Rücklagen
 - Tilgung von Kreditmarktmitteln
 - Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren
 - Haushaltstechnische Verrechnungen (Verrechnungen zwischen den Haushaltskapiteln, die lediglich buchmäßige Verrechnungen darstellen und sich in Einnahmen und Ausgaben ausgleichen)
 - Finanzausgleiche
-
- = Bereinigte Gesamtausgaben (bereinigtes Ausgabevolumen)

Die aufsummierte Differenz betrug nach dem Rechnungs-Ist 1975 1,021 Milliarden DM. Da der statistische Gesamtausgabenbegriff gegenüber dem formalen Ausgabevolumen auch noch die Beträge der öffentlichen Betriebe (§ 26 LHO), die wegen ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung in der Form von Betrieben ohne eigene Rechtspersönlichkeit und überwiegend kaufmännisch geführt werden, z. B. Münze, Schlachthof, Großmärkte, Staatsgüter mitbeinhaltet, vergrößert sich diese Differenz noch einmal um 96 Millionen DM auf total 1,117 Milliarden DM.

Nach entsprechender Absetzung der Beträge der § 26 LHO-Landesbetriebe von den Personalausgaben würde deren Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben demnach für 1975 49,9 % ausmachen und somit um 4,8 Prozentpunkte die in der vorliegenden Statistik benutzte Quote übertreffen. Das Für und Wider der Verwendung eines derart modifizierten Gesamtausgabenbegriffs soll hier unerörtert bleiben. Unser Exkurs sollte ja lediglich klarmachen, daß aufgrund unterschiedlich definierter Ausgabeninhalte voneinander abweichende Personalkostenquoten auftreten können.

Wachstum der Personalausgaben in Hamburg lag leicht über der Entwicklung des Sozialprodukts

Die Relation der Personalausgaben zum Bruttoinlandsprodukt soll als nächstes ebenfalls speziell unter dynamischem Aspekt erörtert werden. Man darf sie nicht verwechseln mit dem häufig gebrauchten Indikator zur Messung des Staatsanteils, der sogenannten Staatsausgabenquote, welche die öffentlichen Gesamtausgaben in Prozent des Bruttosozialprodukts ausgibt, und die meistens zur Interpretation des Wagnerschen Gesetzes herangezogen wird. Die Spalten 4 und 8 der Tabelle 1 geben einen ungleichartigen Gang der Dinge in Hamburg und im Bundesgebiet zu erkennen: Der kalkulatorische Anteil der öffentlichen Personalkosten am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen bewegte sich in Hamburg in den fünfziger Jahren auf einem mittleren Niveau von etwas über 6 %; er lag während der sechziger Jahre geringfügig darunter und im Zeitabschnitt von 1970 bis 1975 bei 7,3 %; eine Expansion des Anteils hat also erst zuletzt stattgefunden und das auch nur in bescheidenem Rahmen. Im Bundesgebiet sieht die Tendenz anders aus: Über die gesamte Untersuchungsperiode von 1950 bis 1975 hinweg ist, von einigen kleinen Wachstumspausen abgesehen, ein unaufhörlicher Anstieg zu registrieren, der Anteil der Personalkosten am Bruttoinlandsprodukt verdoppelt sich fast, wobei allerdings das Hauptgewicht auf den letzten sieben Jahren liegt.

Eine etwas andere Art, die Entwicklung der Personalausgaben zu betrachten, liegt in der Berechnung von Elastizitäten. Elastizität drückt allgemein das Verhältnis der prozentualen Änderung einer Größe zur prozentualen Änderung einer anderen aus, hier das Verhältnis des prozentualen Anstiegs der Personalausgaben zum prozentualen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Tabelle 3 zeigt die Bruttoinlandsproduktelastizität der gesamten öffentlichen Ausgaben sowie der persönlichen Ausgaben über die volle Spanne 1951 bis 1975 hinweg mit Ausnahme der Jahre 1960/61, die durch die Umschaltung auf das Kalenderjahr verzerrt sind. Wir konstatieren, daß die durchschnittliche Ela-

Tab. 3 Bruttoinlandsproduktelastizität der öffentlichen Gesamtausgaben und Personalausgaben in Hamburg sowie im Bundesgebiet (alle Gebietskörperschaften) 1951 bis 1959, 1962 bis 1975

Jahre	Elastizität der			
	öffentl. Gesamt- ausgaben	öffentl. Personal- ausgaben	öffentl. Gesamt- ausgaben	öffentl. Personal- ausgaben
	Hamburg		Bundesgebiet	
1951	0,299	0,821	1,260	1,215
1952	1,231	0,749	0,778	0,950
1953	2,443	2,308	1,486	1,694
1954	0,753	1,437	1,154	1,022
1955	1,206	0,368	0,202	0,489
1956	1,373	0,798	1,619	1,526
1957	1,182	1,314	1,164	1,415
1958	0,987	0,740	1,110	1,474
1959	0,538	0,230	1,062	0,305
1962	1,857	0,783	1,592	1,252
1963	0,590	1,305	1,053	1,717
1964	0,800	1,372	1,179	0,981
1965	0,545	1,131	0,831	1,434
1966	0,855	1,276	0,717	1,734
1967	0,870	1,130	7,113	6,309
1968	1,235	1,460	0,513	0,720
1969	2,063	1,812	1,149	1,136
1970	0,270	1,313	0,554	1,861
1971	1,454	2,297	1,143	1,770
1972	1,801	1,482	1,162	1,226
1973	0,703	1,185	1,079	1,319
1974	1,128	1,130	1,480	1,844
1975	1,844	1,310	2,952	1,938
Durchschnitt	1,123	1,207	1,398	1,536

stizität des hamburgischen Personalaufwands etwas über 1 ausmacht und somit für die Vergangenheit leicht zunehmende Ausgabenanteile am Bruttoinlandsprodukt signalisiert. Die Elastizität der Personalausgaben im Bundesgebiet bezogen auf die gesamte Zeitspanne ergibt einen noch geringfügig höheren Wert, während die korrespondierenden Elastizitäten der öffentlichen Ausgaben überhaupt hier wie dort ein niedrigeres Niveau offenbaren; sie sind also im Schnitt langsamer gewachsen als die Personalkosten. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Hamburg den Aufwand für sein Verwaltungspersonal zwar nicht völlig parallel zu seiner wirtschaftlichen Gesamtleistungsbilanz gestaltet, aber auch nicht substantiell darübergetrieben hat, während im Durchschnitt sämtlicher Gebietskörperschaften das Personalbudget eine verstärkte Ausdehnung erfuhr, die die Zunahme des Sozialprodukts der Bundesrepublik überflügelte.

Steuereinnahmen in hohem Maße von Personalausgaben aufgezehrt

Wir wollen uns noch zwei weiteren Instrumenten zuwenden, die für unsere Analyse der Personalkostenentwicklung beim Fiskus von Interesse sind. Es handelt sich dabei um zwei Kennzahlen, wovon die eine das Wechselspiel zwischen Personalausgaben und Steuereinnahmen widerspiegelt, die andere das zwischen Personalausgaben und Investitionen. Ihre unterschiedliche Aussage ist darauf zurückzuführen, daß die Personalausgaben aus den Steuereinnahmen zu finanzieren sind, und deshalb diese in mehr oder weniger starkem Maße aufzehren, während sie zu den Investitionen in einer anderen Wechselbeziehung stehen: Steuereinnahmen können entweder zu Personal-

oder zu Investitionsausgaben bzw. für eine bestimmte Aufteilung zwischen beiden Größen verwandt werden.

Tab. 4 Verhältnis der öffentl. Personalausgaben zu den haushaltswirksamen Steuereinnahmen Hamburgs 1950 bis 1975 in %

Jahre	%	Jahre	%	Jahre	%
1950	51	1959	65	1968	67
1951	69	1960	61	1969	63
1952	72	1961	57	1970	60
1953	64	1962	55	1971	82
1954	75	1963	59	1972	78
1955	72	1964	60	1973	77
1956	70	1965	65	1974	78
1957	73	1966	67	1975	87
1958	76	1967	68		

Bedeutsam für den Finanzierungsspielraum des Haushalts ist die Entwicklung der Deckungsquote durch Zwangsabgaben, entfallen doch gegenwärtig bald drei Viertel aller laufenden Staatseinnahmen auf Steuern. Für unsere Betrachtungszwecke nehmen wir als Bezugszahl die sogenannten haushaltswirksamen Steuereinnahmen, das ist der Einnahmebetrag, der vom Steueraufkommen in Hamburg nach erfolgter Verteilung auf die Gebietskörperschaften sowie nach Abzug der horizontalen Finanzausgleichsleistungen und des Zuschusses gemäß § 6 LAG dem hamburgischen Haushalt effektiv verbleibt. Die langfristige Rückschau demonstriert, in welchem unterschiedlichen Maße die Steuereinnahmen von den Personalausgaben im Zeitablauf aufgezehrt worden sind. In der eigentlichen Wiederaufbauphase nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges, also in den fünfziger Jahren, beanspruchten die Personalkosten durchschnittlich 71 % des Steuerbudgets. Dabei blieb das Jahr 1950 mit seinem extrem niedrigen Anteilswert außer Ansatz. Im anschließenden Jahrzehnt wurden zur Abdeckung der Personalausgaben durchschnittlich nur noch 62 % der haushaltswirksamen Steuereinnahmen benötigt. 1970 schnellte dann namentlich wegen der Hamburgs Steuereinnahmen verschlechternden Finanzreform die Deckungsrate gewaltig in die Höhe (auf 80 %), und auf diesem hohen Niveau verharrte sie auch im Mittel der Jahre 1970 bis 1975. Ihr Maximum überhaupt erreichte sie bislang im Rezessionsjahr 1975 mit 87 %, was auf die konjunkturbedingten Steuerausfälle zurückzuführen war. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Deckungsquoten wegen der Einbeziehung der Personalausgaben der § 26 LHO-Betriebe in die Jahresrechnungsstatistiken, die eigene Einnahmen haben und deshalb zur Finanzierung ihrer Personalausgaben nicht auf Steuergelder angewiesen sind, etwas überhöht ausfallen, so ist doch nicht viel Phantasie erforderlich, um einzusehen, daß bei hypothetischer Fortsetzung einer derartigen Entwicklung die Personalausgaben in nicht allzu ferner Zukunft die gesamten Steuereinnahmen aufzehren würden. Schon jetzt ist keinerlei Finanzierung von Investitionen aus dem Steuerprodukt mehr möglich. Tendenziell ist besagte fortschreitende Veränderung auch bei der Gesamtheit der Gebietskörperschaften im Bundesgebiet zu diagnostizieren, so daß von einer Hamburger Sonderentwicklung keine Rede sein kann.

Seit 1965 Verschiebung in der Finanzstruktur

Eine andere Kennzahl zur Beurteilung der Haushaltsstruktur ergibt die Inbeziehungsetzung von Investitions- zu Personalausgaben. Die Investitionen des Staates stellen neben seinem Personalaufwand einen zweiten großen Ausgabenblock. Ausbau der Infrastruktur, Wirtschaftsförderung und -wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie antizyklische Haushaltspolitik sind einige Stichworte, die im Zusammenhang mit den Investitionen der öffentlichen Hand genannt werden und auf deren sozio-ökonomische Bedeutung hinweisen.

Im Sinne der Finanzstatistik umfassen die Investitionen die unmittelbaren Investitionen (Sachinvestitionen) und die mittelbaren Investitionen (Finanzinvestitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen). Zu den direkten Investitionen gehören danach die Baumaßnahmen (Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten), der Ankauf von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens, zu den indirekten zählen der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen sowie Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionszwecke an den öffentlichen Sektor und an sonstige Bereiche.

Tab. 5 Verhältnis der Investitionsausgaben zu den öffentlichen Personalausgaben Hamburgs 1950 bis 1975 in %

Jahre	%	Jahre	%	Jahre	%
1950	55	1959	75	1968	67
1951	49	1960	82	1969	59
1952	61	1961	94	1970	54
1953	60	1962	97	1971	48
1954	56	1963	94	1972	45
1955	65	1964	98	1973	40
1956	74	1965	85	1974	37
1957	65	1966	76	1975	33
1958	70	1967	71		

Die Entwicklung des Verhältnisses „Investitionen: Personalaufwand“ war bis 1964 durch eine klar aufwärtsweisende Grundrichtung typisiert. Insofern läßt sich für die Zeit von 1950 bis 1964 von einer Stärkung der Investitionskomponente in der hamburgischen Haushalts- bzw. Finanzstruktur sprechen. Hatten sich anfänglich die Investitionsausgaben nur auf ungefähr die Hälfte der Personalausgaben belaufen, so erreichten sie am Ende dieses Zeitraums faktisch den Gleichstand. Ihr Wachstumstempo war folglich bald doppelt so groß wie das der persönlichen Ausgaben. Öffentliche Investitionen mußten damals ganz einfach Priorität genießen, sonst wäre die rasche Beseitigung der gerade in Hamburg so immensen Kriegsschäden an der Infrastruktur als Voraussetzung für die Wiedereingangssetzung der Volkswirtschaft kaum denkbar gewesen. Vielfach konnten dabei aber die zwangsläufigen Folgekosten solcher öffentlicher Investitionen nicht in vollem Umfang abgeschätzt werden. Die finanzpolitische Wende kündigte sich im Jahre 1965 an; hier fiel das Investitionsvolumen, gemessen am Personalaufwand, von 98 % auf 85 % ab. Danach verschlechterte sich diese Relation dann laufend, bis sie 1975 mit 33 % auf

einem bisher nicht erreichten Tiefstand anlangte. Damit ist ganz offenkundig eine ziemlich dauerhafte Veränderung in der Haushaltsstruktur zugunsten des Staatsverbrauchs bzw. zum Nachteil rentierlicher, zumindest jedoch produktiver, des Staatsvermögens vermehrender Ausgaben eingetreten. Eine Extrapolation des Trends würde bedeuten, daß die Investitionen schon in wenigen Jahren im Vergleich zu den Personalkosten zu einer vernachlässigbaren Größe schrumpften. Aktuelle Daten aus der vierteljährlichen Finanzstatistik zeigen bereits Ende des dritten Quartals 1976 eine weiter auf 27% abgesunkene Verhältniszahl an. Dieser Trend ist noch kritischer zu beurteilen, wenn man bedenkt, daß schon bei Konstanz der absoluten Investitionsausgaben über die Haushaltsperiode unter Berücksichtigung von Preissteigerungen eine reale Rückläufigkeit der Investitionstätigkeit eintritt.

Die festgestellte Drosselung der Investitionen bezieht sich lediglich auf den Haushalt der Hansestadt einschließlich ihrer rechtlich unselbständigen Landesbetriebe. Da in letzter Zeit wichtige öffentliche Investitionen aus dem Haushalt herausgenommen und auf Trägergesellschaften verlagert wurden, erfährt besagte Feststellung eine gewisse Abschwächung.

Nochmals sei hier als Beispiel die ab 1973 vollzogene Verlagerung des sozialen Wohnungsbaues auf die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt erwähnt, deren Finanzen aus rechtlichen Gründen in der Finanzstatistik nicht wieder zugesetzt werden können. Die geschilderte Entwicklung wäre auch ganz anders zu werten, wenn man den überkommenen Investitionsbegriff – dauerhafte Güter (Ausrüstungen, Bauten), die der Erhaltung, Erweiterung und Rationalisierung des Produktionsapparates dienen – durch Einbeziehung hauptsächlich derjenigen Ausgaben weiter fassen würde, die ein „investment in human capital“ darstellen, wie es z. B. die Bildungsökonomien bereits tun. Bedeutende Teile der Personalausgaben wären dann nämlich den Investitionen zuzuschlagen.

3.2 Struktur der Personalkosten

Haben wir uns im ersten Teil mit dem statistischen Befund über die Entwicklung der Personalkosten als Gesamtgröße auseinandergesetzt, so wollen wir jetzt in einem zweiten Teil die Zusammensetzung dieser Ausgabenkategorie und eventuelle Verschiebungen in ihren Komponenten analysieren. Die Objektzerlegung soll dabei einmal aus funktionseller Perspektive, zum anderen aus der Perspektive der Dienstverhältnisse erfolgen.

Höchste Personalkostenintensität im Unterrichts-bereich

Die funktionelle Perspektive stellt auf die Personalausgabenintensität bei der öffentlichen Aufgabenerfüllung ab. Tabelle 6 differenziert den Aufwand Hamburgs für sein aktives Personal, d. h. ohne Versorgung, nach neun ausgewählten Aufgabenbereichen. Danach ergibt sich für 1974 folgende, nach dem Volumen abgestufte, auf eine Art Präferenzskala der

Aufgaben hinauslaufende Zusammensetzung: Mit großem Abstand ist der Aufgabenbereich „Unterricht“ mit dem höchsten Personalausgabenbetrag dotiert; 700 Millionen DM oder 22% des Personaletats überhaupt wurden für Lehrer an Schulen sowie im Rahmen der Ausbildungsförderung von Schülern und Lehrern und für Zwecke der Unterrichtsverwaltung eingesetzte sonstige Bedienstete verausgabt. An zweiter Stelle rangieren die Krankenhäuser nebst Heilstätten. Ihr Personal belastete die Hansestadt 1974 mit 361 Millionen DM, anteilmäßig betrachtet mit 11,4%. Dichtauf folgt als nächstes das Aufgabengebiet „Wissenschaft und Forschung“, das im wesentlichen die wissenschaftlichen und sonstigen Hochschulen sowie die Forschung außerhalb von Hochschulen umfaßt. Den geringsten Personalaufwand verursacht das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, es beanspruchte 1974 lediglich 4,7% der persönlichen Entgelte insgesamt.

Bei Beurteilung dieser Zahlen und Quoten darf nicht der Irrtum unterlaufen, daß mit Hilfe der Personalausgabenintensität etwa die Messung des vollen Umfangs der Staatstätigkeit bzw. die Aussage möglich ist, wie stark sich die öffentliche Hand in den einzelnen Aufgabenbereichen engagiert, weil ja die übrigen Ausgabearten (beispielsweise laufende Sachausgaben, Investitionen) unberücksichtigt bleiben. Nebenbei bemerkt würde selbst ein Verteilungsbild der Gesamtausgaben diesen Anspruch nicht optimal zufriedenstellen können. Es gibt nämlich eine Reihe wichtiger Aufgaben, die vorwiegend durch Normsetzung erfüllt werden, und die deshalb nur in geringem Maße öffentliche Ausgaben bedingen. Man denke etwa an Neuregelungen im Steuerrecht, an Wettbewerbsregelungen oder an Rahmengesetze für die Raumordnung. Ausgaben für derartige Zwecke bestehen hauptsächlich aus Gemeinkosten zur Erhaltung des Verwaltungsapparates, der diese Normen aufstellt und durchsetzt.

Tab. 6 Öffentliche Personalkosten ¹⁾ ausgewählter Aufgabenbereiche in Hamburg 1950, 1961 und 1970 bis 1974 ²⁾

Jahre	Polizei	Rechtsschutz	Unterricht	Wissenschaft und Forschung	Soziale Sicherung	Krankenhäuser und Heilstätten	Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Finanzverwaltung (einschl. Steuer-verwaltung)
in Mio DM									
1950	53	22	54	17	34	32	24	19	22
1961	83	49	172	99	89	85	63	45	56
1970	167	106	596	357	175	184	148	95	97
1971	200	124	451	225	219	255	177	112	115
1972	222	136	524	296	228	271	200	122	126
1973	248	155	602	292	258	310	225	136	147
1974	281	172	700	339	299	361	255	150	162
in % der Personalausgaben insgesamt ¹⁾									
1950	11,1	7,4	18,2	5,7	11,5	10,8	8,1	6,4	7,4
1961	10,3	6,1	21,4	7,4	11,1	10,6	7,9	5,6	7,0
1970	9,2	5,8	21,7	8,6	8,6	10,1	8,1	5,2	5,3
1971	9,0	5,6	20,4	10,2	9,9	10,6	8,0	5,1	5,2
1972	5,1	5,6	21,5	10,5	9,3	11,1	8,2	5,0	5,2
1973	8,9	5,5	21,7	10,5	9,3	11,2	8,1	4,9	5,1
1974	8,8	5,4	22,0	10,7	9,4	11,4	8,0	4,7	5,1

1) ohne Versorgung.
2) Ergebnisse der Jahresrechnungstatistiken.

Tabelle 6 versetzt uns in die Lage zu prüfen, ob im Zeitablauf Strukturwandlungen in der Aufgabenerfüllung eingetreten sind. Wir erkennen, daß es in Hamburg bezüglich der Personalausgaben Aufgabengebiete sowohl mit tendenziell zunehmendem als auch

abnehmendem relativen Gewicht gibt; ein oder zwei befinden sich auch darunter, deren Strukturquoten durch Konstanz auffallen. Aufgrund dieses uneinheitlichen Verlaufs hatte die Präferenzskala im Ausgangsjahr des Untersuchungszeitraums eine zum Teil andere Reihenfolge als im eben skizzierten Abschlußjahr. Zwar stand damals schon das Unterrichtswesen an oberster Stelle, auf dem zweiten Platz folgten aber nicht die Krankenanstalten, sondern die Soziale Sicherung, auf dem dritten war der Aufgabenbereich „Polizei“ zu finden; das Schlußlicht bildete in jener Zeit noch der Bereich „Wissenschaft und Forschung“, der dann später so stark aufgeholt hat. Die Anteilsstruktur, so wie sie sich für 1974 darstellt, hat sich erst Anfang der siebziger Jahre mit als Folge politischer Prioritätsentscheidungen eingependelt und ist seither stabil geblieben. Die Quotenverschiebungen spiegeln wider, daß sich die Ansprüche der Bürger an ihren Staat gewandelt bzw. daß bestimmte Aufgabenkomplexe gegenüber früher eine stärkere politische Gewichtung erfahren haben als andere.

Von einem Vergleich der Personalkostenintensität in den Aufgabenbereichen Hamburgs mit dem Länderdurchschnitt oder Bundesgebiet muß leider abgesehen werden, da wiederholte Modifizierungen der Funktionssystematik für die staatliche und gemeindliche Ebene einschneidende Vergleichsstörungen verursachen; nur für Hamburg war eine ungefähre Bereinigung von hier aus möglich bzw. ließen sich die Funktionsbereiche für den Analysezweck so zuschneiden, daß sie von methodischen Veränderungen nicht allzu sehr tangiert werden.

Aktivitäts- und Versorgungsbezüge stehen zueinander im Verhältnis von rund 5 zu 1

Wie verteilen sich nun die Personalausgaben auf die beiden prinzipiell zu unterscheidenden Gruppen „Aktivitätsbezüge“ sowie „Versorgung“, und wie sieht ihre Struktur im Hinblick auf das Anstellungsverhältnis der Einkommensbezieher im öffentlichen Dienst aus? Diese Frage ist deshalb sachlich berechtigt, weil es bis heute keinen Einheitstyp des öffentlichen Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Vielmehr besteht in der personellen Besetzung der Verwaltungsorgane der öffentlichen Verwaltung eine Zweigleisigkeit von Beamten und Arbeitnehmern (Angestellte, Arbeiter). Dazu tritt noch die Richterschaft, die seit 1961 ein eigenständiges Dienstverhältnis erhalten hat. Aus Vereinfachungsgründen sind jedoch hier die Bezüge der Richter mit denen der Beamten zusammengelegt.

Beamtenbezüge (einschließlich Richterbezüge), Angestelltenvergütungen, Arbeiterlöhne und die sonstigen Personalausgaben stehen im ganzen als sogenannte Aktivitätsbezüge den Versorgungsbezügen, also den Bezügen der nicht mehr im aktiven Dienst befindlichen ehemaligen Beamten bzw. ihrer Hinterbliebenen sowie, weniger ins Gewicht fallend, den Ruhegeldern und der Hinterbliebenenversorgung von Angestellten und Arbeitern auf Grund des Hamburgischen Ruhegeldgesetzes gegenüber.

Von den etwas über 4 Milliarden DM, die Hamburg 1975 für sein Personal alles in allem hat aufwenden

müssen, entfielen rund 3,4 Milliarden DM oder $\frac{5}{6}$ auf Aktivitätsbezüge und rund 650 Millionen DM oder $\frac{1}{6}$ auf Versorgungsleistungen. Das entsprechende Verhältnis der Gesamtbeschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst zur Zahl der Empfänger von Versorgungsbezügen (einschließlich 29 000 Versorgte nach dem hamburgischen Ruhegeldgesetz) sah mit 2,2 zu 1 wesentlich anders aus, weil im Gegensatz zur finanziellen Relation, in der sich neben der Menge der Einkommensbezieher auch die unterschiedliche Höhe der Barleistungen für das aktive und passive Personal, für Beamtenpensionäre und nur zusätzlich zu ihrer Sozialrente subsidiäres Ruhegeld beziehende Angestellten- und Arbeiterrentner auswirken, hier lediglich die anzahlmäßige Komponente eine Rolle spielt und jeder Versorgungsempfänger als ein Fall gezählt wird, gleich wie groß oder klein der Versorgungsbetrag ist, den er aus dem öffentlichen Haushalt erhält.

Tab.7 Zusammensetzung der öffentlichen Personalausgaben Hamburgs nach dem Dienstverhältnis, sonstigen Personalausgaben und Versorgung 1950, 1955, 1961, 1965 und 1970 bis 1975 1)

Jahre 2)	Personalausgaben insgesamt 3)	davon					zusammen (ohne Versorgung)	Versorgung
		Beamtenbezüge (einschl. Richterbezüge)	Angestelltenvergütungen	Arbeiterlöhne	sonst. Personalausgaben 4)			
		in % der Personalausgaben insgesamt						
1950	361	31,6	36,0	14,4	0,3	82,3	17,7	
1955	600	36,5	30,0	12,0	1,7	80,2	19,8	
1961	978	36,8	31,0	12,8	1,5	82,1	17,9	
1965	1 343	36,1	32,0	12,7	1,8	82,6	17,4	
1970	2 179	36,4	31,4	11,8	4,0	83,7	16,3	
1971	2 621	35,3	33,3	11,6	4,3	84,5	15,5	
1972	2 891	34,7	33,9	11,8	4,2	84,5	15,5	
1973	3 292	34,3	34,1	11,8	4,0	84,3	15,7	
1974	3 777	33,9	34,3	11,9	4,0	84,1	15,9	
1975	4 021	34,0	34,2	11,6	4,1	83,9	16,1	

1) Ergebnisse der Jahresrechnungstatistiken.
 2) 1950 bis 1959 Rechnungsjahr vom 1.4. des einen bis 31.3. des folgenden Jahres; ab 1961 Rechnungsjahr = Kalenderjahr.
 3) ab 1970 einschl. personalbezogener Sachausgaben.
 4) Beihilfen, Unterstützungen, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige u.a.m..
 Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Mehr als zwei Drittel der Personalausgaben entfallen auf Beamtenbezüge und Angestelltenvergütungen

Die 3,4 Milliarden DM Aktivitätsbezüge setzen sich ihrerseits ziemlich gleichmäßig zu je 40,5% aus Beamtenbezügen (einschließlich Richterbezüge) und Vergütungen für Angestellte, zu 14% aus Arbeiterlöhnen und zu 5% aus einer Restgröße zusammen, welche Zahlungen für Beihilfzwecke, Unterstützungen, Aufwendungen nebenamtlich und nebenberuflich Tätiger sowie die personalbezogenen Sachausgaben, wie beispielsweise Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung, beinhaltet.

Reduziert auf die Grundstruktur der Personalkosten Hamburgs, reicht diese im großen und ganzen unverändert bis 1950 zurück; aus den vergangenen Quoten lassen sich bloß kleinere, das Gesamtgefüge kaum beeinflussende Abweichungen ablesen. So hatten die Versorgungsleistungen während der ersten 15 Jahre ein etwas kräftigeres Gewicht als in den späteren Jahren, in denen der Personalkörper verstärkt sowie

gleichzeitig verjüngt wurde, was die Aktivitätsbezüge schneller als die Versorgung steigen ließ. Bei den Dienstverhältnissen überwogen ursprünglich die Angestelltenvergütungen, aber schon bald beanspruchte die Beamtenbesoldung den größeren Teil des Personaletats; in den siebziger Jahren erfolgte dann zwischen beiden die Angleichung. Die Arbeiterlöhne verloren von ihrer bereits von Anfang an bescheidenen quantitativen Bedeutung noch ein Stück mehr; während die sonstigen, den Dienstverhältnissen nicht im einzelnen zurechenbaren Aktivitätsbezüge praktisch vom Stand Null aus im Zeitablauf einen Anteil bis zu mehr als 4 % erzielen konnten.

Alles in allem kann man also feststellen, daß in der Hansestadt die Aufwendungen für beide Kategorien öffentlicher Bediensteter seit 1950 keiner bedeutenden wechselseitigen Konkurrenz ausgesetzt waren, oder anders ausgedrückt, es keine Präferenzentwicklung für das eine oder andere Dienstverhältnis gab. Die Entgelte für Handarbeiter besaßen bei anfänglich noch schrumpfender Tendenz durchweg ein relativ geringfügiges Gewicht. Noch bedeutungsloser blieben die sonstigen Personalausgaben.

Tab. 8 Zusammensetzung der öffentlichen Personalausgaben von Ländern und Gemeinden (Gv.) nach dem Dienstverhältnis, sonstigen Personalausgaben und Versorgung 1961, 1965 und 1970 bis 1973 1)

Jahre	Personalausgaben insgesamt 2)	davon					Versorgung
		Beamtenbezüge (einschl. Richterbezüge)	Ange-stell-ten-ter-vergütungen	Arbei-ter-löhne	sonst. Personal-ausgaben 3)	zu-sammen (ohne Versorgung)	
		Mio DM	in % der Personalausgaben insgesamt				
1961	18 749	42,7	26,5	11,4	2,9	83,6	16,4
1965	27 523	41,0	27,4	12,1	3,1	83,7	16,3
1970	46 870	39,4	28,0	11,9	6,2	85,3	14,5
1971	56 339	38,6	29,4	11,8	6,0	85,9	14,1
1972	62 914	38,0	30,4	12,0	5,9	86,3	13,7
1973	72 629	37,8	31,3	12,1	5,7	86,8	13,2

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken.

2) ab 1970 einschl. personalbezogener Sachausgaben (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung usw.).

3) Beihilfen, Unterstützungen, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige u.a.m.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Im Durchschnitt der Länder und Gemeinden hat sich eine zwar nicht gänzlich unähnliche, aber doch etwas anders akzentuierte Personalkostenstruktur herausgebildet. Da ist aus den Relationen der Tabelle 8 für 1973 zu erkennen, daß die Versorgungslast im Rahmen der personellen Gesamtausgaben weniger als in Hamburg drückt — hier ist der Durchschnitt vom besonders niedrigen Versorgungsanteil an den Personalausgaben in den Kommunen (8,3 %) beeinflusst —, und daß die Beamtenbezüge deutlich vor den Angestelltenvergütungen rangieren; die sonstigen Personalausgaben schließlich waren etwas gewichtiger vertreten. Die mittlere Entwicklung der Gebietskörperschaften ohne Bund, darstellbar ab 1961, trägt hingegen unverkennbar die gleichen Züge wie in Hamburg: Wachsender Anteil der Aktivitätsbezüge, sinkender der Versorgungsleistungen, Verminderung der allerdings sehr viel ausgeprägteren Anfangsdifferenz zwischen den beiden Quoten der Beamtenbesoldung und Ange-

stelltenvergütung, freilich ohne Angleichung zu erreichen, stagnierender Anteil der Arbeiterlöhne. Bezieht man den Bund in die Vergleichsbetrachtung mit ein, wird speziell die Spannweite zwischen Beamten- und Angestelltenentgelten wegen der Bezüge der Soldaten und Angehörigen des Zivilschutzkorps, die alleine über 30 % der Bundespersonalausgaben ausmachen, noch um etliches größer.

3.3 Determinanten der Personalkostenentwicklung

Der statistische Befund hat uns detaillierten Aufschluß über Volumen, Zusammensetzung und Wachstumstempo der öffentlichen Personalausgaben vermittelt. Daran anschließend stellt sich nun die Frage nach den Bestimmungsfaktoren des Wachstums der Personalkosten.

Grundsätzlich kann man da unmittelbar und mittelbar wirkende Bestimmungsfaktoren auseinanderhalten: Die einen beeinflussen das Personalkostenniveau direkt, die anderen stellen die eigentlichen, hinter diesen stehenden Grundursachen dar. Es ist nicht daran gedacht, an dieser Stelle auf den tieferen Ursachenkomplex einzugehen, weil er größtenteils allgemeingültigeren Charakter besitzt, d. h. nicht allein auf die Personalkosten einwirkt, sondern auf die Staatsausgaben im weitesten Sinn. Eine diesbezügliche Analyse würde deshalb den Rahmen unserer Untersuchung sprengen. Zum Verständnis sei nur so viel gesagt, daß es sich dabei u. a. um den Funktionswandel staatlicher Aktivität, den Einfluß der Bevölkerungsdichte sowie des technischen Fortschritts und um politische Prioritätsentscheidungen zwecks Bildung von wechselnden Ausgabeschwerpunkten handelt.

Primär beruht die Personalkostenentwicklung auf drei Komponenten, von denen die — zumeist alljährliche und lineare — Anhebung der Bezüge mit dem Ziel, die im öffentlichen Dienst Beschäftigten in angemessener Weise am wachsenden Volkseinkommen teilnehmen zu lassen, wohl die Hauptrolle spielt. Als zweites ist die Veränderung der Beschäftigtenzahl zu nennen. Die dritte Komponente umfaßt die sogenannten strukturellen Änderungen, die meist als Verbesserungen

Tab. 9 Entwicklung des Personalbestands und der Aktivitätsbezüge im öffentlichen Dienst Hamburgs

Jahre	Personalbestand 1) 2)		Aktivitätsbezüge 3)		Durchschnittsbezüge	
	Anzahl	1950=100	Mio DM	1950=100	DM	1950=100
1950	61 670	100	297	100	4 816	100
1955	73 069	118	481	162	6 583	137
1960	81 238	132	540	182	6 647	138
1965	89 170	144	1 109	373	12 445	258
1970	96 933	157	1 823	614	18 807	391
1971	101 218	164	2 214	745	21 074	434
1972	102 822	167	2 443	823	23 760	493
1973	104 957	170	2 774	934	26 430	549
1974	109 707	178	3 177	1 070	28 359	601
1975	108 947	177	3 373	1 136	30 960	643

1) Stichtages: 1950 = 2.9., 1955 bis 1973 = 2.10., ab 1974 = 30.6.

2) Voll- und Teilzeitbeschäftigte nach der Personalstandatistik u.s.T. nach Angaben des Organisationsamtes.

3) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken.

Platz greifen, beispielsweise aufgrund von Höherstufungen infolge genereller, längerfristig fixierter Regelungen (Stellenbündelung, Regelbeförderung, Bewährungsaufstieg, Dienstalterszulagen) oder auch in Gestalt von Zulagen für spezielle Leistungen.

Reguläre und strukturelle Verbesserungen werden für Angestellte und Arbeiter zwischen den Gebietskörperschaften und Gewerkschaften tarifvertraglich vereinbart, für die Beamten gesetzlich geregelt, wobei in der Regel analoge Beschlüsse zustande kommen.

Hauptverantwortliche Komponente für die Verursachung der Personalkostenexpansion ist nicht die Personalvermehrung, sondern die Erhöhung der Bezüge bzw. strukturelle Verbesserungen

Durch Vergleich der beiden Hamburger Zeitreihen über Personalkosten (ohne Versorgung) und Beschäftigte im öffentlichen Dienst (einschließlich Teilzeitbeschäftigte) werden ihre in doch einigermaßen überraschender Weise voneinander abweichenden Entwicklungsgeschwindigkeiten offengelegt. Zwischen 1950 und 1975 hatte man es mit einem Wachstum der Ausgaben um einen Faktor 11, der Belegschaftszahl dagegen nur um einen Faktor 2 zu tun. Daraus ist unmittelbar abzuleiten, daß die Vergrößerung des Personalkörpers längst nicht die hauptverantwortliche Wirkungskomponente für die Personalkostenexpansion darstellt. Ganz deutlich kommt das auch heraus, wenn man den Anstieg der durchschnittlichen Personalausgaben je Bediensteten verfolgt: Befand sich das Ausgangsniveau noch bei knapp 5 000 DM, so wurde 1975 ein Betrag von 31 000 DM erreicht, was heißt, daß der öffentlichen Hand in Hamburg jeder ihrer Bediensteten im Schnitt gut sechsmal so viel kostete wie 1950. Da im Durchschnittsbetrag der Einfluß von der Personalvermehrungsseite nicht mehr enthalten ist, muß die festgestellte Versechsfachung allein auf das Konto der nominellen Erhöhung der Aktivitätsbezüge nebst struktureller Verbesserungen gehen. Zum selben Ergebnis gelangt man übrigens, wenn man wegen der multiplikativen Verknüpfung den Wachstumsfaktor der Personalausgaben durch jenen der Bedienstetenzahl dividiert ($11,36:1,77 = 6,42$).

Es ist zweckmäßig, sich in diesem Zusammenhang ins Gedächtnis zu rufen, was eingangs über die inflationäre Aufblähung der Personalkosten gesagt wurde. Vom Entwicklungsgefälle bleibt nämlich bei realer Betrachtungsweise nur noch ein gutes Drittel übrig, da die Aktivitätsbezüge ohne Inflation nicht über das Elfache, sondern nur um das Fünfeinhalbfache angestiegen wären.

Zu diesem Vergleich der beiden Zeitreihen sei noch die methodische Bemerkung eingeflochten, daß zwischen Personalaufwand und Personalzahlen keine völlige Kongruenz existiert, was u. a. auf folgende Gründe zurückzuführen ist: Die Finanzstatistik erfaßt Personalausgaben von Beschäftigtengruppen, die von der Personalstandstatistik nicht einbezogen werden (z. B. Beschäftigte im Nebenamt, Personal in einem mittelbaren Dienstverhältnis, wie Krankenschwestern, die aufgrund eines Kollektivvertrages mit einem Mutterhaus beschäftigt werden). Das Personal wird mittels Stichtagserhebungen erfaßt, während hinter den Per-

sonalausgaben die Aufwendungen für sämtliche in einem Rechnungsjahr beschäftigten Personen stehen. Diese und einige weitere methodische Abweichungen sind aber in puncto Entwicklungsvergleich nicht als sehr gravierend anzusehen.

4. Ausblick

Wird der 1975 beobachtete Bremsprozeß bei der Personalkostenentwicklung bloße Episode bleiben oder weiteranhalten?

Zumindest in mittelfristiger Sicht ist unter der gegenwärtigen Bedingungskonstellation kaum wieder mit einem beschleunigten Anstieg zu rechnen, da das Sparprogramm des Senats der Vermehrung der Stellen und damit der Personalausgaben bis einschließlich 1977 einen Riegel vorgeschoben hat. Durch die Sparbeschlüsse ist den hamburgischen Behörden und Ämtern (mit Ausnahme der Finanzämter) sogar auferlegt worden, ihre Personalausgaben in der Zeit von 1975 bis 1978 durch Stellenstreichungen zu bestimmten Terminen um vorgegebene Werte zu reduzieren. Derart sind bis zur Aufstellung des Stellenplans 1977 insgesamt 3 522 Stellen (Planstellen und Sonstiges Personal) eingespart worden, die, soweit nicht bereits in den vergangenen Stellenplänen abgesetzt, dort nachgewiesen werden. Die Einsparungen sind im wesentlichen das Resultat einer ganzen Reihe von Maßnahmen der Aufgabenkritik sowie der Rationalisierung. Um besonders vordringliche Personalbedarfe im Bildungs- und Justizbereich zu befriedigen, mußten andererseits aber auch 925 neue Stellen (einschließlich Sonstiges Personal) von der Bürgerschaft bewilligt werden, so daß die Nettoeinsparung 2 597 Stellen beträgt. Das bedeutet, daß – unter Berücksichtigung des kumulativen Effekts bei der Einsparung von Personalausgaben – in den Haushalten 1975/76/77 eine Einsparung von 342 Mio DM erzielt worden ist.

Ein Blick in den Finanzplan 1976 bis 1980 (Mifriti) zeigt projektierte Zuwachsraten bei den Personalkosten, die 1977 5,7 % und im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980 5,3 % ausmachen. Diese sollen sowohl die aus unumgänglichen Stellenmehrbedarfen resultierenden Steigerungen als auch die linearen Verdiensterhöhungen sowie eventuelle Strukturverbesserungen abdecken. Aus der Sicht der mittelfristigen Finanzplanung ist also bis 1980 nur ein verhaltenes, quasi unabwiesbares Wachstum beim staatlichen Personalaufwand zu erwarten, das weitgehend mit dem geplanten des gesamten Haushaltsvolumens im Einklang steht. Ob die Entwicklung tatsächlich in diesen Bahnen verläuft, kann natürlich nicht mit unumstößlicher Gewißheit vorausgesagt werden. Es gibt in diesem Zusammenhang ein gravierendes Element der Unsicherheit, das der 1. Bürgermeister der Hansestadt anlässlich seiner Etatrede vor der Bürgerschaft am 1. Dezember 1976 folgendermaßen beschrieben hat²⁾:

„Wenn im Vordergrund unserer Politik die Arbeitsplatzsicherung steht, dann wird der Staat notwendigerweise auch in seinem Bereich über einen eigenen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit nachdenken müssen; denn wir können uns wohl nicht davor verschließen, daß die gegenwärtig geübte Zurückhal-

²⁾ Anlage zum Wochendienst der Staatlichen Pressestelle Nr. 48 vom 3. Dezember 1976.

tung des Staates bei Neueinstellungen eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes bewirkt. Wir müssen deshalb überlegen, ob nicht vorübergehend, d. h. bis zu einer Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, zusätzliche Arbeitsplätze auch im öffentlichen Dienst angeboten werden müssen. Bei dieser Aussage liegt die Betonung jedenfalls und ganz ausdrücklich auf dem Wort ‚vorübergehend‘. Es kann nämlich nicht der Sinn solcher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein, den strukturell notwendigen und im Sparprogramm realisierten Effekt einer Begrenzung des Anteils der Personalkosten an den gesamten Staatsausgaben zu gefährden. Hier besteht ein offenkundiger Zielkonflikt, der nur bei größerer Flexibilität in der Personalbewirtschaftung aufgelöst werden kann; einer Flexibilität, die es ermöglicht, einen vorübergehend erhöhten Personalbestand später wieder abzubauen. Es ist unbestreitbar, daß wir dieses Maß an Flexibilität, so wie unser öffentliches Dienstrecht derzeit gestaltet ist, heute nicht besitzen.“

Es liegt auf der Hand, daß die Bedeutung des Staates als Arbeitgeber Dimensionen angenommen hat — Mitte 1975 war etwa jeder vierte abhängig Beschäftigte in Hamburg im öffentlichen Dienst oder bei anderen Trägern öffentlicher Aufgaben tätig —, die es ihm schwer möglich machen, ohne Berücksichtigung von Wechsel- und Nebenwirkungen den öffentlichen Dienst einseitig unter Kostengesichtspunkten zu bewirtschaften. Will man Vollbeschäftigung als eines der wirtschaftspolitischen Hauptziele aus dem magischen Viereck, das außerdem noch stetiges Wirtschaftswachstum, Stabilität des Preisniveaus und außenwirtschaftliches Gleichgewicht anvisiert, erreichen, so müssen private und öffentliche Arbeitgeber die dafür erforderliche Anzahl Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Von Seiten des Staates wird dies allerdings nur erfüllbar sein, wenn er sich durch Steuererhöhung Einnahmeverbesserungen verschaffen kann.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	760,2	763,1	757,5	761,4	756,6	764,9
Lufttemperatur	°C	10,0	10,3	10,4	6,4	0,7	4,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77	74,8	84	84	83	85
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,1	3	3	3	4
Bewölkung	" ⁴⁾	6	5,3	7	7	6	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	818	571	26	50	57	40
Sonnenscheindauer	Std.	126,3	147,5	47	31	45	38
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	85	87	14	15	12	21
Tage mit Niederschlägen	-	225	214	17	23	25	29
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	242,4	237,0	230,1	229,9	229,5	235,5
- Altona	-	250,5	247,4	243,2	243,0	242,7	246,5
- Eimsbüttel	-	249,7	248,5	247,1	248,6	246,5	248,3
- Hamburg-Nord	-	328,3	321,6	314,8	314,4	313,9	320,2
- Wandsbek	-	380,5	383,3	382,3	382,4	382,7	383,5
- Bergedorf	-	92,8	92,0	91,4	91,4	91,4	92,0
- Harburg	-	198,9	198,6	196,7	196,6	196,8	196,6
HAMBURG INSGESAMT	-	1 743,1	1 726,4	1 705,6	1 704,3	1 703,5	1 722,6
dav. männlich	-	809,4	801,4	791,1	790,5	790,2	799,8
weiblich	-	933,7	925,0	914,5	913,8	913,3	922,8
dar. Ausländer ⁷⁾	-	131,2	129,1	131,8	131,5	132,0	128,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	867,2	875	883	977	846	869
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	6,0	6,1	6,1	6,7	6,0	6,1
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	-	1 127,9 104,8	1 099 109	1 166 136	1 180 135	1 126 117	1 082 108
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	7,8	7,6	8,0	8,2	8,0	7,8
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,4	9,9	12,1	11,4	10,4	10,1
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) dar. im ersten Lebensjahr	Anzahl	2 107,6 21,4	2 175 19	2 136 22	1 851 13	1 745 16	2 022 17
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	14,5	15,1	14,7	12,8	12,5	14,3
Gestorb. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	-	19,0	17,3	19,3	11,3	13,8	15,8
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	- 979,7 6,7	- 1 076 7,5	- 970 6,7	- 671 4,6	- 619 4,4	- 940 6,6
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	5 747	5 546	5 043	5 430	5 475	6 240
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	-	6 252	5 839	5 784	6 128	5 597	6 136
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	-	- 505	- 293	- 741	- 698	- 122	+ 104
weiblich	-	- 280	- 146	- 559	- 408	- 58	+ 67
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	-	- 245	- 147	- 182	- 292	- 84	+ 37
Nach Gebieten	-	14 080	14 221	15 610	10 980	12 263	14 638
a) Zugezogene aus	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	-	1 710	1 710	1 523	1 731	1 625	1 893
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	-	1 154	1 187	1 063	1 194	1 088	1 291
Niedersachsen	-	1 034	1 046	855	964	895	1 135
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	-	405	409	361	370	347	430
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	-	1 374	1 309	1 185	1 148	1 255	1 481
Ausland und Sonstige ¹²⁾	-	1 629	1 461	1 480	1 587	1 700	1 731
b) Fortgezogene nach	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	-	2 297	2 090	2 074	2 214	1 970	2 109
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	-	1 799	1 847	1 565	1 704	1 569	1 597
Niedersachsen	-	1 383	1 248	1 215	1 415	1 193	1 193
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	-	754	669	621	730	631	628
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	-	1 308	1 147	1 139	1 115	1 122	1 250
Ausland und Sonstige ¹²⁾	-	1 284	1 358	1 356	1 384	1 312	1 584

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: 31. 12. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 608	16 362	16 008	15 824	15 896	16 251
Patienten ²⁾	"	13 023	12 277	13 183	13 861	8 726	8 092
Pflegetage	"	403 631	386 659	411 069	403 509	357 702	345 618
Bettenausnutzung	%	82,7	80,1	85,6	86,8	74,5	70,4
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 064	3 090	3 139	3 139	3 139	3 112
Patienten ²⁾	"	2 883	2 816	2 812	2 826	2 808	2 775
Pflegetage	"	81 692	81 023	83 054	80 947	82 885	81 537
Bettenausnutzung	%	91,8	91,5	90,9	91,6	90,5	90,8
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	722 586	909 878	600 432	555 675	471 427	472 187
dar. in Hallenschwimmbädern	"	482 344	506 842	578 474	530 213	447 140	445 049
in Freibädern ²⁾	"	498 320	900 755	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	581 757	623 845	702 965	724 140	601 838	555 528
Ausgeliehene Noten	"	7 127	7 991	6 130	10 022	7 738	8 529
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	41 647	42 812	37 208	59 143	41 788	40 624
Besucher der Lesesäle	"	10 424	10 770	11 026	11 588	9 311	9 480
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 700	4 237	4 075	5 020	3 593	3 817
Commerzbibliothek	"	—	—	—	—	—	—
Ausgeliehene Bände	"	2 525	3 290	2 926	2 867	1 479	3 974
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 363	1 394	1 207	1 251	787	1 503
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	92 656	82 802	93 148	68 808	75 586	76 373
dav. Hamburger Kunsthalle	"	27 115	9 930	8 868	7 455	5 533	7 671
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	13 462	13 499	17 859	12 019	11 265	10 806
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	7 129	7 735	7 658	6 137	5 886	7 098
Helms-Museum	"	1 439	19 766	11 309	5 540	3 348	5 961
dar. Freilichtmuseum am Kleckberg	"	14 916	18 415	9 987	4 177	2 499	4 971
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 733	19 636	25 602	12 230	14 925	13 367
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 057	6 848	9 324	15 878	27 008	23 529
Planetarium	"	5 758	3 723	10 258	7 856	5 842	6 274
Bischofshof	"	1 863	1 667	2 270	1 693	1 779	1 647
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	682,7	676,1	661,0	659,2	657,0	672,8
dav. Pflichtmitglieder	"	396,6	387,4	371,6	369,8	367,6	363,1
Freiwillige Mitglieder	"	45,8	44,8	43,7	43,7	43,6	44,2
Rentner	"	240,3	243,9	245,7	245,7	245,8	245,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	27,3	25,9	26,8	27,6	27,5	26,5
dav. männlich	"	18,5	17,4	18,2	18,7	18,7	17,8
weiblich	"	8,8	8,5	8,6	8,9	8,8	8,7
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	12 121	26 444	24 765	25 573	27 889	30 399
dar. männlich	"	7 231	16 637	12 645	13 352	14 708	18 287
nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	4 369	9 566	5 905	6 545	7 825	9 947
Technische Berufe	"	889	1 751	1 813	1 869	1 662	1 969
Dienstleistungsberufe	"	6 827	13 074	15 616	15 852	16 696	17 114
2. Arbeitslosen-Quote	%	1,7	3,7	3,6	3,7	4,0	4,3
3. Offene Stellen	Anzahl	13 315	10 656	8 852	8 145	7 307	7 095
4. Arbeitssuchende ²⁾	"	19 727	35 162	32 748	33 298	35 996	39 017
5. Vermittlungen ¹⁾	"	10 306	7 909	9 498	8 695	8 498	7 170
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 381	3 545	4 698	4 296	4 824	3 698
6. Kurzarbeiter	"	2 289	7 384	658	884	2 387	8 549
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 407	1 275	1 010	1 062	1 216	1 214
dav. an Molkereten geliefert	%	92,5	91,9	86,6	88,8	91,3	90,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	10,4	8,8	9,5	10,6	9,7

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 215	969	564	552	544	732
pasteurisiert, abgepackt	"	1 280	6 495	5 823	5 914	5 624	6 169
ultra-hocherhitzt	"	6 770	1 522	1 857	1 820	2 290	2 122
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	141	110	81	89	83	89
ultra-hocherhitzt	"	1 389	2 115	2 467	2 954	3 251	1 977
Entrahmte Milch	"	65	467	643	452	570	529
Buttermilcherzeugnisse	"	433	564	305	278	257	294
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	159	207	105	103	88	110
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	8,3	6,7	9,5	8,2	5,7	5,4
Kälber	"	1,1	0,8	1,3	1,9	2,1	0,4
Schweine	"	28,3	23,9	19,7	22,4	20,5	23,2
Schafe	"	0,6	0,5	0,7	1,1	0,5	0,3
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,5	5,8	8,3	6,7	5,4	4,7
Kälber	"	1,1	0,8	1,4	1,9	2,1	0,4
Schweine *)	"	28,6	24,1	20,6	22,9	20,9	24,1
Schlachtsmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)							
dar. Rinder (ohne Kälber)	t	4 831	3 820	4 127	3 887	3 297	3 461
Kälber	"	1 997	1 553	2 209	1 744	1 414	1 273
Kälber	"	88	62	121	160	108	37
Schweine	"	2 727	2 186	1 773	1 950	1 752	2 134
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	187	178	168 499	168	167	171
dar. Arbeiter *)	"	114	106	101	101	99	102
Geleistete Arbeiterstunden *)	"	17 100	15 583	15 442	15 627	15 032	14 590
Löhne (brutto)	Mio DM	213	214	222	281	231	225
Gehälter (brutto)	"	191	200	208	267	230	221
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	5	4	3	3	3	3
Gasverbrauch *)	"	36 806	34 301	39 318	42 345	39 240	31 281
Stadt- und Kokeragas	1 000 m³	1 329	1 152	343	384	616	542
Erd- und Erdölgas	1 000 m³	35 277	33 149	38 975	41 961	38 624	30 739
Heizölverbrauch	1 000 t	52	48	45	52	58 392	56 185
leichtes Heizöl	1 000 t	7 720	8	7	9	10 790	10 031
schweres Heizöl	1 000 t	44 660	38	38	43	47 602	46 154
Stromverbrauch	Mio kWh	257	268	218	328	310	275
Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	"	12	12	11	12	11	12
Umsatz *) (ohne Mehrwertsteuer)	Mio DM	2 245	2 198	2 303	2 387	3 000	2 588
dar. Auslandsumsatz *)	"	412	405	373	410	714	519
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	"	479	467	555	574	527	538
Maschinenbau	"	154	152	148	175	258	204
Elektroindustrie	"	270	265	255	293	333	324
Chemische Industrie	"	168	183	213	188	168	162
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	651	715	726	949	835	877
Stromverbrauch	Mio kWh	695	724	808	898	976	873
Gaserzeugung (brutto)	Mio m³	26	25	18	21	26 931	31 302
Vj.-Durchschnitt *)				1. Vj. 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	3. Vj. 1975
3. Handwerk (Meßziffern **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	87,4	82,6	82,2	83,0	85,8	83,7
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	122,6	124,5	107,2	123,9	130,6	120,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe **)							
Monatsdurchschnitt							
		1974	1975	Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 744	31 896	33 644	32 640	32 034	31 295
dav. Inhaber	"	1 189	1 107	1 208	1 173	1 121	1 123
Angestellte	"	5 860	5 222	5 038	4 963	5 020	5 117
Arbeiter **)	"	29 694	25 567	27 398	26 504	25 893	25 055
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 791	4 107	4 769	4 762	4 100	3 555
dav. für Wohnungsbauten	"	1 335	1 061	1 375	1 466	959	964
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 624	1 386	1 693	1 654	1 944	1 197
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 832	1 660	1 701	1 642	1 197	1 394
Löhne (Bruttosumme **)	Mio DM	74,3	64,8	81,1	82,8	66,1	61,1
Gehälter (Bruttosumme **)	"	15,9	15,2	15,0	19,1	17,7	18,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,9	186,4	222,8	228,4	454,9	299,1
dav. im Wohnungsbau	"	61,7	50,1	63,0	50,2	74,3	70,1
gewerblich und Industr. Bau	"	70,5	61,3	81,1	81,0	170,4	79,4
öffentlichen und Verkehrsbau	"	97,7	75,0	68,7	97,2	210,2	139,6

*) gewerbliche und Hauschlachtungen. - *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. - *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - *) ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/m³. - *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - **) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - **) einschließlich Umschüler und Auszubildende. - **) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	151	205	105	160	249
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	61	83	166	88	78	98
Umbauter Raum	1 000 m ³	300	357	213	133	292	626
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	63,9	81,0	48,5	33,8	71,6	134,6
Wohnfläche	1 000 m ²	62	75	39	27	51	130
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	51	54	47	33	54	64
Umbauter Raum	1 000 m ³	384	411	377	306	319	470
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,6	41,1	77,8	33,5	75,8	98,4
Nutzfläche	1 000 m ²	73	76	74	51	65	103
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	837	991	416	278	661	1 769
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	132	109	87	42	679	489
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	66	68	58	32	450	321
Umbauter Raum	1 000 m ³	394	273	263	60	1 377	1 109
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	75,5	60,9	54,6	16,7	301,4	255,2
Wohnfläche	1 000 m ²	78	58	51	11	272	235
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	53	45	25	22	239	196
Umbauter Raum	1 000 m ³	619	322	198	290	1 617	1 604
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	104,5	51,0	37,8	66,0	303,9	258,8
Nutzfläche	1 000 m ²	97	60	36	45	337	292
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 079	759	704	134	3 686	3 057
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	475	420	503	-	2 110	1 417
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 085	16 000	18 100	18 100	15 200	16 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	190	191	191	191	192	191
Wohnungen	-	750	757	762	762	765	757
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 800	2 831	2 850	2 851	2 861	2 830
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	127,1	136,5	169,7	180,8	...	175,0
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	145,5	159,1	238,1	243,9	...	190,2
Facheinzelhandel	-	121,7	129,7	145,3	159,3	...	171,4
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{3) 4)}							
Mio DM		581	499	527	525	633	677
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	-	89	73	92	77	85	61
Gewerblichen Wirtschaft	-	492	426	435	448	748	616
dav. Rohstoffe	-	4	4	8	7	5	4
Halbwaren	-	132	90	85	114	118	98
Fertigwaren	-	356	332	342	327	625	514
dav. Vorerzeugnisse	-	64	42	63	47	60	44
Enderzeugnisse	-	292	290	279	280	565	470
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	-						
Europa	-	404	366	373	366	653	518
dar. EG-Länder	-	245	225	232	230	333	305
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	132,4	137,5	...	156,8	155,7	145,2
dav. Beherbergungsgewerbe	-	131,5	130,7	...	169,2	128,2	124,9
Gaststättengewerbe	-	132,7	139,4	...	158,8	162,1	151,3
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	115 568	110 977	135 774	109 927	82 293	81 205
dar. von Auslandsgästen	-	35 824	35 617	39 554	32 518	23 263	23 634
Fremdenübernachtungen	-	224 678	208 097	252 718	205 525	150 521	147 338
dar. von Auslandsgästen	-	73 855	65 296	73 928	59 797	42 677	42 859

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 489	1 480	1 580 s	1 560 s	1 580 s	1 433
Abgegangene Schiffe	"	1 559	1 569	1 575	1 570	1 575 s	1 494
Güterverkehr über See	1 000 t	4 362	4 015	4 538 p	5 334	4 919 p	4 436
dav. Empfang	"	3 644	2 853	3 138 p	4 031 p	3 553 p	3 129
dav. Massengut	"	2 411	2 304	2 462 p	3 437 p	2 896 p	2 579
dar. Mineralöle	"	1 348	1 196	1 248 p	1 334 p	1 265 p	1 204
Sack- und Stückgut	"	633	549	676 p	594 p	657 p	550
Versand	"	1 318	1 162	1 400 p	1 303 p	1 366 p	1 307
dav. Massengut	"	606	574	748 p	665 p	716 p	654
Sack- und Stückgut	"	712	588	652 p	638 p	650 p	653
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	419	363	291	296	310 s	349
Güterversand	"	463	422	292	334	462 s	491
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 459	5 263	5 285	4 773 p	4 426 p	4 276
Fluggäste	"	283 005	291 977	352 368	282 971 p	248 430 p	232 548
Fracht	t	2 111,6	2 069,2	2 548,2	2 545,6 p	2 452,4 p	2 073,5
Luftpost	"	728,8	692,9	728,5	716,8 p	960,4 p	802,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 577	26 637	26 893	28 101	29 335	27 274
Schnell- und Vorortbahnen	"	2 932	2 424	1 725	1 807	1 905	2 251
Straßenbahn	"	19 661	19 737	20 479	21 592	22 561	20 860
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	505,5	497,0	511,4	512,1	510,9 p	497,0
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	454,1	445,7	456,0	457,0	456,1 p	445,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 453	5 527	5 644	5 361	4 734 p	4 597
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	3 968	5 094	5 111	4 943	4 364 p	4 202
Lastkraftwagen	"	348	283	429	323	279 p	302
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	881	870	846	1 047	960 p	943
Getötete Personen	"	23	22	25	33	37 p	27
Verletzte Personen	"	1 145	1 134	1 100	1 358	1 237 p	1 211
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾							
Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	44 993,2	48 370,5	52 643,5	53 586,9	54 965,6	48 370,5
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	43 416,1	46 067,5	50 011,8	50 820,8	52 090,7	46 067,5
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 112,8	11 606,4	11 391,8	11 566,5	12 135,8	11 606,4
an Unternehmen und Privatpersonen	"			11 309,5	11 453,0	12 027,7	
an öffentliche Haushalte	"			82,3	113,5	108,1	
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 613,7	6 470,8	6 661,0	6 751,7	6 860,5	6 470,8
an Unternehmen und Privatpersonen	"			5 178,4	5 238,2	5 300,1	
an öffentliche Haushalte	"			1 502,6	1 513,5	1 560,4	
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	24 688,6	27 990,3	31 939,0	32 502,6	33 094,4	27 990,3
an Unternehmen und Privatpersonen	"			26 484,7	26 769,1	27 213,1	
an öffentliche Haushalte	"			5 454,3	5 733,5	5 881,3	
Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	31 446,9	34 405,7	35 489,0	36 156,7	37 249,3	34 405,7
Sichteinlagen und Termingelder	"	20 565,6	21 526,1	22 397,0	23 058,2	23 566,0	21 526,1
von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 168,2	16 297,6	16 860,4	17 438,0	17 792,2	16 297,6
von öffentlichen Haushalten	"	5 397,4	5 229,5	5 526,6	5 620,2	5 773,8	
Spareinlagen	"	10 881,3	12 879,6	13 101,0	13 098,5	13 683,3	12 879,6
bei Sparkassen	"	7 180,0	8 206,7	8 290,7	8 311,6	8 708,1	8 206,7
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	634,1	791,1	587,4	724,8	1 372,6	1 326,3
Lastschriften auf Sparkonten	"	564,7	624,6	571,5	641,1	787,7	667,2
2. Zahlungsschwierigkeiten							
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	14	15	36	20	33	15
Vergleichsverfahren	"	1				1	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	567	463	359	465	365	463
Wechselsumme	Mio DM	3,7	3,8	3,0	3,6	1,6	3,8

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufende Kredite. — ⁸⁾ ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

⁹⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 169	19 601	18 723	19 987	23 976	22 796
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 536	3 575	3 531	3 915	3 601	3 353
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 459	1 466	1 587	1 443	1 756	961
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	512	595	525	730	542	562
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ¹⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	159	158	157	157	157	157
Grundkapital	Mio DM	6 415	6 872	7 188	7 190	7 207	7 034
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 557	7 106	7 916	7 985	8 054	7 396
Stammkapital	Mio DM	5 838	6 177	6 653	6 662	6 886	6 485
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
* Gemeinschaftssteuern	Mio DM	884,8	890,8	652,5	789,2	1 715,0	1 523,3
* Steuern vom Einkommen	"	535,8	518,3	267,9	404,0	1 330,7	1 114,6
* Lohnsteuer ²⁾	"	317,4	318,9	217,6	352,9	711,1	628,4
* Veranlagte Einkommensteuer	"	104,4	128,6	38,9	39,1	375,0	350,4
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	60,1	28,1	6,0	5,6	17,2	13,6
* Körperschaftsteuer ³⁾	"	53,8	42,7	5,3	7,4	227,3	122,2
* Steuern vom Umsatz	"	348,8	362,5	384,6	385,2	384,3	408,7
* Umsatzsteuer	"	185,7	169,3	163,8	167,6	127,8	183,0
* Einfuhrumsatzsteuer	"	163,1	193,2	220,8	217,4	256,5	225,7
* Bundessteuern	"	884,8	904,3	924,7	855,1	1 432,6	1 301,2
* Zölle	"	60,0	58,6	74,0	71,7	72,1	62,0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	798,0	824,4	831,3	762,5	1 334,7	1 217,5
* Landessteuern	"	45,1	47,8	36,5	92,4	52,6	48,2
* Vermögensteuer	"	19,1	18,5	7,1	60,7	14,1	5,2
* Kraftfahrzeugsteuer	"	12,6	12,5	14,6	11,1	14,3	13,3
* Biersteuer	"	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,5
* Gemeindesteuern	"	103,6	114,1	67,6	246,3	105,5	61,2 r
* Grundsteuer A ⁴⁾	"	0,1	0,0	—	0,0	0,8	0,3
* Grundsteuer B ⁴⁾	"	10,8	12,2	0,7	17,3	25,6	11,7 r
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	76,9	83,7	14,4	224,2	74,8	47,0
* Lohnsummensteuer	"	15,5	17,7	51,8	4,7	4,2	2,2
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
* Steuereinnahmen des Bundes	"	1 375,9	1 413,1	1 419,0	1 295,5	2 334,9	2 118,0
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	255,2	245,7	181,1	174,8	589,3	488,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	221,3	247,4	265,4	265,8	265,2	279,0
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	47,8	—	47,8	49,1
* Steuereinnahmen des Landes	"	317,4	299,5	287,5	281,8	781,4	714,2
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	213,0	200,9	32,0	174,6	574,3	460,9
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	44,8	35,1	171,1	14,8	86,7	156,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	47,8	—	47,8	49,1
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	127,4	138,9	— 17,2	301,1	161,9	100,1 r
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁵⁾	"	47,7	52,2	— 81,2	224,2	— 20,9	— 51,1
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	53,0	56,3	10,8	54,7	152,1	137,0
		Vj.-Durchschnitt 1974	Vj.-Durchschnitt 1975	1. Vj. 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	3. Vj. 1975
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio DM	2 026,7	2 203,0	2 482,0	2 253,4	2 180,6	1 958,9
dar. Personalausgaben	"	912,7	971,2	1 024,9	967,0	941,8	911,7
Bauinvestitionen	"	202,7	176,8	107,7	162,8	185,4	196,4
dar. für Schulen	"	59,2	46,2	24,9	37,7	46,1	49,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	29,0	17,9	10,6	8,7	9,3	15,5
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	9,5	13,9	5,1	8,9	9,6	12,8
Straßen	"	26,5	25,3	10,6	15,9	19,8	24,9
Wasserstraßen und Häfen	"	20,4	16,8	21,2	38,9	26,8	21,4
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	170,7	197,3	569,3	409,4	259,3	128,4
Zuführung an Rücklagen	"	1,3	9,2	0,0	0,0	—	—
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 062,7	2 171,4	2 446,9	2 416,8	2 194,4	2 254,1
dar. Steuern	"	1 334,4	1 315,4	1 178,7	1 373,6	1 369,3	1 282,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	54,4	62,3	38,4	103,9	41,0	40,6
Gebühren, Beiträge usw.	"	241,4	278,6	309,2	278,2	316,1	304,5
Entnahme aus Rücklagen	"	22,1	30,3	104,3	1,0	0,0	110,7
Schuldenaufnahme	"	232,2	263,3	589,2	468,2	253,3	341,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ¹⁾							
	"	6 016,7	7 567,3	7 717,1	7 985,6	8 080,1	6 552,4
dar. am Kreditmarkt	"	4 670,8	5 239,6	6 403,9	6 677,2	6 776,6	5 238,9
bei Gebietskörperschaften	"	716,3	717,2	708,5	709,1	708,5	698,2

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁴⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ⁵⁾ einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. — ⁶⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁷⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1976	August 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk	1970 = 100	145,6	151,7	158,7	160,9	161,8	153,2
Wohngebäude insgesamt	"	145,7	152,0	158,9	161,3	162,3	153,5
dav. Einfamiliengebäude	"	146,3	152,6	159,8	161,9	162,7	154,1
Mehrfamiliengebäude	"	142,8	147,7	153,7	155,9	156,7	148,7
Gemischt genutzte Gebäude	"	142,1	147,1	153,5	155,4	156,4	148,2
Bürogebäude	"	137,2	141,7	147,1	149,8	150,9	143,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	"						
				Januar 1976	April 1976	Juli 1976	Juli 1975
Löhne und Gehälter 1)							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	480	503	509	522	536	511
männliche Arbeiter	"						
darunter	"						
Facharbeiter	"	508	529	531	547	559	537
weibliche Arbeiter	"	303	319	331	339	350	328
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	292	308	323	324	334	317
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	11,01	11,72	11,95	12,20	12,55	11,88
darunter	"						
Facharbeiter	"	11,55	12,24	12,44	12,70	13,06	12,42
weibliche Arbeiter	"	7,40	7,99	8,14	8,33	8,58	8,10
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	7,09	7,63	7,82	7,92	8,12	7,80
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 451	2 704	2 813	2 847	2 903	2 730
weiblich	"	1 767	1 939	2 006	2 043	2 096	1 959
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 545	2 743	2 789	2 869	2 934	2 782
weiblich	"	1 709	1 848	1 895	1 940	1 996	1 869
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 217	2 384	2 477	2 545	2 573	2 397
weiblich	"	1 549	1 700	1 777	1 815	1 851	1 708
				Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Strafstaten insgesamt	Anzahl	11 559	12 544	14 812	14 490	15 685	13 138
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	8	5	7	10
Körperverletzung	"	454	458	504	484	451	481
Raub, räuberische Erpressung	"	108	112	108	97	169	140
Diebstahl	"	7 332	7 819	9 429	9 426	9 840	7 909
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 794	3 995	5 344	5 215	5 203	3 886
Betrug und Untreue	"	1 294	1 553	2 286	1 743	2 239	1 773
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 676	1 629	1 771	1 780	1 713	1 765
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	9 883	6 707	6 005	5 913	5 561	5 962
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	438	519	676	645	650	645
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 518	30 764	35 660	40 632	39 536	33 668
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	14 558	15 149	16 110	16 033	...	16 232
dav. Feuersalarme	"	494	500	484	486	...	614
dar. bekämpfte Großbrände	"	15	13	11	8	...	11
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	117	124	121	105	...	143
Rettungswageneinsätze	"	13 166	13 710	14 579	14 608	...	14 611
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 832	2 719	2 775	2 932	...	2 851
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 763	1 777	1 723	1 820	...	1 931
Hilfeleistungen aller Art	"	898	940	1 067	959	...	1 007
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	129	175	129	136	...	190

*) Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

1) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 2. UND 1. VJ. 1976

Großstädte		Bevölkerung						Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 913	27 801	11 361	193 026	98	6 355	3 231
	1. Vj.	1 976	4 473	10 281	- 5 808	12 770	15 078	- 8 916	36 111	8 109	193 058	97	6 239	3 157
Hamburg	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 502	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
	1. Vj.	1 713	3 492	6 062	- 2 510	14 441	16 183	- 4 252	30 206	8 943	170 247	99	6 166	3 599
München	2. Vj.	1 311	2 465	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
	1. Vj.	1 313	2 450	3 525	- 1 075	15 592	16 081	- 1 584	25 566	6 986	174 076	133	5 934	4 519
Köln	2. Vj.	1 012	2 250	2 767	- 517	10 509	11 173	- 1 181	17 347	4 793	137 738	136	6 444	6 367
	1. Vj.	1 013	2 471	2 839	- 368	11 070	11 507	- 608	21 018	3 912	137 271	136	6 048	5 969
Essen	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 459 ⁷⁾	2 155
	1. Vj.	679	1 341	2 532	- 1 191	4 072	5 201	- 2 320	13 529	1 983	54 877 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 570 ⁷⁾	2 312
Düsseldorf	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553	99 690	151	3 182	4 815
	1. Vj.	661	1 361	2 155	- 794	7 627	9 461	- 2 628	12 025	3 532	99 690	151	3 182	4 815
Frankfurt/M.	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁸⁾	8 716 ⁸⁾	108 845	171	3 571	5 610
	1. Vj.	640	1 327	2 082	- 755	9 390	10 966	- 2 331	18 680 ⁸⁾	7 042 ⁸⁾	109 503	171	3 285	5 129
Dortmund	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 586
	1. Vj.	624	1 230	2 034	- 804	4 011	5 086	- 1 879	14 176	1 982	68 184	109	1 512	2 421
Stuttgart	2. Vj.	590	1 330	1 586	- 256	8 342	12 733	- 4 647	5 926	6 241	124 429	211	5 083	8 620
	1. Vj.	594	1 384	1 723	- 339	9 154	11 693	- 2 878	7 244	4 620	125 167	211	4 813	8 098
Bremen	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 885	5 054
	1. Vj.	572	1 249	1 896	- 647	5 669	5 793	- 771	12 920	2 510	77 862	136	2 808	4 558
Hannover	2. Vj.	557	1 088	1 862	- 774	6 763	7 938	- 1 949	16 390 ⁸⁾	5 060 ⁸⁾	92 776	167	2 777	4 984
	1. Vj.	559	1 188	1 847	- 659	7 046	8 130	- 1 743	18 641 ⁸⁾	5 074 ⁸⁾	92 272	165	2 787	4 985
Duisburg	2. Vj.	596	1 317	1 950	- 633	4 353	5 775	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 041
	1. Vj.	598	1 374	1 982	- 608	4 203	5 639	- 2 044	10 056	2 255	101 036	169	3 456	5 777
Nürnberg	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 731
	1. Vj.	497	1 060	1 652	- 592	5 018	6 318	- 1 892	12 555	2 528	94 671	190	1 678	3 376

Großstädte ⁴⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾		Straßenverkehrsunfälle		Steuern				
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer		
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM	
Berlin	2. Vj.	13 148 p	464 p	236	722	4 769	289	1 742	306	156	836	3 581	4 553	145 391	58 283	
	1. Vj.	8 827	426	216	580	4 937	292	1 170	4 013	206	104	569	2 914	3 704	175 267	81 245
Hamburg	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	578	378	222	2 708	3 564	236 362	160 955	
	1. Vj.	8 696	316	184	414	2 611	152	1 548	383	273	159	510	2 524	3 280	294 306	157 241
München	2. Vj.	11 952	471	359	327	1 094	158	665	405	556	424	1 104	1 915	2 514	148 995	100 743
	1. Vj.	7 991	407	310	251	881	225	2 192	441	489	372	954	1 398	1 822	156 476	104 445
Köln	2. Vj.	5 734	284	280	350	1 671	108	825	345	187	185	1 307	1 655	157 523	76 498	
	1. Vj.	5 678	272	268	445	2 364	112	1 178	135	189	167	415	1 110	1 377	128 408	20 049
Essen	2. Vj.	4 735	193	284	187	526	96	434	196	43	63	92	807	1 023	62 053	45 438
	1. Vj.	4 093	255	375	153	623	68	306	151	43	63	92	669	846	65 941	11 909
Düsseldorf	2. Vj.	5 500	273	415	140	380	67	709	162	246	319	932	1 197	-	-	
	1. Vj.	4 800	254	385	155	926	70	167	164	238	317	836	1 037	-	-	
Frankfurt/M.	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	179	263	301	473	571	1 074	1 340	203 532	58 682
	1. Vj.	5 987	242	378	130	1 259	20	353	49	263	411	507	965	1 189	253 653	15 776
Dortmund	2. Vj.	4 595	179	288	319	691	152	745	294	38	61	70	905	1 148	35 392	64 464 ⁶⁾
	1. Vj.	3 919	225	477	269	1 494	210	1 023	369	42	67	68	799	1 021	41 235	8 378 ⁶⁾
Stuttgart	2. Vj.	6 115	224	380	121	462	57	366	434	116	196	255	773 p	1 031 p	93 609	57 864
	1. Vj.	5 219	254	428	109	348	43	469	152	101	169	222	616 p	782 p	100 128	37 555
Bremen	2. Vj.	4 321	191	335	305	844	79	249	181	82	143	151	903	1 055	69 638	41 145
	1. Vj.	3 263	168	294	185	708	68	167	238	59	102	115	784	905	69 345	40 717
Hannover	2. Vj.	4 613	224	401	135	597	32	215	123	110	198	184	957	1 203	60 521	46 638
	1. Vj.	3 579	154	275	103	708	72	355	204	89	159	151	847	1 074	75 770	4 652
Duisburg	2. Vj.	3 529	147	247	103	336	75	416	139	17	29	39	839	1 035	25 234	61 116
	1. Vj.	3 029	112	187	104	795	39	223	116	17	29	38	800	925	44 164	37 409
Nürnberg	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	231	205	577	767	75 994	36 685
	1. Vj.	2 953	111	224	186	341	65	251	106	89	179	187	472	567	64 009	44 094

¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁵⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ⁷⁾ ohne Bergbau. - ⁸⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁹⁾ nur Einkommenssteuer.

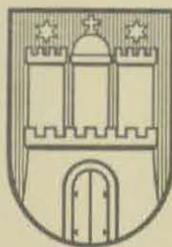
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1976	Oktober 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054,0	61 785 p
Eheschließungen	auf 1 000	6,1	6,2	6,6	6,4	...	4,9
Lebendgeborene	Einw. und	10,1	9,7	10,4	9,1	...	6,9
Gestorbene	1 Jahr	11,7	12,0	10,9	10,9	...	11,8
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	582 000	1 074 217	898 701	943 686	984 699	1 114 190
Arbeitslosen-Quote	%	2,6	4,7	3,9	4,1	4,3	4,9
Offene Stellen	Anzahl	315 000	236 174	233 119	221 103	202 065	183 207
Kurzarbeiter	"	292 000	773 334	93 500	138 958	167 663	689 446
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 144	7 616	7 495	7 483	...	7 489
Geldeste Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	870	778	819	819	...	787
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	62 450	61 155	74 666	71 919	...	63 855
dar. Auslandsumsatz	"	15 097	14 409	18 576	17 210	...	15 270
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	111,5	104,5	113,3	119,3	123,9	119,3
Verarbeitende Industrie	"	110,6	103,2	112,6	118,6	122,7	117,7
Grundst.- u. ProduktionsgüterInd.	"	116,0	101,6	115,3	116,3	116,8	112,5
Investitionsgüterindustrie	"	107,2	102,1	109,1	117,0	123,5	118,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	107,7	101,9	113,9	121,0	124,4	118,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	113,7	114,0	116,4	127,4	133,4	127,6
Bauindustrie	"	104,8	93,8	106,5	111,0	105,8	106,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 352	1 211	1 201	1 212
Geldeste Arbeitsstunden	Mio Std.	173	153	171	157
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 280	6 021	6 386	7 470
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	34 775	30 654	29 746	28 396	27 182	35 007
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	50 341	36 326	22 327	27 483	30 027	30 331
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	136,6	149,2	155,0	168,4	177,2	164,6
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	146,3	142,2	165,3	160,6	160,7	144,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	13 242	11 248 p	12 640
dav. Empfang	"	9 635	8 619 p	9 932
Versand	"	3 307	2 629 p	2 708
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	157 356	193 544	210 297	202 553	192 930	169 288
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	27 680	28 117 p	32 015 p	32 082 p	31 215 p	28 944
Totlöfete Personen	"	1 217	1 235 p	1 184 p	1 351 p	1 338 p	1 322
Verletzte Personen	"	37 255	38 118 p	41 986 p	42 630 p	40 677 p	38 799
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 997	5 933	6 788	6 741	6 711	5 935
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 233	2 333	6 747	949	639	687
Körperschaftsteuer	"	867	838	2 637	171	267	162
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	4 326	4 567	4 446	4 647	5 190	5 068
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁸⁾	1970 = 100	129,4	135,5	142,3	142,4	142,1	136,0
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	144,8	142,3	153,4	151,5	151,6	145,9
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	131,4	136,5	142,8	142,2	141,8	137,1
Preisindex für Wohngebäude ⁹⁾ insgesamt	1970 = 100	135,6	138,9	145,7	139,4
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ¹⁰⁾	1970 = 100	126,3	134,7	141,4	141,5	141,8	136,7
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	123,5	130,1	136,4	136,2	136,9	130,9
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,01	10,40	10,53	10,69	10,94	10,33
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,6	41,2	41,5	40,8	41,9	41,3

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Über 8000 DM Sparguthaben je Einwohner

Am 31. Dezember 1976 waren auf den Sparkonten bei den in Hamburg tätigen Kreditinstituten 13,7 Mrd. DM gutgeschrieben, das sind 804 Mio. DM oder sechs Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der rechnerische Durchschnittsbetrag der Spareinlagen je Hamburger Einwohner stieg von 7 500 DM Ende 1975 auf 8 032 DM am Jahresende 1976.

Den größten Teil des Spareinlagenzuwachses machten im vergangenen Jahr die Zinsgutschriften mit 561 Mio. DM aus. Der Saldo aus Gut- und Lastschriften erbrachte eine Aufstockung des Spareinlagenbestandes um 243 Mio. DM. Abgesehen von den Zinsgutschriften, die fast ausschließlich im Dezember gebucht wurden, schloß der Mai mit dem größten Einzahlungsüberschuß ab. Im März sowie in den Ferienmonaten Juli, August und September überstiegen die Abhebungen von Sparkonten die Einzahlungen im Berichtsjahr.

Jede siebente Mark des Gesamtbestandes an Spareinlagen war von den Sparern Ende 1976 prämienbegünstigt angelegt.

Wieder mehr Zuzüge als Fortzüge

Der Einwohnerverlust durch Fortzüge, den Hamburg in der letzten Zeit zu verzeichnen hatte, ist seit dem Frühjahr 1976 von Monat zu Monat kleiner geworden. Im Oktober des vergangenen Jahres sind sogar mehr Personen in Hamburg zugezogen, als Einwohner die Stadt verlassen haben. Der Wanderungsgewinn betrug nicht ganz 1000 Personen, knapp die Hälfte davon waren Ausländer. Einen Wanderungsverlust gab es im Oktober 1976 nur noch gegenüber Schleswig-Holstein; rund 300 Personen mehr als Hamburg Neubürger aus dem nördlichen Nachbarland gewinnen konnte, sind aus der Stadt dorthin fortgezogen. Mit allen anderen Bundesländern und dem Ausland war die Wanderungsbilanz positiv oder zumindest ausgeglichen.

Wohnungsbauergebnis 1976 wie im Vorjahr

9 110 Wohnungen wurden 1976 in Hamburg fertiggestellt. Das ist fast die gleiche Menge wie im Jahr zuvor. Der zu Beginn des Jahres 1976 ermittelte relativ hohe Überhang (Bestand) von bereits im Bau befindlichen Wohnungen ließ eigentlich ein höheres Fertigstellungsergebnis erwarten. Daß sich diese Erwartung nicht erfüllt hat, ist vermutlich auf eine Verlängerung der durchschnittlichen Bauzeit für die Errichtung von Wohngebäuden zurückzuführen. Dies wiederum ist insbesondere eine Folge der allgemeinen Verringerung der Kapazität im Baugewerbe.

Da Hamburger Bauherren sich 1976 nur 8 320 Wohnungen neu genehmigen ließen, ergab sich am Ende des Jahres ein Bauüberhang von ca. 15 000 Wohnungen (davon 10 500 schon in Arbeit) und damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von elf Prozent.

Über die Hälfte der im Jahr 1976 bezugsfertig gewordenen Wohnungen wurden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln gefördert. Jede zehnte Wohnung lag in einem Ein- oder Zweifamilienhaus. Die durchschnittliche Bruttowohnfläche aller neu gebauten Wohnungen hat sich im Vergleich zum vorangegangenen Jahr von knapp 76 m² auf über 79 m² erhöht.

Höhere Auslandsumsätze der Industrie

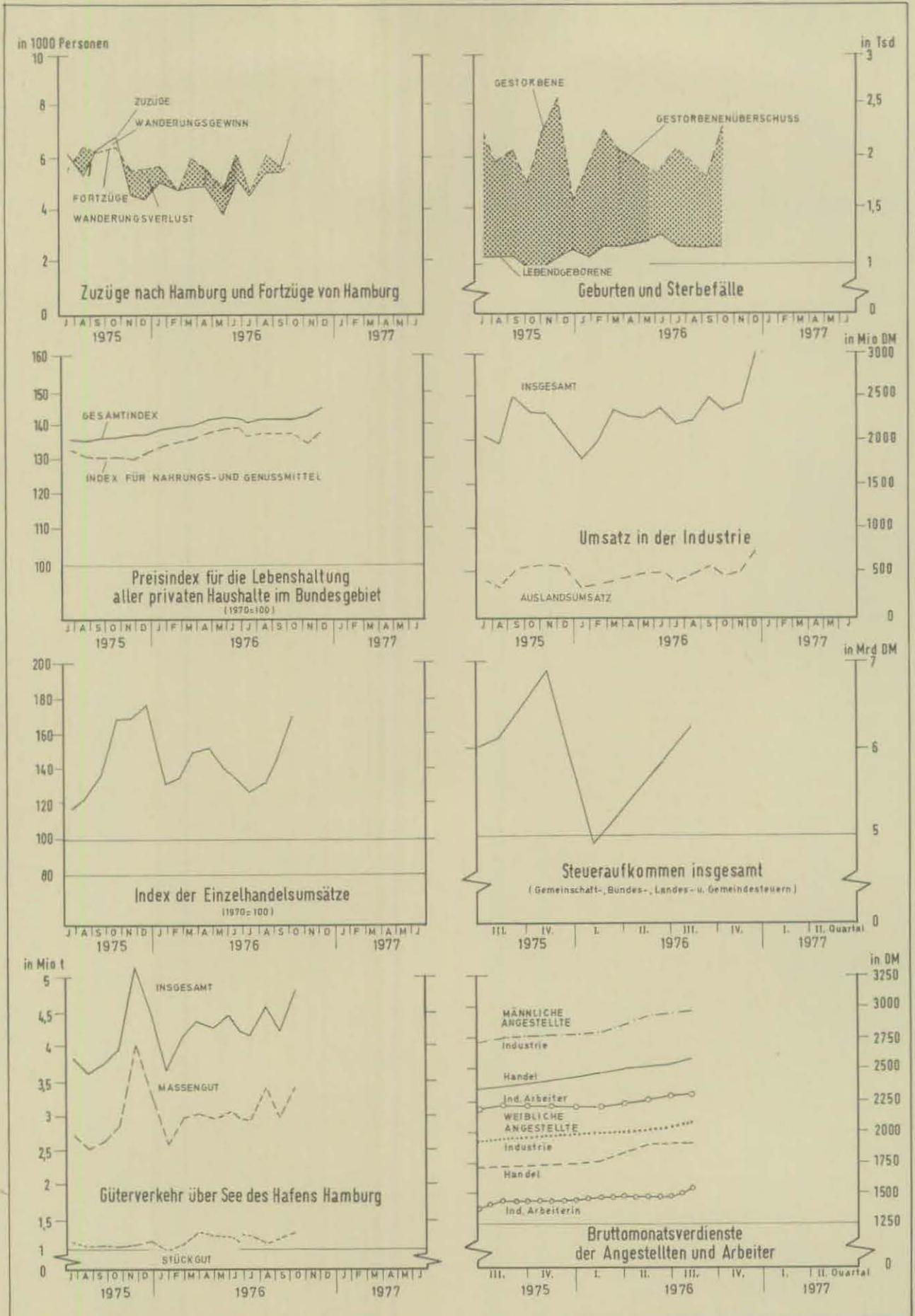
Die Hamburger Industrie erzielte 1976 Umsätze in Höhe von 27,5 Mrd. DM, von denen 5,1 Mrd. DM auf Lieferungen und Leistungen an ausländische Abnehmer entfielen. Der gesamte industrielle Auslandsumsatz erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent.

Besonderen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (+ 13 Prozent) in deren Bereich vor allem die NE-Metallindustrie (+ 15 Prozent) und die Chemische Industrie (+ 20 Prozent) erheblich höhere Auslandsumsätze erreichten. Die Investitionsgüterhersteller verbesserten ihr Auslandsgeschäft um gut zwei Prozent. Allerdings verlief die Entwicklung innerhalb dieses Bereichs sehr unterschiedlich. So standen starken Einbußen etwa beim Straßenfahrzeugbau erhebliche Zunahmen bei der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren gegenüber. Nur in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie haben sich die Exporte – insgesamt gesehen – vermindert (- 14 Prozent).

Starker Anstieg im Papierimport

In den Monaten Januar bis November 1976 wurden Papier und Pappe im Werte von 518 Mio. DM über den Hamburger Hafen in das Bundesgebiet eingeführt – gut 28 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Zahlen unterstreichen die zunehmende Bedeutung des Hamburger Hafens als größter deutscher Papierimportplatz. Hamburg hat dieser Entwicklung schon vor Jahren durch die Schaffung spezieller Umschlagsanlagen Rechnung getragen. In den Einfuhrwerten spiegelt sich auch die Stellung Hamburgs als Sitz großer Verlage und bedeutender Großdruckereien wider. Mehr als 80 Prozent der Gesamtmenge wurden aus Finnland (47 Prozent) sowie aus Schweden und Norwegen (jeweils 17 Prozent) importiert.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur

Das Wahlverhalten der Bevölkerung wird wie andere soziale Verhaltensweisen durch ein Geflecht von Faktoren bestimmt, das niemand vollständig zu erfassen vermag. In der Regel genügt aber schon die Betrachtung einiger wichtiger Einflußgrößen, um Zusammenhänge mit ausreichender Genauigkeit erkennen zu können. Dies gilt auch für das Wahlverhalten. Aus Erfahrung weiß man, daß die Sozialstruktur der Wähler, d. h. die Zugehörigkeit der Bürger zu gesellschaftlichen Schichten oder Gruppen, Einfluß auf ihre Wahlentscheidung hat. Nachfolgend soll diese Abhängigkeit am Beispiel der Hamburger Bevölkerung näher betrachtet werden.

Im Prinzip setzt eine solche Untersuchung voraus, daß bekannt ist, welche Wahlentscheidung die einzelnen sozialen Gruppen der Wählerschaft getroffen haben. Derartige Informationen liegen wegen des Wahlgeheimnisses nicht vor. Sieht man von der sogenannten „repräsentativen Wahlstatistik“ ab, die für die Gesamtstadt Aussagen über die Stimmenabgabe der Wähler nach Alter und Geschlecht zuläßt, ist die Gliederung nach regionalen Gesichtspunkten die einzige Möglichkeit, differenzierte Angaben über Wahlergebnisse zu erhalten. So bleibt für die hier angestrebte Untersuchung nur der Weg, den Wahlergebnissen in den Hamburger Stadtteilen Angaben zur Sozialstruktur der dortigen Bevölkerung gegenüberzustellen.

Vor kurzem wurde im Statistischen Landesamt mit Hilfe eines faktorenanalytischen Verfahrens ein Index „Wohnqualität von Stadtteilen“ ermittelt.¹⁾ Dieser Index, der aus 11 bevölkerungs- und gebäude/wohnungsstatistischen Merkmalen gebildet wurde, ordnet jedem Stadtteil einen Wert „Wohnqualität“ zu. Aus methodischen Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann¹⁾, konnten nicht sämtliche Hamburger Stadtteile in die Ermittlung des Index einbezogen werden. Das Hafengebiet und die vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Stadtteile der Bezirke Bergedorf und Harburg blieben unberücksichtigt. Außerdem wurden aus der folgenden Betrachtung die Stadtteile Billbrook und Neuenfelde/Cranz ausgenommen. Die notwendige Beschränkung der Untersuchung auf die restlichen 79 Stadtteile wird die Aussage für Hamburg insgesamt jedoch kaum beeinflussen, da in diesem Gebiet rund 98 % der Bevölkerung wohnen. Der Index „Wohnqualität“ besteht im einzelnen aus den Stadtteilswerten der folgenden Merkmale:

Wohnfläche je Einwohner 1968

Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung am Wohnungsbestand 1974

Zahl der Räume je Einwohner 1968

Bruttolohn je Lohnsteuerpflichtigen 1968

Miete je Quadratmeter Wohnfläche 1968

Veränderung des Anteils der Deutschen an der Wohnbevölkerung 1969 bis 1974

Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Angestellten und Beamten an den Erwerbstätigen 1970

Anteil der Personen mit Abschluß weiterführender Schulen an der Wohnbevölkerung mit abgeschlossener Schulbildung 1970

Anteil der Gymnasiasten an den Schülern in allgemeinbildenden Schulen 1970

Anteil der Privathaushalte mit Telefon an den Privathaushalten insgesamt 1970

Anteil der ohne öffentliche Mittel errichteten Eigentümerwohnungen an den Wohnungen insgesamt 1968

Wegen des starken Gewichts der Bevölkerungsdaten in diesem Merkmalskatalog und deren enger Verbindung zu den gebäude/wohnungsstatistischen Daten²⁾ läßt sich der Index „Wohnungsqualität“ auch als Indikator für die Sozialstruktur verwenden. Er stellt für diese Untersuchung sozusagen das Maß der „durchschnittlichen Sozialstruktur“ in den Hamburger Stadtteilen dar und ersetzt die fehlenden Angaben über die soziale Schichtung der Wahlbevölkerung. Die Skala der Indexwerte „Wohnungsqualität“ reicht in dieser Untersuchung von -13,2 für St. Pauli bis +19,5 für Othmarschen. Hieraus darf jedoch keine Bewertung der einzelnen Stadtteile im Sinne von „niedriger/schlechter“ oder „hoher/guter“ Sozialstruktur abgeleitet werden. Die unterschiedliche Höhe der Indexwerte kennzeichnet vielmehr die Verschiedenheit der Sozialstrukturen, die in den einzelnen Stadtteilen vorherrschen. So beschreiben niedrige Indexwerte Stadtteile mit höheren Anteilen an Arbeiterbevölkerung und Volksschulabgängern, relativ wenigen Gymnasiasten usw., während umgekehrt höhere Indexwerte auf Stadtteile mit höheren Anteilen an Selbständigen, Angestellten, Absolventen weiterbildender Schulen und dergleichen hinweisen. Der Index „Wohnqualität“, wie der sozialstrukturelle Indikator der Einfachheit halber im weiteren genannt werden soll, ist für jeden der untersuchten Stadtteile aus der Tabelle zu ersehen.

Der Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten der Hamburger Bürger und ihrer Sozialstruktur wird sichtbar, wenn man die Wahlergebnisse der drei im Bundestag bzw. in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien zum Index „Wohnqualität“ in Beziehung setzt und sie in sog. Streudiagrammen darstellt (Schaubilder 1 und 2).

Jeder Punkt in den Streudiagrammen bezeichnet einen Stadtteil. Seine Lage im Koordinatensystem ist durch den Indexwert „Wohnqualität“ und den zugehörigen Zweitstimmenanteil³⁾ der Partei bestimmt. Die Punkt-

¹⁾ Siehe hierzu: „Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen“ in: Hamburg in Zahlen, Heft 1/1977, S. 5 ff.

²⁾ siehe: „Zur Messung der Wohnqualität . . .“, a.a.O.

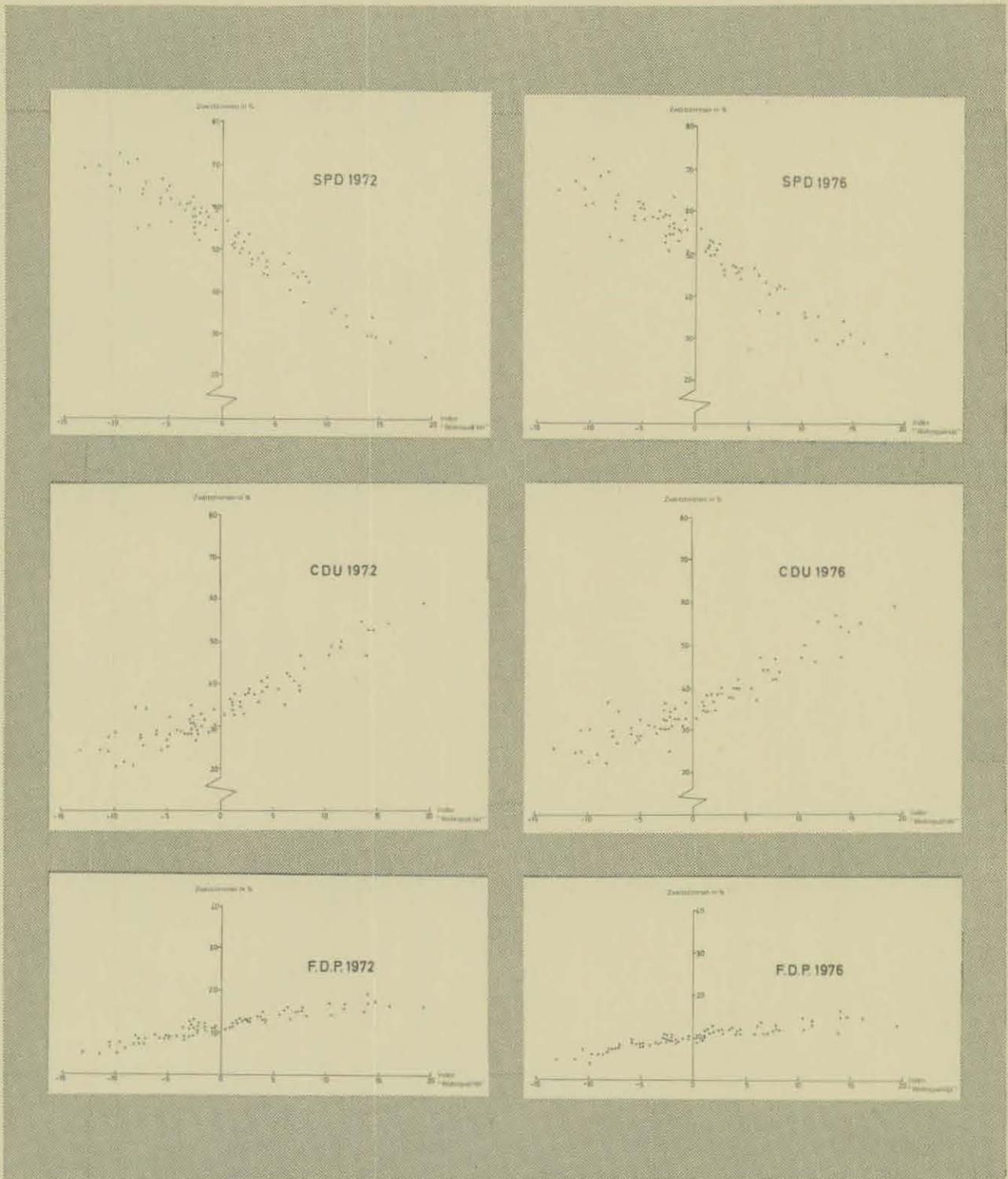
³⁾ Bei Bürgerschaftswahlen: Stimmenanteil

Index "Wohnqualität" und Zweitstimmen- bzw. Stimmenanteile*) in Prozent bei den Bundestags- und Bürgerchaftswahlen 1976 - 1970 für SPD, CDU und F.D.P. nach ausgewählten Stadtteilen

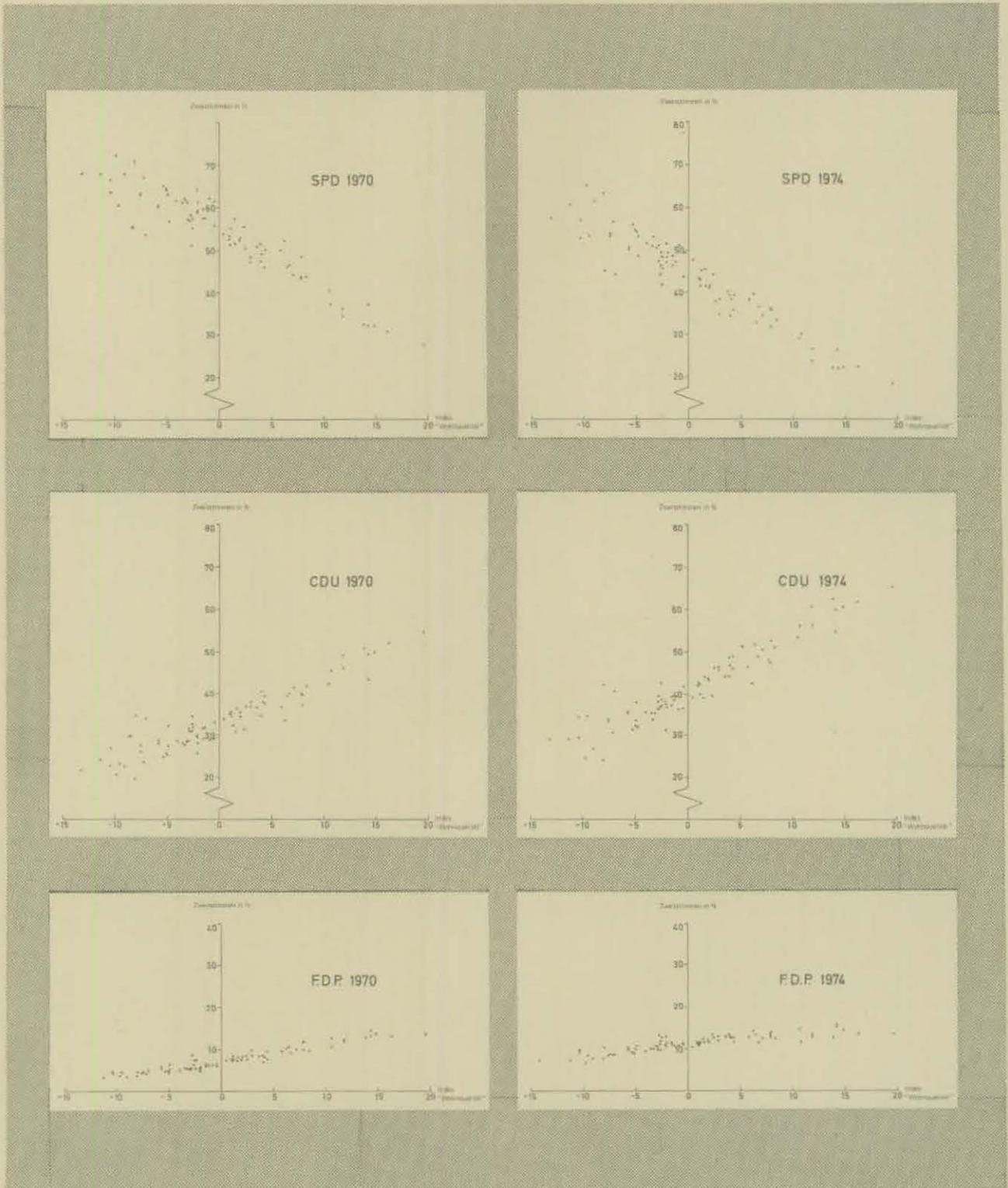
Lfd. Nr.	Stadtteile	Indexwert	SPD				CDU				F.D.P.			
			Bundestagswahlen		Bürgerchaftswahlen		Bundestagswahlen		Bürgerchaftswahlen		Bundestagswahlen		Bürgerchaftswahlen	
			1976	1972	1974	1970	1976	1972	1974	1970	1976	1972	1974	1970
1	St. Pauli	- 13,2	65,5	69,2	57,4	68,1	26,1	23,4	29,0	21,6	5,6	5,9	7,3	3,5
2	Wilhelmsburg	- 11,3	67,6	69,8	60,6	68,0	25,8	23,3	29,0	24,1	5,5	5,8	7,1	3,2
3	Finkenwerder	- 10,4	61,7	63,8	52,7	63,8	30,2	27,8	34,1	26,8	7,3	7,2	9,7	4,4
4	Neustadt	- 10,4	66,1	67,5	57,0	66,7	25,5	23,7	29,3	22,4	6,0	7,0	8,2	4,6
5	Veddel	- 9,8	72,2	73,4	65,1	72,4	22,4	20,4	24,4	20,5	4,0	5,3	6,5	3,7
6	Harburg	- 9,6	62,1	63,5	53,1	60,8	30,2	28,2	34,5	29,0	6,3	6,9	8,3	4,5
7	Rothenburgsort	- 9,0	68,1	70,6	61,5	68,2	24,3	21,3	26,7	22,5	6,3	6,6	7,9	3,5
8	Hamm-Süd	- 8,1	69,2	71,1	63,2	71,1	22,3	20,6	23,9	19,4	6,7	6,7	7,8	3,6
9	Sinstorf	- 8,0	54,1	54,7	45,2	56,4	37,7	34,9	42,1	34,3	7,3	9,4	10,4	4,7
10	Altona-Altstadt	- 7,6	62,2	63,6	53,2	63,3	28,3	27,0	33,1	26,0	7,3	7,8	8,6	4,4
11	Altona-Nord	- 7,6	61,3	62,8	53,8	63,2	29,2	27,6	33,1	27,3	7,6	8,3	8,8	4,4
12	Dulsberg	- 7,2	64,4	65,4	56,6	67,1	26,9	25,5	30,5	23,6	7,3	7,8	8,7	4,1
13	St. Georg	- 7,0	53,8	55,3	44,1	53,8	34,8	34,6	40,9	33,6	8,4	8,4	8,8	5,0
14	Ottensen	- 5,8	59,2	60,2	50,7	60,6	30,2	29,2	35,3	28,5	8,5	9,4	9,9	5,4
15	Eimsbüttel	- 5,8	58,8	60,5	50,0	60,4	29,6	28,8	35,1	27,9	9,2	9,3	10,1	6,0
16	Lurup	- 5,3	62,8	66,0	59,8	66,2	27,6	24,2	31,2	24,5	8,3	8,7	9,2	4,8
17	Born	- 5,1	62,3	63,8	54,7	64,7	28,5	26,5	32,4	25,6	7,9	8,5	9,1	4,9
18	Billstedt	- 5,0	62,4	64,6	54,2	64,6	28,2	25,5	32,1	26,2	8,2	8,9	10,0	4,6
19	Wilstorff	- 4,9	62,0	61,9	53,2	63,2	28,5	27,9	33,3	27,4	8,7	9,3	10,6	5,2
20	Heimfeld	- 4,9	57,8	57,8	48,7	56,9	33,1	32,1	37,8	31,9	8,0	9,2	10,5	6,3
21	Hamm-Mitte	- 4,0	59,1	60,8	51,6	61,7	31,4	29,4	35,3	28,4	8,4	8,9	9,5	5,0
22	Bahrenfeld	- 3,5	58,3	59,4	50,9	61,2	31,2	29,2	35,1	27,9	9,1	10,3	10,0	5,7
23	Barmbek-Nord	- 3,3	60,5	60,9	53,0	62,6	29,7	28,5	33,6	27,3	8,5	9,5	10,0	5,5
24	Barmbek-Süd	- 3,1	58,9	60,9	50,4	61,6	30,7	28,5	35,1	28,2	8,8	9,6	10,7	5,4
25	Jenfeld	- 2,9	59,0	62,2	51,0	61,1	30,4	28,1	36,1	28,4	9,5	8,8	9,8	5,3
26	Hoheluft-West	- 2,9	54,5	57,3	47,3	57,3	32,8	31,0	37,9	31,3	10,7	10,6	10,4	6,3
27	Rönneburg	- 2,8	52,9	55,0	44,2	57,0	35,7	31,3	39,6	30,6	10,8	12,8	13,2	8,6
28	Neugraben-Fischbek	- 2,7	58,9	59,5	49,4	58,4	30,5	28,7	36,5	30,9	9,8	10,8	11,1	6,3
29	EiBendorf	- 2,6	57,0	57,5	48,4	57,6	33,0	32,0	38,5	32,3	9,0	9,6	9,8	5,7
30	Hamburg-Altstadt	- 2,6	51,6	53,4	41,2	51,7	36,8	35,3	42,6	34,3	9,4	10,6	11,8	7,4
31	Hoheluft-Ost	- 2,5	55,3	55,6	45,7	55,3	31,6	31,0	37,0	31,8	10,9	12,1	12,5	7,4
32	Groß Borstel	- 2,1	55,1	57,3	47,1	59,2	33,8	30,8	38,0	29,5	9,6	10,8	10,9	5,6
33	Stellshoop	- 2,1	63,1	62,0	51,6	64,3	25,6	26,0	31,1	25,6	10,0	11,0	12,8	5,5
34	Eidelstedt	- 2,1	57,0	58,8	48,2	59,0	32,0	29,6	37,5	29,8	9,9	10,7	10,7	6,4
35	Farmsen-Berne	- 2,0	57,5	59,7	49,4	61,3	31,3	28,3	35,5	27,9	10,1	10,9	11,4	5,9
36	Stellingen	- 1,6	53,8	55,6	46,3	57,6	34,9	32,6	39,2	31,4	10,1	10,9	11,0	6,6
37	Bramfeld	- 1,6	56,5	58,0	48,6	59,8	32,5	30,1	37,1	29,1	9,8	11,0	11,1	6,0
38	Bergedorf	- 1,3	56,3	57,3	47,2	57,7	32,7	31,7	38,8	31,7	9,7	10,0	10,7	6,1
39	Lehrbügge	- 0,9	58,1	60,2	50,6	61,2	30,9	28,2	36,0	28,8	10,2	10,8	10,7	6,2
40	Tonndorf	- 0,5	50,5	54,6	43,8	55,9	37,8	33,3	41,9	32,9	10,6	11,1	10,9	6,6
41	Wandsbek	- 0,5	56,7	58,2	49,9	60,7	32,2	30,1	36,2	29,0	10,1	10,8	10,9	6,0
42	Hausbruch	0,4	57,2	56,3	47,6	54,0	32,4	32,2	39,1	33,6	9,3	10,6	10,3	7,4
43	Borgfelde	1,0	50,8	51,4	43,2	52,6	37,9	36,9	42,0	35,0	9,8	10,9	11,2	7,6
44	Eppendorf	1,1	51,7	50,8	41,6	51,3	35,4	35,8	42,8	35,4	10,6	12,1	11,1	8,2
45	Winterhude	1,1	51,9	51,6	43,0	53,4	36,1	35,6	42,1	34,4	10,2	11,7	11,0	7,2
46	Langenhorn	1,2	53,1	53,0	45,1	55,2	34,8	33,2	40,0	32,0	10,7	12,7	11,4	7,6
47	Iserbrook	1,5	52,9	53,3	45,5	57,4	34,4	32,4	39,0	30,7	11,6	13,5	12,2	7,3
48	Hamm-Nord	1,6	49,6	49,3	41,4	51,5	38,3	37,8	44,0	36,1	10,6	11,9	11,6	8,0
49	Rahlstedt	1,9	49,0	50,5	41,0	52,3	38,0	35,7	43,8	35,3	12,0	12,9	11,9	7,7
50	Osdorf	2,0	50,2	51,3	41,7	52,9	37,3	34,9	43,3	34,2	11,0	12,8	11,5	8,1
51	Marmstorf	2,3	52,8	53,0	44,1	55,5	34,5	32,4	39,7	31,1	11,6	13,5	13,1	8,7
52	Schneisen	2,5	47,8	48,4	37,9	50,6	38,9	37,7	46,2	36,8	12,3	12,9	12,5	7,7
53	Rotherbaum	2,9	45,4	46,0	34,8	47,4	39,2	38,4	46,3	36,7	12,1	13,9	11,9	9,9
54	Langenbek	2,9	46,8	47,4	38,3	48,5	40,6	37,9	45,7	37,9	11,4	13,3	12,8	8,6
55	Ohlsdorf	3,6	47,9	47,8	40,1	50,9	38,8	37,5	44,2	36,6	12,3	13,9	12,8	8,3
56	Niendorf	3,9	47,2	49,2	39,3	52,6	38,8	36,0	44,4	34,7	12,8	14,0	13,0	8,4
57	Hohenfelde	4,0	46,0	44,6	34,4	47,6	41,2	41,2	48,8	40,3	11,2	13,2	12,8	7,0
58	Sülldorf	4,1	47,0	46,5	38,3	49,2	40,2	37,9	46,9	37,9	11,9	15,0	12,5	8,1
59	Fuhlsbüttel	4,3	44,5	44,7	35,9	46,1	42,3	41,8	49,0	39,2	12,0	12,6	12,5	9,6
60	Eilbek	4,3	47,8	47,6	39,4	50,3	40,3	39,2	45,9	37,6	11,0	12,4	11,6	7,7
61	Lokstedt	5,8	47,4	46,0	38,1	50,0	40,0	39,0	46,4	36,6	11,7	14,2	12,5	9,5
62	Bergstedt	6,2	45,5	48,0	39,7	52,1	39,7	35,6	42,6	33,2	13,7	15,5	14,2	10,2
63	Duvenstedt	6,4	36,9	40,8	32,9	46,1	47,8	42,2	51,7	39,4	14,4	16,2	13,2	10,7
64	Alsterdorf	6,7	43,1	44,5	36,7	46,6	44,5	41,8	49,0	39,9	11,6	12,9	11,4	9,1
65	Poppenbüttel	7,1	41,0	43,1	34,6	44,1	44,2	41,1	50,5	41,5	13,8	14,9	12,4	10,1
66	Hummelsbüttel	7,8	42,1	45,0	36,2	43,5	42,9	38,5	48,1	39,9	13,9	15,5	13,0	11,6
67	Lemsahl-Mellingstedt	7,9	36,4	37,4	31,8	43,9	47,6	46,3	52,8	39,7	15,1	15,2	12,9	11,9
68	Sasel	7,9	42,5	43,4	35,9	48,5	42,0	39,2	47,5	37,1	14,5	16,6	13,8	10,0
69	Uhlenhorst	8,5	42,0	42,0	33,2	43,9	44,0	42,9	51,0	42,0	12,5	14,2	12,4	9,7
70	Rissen	10,5	36,4	35,4	29,1	40,7	47,5	46,5	53,6	42,4	15,5	17,5	14,7	12,7
71	Marienthal	10,7	36,0	35,6	30,0	37,4	50,8	49,8	56,2	46,6	12,3	14,0	11,5	10,7
72	Wohldorf-Ohlstedt	11,8	29,7	31,3	23,8	34,2	55,9	50,5	60,7	49,1	13,6	17,2	12,7	11,9
73	Harvestehude	11,8	35,8	34,9	26,7	36,5	48,1	48,2	56,3	46,2	14,6	16,0	12,1	12,1
74	Nienstedten	13,8	28,0	29,3	22,0	32,6	57,3	55,0	62,4	50,9	13,6	15,0	12,6	12,3
75	Blankenese	14,2	29,3	29,5	22,0	32,4	54,2	52,3	60,0	49,5	15,4	17,5	15,0	13,2
76	Volksdorf	14,2	34,4	33,6	26,3	37,4	47,7	45,8	54,8	43,5	16,8	19,6	15,6	14,2
77	Groß Flottbek	14,8	30,1	28,8	22,1	32,3	53,3	52,5	60,6	50,1	15,6	17,9	14,3	13,6
78	Wellingsbüttel	16,2	28,5	27,8	22,4	30,9	55,5	54,4	61,9	52,0	15,0	17,3	13,3	13,2
79	Othmarschen	19,5	26,4	24,5	18,5	27,6	58,9	58,3	65,3	54,7	13,9	16,7	13,3	13,7

*) ohne Briefwahl.

Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 1972 und 1976 in Abhängigkeit von der Sozialstruktur der Hamburger Bevölkerung



Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahlen 1970 und 1974 in Abhängigkeit von der Sozialstruktur der Hamburger Bevölkerung



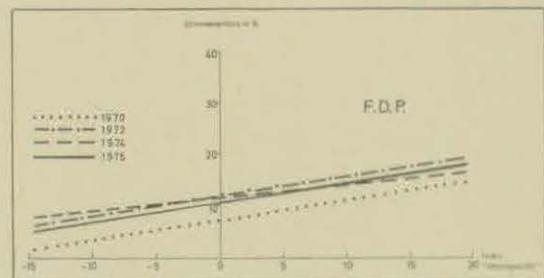
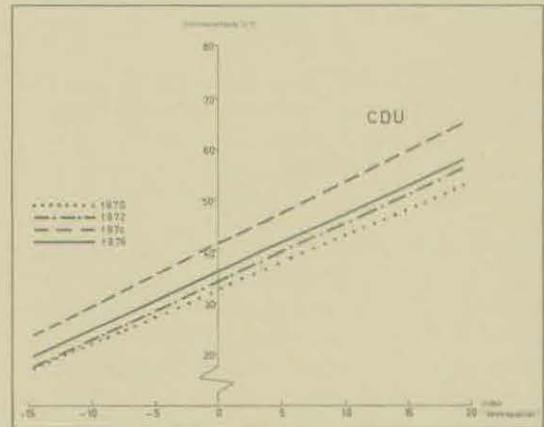
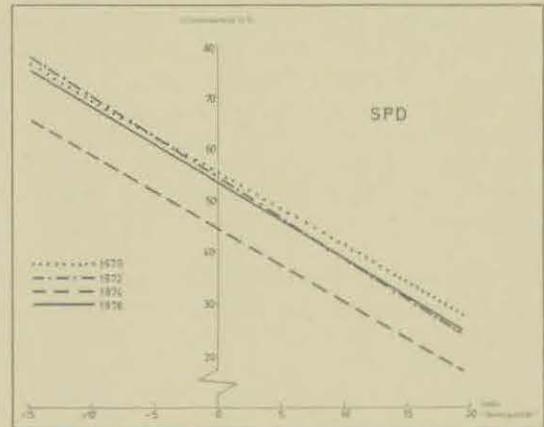
wolken in den Streudiagrammen sind für jede Partei in der für sie charakteristischen Weise gerichtet. Sie verlaufen, wie die Graphiken zeigen, bei der SPD stets von links oben nach rechts unten. Das bedeutet: Mit zunehmender „Wohnqualität“ der Stadtteile sinkt im allgemeinen der Stimmenanteil der SPD. Bei den beiden anderen Parteien sieht das Bild umgekehrt aus. Die Punktschwärme der CDU und der F.D.P. tendieren von links unten nach rechts oben, d. h., mit zunehmender „Wohnqualität“ der Stadtteile steigt im allgemeinen auch der Stimmenanteil der beiden Parteien. Sie unterscheiden sich allerdings im Niveau – die CDU hat in sämtlichen Stadtteilen einen bedeutend höheren Stimmenanteil als die F.D.P. – und im Neigungswinkel. Hier auf wird weiter unten noch ausführlicher einzugehen sein. Zum näheren Verständnis der Streudiagramme ist darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse der beobachteten Wahlen stets der gleichen Sozialstruktur zugeordnet sind: St. Pauli hat bei allen vier betrachteten Wahlen den Indexwert $-13,2$ und Othmarschen $+19,5$. Dies ist zulässig, da in den letzten Jahren keine wesentlichen Veränderungen in der „Wohnqualität“ der Stadtteile stattgefunden haben.

Die Enge des Zusammenhanges zwischen dem Wahlverhalten und der Sozialstruktur der Hamburger Bevölkerung ergibt sich unmittelbar aus den Schaubildern 1 und 2. Die Streuung, d. h. die Abweichung der einzelnen Punkte voneinander bei gegebenem Indexwert „Wohnqualität“, ist in allen dargestellten Fällen relativ gering. Dies gilt besonders für den mittleren Bereich der „Wohnqualität“ (Wertebereich von etwa -7 bis etwa $+7$). Links und auch in kleinerem Ausmaß rechts davon, also in Stadtteilen mit geringer und höherer „Wohnqualität“, ist dagegen die Streuung oftmals etwas ausgeprägter. Hier ist offensichtlich der Zusammenhang zwischen den beiden betrachteten Größen weniger straff, was dahin gedeutet werden kann, daß in diesen Stadtteilen entgegengesetzte Kräfte stärker wirken als in den übrigen Stadtteilen.

Im nächsten Schritt wird die These wieder aufgenommen, daß die Sozialstruktur der Bevölkerung ihr Wahlverhalten beeinflusst. Dies ist nicht ohne weiteres aus den Streudiagrammen zu folgern. Sie müßte sachlogisch begründet werden, was hier nicht geleistet werden kann. Es soll daher genügen, aus Erfahrung zu wissen, daß eine ursächliche Beziehung der geschilderten Art besteht. Eine nähere Betrachtung der Streudiagramme zeigt, daß diese Beziehung eine annähernd lineare Form hat, denn der Verlauf der Punktwolken läßt sich vereinfacht durch Gerade darstellen. Nur beim F.D.P.-Wahlergebnis 1974 (s. im Schaubild 2) würde eine Kurve, deren Anstieg im Bereich höherer „Wohnqualität“ leicht abnimmt, den Punktschwarm besser beschreiben. Der Einfachheit halber soll für sämtliche Streudiagramme aber gelten, daß eine Gerade die Grundtendenz der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten am besten wiedergibt. Mit Hilfe eines besonderen statistischen Verfahrens lassen sich für alle Punktwolken Gerade berechnen, die sie am genauesten ersetzen. Wie man aus Schaubild 3 sieht, werden erst durch den Übergang vom Punktschwarm zur Geraden Unterschiede in den Wahlergebnissen der Parteien deutlich, die man aus den Streudiagrammen nicht entnehmen konnte.

Schaubild 3

Stimmenanteilslinien von SPD, CDU und F.D.P. bei den Wahlen 1970 bis 1976



STATISTISCHES LANDESBÜRO HAMBURG

(K)

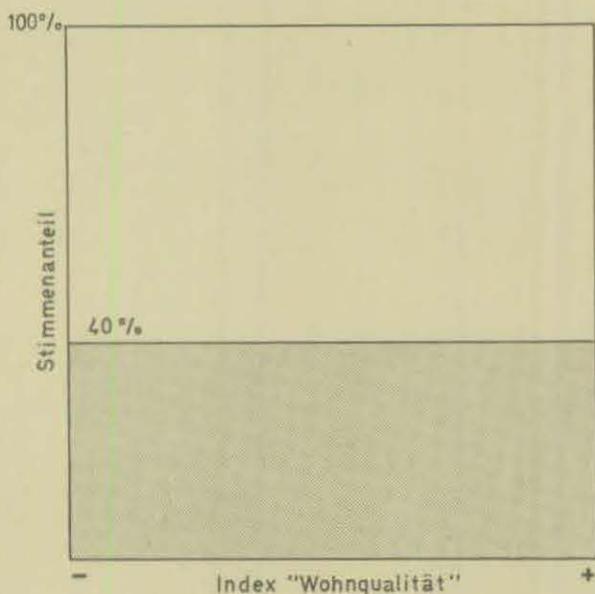
Man erkennt, daß die Linien, mit Ausnahme der Bürgerschaftswahl 1974 bei SPD und CDU, recht eng beieinander liegen, was auf die im Grunde geringen Veränderungen in den Wahlergebnissen der Parteien hinweist. Weiter wird sichtbar, daß der Schnittpunkt der Geraden mit der senkrechten Stimmenanteilsachse in etwa identisch ist mit dem Hamburger Gesamtergeb-

nis der Parteien. Die Geraden ersetzen die Punktwolken jedoch nur näherungsweise. Sie sind mit Meßfehlern behaftet, was zur Folge hat, daß bei sehr kleinen Abständen zwischen zwei Linien nicht mehr genau gesagt werden kann, ob eine Differenz wirklich vorliegt oder ob sie nur auf die Ungenauigkeit der beiden Linien zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist zu beachten, daß von den Geraden keine Wahlergebnisse für Stadtteile abgelesen werden können. Dies ist verständlich, denn die Stadtteilswerte liegen in der Regel nicht genau auf der Linie, sondern gruppieren sich um sie herum. Aus diesem Grunde soll im weiteren von einer stadtteilsweisen Betrachtung abgesehen werden. Der Index „Wohnqualität“ wird nur noch als eine Werteskala aufgefaßt, in deren Spannweite die Unterschiede in der Hamburger Sozialstruktur zum Ausdruck kommen.

Bevor die Analyse der Wahlergebnisse fortgesetzt wird, soll an einigen einfachen hypothetischen Beispielen der weitere Gedankengang der Untersuchung dargestellt werden. Man kann sich die Gesamtzahl der vorhandenen Wählerstimmen in einem Rechteck untergebracht vorstellen. Die Breite des Rechtecks gibt die Spannweite des Index „Wohnqualität“ wieder, die Höhe entspricht dem größtmöglichen Stimmenanteil einer Partei (100%).

Fall 1 zeigt ein solches Rechteck, in das bei dem Stimmenanteil 40% eine parallel zur „Wohnqualitäts“-Seite verlaufende Gerade eingezeichnet ist. Diese Gerade stellt die Stimmenanteilslinie einer Partei dar. Der Anteil der von der Partei erreichten Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist identisch mit dem Flächenanteil unter der Linie (schraffierte Fläche). Der parallele Verlauf der Stimmenanteilslinie zur „Wohnqualitäts“-Seite bedeutet, daß die Partei bei jeder „Wohnqualität“ den gleichen Stimmenanteil errungen hat. Die „Wohnqualität“ hat offensichtlich in diesem Fall keinen Einfluß auf die Stimmenabgabe der Bürger ausgeübt, oder anders ausgedrückt: Die Wahlentscheidung zugunsten der

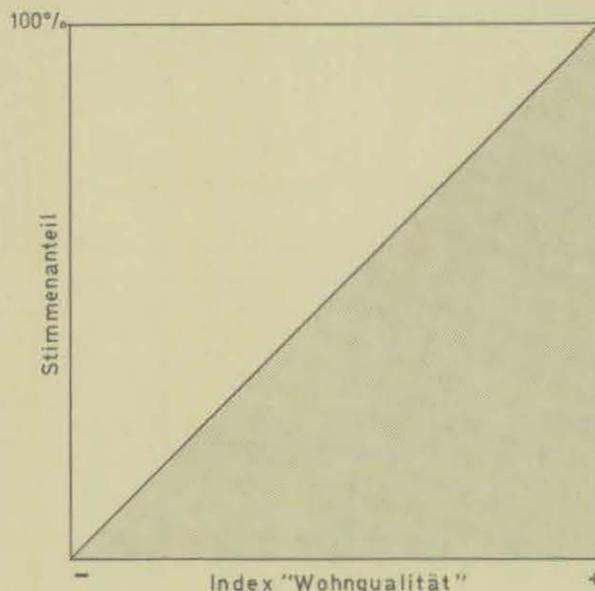
Fall 1



Partei war unabhängig von der Sozialstruktur der Bevölkerung.

In Fall 2 steigt die Stimmenanteilslinie von 0% bei niedrigster „Wohnqualität“ kontinuierlich bis zum Wert 100% bei höchster „Wohnqualität“. Auch hier gilt, daß der Flächenanteil unter der Linie dem Stimmenanteil der Partei entspricht (schraffierte Fläche). Die Stimmenabgabe der Bürger wird in diesem Fall ausschließlich durch ihre Sozialstruktur beeinflusst. Dieser konstruierte Fall stellt das Gegenstück zu Fall 1 dar.

Fall 2

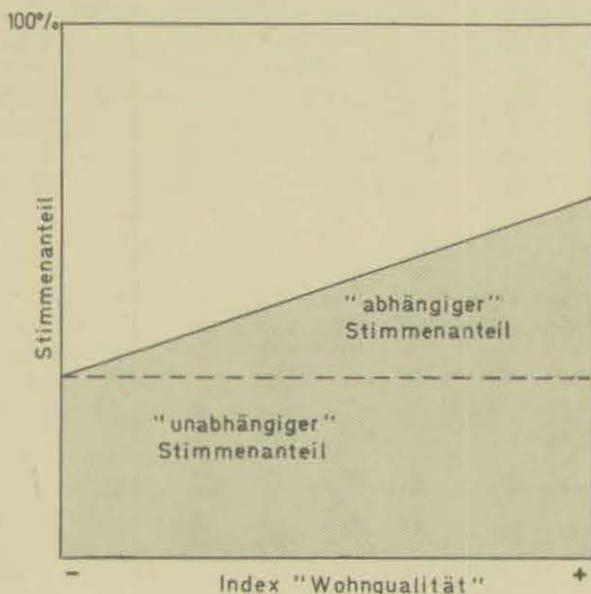


Fall 3 schildert ein wirklichkeitsnäheres Wahlergebnis. Auch hier nimmt der Stimmenanteil bei steigender „Wohnqualität“ zu, allerdings mit dem Unterschied, daß die Partei im Vergleich zu Fall 2 bei niedrigster „Wohnqualität“ bereits Stimmen gewinnen konnte, aber auch bei höchster „Wohnqualität“ nicht sämtliche Stimmen gewonnen hat. Der Stimmenanteil ist wieder gleich dem Flächenanteil unter der Stimmenanteilslinie (schraffierte Fläche). Wie man mit einer Hilfslinie leicht erkennt, läßt sich die Fläche in zwei Teilflächen unterteilen, nämlich in ein Rechteck und ein darüber liegendes Dreieck. Sie lassen sich wie folgt interpretieren. Die Fläche des Rechtecks ist bei gegebener Spannweite der „Wohnqualität“ bestimmt durch den Prozentsatz an Stimmen, den die Partei auch bei niedrigster „Wohnqualität“ erreicht. Dieser Stimmenanteil soll nachfolgend als sozialstrukturell unbeeinflusster oder kurz „unabhängiger“ Stimmenanteil der Partei an ihrem gesamten Stimmenanteil bezeichnet werden, da er unbeeinflusst von der Höhe der „Wohnqualität“ erzielt wurde. Darüber hinaus hat die Partei mit zunehmender „Wohnqualität“ weitere Stimmen gewonnen. Der Zuwachs, den sie pro Maßeinheit „Wohnqualität“ erreichte, ist abhängig vom Neigungswinkel der Geraden gewesen. Den Neigungswinkel der Stimmenanteilslinie kann man daher als einen sozialstrukturellen Wirkungsfaktor erklären. Er bestimmt bei gegebener Spannweite der „Wohnqualität“ die Fläche des Dreiecks über dem Rechteck.

Dieser Flächenanteil soll als sozialstrukturell beeinflusster oder kurz „abhängiger“ Stimmenanteil der Partei an ihrem Gesamtergebnis bezeichnet werden.

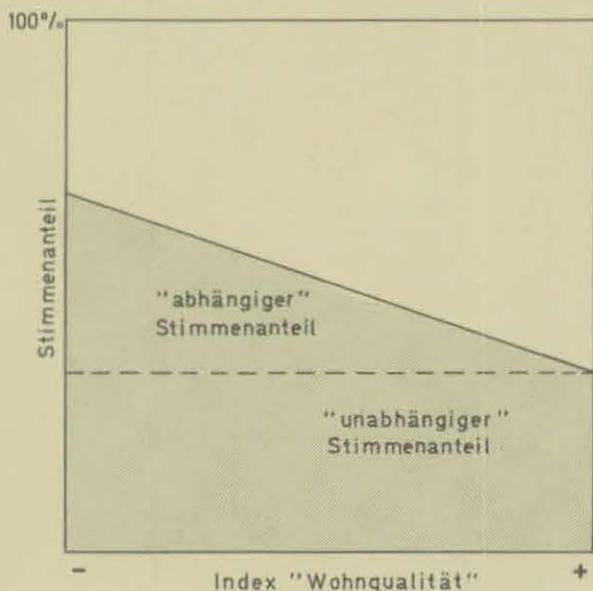
Schaubild 4

Fall 3

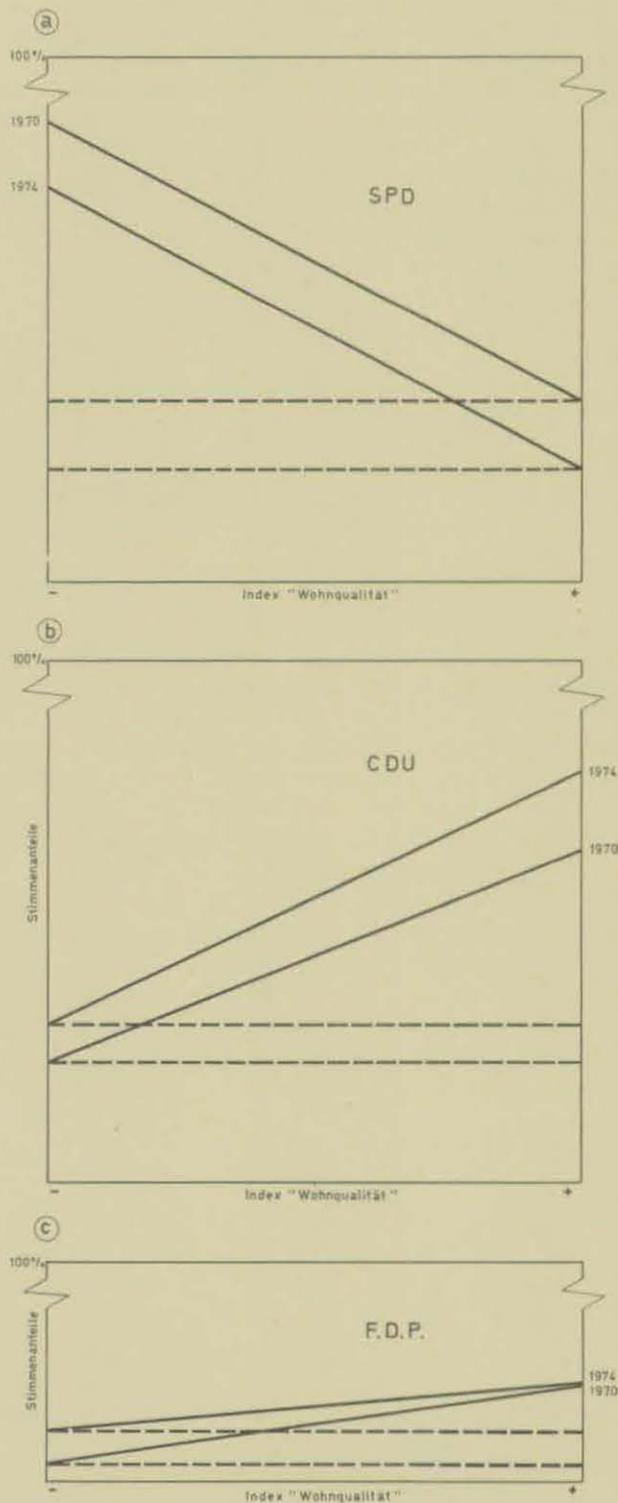


Die Stimmenanteilslinie im Fall 4 verläuft von links oben nach rechts unten, d. h., die Partei erhält bei niedriger „Wohnqualität“ hohe Stimmenanteile, jedoch weniger als 100%. Mit zunehmender „Wohnqualität“ sinkt der Stimmenanteil, ohne 0% zu erreichen. Dieses Wahlergebnis läßt sich im Prinzip wie das im Fall 3 interpretieren. Die Fläche unter der Stimmenanteilslinie läßt sich wieder unterteilen in ein Rechteck, das den „unabhängigen“ Stimmenanteil repräsentiert und ein darüber liegendes Dreieck, das den „abhängigen“ Teil der gewonnenen Stimmen beinhaltet. Im Gegensatz zum vorherigen Fall hat die Partei über den Sockelbetrag der „unabhängigen“ Stimmen hinaus mit abnehmender „Wohnqualität“ zusätzliche Stimmen gewonnen.

Fall 4



Sozialstrukturell beeinflusste und unbeeinflusste Stimmenanteile der SPD, CDU und F.D.P. bei den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1974



Die vorstehenden theoretischen Überlegungen sollen nun auf die Ergebnisse der untersuchten Wahlen angewendet werden. Zunächst stellt man bei näherer Betrachtung des *Schaubildes 3* fest, daß der sozialstrukturelle Wirkungsfaktor (Neigungswinkel der Stimmenanteilslinien) bei den beiden Bundestagswahlen in der Regel etwas höher liegt als bei den zwei untersuchten Bürgerschaftswahlen. Lediglich die CDU hatte bei der Bürgerschaftswahl 1974 einen höheren Faktor als bei den Bundestagswahlen. Daraus ist abzulesen, daß – wenn man aus den vier beobachteten Wahlen bereits Tendenzen erkennen will – im allgemeinen bei den Bundestagswahlen die Zugehörigkeit der Bürger zu sozialen Gruppen einen etwas stärkeren Einfluß auf ihre Wahlentscheidungen hat als bei Bürgerschaftswahlen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, Vergleiche nur zwischen Bundestagswahlen einerseits und Bürgerschaftswahlen andererseits vorzunehmen. Der sozialstrukturelle Einfluß auf die Wahlergebnisse ist in dem betrachteten Zeitraum 1970 bis 1976 im allgemeinen unverändert bis leicht rückläufig gewesen. Für die einzelnen Parteien war zu erkennen:

Bundestagswahlen 1976 gegenüber 1972:

- SPD: in der Tendenz leichter Rückgang des sozialstrukturell bedingten Einflusses.
- CDU: der sozialstrukturelle Einfluß ist unverändert geblieben.
- F.D.P.: leichter Rückgang des sozialstrukturell bedingten Einflusses.

Bürgerschaftswahlen 1974 gegenüber 1970:

- SPD: praktisch keine Veränderung des sozialstrukturellen Einflusses.
- CDU: der sozialstrukturell bedingte Einfluß hat zugenommen.
- F.D.P.: Rückgang des Einflusses des sozialstrukturellen Wirkungsfaktors.

Abschließend sollen am Beispiel der beiden beobachteten Bürgerschaftswahlen mit Hilfe der vorstehend erläuterten geometrischen Darstellung die Wahlergebnisse der drei Parteien untersucht werden. Aus *Schaubild 4a* ist klar zu erkennen, daß der Stimmenrückgang der SPD 1974 gegenüber 1970 ausschließlich zu Lasten des – von der Sozialstruktur der Bevölkerung – „unabhängigen“ Stimmenanteils gegangen ist. Die Fläche des Rechtecks ist für die Wahl 1970 bedeutend größer als 1974. Dagegen ist der „abhängige“ Stimmenanteil wegen des unveränderten sozialstrukturellen Wirkungsfaktors gleich geblieben. Die Flächen der beiden Dreiecke sind praktisch gleich groß.

Für die CDU zeigt *Schaubild 4b*, daß die Stimmengewinne vorwiegend auf eine Vergrößerung ihres „unabhängigen“ Stimmenanteils zurückzuführen sind. Darüber hinaus konnte sie durch den gegenüber 1970 verstärkten Einfluß ihres sozialstrukturellen Wirkungsfaktors auch noch den „abhängigen“ Stimmenanteil erhöhen.

Bei der F.D.P. haben sich, wie aus *Schaubild 4c* zu ersehen ist, 1974 gegenüber 1970 Stimmengewinne aus dem „unabhängigen“ Sockelbetrag gegen Stimmenverluste im „abhängigen“ Bereich saldiert. Im Jahr 1970 hatte die Partei lediglich einen geringen Anteil „unabhängiger“ Stimmen, dagegen einen relativ hohen Anteil an „abhängigen“ Stimmen. 1974 hatte sich das Bild verschoben. Der „unabhängige“ Stimmenanteil war merklich gestiegen. Durch den Rückgang des sozialstrukturell bedingten Einflusses sank jedoch der „abhängige“ Stimmenanteil. Die Stimmengewinne der F.D.P. ergeben sich somit aus einem Anstieg des „unabhängigen“ Stimmenanteils, der stärker war als der Rückgang des „abhängigen“ Stimmenanteils.

Auf eine ähnliche Darstellung der beiden betrachteten Bundestagswahlen soll wegen der geringen Differenzen in den Wahlergebnissen verzichtet werden. Das hier zur Diskussion gestellte Meßinstrumentarium ist zu grob, um gesicherte Aussagen über Wahlergebnisse zu machen, die weniger als 2%-Punkte auseinander liegen.

Hans-Jürgen Bach

Niveau, Struktur und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg und im Hamburger Umland 1961/74

In dieser Veröffentlichungsreihe sind in der Vergangenheit bereits mehrfach Abhandlungen zu diesem Thema erschienen¹⁾. Nach Vorliegen der Kreisergebnisse 1974 des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ist es nunmehr möglich, Niveau- und Strukturveränderungen über einen Zeitraum von 14 Jahren aufzuzeichnen. Diese Möglichkeit wird sich so bald nicht wieder bieten, da eine über 1970 zurückreichende „lange Reihe“ von Kreisergebnissen nach Abschluß der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung z. Z. noch in Arbeit befindlichen Revision²⁾ der Bundes- und Länderberechnung nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Der Verzicht auf eine Neuberechnung von Kreisergebnissen vor 1970 ergibt sich in erster Linie aus der Tatsache, daß die nach der Revision zur Anwendung kommenden Indikatoren für die durch Gebietsreformen teilweise mehrfach geänderten Abgrenzungen der Kreise und kreisfreien Städte zu einem erheblichen Teil nicht mehr rekonstruierbar sind.

1. Unterschiede des Leistungsniveaus und seine Entwicklung

Im allgemeinen wird zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen als Indikator der wirtschaftlichen Gesamtleistung herangezogen. Für die Höhe seiner absoluten wie relativen Veränderung ist aber das Leistungsniveau, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung³⁾, nicht ohne Bedeutung.

Zum Bruttoinlandsprodukt für die Region Hamburg/Umland (Hamburg, Kreis Pinneberg, Kreis Segeberg, Kreis Stormarn, Kreis Hzt. Lauenburg, Landkreis Harburg und Landkreis Stade) trug Hamburg 1961 knapp 83 %, 1974 knapp 79 % bei. In diesem Zeitabschnitt konnte das schleswig-holsteinische Umland seinen Anteil um 2,5 Prozentpunkte auf 15,8 %, das niedersächsische Umland seinen Anteil um 1,5 Prozentpunkte auf 5,5 % erhöhen.

Je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zeigte sich ebenfalls ein Vorsprung Hamburgs gegenüber dem Umland. Im Zeitraum 1961/74 erhöhte sich das BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in Hamburg von 8800 DM um rund 15 000 DM auf fast 24 000 DM. Damit lag Hamburg in der absoluten Steigerung über dem Bundesdurchschnitt. Sowohl das Umland in Schleswig-Holstein als auch das Umland in Niedersachsen übertrafen in ihrer

absoluten Zunahme in der wirtschaftlichen Leistung je Kopf den jeweiligen Landesdurchschnitt.

In der relativen Veränderung entsprach die Entwicklung in Hamburg dem Bundesdurchschnitt, während das Umland in Niedersachsen ihn wesentlich übertraf, das Umland in Schleswig-Holstein dagegen hinter ihm zurückblieb. Im Vergleich zu den jeweiligen übrigen Landesteilen nahm das Umland in Niedersachsen eine besonders günstige Position ein, denn das übrige Niedersachsen blieb in seiner relativen Zunahme hinter der Bundesentwicklung zurück. Umgekehrt war es im Umland Schleswig-Holsteins im Verhältnis zum übrigen Landesgebiet. Hier war die relative Zunahme der wirtschaftlichen Leistung als Folge des schon 1961 relativ höheren Niveaus geringer als im übrigen Schleswig-Holstein, bei knapp überdurchschnittlicher absoluter Zunahme.

Die Ursachen hierfür sind – regional – für Schleswig-Holstein in dem früh erreichten hohen Leistungsniveau im Kreis Stormarn, in Niedersachsen in der sehr starken relativen Entwicklung des Pro-Kopf-Wertes im Landkreis Stade zu suchen.

Im Umland fallen außer den schon mit ihrer Sonderentwicklung herausgestellten Kreisen (Kreis Stormarn: hohes Ausgangsniveau, niedrige Zuwachsrate; Landkreis Stade: niedriges Ausgangsniveau, hohe Zuwachsrate) zwei Kreise auf, die sowohl vom Niveau als auch von der Zuwachsrate her am Schluß der Skala stehen: der Kreis Hzt. Lauenburg und der Landkreis Harburg. Diese Tatsache sollte jedoch nicht dazu führen, die beiden Kreise als „zurückgeblieben“ einzustufen. Zweifellos handelt es sich hier um landschaftlich bevorzugte Teile des Hamburg Umlandes, die eine spezifische, mit dem Instrument „BIP“ nicht meßbare Funktion im Ganzen des Hamburger Wirtschaftsraumes erfüllen.

Es bleibt festzuhalten, daß Hamburg seinen Abstand zum Leistungsniveau im Bundesdurchschnitt etwa halten konnte, während das Niveau der Region Hamburg/Umland geringfügig zurückfiel.

2. Die regionale Entwicklung

a) Wirtschaftsbevölkerung

Das für Hamburg im ersten Abschnitt dargestellte relativ günstige Bild verändert sich, wenn neben dem Leistungsniveau die Ausgangsgrößen Wirtschaftsbevölkerung und Bruttoinlandsprodukt einzeln betrachtet werden. In Hamburg ist die Wirtschaftsbevölkerung nach einem Anstieg, der sein Maximum mit 2,044 Mio vor der Rezession 1967 erreichte, bis 1974 wieder etwa auf das Niveau von 1961 zurückgefallen. Dies ist eine Folge des Bevölkerungsabflusses in das Hamburger Umland, der im Zeitraum 1961/74 etwa 160 000 Personen betragen hat. Man kann zwar davon aus-

¹⁾ „Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Hamburger Umland 1957, 1961 und 1964“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1967, Mai-Heft, S. 107 ff.

„Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Hamburger Umland 1957 und 1966“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1969, Juli-Heft, S. 172 ff.

„Die Vergleichbarkeit des Hamburger Bruttoinlandsprodukts in regionaler Sicht“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1975, Oktober-Heft, S. 263 ff.

²⁾ Es handelt sich hierbei um konzeptionelle Änderungen (Anpassung an das EWG-Konzept), Umbasierung der Preisbasis von 1962 auf 1970 und die Auswertung neuen Datenmaterials zur qualitativen Verbesserung der Methode.

³⁾ Wirtschaftsbevölkerung = Wohnbevölkerung \pm Pendlersaldo \times 2.

Tab. 1:

**Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung,
die Wirtschaftsbevölkerung und das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 1961 und 1974**

Gebiete	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung			Wirtschaftsbevölkerung			Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	1961 DM	1974 DM	Veränderung in %	1961	1974	Veränderung in %	1961 Mio DM	1974 Mio DM	Veränderung in %
Hamburg	8 820	23 790	170	2 006 400	2 006 400	± 0	17 691	47 738	170
Kreis Pinneberg	5 610	16 020	186	160 800	202 500	26	902	3 244	260
Kreis Segeberg	4 820	14 030	191	99 800	154 700	55	481	2 171	351
Kreis Stormarn	10 870	21 640	99	92 500	129 300	40	1 006	2 798	178
Kreis Hzt. Lauenburg	4 260	11 490	170	107 700	121 100	12	459	1 391	203
Umlandkreise in Schleswig-Holstein	6 180	15 810	156	460 800	607 600	32	2 848	9 604	237
Übriges Schleswig-Holstein	4 650	13 320	186	1 732 000	1 804 600	4	8 050	24 046	199
Schleswig-Holstein insgesamt	4 970	13 950	181	2 192 800	2 412 200	10	10 898	33 650	209
Landkreis Harburg	4 160	10 470	152	83 700	119 400	43	548	1 250	259
Landkreis Stade	4 200	14 770	252	121 400	140 300	16	510	2 072	306
Umlandkreise in Niedersachsen	4 180	12 800	206	205 100	259 700	27	858	3 322	287
Übriges Niedersachsen	5 420	13 840	155	6 221 500	6 814 100	10	33 717	94 296	180
Niedersachsen insgesamt	5 380	13 800	157	6 426 600	7 073 800	10	34 575	97 618	182
Umlandkreise zusammen	5 570	14 900	168	665 900	867 300	30	3 706	12 926	249
Region Hamburg/Umland	8 010	21 110	164	2 672 300	2 873 700	8	21 397	60 664	184
Bundesgebiet	5 970	16 140	170	55 854 270	61 936 800	11	333 450	999 660	200

gehen, daß der überwiegende Teil der fortgezogenen Erwerbstätigen weiterhin in Hamburg arbeitet und daher mit den Familienangehörigen weiterhin zur Hamburger Wirtschaftsbevölkerung zu zählen ist.

Im übrigen sind Zahlen über die Wirtschaftsbevölkerung nur als Schätzgrößen anzusehen, da die letzten Zählungsergebnisse nur für 1970 zur Verfügung standen.

Vor allem die Abwanderung der Hamburger Bevölkerung in das Hamburger Umland trug in vier Randkreisen zu einer besonders starken Erhöhung der Wirtschaftsbevölkerung bei, und zwar in den Kreisen Segeberg um 55 %, Harburg um 43 %, Stormarn um 40 % und Pinneberg um 26 %.

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Niedersachsen übertrifft der Zuwachs der Wirtschaftsbevölkerung in den Umlandkreisen Hamburgs den des übrigen Gebietes um ein Mehrfaches (Schleswig-Holstein: Umlandkreise 32 %, übriges Gebiet 4 %; Niedersachsen: Umlandkreise 27 %, übriges Gebiet 9 %). Dennoch erreicht die Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung für Hamburg und Umland mit 7 % nicht den Bundesdurchschnitt von 11 %.

b) Bruttoinlandsprodukt

Die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftsbevölkerung in Hamburg und – mit Abstufungen – in den Randkreisen hat ihrerseits natürlich nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts selbst. Hierbei wird Hamburg von allen einbezogenen Kreisen der Region übertroffen. Außer dem Hamburger Wanderungsverlust dürfte dabei auch allgemein die Schaffung neuer Arbeitsplätze an der Hamburger Peripherie eine Rolle spielen.

Durch den Landkreis Stade mit einer Zunahme um das Dreifache seit 1961 und eine fast gleich hohe Zunahme im Landkreis Harburg (260 %) übertraf die Entwicklung im Hamburger Umland in Niedersachsen diejenige im Umland in Schleswig-Holstein, wo der Kreis

Segeberg besonders herausragt. Sowohl im südlichen als auch im nördlichen Umland Hamburgs war die Entwicklung eindeutig stärker als in den jeweils übrigen Landesteilen insgesamt.

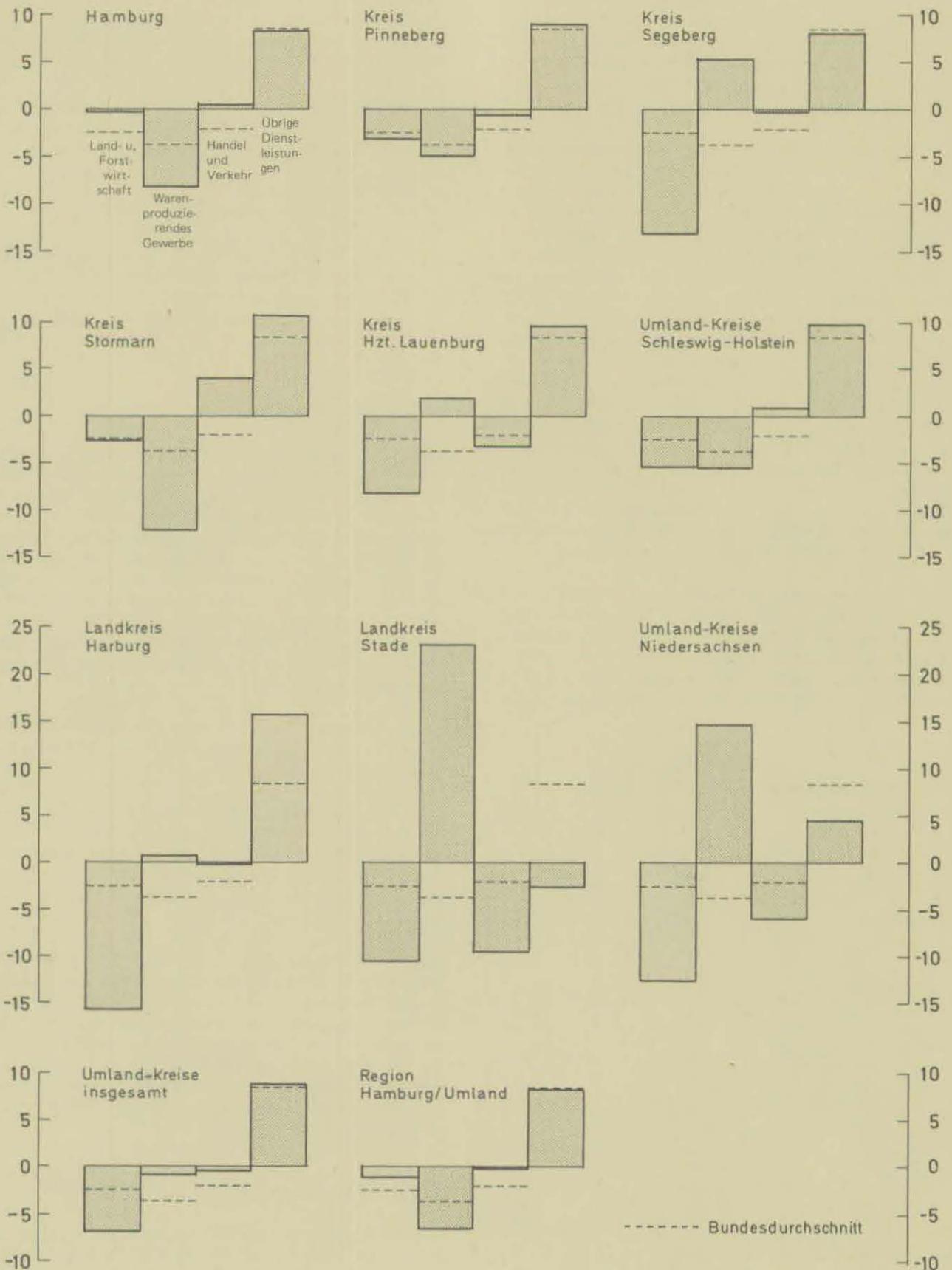
Unter den Kreisen nehmen Segeberg und Stade die Spitzenstellung ein. Deutlich bleiben unter dem Landesdurchschnitt der Kreis Stormarn und etwas weniger ausgeprägt der Kreis Hzt. Lauenburg. Der Landkreis Harburg liegt, wie Stade, über dem Durchschnitt Niedersachsens.

Die überdurchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den Umlandkreisen reicht aber nicht aus, die verlangsamte Zunahme in Hamburg auszugleichen und die Region Hamburg/Umland an die durchschnittliche Bundesentwicklung heranzuführen.

Tab. 2: Der Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt 1961 und 1974

Gebiete	Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in %							
	Land- u. Forstwirtschaft		Warenproduzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	1961	1974	1961	1974	1961	1974	1961	1974
Hamburg	0,9	0,5	48,0	39,7	29,1	29,6	22,0	30,2
Kreis Pinneberg	8,6	5,5	51,8	46,8	20,2	19,5	19,4	28,4
Kreis Segeberg	21,6	8,4	41,4	46,7	17,5	16,9	20,0	28,0
Kreis Stormarn	6,4	3,7	74,6	62,4	7,5	11,5	11,5	22,3
Kreis Hzt. Lauenburg	18,5	10,2	39,2	41,2	18,3	15,1	23,7	33,5
Umlandkreise in Schleswig-Holstein	11,6	6,2	56,0	50,5	14,9	15,9	17,4	27,3
Übriges Schleswig-Holstein	12,5	6,9	37,5	36,1	23,7	19,9	26,3	37,1
Schleswig-Holstein insgesamt	12,2	6,7	42,3	40,2	21,4	18,8	24,0	34,3
Landkreis Harburg	23,9	8,1	33,6	34,3	18,7	18,4	23,6	39,3
Landkreis Stade	18,4	7,8	32,0	35,1	22,5	12,9	26,9	24,2
Umlandkreise in Niedersachsen	20,6	7,9	32,6	47,3	21,0	15,0	25,5	29,9
Übriges Niedersachsen	9,5	5,5	51,4	48,8	18,1	16,4	21,8	29,4
Niedersachsen insgesamt	9,8	5,5	50,9	48,8	18,2	16,3	21,1	29,4
Umlandkreise zusammen	13,7	6,7	50,6	49,7	16,3	15,7	19,3	28,0
Region Hamburg/Umland	3,1	1,8	48,5	41,8	26,9	26,6	21,5	29,7
Bundesgebiet	5,2	2,7	54,6	50,9	19,2	17,7	20,9	29,3

Die Veränderung der Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt 1961/74 in Prozentpunkten



3. Strukturveränderungen

Trotz großer Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen der Region Hamburg/Umland und dem Bundesgebiet stimmen die im Zeitraum 1961/74 eingetretenen Strukturverschiebungen tendenziell überein. Im allgemeinen trat eine Verschiebung zugunsten des Bereichs übrige Dienstleistungen ein. In Hamburg und damit auch in der Gesamtregion geschah das in erster Linie auf Kosten des warenproduzierenden Gewerbes, im Umland hauptsächlich zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft.

Je höher das Leistungsniveau in den einzelnen Randkreisen war, desto mehr glich sich der Trend der Strukturveränderungen der für Hamburg oder das Bundesgebiet beobachteten Form (Zunahme des Anteils der übrigen Dienstleistungen zu Lasten des warenproduzierenden Gewerbes) an, wie z. B. in den Kreisen Stormarn und Pinneberg. In den Kreisen Segeberg und Hzgt. Lauenburg sowie im Landkreis Harburg stehen starken Anteilrückgängen in der Land- und Forstwirtschaft starke Zunahmen des Anteils der übrigen Dienstleistungen und geringere Anteilzunahmen für das warenproduzierende Gewerbe gegenüber, während im Landkreis Stade alle Bereiche gegenüber der Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe zurücktreten. Als einziger Kreis zeigt Stade einen anteilmäßigen Rückgang der übrigen Dienstleistungen. Außer in Hamburg und im Kreis Stormarn tritt – in Übereinstimmung mit der Bundesentwicklung – eine geringfügige Anteilsabnahme des Bereichs Handel und Verkehr in allen Kreisen des Umlandes auf.

Das Zurückbleiben des Anteils eines Wirtschaftsbereichs bedeutet keinen Rückgang in der Entwicklung selbst, sondern zeigt lediglich, daß die Entwicklung anderer Wirtschaftsbereiche in diesem Gebiet stärker war. Für den Landkreis Stade führte eine Zunahme des Beitrages des Bereichs übrige Dienstleistungen

im Zeitraum 1961/74 wegen der starken Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe zu einem Rückgang des Anteils der übrigen Dienstleistungen. Bei der allgemein schwächeren relativen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg reichte die Veränderung bei den übrigen Dienstleistungen aus, deren Anteil um 8 Prozentpunkte zu steigern.

Hinsichtlich der Strukturveränderung ergeben sich für Hamburg und seine Umlandkreise drei Gruppen.

1. Gebiete mit einem entwickelten sekundären Sektor und einer Strukturverschiebung zugunsten des tertiären Sektors (Hamburg, Stormarn, Pinneberg).
2. Gebiete, in denen der sekundäre Sektor noch in der Ausbauphase ist (Segeberg, Stade).
3. Gebiete, in denen ohne vorherige stärkere Ausbildung des sekundären Sektors der tertiäre Sektor die Anteile der in den Hintergrund tretenden Land- und Forstwirtschaft auf sich zieht (Hzgt. Lauenburg und Harburg).

4. Die Stellung Hamburgs in der Region

Der Anteil Hamburgs am Bruttoinlandsprodukt der Region ging insgesamt um 4 Prozentpunkte von 83 auf 79 % zurück. Der Rückgang war am empfindlichsten beim warenproduzierenden Gewerbe mit 7 Prozentpunkten, wo nunmehr die Umlandkreise mit einem Viertel beteiligt sind. Der Rückgang war weniger groß bei den übrigen Dienstleistungen und beim Handel und Verkehr. Für den Bereich Land- und Forstwirtschaft war die Abnahme kaum spürbar, ein Hinweis auf die Intensität auch der Hamburger Landwirtschaft, die in ihrer Entwicklung nur geringfügig hinter der des Umlandes zurückblieb.

Abgesehen vom Kreis Stormarn konnten alle Kreise ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Region Hamburg erhöhen.

Ihren Anteil am Beitrag der Landwirtschaft vermochten die Kreise Pinneberg, Segeberg und der Landkreis Stade zu erhöhen, wodurch das schleswig-holsteinische Umland den überwiegenden Teil zum Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft in der Region beiträgt.

Kennzeichnend ist, daß die Umlandkreise in Niedersachsen ihren Anteil am warenproduzierenden Gewerbe fast verdreifacht haben, während ihr Anteil an den Bereichen des tertiären Sektors gleich blieb. Für die Umlandkreise in Schleswig-Holstein ist neben der Erhöhung ihres Anteils an der Region beim warenproduzierenden Gewerbe derjenige beim Handel und Verkehr, insbesondere aber bei den übrigen Dienstleistungen, charakteristisch.

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg und im Hamburger Umland im Zeitraum 1961/74 zeigt folgende wesentliche Ergebnisse:

Tab. 5: Die Entwicklung des Beitrages der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt 1961/74
- 1961 = 100 -

Gebiete	Entwicklung des Beitrages der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt			
	Land- u. Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen
Hamburg	168,4	225,9	277,1	375,1
Kreis Pinneberg	221,8	328,7	351,1	535,1
Kreis Segeberg	177,9	515,1	448,2	639,6
Kreis Stormarn	184,1	355,6	434,7	544,8
Kreis Hzgt. Lauenburg	168,2	322,2	252,4	433,0
Umlandkreise in Schleswig-Holstein	183,1	307,5	365,3	534,5
Übriges Schleswig-Holstein	167,8	290,8	253,3	425,4
Schleswig-Holstein insgesamt	171,5	296,5	273,7	446,0
Landkreis Harburg	122,9	370,1	356,9	606,1
Landkreis Stade	173,4	708,6	255,7	370,1
Umlandkreise in Niedersachsen	149,7	567,1	279,4	458,4
Übriges Niedersachsen	162,2	268,7	255,3	396,2
Niedersachsen insgesamt	161,5	273,4	256,0	398,1
Umlandkreise zusammen	171,5	346,2	339,7	511,2
Region Hamburg/Umland	170,7	247,6	283,7	396,2
Bundesgebiet	195,1	282,9	270,0	424,3

Tab. 4:

Der Anteil der Gebietseinheiten am Bruttoinlandsprodukt der Region Hamburg/Umland
nach Wirtschaftsbereichen 1961 und 1974

Gebiete	Anteil der Gebietseinheiten am Bruttoinlandsprodukt insgesamt und am Beitrag der Wirtschaftsbereiche in %									
	Brutto- inlandsprodukt insgesamt		davon im Bereich							
			Land- und Forstwirt- schaft		Warenprodu- zierendes Gewerbe		Handel u. Verkehr		Übrige Dienst- leistungen	
	1961	1974	1961	1974	1961	1974	1961	1974	1961	1974
Hamburg	82,7	78,7	23,4	23,1	81,9	74,7	89,5	87,4	84,5	80,0
Kreis Pinneberg	4,2	5,3	11,8	15,3	4,5	6,0	3,2	3,9	3,8	5,1
Kreis Segeberg	2,2	3,6	15,7	16,3	1,9	4,0	1,4	2,3	2,1	3,4
Kreis Stormarn	4,7	4,6	9,7	9,3	7,2	6,9	1,3	2,0	2,5	3,5
Kreis Hzgt. Lauenburg	2,1	2,3	12,8	12,6	1,7	2,3	1,5	1,3	2,4	2,6
Umlandkreise in Schleswig-Holstein	13,3	15,8	49,9	53,5	15,4	19,1	7,4	9,5	10,8	14,5
Landkreis Harburg	1,6	2,1	12,5	9,0	1,1	1,7	1,1	1,4	1,8	2,7
Landkreis Stade	2,4	3,4	14,2	14,4	1,6	4,5	2,0	1,7	3,0	2,9
Umlandkreise in Niedersachsen	4,0	5,5	26,7	23,4	2,7	6,2	3,1	3,1	4,8	5,5
Umlandkreise zusammen	17,3	21,3	76,6	76,9	18,1	25,3	10,5	12,6	15,5	20,0
Region Hamburg/Umland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1. Der Abstand des wirtschaftlichen Leistungsniveaus, ausgedrückt durch das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, gegenüber dem Bundesdurchschnitt blieb für Hamburg etwa erhalten, verringerte sich jedoch für die Region insgesamt. Innerhalb der Region fand eine relative Angleichung zwischen den Extremwerten statt.
2. Die Wirtschaftsbevölkerung Hamburgs blieb auf dem Stand von 1961 und veränderte sich in den beiden Vergleichsjahren nicht, wogegen sie im Umland um fast ein Drittel zunahm. Die Zunahme in der Region erreichte dennoch nicht den Bundesdurchschnitt.
3. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Umlandkreisen seit 1961 übertraf mit 250 % den Bundesdurchschnitt (200 %); wegen der geringeren Zunahme in Hamburg (170 %) blieb aber die Region (184 %) hinter der Bundesentwicklung zurück.
4. Trotz erheblicher Strukturverschiebungen vom warenproduzierenden Gewerbe zu den übrigen

Dienstleistungen ist nach wie vor der sekundäre Sektor in Hamburg ebenso wie in der Region Hamburg/Umland und im Bund der größte Bereich. Verglichen mit dem Bund ist Hamburg und die Region Hamburg/Umland allerdings vor allem durch einen höheren Anteil des Bereichs Handel und Verkehr und einen geringeren Anteil des warenproduzierenden Gewerbes gekennzeichnet.

5. Eine über den Bundesdurchschnitt hinausgehende Zunahme zeigt die Region in der Land- und Forstwirtschaft (Region 171 %, Bundesgebiet 155 %) und bei Handel und Verkehr (Region 284 %, Bundesgebiet 270 %).
6. Der Anteil der Region Hamburg/Umland am Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebietes verminderte sich im Zeitraum 1961/74 von 6,4 auf 6,1 %. Die Umlandkreise, die ihren Anteil geringfügig steigern konnten, vermochten den Rückgang Hamburgs von 5,3 auf 4,8 % nicht auszugleichen.

Erich Böhm

Fehlbildungen bei Neugeborenen in Hamburg 1971 bis 1975

Allgemeines und Arten der Fehlbildungen

Nachdem Anfang der 60er Jahre bei Neugeborenen eine relativ starke Häufung von Mißbildungen an Gliedmaßen aufgetreten war und man nach eingehenden Untersuchungen auch das mitwirkende Medikament festgestellt hatte, sollten im Hinblick auf künftige Fälle vorsorgliche Maßnahmen getroffen werden. Unter anderem kam es zu einer Erweiterung der statistischen Melde- und Auswertungsverpflichtungen im Ge-

setz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes anlässlich dessen Novellierung im Jahre 1971. Diese Erweiterung legte fest, daß der hinzugezogene Arzt oder die Hebamme für die Angabe von erkennbaren Fehlbildungen bei der Geburt auskunftspflichtig sind. Hierdurch wurde eine statistische Registrierung der äußerlich erkennbaren Fehlbildungen bei Neugeborenen möglich. Plötzlich auftretende Häufungen sollten damit rasch erkannt, Untersuchungen über deren Ur-

sache frühzeitig begonnen und zweckmäßige gesundheitspolitische Maßnahmen kurzfristig getroffen werden können.

Da in Hamburg praktisch alle Entbindungen in Kliniken stattfinden, dürfte die Erfassung von Fehlbildungen verhältnismäßig vollständig sein. Dies zeigt auch ein Vergleich mit Bundeszahlen, die für 1974 und 1975 je 100 000 Geborene 295 bzw. 265 Mißbildungsfälle ausweisen; Hamburg verzeichnet dagegen für beide Jahre jeweils 527 Fälle von Fehlbildungen auf 100 000 Geborene. Die in Hamburg offensichtlich bessere Erfassung der Fehlbildungsfälle als im Bundesdurchschnitt läßt sich zu dem aus der Relation zu den an Fehlbildungen verstorbenen Säuglingen erkennen. Für das Bundesgebiet enthält die Todesursachenstatistik fast doppelt soviel Mißbildungssterbefälle, als Fehlbildungen bei neugeborenen Kindern registriert wurden (1972/73¹⁾). Eine Überprüfung der Hamburger Zahlen ergab dagegen, daß in jedem der untersuchten Jahre die Zahl der an Fehlbildungen gestorbenen Säuglinge deutlich unter der Anzahl der mit Fehlbildungen Geborenen lag (1971 bis 1975: 236 gegen 420).

Die Fallzahlen für die einzelnen Jahre sind nicht sehr groß, so daß für die hier vorgelegte Darstellung ein Zeitraum von fünf Jahren zusammengefaßt wurde. Es handelt sich dabei um die Periode von 1971 – dem Jahr, in dem die Gesamtzahl der Mißbildungen an neugeborenen Kindern erstmals zu erfassen war – bis 1975. In diesem Jahrfünft gab es in Hamburg bei 73 841 Geborenen insgesamt 420 Fälle oder 0,57 % mit Fehlbildungen.

Bei den Arten der Fehlbildungen sind sechs mit insgesamt über 60 % aller vorgekommenen Fälle heraus-

zustellen. Die zahlenmäßig größten sind mit 22 % der Klumpfuß und mit 18 % die Gaumen-/Lippenspalten (u. a. „Hasenscharte“, „Wolfsrachen“); als weitere sind noch nennenswert die Spaltbildungen der Wirbelsäule (Spina bifida) mit 7 %, das vollständige oder teilweise Fehlen der oberen Gliedmaßen mit 6 %, der Mongolismus (Down' Syndrom) mit 5 % und die Ausbildung überzähliger Finger oder Zehen (Polydaktylie) mit 4 %.

Von den 420 Fällen waren 11 Mehrlingsgeburten; das sind 0,72 % aller Zwillings- und Drillingsgeburten. Der höhere Prozentsatz könnte auf eine etwas stärkere Fehlbildungsdisposition bei Mehrlingsgeburten hindeuten. Wesentlich höher noch liegt der Satz bei den 20 Totgeborenen mit Fehlbildungen (3,6 % von 561 Totgeborenen insgesamt).

Ehlich Geborene mit Fehlbildungen nach Ehedauer, Alter der Mutter und Geburtenfolge

Innerhalb des behandelten Zeitraumes kam über ein Viertel der mit Fehlbildungen Geborenen insgesamt in den ersten zwei Ehejahren zur Welt, nach Ablauf von vier Ehejahren war fast die Hälfte der Säuglinge mit Fehlbildungen geboren worden. Bei einem weiteren Drittel waren die Eltern vier bis acht Jahre verheiratet, die Geburt von 15 % fiel in das achte bis fünfzehnte Ehejahr und nach fünfzehn und mehr Ehejahren wurden noch rund 3 % der behinderten Kinder geboren.

Nach der Geburtenfolge ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der in den ersten beiden Ehejahren zur Welt gebrachten Erstkinder mit Fehlbildungen betrug 88 und damit fast die Hälfte der behinderten Erstkinder der Jahre 1971 bis 1975, die Zweitkinder kamen in diesem Zeitraum nur auf 7 %, für diese lag der Schwerpunkt

¹⁾ Vgl. auch Arnold H.: „Ist Contergan vergessen?“ in „Ärztliche Praxis“ v. 28. 9. 1976, S. 2877.

Geborene in Hamburg mit bei der Geburt erkennbaren Fehlbildungen 1971 bis 1975

Pos.-Nr. der ICD 1968	Art der Fehlbildungen	Geborene insgesamt	davon					
			Lebendgeborene			Totgeborene		
			Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen
740	Froschkopf	13	5	3	8	3	2	5
741.0-741.9	Wirbelspalte	28	15	12	27		1	1
749.0	Gaumenspalte	16	8	8	16			
749.1	Lippenspalte	22	15	7	22			
749.2	Gaumenspalte mit Lippenspalte	37	27	10	37			
752.2	Harnröhrenspalte	15	15		15			
754	Klumpfuß	93	45	48	93			
755.0	Polydaktylie	18	12	6	18			
755.2	Vollständiges oder teilweises Fehlen von oberen Gliedmaßen	24	16	8	24			
759.3	Mongolismus	19	6	11	17		2	2
759.9	Nicht näher bezeichnete angeborene Mißbildungen	15	6	7	13	2		2
	Sonstige Fehlbildungen	120	67	43	110	5	5	10
	Geborene mit Fehlbildungen	420	237	163	400	10	10	20
	Geborene ohne Fehlbildungen	73 421	37 475	35 378	72 853	306	262	568
	Geborene insgesamt	73 841	37 712	35 541	73 253	316	272	588

mit 38 Geburten (über 30 %) im vierten bis sechsten Ehejahr ihrer Eltern, von den Drittkindern mit Fehlbildungen wurden die meisten (31 %) im zehnten bis fünfzehnten Ehejahr geboren und von den Viert-(usw.) Kindern 29 % nach fünfzehn und mehr Ehejahren.

Diese Größenordnungen entsprechen relativ zunächst der allgemeinen Geburtenfolge; in den ersten beiden Ehejahren wurden über die Hälfte (54 %) auch der gesunden Erstkinder geboren. Der Schwerpunkt für die „normalen“ Zweitkinder (43 %), Drittkinder (31 %) und Viert-(usw.)kinder (32 %) lag dagegen schon im zweiten bis vierten Ehejahr der Eltern, während die größere Anzahl der mit Fehlbildungen behafteten Dritt- und Viert-(usw.)kinder erst in späteren Ehejahren geboren wurde.

Ein Blick auf das Alter der verheirateten Mütter zeigt, daß mit 0,7 % relativ die meisten Kinder mit Fehlbildungen von den unter 20jährigen Müttern geboren wurden, der Anteil sank bei den 20- bis 30jährigen Müttern auf 0,6 % und bei den 30- bis 40jährigen auf 0,4 %; Mütter, die über 40 Jahre alt waren, verzeichneten bei den Gesamtgeburten ihrer Jahrgänge einen Anstieg des Anteils der mit Fehlbildungen Geborenen auf 0,5 %. Der Durchschnitt lag bei 0,55 %. Betrachtet man die Geburtenfolge nach dem Alter der Mütter, so ergibt sich, daß – genau wie bei den gesunden Erstkindern – auch bei den mit Fehlbildungen behafteten zwei Drittel von 20- bis 30jährigen Müttern geboren wurden und jeweils 23 % von 30- bis 40jährigen Müttern. Über drei Viertel der behinderten Zweitkinder hatten 20- bis 30jährige Mütter; Mütter dieses Alters gebären auch 44 % und Mütter zwischen 30 und 40 Jahren 56 % der Drittkinder mit Fehlbildungen. Behinderte Viert-(usw.)kinder wurden mit jeweils 43 % von 20- bis 30jährigen und 30- bis 40jährigen Müttern geboren.

Die relative Häufigkeit der ehelich Geborenen mit Fehlbildungen in Bezug zu den ehelich insgesamt Geborenen stellte sich hinsichtlich der Geburtenfolge wie folgt dar:

Alter der Mütter von bis unter ... Jahren	Geborene mit Fehlbildungen nach der Gesamtgeburtenfolge				
	1.	2.	3.	4. und weiteres	zu- sammen
	Kind				
	‰				
- 20	0,66	0,03	-	-	0,69
20 - 30	0,30	0,24	0,03	0,03	0,60
30 - 40	0,18	0,13	0,08	0,05	0,44
40 und mehr	0,17	-	-	0,34	0,51

Geborene mit Fehlbildungen nach der Staatsangehörigkeit

Im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums 1971 bis 1975 machte der Anteil der Neugeborenen mit Fehl-

bildungen 0,57 % aller Geborenen aus. Berücksichtigt man nur die Fehlbildungen bei Geborenen deutscher Mütter, so beträgt der Prozentsatz 0,55; setzt man dagegen die Geborenen mit Fehlbildungen ausländischer Mütter in Bezug zu den ausländischen Geborenen überhaupt, so ergibt sich mit 0,67 ein höherer Prozentsatz. Nimmt man die insgesamt 420 Geborenen mit Fehlbildungen als Bezugsgröße, so stellen darunter die Ausländer mit 80 solcher Geborenen 19 %; ihr durchschnittlicher Anteil an der Bevölkerung im Berichtszeitraum belief sich dagegen nur auf 5,9 %. Bei dem Vergleich ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Ausländer im Durchschnitt eine 3,1mal so hohe Geburtenziffer haben wie die Deutschen; im Berichtszeitraum betrug die durchschnittliche Kinderzahl in Hamburg bei den deutschen Einwohnern 7,4 auf 1000 und bei der ausländischen Bevölkerung 23,1 auf 1000. Von den neugeborenen Kindern mit Fehlbildungen entfallen 8,6 % auf Türken. Es folgen die Jugoslawen mit 2,9 % der Geborenen mit Fehlbildungen.

Der Prozentsatz der Fehlbildungen liegt bei den türkischen Kindern recht hoch: An der Gesamtbevölkerung Hamburgs haben die Türken einen Anteil von 1,5 %. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß – auf 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe berechnet – mehr als viermal soviel türkische Kinder wie deutsche geboren wurden, ergäbe das nur einen Anteilssatz von 6,3 % ($1,5 \times 4,2$); tatsächlich stammten aber 8,6 % aller Geborenen mit Fehlbildungen von türkischen Müttern.

Dagegen stimmt die Faustregel: Auf 1000 der Bevölkerung dreimal (hier genau 2,8) soviel ausländische Geborene wie deutsche in etwa bei den Geborenen von jugoslawischen Müttern: $2,8 \times 0,9$ (Anteil der Jugoslawen an der Gesamtbevölkerung) = 2,5 %; ihr Anteil an den behinderten Geborenen beträgt 2,9, liegt also auch im Verhältnis niedriger als bei den Türken.

Die Geborenen anderer Staatsangehörigkeit mit Fehlbildungen sind wegen der geringen Fallzahlen nicht untersucht worden.

Absolut und anteilmäßig wurden die meisten behinderten Kinder von 20- bis 30jährigen Müttern geboren. Bei den Deutschen entfielen auf diese Altersklasse knapp 60 % der Geborenen mit Fehlbildungen, bei den Ausländern 74 %. Greift man die zahlenmäßig am stärksten vertretenen ausländischen Nationen heraus, so zeigt sich, daß bei den Türken drei Viertel und bei den Jugoslawen zwei Drittel ihrer behinderten Babies von Müttern dieser Altersklasse geboren wurden. Dagegen haben ausländische Mütter im Alter von über 40 Jahren im Berichtszeitraum überhaupt keine Kinder mit Fehlbildungen zur Welt gebracht. Angesichts der nur geringen Besetzung dieser Altersklasse bei der ausländischen Bevölkerung ist das nicht erstaunlich; bei Ausländern liegt das Schwergewicht altersmäßig bekanntlich in den jüngeren Jahrgängen.

Hans-Georg Wollenhaupt

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
		1974	1975				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	760,2	763,1	761,4	756,8	758,4	759,2
Lufttemperatur	°C	10,0	10,3	6,4	0,7	1,1	2,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77	74,8	84	83	88	85
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,1	3	3	3	4
Bewölkung	" ⁴⁾	6	5,3	7	6	6,9	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	818	571	50	57	49	143
Sonnenscheindauer	Std.	126,3	147,5	31	45	26	43
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	85	87	15	12	23	14
Tage mit Niederschlägen	"	225	214	23	25	24	28
				August 1976	September 1976	Oktober 1976	Oktober 1975
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	242,4	237,0	229,9	229,5	...	235,3
- Altona	"	250,5	247,4	243,0	242,7	...	246,3
- Eimsbüttel	"	249,7	248,5	248,6	246,5	...	248,8
- Hamburg-Nord	"	326,3	321,6	314,4	313,9	...	319,7
- Wandsbek	"	380,5	383,3	382,4	382,7	...	383,5
- Bergedorf	"	92,6	92,0	91,4	91,4	...	91,9
- Harburg	"	198,9	196,6	196,6	196,8	...	196,7
HAMBURG INSGESAM	"	1 743,1	1 726,4	1 704,3	1 703,5	...	1 722,2
dar. männlich	"	809,4	801,4	790,5	790,2	...	799,8
dar. weiblich	"	933,7	925,0	913,8	913,3	...	922,4
dar. Ausländer ⁷⁾	"	131,2	129,1	131,5	132,0	132,0	128,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	867,2	875	977	846	837	872
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,0	6,1	6,7	6,0	5,8	6,0
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 127,9	1 099	1 180	1 126	1 069	1 026
dar. unehelich	"	104,8	109	135	117	114	102
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,6	8,2	8,0	7,4	7,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	7,8	7,6	8,2	8,0	7,4	7,0
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,4	9,9	11,4	10,4	10,7	10,0
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 107,6	2 175	1 851	1 745	2 341	2 097
dar. im ersten Lebensjahr	"	21,4	19	13	16	14	15
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,5	15,1	12,8	12,5	16,2	14,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,5	15,1	12,8	12,5	16,2	14,3
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	19,0	17,3	11,3	13,8	12,4	14,1
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 979,7	- 1 076	- 671	- 619	- 1 272	- 1 071
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 6,7	- 7,5	- 4,6	- 4,4	- 8,8	- 7,3
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 747	5 546	5 430	5 475	6 884	6 750
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 252	5 839	6 128	5 597	5 903	6 338
* Fortgezogene Personen	"	505	293	698	122	961	412
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	260	146	406	58	761	401
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	245	147	292	64	220	11
dar. männlich	"	245	147	292	64	220	11
dar. weiblich	"	-	-	-	-	-	-
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 080	14 221	10 980	12 263	...	16 033
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 710	1 710	1 731	1 625	1 844	1 921
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 154	1 187	1 194	1 086	1 180	1 233
Niedersachsen	"	1 034	1 046	964	895	1 313	1 345
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	405	409	370	347	420	422
Öbrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 374	1 309	1 148	1 255	1 878	1 866
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 629	1 481	1 587	1 700	1 851	1 618
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 297	2 090	2 214	1 970	2 143	2 204
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 799	1 647	1 704	1 589	1 702	1 667
Niedersachsen	"	1 363	1 246	1 415	1 193	1 268	1 397
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	754	669	730	631	658	659
Öbrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 308	1 147	1 115	1 122	1 179	1 446
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 284	1 356	1 384	1 312	1 313	1 291

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: 30. 9. 76. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1978
		1974	1975				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 608	16 362	15 924	15 896	15 879	16 136
Patienten ³⁾	"	13 023	12 277	13 861	8 728	14 194	13 069
Pflegetage		403 631	386 659	403 509	357 702	405 284	387 085
Bettenausnutzung	%	82,7	80,1	86,8	74,5	84,05	78,88
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 064	3 090	3 139	3 139	3 139	3 139
Patienten ³⁾	"	2 883	2 816	2 826	2 808	2 851	2 786
Pflegetage		81 692	81 023	80 947	82 885	83 369	82 572
Bettenausnutzung	%	91,8	91,5	91,6	90,5	90,82	91,36
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	722 586	909 878	555 675	471 427	627 619	615 167
dar. in Hallenschwimmbädern	"	482 344	506 842	530 213	447 140	605 291	589 613
in Freibädern ⁴⁾	"	498 320	900 765	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	581 757	623 845	724 140	601 838	698 828	695 737
Ausgeliehene Noten	"	7 127	7 991	10 022	7 738	8 631	8 430
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	41 647	42 812	59 143	41 788	42 532	50 825
Besucher der Lesesäle	"	10 424	10 770	11 588	9 311	10 821	12 004
HWHA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 700	4 237	5 020	3 593	3 963	3 363
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 525	3 290	2 867	1 479	2 438	3 934
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 363	1 394	1 251	787	1 009	1 595
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	92 556	82 802	68 808	75 586	76 352	57 052
dav. Hamburger Kunsthalle	"	27 115	9 930	7 455	5 533	8 374	8 826
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	13 462	13 499	12 019	11 265	16 772	10 954
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	7 129	7 735	6 137	5 886	9 277	7 278
Helms-Museum	"	15 439	19 766	5 540	3 348	3 522	4 445
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	14 916	18 415	4 177	2 499	2 589	3 192
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 733	19 636	12 230	14 925	15 688	12 062
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 057	6 846	15 878	27 008	18 004	7 230
Planetarium	"	5 758	3 723	7 856	5 842	4 973	4 999
Bischofshorn	"	1 863	1 667	1 693	1 779	1 742	1 258
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	74 614	78 009	72 356	73 235	54 800	62 014
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	5 215,0	5 746,8	5 234,1	5 324,9	3 831,2	4 440,7
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	69,89	73,67	72,34	72,71	69,91	71,61
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	12 121	26 444	25 573	27 889	31 648	33 401
* dar. männlich	"	7 231	16 637	13 352	14 708	16 850	19 714
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	4 369	9 566	6 545	7 825	9 253	10 728
Technische Berufe	"	889	1 751	1 669	1 662	1 830	2 066
Dienstleistungsberufe	"	6 827	13 074	15 852	16 696	18 771	19 127
2. Arbeitslosen-Quote	%	1,7	3,7	3,7	4,0	4,5	4,8
3. Offene Stellen	Anzahl	13 315	10 656	8 145	7 307	7 271	7 468
4. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	19 727	35 162	33 298	35 996	39 258	41 836
5. Vermittlungen ⁶⁾	"	10 308	7 909	8 695	8 498	8 395	9 318
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 381	3 545	4 296	4 824	4 444	4 688
6. Kurzarbeiter	"	2 289	7 384	884	2 387	3 414	11 147
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 407	1 275	1 062	1 216	1 355	1 337
* dav. an Molkereien geliefert	%	92,5	91,9	88,8	91,3	93,1	93,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	10,4	9,5	10,6	11,8	11,6

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
		1974	1975				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	1 215	969	552	544	523	755
pasteurisiert, lose	"	1 280	6 495	5 914	5 624	5 902	5 925
pasteurisiert, abgepackt	"	6 770	1 522	1 820	2 290	2 272	2 197
ultra-hocherhitzt	"						
Teilentrahmte Milch,	"	141	110	89	83	90	67
pasteurisiert, abgepackt	"	1 389	2 115	2 954	3 251	2 675	2 109
ultra-hocherhitzt	"	65	467	452	570	630	653
Entrahmte Milch	"	433	564	276	257	272	289
Buttermilcherzeugnisse	"	159	207	103	88	116	116
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"						
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	8,3	6,7	8,2	5,7	6,6	6,0
Kälber	"	1,1	0,8	1,9	2,1	1,4	0,3
Schweine	"	28,3	23,9	22,4	20,5	21,7	21,3
Schafe	"	0,6	0,5	1,1	0,5	0,5	0,3
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,5	5,8	6,7	5,4	5,4	5,0
Kälber	"	1,1	0,8	1,9	2,1	1,4	0,3
Schweine ¹⁾	"	28,6	24,1	22,9	20,9	21,8	21,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 831	3 820	3 887	3 297	3 371	3 364
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 997	1 553	1 744	1 414	1 448	1 360
Kälber	"	88	62	180	108	72	26
Schweine	"	2 727	2 185	1 950	1 752	1 832	1 961
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	187	176	168	167
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	114	108	101	99
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	"	17 100	15 583	15 627	15 032
Löhne (brutto)	Mio DM	213	214	261	231
Gehälter (brutto)	"	191	200	267	230
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	5	4	3	3
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 m ³	36 806	34 301	42 345	39 240
Stadt- und Kokerigas	1 000 m ³	1 329	1 152	384	616
Erd- und Erdölgas	1 000 m ³	35 277	33 149	41 961	38 624
Heizölverbrauch	1 000 t	52	46	52	58
leichtes Heizöl	1 000 t	8	8	9	11
schweres Heizöl	1 000 t	44	38	43	47
Stromverbrauch	Mio kWh	257	268	328	310
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	12	12	12	11
Umsatz ⁸⁾ (ohne Mehrwertsteuer)	Mio DM	2 245	2 198	2 387	3 000
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	412	405	410	714
Umsatz ¹⁰⁾ nach Industriegruppen insgesamt	"	2 245	2 198	2 387	3 000
dar. Mineralölverarbeitung	"	479	467	574	527
Maschinenbau	"	154	152	175	258
Elektroindustrie	"	270	265	293	333
Chemische Industrie	"	188	183	188	168
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	651	715	949	835	628	847
Stromverbrauch	Mio kWh	595	724	898	976	1 031	909
Gaserzeugung (brutto)	Mio m ³	26	25	21	26 931	27	33
Vj.-Durchschnitt ¹¹⁾							
		1974	1975	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	4. Vj. 1975
3. Handwerk (Meßziffern ¹²⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	87,4	82,6	83,0	85,8	85,5	81,6
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	122,6	124,5	123,9	130,6	164,1	153,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1974	1975	November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
1. Bauhauptgewerbe ¹³⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 744	31 896	32 840	32 034	...	30 764
dav. Inhaber	"	1 189	1 107	1 173	1 121	...	1 095
Angestellte	"	5 860	5 222	4 963	5 020	...	5 065
Arbeiter ¹⁴⁾	"	29 694	25 567	28 504	25 893	...	24 584
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 791	4 107	4 762	4 100	...	3 345
dav. für Wohnungsbauten	"	1 035	1 051	1 468	959	...	812
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 624	1 386	1 654	1 944	...	1 399
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 832	1 660	1 642	1 197	...	1 134
Löhne (Bruttosumme ¹⁵⁾)	Mio DM	74,3	64,8	82,8	66,1	...	49,6
Gehälter (Bruttosumme ¹⁶⁾)	"	15,9	15,2	19,1	17,7	...	14,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,8	186,4	229,4	454,9	...	110,6
dav. im Wohnungsbau	"	61,7	50,1	50,2	74,3	...	49,0
gewerblich und Industr. Bau	"	70,5	61,3	81,0	170,4	...	27,1
öffentlichen und Verkehrsbau	"	97,7	75,0	97,2	210,2	...	34,5

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien. — ³⁾ bis Dezember 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ab Januar 1977: Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/m³. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungsgesetz.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
		1974	1975				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	151	105	160	107	110
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	81	83	88	78	98	45
Umbauter Raum	1 000 m ³	300	357	133	292	105	336
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	63,9	81,0	33,6	71,6	24,0	77,7
Wohnfläche	1 000 m ²	62	75	27	51	20	80
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	51	54	33	54	19	48
Umbauter Raum	1 000 m ³	384	411	306	319	205	458
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,6	41,1	33,5	75,8	116,2	70,7
Nutzfläche	1 000 m ²	73	76	51	65	30	86
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	837	991	278	661	223	1 051
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	132	109	42	679	85	69
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	86	88	32	450	72	37
Umbauter Raum	1 000 m ³	394	273	60	1 377	141	314
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	75,5	60,9	18,7	301,4	34,4	69,1
Wohnfläche	1 000 m ²	78	58	11	272	31	73
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	63	45	22	239	32	25
Umbauter Raum	1 000 m ³	619	322	290	1 617	200	245
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	104,5	51,0	66,0	303,9	20,2	50,6
Nutzfläche	1 000 m ²	97	60	45	337	43	45
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 079	759	134	3 688	409	966
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	476	420	"	2 110	274	722
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 085	16 000	18 100	15 200	15 000	17 000
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	190	191	191	192	192	191
Wohnungen	"	750	757	762	765	768	758
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	"	2 800	2 831	2 851	2 861	2 863	2 833
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	127,1	136,5	180,8	192,6	...	129,4
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	145,5	159,1	243,9	208,2	...	131,9
Facheinzelhandel	"	121,7	129,7	159,3	189,3	...	128,7
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{1) 2)}							
Mio DM		581	499	525	833	...	622
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	89	73	77	85	...	57
Gewerblichen Wirtschaft	"	492	426	448	748	...	565
dav. Rohstoffe	"	4	4	7	5	...	5
Halbwaren	"	132	90	114	118	...	76
Fertigwaren	"	356	332	327	625	...	484
dav. Vorerzeugnisse	"	64	42	47	60	...	44
Enderzeugnisse	"	292	290	280	565	...	440
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	404	366	386	653	...	464
dar. EG-Länder	"	245	225	230	333	...	342
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	132,4	137,5	156,8	155,7	140,7	134,3
dav. Beherbergungsgewerbe	"	131,5	130,7	169,2	128,2	120,3	112,2
Gaststättengewerbe	"	132,7	139,4	158,8	162,1	146,8	141,0
4. Fremdenverkehr ³⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	115 568	110 977	109 927	82 293	84 000 s	81 943
dar. von Auslandsgästen	"	35 824	35 617	32 518	23 263	22 000 s	21 149
Fremdenübernachtungen	"	224 878	208 097	205 525	150 521	160 000 s	153 482
dar. von Auslandsgästen	"	73 655	65 296	59 797	42 677	42 000 s	41 010

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1978
		1974	1975				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 489	1 480	1 580 s	1 580 s	1 450 s	1 250
Angekommene Schiffe	"	1 559	1 560	1 570 s	1 575 s	1 300 s	1 341
Abgegangene Schiffe	"	4 382	4 015	5 334 p	4 919 p	4 743 p	3 642
Güterverkehr über See	1 000 t	3 644	2 853	4 031 p	3 553 p	3 473 p	2 734
dav. Empfang	"	2 411	2 304	3 437 p	2 896 p	2 787 p	2 171
dav. Massengut	"	1 348	1 196	1 334 p	1 265 p	1 434 p	881
dar. Mineralöle	"	633	549	594 p	657 p	686 p	563
Sack- und Stückgut	"	1 318	1 162	1 303 p	1 388 p	1 270 p	908
Versand	"	606	574	665 p	716 p	645 p	409
dav. Massengut	"	712	588	638 p	650 p	625 p	499
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	419	363	296	310 s	207 s	295
* Güterversand	"	483	422	334	463 s	328 s	472
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 459	5 263	4 773 p	4 426 p	4 619 p	4 555
Fluggäste	"	283 005	291 977	282 971 p	248 430 p	257 926 p	241 620
Fracht	t	2 111,6	2 069,2	2 545,6 p	2 452,4 p	2 126,7 p	2 103,5
Luftpost	"	728,8	692,9	716,8 p	960,4 p	684,4 p	672,7
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 577	26 637	28 101	29 335	...	28 811
Schnell- und Vorortbahnen	"	2 932	2 424	1 807	1 905	...	2 382
Straßenbahn	"	19 681	19 737	21 592	22 561	...	21 459
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	505,5	497,0	512,1	510,9	509,7	496,5
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	454,1	445,7	457,0	456,1	455,2	445,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 453	5 827	5 361	4 734	5 474 p	5 175
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	3 968	5 094	4 943	4 372	5 039 p	4 754
Lastkraftwagen	"	348	283	323	279	311 p	337
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	881	870	1 047	963	875 p	927
* Getötete Personen	"	23	22	33	37	25 p	24
* Verletzte Personen	"	1 145	1 134	1 358	1 240	1 137 p	1 189
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾							
* Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	44 993,2	48 370,5	53 586,9	54 965,6	54 697,8	48 137,0
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	43 416,1	46 067,5	50 820,8	52 090,7	51 823,7	45 777,8
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 112,8	11 606,4	11 566,5	12 135,8	11 759,3	11 041,1
an Unternehmen und Privatpersonen	"			11 453,0	12 027,7	11 669,1	10 637,6
an öffentliche Haushalte	"			113,5	108,1	90,2	403,5
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 613,7	6 470,8	6 751,7	6 860,5	6 772,8	6 496,3
an Unternehmen und Privatpersonen	"			5 236,2	5 300,1	5 219,7	5 141,8
an öffentliche Haushalte	"			1 513,5	1 560,4	1 553,1	1 354,7
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	24 689,6	27 990,3	32 502,6	33 094,4	33 291,6	28 240,4
an Unternehmen und Privatpersonen	"			25 769,1	27 213,1	27 224,7	24 378,0
an öffentliche Haushalte	"			5 733,5	5 881,3	6 066,9	3 862,3
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	31 446,9	34 405,7	36 156,7	37 249,3	36 088,3	33 097,0
Sichteinlagen und Termingelder	"	20 565,6	21 526,1	23 058,2	23 566,0	22 487,1	20 153,3
von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 189,2	16 297,6	17 439,0	17 792,2	16 696,9	15 026,8
von öffentlichen Haushalten	"	5 397,4	5 228,5	5 620,2	5 773,8	5 790,2	5 126,4
Spareinlagen bei Sparkassen	"	10 881,3	12 879,6	13 098,5	13 883,3	13 601,2	12 943,7
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	7 180,0	8 206,7	8 311,6	8 708,1	8 649,8	8 231,1
Lastschriften auf Sparkonten	"	634,1	791,1	724,8	1 372,6	995,9	944,4
Lastschriften auf Sparkonten	"	564,7	624,6	641,1	787,7	1 078,1	897,5
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	14	15	20	33	27	24
* Vergleichsverfahren	"	1			1		
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	567	463	465	365	288	399
* Wechselsumme	Mio DM	3,7	3,8	3,6	1,6	2,0	3,0

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufende Kredite. — ⁸⁾ ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

⁹⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
		1974	1975				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 169	19 601	19 967	23 976	15 773	17 791
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 536	3 575	3 915	3 601	3 509	3 342
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 469	1 466	1 443	1 756	1 515	1 517
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	612	595	730	642	573	477
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ¹⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	159	158	157	157	157	155
Grundkapital	Mio DM	6 415	6 872	7 190	7 207	7 207	7 031
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 657	7 106	7 985	8 054	8 115	7 424
Stammkapital	Mio DM	5 838	6 177	6 662	6 666	7 078	6 513
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio DM	884,6	880,8	789,2	1 715,0	-	-
Steuern vom Einkommen	"	535,8	518,3	404,0	1 330,7	-	-
Lohnsteuer ²⁾	"	317,4	318,9	352,9	711,1	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	"	104,4	128,6	38,1	375,0	68,7	65,9
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	60,1	28,1	5,6	17,2	23,6	8,3
Körperschaftsteuer ³⁾	"	53,8	42,7	7,4	227,3	-	-
Steuern vom Umsatz	"	348,8	362,5	385,2	384,3	480,6	406,6
Umsatzsteuer	"	165,7	169,3	167,8	127,8	226,9	202,9
Einfuhrumsatzsteuer	"	183,1	193,2	217,4	256,5	253,8	203,6
Bundessteuern	"	884,6	904,3	855,1	1 432,6	353,8	361,8
Zölle	"	60,0	58,6	71,7	72,1	66,9	58,3
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	798,0	824,4	762,5	1 334,7	264,6	284,3
Landessteuern	"	45,1	47,8	92,4	52,6	35,1	39,6
Vermögensteuer	"	19,1	18,5	60,7	14,1	2,7	1,9
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,6	12,5	11,1	14,3	15,2	14,9
Biersteuer	"	3,0	2,9	2,8	2,9	2,8	3,2
Gemeindesteuern	"	103,6	114,1	246,3	105,5	-	-
Grundsteuer A ⁴⁾	"	0,1	0,0	-	0,8	-	-
Grundsteuer B ⁴⁾	"	10,8	12,2	17,3	25,6	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	76,9	83,7	224,2	74,8	-	-
Lohnsummensteuer	"	15,5	17,7	4,7	4,2	-	-
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 375,9	1 413,1	1 295,5	2 334,9	911,8	842,7
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	255,2	245,7	174,6	589,3	226,3	200,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	221,3	247,4	265,8	265,2	331,6	280,5
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	-	47,8	-	-
Steuereinnahmen des Landes	"	317,4	299,5	281,8	761,4	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	213,0	200,9	174,6	574,3	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	44,8	35,1	14,8	86,7	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	-	47,8	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	127,4	138,9	301,1	161,9	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁵⁾	"	47,7	52,2	224,2	20,9	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	53,0	56,3	54,7	152,1	-	-
		Vj.-Durchschnitt 1975	Vj.-Durchschnitt 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	4. Vj. 1975
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		2 203,0	2 421,1	2 253,4	2 180,6	2 768,2	2 493,7
dar. Personalausgaben	"	971,2	1 000,1	967,0	941,8	1 066,6	1 020,6
Bauinvestitionen	"	176,8	164,4	162,8	185,4	201,8	201,5
dar. für Schulen	"	46,2	40,1	37,7	48,1	51,8	57,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	17,9	10,5	8,7	9,3	13,5	18,0
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	13,9	8,8	8,9	9,6	11,6	17,9
Straßen	"	25,3	20,7	15,9	19,8	36,5	41,1
Wasserstraßen und Häfen	"	16,8	22,3	38,9	26,8	2,2 ⁶⁾	- 13,2 ⁶⁾
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	197,3	367,2	409,4	259,3	230,9	262,5
Zuführung an Rücklagen	"	9,2	1,5	0,0	-	6,1	36,7
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio DM		2 171,4	2 478,1	2 416,8	2 194,4	2 854,2	2 415,6
dar. Steuern	"	1 315,4	1 425,4	1 373,6	1 369,3	1 780,0	1 526,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	62,3	70,5	103,9	41,0	98,5	101,8
Gebühren, Beiträge usw.	"	278,6	299,3	278,2	316,1	293,7	265,1
Entnahme aus Rücklagen	"	30,3	22,4	1,0	0,0	- 15,7	2,3
Schuldenaufnahme	"	283,3	423,4	488,2	253,3	382,7	267,6
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁷⁾							
Mio DM		7 567,3	8 359,3	7 985,8	8 080,1	8 359,3	7 567,3
dar. am Kreditmarkt	"	6 239,6	7 029,6	6 677,2	6 778,6	7 029,6	6 239,6
bei Gebietskörperschaften	"	717,2	738,9	709,1	708,5	738,9	717,2

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁴⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ⁵⁾ einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. — ⁶⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁷⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — ⁸⁾ Die von der Unterelbe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1976: rund 31 Mio DM, 1975: rund 44 Mio DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1976	August 1976	November 1976	November 1975
		1974	1975				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk	1970 = 100	145,6	151,7	158,7	160,9	161,8	153,2
Wohngebäude insgesamt	"	145,7	152,0	158,9	161,3	162,3	153,5
dav. Einfamiliengebäude	"	148,3	152,8	159,8	161,9	162,7	154,1
Mehrfamiliengebäude	"	142,6	147,7	153,7	155,9	156,7	148,7
Gemischt genutzte Gebäude	"	142,1	147,1	153,5	155,4	156,4	148,2
Bürogebäude	"	137,2	141,7	147,1	149,8	150,9	143,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	"						
				Januar 1976	April 1976	Juli 1976	Juli 1975
Löhne und Gehälter 1)							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
* Bruttowochenverdienste	DM	480	503	509	522	536	511
männliche Arbeiter	"						
darunter	"						
Facharbeiter	"	506	529	531	547	559	537
weibliche Arbeiter	"	303	319	331	339	350	328
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	292	308	323	324	334	317
* Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	11,01	11,72	11,95	12,20	12,55	11,88
darunter	"						
Facharbeiter	"	11,55	12,24	12,44	12,70	13,06	12,42
weibliche Arbeiter	"	7,40	7,99	8,14	8,33	8,58	8,10
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	7,09	7,63	7,82	7,92	8,12	7,80
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
* männlich	"	2 451	2 704	2 813	2 847	2 903	2 730
* weiblich	"	1 767	1 939	2 006	2 043	2 096	1 959
Technische Angestellte und Meister							
* männlich	"	2 545	2 743	2 789	2 869	2 934	2 782
* weiblich	"	1 709	1 848	1 895	1 940	1 996	1 869
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
* männlich	"	2 217	2 384	2 477	2 545	2 573	2 397
* weiblich	"	1 549	1 700	1 777	1 815	1 851	1 708
				November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 559	12 544	14 490	15 685	11 878	10 788
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	5	7	1	4
Körperverletzung	"	454	458	484	451	454	483
Raub, räuberische Erpressung	"	108	112	97	169	115	67
Diebstahl	"	7 332	7 819	9 426	9 840	7 127	6 505
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 794	3 995	5 215	5 203	3 626	3 261
Betrug und Untreue	"	1 294	1 553	1 743	2 239	1 688	1 194
Außerdem:	"						
Verkehrsvergehen	"	1 676	1 629	1 760	1 713	1 536	1 583
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	9 863	8 707	5 913	5 581	5 537	4 962
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	438	519	645	650	753	706
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 518	30 764	40 632	39 536	36 013	29 831
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	14 550	15 149	16 033	18 164
dav. Feualarme	"	494	500	466	495
dar. bekämpfte Großbrände	"	15	13	8	12
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	117	124	105	160
Rettungswageneinsätze	"	13 166	13 710	14 608	14 090
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 832	2 719	2 932	2 989
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 763	1 777	1 820	1 845
Hilfeleistungen aller Art	"	898	940	959	3 579
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	129	175	136	1 828

1) Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 2. UND 1. VJ. 1976

Großstädte		Bevölkerung						Arbeitsmarkt			Industrie ⁷⁾			
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 913	27 801	11 351	193 026	98	6 355	3 231
	1. Vj.	1 976	4 473	10 281	- 5 808	12 770	15 878	- 8 916	36 111	8 109	193 058	97	6 239	3 157
Hamburg	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 502	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
	1. Vj.	1 713	3 492	6 002	- 2 510	14 441	16 183	- 4 252	30 206	8 943	170 247	99	6 166	3 599
München	2. Vj.	1 311	2 485	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
	1. Vj.	1 313	2 450	3 525	- 1 075	15 592	16 081	- 1 564	25 566	6 986	174 078	133	5 934	4 519
Köln	2. Vj.	1 012	2 250	2 767	- 517	10 509	11 173	- 1 181	17 347	4 793	137 738	136	6 444	6 367
	1. Vj.	1 013	2 471	2 839	- 368	11 070	11 310	- 608	21 018	3 912	137 271	136	6 048	5 969
Essen	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 459 ⁷⁾	2 155
	1. Vj.	679	1 341	2 532	- 1 191	4 072	5 201	- 2 320	13 529	1 983	54 877 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 570 ⁷⁾	2 312
Düsseldorf	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553		151	3 162	4 815
	1. Vj.	661	1 361	2 155	- 794	7 627	9 461	- 2 628	12 025	3 532		99 690		
Frankfurt/M.	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁸⁾	8 716 ⁸⁾	108 845	171	3 571	5 610
	1. Vj.	640	1 327	2 082	- 755	9 390	10 988	- 2 331	18 680 ⁸⁾	7 042 ⁸⁾	109 503	171	3 285	5 129
Dortmund	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 586
	1. Vj.	624	1 230	2 034	- 804	4 011	5 086	- 1 879	14 176	1 982	68 184	109	1 512	2 421
Stuttgart	2. Vj.	590	1 330	1 586	- 256	8 342	12 733	- 4 647	5 926	8 241	124 429	211	5 083	8 620
	1. Vj.	594	1 384	1 723	- 339	9 154	11 693	- 2 878	7 244	4 620	125 167	211	4 813	8 098
Bremen	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 885	5 054
	1. Vj.	572	1 249	1 898	- 647	5 669	5 793	- 771	12 920	2 510	77 862	136	2 608	4 558
Hannover	2. Vj.	557	1 088	1 862	- 774	6 763	7 938	- 1 949	16 390 ⁸⁾	5 080 ⁸⁾	92 776	167	2 777	4 984
	1. Vj.	559	1 188	1 847	- 659	7 046	8 130	- 1 743	18 641 ⁸⁾	5 074 ⁸⁾	92 272	165	2 787	4 985
Duisburg	2. Vj.	596	1 317	1 950	- 633	4 353	5 775	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 041
	1. Vj.	598	1 374	1 982	- 608	4 203	5 639	- 2 044	10 056	2 255	101 036	169	3 456	5 777
Nürnberg	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 731
	1. Vj.	497	1 060	1 652	- 592	5 018	6 318	- 1 892	12 555	2 528	94 671	190	1 678	3 376

Großstädte ⁸⁾		Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁶⁾	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	13 148 p	464 p	236	722	4 769	289	1 742	306	156	836	3 581	4 553	145 391	56 283	
	1. Vj.	8 827	426	216	580	4 937	282	1 170	206	104	569	2 914	3 704	175 267	81 245	
Hamburg	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	578	378	222	714	2 708	3 564	236 362	160 955
	1. Vj.	8 698	316	184	414	2 611	152	1 548	383	273	159	510	2 524	3 280	294 306	157 241
München	2. Vj.	11 952	471	359	327	1 094	158	655	405	556	424	1 104	1 015	2 514	148 995	100 743
	1. Vj.	7 991	407	310	251	881	225	2 192	441	489	372	954	1 398	1 822	156 476	104 445
Köln	2. Vj.	5 734	284	280	350	1 671	108	825	345	187	185	321	1 307	1 655	157 523	76 498
	1. Vj.	5 678	272	258	445	2 364	112	1 178	135	189	187	415	1 110	1 377	128 408	20 049
Essen	2. Vj.	4 735	193	284	187	526	96	434	196	43	63	92	807	1 023	82 053	45 438
	1. Vj.	4 093	255	375	153	623	68	306	151	43	63	92	669	846	65 941	11 909
Düsseldorf	2. Vj.	5 500	273	415	140	380	67	709	162	246	319	932	1 197			
	1. Vj.	4 800	254	385	155	926	70	167	164	238	317	836	1 037			
Frankfurt/M.	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	178	263	301	473	571	1 074	1 340	203 532	58 662
	1. Vj.	5 987	242	378	130	1 259	20	353	49	263	411	507	965	1 189	253 653	15 776
Dortmund	2. Vj.	4 595	179	288	319	691	152	745	294	38	61	70	905	1 148	35 392	64 464 ⁷⁾
	1. Vj.	3 919	225	477	269	1 494	210	1 023	369	42	67	68	799	1 021	41 235	8 378 ⁷⁾
Stuttgart	2. Vj.	6 115	224	380	121	462	57	366	434	116	196	255	773 p	1 031 p	93 609	57 864
	1. Vj.	5 219	254	428	109	348	43	469	152	101	169	222	616 p	782 p	100 128	37 555
Bremen	2. Vj.	4 321	191	335	365	844	79	249	161	82	143	151	903	1 055	69 638	41 145
	1. Vj.	3 263	168	294	185	708	68	167	238	59	102	115	784	905	69 345	40 717
Hannover	2. Vj.	4 613	224	401	135	597	32	215	123	110	198	184	957	1 203	60 521	46 838
	1. Vj.	3 579	154	275	103	708	72	355	204	89	159	151	847	1 074	75 770	4 652
Duisburg	2. Vj.	3 529	147	247	103	336	75	416	139	17	29	39	839	1 035	25 234	61 116
	1. Vj.	3 029	112	167	104	795	39	223	116	17	29	38	800	925	44 164	37 409
Nürnberg	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	231	205	577	767	75 994	36 685
	1. Vj.	2 953	111	224	186	341	65	251	106	89	179	187	472	567	64 009	44 094

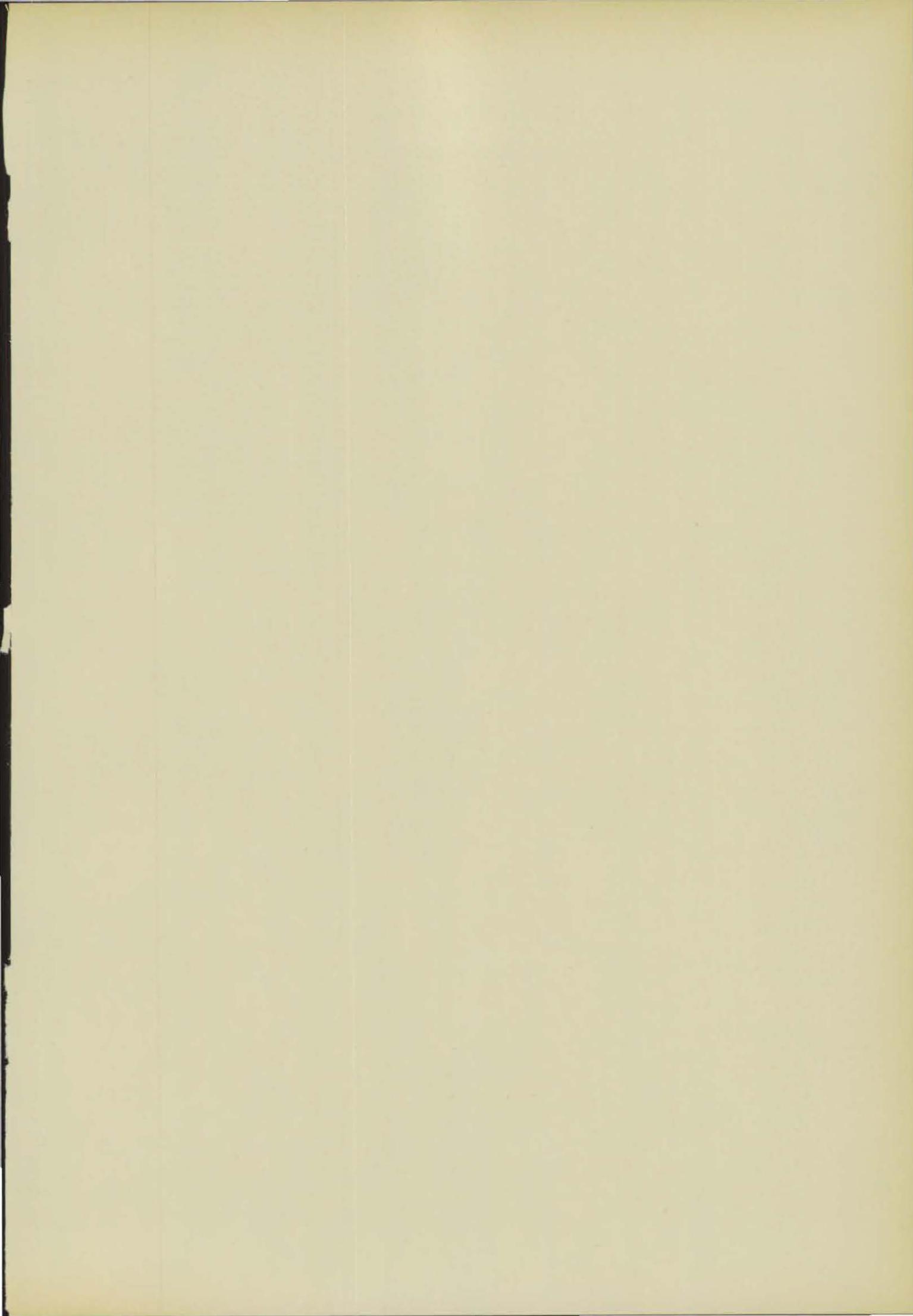
1) jeweils Quartalsende. - 2) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. - 3) ohne Mehrwertsteuer. - 4) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - 5) einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - 6) nach dem neuesten Gebietsstand. - 7) ohne Bergbau. - 8) im Arbeitsamtsbezirk. - 9) nur Einkommensteuer.

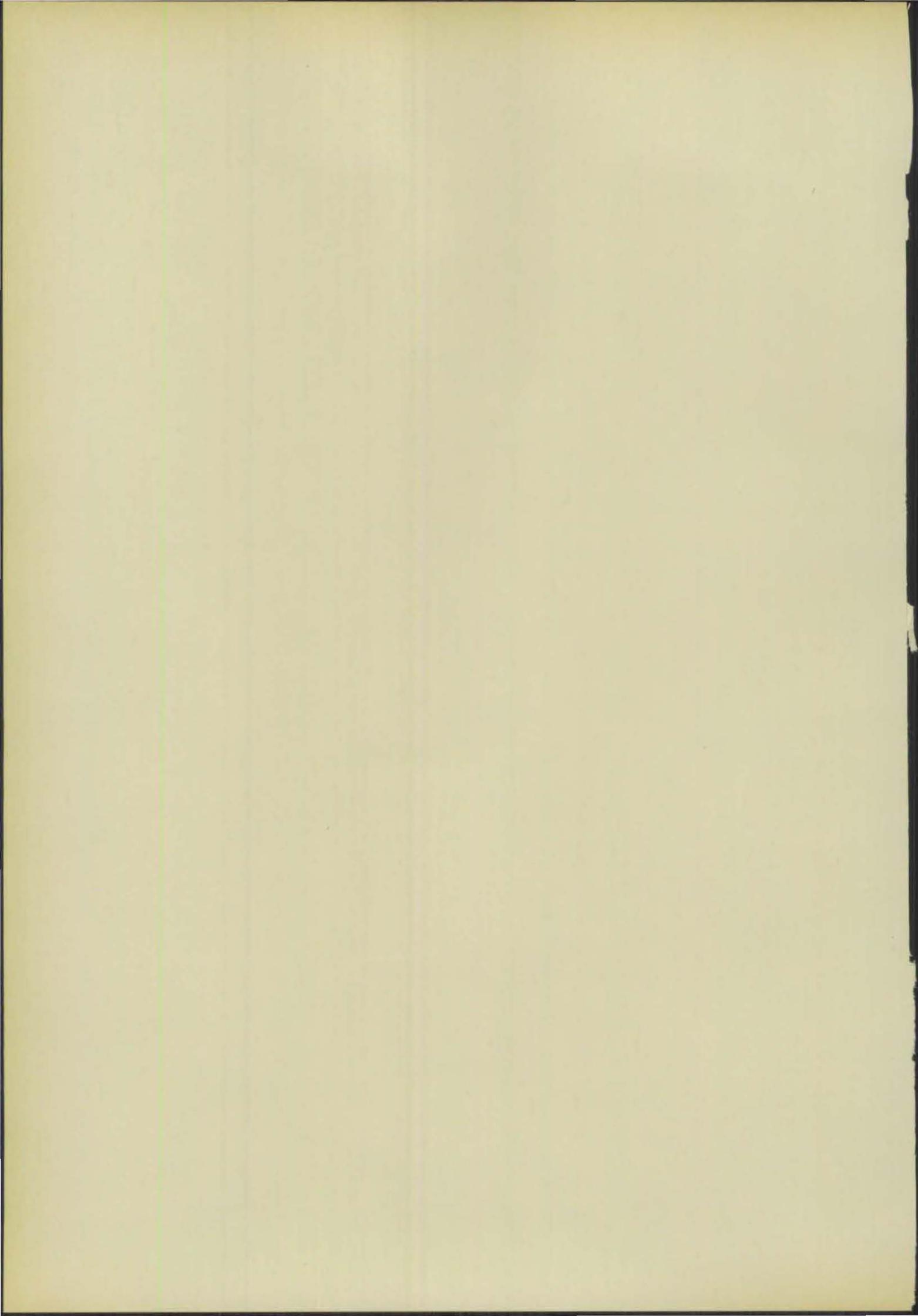
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
		1974	1975				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054,0	61 785 p	61,6
Eheschließungen	auf 1 000	6,1	6,2	6,4	4,8	...	5,9
Lebendgeborene	Einw. und	10,1	9,7	9,1	9,4	...	9,8
Gestorbene	1 Jahr	11,7	12,0	10,9	12,1	...	12,7
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	582 000	1 074 217	943 686	984 699	1 089 935	1 223 396
Arbeitslosen-Quote	%	2,6	4,7	4,1	4,3	4,8	5,3
Offene Stellen	Anzahl	315 000	236 174	221 103	202 065	195 879	168 448
Kurzarbeiter	"	292 000	773 334	138 958	167 663	213 767	748 468
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 144	7 616	7 483	7 478	7 400 p	7 438
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	870	778	819	822	786	730
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	62 450	61 155	71 919	72 494	77 000 p	66 134
der. Auslandsumsatz	"	15 097	14 409	17 210	17 287	20 700 p	16 749
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	111,5	104,5	119,3	123,9	111,8 p	109,5
Verarbeitende Industrie	"	110,6	103,2	118,6	122,7	109,7 p	108,0
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	116,0	101,6	116,3	116,8	103,8 p	99,1
Investitionsgüterindustrie	"	107,2	102,1	117,0	123,5	114,4 p	113,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	107,7	101,9	121,0	124,4	105,3 p	104,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	113,7	114,0	127,4	133,4	116,1 p	117,4
Bauindustrie	"	104,8	93,8	111,0	105,8	77,7 p	79,1
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 352	1 211	1 202	1 200	...	1 184
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	173	153	169	164	...	123
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 280	6 021	6 947	7 650	...	9 838
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	34 775	30 654	28 386	27 182	27 016	29 741
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	50 341	36 326	27 483	30 027	...	189 455
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	136,6	149,2	168,4	177,2	218,6	201,5
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	146,3	142,2	160,5	160,7	166,9	153,4
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	13 242	11 248 p	11 798
dav. Empfang	"	9 935	8 619 p	9 163
Versand	"	3 307	2 629 p	2 635
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	157 356	193 544	202 553	192 930	168 782	148 245
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	27 580	28 117 p	32 082 p	31 215 p	31 022 p	27 135
Getötete Personen	"	1 217	1 235 p	1 351 p	1 338 p	1 329 p	1 287
Verletzte Personen	"	37 255	38 118 p	42 830 p	40 677 p	41 584 p	36 503
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 997	5 933	6 741	6 711	12 077 p	10 570
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 233	2 333	949	639	7 756 p	6 768
Körperschaftsteuer	"	867	838	171	257	3 857 p	2 579
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	4 326	4 507	4 647	5 190	5 273 p	5 083
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	129,4	135,5	142,4	142,1	142,1	136,3
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	144,8	142,3	151,5	151,6	152,2	147,4
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	131,4	136,5	142,2	141,8	141,6	137,4
Preisindex für Wohngebäude ²⁾ insgesamt	1970 = 100	135,6	138,9	...	145,7
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ³⁾	1970 = 100	126,3	134,7	141,5	141,8	142,5	137,1
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	123,5	130,1	136,2	136,9	138,4	131,7
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,01	10,40	10,69	10,94	11,19	10,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,6	41,2	40,8	41,9	42,5	41,7

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

40 Jahre Groß-Hamburg-Gesetz

Am 1. April 1937 ist das „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen“ in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten. Vor 40 Jahren sind die Stadtkreise Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg sowie zahlreiche Gemeinden – vornehmlich Lokstedt, Teile des Alstertals von Wellingsbüttel bis Duvenstedt, ferner Stellschoop, Bramfeld, Rahlstedt, Billstedt und Lohbrügge, außerdem südlich der Elbe die an Harburg grenzenden Gemeinden von Neuland bis Marmstorf und weiter westlich die Gebiete von Neugraben bis Cranz – von Preußen auf das Land Hamburg übergegangen. Die bis dahin hamburgischen Städte Geesthacht, Cuxhaven (mit einigen Nachbargebieten) und die Gemeinde Groß Hansdorf/Schmalenbeck kamen zu Preußen.

Durch die von Preußen übergebenen Gebiete, die noch bis zur Schaffung der Einheitsgemeinde „Hansestadt Hamburg“ im Jahr 1938 selbständige Gemeinden blieben, vergrößerte das Land Hamburg seine Bevölkerung um rund 500 000 auf nahezu 1,68 Millionen – eine Einwohnerzahl, wie sie die Stadt nach einem mehrfachen Auf und Ab in der Bevölkerungsentwicklung heute ebenfalls in etwa hat.

Die alt-hamburgischen Gebiete innerhalb der gegenwärtigen Stadtgrenzen sind hauptsächlich der Bezirk Mitte (ohne Billstedt), das Kerngebiet Eimsbüttel sowie die Bezirke Nord und Bergedorf (ohne Lohbrügge). In diesen Gebieten lebten 1937 rund 1,2 Millionen Einwohner; zur Zeit haben dort nur noch gut 700 000 Menschen ihre Wohnungen.

Geburtenzahl steigt wieder

Erstmals seit zehn Jahren lag 1976 die Zahl der Geburten in Hamburg wieder höher als im vorangegangenen Jahr. Über drei Prozent mehr Hamburger als 1975 sind im letzten Jahr geboren worden. Genau 13 601 Kinder von Hamburger Eltern haben 1976 das Licht der Welt erblickt. Die Anzahl der deutschen Neugeborenen hat sich dabei um knapp fünf Prozent auf 11 307 erhöht, die Zahl der Geburten von Ausländern ist um knapp vier Prozent auf 2 294 gesunken.

Innerhalb von zehn Jahren 30 Prozent mehr Krankenschwestern und -pfleger

Im Hamburger Gesundheitswesen gab es Anfang des Jahres 1976 über 6 700 Krankenschwestern und 700 Krankenpfleger. Gegenüber 1966 ist die Zahl dieser für die Krankenbetreuung tätigen Frauen und Männer um 30 Prozent gestiegen. Auch die Zahl der in der Ausbildung befindlichen Schwesternschülerinnen und Pflegeschüler hat ständig zugenommen. Waren es vor zehn Jahren noch knapp 1 100, so hat sich diese Zahl bis 1976 um 60 Prozent auf über 1 700 erhöht.

Da während des genannten Zeitraums die Zahl der Krankenhausbetten mit rund 20 000 praktisch unverändert geblieben und die Anzahl der Pflegetage auf zuletzt 5,8 Millionen leicht gesunken ist, bedeutet die Zunahme des Kran-

kenpflegepersonals im Hinblick auf die Patientenbetreuung eine beachtliche zahlenmäßige Verbesserung.

Geringere Fahrgastzahlen bei öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Bahnen, Busse und Schiffe des öffentlichen Nahverkehrs im Raum Hamburg wurden 1976 von 587 Millionen Fahrgästen benutzt. Wie bereits 1975, als sich die Zahl der Fahrgäste um drei Prozent verringert hatte, ist auch für das vergangene Jahr ein leichter Rückgang (– 1,5 Prozent) zu verzeichnen. Bei der Straßenbahn, deren Streckennetz ebenso wie die Buslinien der Deutschen Bundesbahn weiter eingeschränkt wurde, ergab sich allein ein Minus von acht Millionen Beförderungsfällen. Lediglich der Busverkehr der Hamburger Hochbahn konnte mit einem geringen Zuwachs abschließen, vorwiegend bedingt durch die Übernahme der Verkehrsbedienungen ehemaliger Straßenbahnstrecken.

54 Prozent des Beförderungsaufkommens entfielen 1976 auf Schnell- und Vorortbahnen, 41 Prozent auf Busse und nur noch etwas mehr als drei Prozent auf Straßenbahnen.

Weniger Kühe – mehr Milch

Die 3 700 Milchkühe in den Hamburger Betrieben lieferten im Jahr 1976 mehr als 15 500 t Milch. Damit stieg die Milchproduktion gegenüber dem Vorjahr leicht an, obwohl die Zahl der Kühe um acht Prozent rückläufig war. Mit einer durchschnittlichen Jahresleistung von fast 4 200 kg je Kuh wurde 1976 das beste Ergebnis seit 1970 erreicht. 94 Prozent der Milch wurde an Molkereien abgeliefert.

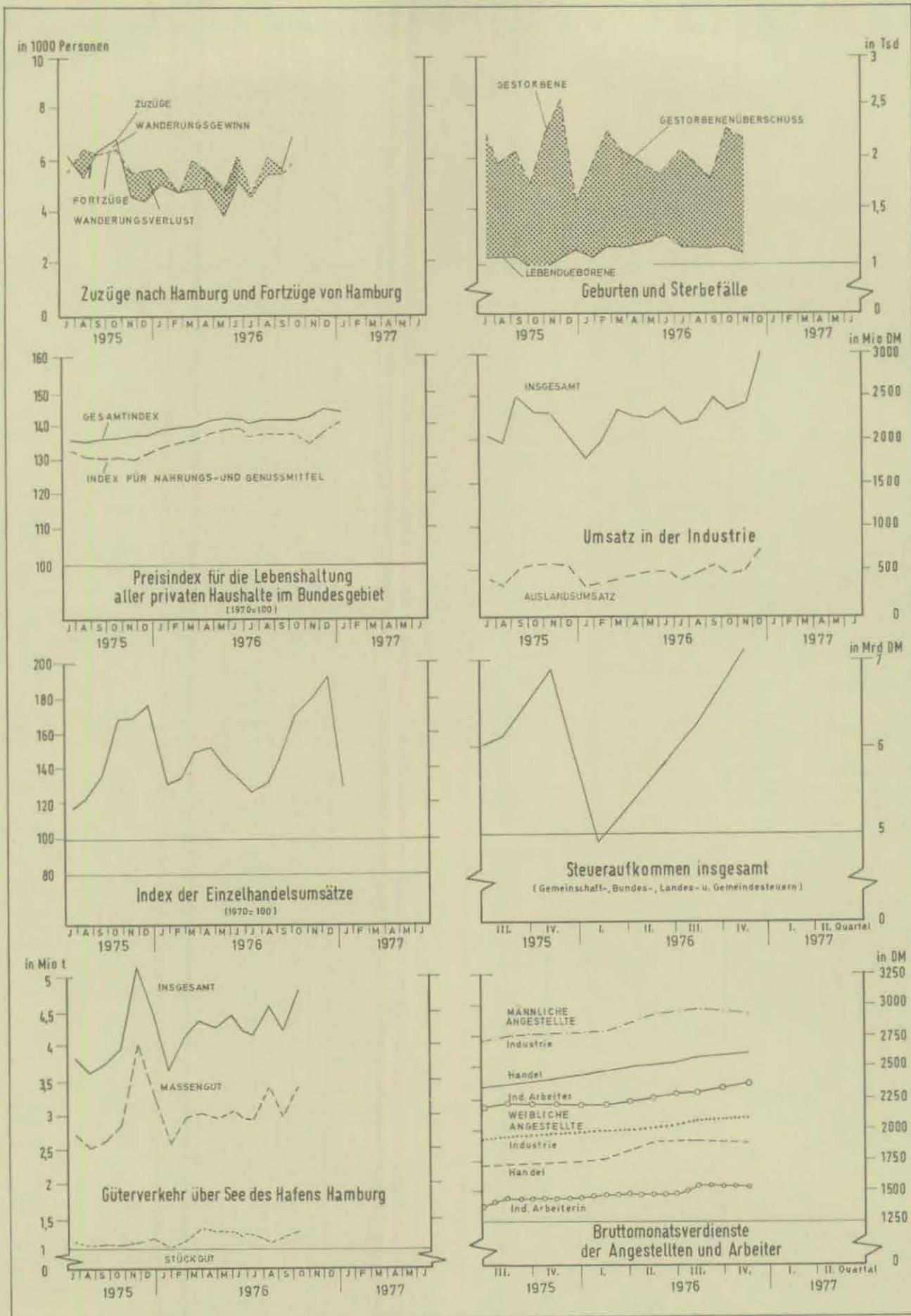
Unter Einbeziehung der Zulieferungen von Milch aus dem Umland wurden in Hamburg insgesamt 152 000 t Trinkmilch produziert, die überwiegend zu Vollmilch (70 Prozent) und zu teilentrahmter Milch (20 Prozent) weiterverarbeitet wurde. Aus dem Rest wurden entrahmte Milch, Buttermilch- und Sauermilcherzeugnisse hergestellt.

Getreidetransit in die Comecon-Staaten fast verdoppelt

Im Jahr 1976 wurden 5,5 Mio. t Getreide, Ölrüchte und Ölkuchen im Transitverkehr über den Hamburger Hafen in Länder des Comecon befördert; dies waren 64 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ergab sich ausschließlich aus erhöhten Getreideanlandungen. Während bei Ölrüchten und Ölkuchen keine nennenswerten Veränderungen zu verzeichnen waren, hat sich das Umschlagsvolumen beim Getreide fast verdoppelt; beim Weizen erreichte die Menge sogar mehr als das Dreifache von 1975.

Hauptempfänger blieb weiterhin die DDR mit einem Anteil von 79 Prozent; nach einigen Jahren der Stagnation trat 1976 auch die CSSR verstärkt als Bestimmungsland auf. Als Lieferant für Getreide, Ölrüchte und Ölkuchen liegen die USA mit einem Anteil von 79 Prozent nach wie vor weit an der Spitze.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Standortverlagerungen Hamburger Industriebetriebe seit 1965

In der öffentlichen Diskussion über die industrielle Entwicklung im Wirtschaftsraum Hamburg wird immer wieder auf das Problem der Betriebsverlagerungen hingewiesen. Die amtliche Industrieberichterstattung¹⁾ signalisiert seit langem eine kontinuierliche Abnahme der Zahl der Betriebe und Beschäftigten, eine Entwicklung, die nicht nur für Hamburg, sondern für fast alle Großstädte der Bundesrepublik charakteristisch ist. Schon eine erste, grobe Analyse dieses Beschäftigtenrückgangs in der Industrie zeigt sehr deutlich, daß neben konjunkturellen Einflüssen, strukturellen Wandlungen sowie den ständigen Rationalisierungsbemühungen der Wirtschaft die Wanderung von Betrieben aus den Städten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt.

Methodische Probleme

Leider steht trotz des verhältnismäßig gut ausgebauten Systems der Industriestatistik spezielles Zahlenmaterial für eine umfassende Analyse aller Ursachen von Beschäftigungsveränderungen in der Industrie nicht zur Verfügung. In Hamburg lassen sich jedoch einige quantitative Informationen über Zu- und Abwanderungen von Betrieben seit 1965 aus den Aufzeichnungen entnehmen, die normalerweise nur zur laufenden Beobachtung des Berichtskreises zur monatlichen Industrieberichterstattung benötigt werden. Allerdings sind diese Teilinformationen mit methodischen Besonderheiten behaftet, deren Kenntnis zur korrekten Interpretation notwendig ist:

- Den Abwanderungszahlen liegen die Erklärungen der Betriebe über den Zeitpunkt und den Zielort ihrer Standortverlagerungen zugrunde. Als Arbeitsplatzverlust wurde in diesen Fällen der Beschäftigtenhöchststand der letzten zwölf Monate genommen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß derartige Betriebsverlagerungen häufig schrittweise über eine längere Zeit vor sich gehen. Bei Zuwanderungen konnte dagegen aus technischen Gründen nur die Zahl der Beschäftigten im Augenblick der Produktionsaufnahme berücksichtigt werden. Insofern steht einem Beschäftigtenhöchststand bei den Abwanderungen eine relativ niedrigere Beschäftigtenzahl bei den Zuwanderungen gegenüber, die de facto häufig schon nach kurzer Zeit durch Betriebsausweitungen aufgestockt wurde.
- Insbesondere bei Mehrbetriebsunternehmen ist in der Regel nicht mit letzter Sicherheit zu klären, ob sich hinter einem Abgang aus dem Berichtskreis lediglich die Stilllegung der Hamburger Produktion eines auswärtigen Unternehmens oder eine echte Betriebsverlegung mit anschließender Neueröffnung außerhalb Hamburgs verbirgt. Bisweilen stellt sich auch die geplante Umsiedlung als nicht durchführbar heraus, oder die neuen Produktionsstätten werden bereits nach kurzer Zeit geschlossen bzw. abermals verlagert. Trotz der Mithilfe

der benachbarten Statistischen Landesämter war nicht für alle Fälle eine abschließende Klärung möglich. Unter dem Begriff Abwanderung wird daher sowohl die Verlegung Hamburger Produktionsstätten in das übrige Bundesgebiet oder West-Berlin verstanden als auch die Übernahme der hiesigen Produktion durch dort bereits bestehende Betriebsstätten desselben Unternehmens. Einbezogen wurde allerdings auch die Verlagerung einiger großer Betriebsteile. Ähnliche Probleme treten – wenn auch in geringerem Umfang – bei den Zuwanderungen auf.

- Neugründungen von Unternehmen sind in den Zuwanderungszahlen nicht enthalten. Insofern konnte auch die Ansiedlung von rechtlich selbständigen Konzerntöchtern nicht berücksichtigt werden, obwohl dies in der allgemein üblichen Betrachtungsweise durchaus als Zuwanderung angesehen wird. Da aber in der Statistik Konzernverflechtungen nicht sichtbar sind und auch nur sporadisch bekannt werden, blieb für diese Untersuchung kein anderer Weg.
- Gleichfalls nicht als Zuwanderung eingestuft wurde die Betriebseröffnung von Zweigniederlassungen auswärtiger Unternehmen, die in Hamburg keine selbständige Betriebseinheit bilden, sondern zusammen mit bereits bestehenden Filialen erfaßt werden.
- Innerstädtische Verlagerungen bleiben außer Ansatz, insofern auch alle die Fälle, bei denen ein industrieller Betrieb dadurch in Hamburg gehalten wurde, daß ihm ein für die Betriebszwecke besser geeignetes Grundstück zur Verfügung gestellt werden konnte. Auch die Neugründung von Zweigniederlassungen innerhalb Hamburgs durch hiesige Unternehmen konnte nicht einbezogen werden. Auch dieses könnte man als Zuwanderung betrachten, zumal dann, wenn ein ganz neuer Produktionszweig aufgenommen wurde und sich um diese Ansiedlung in aller Regel auch auswärtige Standorte beworben haben.
- Die Untersuchung basiert nur auf den in Hamburg produzierenden Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (Berichtskreis der monatlichen Industrieberichterstattung).

Dieser Katalog von Einschränkungen zeigt die methodisch bedingten Schwächen des Ausgangsmaterials. Die Auswertung der zu ganz anderen Zwecken benötigten Daten erlaubt keine umfassende und exakte Gegenüberstellung der Wanderungszahlen. So ist die nachstehende Betrachtung zwangsläufig von den hier vorgegebenen Definitionen der Begriffe Zu- bzw. Abwanderung beeinträchtigt. Es darf nicht übersehen werden, daß die in der öffentlichen Diskussion verwendeten Begriffe teilweise erheblich anders abgegrenzt sind. Trotzdem lassen sich aus dem Zahlenmaterial Anhaltspunkte gewinnen, die Rückschlüsse auf Struktur, Entwicklung und Zielrichtung der Wanderungsbewegung liefern.

¹⁾ Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes ohne handwerkliche Produktion.

Arbeitsplatzverluste zu mehr als einem Viertel Folge von Betriebsverlagerungen

Hamburg hat seit 1965 im industriellen Bereich durch Betriebsverlagerungen mehr Produktionsstätten und Beschäftigte eingebüßt als hinzugewonnen. Aus den vergangenen 12 Jahren verbleibt ein negativer Saldo von 155 Betrieben mit etwas mehr als 14.000 tätigen Personen. Die Veränderung der Bestandszahlen macht aber gleichzeitig deutlich, daß die Industrie in der Hansestadt im gleichen Zeitraum rund 400 Betriebe sowie knapp 53.000 Beschäftigte verloren hat.

Tab. 1: Wanderungen von Industriebetrieben¹⁾ von und nach Hamburg 1965 bis 1976

Jahre	Betriebe				Beschäftigte			
	Bestand am Jahresanfang	Abwanderungen	Zuwanderungen	Wanderungssaldo	Bestand am Jahresanfang	Abwanderungen	Zuwanderungen	Wanderungssaldo
1965	1 413	17			212 513	1 514		
1966	1 373	19			218 112	1 295		
1967	1 350	15	5	- 59	210 172	975	150	- 4 159
1968	1 296	13			197 237	527		
1969	1 254	11			204 108	687		
1970	1 236	12	3	- 20	210 099	1 674	777	- 1 794
1971	1 208	17			208 215	1 912		
1972	1 176	17	5	- 29	199 991	1 035	529	- 2 416
1973	1 144	15			194 627	1 480	351	- 4 437
1974	1 104	20	5	- 30	191 596	3 310		
1975	1 066	11			181 136	846		
1976	1 028	12	6	- 17	171 257	904	347	- 1 403
1977	1 010	-	-	-	166 763	-	-	-
Zusammen	179	24	- 155		16 555	2 156	- 14 199	

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Der wanderungsbedingte Rückgang belief sich bei den Beschäftigten auf 27 % der Gesamtverluste an industriellen Arbeitsplätzen. Knapp drei Viertel sind dagegen auf Produktionseinstellungen, Liquidationen und Konkurse oder aber auf eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze innerhalb noch weiter bestehender Betriebe zurückzuführen. Etwas stärker fielen die Verluste bei der Zahl der Betriebe ins Gewicht. Von den rund 400 Betriebsabgängen entfielen 38 % auf Wanderungen, wobei 179 abgewanderten Arbeitsstätten 24 zugewanderte gegenüberstanden.

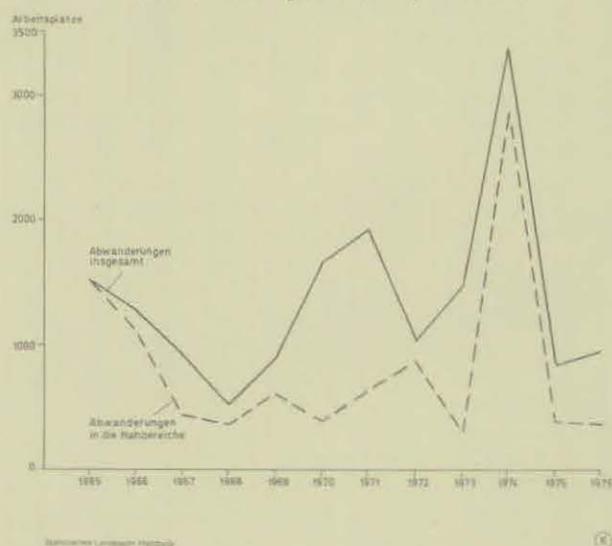
Um möglichen Fehlinterpretationen vorzubeugen, sei hinsichtlich der Zuwanderungen noch einmal auf die methodischen Vorbemerkungen verwiesen. So sind die in der Öffentlichkeit viel beachteten Ansiedlungen von Großbetrieben der Industrie (wie z. B. Reynolds, Hamburger Stahlwerke) nicht enthalten, da es sich hierbei in den verwendeten Kategorien um „Neugründungen“ und nicht um Zuwanderungen handelt. Die drei größten Unternehmen, die im Untersuchungszeitraum die Produktion in Hamburg neu aufgenommen haben, beschäftigen heute allein rund 2.500 Arbeitnehmer, also mehr, als die Summe der Zuwanderungen in den verwendeten Tabellen ausweist. Insbesondere die Zahlen über Zuwanderungen lassen daher kaum ein abgewogenes Urteil über Umfang und Struktur des Gesamtzuwachses an Arbeitsplätzen zu.

Die Wanderungsverluste Hamburgs bedeuten für die betroffenen Erwerbstätigen nicht immer auch einen Verlust des Arbeitsplatzes, da sie bei Standortverlagerungen ins Umland häufig den Betrieb nicht wechseln müssen. Auch wenn in diesen Fällen die Wirtschaftskraft des Unternehmens der Region erhal-

ten bleibt, so sind die nachteiligen Auswirkungen doch nicht zu übersehen. Während am neuen Standort mit großem finanziellen Aufwand die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Umsiedlung erst geschaffen werden müssen, können die am alten Platz bestehenden Einrichtungen nicht mehr optimal genutzt werden. Hinzu kommen Verzerrungen in der langfristig angelegten Verkehrs- und Siedlungsstruktur.

In diesem Zusammenhang sollte beachtet werden, daß die Serie der Betriebsverlagerungen stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst ist. Standortverlagerungen nach außerhalb häufen sich in Aufschwungsphasen, während in der Rezession eine gewisse Beruhigung der Wanderungsbewegung eintritt. Ein entsprechender Zyklus ergibt sich für den Wanderungssaldo bei den Betrieben und ganz besonders bei den Beschäftigten. Sowohl nach 1966 als auch im Anschluß an die Rezession 1974 lagen die Veränderungen deutlich unter dem Niveau der jeweiligen Vorjahre, wobei die geringere Zahl der Abwanderungsfälle den Ausschlag gab. Vermutlich werden oft Pläne für einen Standortwechsel in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit zurückgestellt und erst dann verwirklicht, wenn die Marktchancen die mit der Verlagerung normalerweise einhergehende Expansion lohnend erscheinen lassen. Erst dann werden zusätzliche Investitionsanreize, z. B. aufgrund staatlicher Regionalförderungsmaßnahmen, ausgenutzt. Allerdings ist die Zahl der abgewanderten bzw. zugewanderten Betriebe relativ gering. Da hinter den individuellen Verlagerungsentscheidungen eine Reihe unterschiedlicher Gründe steht, läßt sich nicht immer ausschließen, daß atypische Einzelentwicklungen in der Gesamtheit durchschlagen.

Arbeitsplatzverluste durch Abwanderungen von Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten aus Hamburg 1965 bis 1976



Insgesamt hat sich die Wanderungsbilanz in der jüngsten Zeit für die Stadt eher günstig entwickelt. Zwar sind die Wanderungssalden noch immer negativ, die Arbeitsplatzverluste sind jedoch merklich geringer als in den Vorjahren. Bei der Beurteilung der Auswirkungen ist darüber hinaus zu berücksichtigen, daß die optimale Produktionskapazität der zugewanderten Arbeitsstätten erfahrungsgemäß erst in den auf die An-

siedlung folgenden Jahren erreicht wird; dies kommt in den Tabellen nicht zum Ausdruck, da die Zahl der Beschäftigten bei Produktionsaufnahme zugrunde gelegt werden mußte. So haben beispielsweise die zugewanderten Firmen insgesamt trotz der Rezession der letzten Jahre ihren Beschäftigtenstand um rund 25 % erhöhen können.

Standortverlagerungen vor allem bei Mittelbetrieben

Die Betriebsgrößenstrukturen weisen gewisse Ähnlichkeiten bei den Zu- und Abwanderungen auf. Das Schwerkergewicht von jeweils mehr als 30 % liegt bei den Betrieben mit 20 bis 49 Arbeitsplätzen. Bei den Abwanderungen war jedoch der Anteil der Großbetriebe (100 und mehr tätige Personen) vergleichsweise höher. Insgesamt hatten ungefähr zwei Drittel aller Arbeitsstätten zum Zeitpunkt der Umsiedlung weniger als 100 Beschäftigte. Die Standortmobilität scheint demnach bei Mittelbetrieben besonders ausgeprägt zu sein, was in ursächlichem Zusammenhang mit dem erhöhten Raumbedarf für geplante Betriebs-erweiterungen stehen dürfte.

Tab. 2: Abwanderungen von Industriebetrieben ¹⁾ aus Hamburg nach Betriebsgrößenklassen 1965 bis 1976

Betriebe mit bis ... Beschäftigten	Betriebe		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
10 - 19	31	17,3	458	2,8
20 - 49	65	36,3	2 081	12,7
50 - 99	38	21,2	2 615	16,0
100 - 199	24	13,4	3 222	19,7
200 - 499	17	9,5	4 665	28,5
500 und mehr	4	2,3	3 314	20,3
Insgesamt	179	100	16 355	100

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Durch die Wanderung der größeren Betriebe wird zwangsläufig das Arbeitsplatzangebot innerhalb der Stadt sehr stark beeinträchtigt. Beinahe 70 % der in Hamburg aufgelösten Stellen beruhen auf Fortzügen von Niederlassungen mit 100 und mehr tätigen Personen. Auch bei den Zugängen wird dieser hohe Prozentsatz erreicht²⁾. Die inzwischen vollzogene Fortentwicklung der Betriebe läßt erkennen, daß sich unter den im Stadtgebiet verbliebenen Firmen nur geringfügige Verschiebungen in der Größenstruktur ergeben haben. Der Anteil der „Großen“ steigt jedoch zu Lasten der mittleren und kleinen Arbeitsstätten an. Zwar konnten auch die Mittelbetriebe ihre Personalkapazitäten gegenüber dem Ansiedlungsjahr erweitern, der wesentliche Beschäftigtenzuwachs entstand aber durch Produktionsausdehnung bei den Großbetrieben.

Abwanderungen im Maschinenbau besonders häufig

So ausgewogen die Hamburger Industriestruktur ist, so zahlreich sind auch die Industriegruppen, in denen Betriebsverlagerungen zu verzeichnen sind. Fast die Hälfte aller in der Stadt vertretenen Produktionszweige ist davon berührt. Die Schwerpunkte der Abwan-

²⁾ Eine tabellarische Darstellung ist aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich.

derungen liegen im Maschinenbau und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; beide stellen zusammen zwar nur gut ein Viertel der Fortzüge, aber über 40 % der Beschäftigtenverluste. Stark betroffen sind auch die Stahlverarbeitung, die Chemische und die Elektrotechnische Industrie sowie die Papier- und die Eisenverarbeitung.

Die geringe Zahl der hier dargestellten Zuwanderungen verteilt sich ziemlich gleichgewichtig auf die verschiedenen Industriezweige, so daß auch bei Zugrundelegung der Wanderungssalden in etwa die gleichen Schwerpunkte bestehen bleiben. Eine gewisse Ausnahme bilden lediglich die Chemie und die Elektrotechnik. Hier hat die Zuwanderung einiger größerer Betriebe die Wanderungsverluste stark mindern können.

Tab. 3: Abwanderungen von Industriebetrieben ¹⁾ aus Hamburg nach ausgewählten Industriegruppen 1965 bis 1976

Industriegruppen	Betriebe		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Steine und Erden	4	2,2	427	2,6
Stahlbau, Stahlverformung	11	6,2	1 664	10,2
Maschinenbau	25	14,0	3 835	23,5
Elektrotechnik	10	5,6	1 047	6,4
Feinmechanik, Optik	5	2,8	291	1,8
Eisen- und Blechverarbeitung	14	7,8	1 036	6,3
Chemie	24	13,4	1 381	8,4
Holzverarbeitung	7	3,9	201	1,2
Papier und Pappe	12	6,7	1 076	6,6
Druckerei und Vervielfältigung	19	10,6	725	4,4
Kunststoffverarbeitung	7	3,9	755	4,6
Textilien und Bekleidung	7	3,9	278	1,7
Nahrungs- und Genußmittel	25	14,0	3 148	19,3
Übrige Industriegruppen	9	5,0	491	3,0
Industrie insgesamt	179	100	16 355	100

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Es gibt eine Reihe von Gründen für die Standortveränderungen, von denen hier nur die wichtigsten, für einige Zweige offenbar typischen, erwähnt werden sollen: In dem in Hamburg traditionell stark besetzten *Maschinenbau* haben 25 Betriebe mit über 3800 Arbeitsplätzen die Stadt verlassen und 4 Niederlassungen wurden neu eröffnet. Als Grund für diese relativ starke Abwanderung, die in erster Linie nach 1972 eintrat, wird von den Firmen häufig der in diesem Bereich sehr hohe Rationalisierungszwang angegeben. Bei einer Umstellung auf neue, meist raumaufwendigere Betriebstechniken ist eine Verlagerung der Produktionsstätte häufig unumgänglich, da am selben Platz eine flächenmäßige Ausdehnung in der Regel nicht möglich ist.

Im *Nahrungs- und Genußmittelsektor* überwiegen die Konzentrationsbestrebungen. Bei der Mehrzahl der 25 abgewanderten Betriebe wurde deren Produktion von auswärtigen Arbeitsstätten desselben Unternehmens übernommen. Interessant ist, daß die meisten Niederlassungen dieser Branche nicht in das unmittelbare Umland, sondern ins übrige Bundesgebiet verlegt wurden. Hervorzuheben sind die Standortverlagerungen der fischverarbeitenden Industrie in den Raum Bremen-Cuxhaven.

Für eine ganze Reihe von Betrieben in fast allen Branchen gilt, daß häufig die Entscheidung für eine Standortverlagerung deshalb fällt, weil Erweiterungsmöglichkeiten am alten Betriebsort nicht bestehen. Ein erheblicher Teil dieser Verlagerungen kann durch Zuweisung eines geeigneten Grundstücks in Hamburg gehalten werden. Allerdings gibt oft auch der Anreiz zusätzlicher finanzieller Förderungshilfen im Umland sowie die Möglichkeit des preisgünstigeren Grundstückserwerbs den Ausschlag für einen Standort außerhalb der Landesgrenzen.

80 % aller Abwanderungen in die Nachbarländer

Von besonderem Interesse für Hamburg und die gemeinsame Landesplanung mit den benachbarten Bundesländern ist die wirtschaftliche Situation im Umland der Hansestadt³⁾. Die jüngsten Zahlen über Betriebe und Gesamtbeschäftigung in der Industrie ergeben, daß im Umland seit 1965 größere Fortschritte bei der Industriensiedlung erzielt wurden als im Stadtgebiet⁴⁾. Während in den Nahbereichen um Hamburg die Zahl der Betriebe um etwa 7 % gestiegen ist, mußte Hamburg eine Abnahme von beinahe 29 % hinnehmen. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze im Umland erhöhte sich sogar um ein Viertel, während sie im Zentrum der gemeinsamen Wirtschaftsregion – vor allem strukturbedingt – auf knapp 167 000 fiel.

Ein quantitativer Nachweis über das Gewicht der Industriestandortverlagerung im Rahmen dieser Entwicklung kann an dieser Stelle nicht geführt werden, da die Zuwanderungen aus Hamburg nur einen Teil der Veränderungen im Umland darstellen. Ohne Zweifel haben jedoch die Betriebsaussiedlungen aus der Hansestadt einen erheblichen Anteil an der Expansion im Umland. Immerhin wurden mehr als 70 % aller Betriebsverlegungen und damit fast zwei Drittel der Arbeitsplatzumsiedlungen aus Hamburg in die direkte Umgebung vorgenommen, d. h. in ein Gebiet, das sich ungefähr durch den 40-km-Radius um den Stadtmittelpunkt abgrenzen läßt. Der bei weitem überwiegende Teil der Hamburger Wanderungsverluste ist also der Region erhalten geblieben. Die Aussiedlungen können somit nicht als Folge abnehmender Metropolfunktionen innerhalb der Agglomeration interpretiert werden. Sie sind vielmehr Ausdruck einer stetigen Ausweitung des Metropoleinflusses über die Landesgrenzen hinaus. Die Attraktivität des Zentrums mit seinem traditionell vielfältigen Handels- und Dienstleistungspotential und dem bedeutendsten Absatzmarkt Norddeutschlands hat sich in den vergangenen 12 Jahren wesentlich verstärkt und ist mehr denn je wichtigster Entscheidungsfaktor für die Standortwahl der Betriebe. Mit verbesserter Verkehrsanbindung der Nahbereiche an die Stadt und das Hafengebiet gewinnt dieser Raum auch für Umzüge aus den nördlichen Landesteilen Schleswig-Holsteins an Attraktivität. Eine Umfrage bei einer Reihe von Betrieben, die Hamburg verlassen haben, hat bestätigt,

daß für die Mehrzahl der abgewanderten Arbeitsstätten die Fühlungsvorteile stadtnaher Umlandstandorte in der Einschätzung der Wachstumschancen eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Tab. 4: Abwanderungen von Industriebetrieben¹⁾ aus Hamburg in die Nahbereiche²⁾ Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1965 bis 1976

Jahre	darunter noch									
	Schleswig-Holstein				Niedersachsen					
	Abwanderungen insgesamt	insgesamt	in % von Sp. 1	dar. in die Nahbereiche		Abwanderungen insgesamt	insgesamt	in % von Sp. 1	dar. in die Nahbereiche	
				insgesamt	in % von Sp. 1				insgesamt	in % von Sp. 1
Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Betriebe										
1965/66	36	28	77,8	28	77,8	8	22,2	4	11,1	
1967/68	28	17	60,7	15	53,6	8	28,6	5	17,9	
1969/70	23	13	56,5	10	43,5	5	21,7	3	13,0	
1971/72	34	26	76,5	23	67,6	5	14,7	-	-	
1973/74	35	19	54,3	18	51,4	8	22,9	5	14,3	
1975/76	23	14	60,9	12	52,2	6	26,1	3	13,0	
Zusammen	179	117	65,4	106	59,2	58	32,2	29	11,2	
Beschäftigte										
1965/66	2 809	2 425	86,4	2 426	86,4	383	13,6	268	9,5	
1967/68	1 500	746	49,7	631	42,1	610	41,2	183	12,2	
1969/70	2 561	2 041	79,7	1 825	71,3	173	6,8	94	5,7	
1971/72	2 945	1 605	54,5	1 459	49,9	106	3,6	-	-	
1973/74	4 790	2 811	58,7	2 803	58,5	602	12,6	295	6,2	
1975/76	1 750	792	45,3	637	36,4	699	39,7	284	16,2	
Zusammen	16 355	10 421	63,7	8 831	54,0	2 577	15,8	1 126	6,9	

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten.

2) Soweit überwiegend im 40-km-Radius um die Stadtmitte Hamburgs gelegen.

Von den insgesamt 179 Betriebsumsiedlungen sind 155 in die Nachbarländer gegangen, darunter 126 in die Nahbereiche entlang der Hamburger Landesgrenze. Die Verlagerungen betrafen überwiegend Schleswig-Holstein. Nur etwa jeder neunte Betrieb wurde in die niedersächsischen Umlandgemeinden verlegt. Genauso deutlich ist das Wanderungsverhältnis bei den Arbeitsplätzen, von denen fast 8800 auf das nördliche Umland entfielen, dagegen nur 1100 auf das Gebiet südlich der Elbe. Diese Entwicklung überrascht nicht angesichts der unterschiedlichen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur in beiden Zonen, dem ursprünglich bereits industriell durchsetzten Norden und dem vor allem landwirtschaftlich geprägten südlichen Raum. Hinzu kommt, daß der industrielle Kern – ausgenommen das Hafengebiet – und der Dienstleistungsschwerpunkt der Hansestadt nördlich der Elbe lokalisiert sind, so daß der Wunsch nach enger Anbindung an dieses Zentrum im Norden besser realisiert wird. In Niedersachsen ist darüber hinaus das Infrastruktur- und Industrieflächenangebot in den z. T. ländlichen Gemeinden in der Nähe Hamburgs weitaus geringer als in den Schleswig-Holsteiner Randkreisen. Eine Ausnahme bildet der Landkreis Stade mit den Städten Buxtehude und Stade. Die 1974 fertiggestellte westliche Umgehungsautobahn um Hamburg mit der direkten Verbindung zum Stadtzentrum durch den Elbtunnel dürfte vor allem für die Zukunft neue Siedlungsanreize in dieser Gegend geschaffen haben.

Zielorte direkt hinter der Landesgrenze bevorzugt

Einer tieferen regionalen Aufgliederung der Abwanderungszahlen sind aus Gründen der statistischen

³⁾ Einbezogen ist das Gebiet der Nahbereiche, soweit sie überwiegend im 40-km-Radius um das Hamburger Stadtzentrum liegen (Nahbereiche gemäß Regionalplan für den Planungsraum I des Landes Schleswig-Holstein bzw. den Raumordnungsprogrammen für die Regierungsbezirke Stade und Lüneburg; Gebietsstand 31. 12. 1974).

⁴⁾ Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 118, Regionalstatistik.

Geheimhaltung Grenzen gesetzt. So ist für den niedersächsischen Raum lediglich festzustellen, daß der Schwerpunkt der Zuwanderungen aus Hamburg im Landkreis Harburg liegt. Die Gemeinde Stelle an der Bundesstraße 4 nach Lüneburg hat mit über 300 Beschäftigten fast 30 % der in die Nahbereiche südlich der Elbe verlegten Arbeitsplätze übernommen. Es sind in erster Linie kleine und mittlere Betriebe, die sich in mehr ländlichen Gebieten niedergelassen haben. Hierzu gehört eine Reihe von chemischen Werken und Produktionsstätten der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Großbetriebe mit über 100 Beschäftigten bevorzugten dagegen bei ihrer Standortwahl Räume mit bereits ausgeprägter Industrie- und Infrastruktur, wie z. B. Hannover, Braunschweig oder Cuxhaven, also Städte außerhalb der südlichen Nahbereiche um Hamburg.

Tab. 5: Abwanderungen von Industriebetrieben¹⁾ aus Hamburg nach Zielgebieten 1965 bis 1976

Zielgebiete	Betriebe	Beschäftigte	
		absolut	% der Abwanderungen in Niedersachsen bzw. Schlesw.-Holstein
Niedersachsen insgesamt	58	2 577	100,0
Nahbereiche ²⁾ in Niedersachsen	20	1 124	43,6
dar. Landkreis Harburg	17	905	35,1
dar. Gemeinde Stelle	3	322	12,5
Landkreis Uthmannsdorff	3	219	8,5
Schleswig-Holstein insgesamt	117	10 423	100,0
Nahbereiche ²⁾ in Schleswig-Holstein	106	8 853	84,7
dar. Achsenräume ³⁾ insgesamt	83	6 795	65,2
dar. Achse Kaltenkirchen	36	3 561	34,1
dar. Norderstedt	28	2 022	19,7
Achse Elmshorn	20	1 543	14,9
dar. Ahrensburg	16	1 088	10,4
Achse Oldesloe	8	492	4,7
dar. Ahrensburg	4	515	4,9
Achse Schwarzenbek	4	392	3,8
dar. Reinbek	11	899	8,6
Besondere Wirtschaftsräume insgesamt	20	1 551	14,5
dar. im Kreis Stormarn	10	1 427	13,7
Übriges Bundesgebiet	24	3 357	XX
Abwanderungen insgesamt	179	16 355	XX

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

2) Soweit überwiegend in 40-km-Radius um die Stadtmitte Hamburgs gelegen.

3) In der Abgrenzung gemäß Regionalplan für den Planungsräum 1 des Landes Schleswig-Holstein (heutiger Gebietsstand).

Im Norden von Hamburg interessieren vor allem die Umsiedlungen in die vom Gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein festgelegten Achsen- und Achsenzwischenräume sowie in die Besonderen Wirtschaftsräume. Hauptzielgebiet für ehemalige Hamburger Industriebetriebe war bisher die Achse Hamburg-Kaltenkirchen mit über 3000 umgesiedelten Arbeitsplätzen, darunter allein 2000 in die Gemeinde Norderstedt unmittelbar an der Landesgrenze Hamburgs. Norderstedt ist unter allen Umlandgemeinden diejenige mit der größten Anziehungskraft für zusätzliche Industrieansiedlungen; sie stellt schon seit jeher die Verlängerung der nördlichen Hamburger Gewerbegebiete dar. Als weiterer Aussiedlungsschwerpunkt ist Ellerau zu nennen. Der zweitstärkste Wanderungsstrom ging mit mehr als 1300 Arbeitsplätzen in die Achse nach Elmshorn, wobei vor allem Betriebsverlagerungen der letzten bei-

den Jahre zu Buche schlagen. In diesem Raum profitierten neben Elmshorn die Umlandgemeinden Rellingen und Tornesch von den Abwanderungen ehemals Hamburger Betriebe. An dritter Stelle folgt die Achse nach Bad Oldesloe, wobei nach unserem methodischen Ansatz die Gemeinden Bad Oldesloe und Ahrensburg hauptsächlich als Zielorte in Erscheinung traten. In der Achse in Richtung Schwarzenbek ist die Stadt Reinbek einzige Zuzugsgemeinde mit ungefähr 1000 Arbeitsplätzen. In unmittelbarer Nachbarschaft haben sich in einem Teil des als „Besonderer Wirtschaftsraum“ bezeichneten Gebietes um Glinde weitere 10 Hamburger Betriebe mit mehr als 1400 Beschäftigten angesiedelt. Glinde selbst ist – gemessen an der hinzugewonnenen Arbeitsplatzkapazität – nach Norderstedt die zweitgrößte Zielgemeinde im Umland, bedingt durch die Zuwanderung von drei Großbetrieben bzw. Betriebsteilen aus dem Bereich der Investitionsgüterindustrie.

Die Betriebsansiedlungen in den am Stadtrand liegenden Achsenfußpunkten waren besonders zahlreich. Dagegen traten die Achsenendpunkte wie Kaltenkirchen, Elmshorn oder Geesthacht kaum hervor. Einzige Ausnahme ist Oldesloe mit über 500 neuen Arbeitsplätzen⁵⁾.

Bezieht man die Besonderen Wirtschaftsräume in den Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn mit ein, so bestätigt sich erneut, daß die stärksten Verlagerungsimpulse offenbar aus Umlandgemeinden nahe der Stadtgrenze kommen. Über zwei Drittel aller in die Nahbereiche umgesiedelten Arbeitsstätten und beinahe 70 % der Arbeitsplätze wurden in die insgesamt 12 Gemeinden verlegt, die mit Hamburg eine gemeinsame Grenze und demzufolge auch die kürzesten Verkehrsverbindungen haben. Sie liegen ausnahmslos in einem 20-km-Halbkreis um das Stadtzentrum und sind somit auch für Auspendler aus Hamburg gut erreichbar. Andererseits stellen sie als bevorzugte Umlandwohngebiete auch selbst ein großes Arbeitskräfteangebot. Herausragende Beispiele für derartige Randgemeinden sind Rellingen, Norderstedt und Reinbek in den Achsen sowie Glinde in den Besonderen Wirtschaftsräumen. Dagegen sind in die Achsenzwischenräume seit 1965 keine nennenswerten Abwanderungen erfolgt.

In den unmittelbaren Nachbargemeinden Hamburgs haben sich in erster Linie Produktionsstätten aus der Investitionsgüterindustrie wie Maschinenbau- und Werkzeugfabriken, aber ebenso aus der Chemischen Industrie mit dem Schwerpunkt im Bereich der Verbrauchsgüterherstellung angesiedelt. Relativ hoch ist auch der Anteil der meistens kleineren Druckerei- und Vervielfältigungsbetriebe sowie der Elektrotechnischen Industrie. Sie alle benötigen die enge Verbindung zum Rohstoff- und Absatzmarkt Hamburg sowie das umfangreiche Dienstleistungsangebot besonders auf dem Sektor des Groß- und Zwischenhandels mit in- und ausländischen Märkten. Die konsumnahen Branchen der Nahrungs- und Genussmittelherstellung oder die Textil- und Bekleidungsindustrie sind nur unterdurchschnittlich vertreten und siedeln wie in Niedersachsen in entlegene Gebiete um.

Jörn-Ulrich Hausherr/Hans-Eckhard Stegen

5) Es ist nicht sicher, daß alle aus Hamburg abgemeldeten Arbeitsplätze auch tatsächlich in Oldesloe wieder eingerichtet worden sind. Wegen Betriebszusammenlegungen ist ein gleichzeitiger starker Beschäftigtenabbau durch Rationalisierung anzunehmen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1978
		1974	1975				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 608	16 362	15 896	15 879	15 883	16 287
Patienten ³⁾	"	13 023	12 277	8 726	14 194	14 049	13 391
Pflegetage	"	403 631	386 659	357 702	405 294	392 331	394 467
Bettenausnutzung	%	82,7	80,1	74,5	84,05	89,5	85,62
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 064	3 090	3 139	3 139	3 139	3 139
Patienten ³⁾	"	2 883	2 816	2 808	2 851	2 838	2 799
Pflegetage	"	81 692	81 023	82 885	83 369	75 612	77 987
Bettenausnutzung	%	91,8	91,5	90,5	90,82	91,2	92,35
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	722 586	909 878	471 427	627 619	602 822	563 559
dar. in Hallenschwimmbädern	"	482 344	506 842	447 140	605 291	580 919	537 929
in Freibädern ⁴⁾	"	498 320	900 755	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	581 757	623 845	601 838	698 828	655 314	626 904
Ausgeliehene Noten	"	7 127	7 991	7 738	8 631	8 136	8 931
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	41 647	42 812	41 788	42 532	35 705	39 790
Besucher der Lesesäle	"	10 424	10 770	9 311	10 921	11 714	10 649
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 700	4 237	3 593	3 963	4 328	4 668
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 525	3 290	1 479	2 438	2 836	3 741
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 363	1 394	787	1 009	981	1 453
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	92 556	82 802	75 586	76 352	87 239	58 448
dav. Hamburger Kunsthalle	"	27 115	9 930	5 533	8 874	14 229	9 623
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	13 482	13 499	11 265	16 772	15 210	12 053
Hamburgisches Museum für							
Völkereunde	"	7 129	7 735	5 888	9 277	8 837	6 736
Helms-Museum	"	5 439	19 766	3 348	3 522	4 171	4 732
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	14 916	18 415	2 499	2 589	2 777	3 583
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 733	19 636	14 925	15 688	14 210	11 438
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 057	6 846	27 008	16 004	21 315	5 599
Planetarium	"	6 758	3 723	5 842	4 973	7 776	7 144
Bischofsturm	"	1 863	1 667	1 779	1 742	1 491	1 123
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	74 614	78 009	73 235	54 800	60 013	65 491
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	5 215,0	5 746,8	5 324,9	3 831,2	4 160,3	4 668,8
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	69,69	73,67	72,71	69,91	69,32	71,29
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	12 121	26 444	27 889	31 648	33 010	33 247
dar. männlich	"	7 231	16 637	14 708	16 850	18 020	19 646
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	4 369	9 566	7 825	9 253	9 931	10 553
Technische Berufe	"	889	1 751	1 662	1 830	1 880	2 061
Dienstleistungsberufe	"	6 827	13 074	16 696	18 771	19 227	18 789
2. Arbeitslosen-Quote	%	1,7	3,7	4,0	4,5	4,7	4,8
3. Offene Stellen	Anzahl	13 315	10 656	7 307	7 271	8 362	8 148
4. Arbeitssuchende ⁵⁾	"	19 727	35 162	35 996	39 258	41 373	42 124
5. Vermittlungen ⁶⁾	"	10 306	7 909	8 498	8 395	8 634	8 072
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 381	3 545	4 824	4 444	4 045	3 141
6. Kurzarbeiter	"	2 289	7 384	2 387	3 414	4 066	5 166
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 407	1 275	1 216	1 355	1 362	1 371
dav. an Molkereien geliefert	%	92,5	91,9	91,3	93,1	92,6	92,5
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	10,4	10,6	11,8	13,1	12,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1978
		1974	1975				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	1	1 215	969	544	523	537	742
pasteurisiert, abgepackt	"	1 280	6 495	5 624	5 902	5 400	5 892
ultra-hocherhitzt	"	6 770	1 522	2 290	2 272	2 408	2 238
Tellerrahme Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	141	110	63	90	85	89
ultra-hocherhitzt	"	1 389	2 115	3 251	2 875	2 727	2 321
Enthrahmte Milch	"	65	467	570	630	656	461
Buttermilcherzeugnisse	"	433	584	257	272	272	294
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	159	207	88	116	105	118
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,3	6,7	5,7	6,6	5,5	5,2
Kälber	"	1,1	0,8	2,1	1,4	1,6	0,3
Schweine	"	29,3	23,9	20,5	21,7	18,7	18,0
Schafe	"	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,2
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,5	5,8	5,4	5,4	4,6	4,5
Kälber	"	1,1	0,8	2,1	1,4	1,6	0,3
Schweine ¹⁾	"	28,6	24,1	20,9	21,8	18,7	18,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	1	4 831	3 820	3 297	3 371	2 924	2 859
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 997	1 553	1 414	1 448	1 237	1 226
Kälber	"	88	62	108	72	118	20
Schweine	"	2 727	2 186	1 752	1 832	1 549	1 588
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	187	179	167
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	114	106	99
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	"	17 100	15 583	15 032
Löhne (brutto)	Mio. DM	213	214	231
Gehälter (brutto)	"	191	200	230
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	5	4	3
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 m ³	36 606	34 301	39 240
Stadt- und Kokereigas	1 000 m ³	1 329	1 152	618
Erd- und Erdölgas	1 000 m ³	35 277	33 149	38 624
Heizölverbrauch	1 000 t	52	46	58
leichtes Heizöl	1 000 t	8	8	11
schweres Heizöl	1 000 t	44	38	47
Stromverbrauch	Mio kWh	257	268	310
Stromerzeugung (Industrielle Eigenenerzeugung)	"	12	12	11
Umsatz ⁸⁾ (ohne Mehrwertsteuer)	Mio DM	2 245	2 198	3 000
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	412	405	714
Umsatz ¹⁰⁾ nach Industriegruppen insgesamt	"	2 245	2 198	3 000
dar. Mineralölverarbeitung	"	479	467	527
Maschinenbau	"	154	152	258
Elektroindustrie	"	270	265	333
Chemische Industrie	"	188	183	168
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	651	715	835	628	485	851
Stromverbrauch	Mio kWh	695	724	976	1 031	905	904
Gaserzeugung (brutto)	Mio m ³	26	25	26 931	27	22	35
Vj.-Durchschnitt ¹¹⁾				2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	4. Vj. 1975
3. Handwerk (Meßziffern¹²⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	67,4	82,6	83,0	85,8	85,5	81,8
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	122,6	124,5	123,9	130,8	164,1	153,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
1974 1975 Dezember 1976 Januar 1977 Februar 1977 Februar 1976							
1. Bauhauptgewerbe¹³⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 744	31 896	32 034	30 326
dav. Inhaber	"	1 189	1 107	1 121	1 118
Angestellte	"	5 860	5 222	5 020	4 995
Arbeiter ¹⁴⁾	"	29 694	25 567	25 893	24 215
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 791	4 107	4 100	2 765
dav. für Wohnungsbauten	"	1 335	1 061	959	749
gewerb. und Industr. Bauten	"	1 624	1 386	1 944	1 161
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 832	1 660	1 197	855
Löhne (Bruttosumme ¹⁵⁾)	Mio DM	74,3	64,8	68,1	41,8
Gehälter (Bruttosumme ¹⁶⁾)	"	15,9	15,2	17,7	14,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,9	185,4	454,9	102,9
dav. im Wohnungsbau	"	61,7	50,1	74,3	25,7
gewerb. und Industr. Bau	"	70,5	61,3	170,4	45,7
öffentlichen und Verkehrsba	"	97,7	75,0	210,2	31,5

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ bis Dezember 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ab Januar 1977: Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/m³. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Haft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1976
		1974	1975				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	151	160	107	230	195
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	61	83	78	98	215	93
Umbauter Raum	1 000 m ³	300	357	292	105	239	416
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	63,9	81,0	71,6	24,0	54,2	87,3
Wohnfläche	1 000 m ²	62	75	51	20	45	90
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	51	54	54	19	38	38
Umbauter Raum	1 000 m ³	384	411	319	205	460	193
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,6	41,1	75,8	116,2	120,2	28,4
Nutzfläche	1 000 m ²	73	76	65	30	82	37
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	637	991	661	223	465	1 167
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	132	109	679	85	70	40
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	65	68	450	72	53	19
Umbauter Raum	1 000 m ³	394	273	1 377	141	90	141
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	75,5	60,9	301,4	34,4	18,3	33,6
Wohnfläche	1 000 m ²	78	58	272	31	17	29
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	63	45	239	32	11	29
Umbauter Raum	1 000 m ³	619	322	1 617	200	46	99
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	104,5	51,0	303,9	20,2	5,4	7,1
Nutzfläche	1 000 m ²	97	60	337	43	8	20
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 079	769	3 686	409	199	432
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	476	420	2 110	274	84	292
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 065	16 000	15 200	15 000	14 900	17 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	190	191	192	192	192	191
Wohnungen	-	750	757	765	768	766	759
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 800	2 831	2 861	2 863	2 863	2 835
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	127,1	136,5	192,6	130,8	...	131,7
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	145,6	159,1	208,2	129,6	...	156,5
Facheinzelhandel	-	121,7	129,7	189,3	133,1	...	123,7
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{3) 4)}							
Mio DM		561	499	633	...	653	455
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	89	73	85	...	77	61
Gewerblichen Wirtschaft	-	492	426	748	...	575	394
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	-	4	4	5	...	5	4
Fertigwaren	-	132	90	118	...	79	79
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	-	356	332	625	...	492	311
...	-	64	42	80	...	42	44
...	-	292	290	565	...	450	267
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	-	404	366	653	...	396	321
dar. EG-Länder	-	245	225	333	...	234	200
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	132,4	137,5	155,7	140,7	138,7	131,2
dav. Beherbergungsgewerbe	-	131,5	130,7	128,2	120,3	118,5	115,6
Gaststättengewerbe	-	132,7	139,4	162,1	146,8	144,8	135,9
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Anzahl		115 568	110 977	82 293	83 504	86 513	86 703
Fremdenmeldungen	-	35 824	35 617	23 263	21 329	21 967	23 577
dar. von Auslandsgästen	-	224 878	208 097	150 521	153 635	157 510	161 518
Fremdenübernachtungen	-	73 855	65 296	42 677	38 911	41 292	44 097
dar. von Auslandsgästen	-						

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1966 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1976
		1974	1975				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 489	1 480	1 580 s	1 450 s	1 400 s	1 430
Abgegangene Schiffe		1 559	1 560	1 575 s	1 300 s	1 410 s	1 455
Güterverkehr über See	1 000 t	4 362	4 015	4 919 p	4 743 p	3 991 p	4 125
dav. Empfang		3 644	2 853	3 553 p	3 473 p	2 975 p	3 059
dav. Massengut		2 411	2 304	2 896 p	2 787 p	2 368 p	2 483
dar. Mineralöle		1 348	1 196	1 265 p	1 434 p	1 102 p	1 200
Sack- und Stückgut		633	549	657 p	666 p	609 p	576
Versand		1 318	1 162	1 366 p	1 270 p	1 016 p	1 068
dav. Massengut		606	574	716 p	645 p	410 p	475
Sack- und Stückgut		712	588	650 p	625 p	606 p	591
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	419	383	310 s	208 s	...	239
* Güterversand		463	422	463 s	348 s	...	381
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 459	5 263	4 426 p	4 619 p	4 345 p	4 359
Fluggäste		283 005	291 977	248 292	257 828 p	253 938 p	240 099
Fracht	t	2 111,6	2 069,2	2 457,7	2 126,7 p	2 166,1 p	2 289,2
Luftpost		728,8	892,9	966,9	684,4 p	727,6 p	705,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	27 577	26 637	29 335	27 208	25 342	25 423
Straßenbahn		2 932	2 424	1 905	1 745	1 637	2 118
Kraftomnibusse		19 681	19 737	22 561	21 472	19 887	19 136
5. Kraftfahrzeuge							
* a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis *) (im Verkehr befindlich)	1 000	605,5	497,0	510,9	509,7	511,4	497,1
dar. Personenkraftwagen *)		454,1	445,7	456,1	455,2	456,8	445,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 453	5 527	4 734	5 474 p	6 205 p	6 135
dar. Personenkraftwagen *)		3 968	5 094	4 372	5 039 p	5 780 p	5 507
Lastkraftwagen		348	283	279	311 p	299 p	447
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	881	870	963	876	837 p	835
Getötete Personen		23	22	37	25 p	15 p	26
Verletzte Personen		1 145	1 134	1 240	1 139	1 058 p	1 048
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen *)							
* Kredite *) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	44 993,2	48 370,5	54 965,6	54 697,8	54 912,9	48 186,7
dar. Kredite *) an inländische Nichtbanken		43 416,1	48 067,5	52 090,7	51 823,7	52 024,6	45 777,5
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)		12 112,8	11 806,4	12 135,8	11 759,3	11 799,5	10 570,9
an Unternehmen und Privatpersonen		12 027,7	11 669,1	11 712,8	10 248,8
an öffentliche Haushalte		108,1	90,2	86,9	321,9
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)		6 613,7	6 470,8	6 860,5	6 772,8	6 693,7	6 528,2
an Unternehmen und Privatpersonen		5 300,1	5 219,7	5 140,9	5 162,3
an öffentliche Haushalte		1 560,4	1 553,1	1 552,8	1 365,9
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)		24 689,6	27 990,3	33 094,4	33 291,6	33 531,4	28 678,4
an Unternehmen und Privatpersonen		27 213,1	27 224,7	27 404,5	24 569,1
an öffentliche Haushalte		5 881,3	6 066,9	6 126,9	4 109,3
Einlagen und aufgenommenen Kredite *) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)		31 446,9	34 405,7	37 249,3	36 088,3	36 288,4	33 614,5
Sichteinlagen und Termingelder		20 565,6	21 526,1	23 566,0	22 467,1	22 679,7	20 583,5
von Unternehmen und Privatpersonen		15 168,2	16 297,6	17 792,2	16 696,9	16 815,3	15 215,3
von öffentlichen Haushalten		5 397,4	5 228,5	5 773,8	5 790,2	5 864,4	5 369,2
Spareinlagen		10 881,3	12 879,6	13 683,3	13 601,2	13 606,7	13 031,0
bei Sparkassen		7 180,0	8 206,7	8 708,1	8 649,8	8 665,5	8 275,0
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)		634,1	791,1	1 372,6	995,9	838,6	663,4
Lastschriften auf Sparkonten		564,7	624,6	787,7	1 078,1	631,4	576,1
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	14	15	33	27	23	17
* Vergleichsverfahren		1	..	1
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)		567	463	365	288	317	441
* Wechselsumme	Mio DM	3,7	3,8	1,6	2,0	2,0	2,2

*) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - *) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - *) einschließlich durchlaufende Kredite. - *) ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

*) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1976
		1974	1975				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 169	19 601	23 976	15 773	16 016	17 851
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 536	3 575	3 601	3 509	3 652	3 546
Haltbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 459	1 466	1 756	1 515	1 598	2 485
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	512	595	542	573	666	712
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	159	158	157	157	156	156
Grundkapital	Mio DM	6 415	6 872	7 207	7 207	7 208	7 035
Gesellschaften m. b. H.	Anzahl	6 557	7 106	8 054	8 115	8 200	7 466
Stammkapital	Mio DM	5 838	6 177	6 886	7 078	7 084	6 547
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio DM	884,6	880,8	1 715,0	-	-	-
Steuern vom Einkommen	"	535,8	518,3	1 330,7	-	-	-
Lohnsteuer ³⁾	"	317,4	318,9	711,1	-	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	"	104,4	128,6	375,0	68,7	10,0	60,5
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	60,1	28,1	17,2	23,8	134,3	15,3
Körperschaftsteuer ⁴⁾	"	53,8	42,7	227,3	-	-	-
Steuern vom Umsatz	"	348,8	362,5	384,3	480,6	402,9	403,2
Umsatzsteuer	"	165,7	169,3	127,8	226,9	159,5	205,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	183,1	193,2	256,5	253,8	243,4	197,5
Bundessteuern	"	864,8	904,3	1 432,6	353,8	684,0	783,1
Zölle	"	60,0	58,6	72,1	66,9	68,9	63,0
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	798,0	824,4	3 347,7	264,8	759,6	689,6
Landessteuern	"	45,1	47,8	52,6	35,1	85,3	72,5
Vermögensteuer	"	19,1	18,5	14,1	2,7	51,8	45,4
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,6	12,5	14,3	15,2	12,9	11,6
Biersteuer	"	3,0	2,9	2,9	2,8	2,1	2,3
Gemeindesteuern	"	103,6	114,1	105,5	-	-	-
Grundsteuer A ⁵⁾	"	0,1	0,0	0,8	-	-	-
Grundsteuer B ⁶⁾	"	10,8	12,2	25,6	-	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	78,9	83,7	74,8	-	-	-
Lohnsummensteuer	"	15,5	17,7	4,2	-	-	-
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 375,9	1 413,1	2 334,9	911,8	1 371,0	1 196,5
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	255,2	245,7	589,3	226,3	220,7	134,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	221,3	247,4	265,2	331,6	278,0	278,2
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	47,8	-	8,3	0,4
Steuereinnahmen des Landes	"	317,4	299,5	761,4	-	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	213,0	200,9	574,3	-	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	44,8	35,1	86,7	-	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	47,8	-	8,3	0,4
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	127,4	138,9	161,9	-	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁷⁾	"	47,7	52,2	20,9	-	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	53,0	56,3	152,1	-	-	-
		Vj.-Durchschnitt 1975	Vj.-Durchschnitt 1976	2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	4. Vj. 1975
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio DM	2 203,0	2 421,1	2 253,4	2 180,6	2 768,2	2 493,7
dar. Personalausgaben	"	971,2	1 000,1	967,0	941,8	1 066,6	1 020,6
Bauinvestitionen	"	176,8	164,4	162,8	185,4	201,8	201,5
dar. für Schulen	"	46,2	40,1	37,7	48,1	51,8	57,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	17,9	10,5	8,7	9,3	13,5	18,0
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	13,9	8,8	8,9	9,6	11,5	17,9
Straßen	"	25,3	20,7	15,9	19,8	36,5	41,1
Wasserstraßen und Häfen	"	16,8	22,3	38,9	26,8	2,2 ⁸⁾	- 13,2 ⁸⁾
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	197,3	367,2	409,4	259,3	230,9	262,5
Zuführung an Rücklagen	"	9,2	1,5	0,0	-	8,1	36,7
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 171,4	2 478,1	2 416,8	2 194,4	2 854,2	2 415,6
dar. Steuern	"	1 315,4	1 425,4	1 373,6	1 369,3	1 780,0	1 528,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	62,3	70,5	103,9	41,0	98,5	101,8
Gebühren, Beiträge usw.	"	278,6	299,3	278,2	316,1	293,7	265,1
Entnahme aus Rücklagen	"	30,3	22,4	1,0	0,0	- 15,7	2,3
Schuldenaufnahme	"	283,3	423,4	468,2	253,3	382,7	287,6
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁹⁾							
	"	7 567,3	8 359,3	7 985,8	8 080,1	6 359,3	7 567,3
dar. am Kreditmarkt	"	6 239,6	7 029,6	6 677,2	6 776,6	7 029,6	6 239,6
bei Gebietskörperschaften	"	717,2	738,9	709,1	708,5	738,9	717,2

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. - ³⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁴⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeiträge abgeglichen. - ⁵⁾ einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. - ⁶⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁷⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. - ⁸⁾ Die von der Unterelbe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1976: rund 31 Mio DM, 1975: rund 44 Mio DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1976	November 1976	Februar 1977	Februar 1978
		1974	1975				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk	1970 = 100	145,6	151,7	160,9	161,6	162,5	154,4
Wohngebäude insgesamt	"	145,7	152,0	161,3	162,3	163,1	154,8
dav. Einfamiliengebäude	"	146,3	152,6	161,9	162,7	163,5	155,3
Mehrfamiliengebäude	"	142,5	147,7	155,9	156,7	157,2	150,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	142,1	147,1	155,4	156,4	157,1	149,5
Bürogebäude	"	137,2	141,7	149,8	150,9	150,3	143,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"						
				Januar 1976	April 1976	Juli 1976	Juli 1975
Löhne und Gehälter 1)							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	480	503	509	522	536	511
männliche Arbeiter	"						
darunter	"	506	529	531	547	559	537
Facharbeiter	"	303	319	331	339	350	328
Hilfsarbeiter	"	292	308	323	324	334	317
Bruttostundenverdienste	"	11,01	11,72	11,95	12,20	12,55	11,88
männliche Arbeiter	"						
darunter	"	11,55	12,24	12,44	12,70	13,06	12,42
Facharbeiter	"	7,40	7,99	8,14	8,33	8,58	8,10
weibliche Arbeiter	"						
darunter	"	7,09	7,63	7,82	7,92	8,12	7,80
Hilfsarbeiter	"						
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 451	2 704	2 813	2 847	2 903	2 730
weiblich	"	1 767	1 939	2 006	2 043	2 096	1 959
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 545	2 743	2 789	2 869	2 934	2 782
weiblich	"	1 709	1 848	1 895	1 940	1 996	1 869
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 217	2 384	2 477	2 545	2 573	2 397
weiblich	"	1 549	1 700	1 777	1 815	1 851	1 708
				Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1976
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 559	12 544	15 685	11 678	12 554	12 207
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	7	1	4	5
Körperverletzung	"	454	458	451	464	480	404
Raub, räuberische Erpressung	"	108	112	169	115	122	78
Diebstahl	"	7 332	7 819	9 840	7 127	7 857	6 970
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 794	3 995	5 203	3 626	4 125	3 517
Betrug und Untreue	"	1 294	1 553	2 239	1 668	1 492	2 031
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 676	1 629	1 713	1 536	1 539	1 499
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	9 863	6 707	5 561	5 537	5 691	6 035
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	498	519	650	753	591	557
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 518	30 764	39 536	36 013	38 162	30 924
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	14 558	15 149	17 444	17 532	...	14 867
dav. Feualarme	"	494	500	673	538	...	409
dar. bekämpfte Großbrände	"	15	13	14	11	...	8
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	117	124	151	138	...	87
Rettungswageneinsätze	"	13 166	13 710	15 601	15 970	...	13 406
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 832	2 719	2 785	3 168	...	2 998
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 763	1 777	1 789	1 906	...	1 843
Hilfeleistungen aller Art	"	898	940	1 170	1 024	...	1 072
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	129	175	168	170	...	156

1) Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 3. UND 2. Vj. 1976

Großstädte ¹⁾		Bevölkerung						Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj.	1 959	4 588	8 704	- 4 116	16 851	20 278	- 7 543	24 754	9 648	192 104	98	6 758	3 449
	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 913	27 801	11 361	193 026	98	6 355	3 231
Hamburg	3. Vj.	1 704	3 472	5 732	- 2 260	15 948	17 509	- 3 821	22 612	9 531	169 347	99	6 766	3 971
	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 502	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
München	3. Vj.	1 312	2 518 p	3 073 p	- 555 p	19 348	18 280	+ 513 p	20 930	8 059	175 133	133	6 123	4 667
	2. Vj.	1 311	2 465	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
Köln	3. Vj.	984	2 589	2 688	- 99	12 990	13 620	- 729	17 006	2 406	137 791	140	5 954	6 051
	2. Vj.	1 012	2 250	2 767	- 517	10 509	11 012	- 1 181	17 347	4 793	137 738	136	6 444	6 367
Essen	3. Vj.	676	1 404	2 257	- 853	5 569	6 136	- 1 420	12 104	1 947	54 988 ⁴⁾	81 ⁵⁾	1 507 ⁶⁾	2 229
	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁴⁾	81 ⁵⁾	1 459 ⁶⁾	2 155
Düsseldorf	3. Vj.	617	1 356	2 034	- 678	8 327	10 620	- 2 971	10 145	3 536	-	-	-	-
	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553	109 875	151	1 076	1 635
Frankfurt/M.	3. Vj.	634	1 359	2 060	- 701	10 439	12 157	- 2 419	14 902 ⁴⁾	8 075 ⁴⁾	109 875	173	3 460	5 457
	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁴⁾	8 716 ⁴⁾	108 845	171	3 571	5 866
Dortmund	3. Vj.	620	1 439	1 964	- 525	5 090	7 480	- 2 915	12 050	2 025	68 100	110	1 596	2 574
	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 584
Stuttgart	3. Vj.	587	1 367	1 600	- 133	11 980	14 335	- 2 488	5 643	5 740	125 999	215	5 023	8 557
	2. Vj.	590	1 330	1 586	- 258	8 342	12 733	- 4 647	5 926	6 241	124 429	215	5 083	8 615 r
Bremen	3. Vj.	570	1 244	1 705	- 461	6 689	7 195	- 867	10 651	2 422	77 380	136	3 216	5 642
	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 885	5 053
Hannover	3. Vj.	556 p	1 162	1 721	- 559	8 223	8 957	- 1 293	15 276 ⁴⁾	3 571 ⁴⁾	94 432	170 p	2 688	4 835 p
	2. Vj.	557	1 058 r	1 862	- 804 r	6 558 r	7 867 r	- 2 113 r	16 390 ⁴⁾	5 060 ⁴⁾	92 776	167	2 777	4 986
Duisburg	3. Vj.	594	1 427	1 783	- 356	5 450	6 921	- 1 827	8 466	2 115	101 116	170	3 793	6 386
	2. Vj.	598	1 317	1 950	- 633	4 353	5 775	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 044 r
Nürnberg	3. Vj.	494	1 051	1 522	- 471	7 356	8 592	- 1 707	9 822	3 763	96 600	196	1 963	3 974
	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 733

Großstädte ¹⁾		Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾		Straßenverkehrs-unfälle		Steuern			
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
		1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 m ²	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj.	13 482 p	454 p	232 p	488	2 607	314	1 968	3 141	259	132	720	3 217	4 080	175 267	81 245
	2. Vj.	13 148 p	464 p	236 p	722	4 769	289	1 742	-	306	156	836	3 581	4 553	145 391	56 283
Hamburg	3. Vj.	11 206	544	319	448	2 083	240	1 399	648	435	255	818	2 828	3 640	229 655	186 008
	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	578	378	221	714	2 708	3 564	236 362	160 955
München	3. Vj.	12 997	595	454	473	1 115	244	1 008	443	708	538	1 341	1 830	2 493	178 091	127 122
	2. Vj.	11 952	471	359	327	1 094	158	655	405	556	424	1 104	1 915	2 514	148 995	100 743
Köln	3. Vj.	5 434	256	262	319	1 419	88	320	274	200	203	407	1 231	1 578	139 911	70 437
	2. Vj.	5 734	284	281	350	1 671	108	825	345	187	185	321	1 307	1 655	157 523	76 498
Essen	3. Vj.	4 573	206	305	198	570	117	629	244	36	53	79	773	980	54 457	42 910
	2. Vj.	4 735	193	285	187	526	96	434	196	43	63	92	807	1 023	62 053	45 438
Düsseldorf	3. Vj.	5 400	280	454	131	511	112	590	-	147	238	284	616	1 047	-	-
	2. Vj.	5 500	273	415	140	380	87	709	-	162	246	319	932	1 197	-	-
Frankfurt/M.	3. Vj.	6 478	280	442	148	675	9	286	100	336	530	614	1 107	1 370	210 750	51 778
	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	178	263	301	473	571	1 074	1 340	203 532	58 662
Dortmund	3. Vj.	4 589	198	319	185	481	105	286	183	36	58	67	1 129	1 148	41 732	37 078 ⁶⁾
	2. Vj.	4 595	179	287	319	691	152	745	294	36	61	70	905	1 148	35 392	64 464 ⁶⁾
Stuttgart	3. Vj.	5 870	268	457	133	484	62	304	359 p	113	193	247	695	992	83 049	54 919
	2. Vj.	6 115	224	380	121	462	57	368	434	116	197	255	773 p	1 031 p	93 609	57 864
Bremen	3. Vj.	4 280	209	367	392	723	207	851	402	90	158	164	1 045	1 238	77 974	47 102
	2. Vj.	4 321	191	335	305	844	79	249	181	82	144	151	903	1 055	69 638	41 145
Hannover	3. Vj.	4 685	206	371 p	122	616	57	368	468	103	185 p	161	938	1 147	60 168	38 860
	2. Vj.	4 613	224	402	135	597	32	215	123	110	197	184	957	1 203	60 521	46 836
Duisburg	3. Vj.	3 302	137	231	122	396	53	265	156	15	25	35	1 342	1 065	70 757	36 037
	2. Vj.	3 529	147	247	103	338	75	416	139	17	29	39	808 r	1 012 r	25 234	61 116
Nürnberg	3. Vj.	4 483	181	366	174	463	121	220	483	124	251	216	637	840	75 908	33 613
	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	232	205	577	767	75 994	36 885

¹⁾ jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. — ⁵⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. — ⁷⁾ ohne Bergbau. — ⁸⁾ im Arbeitsamtsbezirk. — ⁹⁾ nur Einkommensteuer.

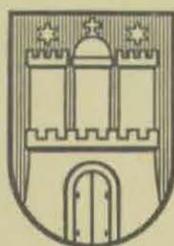
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
		1974	1975				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054,0	61 785 p
Eheschließungen	auf 1 000	6,7	6,2	4,8	6,0	...	3,4
Lebendgeborene	Einw. und	10,1	9,7	9,4	9,3	...	9,3
Gestorbene	1 Jahr	11,7	12,0	12,1	12,1	...	11,4
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	582 000	1 074 217	984 699	1 069 935	1 248 918	1 350 990
Arbeitslosen-Quote	%	2,6	4,7	4,3	4,8	6,5	5,9
Offene Stellen	Anzahl	315 000	236 174	202 065	185 879	201 931	190 618
Kurzarbeiter	"	292 000	773 334	167 663	213 767	268 818	743 321
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 144	7 616	7 478	7 433	...	7 382
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	870	778	822	785	...	751
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	62 450	61 155	72 494	77 425	...	60 095
dar. Auslandsumsatz	"	15 097	14 409	17 287	20 709	...	13 997
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstetig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	111,5	104,5	123,9	109,6	...	102,1
Verarbeitende Industrie	"	110,8	103,2	122,7	110,1	...	100,1
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	116,0	101,6	116,8	103,4	...	97,8
Investitionsgüterindustrie	"	107,2	102,1	123,5	113,7	...	99,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	107,7	101,9	124,4	108,7	...	100,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	113,7	114,0	133,4	115,1	...	108,0
Bauindustrie	"	104,8	93,8	105,8	78,9	...	66,6
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 352	1 211	1 200	1 179	...	1 131
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	173	153	164	124	...	102
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 280	6 021	7 850	10 972	...	4 875
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	34 775	30 654	27 182	27 016	20 658	28 041
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	50 341	36 326	30 027	179 279	...	13 424
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	136,6	149,2	177,2	218,6	130,8	139,8
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	146,3	142,2	160,7	166,9	147,4	135,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	13 242	11 248 p	10 185
dav. Empfang	"	9 935	8 519 p	7 968
Versand	"	3 307	2 629 p	2 217
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	157 356	193 544	192 930	168 782	195 902	175 142
Streifenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	27 580	28 117 p	31 215 p	31 022 p	...	26 366 p
Getötete Personen	"	1 217	1 235 p	1 338 p	1 329 p	...	1 185 p
Verletzte Personen	"	37 255	38 118 p	40 677 p	41 584 p	...	35 088 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 997	5 833	6 711	12 077	8 243	7 435
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 233	2 333	639	7 756	1 366	1 157
Körperschaftsteuer	"	867	838	257	3 857	624	526
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	4 326	4 507	5 190	5 273	6 159	5 677
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁸⁾	1970 = 100	129,4	135,5	142,1	142,1	143,3	137,5
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	144,8	142,3	151,6	152,2	154,9	148,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	131,4	136,5	141,8	141,6	142,6	139,5
Preisindex für Wohngebäude ⁹⁾ insgesamt	1970 = 100	135,6	138,9	145,7
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ¹⁰⁾	1970 = 100	126,3	134,7	141,8	142,5	143,8	138,2
darunter für Nahrungs- und Genußmittel	"	123,5	130,1	136,9	138,4	140,8	133,3
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,01	10,40	10,69	10,94	11,19	10,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,6	41,2	40,8	41,9	42,5	41,7

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Beschäftigten-Rückgang in der Industrie abgeschwächt

Nach den Ergebnissen der im September 1976 durchgeführten Totalerhebung gab es in Hamburg insgesamt 1 949 Industriebetriebe mit 174 100 Beschäftigten; das waren gegenüber 1975 52 Betriebe und 5 700 Beschäftigte weniger. Der Beschäftigten-Rückgang im industriellen Bereich hielt zwar weiterhin an, hat sich jedoch gegenüber den Vorjahren deutlich abgeschwächt. Die stärksten Einbußen wurden in der Elektrotechnischen Industrie (-1600), im Maschinenbau (-1300) sowie im Schiffbau (-900) verzeichnet.

Wochenverdienste der Industriearbeiter 1976 weiter gestiegen

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines Industriearbeiters betrug im Jahre 1976 12,47 DM, der einer Arbeiterin 8,46 DM. Die Zuwachsrate 1976 gegenüber 1975 lag bei den Verdiensten der Männer mit 6,4% genau so hoch wie im Jahr vorher, bei den Verdiensten der Frauen allerdings mit 5,9% deutlich unter dem Anstieg von 1974 auf 1975 (8,0%). Die Wochenarbeitszeit ging bei den Männern geringfügig auf 42,8 Std. zurück (Vorjahr 43,0), dagegen stieg sie bei den Frauen auf 40,8 Std. an (Vorjahr 39,8). Männliche Arbeiter erzielten 1976 einen Bruttowochenverdienst von 535 DM, weibliche kommen auf 345 DM in der Woche.

Die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel stiegen 1976 auf 2 706 DM, diejenigen der weiblichen auf 1 899 DM, sie lagen um 7,1% bzw. um 8,0% höher als 1975.

70 Mio DM für Wohngeld

In Hamburg wurden im Jahre 1976 rund 70,0 Mio DM Miet- und Lastenzuschüsse aufgrund des Wohngeldgesetzes gezahlt, 2,9 Mio DM weniger als 1975. In den letzten 10 Jahren haben sich die Ausgaben mehr als versechsfacht, während die Zahl der Empfänger im gleichen Zeitraum auf nahezu das Dreifache von 1966 gestiegen ist. Nach dem Stand vom 31. 12. 1976 wurde über 73 200 Berechtigten Wohngeld gewährt, wovon rund 72 600 Mietzuschüsse erhielten. Der monatlich gezahlte Mietzuschuß betrug im Dezember 1976 im Durchschnitt 72,67 DM.

Rund 91% der Wohngeldbezieher waren Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbstätige und 9% Erwerbstätige (Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige).

1500 Schüler lernen Russisch

Von der 5. Klassenstufe an erhalten die Schüler an den Hamburger allgemeinbildenden Schulen fremdsprachlichen Unterricht. Während fast alle Schüler Englisch lernen, ist die Beteiligung bei den anderen Sprachen sehr unterschiedlich. An den weiterführenden Schulen hat jeder dritte Schüler Unterricht in der französischen Sprache. Fast 1 500 Schüler der Gymnasien und Gesamtschulen lernen Russisch. Zwar sind das nur 2% aller Schüler an diesen Schulen, aber damit

ist die Beteiligung doppelt so groß wie am Unterricht in der spanischen Sprache, die nur an den Realschulen mit knapp 4% der Schüler etwas größeres Interesse findet. Eine wesentliche Rolle spielt an den Gymnasien und Gesamtschulen der Lateinunterricht: hier lernt jeder vierte Schüler Latein, hingegen nimmt nur noch einer unter Hundert am Unterricht im Griechischen teil.

Hochschulstudium verliert an Attraktivität

Bei den Schülern, die in Hamburg die Hochschulreife erwerben, geht die Neigung zum Studium offenbar zurück. Dies zeigen die Ergebnisse einer im Februar dieses Jahres durchgeführten Befragung über Studien- und Berufswünsche bei den Schülern der Abschlußklassen und Abschlußsemester an Gymnasien, Gesamtschulen und Fachoberschulen. Während im vorigen Jahr nur jeder zwölfte der Abgänger nicht studieren wollte, hat sich jetzt jeder achte für einen nicht-akademischen Beruf entschieden. An den Fachoberschulen machen die Nichtstudienwilligen nur 4% aus. An den Gymnasien und Gesamtschulen sind es 16%. Die Hälfte der Nichtstudienwilligen strebt einen kaufmännischen Beruf an. Jeder Sechste möchte im öffentlichen Dienst tätig werden.

Bei den Schülern, die studieren wollen, findet der Lehrerberuf weiterhin das größte Interesse; jeder achte Studienwillige möchte Lehrer werden. Ein Studium in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern will jeder zehnte aufnehmen. Zu den begehrten Studienfächern gehört auch die Medizin mit einem Anteil von 6%. Es folgen die Elektrotechnik mit 7%, Sozialpädagogik und Sozialwesen mit 5%, der Maschinenbau ebenfalls mit 5% und die Rechtswissenschaft mit 4%. Von den Fachoberschülern will die Mehrzahl technische Fächer studieren, nämlich fast 60%.

Rekord bei Auto-Neuzulassungen

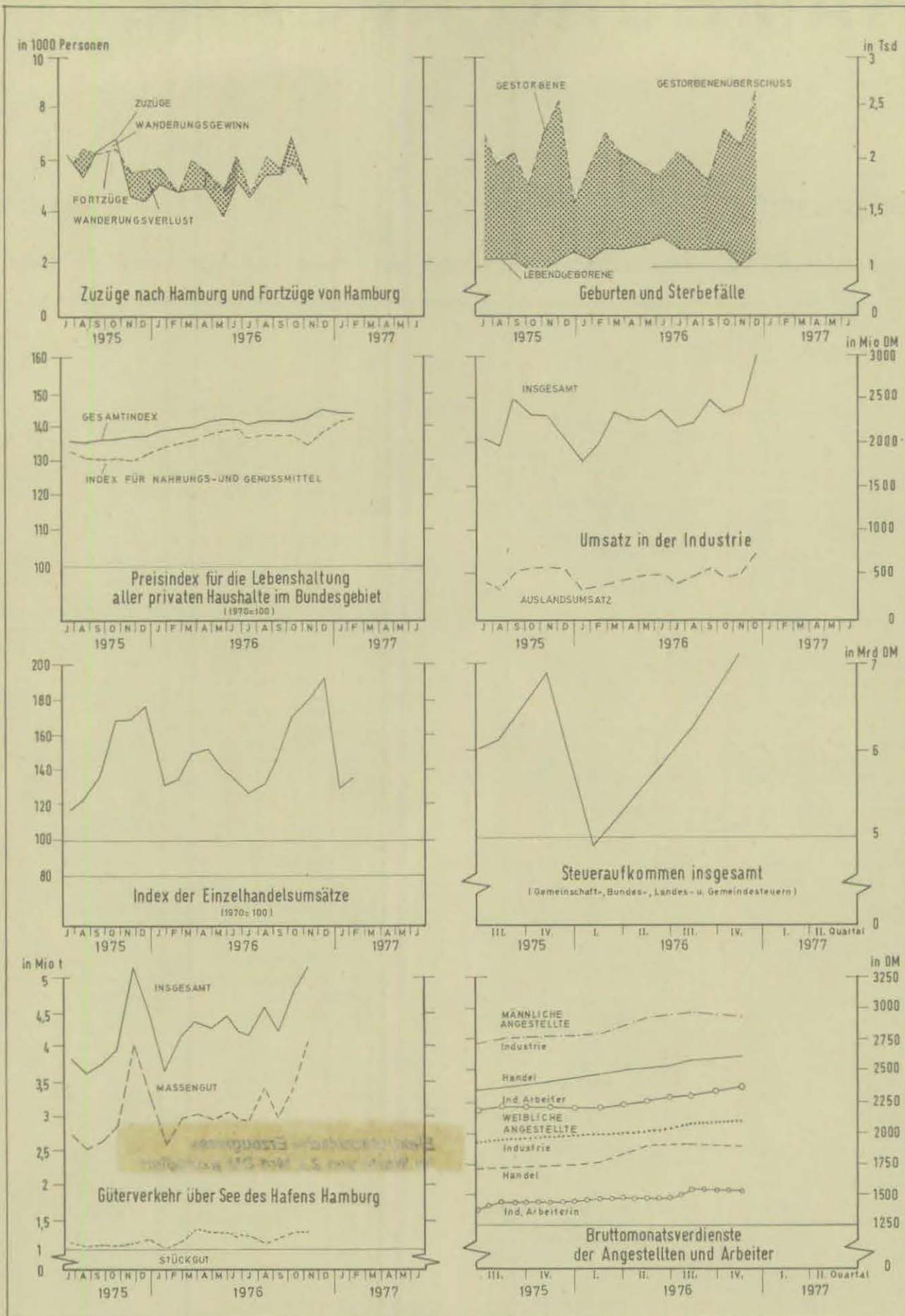
Mit fast 9 000 fabrikneuen Kraftfahrzeugen erreichte die Zahl der Zulassungen im März 1977 das höchste Monatsergebnis seit 1971. Damit hat zugleich auch das erste Quartal dieses Jahres mit insgesamt knapp 20 600 Neuzulassungen eine noch nie erreichte Zahl erbracht. Im einzelnen kamen 17 400 Pkw, 1 500 Kombi und 1 100 Lkw neu in den Verkehr. Mehr als 300 erstmals zugelassene Kratrräder zeigen auf die anhaltende Beliebtheit des Motorrades als Sport- und Freizeitgerät.

Elektrotechnische Erzeugnisse im Werte von 2,1 Mrd DM exportiert

Die in Hamburg ansässigen Exporteure führten im Jahre 1976 elektrotechnische Erzeugnisse im Werte von 2,1 Mrd DM aus - 29% mehr als im Jahre zuvor. Rund ein Viertel der Summe entfiel auf Rundfunk- und Fernsehgeräte.

Allein die Hälfte dieser Exporte war zum Verbrauch in den EG-Staaten, vorwiegend den Niederlanden, Frankreich und Belgien/Luxemburg, bestimmt. Von den außereuropäischen Ländern traten als wichtigste Käufer die USA, Saudi-Arabien sowie der Iran auf.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Entwicklung des Hamburger Arbeitsmarktes nach Berufen und Branchen im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1950

1. Vorbemerkungen

Die seit 1974 anhaltende Arbeitslosigkeit, der Engpaß bei den Ausbildungsplätzen und die Erwartung eines längerfristig gedämpften Wirtschaftswachstums bei steigenden Erwerbersonenzahlen in der kommenden Dekade geben Anlaß zur Sorge. Allgemein kann darum eine Intensivierung der Bemühungen um eine Analyse und Vorausschätzung der Arbeitsmarktsituation beobachtet werden mit dem Ziel, Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und Entscheidungen im Berufsbildungsbereich konzeptionell besser abzusichern.

Das Statistische Landesamt legt zu diesem Problemkreis eine Darstellung der Entwicklung des Hamburger Arbeitsmarktes vor, die sich auf Sonderauswertungen der Berufszählungen 1961 und 1970 und auf Schul- und Berufsschulstatistiken stützt. Die Untersuchung wurde durch die Übernahme von Prognosemodellen und zusammenfassenden Wirtschaftszweig- und Berufsgliederungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg und des Battelle-Instituts in Frankfurt wesentlich vereinfacht¹⁾.

Dadurch war auch ein unmittelbarer Vergleich der Hamburger Zahlen mit den für das gesamte Bundesgebiet aufbereiteten Daten möglich. Alle Auswertungen wurden auf eine Gliederung in 60 Berufsfelder und – soweit erforderlich – in 33 Wirtschaftszweige abgestellt. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse überwiegend nur in der Zusammenfassung zu acht Berufsbereichen und zehn Wirtschaftsabteilungen dargeboten.

2. Globale Tendenzen der Arbeitsmarktentwicklung

Die Zahl der in Hamburg beschäftigten Erwerbstätigen nahm zwischen 1950 und 1961 von 710 000 auf 980 000 Personen zu und ging bis 1973 geringfügig zurück. Dem stärkeren Abfall in den letzten drei Jahren bis

auf etwa 870 000 Erwerbstätige steht auf der anderen Seite zum Teil eine Zunahme der Arbeitslosenzahl gegenüber.

1950 kamen 45 000 Berufstätige täglich aus dem Umland nach Hamburg zur Arbeit. In den folgenden Jahren stieg die Zahl von Erwerbstätigen anfangs aus einem Abbau der Arbeitslosigkeit, aus der Rückkehr im Krieg evakuierter Familien und aus dem Zuzug von Flüchtlingen. Darüber hinaus trug eine steigende Zahl von Einpendlern und die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Hamburger Wirtschaft bei. Gegenwärtig hat sich der Berufspendlersaldo gegenüber 1950 verdreifacht.

Die Wirtschaftsentwicklung in Hamburg ist seit 1950, genauso wie im gesamten Bundesgebiet, durch einen relativ stetigen Leistungsanstieg gekennzeichnet. In der jüngsten Dekade ist im Bundesgebiet, nach der Stagnation im Jahr 1967, ein von den exportorientierten „Wachstumsbranchen“ getragenes, über dem langjährigen Trend liegendes Wirtschaftswachstum bis zum Jahr 1973 zu beobachten. Dagegen hat sich nach 1967 in Hamburg die Entwicklung nur gemäß dem Trend der vorangehenden Dekaden fortgesetzt.

Das in den vergangenen zehn Jahren gegenüber dem Bundesgebiet im Durchschnitt aller Branchen relativ geringere Wachstumstempo der Wirtschaft innerhalb der Hamburger Landesgrenzen hat mehrere Ursachen:

- Ausweitung des Hamburger Ballungsraumes auf das Umland der Hansestadt, so daß in den Hamburger Zahlen zwar ein immer noch weit überwiegender, aber dennoch abnehmender Anteil der Leistungskraft des gesamten Raumes erfaßt wird.
- Eine um etwa 40 Prozent höhere wirtschaftliche Leistung je Erwerbstätigen in Hamburg gegenüber dem Bundesgebiet, die aus der besonderen Wirtschaftsstruktur der Hansestadt und zum Teil auch aus einer vergleichsweise höheren Produktivität in einzelnen Branchen resultiert. Bei einer höheren Leistung pro Arbeitskraft, die durch einen überdurchschnittlichen Kapitaleinsatz bedingt ist, sind aber in der Regel nicht mehr überdurchschnittliche Wachstumsraten zu erwarten.
- Größeres Gewicht ausgesprochener Wachstumsindustrien im Bundesgebiet (dort zum Teil allerdings verbunden mit höherer Krisenanfälligkeit).

Das Jahr 1975 brachte auf dem Hintergrund einer weltweiten Rezession fast überall in der Bundesrepublik ein stärkeres Absinken der Produktion gegenüber dem Vorjahr und stellt einen deutlichen Einschnitt in der bisher stetigen Entwicklung dar. Die Arbeitslosigkeit erreichte ein Ausmaß wie in der Mitte der 50er Jahre. Der Wirtschaftsaufschwung im vergangenen Jahr hat wieder zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosenzahl geführt.

¹⁾ Literaturhinweise:

Blüm, Adalbert; Frenzel, Udo. Quantitative und qualitative Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland, Stufe 3. Teil 1: Textband, Teil 2: Tabellenband.

Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1975. (Beitr. AB, 8. 1)

Blüm, Adalbert; Frenzel, Udo. Analyse und Prognose der Arbeitsmarktentwicklung in Bayern, Teil 1: Textband, Teil 2: Tabellenband. Frankfurt am Main: Battelle-Institut 1973.

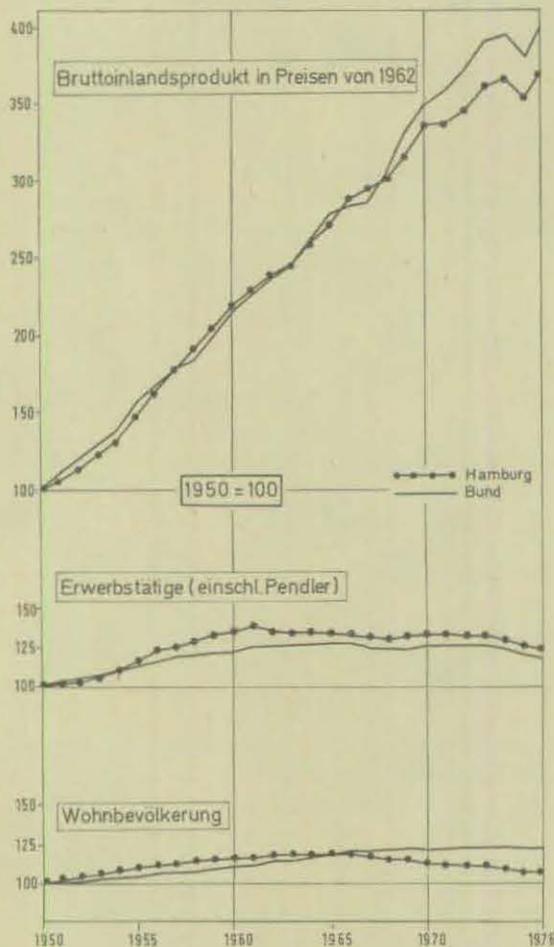
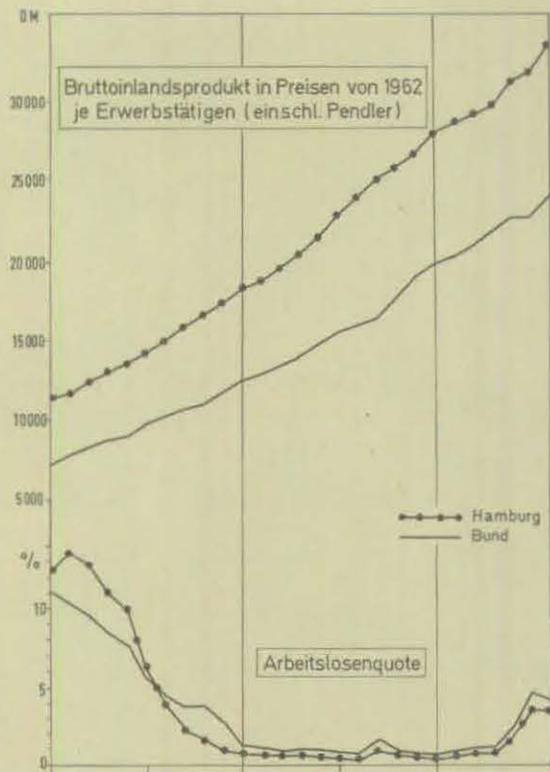
Hegelheimer, Arnim; Weißhuhn, Gernot. Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt. Berlin: Duncker & Humblot 1974. (DIW. Beiträge zur Strukturforschung, H. 29)

Karr, Werner; Leupoldt, Rudolf. Strukturwandel des Arbeitsmarktes 1950 bis 1970 nach Berufen und Sektoren. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1978. (Beitr. AB, 5)

Klander, Wolfgang; Schnur, Peter. Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung bis 1990. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 9. Jg. 1976/3, S. 237–266.

Zangl, Peter. Die Entwicklung der Berufe 1961 bis 1970. In: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen. Mitteilungen, 27. Jg. 1976/2, S. 145–175.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Hamburg und im Bundesgebiet



Statistisches Landesamt Hamburg

(K)

3. Die Entwicklung zwischen 1950 und 1970

3.1 Veränderungen der Wirtschaftsstruktur

Für die Mehrzahl der Berufe konzentrieren sich die Beschäftigungsmöglichkeiten nur auf wenige Wirtschaftszweige. Darum haben Umschichtungen in der Berufsstruktur häufig ihre Ursache in Änderungen der Wirtschaftsstruktur. Die Branchenentwicklung muß als Hintergrund daher immer mit im Auge behalten werden, wenn Wandlungen in der Gewichtigkeit einzelner Berufe diskutiert werden.

Die Verteilung der in Hamburg arbeitenden Menschen auf die zehn Wirtschaftsabteilungen hat sich, anders als im Bundesgebiet, seit 1950 relativ wenig geändert²⁾.

Einen kontinuierlich rückläufigen Anteil an den in der Hansestadt erwerbstätigen Personen weisen – sieht man von Konjunkturschwankungen ab – die folgenden Wirtschaftsabteilungen auf:

- Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
- Baugewerbe
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Ständig gestiegen ist dagegen das Gewicht der Abteilungen

- Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

²⁾ Für 1950 und 1961 liegen nur Erwerbspersonenzahlen, also Erwerbstätige plus Arbeitslose, in der benötigten Branchen- und Berufsgliederung vor. Bei den Zahlen von 1970 handelt es sich um Erwerbstätige. Soldaten wurden nicht berücksichtigt. Die Hamburger Zahlen schließen für 1961 und 1970 den Pendlersaldo mit ein.

Tab. 1: Verteilung der Erwerbstätigen^{*)} nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	Hamburg			Bundesgebiet		
	1950	1961	1970	1950	1961	1970
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2,6	1,4	1,3	22,1	13,5	7,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1,2	1,2	1,1	3,5	3,0	2,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	28,0	31,3	28,7	30,8	27,5	40,0
Baugewerbe	8,2	7,5	6,7	7,9	7,7	7,9
Handel	17,8	18,6	18,4	8,7	11,8	12,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10,7	12,3	12,2	5,5	5,6	5,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2,2	3,6	5,1	1,0	1,7	2,6
Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Abteilungen enthalten	14,3	15,9	18,5	8,7	11,2	13,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	3,1	1,8	1,3	3,3	2,0	1,3
Gebietkörperschaften und Sozialversicherung	2,0	2,7	2,7	4,1	5,5	6,5
Ohne Angabe	3,1	0,8	0,0	4,2	0,4	0,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätige absolut in 1000	746	979	927	25 489	26 527	25 868

^{*)} 1950 und 1961 Erwerbspersonen.

Berufsbereiche	Berufsfelder (sortiert nach ihrer Besetzung im Jahr 1970)	In Hamburg erwerbstätige Deutsche	
		VZ 1961	VZ 1970
I Gewinner von Naturprodukten, Mineralien	3 Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	11 400	12 200
	1 Mithelfende in der Landwirtschaft	4 500	2 200
	4 Bergleute, Mineralgewinner	100	200
	zusammen	16 100	14 500
II Hersteller vorwiegend von Grundstoffen und Produktionsgütern	11 Metallerzeuger und -bearbeiter, Metallarbeiter o.n.A.	20 900	12 700
	6 Chemiarbeiter	13 900	8 400
	5 Steinbearbeiter, Baustoffhersteller, Keramiker, Glass.	1 800	1 100
	10 Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verw. Berufe	1 400	700
zusammen	38 100	22 800	
III Hersteller vorwiegend von Verbrauchsgütern	9 Drucker	9 300	8 100
	21 Speisenbereiter	8 600	7 600
	17 Textilverarbeiter	13 300	7 200
	20 Fleisch-, Fischverarbeiter	5 800	3 800
	19 Back-, Konditorwarenhersteller	4 700	3 400
	8 Papierhersteller und -verarbeiter	4 400	2 700
	22 Getränke-, Genussmittelherst., übrige Ernährungsberufe	6 000	2 700
	18 Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	5 800	2 300
	7 Kunststoffverarbeiter	1 000	1 200
	16 Textilhersteller und -veredler	1 300	400
	15 Spinberufe	1 300	100
zusammen	59 800	39 500	
IV Montage- und Wartungsberufe	12 Schlosser, Mechaniker u. zugeordn. Berufe (o. Metallfeinb.)	70 700	60 700
	14 Elektriker, Elektrogerätemontierer	22 300	21 800
	23 Maurer, Betonbauer	16 700	13 000
	30 Maler, Lackierer und verwandte Berufe	11 300	9 800
	29 Tischler, Modellbauer	12 700	8 100
	24 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	6 900	5 700
	27 Bauausstatter	5 300	4 500
	26 Bauhilfsarbeiter	8 600	3 200
	25 Straßen-, Tiefbauer	5 300	2 900
	13 Metallfeinbauer u. zugeordnete Berufe, Montierer o.n.A.	2 700	2 500
	28 Bauausstatter, Polsterer	1 400	1 500
zusammen	164 100	133 600	
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	52 Übrige Gesundheitsdienstberufe	15 800	20 100
	48 Dienst-, Wachberufe, Sicherheitswahrer	20 100	18 800
	54 Lehrer	11 300	15 300
	50 Publiz., Dolmetscher, Biblioth., Künstler u. zugeordn. Berufe	12 300	14 400
	57 Körperpfleger	9 900	9 000
	53 Sozialpflegerische Berufe	5 300	7 400
	51 Ärzte, Apotheker	6 400	7 300
	49 Rechtswahrer, -berater	3 400	4 600
	55 Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe a.n.g.	900	2 700
	56 Seelsorger	1 100	1 400
zusammen	86 800	100 700	
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	59 Reinigungsberufe	42 700	36 600
	42 Kraftfahrzeugführer, Straßenzarte	27 000	26 200
	58 Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe	27 500	18 400
	44 Nachrichtenverkehrsberufe	12 500	10 500
	43 Wasser- und Luftverkehrsberufe	15 400	9 700
41 Landverkehrsberufe a.n.g.	11 800	9 600	
zusammen	135 000	111 000	
VII Vertellende, verwaltende und planende Berufe	47 Rechnungskaufleute, Datenverarb., Bürofach-, Bürohilfskräfte	160 700	182 900
	38 Warenkaufleute	98 400	93 800
	39 Bank-, Versicherungskaufleute	18 000	26 600
	46 Unternehmer, Management, Wirtschaftsprüfer	34 900	28 200
	40 Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	14 900	19 600
	36 Techniker	13 300	18 300
	34 Ingenieure	16 100	17 200
	37 Technische Sonderfachkräfte	7 900	8 300
	35 Chemiker, Physiker, Mathematiker	1 100	1 300
	zusammen	365 200	397 900
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	45 Lagerverwalter, Lager- Transportarbeiter	41 000	25 700
	32 Hilfsarbeiter o.n.A.	13 900	17 800
	51 Warenprüfer, Versandfertigmacher	19 000	14 000
	33 Maschinisten und zugehörige Berufe	10 000	6 800
	2 Mithelfende außerhalb der Landwirtschaft a.n.g.	22 700	2 800
60 Arbeitskräfte mit noch nicht best. Berufen bzw. o.n.A.	7 700	1 500	
zusammen	114 200	70 600	

- Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Abteilungen enthalten³⁾.

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes nahm aufgrund der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie in der Dekade des Wiederaufbaus leicht zu, zeigt aber seit Beginn der 60er Jahre eine ständige Abnahme, was auf eine Freisetzung von Arbeitskräften durch kapitalintensivere Fertigungsmethoden, auf Produktionseinschränkungen und auf Verlagerungen von Produktionsstätten in das Umland zurückzuführen ist.

Gegenüber dem gesamten Bundesgebiet fällt für Hamburg im Jahre 1970 ein um die Hälfte höherer Anteil des sogenannten *Dienstleistungssektors* (Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen, Gesundheits- und Bildungswesen, Gebietskörperschaften, übrige von Privaten erbrachten Dienstleistungen) auf. Fast zwei Drittel aller in der Hansestadt erwerbstätigen Personen gehören zu diesem Sektor. Entsprechend ist die Beschäftigung im *Warenproduzierenden Sektor* (Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe) anteilig sehr viel niedriger als im Bundesgebiet. Die für die Bundesrepublik seit 1950 typische Umschichtung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und aus dem Bergbau auf die Industrie und auf den Dienstleistungssektor hat in Hamburg keine Parallele, da der Charakter der Hansestadt als Handels- und Dienstleistungszentrum schon 1950 klar hervortrat.

3.2 Veränderungen der Berufsstruktur

Ein erster Überblick über die Berufsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung läßt sich aus einer Grobgliederung nach acht Berufsbereichen gewinnen. Der Tabelle 2 kann entnommen werden, welche Berufsfelder sich im einzelnen hinter den jeweiligen Berufsbereichen verbergen.

²⁾ u. a. die Dienstleistungszweige: Beherbergungsgewerbe, Reinigung, Gesundheits- und Bildungswesen, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Grundstücks- und Wohnungswesen.

In der Entwicklung der Berufsbereiche spiegelt sich zum Teil die Veränderung der Wirtschaftsstruktur wider (Tab. 3). In Hamburg sind die Anteile der Bereiche II, III, IV und VIII – überwiegend Facharbeiter- und Angelerntenberufe in Industrie und Warenproduzierendem Handwerk – seit 1950 ununterbrochen rückläufig. Diese Entwicklung hat auch nach 1970 noch angedauert.

Eine starke Steigerung haben die Personenbezogenen Dienstleistungsberufe (V) – hierunter in den letzten Jahren besonders die Lehrer (Berufsfeld-Nr. 54) und Gesundheitsdienstberufe (Nr. 51, 52) – sowie Verteilende, verwaltende und planende Berufe (VII) erfahren. Man kann die Berufsbereiche V bis VII insgesamt als Dienstleistungsberufe bezeichnen. Ihr Anteil ist in Hamburg von gut der Hälfte im Jahre 1950 auf zwei Drittel im Jahre 1970 angestiegen. Wie aufgrund einer Projektion des Hamburger Arbeitsmarktes⁴⁾ vermutet werden kann, wird ihr Anteil 1985 über 70 Prozent liegen. Eine Zunahme der absoluten Erwerbstätigenzahl ist zwischen 1970 und 1985 jedoch nur noch im Bereich der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe (V) zu erwarten.

Im Bundesgebiet ist die Entwicklung der Dienstleistungsberufe (Berufsbereiche V bis VII) etwa parallel zu der in Hamburg verlaufen, wenn auch auf sehr viel niedrigerem Niveau. In der großen Entwicklungslinie von 1950 bis 1985 im Bundesgebiet springt allerdings nur der enorme Rückgang der in Landwirtschaft und Bergbau Beschäftigten von 24 Prozent auf voraussichtlich 4 Prozent und die Verdoppelung des Anteils der Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufe (VII) von 18 auf 36 Prozent ins Auge.

Beim Frauenanteil in den einzelnen Berufsbereichen haben sich in Hamburg seit 1950 keine gravierenden Änderungen ergeben.

1970 waren in Hamburg über die Hälfte aller Frauen in Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufen

⁴⁾ Arbeitsmarktprojektion des statistischen Landesamtes.

Tab. 3: Verteilung der Erwerbstätigen^{*)} nach Berufsbereichen

Berufsbereiche	Hamburg				Bundesgebiet			
	1950	1961	1970	1985 ¹⁾	1950	1961	1970	1985 ²⁾
I Gewinner von Naturprodukten und Mineralien	2,8	1,6	1,6	1,6	24,4	15,2	8,7	4,2
II Herst. vorw. v. Grundst. u. Produktionsgütern	3,9	3,9	3,3	2,9	5,2	7,0	6,9	6,6
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	8,3	6,1	4,6	3,8	9,9	8,4	7,5	6,2
IV Montage- und Wartungsberufe	17,9	16,8	15,6	13,2	17,6	18,0	18,9	17,9
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	8,9	8,9	11,1	14,5	6,2	6,7	8,7	11,1
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	13,5	13,6	12,1	12,3	9,2	9,9	9,1	9,8
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	30,6	37,3	43,3	43,8	17,7	24,7	31,7	35,8
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	14,1	11,7	8,4	8,0	9,9	10,2	8,5	8,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätige absolut in 1000	746	979	927	845	23 489	26 527	25 868	27 184

^{*)} 1950 und 1961 Erwerbspersonen.

¹⁾ Nachfrageprojektion des Statistischen Landesamtes.

²⁾ Nachfrageprojektion (vgl. IAB, Beitr. AB 8.2).

Tab.4: Verteilung der in Hamburg Erwerbstätigen*) nach Berufsbereichen und Geschlecht

Berufsbereiche	Verteilung der Erwerbstätigen in Hamburg nach Berufsbereichen in Prozent		Frauenanteil in Prozent unter den Erwerbstätigen in Hamburg nach Berufsbereichen		
	1970		1950	1961	1970
	Männer	Frauen			
I Gewinner von Naturprodukten und Mineralien	1,6	1,6	34,3	37,4	39,3
II Herst. vorw. v. Grunst. u. Produktionsgütern	4,3	1,8	24,8	22,2	21,2
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	4,1	5,3	52,7	51,5	45,3
IV Montage- und Wartungsberufe	24,7	1,5	2,1	3,1	3,9
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	8,9	14,4	38,9	45,4	51,2
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	10,8	14,3	45,7	47,0	46,1
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	36,4	54,0	36,7	46,0	48,8
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	9,2	7,0	37,1	41,1	32,9
I n s g e s a m t	100	100	32,8	37,6	39,2
Erwerbstätige absolut in 1000	564	363	.	.	.

*) 1950 und 1961 Erwerbspersonen.

(VII) beschäftigt. Auf alle Dienstleistungsberufe (V bis VII) entfielen sogar gut vier Fünftel aller erwerbstätigen Frauen.

Die männlichen Erwerbstätigen hatten mit 36 Prozent zwar ebenfalls im Berufsbereich VII ihren Beschäftigungsschwerpunkt, sind aber mit 25 Prozent auch sehr stark bei Montage- und Wartungsberufen (IV) als den typischen Männerberufen wie Schlosser, Elektriker, Maurer vertreten.

Die größten absoluten Veränderungen in der Anzahl der deutschen Erwerbstätigen haben zwischen 1961 und 1970 in Hamburg folgende Berufsfelder aufzuweisen:

Berufsfelder	Veränderung 1961 bis 1970		Anteil an den deutschen Erwerbstätigen 1970 in %
	absolut	in %	
Lagerverwalter, Lager-u. Transportarb. (45)	- 15 200	- 37,2	2,9
Schlosser und Mechaniker (12)	- 10 100	- 14,2	6,8
Gäsbetreuer u. hauswirtsch. Berufe (58)	- 9 100	- 33,2	2,1
Metallerzeuger und -bearbeiter (11)	- 8 300	- 39,5	1,4
Rechnungskaufl., Datenverarb. u. Bürokr. (47)	+ 22 200	+ 15,8	20,5
Bank- und Versicherungskaufleute (39)	+ 10 600	+ 58,9	3,2
Techniker (36)	+ 5 000	+ 37,9	2,0
Andere Dienstleistungskaufleute (40)	+ 4 700	+ 31,4	2,2
Nichtakademische Gesundheitsdienstber. (52)	+ 4 300	+ 27,3	2,3

Diese kleine Auswahl der Extreme unterstreicht noch einmal die bereits global festgestellten Tendenzen. Zu beachten ist, daß in Berufen mit starkem Rückgang der deutschen Erwerbstätigenzahl die Kapazität zum Teil durch die Beschäftigung von Gastarbeitern ersetzt wurde.

Ein Vergleich der Berufsfeldstruktur der deutschen Erwerbstätigen 1970 in Hamburg mit der Gliederung

im Bundesgebiet zeigt, daß sich nur in 13 von 60 Berufsfeldern die Anteile nennenswert unterscheiden:

Berufsfelder	Hamburg	Bundesgebiet	Differenz
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe (3)	1,4	4,9	- 3,5
Mithelfende in der Landwirtschaft (1)	0,2	3,6	- 3,4
Metallerzeuger und -bearbeiter (11)	1,4	3,8	- 2,4
Textilverarbeiter (17)	0,8	2,0	- 1,2
Schlosser und Mechaniker (12)	6,8	7,7	- 0,9
Bergleute und Mineralgewinner (4)	0,0	0,7	- 0,7
Rechnungskaufl., Datenverarb. u. Bürokräfte (47)	20,5	14,8	+ 5,7
Warenkaufleute (38)	10,5	8,6	+ 1,9
Reinigungsberufe (59)	4,1	2,4	+ 1,7
Andere Dienstleistungskaufleute (40)	2,2	0,7	+ 1,5
Bank- und Versicherungskaufleute (39)	3,2	1,8	+ 1,4
Lagerverwalter, Lager- u. Transportarbeiter (45)	2,9	2,0	+ 0,9
Publizisten, Dolmetscher, Künstler ... (50)	1,6	0,9	+ 0,7

Die wenigen herausragenden Unterschiede zum Bundesgebiet unterstreichen eindrucksvoll die ganz andere Wirtschaftsstruktur Hamburgs: einerseits das weitgehende Fehlen von Bergbau und Stahlindustrie bzw. das geringe Gewicht von Landwirtschaft und Textilindustrie und andererseits die Dominanz des Handels und des Hafens. Es ist allerdings erstaunlich, wie sehr sich die Anteile der übrigen Berufsfelder ähneln. Dies hat wohl mit seine Ursache darin, daß ein Großteil der Beschäftigten des Bundesgebietes in Stadtregionen tätig ist (1970: 62 %) und die großstädtische Berufs- und Beschäftigungsstruktur nur relativ geringfügige Variationen zeigt.

3.3 Kombinierte Gliederung nach Berufen und Branchen 1970

Die kombinierte Gliederung der Erwerbstätigen nach Berufen und Branchen läßt zum einen erkennen, auf welche Berufsbereiche sich die Produktion von Gütern

und die Bereitstellung von Diensten in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen stützt und macht zum anderen deutlich, wie hoch der Anteil des Personals ist, das für

Planung und Verwaltung sowie für Ein- und Verkauf (Berufsbereich VII) in den Wirtschaftseinheiten eingesetzt ist:

Tab.5: Wirtschaftsabteilungen in Hamburg geordnet nach dem "Verwaltungsanteil" im Jahr 1970

Wirtschaftsabteilungen	Anteil der Erwerbstätigen in verteilenden, verwaltenden und planenden Berufen (VII) in der Abt. in %	Berufsbereich, auf den sich die Produktion bzw. Dienstleistung primär stützt	Anteil an den Erwerbstätigen der Abt. in %
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	91	Verteilende, verwalt. u. planende Berufe (VII)	(91)
Handel	75	Verteilende, verwalt. u. planende Berufe (VII)	(75)
Gebietskörpersch. und Sozialversicherung	56	Verteilende, verwalt. u. planende Berufe (VII) Personenbezogene Dienstleistungsberufe (V)	(56) 27
Energiewirtsch. u. Wasservers., Bergbau	40	Montage- und Wartungsberufe (IV)	32
Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung	37	Sachbezogene Dienstleistungsberufe (VI)	37
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	32	Montage- und Wartungsberufe (IV) Herst. vorw. v. Grundst. u. Produktionsgütern (II) Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern (III)	27 11 11
Organisat. o. Erwerbscharakter, Priv. Haush.	31	Sachbezogene Dienstleistungsberufe (VI) Personenbezogene Dienstleistungsberufe (V)	38 28
Dienstl., sow. nicht in and. Abt. enthalten	29	Personenbezogene Dienstleistungsberufe (V) Sachbezogene Dienstleistungsberufe (VI)	41 20
Baugewerbe	16	Montage- und Wartungsberufe (IV)	73
Land- u. Forstwirtsch., Tierh. u. Fischerei	4	Gewinner von Naturprodukten u. Mineralien (I)	91

Die Rangordnung der Berufsbereiche nach ihrem Gewicht in den Wirtschaftsabteilungen ist im Bundesgebiet die gleiche wie in Hamburg. Abgesehen von den Wirtschaftsabteilungen, Kreditinstitute und Versicherungen, Handel, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, deren Wertschöpfung primär durch Angehörige der Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufe (VII) erbracht wird, fallen allerdings in Hamburg generell wesentlich höhere Verwaltungsanteile (Berufsbereich VII) auf. Im gesamten Warenproduzierenden Wirtschaftssektor ist der Verwaltungsanteil in Hamburg mit 29 Prozent um die Hälfte höher als im Bundesdurchschnitt, im Dienstleistungssektor nur um knapp 7 Prozent. Man kann daraus nicht ohne weiteres den Schluß ziehen, daß die Verwaltungsabteilungen in der Hamburger Industrie im Verhältnis zu den Produktions- und Montageabteilungen übersetzt sind, da in vielen Branchen von den in Hamburg ansässigen Unternehmensleitungen Produktionsstätten außerhalb Hamburgs mit verwaltet werden. Aus diesem Grunde wohl war z. B. 1970 die in Hamburg vom Warenproduzierenden Sektor erwirtschaftete Wertschöpfung bezogen auf einen Angehörigen der „Verwaltungsberufe“ (Bereich VII) um ein Viertel niedriger als im Bundesdurchschnitt; hingegen ergab sich beim Bezug auf die Angehörigen der übrigen

gen Berufsbereiche in Hamburg je Erwerbstätigen eine höhere Wertschöpfung als für das Bundesgebiet. Der Dienstleistungssektor in Hamburg erwies sich im Vergleich zum Bund insgesamt als produktiver.

Es bleibt dennoch die Sorge, daß in Hamburg in einer Periode gedämpften Wirtschaftswachstums langfristig besonders die Arbeitsplätze in den Verwaltungen durch Rationalisierungsmaßnahmen bzw. durch den Zwang zur Personalkostensenkung gefährdet sind; dies um so mehr, als Kosten für Rationalisierungsinvestitionen je eingespartem Arbeitsplatz in den Verwaltungen möglicherweise niedriger liegen als im Produktionsbereich. Hier wäre an den Einsatz der inzwischen sehr preisgünstig angebotenen mittleren Datentechnik zu denken (elektronische Buchungsmaschinen, teilautomatisierte Lagerbestandsplanung und Buchhaltung, Textverarbeitungsanlagen usw.).

3.4 Einfluß von „Brancheneffekt“ und „Berufseffekt“ auf die Entwicklung der Berufe zwischen 1961 und 1970

Bei Interpretation von kombinierten Berufs/Wirtschaftszweigtabellen verliert man bei einem Zeitvergleich

sehr schnell den Überblick, da die unterschiedliche Branchenentwicklung stets mit zu berücksichtigen ist. Es ist deswegen hilfreich, die gesamte Information über einen Beruf aus einer Kombinationstabelle in zwei Zahlen zu konzentrieren und dabei die Entwicklung eines Berufes in einen Berufseffekt und in einen Brancheneffekt zu zerlegen. Der *Berufseffekt* gibt an, wie sich ein Beruf allein aufgrund von Änderungen der Berufsstruktur in den einzelnen Wirtschaftszweigen bei *unveränderter Branchenstruktur* entwickelt hätte. Mit dem *Brancheneffekt* wird die hypothetische Entwicklung eines Berufes allein durch Wirtschaftsstrukturänderungen bei *konstanter Berufsstruktur innerhalb der Branchen* wiedergegeben.

Die Berufseffekte der Entwicklung von 1961 bis 1970 nach Berufsbereichen zeigen in Hamburg ähnliche Werte wie im Bundesgebiet:

- Positive Berufseffekte, d. h. eine tendenziell steigende Zahl von Erwerbstätigen allein aufgrund der Berufsstrukturentwicklung bei den Personenbezogenen Dienstleistungsberufen (V) und bei den Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufen (VII)
- besonders negative Berufseffekte, d. h. eine tendenziell sinkende Zahl von Erwerbstätigen allein aufgrund der Berufsstrukturentwicklung bei den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern (II) und bei den Sektor- und produktionsabhängigen Tätigkeiten (VIII).

Die Brancheneffekte wirkten sich, mit Ausnahme des Bereichs (I) – Landwirtschaft, Bergbau –, wie zu erwarten in Hamburg in allen Berufsbereichen negativer auf die Beschäftigung aus als im Bundesgebiet.

Aufschlußreicher ist eine Betrachtung der Effekte in tieferer Berufsgliederung, wobei nur die nach der Erwerbstätigenzahl gewichtigeren Berufsfelder genannt werden sollen. Im Warenproduzierenden Wirtschaftssektor haben sich durch einen positiven Berufseffekt die Anteile stärker zugunsten der Hilfsarbeiter (Nr. 32), Techniker (Nr. 36), Kaufleute (Nr. 38,40) sowie der Datenverarbeitungs- und Büroberufe (Nr. 47) verschoben. Eine abnehmende Bedeutung weisen die Berufsfelder Management (Nr. 46), Lager- und Transport-

arbeiter (Nr. 45) und zum Teil auch die Facharbeiterberufe auf. Im Dienstleistungssektor der Wirtschaft haben ebenfalls Hilfsarbeiter (Nr. 32), ferner Dienstleistungskaufleute (Nr. 39, 40), Gesundheitsdienst- und Sozialpflegerische Berufe (Nr. 52, 53) und traditionelle handwerkliche Berufe, letztere zum Teil nur mit geringer absoluter Besetzung, stärker an Einfluß gewonnen. Dagegen sind Managementberufe (Nr. 46), Lager- und Transportarbeiter (Nr. 45), Wasser- und Luftverkehrsberufe (Nr. 43) und Nachrichtenverkehrsberufe (Nr. 44) unabhängig von der Branchenentwicklung mehr in den Hintergrund getreten.

Die Brancheneffekte sind in Hamburg im Warenproduzierenden Sektor für alle Berufsfelder ohne Ausnahme negativ gewesen, haben also tendenziell zu einer Abnahme der Besetzung der Berufsfelder geführt, in einer Größenordnung von -10 bis -25 Prozent. Für die spezifischen Berufe im Bereich Textil/Leder und Holz/Druck/Papier lagen die Brancheneffekte sogar bei -50 Prozent.

Im Dienstleistungssektor haben besonders die Bank- und Versicherungskaufleute (Nr. 39), fast alle persönlichen Dienstleistungsberufe (voran die Lehrer durch den Ausbau des Bildungssystems) und verwaltende und planende Berufe durch positive Brancheneentwicklungen expandiert. In den übrigen Berufsfeldern sind eher leicht negative Beschäftigungseffekte aus der Branchenentwicklung im Dienstleistungssektor erwachsen.

Auch bei einer tieferen Gliederung nach 60 Berufsfeldern stimmen die Berufseffekte der Entwicklung zwischen 1961 und 1970 in Hamburg noch annähernd mit den Berufseffekten im Bundesdurchschnitt überein. Im Bundesgebiet sind aber positive Brancheneffekte für die Hälfte aller Berufsfelder im Warenproduzierenden Sektor und für drei Viertel aller Berufe im Dienstleistungssektor festzustellen.

3.5 Konzentration der Berufe auf die einzelnen Wirtschaftszweige

Wenn von dem Fall einer generellen Rezession mit Beschäftigungsproblemen in allen Wirtschaftszweigen abgesehen wird, kann man unterstellen, daß An-

Tab.6: Beschäftigungsentwicklung in den Berufsbereichen zwischen 1961 und 1970

Berufsbereiche	Hamburg			Bundesgebiet		
	Entwicklung insgesamt	mit		Entwicklung insgesamt	mit	
		Berufseffekt	Brancheneffekt		Berufseffekt	Brancheneffekt
1961/70 bezogen auf 1961 in %						
I Gewinner von Naturprodukten und Mineralien	- 10	2	- 11	- 44	0	- 44
II Herst. vorw. v. Grundst. u. Produktionsgütern	- 40	- 30	- 14	- 27	- 24	- 3
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	- 34	- 7	- 29	- 22	- 5	- 18
IV Montage- und Wartungsberufe	- 19	- 4	- 15	- 5	0	- 6
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	16	7	9	26	9	16
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	- 18	- 5	- 14	- 14	- 4	- 10
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	9	11	- 2	26	20	5
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	- 38	- 25	- 18	- 24	- 17	- 8

Berufsbereich Nr.	Berufsfeldbezeichnung	Lfd. Nr.	Berufskennziffer der VZ 1970	Erwerbstätige			Veränderung der Erwerbstätigenzahl 1961/1970 in %			Erwerbstätige 1970 nach der Qualifikation in %			
				1961 insgesamt*)	insgesamt	davon im	Veränderung insgesamt	mit		G1	G2	G3	
								Verarbeitungssektor	Dienstleistungssektor				Berufseffekt
I	Mithelfende in der Landwirtschaft	1	043	4 500	2 200	2 100	0	- 53	- 14	- 44	78	22	-
VIII	Mithelfende außerhalb der Landwirtschaft u.n.g.	2	97	22 700	2 800	800	2 600	- 08	- 7	- 07	43	56	2
I	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	3	01 - 06	11 400	12 200	8 600	3 600	7	- 10	- 18	47	50	3
	Bergleute, Mineralgewinner	4	07 - 09	100	200	200	0	40	- 45	153	53	47	-
II	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller, Keramiker, Glasm., Chemiarbeiter	5	10 - 13	1 800	1 100	1 000	100	- 40	- 25	- 20	29	67	4
	Chemiarbeiter	6	14	13 900	8 400	7 800	600	- 40	- 11	- 32	59	40	1
III	Kunststoffverarbeiter	7	15	1 800	1 200	1 200	-	11	- 12	26	75	27	-
	Papierhersteller, -verarbeiter	8	16	4 400	2 700	2 500	200	- 39	- 28	- 15	90	50	-
II	Drucker	9	17	9 300	8 100	6 200	1 800	- 15	- 26	18	26	72	1
	Holzaußerbeiter, Holzwarenfertiger u. verw. Berufe	10	18	1 400	700	600	100	- 50	- 28	- 51	47	53	-
II	Metallerzeuger u. -bearbeiter, Metallarbeiter o.n.g.	11	19 - 24	20 900	12 700	12 000	700	- 40	- 14	- 30	35	65	-
	Schlosser, Mechaniker, u. zugeordnete Berufe (o. Metallfeinb.)	12	25 - 29	70 700	60 700	50 900	9 700	- 14	- 14	- 1	20	78	1
IV	Metallfeinbauer u. zugeordnete Berufe, Montierer o.n.g.	13	30, 32	2 700	2 500	1 700	700	- 8	- 6	- 3	27	71	2
	Elektriker, Elektrogerätemontierer	14	31 - 32	22 300	21 800	15 700	6 100	- 2	- 9	8	26	73	1
III	Spinnberufe	15	33	1 500	100	100	-	- 90	- 52	- 79	91	9	-
	Textilhersteller und -veredler	16	34, 36	1 500	400	400	100	- 72	- 46	- 48	46	54	-
	Textilverarbeiter	17	35	13 300	7 200	4 800	2 400	- 46	- 42	- 6	32	67	-
	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	18	37	3 800	2 300	1 800	600	- 39	- 42	6	25	74	1
	Back- und Konditorwarenhersteller	19	39	4 700	3 400	2 700	700	- 29	- 25	- 8	20	80	-
	Fleisch-, Fischverarbeiter	20	40	5 800	3 800	2 800	1 000	- 35	- 21	- 17	16	84	-
	Speisenbereiter	21	41	8 600	7 600	1 700	5 900	- 12	- 16	5	59	41	-
III	Getränke-, Genussmittelherst., übrige Ernährungsberufe	22	42 - 43	6 000	2 700	2 500	200	- 55	- 22	- 43	48	50	3
	Maurer, Betonbauer	23	44	16 700	13 000	12 500	500	- 22	- 20	- 3	13	86	1
IV	Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	24	45	6 900	5 700	5 000	700	- 17	- 19	2	15	85	-
	Straßen-, Tiefbauer	25	46	5 300	2 900	2 200	700	- 45	- 18	- 34	43	57	-
	Bauhilfsarbeiter	26	47	8 600	3 200	3 100	100	- 63	- 20	- 54	73	27	-
	Bauausstatter	27	48	5 300	4 500	4 400	200	- 15	- 18	5	18	82	-
	Bauausstatter, Polsterer	28	49	1 400	1 500	1 100	400	9	- 37	72	31	67	2
	Tischler, Modellbauer	29	50	12 700	8 100	6 200	1 900	- 36	- 22	- 19	12	88	-
	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	30	51	11 500	9 800	8 700	1 100	- 15	- 16	2	20	79	1
VIII	Warenprüfer, Versandfertigtmacher	31	52	19 000	14 000	7 900	6 000	- 27	- 16	- 12	67	33	1
	Hilfsarbeiter o.n.g.	32	53	13 900	17 800	12 900	4 900	28	- 17	55	76	23	-
VIII	Maschinen- und zugehörige Berufe	33	54	10 000	8 800	6 300	2 600	- 11	- 14	3	39	60	1
	Ingenieure	34	50	16 100	17 200	9 400	7 800	7	- 4	12	2	17	81
VII	Chemiker, Physiker, Mathematiker	35	61	1 100	1 300	900	400	18	- 2	21	-	-	100
	Techniker	36	62	13 200	18 300	12 200	6 100	30	- 3	43	8	84	7
	Technische Sonderfachkräfte	37	63	7 900	8 300	5 100	3 200	4	- 4	9	18	81	1
	Warenkaufleute	38	68	98 400	93 800	13 000	80 700	- 5	- 6	1	30	69	1
	Bank-, Versicherungskaufleute	39	69	18 000	28 600	0	28 600	59	54	19	23	75	3
	Andere Dienstleistungskaufleute u. zugehörige Berufe	40	70	14 900	19 600	1 800	17 800	31	- 7	41	23	73	4
	Landverkehrsberufe a.n.g.	41	711-713	11 800	9 600	400	9 200	- 18	- 15	- 4	29	70	-
VI	Kraftfahrzeugführer, Straßenwarte	42	714-716	27 000	26 200	6 300	19 900	- 5	- 13	12	44	55	-
	Wasser- und Luftverkehrsberufe	43	72	15 400	9 700	700	9 100	- 27	- 14	- 15	17	68	15
	Nachrichtenverkehrsberufe	44	73	12 500	10 500	600	9 900	- 16	2	- 18	51	48	-
VIII	Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	45	74	41 000	25 700	8 200	17 600	- 37	- 15	- 27	54	46	-
VII	Unternehmer, Management, Wirtschaftsprüfer	46	75 - 76	34 900	28 200	5 400	22 800	- 19	- 1	- 18	12	72	16
	Rechnungskaufl., Datenverarb., Bürofach-, Bürohilfskräfte	47	77 - 78	160 700	182 900	52 400	130 400	14	- 3	17	26	72	2
V	Dienst-, Wachberufe, Sicherheitswahrer	48	79 - 80	20 100	18 800	2 400	16 400	- 7	6	- 12	29	70	1
	Rechtswahrer, -berater	49	81	3 400	4 600	100	4 400	32	18	12	3	22	75
	Publis., Dolmetscher, Biblioth., Künstler u. zugeordn. Berufe	50	82 - 83	12 300	14 400	2 000	12 300	17	11	5	18	65	16
	Ärzte, Apotheker	51	84	6 400	7 100	200	7 000	11	10	1	-	3	96
	Übrige Gesundheitsdienstberufe	52	85	15 800	20 100	300	19 800	27	8	17	19	79	1
	Sozialpflegerische Berufe	53	86	5 500	7 400	0	7 400	36	0	36	11	86	3
	Lehrer	54	87	11 500	15 300	100	15 200	33	26	5	1	7	92
	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe a.n.g.	55	88	900	2 700	1 000	1 700	212	13	177	-	-	100
VI	Seelsorger	56	89	1 100	1 400	-	1 400	23	22	1	10	28	63
	Körperpfleger	57	90	9 900	9 000	0	9 000	- 8	- 9	1	21	79	-
VI	Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe	58	91 - 92	27 900	18 400	900	17 500	- 33	- 34	1	50	49	1
	Reinigungsberufe	59	93	42 700	36 600	5 600	31 000	- 14	- 4	- 10	74	26	-
VIII	Arbeitskräfte mit noch nicht best. Berufen bzw. o.n.g.	60	98 - 99	7 700	1 500	600	800	- 81	- 77	- 16	43	33	5
I n s a m m t				979 200	890 700	328 000	562 700	- 9	- 9	0	30	63	7

*) 1961 Erwerbspersonen.

gehörige eines Berufes um so weniger durch längerfristige Arbeitslosigkeit bedroht sind, je weiter sie in ihrer Beschäftigung über die Branchen streuen. Berufsangehörige, die nur in einer einzigen Branche Arbeit finden, können bei einem nachhaltigen Beschäftigungsabbau in ihrem Wirtschaftszweig auf keine andere Branche ausweichen und müssen das Berufsfeld mit dem Risiko einer längeren Arbeitslosigkeit oder einer Einkommensminderung wechseln. Unter diesem Gesichtspunkt ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, wie stark die Berufe auf einzelne Branchen konzentriert sind.

Bei 60 Berufsfeldern und 33 Wirtschaftszweigen waren 1970 in Hamburg im ungewichteten Durchschnitt aller Berufe die Hälfte der Angehörigen eines Berufes auf zwei Wirtschaftszweige, 80 Prozent auf fünf und 90 Prozent auf sieben Wirtschaftszweige konzentriert. Die Konzentration ist am schwächsten bei den Berufsfeldern der Berufsbereiche VII und VIII und am stärksten bei den Bereichen I, II und III.

Von 1961 bis 1970 hat die Streuung der einzelnen Berufe über die Wirtschaftszweige geringfügig zugenommen. Die Konzentration je Berufsfeld im gesamten Bundesgebiet stimmt weitgehend mit der in Hamburg überein. Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man die unterschiedlich hohe Zahl der Arbeitskräfte in ihrer relativen Verteilung auf die einzelnen Berufe mit berücksichtigt. Danach hat sich in Hamburg in der Verteilung der Arbeitskräfte auf stark, durchschnittlich oder schwach konzentrierte Berufe mit Erwerbstätigenanteilen von 40 bzw. 23 und 38 Prozent von 1961 bis 1970 nichts geändert. Im Bundesgebiet betragen 1970 die entsprechenden Anteile 47 bzw. 22 und 31 Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen in schwach konzentrierten Berufsfeldern war deutlich niedriger und der Anteil in stark konzentrierten Berufen höher als in Hamburg – obwohl sich im Bundesdurchschnitt seit 1961 die Verteilung bereits zugunsten der schwach konzentrierten Berufsfelder verbessert hatte.

4. Berufsqualifikation der Erwerbstätigen und Anteil der Teilzeitarbeitskräfte 1970

Für die Beurteilung der beruflichen Qualifikation der Arbeitskräfte wurden die Erwerbstätigen nach drei Qualifikationsniveaus unterschieden:

- *Erwerbstätige ohne Abschluß einer berufsqualifizierenden Ausbildung (Q₁):* Hilfsarbeiter, Angelernte, Auszubildende
- *Erwerbstätige mit Abschluß einer berufsqualifizierenden Ausbildung unter Fachhochschulniveau (Q₂):* betrieblich Ausgebildete mit einer Ausbildungszeit von mehr als einem Jahr, Fachhochschulabsolventen, wie Meister und Techniker, Handelschulabsolventen u. ä.
- *Fachhochschul- und Hochschulabsolventen (Q₃).*

Unter den in Hamburg im Jahre 1970 beschäftigten deutschen Arbeitskräften konnten 30 Prozent keine qualifizierende Berufsausbildung nachweisen (Q₁). Fast zwei Drittel der Erwerbstätigen hatten einen Be-

ruf als Lehrling oder in Berufsfachschulen erlernt (Q₂), und sieben Prozent waren Absolventen von Fachhochschulen bzw. Hochschulen (Q₃).

Im Bundesgebiet war der Anteil der Unqualifizierten unter den deutschen Erwerbstätigen um gut ein Viertel höher als in der Hansestadt. Die Graduierten- und Akademikerquote lag um ein Sechstel unter dem Wert von Hamburg.

Tab. 6: Qualifikation der deutschen Erwerbstätigen 1970

Qualifikation	Hamburg			Bundesgebiet		
	Erwerbstätige insgesamt	Männer	Frauen	Erwerbstätige insgesamt	Männer	Frauen
Q 1	30,3	22,6	41,7	38,5	29,7	53,9
Q 2	62,6	68,0	54,4	55,6	63,0	42,7
Q 3	7,0	9,2	3,8	5,9	7,3	3,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätige absolut in 1000	891	537	354	24 607	15 647	8 960

Der Beschäftigtenbestand des Hamburger Arbeitsmarktes weist also insgesamt eine bessere berufliche Qualifikationsstruktur auf, als nach dem Durchschnitt des Bundesgebietes zu erwarten. Dies steht im Einklang mit der durchschnittlich höheren Produktivität der Hamburger Arbeitsplätze und hatte – von möglichen Fernwanderungsgewinnen gut ausgebildeter Arbeitskräfte abgesehen – das konzentrierte Angebot höherqualifizierender Ausbildungsstätten in der Hansestadt zur Voraussetzung.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß besonders die sehr hohe Zahl ungelerner Arbeitskräfte unter den Frauen im Bundesgebiet zum ungünstigen Gesamtdurchschnitt beiträgt. Der Anteil nichtqualifizierender erwerbstätiger deutscher Frauen war mit 54 Prozent im Bundesdurchschnitt um gut zwölf Punkte höher als in Hamburg, während die entsprechende Quote für Männer mit 30 Prozent nur um sieben Punkte über dem Hamburger Wert lag.

Dennoch war auch in Hamburg 1970 die berufliche Qualifikation der Frauen erheblich schlechter als die der Männer. Der Anteil der ungelerten Frauen lag bei 42 Prozent und war fast doppelt so groß wie die entsprechende Quote bei Männern. Der Prozentsatz der Graduierten und Akademiker belief sich bei Frauen auf vier Prozent und erreichte nicht einmal die Hälfte dieser Quote bei männlichen Erwerbstätigen.

Tab. 9: Frauenanteil unter den Erwerbstätigen in Hamburg nach Berufsbereichen und Qualifikation 1970

Berufsbereiche	Frauenanteil in % für Erwerbstätige ...		
	insgesamt	mit Qualifikation	
		Q 1	Q 2
I Gewinnhersteller von Naturprodukten und Mineralien	39,6	46,6	31,2
II Herst. vorw. v. Grundst. u. Produktionsgütern	19,1	33,4	7,9
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	44,6	68,2	30,9
IV Montage- und Wartungsberufe	3,5	9,2	1,6
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	51,2	60,1	56,5
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	66,3	62,6	29,9
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	49,0	69,6	46,3
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	34,0	42,1	21,8
Insgesamt	39,7	54,0	34,6

Berufsbereiche	September					
	1971	1972	1973	1974	1975	1976
I Gewinner von Naturprodukten und Mineralien	0,1	0,1	0,1	0,5	1,8	1,8
II Herst. vorw. v. Grundst. und Produktionsgütern	0,1	0,2	0,1	0,7	4,2	1,8
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	0,1	0,1	0,1	0,8	1,6	1,2
IV Montage- und Wartungsberufe	0	0	0	0,8	1,9	0,9
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	0,2	0,3	0,4	0,7	1,5	2,3
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	0,1	0,2	0,1	0,5	1,5	1,5
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	0,1	0,3	0,3	1,0	2,6	3,3
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	0,4	0,6	0,5	3,7	9,7	8,0
Insgesamt	0,1	0,2	0,2	0,9	2,4	2,4

Ein ebenfalls qualitativer Aspekt für die Beurteilung von Erwerbstätigenbeständen ist der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte. Er könnte einen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit unter Frauen haben. In Hamburg betrug 1970 der Anteil der deutschen Erwerbstätigen mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 36 Stunden bei Männern 4 Prozent und bei Frauen 31 Prozent; im Bundesdurchschnitt waren es dagegen 3 bzw. 24 Prozent. Erstaunlich ist der relativ hohe Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen im Bundesgebiet, was mit der im Bundesdurchschnitt relativ höheren Zahl von Müttern mit minderjährigen Kindern unter den erwerbstätigen Frauen zusammenhängen wird. Da die Teilzeitarbeitsquote nach Berufsbereichen bzw. nach Wirtschaftsabteilungen in Hamburg und im Bundesgebiet ähnliche Strukturen aufweist und auch die Anteile der kurzzeitbeschäftigten Frauen relativ wenig differieren, kann bei einem Vergleich mit dem Bund etwa bei einer Analyse der Arbeitslosigkeit von einer speziellen Berücksichtigung der Teilzeitarbeitsquote abgesehen werden.

5. Die gegenwärtige Situation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen seit 1971 spiegelt die relativ ungünstige Wirtschaftslage der letzten Jahre wider. Ein erster Überblick ergibt sich, wenn man nur die Daten des Monats September, als dem in der Regel saisonal günstigsten Monat aus den jeweiligen Jahren vergleicht. Von 1973 bis 1976 ständig steigende Arbeitslosenquoten weisen die Bereiche der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe (V) und der Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufe (VII) auf, mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten im September 1976, die nur noch von der Quote für den Bereich Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten (VIII) übertroffen wird⁵⁾.

Wenn man vom Berufsbereich I wegen seiner nicht ins Gewicht fallenden Erwerbstätigenzahl absieht, hat

⁵⁾ Für die Berechnung der Arbeitslosenquoten mußten die Arbeitslosen der verschiedenen Zeitpunkte einheitlich auf die abhängig beschäftigten Erwerbstätigen zum Stichtag der Volkszählung 1970 bezogen werden, weil über die Berufsgliederung der Hamburger Erwerbstätigen keine aktuellen Zahlen zur Verfügung stehen. Die Quoten der letzten Jahre dürften dadurch mit einem gewissen Fehler behaftet sein, der aber für Tendenzaussagen unerheblich ist.

sich außer in den Bereichen V und VII in allen übrigen Berufsbereichen die Beschäftigungssituation im September 1976 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Zuge der konjunkturellen Wirtschaftsbelebung gebessert. Am günstigsten haben sich die Verhältnisse bei den Montage- und Wartungsberufen (IV) 1976 durch eine wieder ansteigende Nachfrage der Industrie nach Arbeitskräften für die Produktion entwickelt.

Ein ähnliches Bild wie aus den Arbeitslosenquoten ergibt sich aus der Relation Arbeitslose je offene Stelle. Seit 1975 ist mit einer Ausnahme in allen Berufsbereichen die Zahl der Arbeitslosen größer als die Anzahl der beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen. Trotz gewisser methodischer Vorbehalte gibt diese Kennziffer die Tendenzen am Arbeitsmarkt eindrucksvoll wieder.

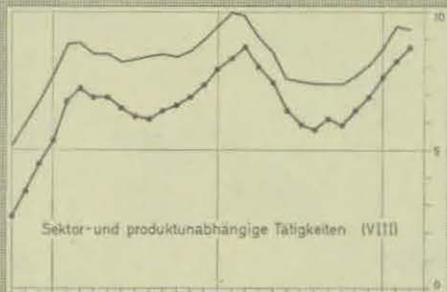
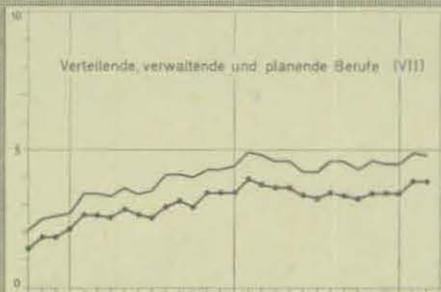
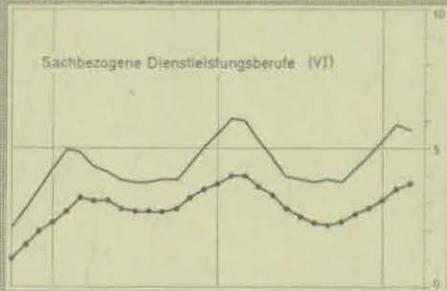
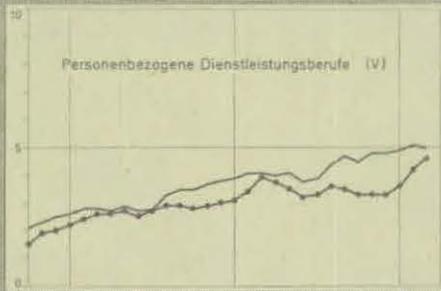
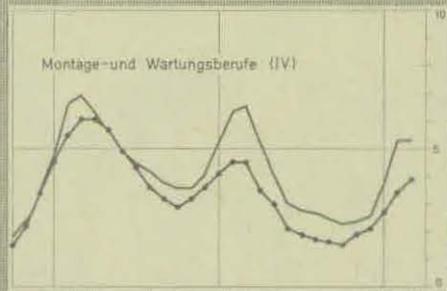
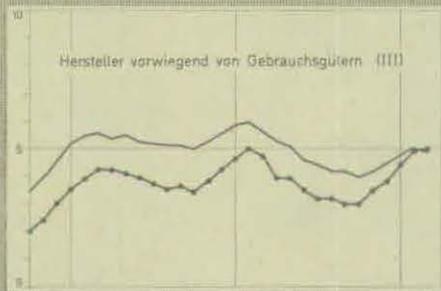
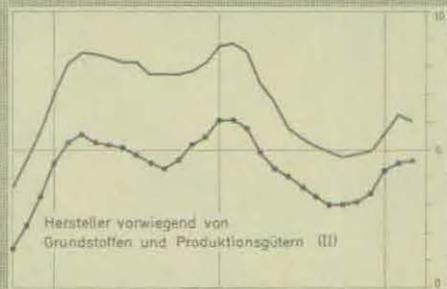
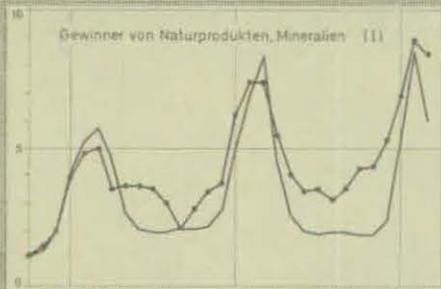
Die Entwicklung bei den Personenbezogenen Dienstleistungsberufen (V) und bei den Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufen (VII) deutet auf besondere strukturelle Ungleichgewichte im Beschäftigungssystem hin, die einerseits durch eine steigende Zahl von Hochschulabsolventen bei stagnierendem Bedarf der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand verursacht werden. Da Graduierte und Akademiker fast ausschließlich für eine Beschäftigung in den Berufsbereichen V oder VII ausgebildet werden, ist in diesen Bereichen auch längerfristig wegen der im gesamten Bundesgebiet steigenden Zahl von Absolventen an Hoch- und Fachhochschulen mit Beschäftigungsproblemen zu rechnen.

Tab. 11: Erwerbstätige deutsche Hoch- und Fachhochschulabsolventen in Hamburg nach Berufsbereichen 1970

Berufsbereiche	Graduierte	Akademiker
I Gewinner von Naturprodukten und Mineralien	1,3	0,4
II Herst. vorw. v. Grundst. u. Produktionsgütern	0,8	0
III Herst. vorw. v. Verbrauchsgütern	0,2	0,4
IV Montage- und Wartungsberufe	4,9	1,1
V Personenbezogene Dienstleistungsberufe	1,1	70,1
VI Sachbezogene Dienstleistungsberufe	8,3	0,8
VII Verteilende, verwaltende, planende Berufe	82,5	26,6
VIII Sektor- und produktunabhängige Tätigkeiten	1,0	0,5
Insgesamt	100	100

Arbeitslosenquoten nach Berufsbereichen in Prozent *

Hamburg —●—●—
Bundesgebiet ———



Sept. 1974, Dez. 1974, März 1975, Juni 1975, Sept. 1975, Dez. 1975, März 1976, Juni 1976, Sept. 1976, Dez. 1976, März 1977

Sept. 1974, Dez. 1974, März 1975, Juni 1975, Sept. 1975, Dez. 1975, März 1976, Juni 1976, Sept. 1976, Dez. 1976, März 1977

* Arbeitslose bezogen auf abhängig beschäftigte Erwerbstätige der VZ 1970

Andererseits könnte eine strukturelle Arbeitslosigkeit bei den Verteilenden, verwaltenden und planenden Berufen (VII) aus Rationalisierungseffekten in den Verwaltungen der privaten Wirtschaftseinheiten resultieren.

Der Eindruck einer Strukturschwäche der Bereiche V und VII, auf die die Hälfte aller Arbeitslosen in Hamburg entfällt, wird durch die monatliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre bestätigt (S c h a u b i l d). Nur in diesen Bereichen ist eine stetige, meist steigende Entwicklung der Arbeitslosenquoten zu beobachten, in allen anderen Bereichen wird die Arbeitslosenzahl sehr stark durch zyklische Einflüsse geprägt.

Bei den Zeitreihen für Arbeitslosenquoten nach Berufsbereichen ab September 1974 in Hamburg und im Bundesgebiet fallen zwei Aspekte ins Auge:

- eine erstaunliche, auch saisonale Parallelentwicklung der Arbeitslosenquoten, die deutlich darauf hinweist, daß die Arbeitslosigkeit in jedem der Berufsbereiche nicht ein speziell hamburgisches Problem darstellt, sondern als bundesweite Entwicklung zu beobachten ist
- die bis Mitte 1976 relativ günstige Struktur des Hamburger Arbeitsmarktes, da in fast allen Berufsbereichen die Arbeitslosenquoten um etwa einen Prozentpunkt unter den Quoten für das Bundesgebiet lagen⁴⁾.

Die im Vergleich zum Bundesgebiet relativ niedrige Arbeitslosenzahl in der Hansestadt ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

⁴⁾ Die Arbeitslosenquoten werden gegen Ende des Beobachtungszeitraums in Hamburg durch eine gegenüber 1970 sinkende Erwerbspersonenzahl tendenziell um 0,3 Prozentpunkte unterschätzt und im Bundesgebiet infolge eines gestiegenen Erwerbspersonenbestands um 0,2 Prozentpunkte überschätzt.

- höhere Produktivität der Hamburger Wirtschaft mit entsprechend relativ niedrigem Personaleinsatz in der Produktion
- bessere Qualifikationsstruktur der Hamburger Erwerbstätigen (bekanntlich waren bisher Erwerbstätige um so weniger dem Risiko einer längeren Arbeitslosigkeit ausgesetzt, je besser sie ausgebildet wurden)
- niedriger Anteil von Berufen, die auf nur wenige Wirtschaftszweige konzentriert sind
- besonders konjunkturanfällige Wirtschaftszweige haben in Hamburg – von der Wertindustrie abgesehen – ein vergleichsweise geringes Gewicht.

Alle vier Faktoren hängen eng miteinander zusammen und bedingen sich teilweise gegenseitig.

Trotz der in den vergangenen Jahren noch recht günstigen Arbeitsmarktsituation in Hamburg verlangt die Entwicklung der letzten Monate Aufmerksamkeit. Seit Mitte 1975 verringert sich der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten zum Bundesgebiet zuungunsten Hamburgs in den Berufsbereichen I, II, III und VIII. Für den Monat April dieses Jahres erreichte die Arbeitslosenquote nach der Berechnung des Arbeitsamtes (Arbeitslose bezogen auf die Erwerbspersonenzahl nach dem Mikrozensus April 1976) in Hamburg fast den gleichen Wert wie im Bundesdurchschnitt. Die konjunkturabhängige Arbeitslosigkeit hat in Hamburg mit einer zeitlichen Verzögerung eingesetzt, was auf der anderen Seite bei einer Verbesserung der Situation im Bundesdurchschnitt auch zu einer verzögerten Senkung der Arbeitslosigkeit in Hamburg führen könnte.

Angesichts der leichten relativen Verschlechterung der Situation in der Hansestadt im letzten Jahr ist es zu begrüßen, daß Hamburg bei den im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung geplanten Investitionen angemessen berücksichtigt wird.

Joachim Müller

Entwicklung und Bedeutung der Alkoholunfälle in Hamburg

Alkohol im Straßenverkehr — für viele Verkehrsteilnehmer auch heute noch bedauerlicherweise nur ein Kavaliärsdelikt — fordert jährlich seinen Tribut: In Hamburg ereigneten sich allein im letzten Jahr 1700 Verkehrsunfälle, bei denen einer der Unfallbeteiligten unter Alkoholeinfluß stand. Dabei wurden 73 Menschen getötet, weitere 600 erlitten so schwere Verletzungen, daß sie zur stationären Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Einschließlich der Leichtverletzten war jeder sechste Verunglückte Opfer des Alkohols.

Trunkenheit im Straßenverkehr — jetzt wieder zunehmende Tendenz?

Im Vergleich zu 1970 ist heute die Zahl der Alkoholunfälle um 17 Prozent geringer. Die Betrachtung der einzelnen Jahre läßt jedoch erkennen, daß nach einem Höchststand dieser Delikte für 1972 der gesamte Rückgang allein auf die Jahre 1973/74 zurückzuführen ist. Mit einiger Sorge muß nunmehr der Wiederanstieg, besonders die Zunahme im letzten Jahr, gesehen werden, obwohl auch weiterhin alle möglichen Maßnahmen zur Verhinderung von Alkoholunfällen unternommen wurden.

Im ganzen sehr viel günstiger ist der Verlauf bei den Nichtalkoholunfällen, der in etwa die Entwicklung der Personenschadensunfälle insgesamt widerspiegelt. Zwar ist hier der Rückgang etwas schwächer, dafür aber ziemlich kontinuierlich. Allerdings scheint sich auch bei diesen Unfällen im letzten Jahr eine Tendenzwende abzuzeichnen: Von 1975 auf 1976 nahm ihre Zahl um fast 4 Prozent zu.

Tab. 1 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hamburg 1970 bis 1976 nach Alkohol- und Nichtalkoholunfällen

Jahre	Personenschadensunfälle insgesamt	davon		Nichtalkoholunfälle
		Alkoholunfälle		
		Anzahl	%	
1970	12 823	2 064	16,1	10 759
1971	12 694	2 054	16,2	10 640
1972	12 765	2 207	17,3	10 558
1973	11 827	1 820	15,4	10 007
1974	10 577	1 535	14,5	9 042
1975	10 450	1 575	15,1	8 875
1976	10 916	1 717	15,7	9 199

Das Unfallgeschehen hängt im allgemeinen von einer Vielzahl oft nicht quantifizierbarer Einflußfaktoren ab. Veränderungen in der Verkehrsdichte, der durchschnittlichen Fahrleistungen sowie der Verkehrsdisziplin spielen dabei ebenso eine Rolle wie Aufklärungskampagnen und gesetzliche Maßnahmen. So ist der Rückgang bei den Alkoholunfällen ohne Zweifel auf die verschärften Strafbestimmungen durch das 0,8-Promille-Gesetz zurückzuführen (1973) sowie auf die damit verstärkten Überwachungsmaßnahmen der Poli-

zei. Der Wiederanstieg in den beiden letzten Jahren läßt jedoch auf eine nachlassende Wirkung dieses Gesetzes schließen. Höchstwahrscheinlich haben auch die infolge der Energiekrise (1973/74) aufgetretenen Kostensteigerungen indirekt über eine geringere Fahrleistung und verbesserte Verkehrsdisziplin zu einer Reduzierung von Alkoholunfällen geführt. Inzwischen sind die Beschränkungen aus dieser Zeit weitgehend überwunden, was zumindest für das Unfallgeschehen insgesamt nicht ganz ohne Auswirkungen geblieben ist.

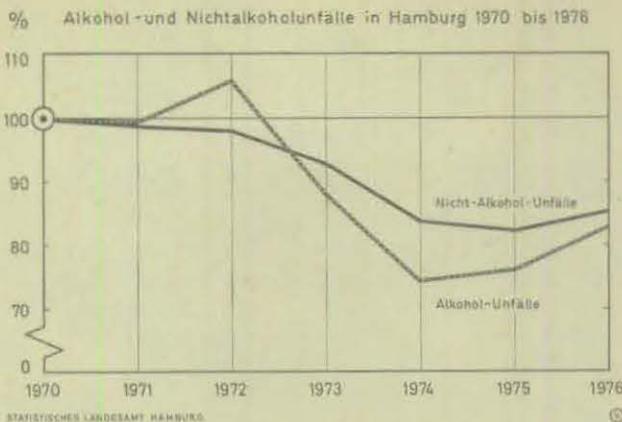
Auch die Zahl der wegen Trunkenheit entzogenen Fahrerlaubnisse deutet darauf hin, daß heute wieder vermehrt unter Alkoholeinfluß gefahren wird. Die Zahl der Entziehungen (ohne andere Verkehrsdelikte) stieg von 1974 auf 1975 um ein Zehntel auf 4300. Viel besser sieht die Situation auch nicht für 1976 aus; denn im ersten Halbjahr wurde bereits über 2000 Personen der Führerschein entzogen. Dabei muß man berücksichtigen, daß in Wirklichkeit die Zahl derer, die unter Alkoholeinfluß ein Kraftfahrzeug führen, bedeutend höher ist als von der Polizei festgestellt. In jedem Fall ist zu erkennen, daß sich trotz der angedrohten Strafen weiterhin alkoholisierte Kraftfahrer an das Lenkrad ihres Fahrzeuges setzen, in der Hoffnung, nicht dabei ertappt zu werden.

Unfallfolgen bei Alkoholunfällen bedeutend schwerer

Alkoholunfälle haben normalerweise erheblich schwerere Folgen als andere Unfälle. Ein Indiz hierfür ist die höhere Zahl der Verunglückten je Unfall. Das läßt sich einfach damit erklären, daß Alkoholunfälle sich oft in relativ verkehrsschwachen Abend- und Nachtstunden ereignen. In dieser Zeit wird im allgemeinen mit höherer Geschwindigkeit gefahren, so daß die Chance,

Tab. 2 Unfallfolgen bei Alkohol- und Nichtalkoholunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1970 bis 1976

Jahre	Verunglückte insgesamt	Getötete	davon				auf 100 Verunglückte und Schwerverletzte	auf 100 Leichtverletzte	
			Schwer-		Leicht-				
			vorletzte	letzte	entfielen ... Getötete	entfielen ... Leichtverletzte			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Alkoholunfälle									
1970	2 852	78	2,7	910	31,6	1 874	65,5	139	53
1971	2 870	80	2,8	865	30,1	1 927	67,3	140	49
1972	3 035	86	2,8	918	30,1	2 051	67,1	138	46
1973	2 477	64	2,6	751	29,5	1 662	67,9	136	47
1974	2 052	70	3,4	552	26,9	1 430	69,7	134	44
1975	2 123	65	3,1	567	26,7	1 491	70,2	135	42
1976	2 363	73	3,1	597	25,3	1 693	71,7	138	40
Nichtalkoholunfälle									
1970	14 824	301	2,0	3 536	23,9	10 987	74,1	138	35
1971	14 517	248	1,7	3 044	21,3	11 029	77,0	135	30
1972	14 421	259	1,8	3 096	21,5	11 066	76,7	137	30
1973	13 506	220	1,6	2 841	21,0	10 445	77,4	135	29
1974	11 965	209	1,7	2 427	20,3	9 529	79,0	132	28
1975	11 761	196	1,7	2 138	18,2	9 427	80,2	133	25
1976	11 914	210	1,8	2 076	17,4	9 628	80,8	130	24



einen Unfall unverletzt zu überstehen, sich erheblich vermindert. Auch die vergleichsweise höhere Fahrzeugbesetzung bei diesen Fahrten dürfte dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Bei Alkoholunfällen ist aber nicht nur die Zahl der Verletzten höher, auch die Unfallschäden sind deutlich schwerer, weil bei 40 Prozent der Alkoholunfälle überhöhte Geschwindigkeit als begleitende Unfallursache festgestellt wird. Die Schwere der Unfallfolgen wird in der Statistik üblicherweise durch eine Kennziffer dargestellt, in der die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten auf die der Leichtverletzten bezogen wird. Sie ist in allen Jahren um mehr als die Hälfte höher als bei Nichtalkoholunfällen: Während 1976 auf einhundert Leichtverletzte 40 Getötete und Schwerverletzte entfielen, waren es bei den Nichtalkoholunfällen nur 24. Zwar hat sich im Laufe der Jahre die Kennziffer für die Alkoholunfälle kontinuierlich vermindert, jedoch nicht im gleichen Ausmaß wie bei den nichtalkoholbedingten Kollisionen. Dabei ist zu beachten, daß nur beim Anteil der Schwerverletzten an den Verunglückten insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen ist, während der der Getöteten eine leicht zunehmende Tendenz aufweist. Man darf dabei jedoch nicht vergessen, daß die zugrundeliegenden absoluten Zahlen verhältnismäßig klein sind. Insofern können auch Zufallsergebnisse hierbei eine Rolle gespielt haben.

Zur allgemeinen Senkung der Unfallschäden hat ohne Zweifel eine Reihe von Sicherheitsvorkehrungen an Personenkraftwagen zum Schutze der Fahrzeuginsassen (Knautschzonen, Verbundglasscheiben, Sicherheitslenksäulen u. a.) maßgeblich beigetragen. Auch die Bereitschaft der Autofahrer, vor Fahrtbeginn den Sicherheitsgurt anzulegen, hat die Unfallfolgen mit Sicherheit vermindert. Unverändert schwer dagegen sind nach wie vor die Unfallschäden bei Zweiradfahrern und Fußgängern. Allerdings haben sich auch speziell bei motorisierten Zweiradfahrern die Benutzung von Sturzhelmen sowie sonstigen Schutzvorrichtungen (Lederbekleidung) immer weiter durchgesetzt und wohl auch die Unfallfolgen gemildert.

Am häufigsten haben Personen zwischen 25 und 35 Jahren Alkoholunfälle verschuldet

Bei den Fahrern von Kraftwagen, die unter Alkohol einen Unfall verursacht haben, sind – absolut gese-

hen – Personen zwischen dem 25. und 35. Lebensjahr am häufigsten vertreten. Mit zunehmendem Lebensalter spielt Alkoholeinfluß eine immer geringere Rolle.

Bei den Fußgängern sind die beiden Altersgruppen zwischen 25 und 35 bzw. 45 Jahren nahezu gleich stark vertreten. Die Alkoholanfälligkeit bleibt hier relativ hoch bis ins hohe Lebensalter. Im Vergleich zu allen anderen Verkehrsteilnehmergruppen ist bei den jugendlichen Zweiradfahrern Alkohol als Unfallursache von erheblicher Bedeutung.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß sie sehr stark von der unterschiedlichen Häufigkeit abhängen, mit der Personen verschiedenen Alters als Kraftfahrer, Motorradfahrer oder als Fußgänger am Verkehr teilnehmen. Da derartige Angaben nur im Rahmen von umfangreichen und kostspieligen Befragungen möglich sind, stehen aktuelle Ergebnisse leider nicht zur Verfügung. Gewisse Anhaltspunkte für die Anfälligkeit bestimmter Altersjahrgänge für Alkoholunfälle ergeben sich jedoch, wenn für die einzelnen Altersstufen der Anteil der Verursacher von alkoholbedingten Unfällen an den Verursachern von Personenschadensunfällen insgesamt berechnet wird.

Unter diesem Gesichtspunkt war von den Pkw-Fahrern, die einen Personenschadensunfall verursachten, jeder sechste alkoholisiert. Besonders stark vertreten waren Personen zwischen 25 und 35 Jahren, von denen fast jeder Vierte aller an einem Unfall Schuldigen angetrunken war. Nicht viel niedriger lag die Quote bei noch jüngeren Leuten im Alter zwischen 21 und 25 Jahren, bei denen sich die enthemmende Wirkung des Alkohols – im Gegensatz zu älteren Personen – normalerweise schon bei geringen Trunkenheitsgraden bemerkbar macht. Bei Personen ab 45 Jahren spielte Alkohol am Steuer als Verursachungsgrund eine geringere Rolle. Gegenüber ähnlichen Un-

Tab. 3 Verursacher von Personenschadensunfällen unter Alkoholeinfluß in Hamburg 1974 bis 1976 nach Art der Verkehrsbeteiligung und Lebensalter

Lebensalter von ... bis unter ... Jahren	Verursacher unter Alkoholeinfluß	Auf 100 Verursacher von Personenschadensunfällen entfielen ... Verursacher unter Alkoholeinfluß ¹⁾				
		insgesamt	davon als Fahrer von			
			Pkw ²⁾	Zweirädern ³⁾	sonst. Fahrzeugen ⁴⁾	Fußgänger
unter 21	528	7,5	18,9	5,6	(10,7)	2,7
21 - 25	652	20,4	19,9	22,0	8,0	46,1
25 - 35	1 521	22,6	21,9	34,4	7,6	50,0
35 - 45	1 199	22,0	19,1	35,3	9,8	55,5
45 - 55	522	17,2	13,8	30,8	6,0	43,8
55 - 65	288	12,6	8,4	19,8	7,8	29,6
65 und älter	161	6,9	3,3	9,9	(2,4)	10,1
Insgesamt	4 871	16,2	17,5	12,7	8,1	18,1

1) Zahlen in Klammern geben an, daß die der Berechnung zugrunde liegenden Zahlen so klein sind, daß starke zufallsbedingte Abweichungen möglich sind.

2) Einschließlich Kombinationskraftwagen.

3) Motorräder, Mopeds, Fahrräder.

4) Überwiegend Lastkraftwagen.

tersuchungen vor zehn Jahren¹⁾ hat sich in diesem Zusammenhang die Alkoholanfälligkeit der Pkw-Fahrer im Vergleich zu allen übrigen Verkehrsteilnehmern außerordentlich stark erhöht. Dies gilt vor allem für die jüngere Generation.

Bei den Fahrern von Omnibussen und Nutzfahrzeugen wie Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Sonderfahrzeuge tritt Alkoholgenuß bei Personenschadensunfällen selten in Erscheinung. Es handelt sich bei ihnen überwiegend um Berufsfahrer, die zumindest nicht leichtfertig ihre Existenz aufs Spiel setzen wollen. Allerdings lag die Alkoholquote auch hier weit höher als vor zehn Jahren.

Die Ergebnisse für die Benutzer von Motorrädern, Mopeds und Mofas sowie insbesondere Fahrrädern und für Fußgänger sind stark beeinflußt durch den Umstand, daß in der Altersgruppe unter 21 Jahren viele Kinder und Jugendliche als Verursacher von Personenschadensunfällen auftreten: bei ihnen spielt Alkoholmißbrauch eine relativ geringe Rolle. Dadurch wird nicht nur ihre altersspezifische Häufigkeit für die Verursachung von Alkoholunfällen sehr gering, dieser

¹⁾ vergl. Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1967, Heft 3, Seite 52.

Umstand drückt auch in gewissem Grade das Gesamtergebnis. Läßt man die Kinder und Jugendlichen unter 21 Jahren außer Betracht, so war bei den Zweiradfahrern die Alkoholquote in allen Altersjahrgängen deutlich höher als bei Pkw-Fahrern.

Häufig unterschätzt wird die Unfallgefahr, die von alkoholisierten Fußgängern ausgeht. Im starken Rauschzustand betreten Fußgänger — in vielen Fällen für Kraftfahrzeugfahrer unerwartet — plötzlich die Fahrbahn und werden dabei oft schlimm verletzt. Wenn sich auch betrunkene Fußgänger im Straßenverkehr vor allem selbst in Gefahr bringen, so stellt ihre Verhaltensweise doch ebenfalls ein erhebliches Risiko für andere Verkehrsteilnehmer dar, in der Hauptsache für Fahrer von Zweiradfahrzeugen.

Trotz aller verkehrserzieherischer Maßnahmen ist bei den Fußgängern Alkohol nach wie vor die mit Abstand häufigste Unfallursache. An der Spitze stehen dabei die 35- bis 45jährigen Verursacher von Verkehrsunfällen, bei denen jeder zweite angetrunken war. Insgesamt lag die Alkoholquote in allen Altersjahrgängen bei den Fußgängern mehr als doppelt so hoch wie bei den Pkw-Fahrern.

Johannes Marx

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	760,2	763,1	758,4	755,9	763,8	765,7
Lufttemperatur	°C	10,0	10,3	1,1	3,6	6,6	2,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77	74,8	88	84	75	73
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,1	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	6	5,3	6,9	6,7	6,1	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	818	571	49	70	50	25
Sonnenscheindauer	Std.	126,3	147,5	26	32,4	78,5	137
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	85	87	23	13	9	5
Tage mit Niederschlägen	-	225	214	24	24	22	21
				Oktober 1976	November 1976	Dezember 1976	Dezember 1975
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	242,4	237,0	229,4	229,1	228,6	234,2
" Altona	-	250,5	247,4	242,5	242,3	241,8	245,6
" Eimsbüttel	-	249,7	248,5	246,7	246,1	245,6	248,4
" Hamburg-Nord	-	328,3	321,8	314,1	313,6	312,7	318,5
" Wandsbek	-	380,5	383,3	382,3	382,8	382,2	382,4
" Bergedorf	-	92,8	92,0	91,4	91,2	91,2	91,7
" Harburg	-	198,9	198,6	196,8	196,5	198,5	196,5
* HAMBURG INSGESAMT	-	1 743,1	1 728,4	1 703,2	1 701,6	1 698,6	1 717,3
dav. männlich	-	809,4	801,4	790,4	789,6	788,0	797,2
weiblich	-	933,7	925,0	912,8	912,0	910,6	920,1
dar. Ausländer ⁷⁾	-	131,2	129,1	131,9	132,0	130,9	131,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	867,2	875	837	650	1 029 p	975 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	6,0	6,1	5,8	4,8	7,1 p	6,7 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	-	1 127,9	1 099	1 069	1 073	1 093 p	1 029 r
dar. unehelich	-	104,8	109	114	118	111 p	106 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	-	7,8	7,6	7,4	7,7	7,5 p	7,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,4	9,9	10,7	11,1	10,2 p	10,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	14,5	15,1	16,2	15,7	16,2 p	15,4 r
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 107,6	2 175	2 341	2 198	2 630 p	2 249 r
dar. im ersten Lebensjahr	-	21,4	19	14	20	34 p	27 r
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	-	14,5	15,1	16,2	15,7	16,2 p	15,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	19,0	17,3	12,4	18,1	31,0 p	25,0 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	-	979,7	1 076	1 272	1 125	1 537 p	1 220 r
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	-	6,7	7,5	8,8	8,0	10,6 p	8,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	-						
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 747	5 546	6 884	5 091	4 721	4 315
über die Landesgrenzen Hamburgs	-	6 252	5 839	5 903	5 549	6 231	5 543
* Fortgezogene Personen	-	505	293	+ 981	- 458	- 1 510	- 1 228
über die Landesgrenzen Hamburgs	-	260	146	+ 761	- 266	- 924	- 730
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	-	245	147	+ 220	- 192	- 588	- 498
dav. männlich	-						
weiblich	-						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	-	14 080	14 221	10 769	14 016	12 725	9 598
Nach Gebieten	-						
a) Zugezogene aus	-						
Schleswig-Holstein	-	1 710	1 710	1 844	1 544	1 512	1 491
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	-	1 154	1 187	1 180	1 045	1 139	993
Niedersachsen	-	1 034	1 048	1 313	947	896	836
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	-	405	409	420	365	384	326
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	-	1 374	1 309	1 876	1 115	1 102	1 012
Ausland und Sonstige ¹²⁾	-	1 629	1 481	1 851	1 485	1 211	976
b) Fortgezogene nach	-						
Schleswig-Holstein	-	2 297	2 090	2 143	1 978	2 262	1 956
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	-	1 799	1 647	1 702	1 549	1 811	1 582
Niedersachsen	-	1 363	1 248	1 268	1 297	1 275	1 136
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	-	754	669	658	724	748	618
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	-	1 308	1 147	1 179	860	1 301	991
Ausland und Sonstige ¹²⁾	-	1 284	1 358	1 313	1 414	1 393	1 460

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: 20. 9. 76. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 608	16 362	15 879	15 883	15 883	16 299
Patienten ³⁾	"	13 023	12 277	14 194	14 049	13 525	13 914
Pflegelage	"	403 631	386 659	405 284	392 331	431 401	429 995
Bettenausnutzung	%	82,7	80,1	84,05	89,5	89,0	88,8
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 064	3 090	3 139	3 139	3 139	3 139
Patienten ³⁾	"	2 883	2 816	2 851	2 838	2 817	2 812
Pflegelage	"	81 692	81 023	83 369	75 612	82 859	83 344
Bettenausnutzung	%	91,8	91,5	90,82	91,2	90,3	92,7
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	722 586	909 878	627 619	602 822	663 714	595 390
dar. in Hallenschwimmbädern	"	482 344	506 842	605 291	580 919	660 597	567 378
in Freibädern ⁴⁾	"	498 320	900 755	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	581 757	623 845	698 828	655 314	734 867	704 263
Ausgeliehene Noten	"	7 127	7 991	8 631	8 136	9 046	9 194
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	41 647	42 812	42 532	35 705	41 894	54 927
Besucher der Lesesäle	"	10 424	10 770	10 821	11 714	9 122	11 594
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 700	4 237	3 963	4 328	5 134	5 544
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 625	3 290	2 438	2 836	3 281	3 980
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 363	1 394	1 009	981	1 176	1 458
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	92 556	82 802	76 352	87 239	105 108	77 659
dav. Hamburger Kunsthalle	"	27 115	9 930	8 374	14 229	16 140	10 724
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	13 462	13 499	16 772	15 210	18 104	13 426
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	7 129	7 735	9 277	8 837	10 086	8 556
Helms-Museum	"	16 439	19 766	3 522	4 171	7 945	10 341
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	14 918	18 415	2 589	2 777	6 595	8 652
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 733	19 636	15 688	14 210	18 987	16 274
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 057	6 846	16 004	21 315	18 174	7 024
Planetarium	"	5 758	3 723	4 973	7 778	13 563	9 683
Bischofstum	"	1 863	1 687	1 742	1 491	2 109	1 631
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	74 614	78 009	54 800	60 013	63 208	68 425
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	5 215,0	5 746,8	3 631,2	4 160,3	4 401,4	4 907,4
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	69,89	73,67	69,91	69,32	69,63	71,72
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	12 121	26 444	31 648	33 010	31 778	30 206
* dar. männlich	"	7 231	16 637	16 850	18 020	17 382	17 126
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	4 369	9 566	9 253	9 931	9 611	8 713
Technische Berufe	"	889	1 751	1 630	1 880	1 856	2 027
Dienstleistungsberufe	"	6 827	13 074	18 771	19 227	18 578	17 800
2. Arbeitslosen-Quote	%	1,7	3,7	4,5	4,7	4,6	4,3
3. Offene Stellen	Anzahl	13 315	10 668	7 271	8 362	8 771	8 943
4. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	19 727	35 162	39 258	41 373	40 389	39 912
5. Vermittlungen ⁶⁾	"	10 306	7 909	8 395	8 634	9 534	10 595
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 361	3 545	4 444	4 045	4 455	3 909
6. Kurzarbeiter	"	2 289	7 384	3 414	4 066	8 941	4 545
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 407	1 275	1 355	1 362	1 616	1 684
* dav. an Molkerieun gellefert	%	92,5	91,9	93,1	92,8	94,1	93,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	10,4	11,8	13,1	14,1	14,7

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkeereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 215	969	523	537	581	816
pasteurisiert, abgepackt	"	1 280	6 495	5 902	5 400	5 794	6 245
ultra-hocherhitzt	"	6 770	1 522	2 272	2 408	2 147	2 222
Teilenträhmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	141	110	90	85	92	91
ultra-hocherhitzt	"	1 389	2 115	2 875	2 727	3 505	2 664
Enträhmte Milch	"	65	467	630	656	568	569
Buttermilcherzeugnisse	"	433	564	272	272	329	363
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	159	207	116	105	135	139
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	8,3	6,7	6,6	5,5	6,8	6,0
Kälber	"	1,1	0,8	1,4	1,6	2,1	0,9
Schweine	"	26,3	23,9	21,7	18,7	20,3	20,6
Schafe	"	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	7,5	5,8	5,4	4,6	5,3	4,6
Kälber	"	1,1	0,8	1,4	1,6	2,1	0,9
Schweine ¹⁾	"	26,6	24,1	21,8	18,7	20,5	21,5
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 831	3 820	3 371	2 924	3 317	3 168
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 997	1 553	1 448	1 237	1 439	1 257
Kälber	"	88	62	72	118	146	54
Schweine	"	2 727	2 186	1 832	1 549	1 706	1 828
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	187	176	162	167
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	114	106	95	99
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	"	17 100	15 583	14 001	16 018
Löhne (brutto)	Mio DM	213	214	191	208
Gehälter (brutto)	"	191	200	196	191
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	5	4	5	4
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 m ³	36 606	34 301	50 938	47 970
Stadt- und Kokerigas	1 000 m ³	1 329	1 152	9 391	698
Erd- und Erdölgas	1 000 m ³	35 277	33 149	41 547	47 272
Heizölverbrauch	1 000 t	52	46	57	57
leichtes Heizöl	1 000 t	8	8	10	12
schweres Heizöl	1 000 t	44	38	47	45
Stromverbrauch	Mio kWh	257	268	351	373
Stromerzeugung (Industrielle Eigenerzeugung)	"	12	12	11	12
Umsatz ⁸⁾ (ohne Mehrwertsteuer)	Mio DM	2 245	2 198	2 335	2 313
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	412	405	394	369
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	"	2 245	2 198	2 335	2 313
dar. Mineralölverarbeitung	"	479	467	527	523
Maschinenbau	"	154	152	123	173
Elektroindustrie	"	270	265	286	269
Chemische Industrie	"	188	183	215	205
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	651	715	628	485	376	869
Stromverbrauch	Mio kWh	695	724	1 031	905	908	918
Gaserzeugung (brutto)	Mio m ³	26	25	27	22	20	33
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				2. Vj. 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	4. Vj. 1975
3. Handwerk (Meßziffern) ¹⁰⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	87,4	82,6	83,0	85,8	85,5	81,6
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	122,6	124,5	123,9	130,6	164,1	153,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
1. Bauhauptgewerbe ¹¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 744	31 896	32 350
dav. Inhaber	"	1 188	1 107	1 221
Angestellte	"	5 860	5 222	5 213
Arbeiter ¹²⁾	"	29 694	25 567	25 916
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 791	4 107	3 981
dav. für Wohnungsbauten	"	1 335	1 061	1 006
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 624	1 386	1 522
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 832	1 660	1 453
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	74,3	64,8	59,6
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	15,9	15,2	14,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,9	186,4	155,1
dav. im Wohnungsbau	"	61,7	50,1	47,8
gewerbl. und Industr. Bau	"	70,5	61,3	58,8
öffentlichen und Verkehrsba	"	97,7	75,0	50,5

¹⁾ gewerbliche und Hauswirtschaften. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ bis Dezember 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ab Januar 1977: Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³; ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/m³. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	151	107	230	121	109
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	61	83	88	216	91	78
Umbauter Raum	1 000 m ³	300	357	105	239	224	160
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	63,9	81,0	24,0	54,2	50,9	37,8
Wohnfläche	1 000 m ²	62	75	20	45	50	35
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	51	54	19	38	49	33
Umbauter Raum	1 000 m ³	384	411	205	460	699	126
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,6	41,1	116,2	120,2	47,1	23,2
Nutzfläche	1 000 m ²	73	76	30	82	87	32
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	637	991	223	485	652	393
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	132	109	85	70	87	43
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	66	68	72	53	67	31
Umbauter Raum	1 000 m ³	394	273	141	90	146	65
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	75,5	60,9	34,4	18,3	31,9	14,4
Wohnfläche	1 000 m ²	78	58	31	17	30	13
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	63	45	32	11	25	12
Umbauter Raum	1 000 m ³	619	322	200	46	111	39
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	104,5	51,0	20,2	5,4	11,2	16,9
Nutzfläche	1 000 m ²	97	60	43	8	21	12
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 079	759	409	199	382	150
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	475	420	274	84	152	51
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 065	18 000	15 000	14 900	15 000	17 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ¹⁾ ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	190	191	192	192	192	191
Wohnungen	-	750	757	768	766	768	759
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 800	2 831	2 863	2 863	2 864	2 835
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	127,1	136,5	130,8	136,3	...	149,8
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	145,6	159,1	129,6	131,8	...	181,3
Fach Einzelhandel	-	121,7	129,7	133,1	130,7	...	137,5
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ¹⁾ ²⁾							
Mio DM		581	499	653	494	...	539
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	-	89	73	77	68	...	73
Gewerblichen Wirtschaft	-	492	426	575	425	...	466
dav. Rohstoffe	-	4	4	5	5	...	7
Halbwaren	-	132	90	79	89	...	106
Fertigwaren	-	356	332	492	332	...	352
dav. Vorerzeugnisse	-	64	42	42	53	...	61
Enderzeugnisse	-	292	290	450	278	...	291
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	-					...	
Europa	-	404	368	396	349	...	378
dar. EG-Länder	-	245	225	234	228	...	242
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	132,4	137,5	140,7	138,7	147,8	136,7
dav. Beherbergungsgewerbe	-	131,5	130,7	120,3	118,5	143,2	135,1
Gaststättengewerbe	-	132,7	139,4	146,8	144,8	149,2	137,2
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	115 568	110 977	83 504	86 513	108 344	104 034
dar. von Auslandsgästen	-	35 824	35 617	21 329	21 957	31 030	28 201
Fremdenübernachtungen	-	224 878	208 097	153 635	157 510	200 614	195 453
dar. von Auslandsgästen	-	79 855	85 296	38 911	41 292	57 925	53 467

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 489	1 480	1 450 s	1 400 s	1 450 s	1 521
Angekommene Schiffe	"	1 559	1 560	1 300 s	1 410 s	1 440 s	1 619
Abgegangene Schiffe	"	4 362	4 015	4 743 p	3 991 p	4 560 p	4 335
Güterverkehr über See	1 000 t	3 644	2 853	3 473 p	2 975 p	3 243 p	3 097
dav. Empfang	"	2 411	2 304	2 787 p	2 366 p	2 573 p	2 407
dav. Massengut	"	1 348	1 196	1 434 p	1 102 p	1 294 p	1 302
dar. Mineralöle	"	633	549	686 p	609 p	670 p	691
Sack- und Stückgut	"	1 318	1 162	1 270 p	1 016 p	1 317 p	1 238
Versand	"	606	574	645 p	410 p	581 p	590
dav. Massengut	"	712	588	625 p	606 p	736 p	648
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	419	363	208 s	275 s	317 s	387
Güterversand	"	463	422	348 s	443 s	435 s	536
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 459	5 263	4 619 p	4 345 p	5 037 p	4 922
Fluggäste	"	283 005	291 977	257 926 p	253 936 p	323 363 p	278 861
Fracht	t	2 111,6	2 069,2	2 126,7 p	2 166,1 p	2 641,4 p	2 731,0
Luftpost	"	728,8	692,9	684,4 p	727,6 p	826,6 p	753,6
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 577	26 637	27 208	25 342	25 422	25 851
Schnell- und Vorortbahnen	"	2 932	2 424	1 745	1 637	1 609	1 719
Straßenbahn	"	19 681	19 737	21 472	19 887	20 536	20 169
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen *) 4)	1 000	505,5	497,0	509,7	511,4	516,1	499,3
	"	454,1	445,7	455,2	456,8	460,3	446,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *) Lastkraftwagen	Anzahl	4 453	5 527	5 474	6 205	8 949	8 833
	"	3 868	5 094	5 039	5 780	8 125	7 902
	"	348	283	311	299	454	660
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	881	870	876	837 p	781 p	762
Getötete Personen	"	23	22	25	15 p	15 p	26
Verletzte Personen	"	1 145	1 134	1 139	1 058 p	1 023 p	967
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen *) *)							
Kredite *) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	44 993,2	48 370,5	54 697,8	54 912,9	55 416,9	48 468,6
dar. Kredite *) an inländische Nichtbanken	"	43 416,1	46 067,5	51 823,7	52 024,6	52 402,3	46 024,9 r
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 112,8	11 606,4	11 759,3	11 799,5	11 594,3	10 108,3
an Unternehmen und Privatpersonen	"			11 669,1	11 712,6	11 483,9	9 955,8
an öffentliche Haushalte	"			90,2	88,9	110,4	152,5
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 613,7	6 470,8	6 772,8	6 693,7	6 613,0	6 627,3
an Unternehmen und Privatpersonen	"			5 219,7	5 140,9	5 112,3	5 253,9
an öffentliche Haushalte	"			1 553,1	1 552,8	1 500,7	1 373,5
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	24 689,6	27 990,3	33 291,6	33 531,4	34 195,0	29 289,3 r
an Unternehmen und Privatpersonen	"			27 224,7	27 404,5	27 815,9	24 891,5 r
an öffentliche Haushalte	"			6 066,9	6 126,9	6 379,1	4 397,8
Einlagen und aufgenommene Kredite *) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	31 446,9	34 405,7	36 088,3	36 288,4	36 470,0	33 529,5
Sichteinlagen und Termingelder	"	20 565,6	21 528,1	22 487,1	22 679,7	22 919,0	20 530,2
von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 168,2	16 297,6	16 696,9	16 815,3	16 961,5	15 157,4
von öffentlichen Haushalten	"	5 397,4	5 228,5	5 790,2	5 864,4	5 957,5	5 372,3
Spareinlagen	"	10 881,3	12 879,6	13 601,2	13 608,7	13 551,0	12 999,3
bei Sparkassen	"	7 180,0	8 206,7	8 649,8	8 665,5	8 625,2	8 253,6
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	634,1	791,1	995,9	638,6	648,4	684,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	584,7	624,8	1 078,1	631,4	705,1	716,6
2. Zahlungsschwierigkeiten							
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	14	15	27	23	34	24
Vergleichsverfahren	"	1					
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	567	463	288	317	430	526
Wechselsumme	Mio DM	3,7	3,8	2,0	2,0	3,9	2,2

*) ohne Transit. — *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — *) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. — *) einschließlich durchlaufende Kredite. — *) ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

*) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1974	1975				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	21 169	19 601	15 773	16 016	19 065	20 756
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 536	3 575	3 509	3 652	4 268	4 042
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 459	1 466	1 515	1 598	966	896
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	512	595	573	666	679	576
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	159	158	157	156	155	156
Grundkapital	Mio DM	6 415	6 872	7 207	7 206	7 215	7 035
Gesellschaften m. b. H.	Anzahl	6 557	7 106	8 115	8 200	8 299	7 548
Stammkapital	Mio DM	5 638	6 177	7 078	7 084	7 096	6 555
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftsteuern	Mio DM	884,8	880,8
Steuern vom Einkommen	"	536,8	518,3
Lohnsteuer ³⁾	"	317,4	318,9
Veranlagte Einkommensteuer	"	104,4	128,6	68,7	10,0	263,8	261,4
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	69,1	28,1	23,8	134,3	4,1	16,9
Körperschaftsteuer ⁴⁾	"	53,8	42,7
Steuern vom Umsatz	"	348,8	362,5	480,6	402,9	360,3	335,3
Umsatzsteuer	"	165,7	169,3	226,9	159,5	138,7	116,8
Einfuhrumsatzsteuer	"	183,1	193,2	253,8	243,4	221,5	218,5
Bundessteuern	"	884,8	904,3	353,8	864,0	780,6	686,9
Zölle	"	60,0	58,6	66,9	68,9	74,6	64,9
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	796,0	824,4	264,6	759,6	675,1	598,1
Landessteuern	"	45,1	47,8	35,1	85,3	45,2	40,4
Vermögensteuer	"	19,1	18,5	2,7	51,8	12,8	4,7
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,6	12,5	15,2	12,9	15,3	14,2
Biersteuer	"	3,0	2,9	2,8	2,1	2,2	2,3
Gemeindesteuern	"	103,6	114,1	.	.	95,7	.
Grundsteuer A ⁵⁾	"	0,1	0,0
Grundsteuer B ⁶⁾	"	10,8	12,2	.	.	35,3	.
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	76,9	83,7	.	.	58,4	38,0
Lohnsummensteuer	"	15,5	17,7	.	.	2,6	2,1
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 375,9	1 413,1	911,8	1 371,0	1 363,2	1 225,1
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	255,2	245,7	226,3	220,7	354,0	306,8
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	221,3	247,4	331,6	278,0	248,6	231,4
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	.	8,3	.	.
Steuereinnahmen des Landes	"	317,4	299,5
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	213,0	200,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	44,8	35,1
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	14,6	15,7	.	8,3	.	.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	127,4	138,9
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁷⁾	"	47,7	52,2	.	.	56,4	37,9 r
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	53,0	56,3
		Vj.-Durchschnitt 1975	Vj.-Durchschnitt 1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	1. Vj. 1977	1. Vj. 1976
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio DM	2 203,0	2 421,1	2 180,6	2 768,2	2 447,0	2 482,0
dar. Personalausgaben	"	971,2	1 000,1	941,8	1 066,6	1 044,1	1 024,9
Bauinvestitionen	"	176,8	164,4	185,4	201,8	121,1	107,7
dar. für Schulen	"	46,2	40,1	46,1	51,8	30,6	24,9
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	17,9	10,5	9,3	13,5	3,6	10,6
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	13,9	8,8	9,6	11,6	6,7	5,1
Straßen	"	25,3	20,7	19,8	36,5	10,1	10,6
Wasserstraßen und Häfen	"	16,8	22,3	26,8	2,2 ⁸⁾	13,3	21,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	197,3	367,2	259,3	230,9	209,4	569,3
Zuführung an Rücklagen	"	9,2	1,5	.	6,1	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 171,4	2 478,1	2 194,4	2 654,2	2 181,1	2 446,9
dar. Steuern	"	1 315,4	1 425,4	1 369,3	1 780,0	1 413,3	1 178,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	62,3	70,5	41,0	98,5	50,7	38,4
Gebühren, Beiträge usw.	"	278,6	299,3	316,1	293,7	333,5	309,2
Entnahme aus Rücklagen	"	30,3	22,4	0,0	- 15,7	- 7,2	104,3
Schuldaufnahme	"	283,3	423,4	253,3	382,7	170,5	589,2
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁹⁾							
	"	7 567,3	8 359,3	8 080,1	8 359,3	8 423,3	7 717,1
dar. am Kreditmarkt	"	6 239,6	7 029,6	6 776,6	7 029,6	7 108,9	6 403,9
bei Gebietskörperschaften	"	717,2	738,9	708,5	738,9	728,8	708,5

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁴⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ⁵⁾ einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ⁶⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁷⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — ⁸⁾ Die von der Untereibe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1976: rund 31 Mio DM, 1975: rund 44 Mio DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1976	November 1976	Februar 1977	Februar 1976
		1974	1975				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk	1970 = 100	145,6	151,7	160,9	161,8	162,5	154,4
Wohngebäude insgesamt	"	145,7	152,0	161,3	162,3	163,1	154,8
dav. Einfamiliengebäude	"	146,3	152,6	161,9	162,7	163,5	155,3
Mehrfamiliengebäude	"	142,6	147,7	155,9	156,7	157,2	150,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	142,1	147,1	155,4	156,4	157,1	149,5
Bürogebäude	"	137,2	141,7	149,8	150,9	150,3	143,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"						
Löhne und Gehälter				April 1976	Juli 1976	Oktober 1976	Oktober 1975
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	480	503	522	536	550	508
männliche Arbeiter	"						
darunter	"						
Facharbeiter	"	508	529	547	559	577	531
weibliche Arbeiter	"	303	319	339	350	351	326
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	292	308	324	334	335	316
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	11,01	11,72	12,20	12,55	12,76	11,89
darunter	"						
Facharbeiter	"	11,55	12,24	12,70	13,06	13,30	12,39
weibliche Arbeiter	"	7,40	7,99	8,33	8,58	8,60	8,09
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	7,09	7,63	7,92	8,12	8,10	7,72
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 451	2 704	2 847	2 903	2 929	2 746
weiblich	"	1 767	1 939	2 043	2 096	2 107	1 974
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 545	2 743	2 869	2 934	2 948	2 778
weiblich	"	1 709	1 848	1 940	1 990	2 014	1 879
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 217	2 384	2 545	2 573	2 621	2 412
weiblich	"	1 549	1 700	1 815	1 851	1 879	1 723
Öffentliche Sicherheit und Ordnung				Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 559	12 544	11 878	12 554	14 835	12 091
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	1	4	5	6
Körperverletzung	"	454	458	454	480	525	425
Raub, räuberische Erpressung	"	108	112	115	122	120	102
Diebstahl	"	7 332	7 819	7 127	7 857	8 895	7 230
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 794	3 995	3 626	4 125	4 539	3 622
Betrug und Untreue	"	1 294	1 553	1 688	1 492	1 971	1 726
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 676	1 629	1 536	1 539	1 803	1 703
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	9 863	6 707	5 537	5 691	5 863	6 576
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	438	519	753	591	580	755
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 518	30 764	36 013	38 162	39 521	36 348
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	14 558	15 149	17 532	15 128	16 906	16 634
dav. Feueralarme	"	494	500	538	421	629	729
dar. bekämpfte Großbrände	"	15	13	11	9	9	20
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	117	124	138	110	162	137
Rettungswageneinsätze	"	13 186	13 710	15 970	13 845	15 263	14 937
dar. für Krankentransporte	"	2 832	2 719	3 168	2 582	2 963	3 322
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 763	1 777	1 908	1 500	1 682	1 585
Hilfeleistungen aller Art	"	898	940	1 024	862	994	968
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	129	175	170	126	175	296

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 3. UND 2. Vj. 1976

Großstädte ¹⁾		Bevölkerung						Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj.	1 959	4 588	8 704	- 4 116	16 851	20 278	- 7 543	24 754	9 648	192 104	98	6 756	3 449
	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 913	27 801	11 361	193 026	98	6 355	3 231
Hamburg	3. Vj.	1 704	3 472	5 732	- 2 260	15 948	17 509	- 3 821	22 612	9 531	169 347	99	6 766	3 971
	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 502	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
München	3. Vj.	1 312	2 518 p	3 073 p	- 555 p	19 348	18 280	+ 513 p	20 930	8 059	175 133	133	6 123	4 667
	2. Vj.	1 311	2 465	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
Köln	3. Vj.	984	2 589	2 688	- 99	12 990	13 620	- 729	17 006	2 406	137 791	140	5 954	6 051
	2. Vj.	1 012	2 250	2 787	- 517	10 509	11 173	- 1 181	17 347	4 793	137 738	136	6 444	6 367
Essen	3. Vj.	676	1 404	2 257	- 853	5 569	6 136	- 1 420	12 104	1 947	54 968 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 507 ⁷⁾	2 229
	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 459 ⁷⁾	2 155
Düsseldorf	3. Vj.	617	1 358	2 034	- 678	8 327	10 620	- 2 971	10 145	3 536		151	1 076	1 635
	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553	109 875	151	1 076	1 635
Frankfurt/M.	3. Vj.	634	1 359	2 060	- 701	10 439	12 157	- 2 419	14 902 ⁸⁾	8 075 ⁸⁾	109 875	173	3 460	5 457
	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁸⁾	8 716 ⁸⁾	108 645	171	3 571	5 606
Dortmund	3. Vj.	630	1 439	1 964	- 525	5 090	7 480	- 2 915	12 050	2 025	68 100	110	1 596	2 574
	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 584
Stuttgart	3. Vj.	587	1 367	1 500	- 133	11 980	14 335	- 2 488	5 643	5 740	125 999	215	5 023	8 557
	2. Vj.	590	1 330	1 586	- 256	8 342	12 733	- 4 647	5 928	6 241	124 429	211	5 083	8 615
Bremen	3. Vj.	570	1 244	1 705	- 461	6 689	7 195	- 967	10 651	2 422	77 380	136	3 216	5 642
	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 885	5 053
Hannover	3. Vj.	556 p	1 182	1 721	- 559	8 223	8 957	- 1 293	15 276 ⁸⁾	3 571 ⁸⁾	94 432	170 p	2 688	4 835 p
	2. Vj.	557	1 068	1 862	- 804	6 558	7 867	- 2 113	16 390 ⁸⁾	5 060 ⁸⁾	92 776	167	2 777	4 986
Duisburg	3. Vj.	594	1 427	1 783	- 356	5 450	6 921	- 1 627	8 466	2 115	101 116	170	3 793	6 386
	2. Vj.	596	1 317	1 950	- 633	4 353	5 775	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 044
Nürnberg	3. Vj.	494	1 051	1 522	- 471	7 356	8 592	- 1 707	9 822	3 763	96 600	198	1 963	3 974
	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 733

Großstädte ⁴⁾		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁶⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
		1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 m ²	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj.	13 482 p	454 p	232 p	488	2 607	314	1 966	3 141	259	132	720	3 217	4 080	175 267	81 245
	2. Vj.	13 148 p	464 p	236 p	722	4 769	269	1 742	-	306	156	838	3 581	4 553	145 391	56 283
Hamburg	3. Vj.	11 206	544	319	448	2 083	240	1 399	648	435	255	818	2 828	3 640	229 655	186 008
	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	578	378	221	714	2 708	3 564	236 362	160 955
München	3. Vj.	12 997	595	454	473	1 115	244	1 009	443	708	538	1 341	1 830	2 493	178 091	127 122
	2. Vj.	11 952	471	359	327	1 094	158	655	405	556	424	1 104	1 015	2 514	148 995	100 743
Köln	3. Vj.	5 434	268	262	198	1 419	88	320	274	200	203	407	1 231	1 576	139 911	70 437
	2. Vj.	5 734	284	281	319	1 671	108	625	345	187	185	321	1 307	1 655	157 523	76 498
Essen	3. Vj.	4 573	206	305	131	570	117	629	244	36	53	79	773	980	54 457	42 910
	2. Vj.	4 735	193	285	140	526	96	434	196	43	63	92	807	1 023	62 053	45 438
Düsseldorf	3. Vj.	5 400	280	454	360	511	112	590	-	147	238	284	816	1 047	-	-
	2. Vj.	5 500	273	415	187	380	87	709	-	162	246	319	932	1 197	-	-
Frankfurt/M.	3. Vj.	6 478	280	442	148	875	9	286	100	338	530	614	1 107	1 370	210 750	51 778
	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	178	263	301	473	571	1 074	1 340	203 532	58 662
Dortmund	3. Vj.	4 589	198	319	165	481	105	286	183	36	58	877	1 129	1 473	41 732	37 078 ⁷⁾
	2. Vj.	4 595	179	287	319	691	152	745	294	38	61	905	1 148	35 392	64 464 ⁷⁾	
Stuttgart	3. Vj.	5 870	268	457	133	484	62	304	359 p	113	193	247	695	992	83 049	54 491
	2. Vj.	6 115	224	380	121	462	57	366	434	116	197	255	773 p	1 031 p	93 609	57 864
Bremen	3. Vj.	4 280	209	367	392	723	207	651	402	90	158	164	1 045	1 238	77 974	47 102
	2. Vj.	4 321	191	335	305	844	79	249	181	82	144	151	903	1 055	69 638	41 145
Hannover	3. Vj.	4 685	206	371 p	122	616	57	356	468	103	185 p	161	938	1 147	60 168	38 860
	2. Vj.	4 613	224	402	135	597	32	215	123	110	197	184	957	1 203	80 521	46 838
Duisburg	3. Vj.	3 302	137	231	122	396	53	265	156	15	25	35	1 342	1 065	70 757	36 037
	2. Vj.	3 529	147	247	103	336	75	416	139	17	29	39	808	1 012	25 234	61 116
Nürnberg	3. Vj.	4 483	181	366	174	463	121	220	483	124	251	216	637	840	75 908	33 613
	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	232	205	577	767	75 994	36 885

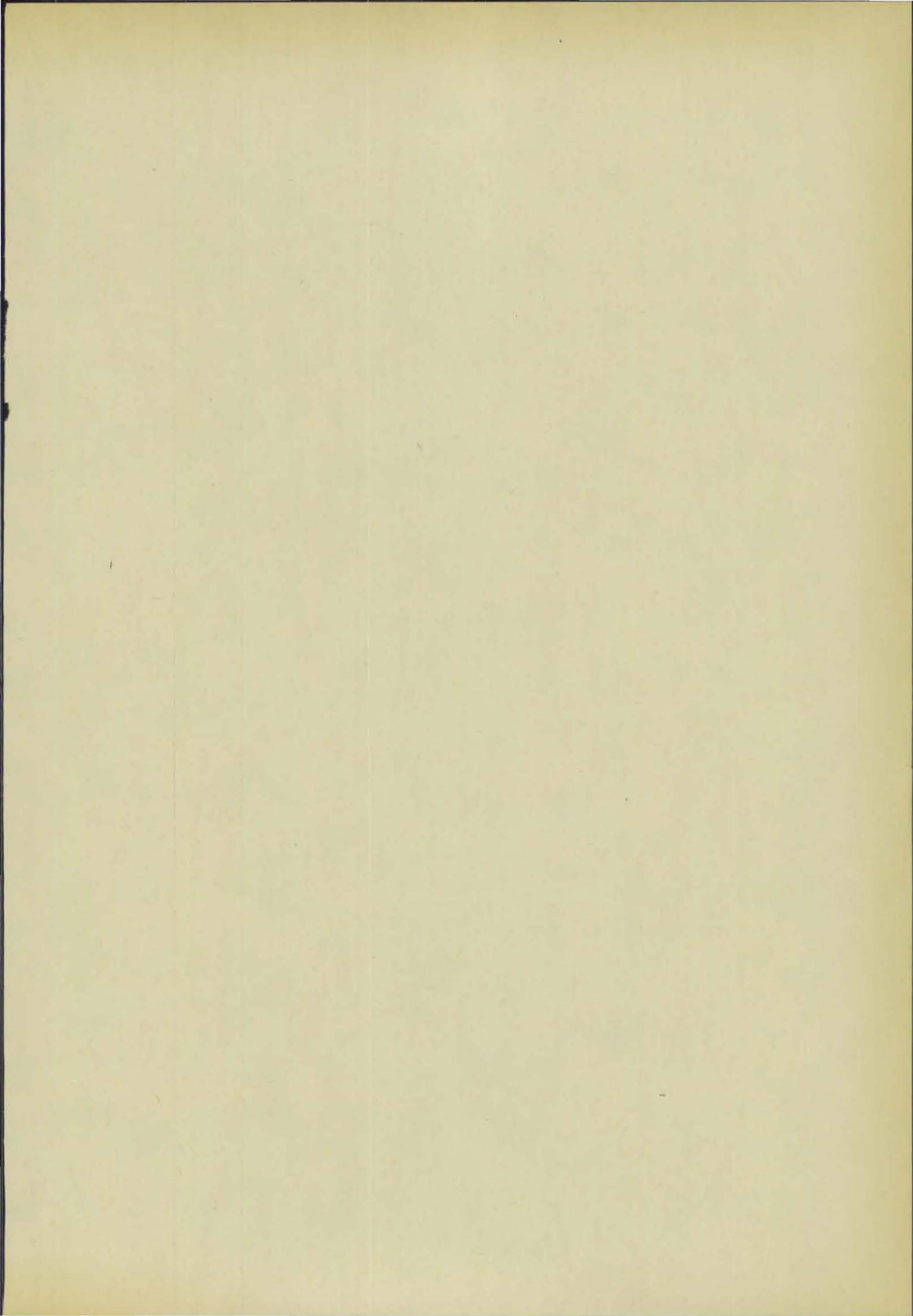
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁵⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ⁷⁾ ohne Bergbau. - ⁸⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁹⁾ nur Einkommensteuer.

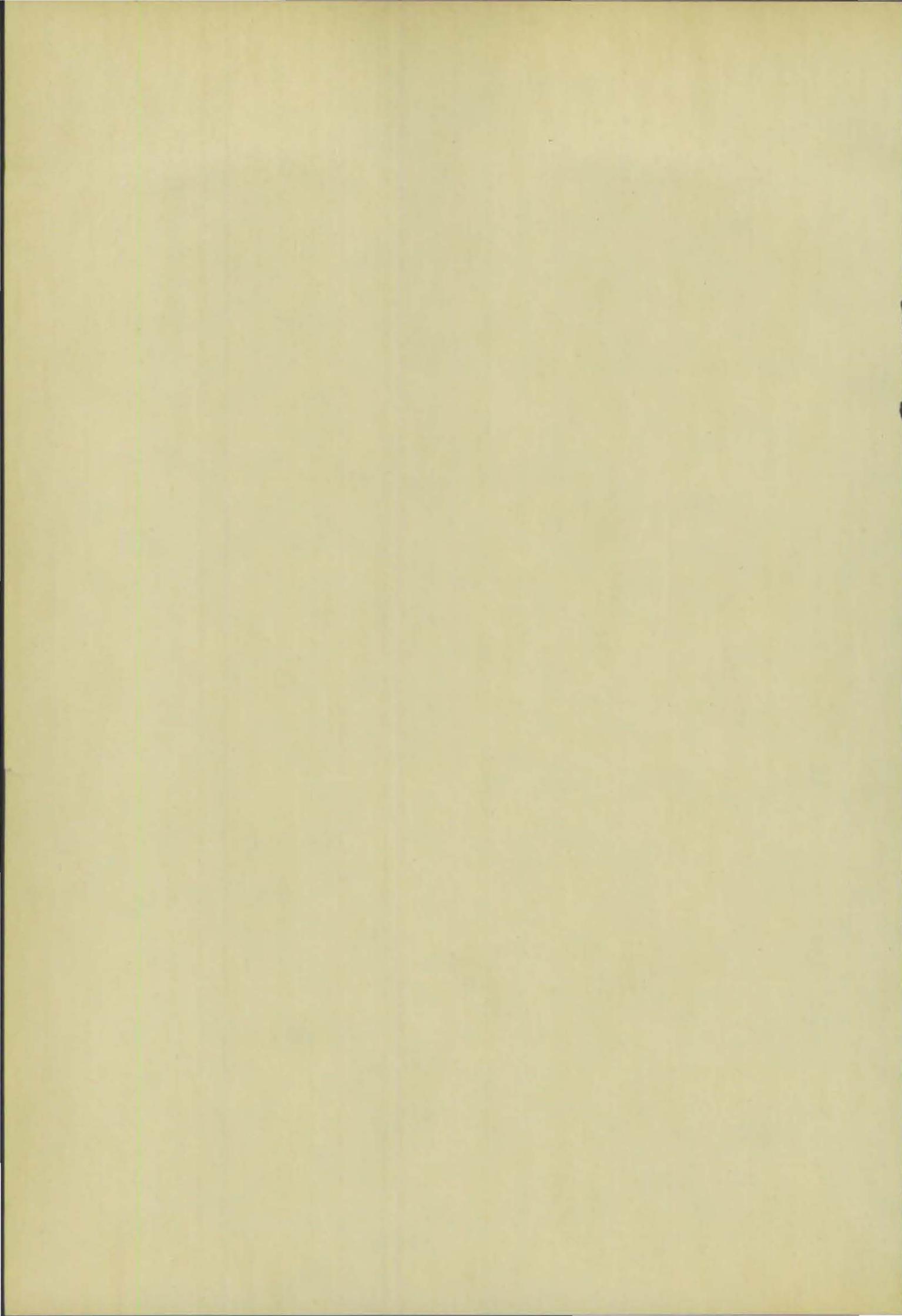
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1976	Januar 1977	Februar 1977	Februar 1976
		1974	1975				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054,0	61 785 p	61 608
Eheschließungen	auf 1 000	6,1	6,2	6,0	3,3	...	4,4
Lebendgeborene	Einw. und	10,1	9,7	9,3	9,1	...	9,8
Gestorbene	1 Jahr	11,7	12,0	12,1	11,9	...	12,3
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	582 000	1 074 217	1 089 935	1 248 918	1 213 741	1 346 723
Arbeitslosen-Quote	%	2,6	4,7	4,8	5,5	5,3	5,9
Offene Stellen	Anzahl	315 000	236 174	185 879	201 931	224 460	208 539
Kurzarbeiter	"	292 000	773 334	213 767	268 818	281 211	493 278
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 144	7 616	7 433	7 384
Geldeste Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	870	778	785	763
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	62 450	61 155	77 425	61 992
dar. Auslandsumsatz	"	15 097	14 409	20 709	14 882
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	111,5	104,5	109,9	107,4	112,0	108,5
Verarbeitende Industrie	"	110,6	103,2	110,6	108,5	113,9	110,0
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	116,0	101,6	102,5	105,3	112,4	108,7
Investitionsgüterindustrie	"	107,2	102,1	115,9	108,2	114,3	109,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	107,7	101,9	108,4	113,4	117,8	111,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	113,7	114,0	115,3	109,8	110,4	111,6
Bauindustrie	"	104,8	93,8	77,3	68,3	75,8	71,6
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 352	1 211	1 179	1 170
Geldeste Arbeitsstunden	Mio Std.	173	153	124	98
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 280	6 021	10 972	3 918
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	34 775	30 654	27 016	20 868	22 605	31 184
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	50 341	36 326	179 279	11 550	11 449	14 466
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	136,6	149,2	218,6	130,8	141,3	135,3
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	146,3	142,2	166,9	147,4	148,4	141,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	13 242	11 248 p	10 567
dav. Empfang	"	9 935	8 619 p	8 268
Versand	"	3 307	2 629 p	2 299
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	157 358	193 544	168 782	195 902	227 319	213 580
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	27 580	28 117 p	31 022 p	25 341 p	25 221 p	22 776
Getötete Personen	"	1 217	1 235 p	1 329 p	1 015 p	977 p	1 001
Verletzte Personen	"	37 255	38 118 p	41 584 p	33 648 p	33 325 p	30 144
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 997	5 933	12 077	8 243	6 143	5 414
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 233	2 333	7 758	1 366	718	592
Körperschaftsteuer	"	867	838	3 857	624	26	39
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	4 326	4 507	5 273	6 159	5 729	5 353
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁸⁾	1970 = 100	129,4	135,5	142,1	143,3	143,7	138,4
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	144,8	142,3	152,2	154,9	157,0	149,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	131,4	136,5	141,8	142,6	143,3	140,1
Preisindex für Wohngebäude ⁹⁾ insgesamt	1970 = 100	135,6	138,9	146,9	140,2
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ¹⁰⁾	1970 = 100	126,3	134,7	142,5	143,8	144,7	139,2
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	123,5	130,1	138,4	140,8	142,1	135,0
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,01	10,40	10,69	10,94	11,19	10,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,6	41,2	40,8	41,9	42,5	41,7

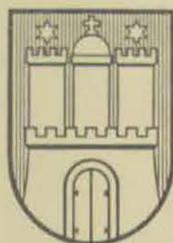
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie, ab Januar 1977 nur noch 20 und mehr Beschäftigte, — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden, — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse, — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt, — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden, — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer, — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart, — Bauleistungen am Bauwerk, — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte, — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1977

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Einwohnerzahl wiederum leicht gesunken

Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg war 1976 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr durch einen Anstieg der Geburtenzahlen und eine Abnahme der Sterbefälle gekennzeichnet. Verringert hat sich zugleich die Anzahl der Fortzüge, allerdings auch die der Zuzüge. Erstmals seit zehn Jahren ist 1976 der Geburtenrückgang durch einen Anstieg der Geborenenzahlen abgelöst worden. 13 601 Kinder von Hamburger Eltern sind im letzten Jahr zur Welt gekommen, über 3 Prozent mehr als 1975. Um 3 Prozent niedriger als im Jahr zuvor lag 1976 die Anzahl der gestorbenen Einwohner (25 300). Der Sterbeüberschuß ist damit nicht mehr ganz so hoch wie 1975, beläuft sich jedoch noch immer auf 11 699.

In Hamburg neu zugezogen sind im Laufe des letzten Jahres 60 587 Personen; gegenüber 1975 hat sich der Zuzug von Neubürgern um 9 Prozent verringert. 67 656 Personen haben 1976 Hamburg verlassen; im Jahr zuvor sind gut 3 Prozent mehr Einwohner aus Hamburg fortgezogen. Der Bevölkerungsverlust durch Fortzüge beträgt somit für das vergangene Jahr 7 069.

Sterbeüberschuß und Wanderungsverlust führten 1976 zu einer Abnahme der Hamburger Bevölkerung von insgesamt 1,1 Prozent. Am 1. Januar 1977 hatte Hamburg 1 698 615 Einwohner – etwa ebenso viele wie 1954.

Weniger Lohnsteuerpflichtige, aber stark gestiegene Bruttolohnsumme

1974 wohnten in Hamburg rund 660 000 Lohnsteuerpflichtige (Ehepaare mit beiderseitigem Lohneinkommen sind als ein einziger Steuerpflichtiger definiert). Dieser Personenkreis bezog Löhne und Gehälter von insgesamt 16,1 Milliarden DM. Das Gesamtvolumen der daraus an den Fiskus abgeführten Lohnsteuer betrug 2,6 Milliarden DM, was eine durchschnittliche Steuerbelastung von 16,0 Prozent ergibt. Etwa 84 000 Pflichtige allerdings brauchten überhaupt keine Lohnsteuer zu bezahlen.

Im Vergleich zu der vorangegangenen Erhebung von 1971 verminderte sich im Zuge des Bevölkerungsrückgangs auch die Zahl der Steuerpflichtigen (– 4,5 Prozent). Deren Bruttolöhne stiegen dagegen um 26,4% an, ihre Abgaben, nicht zuletzt bedingt durch die Steuerprogression, sogar um 51,4 Prozent.

Auf der Rangskala der Großstädte mit 500 000 und mehr Einwohnern lag nach den durchschnittlichen Jahresbruttoverdiensten Hamburg mit einem Betrag von 24 449 DM knapp hinter Frankfurt/M. und Düsseldorf an dritter Stelle. Drei Jahre zuvor nahm die Hansestadt mit 18 471 DM noch den ersten Platz ein, während Frankfurt/M. und Düsseldorf erst auf dem vierten bzw. fünften Platz folgten. Die Stadtstaaten Bremen und Berlin (West) erzielten 1974 im Schnitt nur 23 689 DM bzw. 22 974 DM und hatten somit den siebten bzw. elften Rangplatz inne.

Gefährliche Mofas

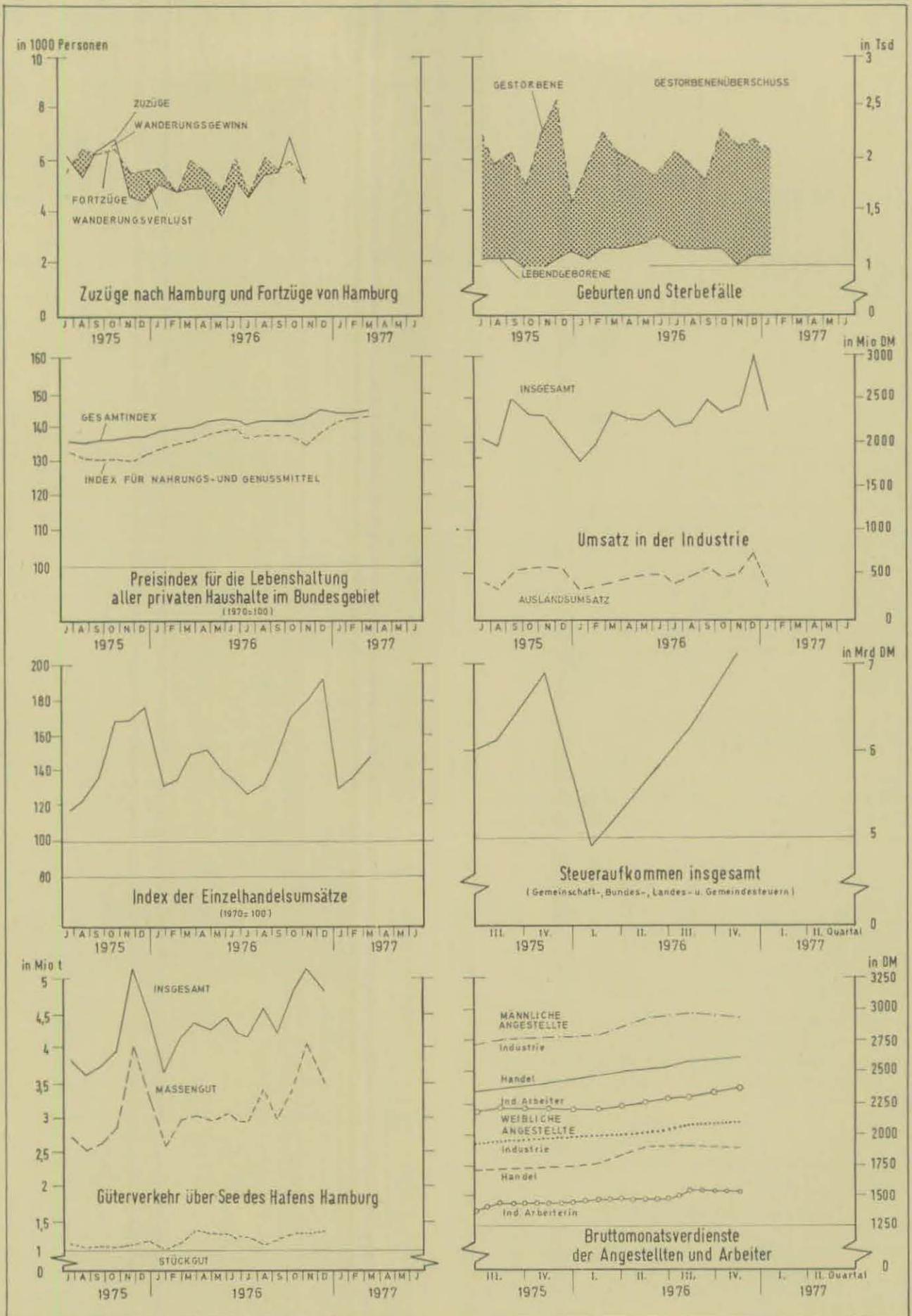
1976 waren in Hamburg knapp 600 Fahrer von Mofas in Personenschadensunfälle verwickelt. Damit stieg die Unfallbeteiligung dieser Fahrzeugart um mehr als 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die besondere Gefährlichkeit zeigt sich darin, daß neun von zehn Unfallbeteiligten getötet oder verletzt wurden, davon mehr als die Hälfte Jugendliche unter 18 Jahren.

Die nicht führerscheinpflichtigen Mofas mit einer zugelassenen Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h erfreuen sich in Hamburg wachsender Beliebtheit: ihre Zahl nahm im letzten Jahr auf rund 17 200 (+17 Prozent) zu. Der überproportionale Anstieg der Unfallbeteiligung legt jedoch die Vermutung nahe, daß die Fahrer von Mofas auf die Anforderung des modernen Straßenverkehrs nicht ausreichend vorbereitet sind. Diese Vermutung wird auch gestützt durch die Tatsache, daß die Unfallbeteiligung der führerscheinpflichtigen Mopeds im gleichen Zeitraum um 13 Prozent rückläufig war.

Einfuhren über Hamburg stiegen um 25 Prozent

Im Jahre 1976 erreichten die Einfuhren der Bundesrepublik über den Hamburger Hafen einen Gesamtwert von 27 Mrd DM und damit eine Zunahme von rund einem Viertel gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem auf die verstärkten Importe von Fertigwaren zurückzuführen, bei denen der Zuwachs mehr als 3 Mrd DM (+38 Prozent) betrug. Spitzenreiter waren dabei die Elektrotechnischen Erzeugnisse, Schiffe und Kraftfahrzeuge. Neben den Fertigwaren stieg auch der Wert der eingeführten Genußmittel beträchtlich; hier dürfte die Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohkaffee eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Hochschulfinanzen in Hamburg 1975

1. Finanzstatistik – Hochschulstatistik

Als Bestandteile der öffentlichen Haushalte haben Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Hochschulen seit jeher Eingang in die amtliche Finanzstatistik gefunden. So präsentiert die Rechnungsstatistik alljährlich die Hochschul-Istausgaben und -einnahmen nach ökonomischen Kategorien aus dem Gruppierungsplan sowie nach Hochschultypen entsprechend dem staatlichen Funktionenplan. Für Sonderauswertungen gab und gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, anhand des nach Buchungskapiteln in der Kassenrechnung getrennt erfolgenden Nachweises der Einnahmen und Ausgaben innerhalb einzelner Hochschulen zusätzlich, z. B. nach Instituten, zu differenzieren. Eine echte Vergleichbarkeit zwischen den Gebietskörperschaften ist dabei aber wegen Besonderheiten der haushaltmäßigen Abrechnung in den Ländern nur schwer erreichbar.

Mit der explosionsartigen Entwicklung des Hochschulbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg – 1952 waren 152 000 Studenten, 1975 841 000 Studenten an den Hochschulen eingeschrieben¹⁾ – und dem damit einhergehenden Bau und Ausbau von wissenschaftlichen Bildungsstätten in großem Stil ergab sich eine Situation, der das überkommene Instrument zur statistischen Durchleuchtung der Hochschulfinanzen nicht mehr genügen konnte. Da auch Verfahren und Umfang der mit den nichtfinanziellen Tatbeständen an den Hochschulen befaßten Statistiken für moderne Planungszwecke nicht länger ausreichten, wurde durch das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen vom 31. August 1971 (Hochschulstatistikgesetz) ein umfassendes, integriertes Berichtssystem über diesen Bereich geschaffen²⁾. Auf seinem Programm steht neben den hier zu behandelnden Hochschulausgaben nach Kostenarten und Kostenstellen nebst Art und Weise ihrer Finanzierung (§ 12 Nr. 8) eine komplette Studenten- und Hochschulpersonalstatistik, ferner die Erfassung von Studienbewerbern, Lehrveranstaltungen,

Prüfungen, Grundstücken und Gebäuden. Diese diversen Erhebungen sind grundsätzlich nicht allein an die staatlichen Hochschulen adressiert, sondern auch an die der Kirchenfisci und die mit rein privater Trägerschaft. Während die Finanzstatistik gemäß Finanzstatistischem Gesetz lediglich Aufschluß über Einnahmen und Ausgaben der staatlichen und allenfalls über öffentliche Zuwendungen und Zuschüsse an nicht-staatliche Hochschulen zu geben vermag, erstreckt sich also das Bruttokonzept der Finanzstatistik aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes auch auf letztere.

Der Auftrag des Hochschulstatistikgesetzes läuft streng genommen nicht so sehr auf eine modifizierte Hochschulfinanzstatistik hinaus, sondern vielmehr auf eine Kostenrechnung als Bestandteil eines zwecks Planung, Steuerung und Wirtschaftlichkeitskontrolle auszubauenden betrieblichen Rechnungswesens der Hochschulen. Ein solcher Auftrag ist gegenwärtig wegen fehlender Voraussetzungen noch nicht erfüllbar. So lange nämlich sich das Kassen- und Rechnungswesen der Hochschulen an den haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Länder orientiert und nach den Prinzipien der Verwaltungskameralistik funktioniert, so lange wird eine echte betriebswirtschaftliche Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung systemfremd bleiben und deshalb nicht realisierbar sein. Analog zu der beschlossenen Umstellung bei den öffentlichen Krankenhäusern müßte auch eine gesetzliche Regelung zur Umstellung des Rechnungs- und Kassenwesens der Hochschulen auf die kaufmännische Buchführung erfolgen.

Die Wesensunterschiede zwischen finanzwirtschaftlichem Rechnungssystem als Grundlage für die Hochschulfinanzstatistik auf der einen und betriebswirtschaftlichem als Grundlage für eine Kostenstatistik auf der anderen Seite können anhand des folgenden Schemas verdeutlicht werden, das aus einer Veröffentlichung der „Hochschulinformations-System GmbH“ stammt³⁾:

Gliederung des Rechnungswesens

Oberbegriff	Rechnungswesen (i. w. S.)	
	finanzwirtschaftl.	betriebswirtschaftl.
Begriffe	Kameralistisches Rechnungswesen bzw. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen; weniger gut: Haushaltswesen (i. w. S.)	Betriebliches Rechnungswesen, Teil davon ist die Kostenrechnung
Rechnungsziel	Laufende Kontrolle der Geldbewegungen, Nachweis von Herkunft und Verbleib der Mittel	Kontrolle des Betriebsgebarens, insb. der Wirtschaftlichkeit
Inhalt	– Aufstellung des Haushaltsplans – Vollzug des Haushalts – Abrechnung des Haushalts	– Kostenartenrechnung – Kostenstellenrechnung – Kostenträgerrechnung
Das Rechnungswesen bildet ab	Ausgaben und Einnahmen Ausgaben = jeglicher Geldausgang aus der Kasse (also auch z. B. Darlehensrückzahlung) Einnahmen = jeglicher Geldeingang (also auch z. B. Darlehensaufnahme)	Kosten und Leistungen Kosten = Verbrauch von Werten (z. B. beanspruchte Arbeitsleistungen, Betriebsmittel) zur Erstellung der Betriebsleistung Leistungen = Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, also Sachgüter oder Dienstleistungen

¹⁾ Quelle: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs (verabschiedet am 21. Juni 1976), S. 9.

²⁾ BGBl. I S. 1473.

³⁾ Ehrhard Mundhenke, Haushaltswesen der Hochschulen, HIS Brief 17, August 1971, S. 3.

2. Interimistisches Programm für die Hochschulfinanzstatistik

Bis zur Einführung der vollständigen Hochschulkostenstatistik muß man sich mit einem vorläufigen, dem sog. „Interimistischen Programm“ für die Hochschulfinanzstatistik begnügen. Dieses ermöglicht bereits die Zuordnung der Ausgaben und Einnahmen auf die kleinstmöglichen organisatorischen Einheiten (Kostenstellen) innerhalb der Hochschulen. Beispiele für solche organisatorischen Einheiten sind Einrichtungen der Forschung und Lehre wie wissenschaftliche Institute, Lehrstühle, Seminare, Fachbereiche usw., ferner zentrale Institutionen wie Verwaltungen, Zentralbibliotheken, Rechenzentren, Sportzentren u. a. m. Die für die jeweilige organisatorische Einheit als kleinstem statistischen Baustein gewonnenen Einzeldaten werden zum Zwecke der Vergleichbarkeit zwischen den Hochschulen zu Fächergruppen-Ergebnissen verdichtet, welche die an den Hochschulen vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen sowie deren bedeutendste zentrale Einrichtungen widerspiegeln.

In Hamburg werden nach den derzeitigen Gegebenheiten erfaßt:

- a) die Universität Hamburg,
- b) das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf,
- c) die Staats- und Universitätsbibliothek, soweit sie Hochschulfunktion hat,
- d) die Hochschule für Wirtschaft und Politik,
- e) die Hochschule für bildende Künste,
- f) die Hochschule für Musik und darstellende Kunst,
- g) die Fachhochschule Hamburg,
- h) die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik.

Die Einbeziehung der Hochschule der Bundeswehr befindet sich noch im Erprobungsstadium.

Stellt man einen Vergleich mit Eckdaten über staatliche Hochschulen aus der funktionell gegliederten Staatsfinanzstatistik oder der hamburgischen Haushaltsrechnung an, so ist zu berücksichtigen, daß bestimmte Ausgaben- und Einnahmenkomplexe in der Hochschulfinanzstatistik überhaupt nicht nachgewiesen werden, weil sie sich von vornherein nicht nach Fächern aufgliedern lassen. Bei den Ausgaben gehören dazu die Versorgungsbezüge für entpflichtete Professoren und sonstige Beamte an Hochschulen, die nur im Rahmen einer Kostenrechnung sinnvoll darzustellen wären⁴⁾. Weiter rechnen hierzu die Ausbildungsförderung von Studenten (BAFöG), Stipendien, Graduiertenförderung, Zuschüsse an Studentenwerke, Beiträge und Sozialgebühren, die von den Studenten eingezogen und an den ASTA weitergeleitet und deshalb als durchlaufende Gelder behandelt werden. Auch Wohnungsbaudarlehen an Dienstkräfte der Hochschulen sind solche Sonderposten. Ebenso bleibt ausgenommen der interne Verrechnungsverkehr der Hochschulen und der mit anderen Haushaltskapiteln, ferner der Anteil Hamburgs nach dem Abkommen über die Finanzierung der Universität

⁴⁾ Hier müßten dann aber nicht die effektiven Zahlungen, sondern die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen kalkulierten Belastungen angegeben werden.

Bremen. Unter den insgesamt in Höhe von 9,2 Mio DM wegfallenden Ausgabebeträgen sind diejenigen für den Teil „Staatsbibliothek“ aus der Staats- und Universitätsbibliothek (4,0 Mio DM) quantitativ am wichtigsten.

Auf der Einnahmeseite werden u. a. die Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch verschiedene Institutionen und die Verwaltungseinnahmen des Staatlichen Materialprüfungsamtes als Landesbetrieb mit eigenem Wirtschaftsplan (§ 26 LHO) nicht erfaßt; insgesamt handelte es sich 1975 um 3,5 Mio DM.

Eine erste Erhebung zur Hochschulfinanzstatistik im Bundesgebiet fand in einigen Ländern für die Rechnungsperiode 1971 statt. Hamburg beteiligt sich seit 1973, allerdings zunächst probeweise und deshalb beschränkt auf die Universität und Teilbereiche der Staats- und Universitätsbibliothek. Von 1974 an kommt das volle Übergangsprogramm auch für Hamburg zur Anwendung.

3. Ergebnisse nach Hochschul- u. Ausgabearten

Die sieben staatlichen Hochschuleinheiten und eine nichtstaatliche Hochschule in Hamburg tätigten 1975 zusammen über eine halbe Milliarde DM an Ausgaben. Im Vergleich zu 1974 waren das 3% weniger. Das ununterbrochene, äußerst kräftige Wachstum zumindest der staatlichen Hochschulausgaben, wie es aus der Rechnungsstatistik für eine ganze Reihe von Jahren vor 1974 abzulesen ist, und das von 1970 bis 1975 zu einer Volumenverdoppelung führte, ist damit vorerst abgebremst worden. Noch von 1973 auf 1974 war eine Wachstumsrate von 18% zu verzeichnen. Dieser Bruch in der Entwicklung ist zweifellos auf einen vorläufigen Abschluß des der Kapazitätserweiterung dienenden beschleunigten Auf- und Ausbaus im Hochschulsektor zurückzuführen, dann aber auch auf eine Umorientierung der Fiskalpolitik Hamburgs, die gegenwärtig Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zwecks Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze wieder mehr in den Vordergrund rückt. Keinesfalls wird aber in Zukunft die Entwicklung ganz und gar stagnieren; dafür werden die vom Senat vorgesehenen Maßnahmen zur Eindämmung des Numerus clausus⁵⁾ beitragen, nach deren Programm bis 1982/83 die personellen Ausbildungskapazitäten der Hamburger Hochschulen durch Anwendung der Curricular-Richtwerte um 2 750 Studienplätze, durch Maßnahmen auf Dauer um 4 835 und durch Maßnahmen auf Zeit um 1 330 Studienplätze erhöht werden sollen.

Reichlich vier Fünftel der gesamten Hochschulausgaben wurden 1975 zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten verwendet, der Rest von rund 100 Mio DM kam Investitionszwecken zugute. Von den laufenden Ausgaben entfielen allein 74% auf Personalkosten; bis auf einen verschwindend kleinen Zuschuß waren alles andere sächliche Verwaltungskosten. Unter den Investitionsausgaben spielten die Bauausgaben mit einem Anteil von 69% die größte Rolle. Wesentlich geringere Summen dienten dem Erwerb von Ersteinrichtungen (19%), der Beschaffung sonstiger

⁵⁾ Siehe Bürgerschaft-Drucksache 8/2288 vom 1. 2. 1977.

Tab. 1:

Hochschulausgaben in Hamburg 1975 und deren Veränderung gegenüber 1974
nach Hochschul- und Ausgabenarten

Hochschularten	Ausgaben insgesamt		davon				
			laufende Ausgaben		Investitionsausgaben		
			zusammen	darunter Personal-ausgaben	zusammen	darunter	
						Bauausgaben	Ausgaben für den Erwerb von Ersteinrichtungen
1000 DM	%	1000 DM					
1. Beträge							
Universität Hamburg ¹⁾	241 678	43,4	183 339	144 272	58 339	37 216	13 879
Universitäts-Krankenhaus Eppendorf	219 816	39,5	202 523	158 047	17 293	10 680	3 519
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	7 854	1,4	7 412	6 472	442	442	-
Fachhochschule Hamburg	74 508	13,4	48 734	38 153	25 774	21 777	1 862
Sonstige Hochschulen	13 138	2,3	11 668	9 765	1 470	1 044	-
I n s a g e s a m t	556 994	100	453 676	336 709	103 318	71 159	19 260
2. Veränderungen gegenüber 1974 in %							
Universität Hamburg ¹⁾	- 10,2	.	+ 4,9	+ 5,0	- 38,2	+ 50,1	+ 102,0
Universitäts-Krankenhaus Eppendorf	+ 2,7	.	+ 8,4	+ 8,2	- 36,2	- 46,5	- 18,7
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	- 13,5	.	+ 7,6	+ 7,1	- 79,8	- 79,5	.
Fachhochschule Hamburg	+ 6,6	.	+ 5,2	+ 6,2	+ 9,6	+ 17,0	- 22,6
Sonstige Hochschulen	+ 11,1	.	+ 6,2	+ 7,0	+ 74,2	+ 84,1	-
I n s a g e s a m t	- 3,0	.	+ 6,6	+ 6,6	- 30,2	- 38,6	+ 41,3

1) Einschl. der Universität zurechenbare Anteile der Staats- und Universitätsbibliothek (6,6 Mio DM in 1975).

beweglicher Sachen (9%) sowie dem Grundstücksan-kauf (4%). Gegenüber dem Vorjahr schrumpften die vermögenswirksamen Ausgaben um 30%; die laufenden Ausgaben stiegen dagegen noch um 7% an.

Durch Aufgliederung der Ausgaben nach Hochschularten (Tabelle 1) läßt sich deren unterschiedliches finanzielles Gewicht und damit quantitative Bedeutung für das wissenschaftliche Bildungswesen im ganzen deutlich herausarbeiten. Die dominierende Stellung der Universität Hamburg einschl. Teilen der Staats- und Universitätsbibliothek sowie der Universitätsklinik Eppendorf innerhalb des finanziellen Gesamtrahmens wird daran deutlich, daß deren Ausgabenquoten die aller übrigen Hochschulen mit weitem Abstand hinter sich lassen: beide zusammen vereinigen 83% des Ausgabevolumens auf sich. Unter den verbleibenden Hochschuleinheiten ragt lediglich noch die Fachhochschule Hamburg heraus. Diese finanzielle Vorrangstellung der Universität und des Hochschulkrankenhauses findet sich nicht nur in Hamburg, sie ist offenbar auch typisch für das Hochschulwesen im Bundesgebiet. Nach den für 1974 vorliegenden Vergleichsdaten erreichen beide Hochschulkategorien gemeinsam eine ebenfalls mehr als 80% ausmachende Quote.

Die Zusammensetzung der Ausgaben ist, bedingt durch die zwischen den Hochschularten bestehende unterschiedliche Aufgabenstellung und die jeweilige Entwicklungsphase, nicht bei allen Hochschulen

gleich. Variierendes Element bilden hauptsächlich die Investitionen, die in absoluten Zahlen 1975 den größten Betrag zwar bei der Universität erbrachten, prozentual gesehen jedoch am stärksten bei der Fachhochschule anfielen. Im Durchschnitt sämtlicher Hochschulen gingen die Investitionen von 1974 auf 1975 um 30% zurück.

Die höchsten Fixkosten verursachten Lehrkörper und sonstige Bedienstete. An den in der Abgrenzung der Hochschulfinanzstatistik erfaßten Hochschulen waren am 2. Oktober 1975, vom Professor über den Lehrbeauftragten bis zum Reinigungspersonal 10 826 Personen beschäftigt, die Personalausgaben in Höhe von 337 Mio DM erforderten. Somit betrug der Personalaufwand je Hochschulbediensteten 31 102 DM. Unterschritten um 10% wurde dieser Gesamtdurchschnitt vom Universitäts-Krankenhaus wegen seiner andersartigen Personalstruktur. Die höchsten Abweichungen nach oben waren bei der Hochschule für bildende Künste (+19%) sowie der Hochschule für Wirtschaft und Politik (+25%) anzutreffen. Die Universität selbst kam auf einen Mittelwert von 33 925 DM.

4. Hochschulausgaben nach der Fächerstruktur

Kernstück des vorläufig gültigen Programms der Hochschulfinanzstatistik ist die Aufteilung von Ausgaben und Einnahmen auf Fächergruppen, das damit wenigstens die Erfordernisse einer Kostenstellenrechnung weitgehend erfüllt.

Tab. 2:

Hochschulausgaben in Hamburg 1975 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppen	Hochschulen insgesamt		davon							
			Universität 1)		Universitäts-Krankenhaus Eppendorf		Fachhochschule Hamburg		Sonstige Hochschulen	
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	40 594	7,3	39 659	16,4	-	-	935	1,3	-	-
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	40 947	7,4	30 677	12,7	-	-	5 313	7,1	4 957	23,6
Mathematik, Naturwissenschaften	109 508	19,7	109 476	45,3	-	-	32	0,0	-	-
Medizin	195 007	35,0	1 509	0,6	193 498	88,0	-	-	-	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	794	0,1	-	-	-	-	794	1,1	-	-
Ingenieurwissenschaften	53 222	9,6	-	-	-	-	53 222	71,4	-	-
Kunst, Kunstwissenschaften	18 020	3,2	485	0,2	-	-	3 469	4,7	14 066	67,0
Zentrale Einrichtungen	34 784	6,2	30 841	12,8	510	0,2	3 433	4,6	-	-
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	64 118	11,5	29 031	12,0	25 808	11,8	7 310	9,8	1 969	9,4
I n s g e s a m t	556 994	100	241 678	100	219 816	100	74 508	100	20 992	100

1) einschl. der Universität zurechenbare Anteile der Staats- und Universitätsbibliothek.

Einen statistischen Querschnitt durch die Ausgaben nach Fächergruppen vermittelt Tabelle 2. Dort erscheint das Fach „Medizin“ mit fast 200 Mio DM als kostspieligste wissenschaftliche Disziplin. Dieser Betrag entspricht 35 % der nach Fächergruppen untergliederten Hochschulausgaben. Von einer kleinen, für universitäre Einrichtungen der theoretischen Medizin bestimmten Summe abgesehen, entfällt er voll auf das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf. Das Ausgabenniveau des Fachbereichs „Medizin“ wird mitbeeinflusst durch den in den Klinikausgaben enthaltenen, aber nicht abgrenzbaren Teil, welcher der Krankenbehandlung dient. Dieser ist zwar mit medizinischer Forschung und Lehre eng verbunden, müßte bei exakten Kostenkalkulationen für rein universitäre Funktionen wie Forschung und wissenschaftliche Ausbildung jedoch überwiegend unberücksichtigt bleiben. Innerhalb der Medizin bildet die Humanmedizin (ohne Zahnmedizin) den dominierenden Ausgabenschwerpunkt; nur eine kleine Rolle spielt hingegen die Zahnmedizin (11 Mio DM), während das Veterinärwesen in Hamburg überhaupt nicht vertreten ist.

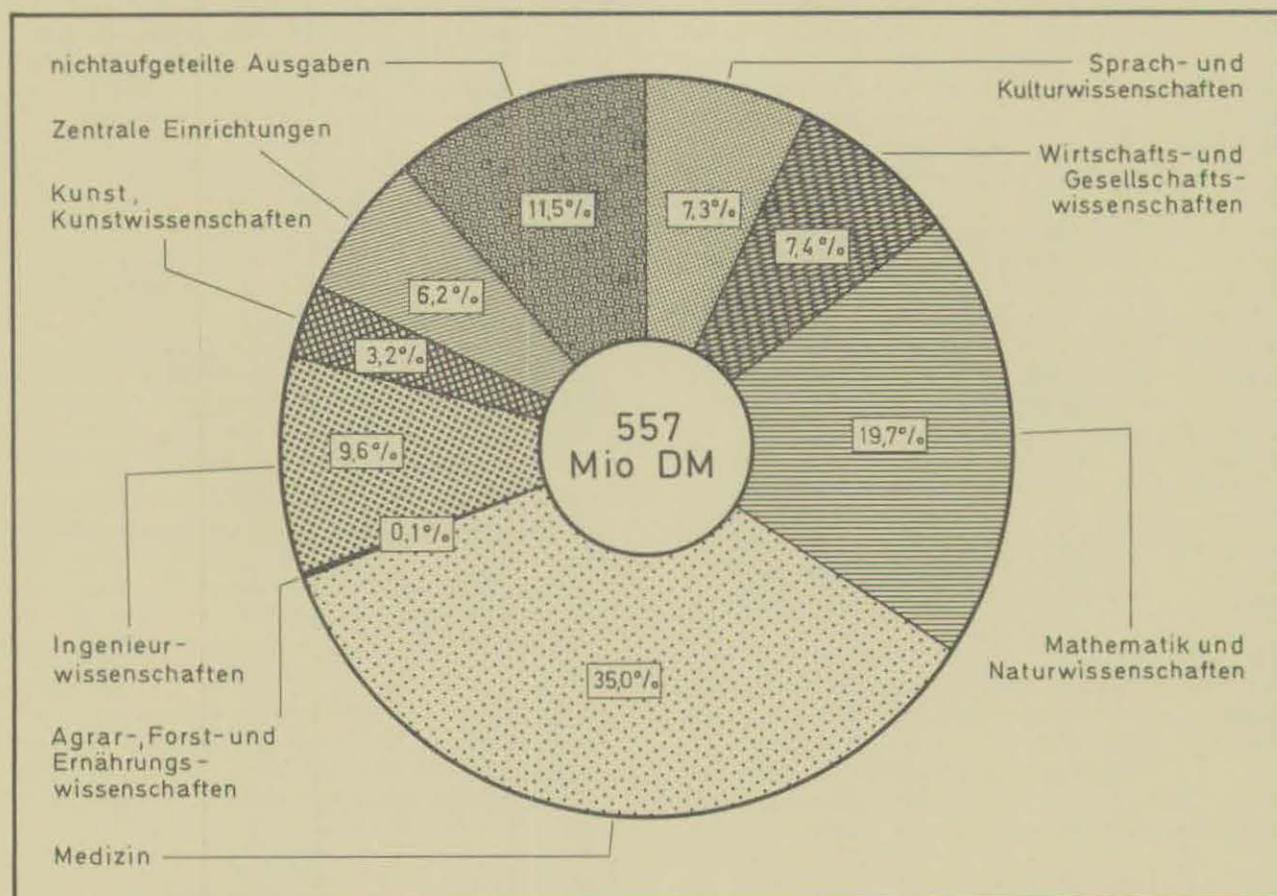
An zweiter Stelle in der Rangfolge der Fächer stehen Mathematik und Naturwissenschaften mit einem Fünftel des gesamten Hochschulaufwands. Dieser wichtige Fachbereich ist unter Hamburgs Hochschulen praktisch nur an der Universität vertreten. Detaillierter betrachtet gliedern sich seine Ausgaben 1975 in 29 % für das Fach „Biologie“, 24 % für das Fach „Physik“, 20 % für das Fach „Chemie“, 16 % für die Geowissenschaften und schließlich 11 % für Mathematik und Informatik. Als nächstes folgen die Ingenieurwissenschaften, für die knapp jede zehnte DM verausgabt wurde, und zwar hauptsächlich auf den Sektoren Elektrotechnik und Maschinenbau. Das faktische Ausgabenmonopol für die Ingenieurwissenschaften besitzt in Hamburg die Fachhochschule. Die Ausgabenintensität liegt recht niedrig bei den Wirt-

schafts- und Gesellschaftswissenschaften und den Sprach- und Kulturwissenschaften; ganz am Ende der Skala finden sich die Kunstwissenschaften sowie die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

Auf zentrale Einrichtungen, hier in erster Linie der Universität, wurden rund 6 % der Gesamtkosten verrechnet. Dazu gehörten vor allem die zentrale Verwaltung, das Rechenzentrum und die Zentralbibliothek. Außerdem mußten rund 64 Mio DM bzw. 12 % der Ausgaben den einzelnen Hochschulen als Ganzes zugeordnet werden, da sie den diversen Wissenschaftssparten nicht zurechenbar waren. Als echte Gemeinkosten wären eigentlich schon die der interdisziplinär genutzten zentralen Einrichtungen aufzufassen, während es sich bei dem der Hochschule insgesamt zuzuordnenden Aufwand hauptsächlich um sächliche Verwaltungskosten handelt, die sich allein auf fast 52 Mio DM belaufen und überwiegend in die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und baulichen Anlagen fließen. Den Charakter unechter Gemeinkosten haben Personalnebenkosten wie Beihilfen für das aktive Personal (3,3 Mio DM), Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung sowie für soziale Einrichtungen zugunsten von Bediensteten (1,5 Mio DM), ferner Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen (1,2 Mio DM).

Untersucht man die Ausgabenstruktur nicht nur fachsektoral, sondern zugleich nach Ausgabekategorien, dann kann das wie in Tabelle 3 einmal unter Einbeziehung, zum anderen nach Abtrennung des nicht fächerspezifisch zurechenbaren Aufwands erfolgen. Letztere Methode hat den Vorzug, die Streuung der Ausgaben über die Fachbereiche quasi in Reinkultur aufzeigen zu können. Diese wird jedoch dadurch beeinflusst, daß die Aufteilungsquoten nach Fächern innerhalb der diversen Ausgabearten variieren. Der Durchschnittswert von etwa 12 % nicht zurechenbarer Beträge (ohne zentrale Einrichtungen)

Fächerstruktur der Hochschulausgaben in Hamburg 1975



Statistisches Landesamt Hamburg

Y

ergibt sich aus rund 2% für Personalkosten, 44% für die übrigen fortdauernden Ausgaben, rund 2% für Bauausgaben und 15% für die restlichen Investi-

tionen. Die medizinischen Wissenschaften beanspruchten 1975 die meisten Personalausgaben (45%); auf dem zweiten Platz folgten die naturwissenschaft-

Tab. 3:

Struktur der Hochschulausgaben in Hamburg 1975

Fächergruppen	Laufende Ausgaben				Investitionsausgaben										
	zusammen		darunter Personalausgaben		zusammen		darunter								
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	Bauausgaben		Ausgaben für den Erwerb von Ersteinrichtungen						
							1000 DM	%	1000 DM	%					
Sprach- und Kulturwissenschaften	36 984	8,1	10,1	35 171	10,4	11,4	3 610	3,5	4,0	2 858	4,0	4,2	752	3,9	4,2
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	31 706	7,0	8,6	28 619	8,5	9,3	9 241	8,9	10,2	7 979	11,2	11,8	1 254	6,5	6,9
Mathematik, Naturwissenschaften	73 865	16,3	20,1	63 168	18,8	20,5	35 643	34,5	39,3	25 667	36,1	38,0	9 882	51,3	54,9
Medizin	176 914	39,0	48,1	137 505	40,8	44,7	18 093	17,5	20,0	10 680	15,0	15,8	4 319	22,4	24,0
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	794	0,2	0,2	637	0,2	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ingenieurwissenschaften	31 168	6,9	8,5	27 832	8,3	9,1	22 054	21,4	24,3	18 925	26,6	28,0	1 802	9,4	10,0
Kunst, Kunstwissenschaften	16 001	3,5	4,4	14 759	4,4	4,8	2 019	2,0	2,2	1 486	2,1	2,2	-	-	-
Z u s a m m e n	367 432	81,0	100	307 691	91,4	100	90 660	87,8	100	67 595	95,0	100	18 009	93,5	100
Zentrale Einrichtungen	28 561	6,3		22 970	6,8		6 223	6,0		1 932	2,7		87	0,5	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	57 683	12,7		6 048	1,8		6 435	6,2		1 632	2,3		1 164	6,0	
I n s a m m t	453 676	100		336 709	100		103 318	100		71 159	100		19 260	100	

lichen Sparten mit einem schon erheblich reduzierten Personalkostenanteil (21 %). Das prozentuale Verteilungsbild der Investitionen ergibt andere Schwerpunkte: Nahezu 40 % der für diese Zwecke abgeflossenen Mittel vereinigte der Bereich „Mathematik, Naturwissenschaften“ auf sich, rund ein Viertel entfiel auf die Ingenieurwissenschaften, ein Fünftel auf die Hochschulmedizin; die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften hielten einen Anteil von 10 %.

Eine etwas modifizierte Sichtweise stellt die fachgebietsbezogene Finanzstruktur dar, die freilich durch das wechselnde Gewicht der Investitionen und hier insbesondere der Bauausgaben von Jahr zu Jahr zu gewissen Verschiebungen neigt. Typisch für die Referenzperiode war, daß sämtliche Fächergruppen jeweils Personalausgabenanteile von mehr als 50 % hatten. Am personalintensivsten zeigten sich mit Quoten von über 80 % die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Bereich „Kunst, Kunstwissenschaften“. Umgekehrt wiesen die relativ höchsten Investitionsausgabenanteile die Ingenieurwissenschaften (41 %), die naturwissenschaftlichen Fächer (33 %) und die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (23 %) aus.

Das Ausgabegefüge der Universität weicht aus verständlichen Gründen von dem allgemeinen ab, denn bestimmte Fächergruppen sind an ihr entweder gar nicht oder lediglich schwach vertreten: Gänzlich fehlen der Agrar-, Forst- und Ernährungssektor sowie die technischen Disziplinen; kleine Positionen bilden

Summe der fächerzurechenbaren Kosten ausgeht. Der Schwerpunkt der Investitionsausgaben lag, allerdings noch deutlicher ausgeprägt, auf dem gleichen Gebiet. Die Zusammensetzung der Ausgaben in den drei ersten Fächergruppen deckt sich dagegen fast mit derjenigen aller Hochschulen, weil dort die Universität finanziell so gut wie völlig dominiert.

5. Hochschuleinnahmen

Im Rahmen der Hochschulfinanzen steht die Einnahmenbetrachtung nicht so sehr im Vordergrund wie die der Ausgaben, die bildungspolitisch von größerem Interesse sind. Bei den staatlichen Hochschulen reichen die speziellen Einnahmen bei weitem nicht zur Abdeckung der Ausgaben aus, und deshalb besteht ein hoher Zuschußbedarf an allgemeinen Deckungsmitteln aus dem staatlichen Gesamthaushalt.

Da die Beachtung der statistischen Geheimhaltung eine getrennte Darstellung der einzigen nichtstaatlichen Hochschule in Hamburg nicht erlaubt, muß diese auch bei der Analyse der Einnahmen zusammengefaßt bleiben. Das dahinter stehende Finanzvolumen fällt aber vergleichsweise nicht ins Gewicht.

Die speziellen Einnahmen der Hamburger Hochschulen betragen 1975 über 175 Mio DM; ihnen gegenüber standen 557 Mio DM an Ausgaben. Die Differenz mußte aus allgemeinen Finanzmitteln des Hamburger Etats beglichen werden.

Tab. 4: Ausgabenstruktur der Universität Hamburg ¹⁾ 1975

Fächergruppen	Laufende Ausgaben				Investitionsausgaben										
	zusammen		darunter Personalausgaben		zusammen				darunter						
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%			
Sprach- und Kulturwissenschaften	36 049	19,7	26,7	34 262	23,7	28,6	3 610	6,2	7,7	2 858	7,7	8,4	752	5,4	6,0
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	23 789	13,0	17,6	21 232	14,7	17,7	6 888	11,8	14,7	5 694	15,3	16,6	1 194	8,6	9,5
Mathematik, Naturwissenschaften	73 833	40,3	54,8	63 138	43,8	52,7	35 643	61,1	75,9	25 667	69,0	75,0	9 882	71,2	78,2
Medizin	709	0,4	0,5	700	0,5	0,6	800	1,4	1,7	-	-	-	800	5,8	6,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ingenieurwissenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kunst, Kunstwissenschaften	485	0,2	0,4	442	0,3	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Z u s a m m e n	154 865	73,6	100	119 774	83,0	100	46 941	80,5	100	34 219	92,0	100	12 628	91,0	100
Zentrale Einrichtungen	25 744	14,0		21 021	14,6		5 097	8,7		1 499	4,0		87	0,6	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	22 730	12,4		3 477	2,4		6 301	10,8		1 498	4,0		1 164	8,4	
I n s a g e s a m t	183 359	100		144 272	100		58 359	100		37 216	100		13 879	100	

¹⁾ einschl. der Universität zurechenbare Anteile der Staats- und Universitätsbibliothek.

theoretische Medizin und Kunst. Gut jede zweite DM der im wesentlichen den fortdauernden Aufwand ausmachenden Personalentgelte wurde für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Universitätslehrstühle und -institute ausgegeben, wenn man von der

Sieht man sich die Einnahmen getrennt für die drei wichtigsten Hochschulinstitutionen an, fällt der überwiegende Anteil der Universitätsklinik auf. Ihre 120 Mio DM (68 %) Einnahmen setzten sich zusammen aus 106 Mio DM oder 88 % Verwaltungsein-

Tab. 5:

Spezielle Hochschuleinnahmen in Hamburg 1975 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppen	Hochschulen insgesamt		darunter						Anteil der durch spezielle Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben
			Universität ¹⁾ Hamburg		Universitäts-Krankenhaus Eppendorf		Fachhochschule Hamburg		
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 907	1,1	1 906	4,8	-	-	1	0,0	95,3
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	6 489	3,7	3 417	8,5	-	-	1 888	14,0	84,2
Mathematik, Naturwissenschaften	26 517	15,1	26 507	66,2	-	-	10	0,1	75,8
Medizin	114 456	65,3	-	-	114 456	95,6	-	-	41,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	100
Ingenieurwissenschaften	9 817	5,6	-	-	-	-	9 817	72,9	81,6
Kunst, Kunstwissenschaften	1 000	0,6	-	-	-	-	6	0,0	94,5
Zentrale Einrichtungen	7 077	4,0	6 793	17,0	30	0,0	254	1,9	79,7
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Einnahmen	8 111	4,6	1 395	3,5	5 226	4,4	1 490	11,1	87,3
I n s g e s a m t	175 374	100	40 018	100	119 712	100	13 466	100	68,5
Zum Vergleich 1974	180 834		53 987		112 436		13 605		68,5

1) einschl. der Universität zurechenbare Anteile der Staats- und Universitätsbibliothek.

nahmen, die zum größten Teil aus Pflegesätzen resultierten; der Rest von 14 Mio DM stammte dann hauptsächlich aus Investitionszuweisungen des Bundes für die zum 4. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für 1975 angemeldeten Maßnahmen. Ähnlich wie bei den Quoten für die fächerbezogenen Ausgaben gilt auch für die Einnahmenseite der Hochschulhaushalte, daß die Fächergruppenanteile von dem im Zeitablauf besonders variablen Investitionen berührt werden. Dies um so mehr, als die Einnahmen der Hochschulen – ausgenommen das Universitäts-Krankenhaus – wesentlich aus Investitionszuschüssen des öffentlichen Bereichs bestehen.

Das hängt zusammen mit der durch die Finanzreform in das Grundgesetz aufgenommenen Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen einschl. der Hochschulkliniken“ (Art. 91a GG). Ein entsprechendes Ausführungsgesetz, das Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. September 1969, regelt die Einzelheiten. In ihm ist u. a. festgelegt (§ 12), daß der Bund die Hälfte der dem Land nach Maßgabe des Rahmenplans entstandenen Kosten für Bauvorhaben und Beschaffungsvorhaben (wissenschaftliche Großgeräte, vorsorglicher Grunderwerb) erstattet. So stammten denn auch die 1975 rund 52 Mio DM betragenden speziellen Einnahmen der Hochschulen für investive Zwecke ganz aus dem Bundeshaushalt, während ein gleich großer Betrag aus Hamburgs allgemeinen finanziellen Ressourcen beigesteuert wurde.

Da der Hauptteil der speziellen Einnahmen der Universitätsklinik zufließt, ist es nicht verwunderlich, daß innerhalb des Fächerspektrums zwei Drittel der Einnahmen im Fachbereich „Medizin“ aufkamen. Daneben gab es nur noch nennenswerte Erträge bei den Naturwissenschaften. Zur Finanzierung der Ge-

samtausgaben der einzelnen Fachbereiche mußten deshalb auch überwiegend allgemeine Deckungsmittel herangezogen werden. Relativ am höchsten fiel dieser Zuschußbedarf bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften aus, die über keinerlei spezielle Einnahmen verfügten. Ihnen folgten die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Kunstwissenschaften, deren Ausgaben eine 95%ige Haushaltsfinanzierung erforderten. Eine Finanzlücke von weniger als der Hälfte der Ausgaben hatte lediglich das Hochschulkrankenhaus Eppendorf aufzuweisen.

6. Relationen zwischen Hochschulfinanz- und Studentenstatistik

Methodisch sind Hochschulfinanzstatistik und Studentenstatistik als Teil der Hochschulstatistik weitgehend so konstruiert, daß sich ihre Ergebnisse ohne größere Schwierigkeiten formal miteinander verknüpfen lassen. Zum einen erstreckt sich nämlich der Erhebungskreis grundsätzlich auf dieselben Hochschuleinheiten, zum anderen wird seit 1974 ein für alle Statistiken auf dem Hochschulsektor einheitlicher Fächerschlüssel zugrundegelegt.

Beide Statistiken zu verknüpfen geschieht dadurch am zweckmäßigsten, daß man Ausgaben – Studenten – Relationen für einzelne Hochschularten bzw. Fächergruppen bildet. Man kann derartige Relativzahlen allerdings nicht als Indikatoren für die Kosten von Studienplätzen werten. Das würde eine echte Kostenträgerrechnung bedingen, mit deren Hilfe man die Ausgabequoten der organisatorischen Einheiten innerhalb einer Hochschule, also Lehrstühle, Institute, Seminare, Fachbereiche usw., den Studiengängen oder Studienplätzen zurechnen könnte. Denn

beispielsweise hören ja Studenten der Fachrichtung „Jurisprudenz“ nicht nur Vorlesungen rechtswissenschaftlicher, sondern auch volks-/betriebswirtschaftlicher und soziologischer wie politologischer Natur, sie besuchen ferner vielleicht Veranstaltungen im Rahmen des Studium generale. Die Vermittlung von Basiswissen in theoretischer und praktischer Statistik gehört obligatorisch zu einer ganzen Reihe unterschiedlicher Studiengänge.

Was die Universität betrifft, ist außerdem deren ambivalente Funktion als wissenschaftliche Ausbildungs- und Forschungsstätte zu bedenken, wobei sich das Problem einer Quantifizierung der auf die Forschung entfallenden Leistungsanteile stellt. Ebenfalls eine Doppelfunktion, aber anderer Art, nimmt

weh miterfaßt wird, waren die betreffenden Studentenzahlen zu eliminieren, da die Hochschulfinanzstatistik im Zuge der erstmaligen Erfassung dieser Institution für 1975 auf noch nicht behobene technische Hindernisse gestoßen ist.

Die berechneten durchschnittlichen Gesamtkosten für einen Studierenden ergaben 1975 mit rund 96 000 DM beim Universitäts-Krankenhaus den weitaus höchsten Betrag, was aber angesichts der vom Volumen und der Zusammensetzung her besonderen Aufgaben- und Kostenstruktur in Verbindung mit einer vergleichsweise kleinen Studentenzahl nicht überrascht. Unter sämtlichen übrigen Hochschulinstitutionen nimmt dann die Hochschule für Musik und darstellende Kunst den teuersten Platz

Tab. 6: Studenten und deren Durchschnittskosten in Hamburg 1975 nach Hochschularten

Hochschularten	Anzahl der Studenten 1)	Durchschnittl. Gesamtkosten	Durchschnittl. laufende Kosten
		je Student in DM	
Universität Hamburg 2)	24 175	10 000	7 600
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	584	13 400	12 700
Fachhochschule Hamburg	6 027	12 400	8 100
Sonstige Hochschulen 3)	1 869	7 000	6 200
Z u s a m m e n	32 655	10 300	7 700
Universitäts-Krankenhaus Eppendorf	2 292	95 900	88 400
I n s a m m t	34 947	15 900	13 000

- 1) Deutsche und ausländische Studenten zusammen im Sommersemester 1975.
 2) einschl. der Universität zurechenbare Anteile der Staats- und Universitätsbibliothek.
 3) ohne Universitäts-Krankenhaus Eppendorf und Hochschule der Bundeswehr.

das Universitäts-Krankenhaus wahr, indem es Mediziner ausbildet und Patienten auch über das für die Lehre und Forschung erforderliche Maß hinaus behandelt. Eine eindeutige Kostendifferenzierung ist hier jedoch kaum durchführbar.

Insoweit kann einerseits der „Kostenträger“ Studienplatz nicht trennscharf mit den allein von ihm verursachten Kosten belastet werden. Andererseits müßten Ausgabenanteile für zentrale Einrichtungen als Gemeinkostenstellen, wie die zentralisierte Verwaltung, die Zentralbibliothek, das Rechenzentrum, das Sportzentrum u. a. m., in eine funktionelle Studienplatzkostenrechnung miteinfließen. Im übrigen wirken sich selbstverständlich die bereits zuvor geschilderten Beeinträchtigungen in der Aussagenschärfe von Hochschulfinanzdaten, wie sie aus der von Hochschule zu Hochschule variierenden Höhe des nicht aufteilbaren Aufwands resultieren, genauso oder sogar verstärkt auf eine Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden Statistiken aus.

Allein im Lichte besagter Vorbehalte sind die Daten aus Tabellen 6 und 7 richtig zu verstehen und lassen sich Fehldeutungen vermeiden. Obwohl in der Studentenstatistik die Hochschule der Bundes-

Tab. 7: Studenten und deren Durchschnittskosten in Hamburg 1975 nach Fächergruppen

Fächergruppen	Anzahl der Studenten 1)	Durchschnittl. Gesamtkosten 2)	Durchschnittl. laufende Kosten 2)
		je Student in DM	
Sprach- und Kulturwissenschaften	10 951	3 700	3 400
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	9 511	4 300	3 500
Mathematik, Naturwissenschaften	4 918	22 500	15 000
Medizin	2 292	85 100	77 200
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	284	2 800	2 800
Ingenieurwissenschaften	3 857	13 800	8 100
Kunst, Kunstwissenschaften	2 458	7 400	6 600
Z u s a m m e n	34 251	13 400	10 700

- 1) Im Sommersemester 1975; ohne Studenten der Hochschule der Bundeswehr und 696 Studenten an der Fachhochschule Hamburg, die keine Statistikbögen ausgefüllt haben.
 2) nur soweit den Fächergruppen zurechenbar.

ein, weil deren Kosten – hauptsächlich für hochdotiertes künstlerisches Personal – auf nur eine relativ kleine Anzahl Studierender bezogen, stark zu Buche schlagen. Am kostengünstigsten erwiesen sich 1975 die sonstigen Hochschulen. Die durchschnittlichen Gesamtkosten sind allerdings von sprunghaften investiven Ausgaben beeinflusst. Man kann die Darstellung auf den Ausschnitt der durchschnittlichen laufenden Kosten verkürzen, d. h. der Ausgaben der laufenden Rechnung, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen anfallen und nicht vermögenswirksam sind; dazu zählen Personal- und Sachausgaben, ferner Zuschüsse für andauernde Zwecke. Auch dann ergibt sich keine prinzipiell andere Rangfolge. Durch Nichtberücksichtigung der mehr oder minder gewichtigen Investitionsaufwendungen vergrößern sich jedoch teilweise die Abstände der Durchschnittsbeträge je Student von einer Hochschulart zur anderen. Wegen der extrem hohen Betriebskosten je Studierenden am Universitäts-Krankenhaus Eppendorf wurde der Durchschnittsbetrag aller Hochschulen in Hamburg einmal ohne und einmal mit diesen berechnet; im Falle der Einbeziehung steigen die durchschnittlichen laufenden Ausgaben um über zwei Drittel von 7 700 auf 13 000 DM an.

Der fächerspezifischen Kostenverteilung in Tabelle 7 liegt eine nochmals um rund 700 verringerte Studentenzahl zugrunde. Es handelt sich dabei um Studenten, von denen man lediglich weiß, daß sie 1975 die Fachhochschule besuchten, darüber hinaus Angaben aber nicht vorhanden sind, weil sie keine Statistikbogen ausgefüllt haben. Davon abgesehen bleibt jedoch die Bezugsbasis „Studenten insgesamt“ pro Fächergruppe ungeschmälert. Anders dagegen bei der Zählergröße „Ausgaben“, wo etwa 18 % der Gesamtausgaben bzw. 19 % der laufenden Ausgaben, bedingt durch ihren Gemeinkostencharakter, den Fächergruppen nicht zugeteilt werden konnten, mit dem Effekt, daß das durchschnittliche Ausgabenniveau einen niedrigeren Meßwert anzeigt. Eine zusätzliche Differenzierung nach „mit und ohne Universitätsklinik“ ist hierbei weniger angebracht, da die Medizin zwar eine eigenständige Gruppe darstellt, diese jedoch als fester Bestandteil zur Fächer-systematik gehört.

Nachdem man erfahren hat, daß sich das Studium an der Hochschulklinik am kostspieligsten gestaltet, ist es ohne weiteres einleuchtend, wenn auch ein Student, der sich für das Grundstudienfach „Medizin“ eingeschrieben hat, den höchsten finanziellen Aufwand mit 77 000 DM verursacht, da 99 % der Kosten dieses Fachbereichs das Universitäts-Krankenhaus belasten. Nur ein knappes Fünftel der durchschnittlichen Betriebsausgaben für den angehenden Medi-

ziner, rund 15 000 DM, wird für einen Studienplatz im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften benötigt, der damit an zweiter Stelle der Kostenskala rangiert. Auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften, Domäne der Fachhochschule, fielen 1975 die dritthöchsten Gesamt- wie Betriebskostendurchschnitte an. Die Fachrichtung „Kunst, Kunstwissenschaft“ ist mit DM 6 600 auf dem vierten Platz anzutreffen, obschon dazu die Hochschule für Musik und darstellende Kunst rechnet, die beinahe doppelt so hohe laufende Durchschnittskosten aufweist. Dieser Betrag wird aber gedrückt durch die ebenfalls dort zugeordnete Hochschule für bildende Künste sowie durch den Bereich „Gestaltung“ aus der Fachhochschule und das Institut für Kunstwissenschaft an der Universität, die gemeinsam zwar einen noch etwas größeren Ausgabebetrag als die Hochschule für Musik und darstellende Kunst erbringen, auf die andererseits jedoch drei mal so viel Studenten entfallen. Als „billigste“ Fächergruppen erwiesen sich hingegen die Sprach- und Kulturwissenschaften, ferner die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften sowie die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, denen laufende Ausgaben je Student von etwa 3 000 DM entstanden sind. Letztere haben allerdings nur eine geringe Bedeutung aufgrund der wenigen Studierenden, während die beiden anderen, zu den Geisteswissenschaften zählenden Fachbereiche die am stärksten von Studenten nachgefragten Disziplinen darstellen.

Francisco Villalaz

Ärzte in Hamburg, Struktur und Entwicklung 1955 bis 1975

Die ärztliche Versorgung der Hamburger Bevölkerung ist besser geworden, zumindest was die Zahl der Ärzte angeht: Diese stieg von 3 530 im Jahre 1955 über 4 000 in 1965 auf 5 170 im Jahre 1975. Damit kamen 1955 20,4, zehn Jahre später 21,6 und zuletzt 30,1 (im Bund 19,3) Ärzte auf 10 000 Einwohner. Der starke Anstieg dieses Indikators in den letzten 10 Jahren ergibt sich allerdings nicht nur aus der Zunahme der Zahl der Ärzte selbst, sondern auch daraus, daß die Bevölkerung Hamburgs, die von 1955 bis 1965 noch von 1,73 auf 1,85 Mio Einwohner gewachsen war, bis 1975 auf 1,72 – also etwa wieder den Stand von 1955 – gefallen ist. Die steigenden Studentenzahlen lassen eine weitere Zunahme der Zahl der Ärzte erwarten: Allein in Hamburg stieg die Anzahl der deutschen Medizin-Studenten von 650 in 1955 über 1 630 in 1965 auf 1 740 in 1975, die Zahl der deutschen Studenten der Zahnmedizin von 130 über 300 auf 400. Die entsprechenden Wachstumsraten im Bundesgebiet lagen noch höher.

Anteil der Fachärzte steigt

Betrachtet man die Entwicklung der Ärztezahlen getrennt nach Fachärzten und Ärzten ohne Facharzt-tätigkeit (die genaue Bezeichnung für letztere lautet „Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte und Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt sowie Ärzte ohne Fachgebietsbezeichnung“, sie werden im folgenden aus Vereinfachungsgründen in der Regel „Allgemeinärzte“ genannt), so steigen die Zahlen zwar bei beiden Gruppen, schon ein erster Blick zeigt aber, daß die Steigerung bei der Zahl der Fachärzte wesentlich größer ist als die bei den Ärzten ohne Facharzt-tätigkeit:

Ärzte in Hamburg	1955	1965	1975	Veränderung 1955 bis 1975
Ärzte ohne Facharzt-tätigkeit	1 940	2 170	2 540	+ 600
Fachärzte	1 590	1 830	2 630	+ 1 040
Insgesamt	3 530	4 000	5 170	+ 1 640

Diese in der ärztlichen Versorgung allgemein fest-stellbare Verschiebung zugunsten der Fachärzte ist in Hamburg besonders stark: mit 15,3 Fachärzten auf 10 000 Einwohner haben sie die Ärzte ohne Facharzt-tätigkeit (14,8) bereits überrundet. Der Bundesdurchschnitt lag 1975 bei 8,8 Fachärzten auf 10 000 Einwohner. Während im Bund der Anteil der Fachärzte 1975 45,6% betrug, erreichte er in Ham-burg 50,9%.

Die relativ hohe Zahl der Fachärzte in Hamburg und deren Zunahme hat sich einerseits ergeben durch die allgemeine Tendenz bei den jüngeren Ärzten, sich zu spezialisieren, zum anderen verstärkt sich diese Tendenz infolge des Bestrebens, das Gesamt-gebiet der Medizin weiter aufzugliedern (z. B. Aus-gliederung der Anästhesisten und Laborärzte). Die Funktionen Hamburgs als großstädtisches Zentrum

und Standort einer Universität dürften den Umfang der allgemeinen Entwicklung noch begünstigt haben. Entsprechend weisen von den Bundesländern auch die drei Stadtstaaten die größte Arzt- und Facharzt-dichte im Bundesgebiet auf.

Stadt-staaten	Ärzte 1975 Je 10 000 Einwohner	darunter Fachärzte
Berlin	33,4	15,3
Hamburg	30,1	15,3
Bremen	22,2	11,8
B u n d	19,3	8,8

Würde die amtliche Statistik die Altersstrukturen der Ärzte erfassen, so müßten die geschilderten Gründe zu einem höheren Durchschnittsalter bei den Ärzten ohne Facharzt-tätigkeit bzw. zu einem niedrigeren bei den Fachärzten führen. Eine Untersuchung der Altersgliederung der an der kassenärztlichen Versorgung beteiligten Ärzte in Baden-Württemberg ergab für 1975, daß 60% der Allgemeinpraktiker, aber nur 35% der Fachärzte 55 Jahre oder älter waren.¹⁾

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt im Hamburger Randgebiet eine Untersuchung der AOK für den Kreis Pinneberg²⁾. Danach sind von den Allgemein-ärzten rund 20% bis 50 und rund 41% über 60 Jahre alt, von den Fachärzten dagegen waren 60% bis 50 und nur 18% über 60 Jahre alt. Für Hamburg selbst liegen derart spezifizierte Daten nicht vor, jedoch ergibt sich nach Angabe der Kassenärztlichen Vereinigung für 805 Allgemeinärzte ein Durch-schnittsalter von rund 56 Jahren und für 1 243 Fach-ärzte ein solches von rund 50 Jahren.

Anteil der Ärzte in Krankenhäusern nimmt zu

Eine weitere allgemeine Tendenz, die Entwicklung vom Arzt in freier Praxis zum Krankenhausarzt, stellt sich in Hamburg wie folgt dar: Beide Gruppen haben absolut gesehen zugenommen. Während aber 1955 bzw. 1965 noch 59% bzw. 55% der Ärzte in freier Praxis und in beiden Jahren 35% in Krankenhäusern tätig waren, praktizierten 1975 nur noch 45% der Ärzte in freier Praxis und ein gleich hoher Anteil in Krankenhäusern. Im Bundesdurchschnitt ist die Ten-denz ähnlich: 1965 waren noch 58,5% der Ärzte in freier Praxis tätig, 1975 nur noch knapp 47%. Ent-sprechend stieg der Anteil der in Krankenhäusern tätigen Ärzte von 31% 1965 auf über 44% im Jahre 1975³⁾. Einen wesentlichen Grund für diese starke Erhöhung der Zahl und des Anteils der Kranken-hausärzte bilden die auch in diesem Bereich zum Zuge gekommenen Arbeitszeitverkürzungen von

¹⁾ Kassenärztliche Vereinigungen, zitiert nach Ruth Paulus, Ärztliche Versorgung der Bevölkerung 1975/76, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Februar 1977, S. 50 ff.

²⁾ „Die ärztliche Versorgung im Kreis Pinneberg im Strukturwandel“ in Heft 6/76 vom Dezember 1976, S. 17 f., der AOK-Zeitschrift „bleib gesund“.

³⁾ Berufe des Gesundheitswesens, Fachserie 12, Reihe 5, des Statisti-schen Bundesamtes Wiesbaden, S. 5.

über 50 Wochenstunden Mitte der 50er Jahre auf 40 Wochenstunden in 1975.

Die übrigen 10% der hamburgischen Ärzte waren 1975 in Verwaltung und Forschung tätig, d. h. bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, in Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei, in wissenschaftlichen Instituten sowie als Werksärzte oder fest angestellte Ärzte in privaten Unternehmen, soweit dort hauptamtlich beschäftigt. Nach dem am 1. 12. 74 in Kraft getretenen Gesetz über Betriebsärzte usw. ist in Zukunft u. U. auch in letzterem Bereich mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Anteil der Ärztinnen wächst

Für die beiden Trends zum Facharzt und zum Krankenhausarzt ist es charakteristisch, daß die wesentlichen Veränderungen in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums, d. h. in den Jahren 1965 bis 1975, stattfanden. Die dritte Entwicklungstendenz, die zu einem höheren Anteil des weiblichen Elements in der Ärzteschaft führt, ist dagegen auch schon zwischen 1955 und 1965 zu beobachten: Über 34% der Gesamtzunahme an Ärzten in Hamburg zwischen 1955 und 1975 waren Ärztinnen; dadurch stieg der Anteil der Ärztinnen in Hamburg von 17% in 1955 über 19% in 1965 auf 23% in 1975. Während beim Zugang an Fachärzten das Verhältnis männlich/weiblich 3,3:1 betrug (77% der Zugänge waren Männer), lag das Verhältnis beim Zugang an Allgemeinärzten bei 0,9:1, d. h. hier war der Anteil der Ärztinnen mit 53% ungewöhnlich hoch.

Kombiniert man die genannten Entwicklungstendenzen, so ist festzustellen, daß sich der Gesamtzugang an Ärzten in Hamburg zwischen 1955 und 1975 wie folgt verteilte:

Entwicklung der Zahl der Ärzte in Hamburg	1955 bis 1975	darunter 1965 bis 1975
Allgemeinärzte in Krankenhäusern	607 bzw. 36,9 %	480 bzw. 41,0 %
Fachärzte in freier Praxis	500 " 30,4 %	460 " 39,2 %
Allgemeinärztinnen in Krankenhäusern	203 " 12,3 %	150 " 12,8 %
Fachärzte in Krankenhäusern	202 " 12,3 %	213 " 18,2 %
Fachärztinnen in Krankenhäusern	99 " 6,0 %	88 " 7,5 %
Fachärzte in Verwaltung/Forschung	98 " 6,0 %	31 " 2,7 %
Fachärztinnen in freier Praxis	96 " 5,8 %	60 " 5,1 %
Allgemeinärzte in Verwaltung/Forschung	91 " 5,5 %	55 " 4,7 %
Allgemeinärztinnen in freier Praxis	62 " 3,7 %	43 " 3,7 %
Allgemeinärztinnen in Verwaltung/Forschung	59 " 3,6 %	55 " 5,1 %
Fachärztinnen in Verwaltung/Forschung	49 " 3,0 %	17 " 1,4 %
Insgesamt	2 066 " 125,5 %	1 590 " 136,0 %
./. Allgemeinärzte in freier Praxis	- 420 " -25,5 %	- 421 " -36,0 %
Zusammen	1 646 " 100 %	1 169 " 100 %

Betrachtet man die Haupttendenzen aus der Veränderung der letzten 20 Jahre in Hamburg, so zeigt sich bei den Ärzten eine Entwicklung fort vom Allgemeinarzt in freier Praxis in fast gleich starkem Maße hin zum Allgemeinarzt in Krankenhäusern und zum Facharzt in freier Praxis, in erheblich geringerem Maße danach zum Facharzt im Krankenhaus.

Bei den Ärztinnen steht die Entwicklung zur Tätigkeit in Krankenhäusern ebenfalls an erster Stelle, und zwar sowohl als Allgemeinärztin als auch als Fachärztin. In die freie Praxis gehen Ärztinnen offensichtlich seltener. Insgesamt haben sich die Strukturen wie folgt verschoben:

	%Anteile der Ärzte/Ärztinnen in Hamburg 1955 und 1975		1955		1975		Differenz in %-Punkten	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.
in								
freier Praxis	Allgemeinärzte	25	7	9	6	- 16	- 1	
	Fachärzte	24	3	26	4	+ 2	+ 1	
Krankenhäusern	Allgemeinärzte	14	5	21	7	+ 7	+ 2	
	Fachärzte	15	1	14	3	- 1	+ 2	
Verwaltung/ Forschung	Allgemeinärzte	3	1	4	2	+ 1	+ 1	
	Fachärzte	2	0	3	1	+ 1	+ 1	
Insgesamt		83	17	77	23	- 6	+ 6	
		100		100		+/-0		

Dabei bedeutet, um dies nochmals zu betonen, der Anteilsrückgang lediglich bei den Allgemeinärzten in freier Praxis auch einen absoluten Rückgang, bei den Allgemeinärztinnen in freier Praxis und bei den Fachärzten in Krankenhäusern dagegen nur einen relativen Rückgang aufgrund zwar positiver, aber unterdurchschnittlicher Entwicklung. Auch bei dieser Darstellung wird deutlich

- der gravierende Rückgang der Allgemeinärzte in freier Praxis (es sei daran erinnert, daß die Einwohnerzahl Hamburgs 1955 und 1975 etwa gleich hoch war);
- die starke Zunahme der Allgemeinärzte in den Krankenhäusern;
- die deutlichen Zunahmen der Fachärzte in freier Praxis sowie der Allgemeinärztinnen und der Fachärztinnen in den Krankenhäusern.

Vergleicht man die Struktur der Ärzteschaft insgesamt und der Ärzte in freien Praxen, so liegt 1955 und 1965 eine fast völlige Entsprechung der Anteile und darüber hinaus zwischen 1955 und 1965, mit Ausnahme eines leichten Anstiegs der Ärztinnen, kaum eine Veränderung vor, während zwischen 1965 und 1975 der Anteil der Allgemeinärzte in freien Praxen von 40% auf 20% zurückging, der der Fachärzte von 40% auf 57% anstieg.

Bei den Allgemeinärzten entfielen von den Zugängen 1955 bis 1965 drei Viertel auf Krankenhäuser, ein Sechstel auf Verwaltung und Forschung und nur ein Zwölftel auf freie Praxen. Im Zeitraum 1965 bis 1975 standen 630 Zugängen in Krankenhäusern und 110 in Verwaltung und Forschung 380 Abgänge von Allgemeinärzten in freien Praxen gegenüber.

Struktur der Ärzteschaft in Hamburg
1955, 1965 und 1975 in %

Ärzteschaft	1955		1965		1975	
	insgesamt	dar. in freier Praxis	insgesamt	dar. in freier Praxis	insgesamt	dar. in freier Praxis
Allgemeinarztinnen Fachärztinnen	13 5	13 5	13 6	13 7	15 8	14 9
Ärztinnen zusammen	18	18	19	20	23	23
Allgemeinärzte Fachärzte	42 40	42 40	42 39	40 40	34 43	20 37
Ärzte zusammen	82	82	81	80	77	77
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Die Fachärztezugänge betrafen im Zeitraum 1955 bis 1965 zu zwei Dritteln Verwaltung und Forschung und zu einem Drittel freie Praxen. Die Zugänge an Fachärzten zwischen 1965 und 1975 dagegen konzentrierten sich zu fast zwei Dritteln auf freie Praxen und zu über einem Drittel auf Krankenhäuser.

Entwicklung der einzelnen Facharztbereiche

Innerhalb der einzelnen Facharztsparten ist, mit praktisch nur einer Ausnahme: der Lungenärzte, bei allen Fachärzten ein zahlenmäßiges Ansteigen zu bemerken. Es handelt sich – nach der relativen Stärke ihres Zuwachses (1955 = 100) geordnet – 1975 vor allem um die

	Meßzahl
Urologen	368 (absolut+ 59)
Mund- u. Kieferchirurgen	315 (absolut+ 28)
Orthopäden	226 (absolut+ 63)
Internisten	208 (absolut+ 323)
Nervenärzte/Neurologen/ Psychiater	178 (absolut+ 94)
Augenärzte	165 (absolut+ 62)
Radiologen	165 (absolut+ 63)
Frauenärzte	163 (absolut+ 100)
Kinderärzte	159 (absolut+ 78)

Daneben ist auf die 1955 noch nicht gesondert ausgewiesenen Anästhesisten (1975: 103), Laborärzte (59) und die Pathologen (34) hinzuweisen.

Die z. T. nach zahlenmäßig geringerem Anfangsstand erreichten Zuwachsraten bedürfen einer Ergänzung durch die Bezugsgröße „je 10 000 Einwohner“. Hier stehen die Internisten mit einem Bestand in 1975 von 3,6/10 000 an der Spitze, gefolgt von den Frauenärzten und Chirurgen mit je 1,5 und den Kinderärzten sowie den Nervenärzten / Neurologen / Psychiatern mit jeweils 1,2/10 000 Einwohner. Aufgeführt seien auch noch die Augenärzte und Radiologen mit je 0,9 und die Hals-, Nasen- und Ohrenärzte mit 0,8/10 000 Einwohner.

Die Entwicklungen in der Ärzteschaft (und in der Bevölkerung) finden eine gewisse Entsprechung in der Zahl der planmäßigen Betten in den Krankenhäu-

sern, und zwar auch dann, wenn man berücksichtigt, daß durch neue, z. T. nicht stationäre Behandlungsmethoden, kürzere Verweildauer usw. zusätzliche Bestimmungsgründe für die Bettenzahlen gegeben sind. So veränderte sich die Zahl der planmäßigen Betten in den letzten zehn Jahren wie folgt:

Urologie	+ 326
Chirurgie	+ 301
Neurochirurgie	(+ 163)
Psychiatrie	+ 154
Haut- und Geschlechtskrankheiten	+ 126
Zahn- und Kieferkrankheiten	(+ 116)
Neurologie	+ 90
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	+ 81
Augenkrankheiten	+ 74
Orthopädie	+ 47
	<hr/>
	+1 478
	<hr/>
Sonstige Fachrichtungen	- 345
Säuglings- und Kinderkrankheiten	- 307
Gynäkologie und Geburtshilfe	- 179
Innere Krankheiten	- 178
Infektionskrankheiten	- 108
Tuberkulose	- 21
Röntgen- und Strahlenheilkunde	- 9
	<hr/>
	-1 147
	<hr/>

Während die relative Abnahme (bezogen auf den jeweiligen Bettenanfangsbestand) bei den Bereichen „innere Krankheiten“ und „Röntgen- und Strahlenheilkunde“ geringer war als der relative Rückgang der Hamburger Einwohnerzahl, lag der Rückgang bei den Bereichen „Infektionskrankheiten“, „Säuglings- und Kinderkrankheiten“, „Tuberkulose“ sowie „Gynäkologie und Geburtshilfe“ z. T. deutlich höher als der Bevölkerungsrückgang, d. h. in diesen Bereichen ging die Zahl der Betten auch pro 1 000 Einwohner zurück.

Von den Fachärzten insgesamt waren 1975 im Durchschnitt 59 % in freier Praxis tätig. Dieser Durchschnittssatz wird von einigen Sparten z. T. erheblich übertroffen: So üben von den Orthopäden gut 81 % ihre Praxis freiberuflich aus, von den Augenärzten 79 % und von den Hautärzten 75 %. Ebenfalls noch über der 70 %-Marke liegen die Hals-, Nasen-, Ohrenärzte mit 74 % und die Frauenärzte mit rund 72 %. Etwas weniger als jeweils zu zwei Dritteln sind ebenfalls freiberuflich tätig die Mund- und Kieferchirurgen (fast 66 %), die Urologen (gut 65 %) und die Kinderärzte (knapp 64 %) und die Internisten mit gut 60 %.

Andere Facharztberufe sind typisch für eine Krankenhaus-tätigkeit, in der 1975 im Durchschnitt gut 33 % aller Fachärzte zu finden waren. Hier halten mit 100 % (absolut allerdings nur sechs) die Pharmakologen die Spitzenstellung. Zehn von elf Gastroenterologen sind Krankenhausärzte. Neun von zehn Neurochirurgen und Unfallchirurgen und 86 % der insgesamt

103 Anästhesisten haben in einem Krankenhaus ihren Arbeitsplatz. Fünf der sechs Kinderchirurgen üben ihre Tätigkeit im Krankenhaus aus. Die Chirurgen stellen rund 57% (absolut 144) ihrer Berufssparte in den Krankenhausdienst, bei den Kardiologen sind es vier von den insgesamt fünf. Erwartungsgemäß sind schließlich auch die meisten Pathologen Krankenhausärzte (25 von 34).

In *Verwaltung und Forschung* sind neben den 290 Allgemeinärzten absolut vor allem die Facharztsparten Internist (81), Nervenarzt/Neurologe/Psychiater (33), Kinderarzt (23), Lungenarzt (18) und Radiologe (12) vertreten. Auf diese 6 Bereiche entfallen rund 90% aller in Verwaltung und Forschung tätigen Ärzte.

Der starke Zuwachs an Fachärzten in freier Praxis zwischen 1965 und 1975 betraf vor allem die

Internisten	+ 160
Frauenärzte	+ 66
Nervenärzte/Neurologen/Psychiater	+ 41
Radiologen	+ 40
Augenärzte	+ 35
Kinderärzte	+ 32
Chirurgen	+ 26
Orthopäden	+ 25
Urologen	+ 20
Hals-, Nasen- u. Ohrenärzte	+ 19

Auf die ersten fünf Bereiche entfielen rund zwei Drittel, auf alle zehn genannten Bereiche fast 90% der Zugänge an Fachärzten in freier Praxis in Hamburg. Betrachtet man die Zunahme an Fachärzten in freier Praxis im Gesamtzeitraum 1955–1975, so ändert sich die Aufstellung der zehn größten Positionen wie folgt:

Internisten	+ 214
Frauenärzte	+ 80
Orthopäden	+ 56
Augenärzte	+ 46
Kinderärzte	+ 45
Nervenärzte/Neurologen/Psychiater	+ 40
Urologen	+ 34
Radiologen	+ 34
Laborärzte	(+ 27)
Hals-, Nasen- u. Ohrenärzte	+ 23

Fachärztinnen in Hamburg

Betrachtet man den Anteil der Fachärztinnen an der gesamten Fachärzteschaft in den einzelnen Bereichen, so ist zunächst festzustellen, daß er nur 16% beträgt, bei den Allgemeinärzten dagegen 30%. Die Schwerpunkte der Facharztstätigkeit von Frauen liegen in den Bereichen Anästhesie, Kinderheilkunde und Nervenheilkunde/Neurologie/Psychiatrie. Relativ gering sind Fachärztinnen dagegen vertreten unter den Urologen, Orthopäden, Hals-, Nasen- u. Ohrenärzten, Chirurgen, Pathologen, Fachärzten für Lungen- und Bronchialheilkunde, Radiologen und Laborärzten.

Einige dieser Bereiche (z. B. Kinderchirurgie, Pharmakologie) sind auch auf Bundesebene nur selten von Fachärztinnen besetzt. Bei anderen Bereichen hingegen (z. B. Anästhesie und Nervenheilkunde) liegt der Anteil der Hamburger Fachärztinnen auch im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch.

Fachärztinnen in Hamburg 1975

Bereiche	Anzahl	Anteil an den Fachärzten insgesamt im jeweiligen Bereich in %	dar. in freier Praxis
Kinderarzt	84	39,8	50
Internist	72	11,6	36
Anästhesist	54	52,4	10
Nervenarzt/Neurologe/ Psychiater	45	20,9	18
Frauenarzt	36	13,8	28
Augenarzt	29	18,5	26
Hautarzt	17	15,7	12
Lungenarzt	16	31,4	5
Radiologe	15	9,4	4
Fachärztinnen i n s g e s a m t	415	15,7	210

Hamburgs Stellung im Bund

Schwerpunkte, bei denen im Jahr 1975 der Anteil der Fachärzte in Hamburg an dem jeweiligen Bundeswert wesentlich über dem durchschnittlichen hamburgischen Fachärzteanteil am Bund (4,9%) liegt, sind

Mund- und Kieferchirurgie	11,5 %
Laboratoriumsmedizin	9,1 %
Kinder- u. Jugendpsychiatrie	7,7 %
Pathologische Anatomie	7,4 %
Radiologie	6,8 %
Nervenheilkunde/Neurologie/Psychiatrie	5,7 %
Kinderchirurgie	5,5 %

Niedrig liegen demgegenüber die Anteile der hamburgischen Fachärzte für Unfallchirurgie (2,0%) und Kardiologie (2,3%).

Unter institutionellem Aspekt übertrifft der Anteil Hamburgs an dem jeweiligen Bereich im Bund den Durchschnitt bei Fachärztinnen (6,6%) und Fachärzten (5,8%) in Verwaltung und Forschung, bei den Fachärzten in freier Praxis (5,7%) sowie bei den Allgemeinärztinnen in freier Praxis (5,7%) und in Krankenhäusern (5,0%).

In einem Punkt allerdings lag Hamburg 1975 bemerkenswert niedrig: Die 94 in Hamburg tätig gewesenen ausländischen Ärzte, von denen 91 in Krankenhäusern beschäftigt waren, stellten nur 1,1% der in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Ärzte dar. Zumindest die absolute Zahl der ausländischen Ärzte ist inzwischen aber auf 133, davon 89 in Krankenhäusern, gestiegen.

Jürgen Weißker / Hans Georg Wollenhaupt

Ärkte und Zahnärkte am Ende der Jahre 1955, 1965 und 1975 nach der Berufstätigkeit in Hamburg
- Insgesamt -

Berufe Fachgebiete	Berufstätige Ärzte und Zahnärzte																					
	Insgesamt			Med- zahl (1955=100)	Je 10 000 Einwohner			davon														
								in freier Praxis				in einem Krankenhaus				in Verwaltung und Forschung						
	1955	1965	1975	1955	1965	1975	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %						
Fachärzte insgesamt	1 591	1 828	2 655	165,6	9,2	9,9	15,5	947	1 023	1 543	59,5	58,6	571	571	872	35,9	35,1	73	234	220	4,6	8,3
davon tätig als																						
Anästhesist	-	38	103	-	0,2	0,6	-	-	1	15	-	14,6	-	34	86	-	83,3	-	3	2	-	1,9
Augenarzt	95	116	157	165,3	0,3	0,6	0,9	78	89	124	82,1	79,0	17	25	30	17,9	19,1	-	2	3	-	1,9
Chirurg	226	214	253	111,9	1,3	1,2	1,5	94	73	99	41,6	59,1	129	117	144	57,1	56,9	3	24	10	1,3	4,0
Frauenarzt	160	182	260	162,5	0,9	1,0	1,5	106	120	186	66,3	71,5	52	58	69	32,5	26,3	2	4	5	1,2	1,9
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt	108	110	139	128,7	0,6	0,6	0,8	80	84	103	74,1	74,1	28	24	31	25,9	22,3	-	2	5	-	3,6
Hautarzt	110	97	108	98,2	0,6	0,5	0,6	88	74	81	80,0	75,0	16	13	19	14,5	17,6	6	10	8	5,5	7,4
Internist	300	410	623	207,7	1,7	2,2	3,6	161	215	375	53,7	60,2	123	113	167	41,0	26,8	16	82	81	5,3	13,0
Kinderarzt	133	165	211	158,6	0,8	0,9	1,2	89	102	134	66,9	63,3	33	31	54	24,8	25,6	11	30	23	8,3	10,9
Kinder- und Jugend- psychiater	-	-	11	-	-	0,06	-	-	2	-	18,2	-	-	-	5	-	45,4	-	-	4	-	36,4
Laborarzt	-	38	59	-	0,2	0,3	-	-	10	27	-	45,8	-	16	28	-	47,4	-	2	4	-	6,8
Lungenarzt	68	72	51	75,0	0,4	0,4	0,3	38	36	27	55,9	52,9	12	4	6	17,6	11,8	18	52	18	26,5	35,3
Mund- u. Kieferchirurg	13	22	41	315,4	0,1	0,1	0,2	11	12	27	84,6	65,6	2	10	12	15,4	29,3	-	-	2	-	4,9
Nervenarzt, Neurologe, Psychiater	121	148	215	177,7	0,7	0,8	1,2	63	62	103	52,1	47,9	50	62	79	41,3	36,7	8	24	33	6,6	15,4
Neurochirurg	-	6	10	-	0,03	0,06	-	-	-	1	-	10,0	-	6	9	-	90,0	-	-	-	-	-
Orthopäde	50	84	113	226,0	0,3	0,5	0,7	36	67	92	72,0	81,4	10	12	13	20,0	11,5	4	5	8	8,0	7,1
Pathologe	-	-	34	-	-	0,2	-	-	-	9	-	26,5	-	-	25	-	75,5	-	-	-	-	-
Pharmakologe	-	-	6	-	-	0,03	-	-	-	-	-	-	-	6	-	100,0	-	-	-	-	-	-
Radiologe	97	96	160	164,9	0,6	0,5	0,9	51	45	85	52,6	53,1	46	38	63	47,4	39,4	-	13	12	-	7,5
Urologe	22	42	81	368,2	0,1	0,2	0,3	19	33	53	86,4	65,4	3	8	26	13,6	32,1	-	1	2	-	2,5
Sonstige Fachärzte	88	-	-	-	0,5	-	-	33	-	-	37,5	-	50	-	-	56,8	-	5	-	-	-	5,7
Ärkte ohne eine der vorgenannten Facharztstätigkeiten	1 935	2 175	2 537	131,1	11,2	11,7	14,8	1 141	1 161	1 783	59,0	50,9	654	854	1 464	33,8	37,7	140	180	290	7,2	11,4
Ärkte insgesamt darunter Ausländer	3 526	4 003	5 172	146,7	20,4	21,8	30,1	2 088	2 184	2 386	59,2	45,0	1 225	1 405	2 336	34,7	45,2	213	414	510	6,0	9,8
Zahnärzte	1 541	1 407	1 349	87,5	8,9	7,6	7,9	1 409	1 314	1 222	91,4	90,6	73	57	77	4,7	5,7	59	36	50	3,8	3,7

Ärktinnen und Zahnärktinnen am Ende der Jahre 1955, 1965 und 1975 nach der Berufstätigkeit in Hamburg

Berufe Fachgebiete	Berufstätige Ärktinnen und Zahnärktinnen																					
	Insgesamt			Med- zahl (1955=100)	in % der Ärktinnen Insgesamt			davon														
								in freier Praxis				in einem Krankenhaus				in Verwaltung und Forschung						
	1955	1965	1975	1955	1965	1975	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %						
Fachärktinnen insgesamt	171	250	415	242,7	10,7	13,7	15,7	114	150	210	66,7	50,6	42	53	141	24,5	34,0	15	47	64	8,8	15,4
davon tätig als																						
Anästhesist	-	10	54	-	-	26,3	52,4	-	-	10	-	18,5	-	10	44	-	81,5	-	-	-	-	-
Augenärztin	15	20	29	193,3	15,8	17,2	18,5	14	18	26	93,3	89,7	1	2	3	6,7	10,5	-	-	-	-	-
Chirurgin	8	7	14	175,0	3,5	3,3	5,3	2	3	3	25,0	21,4	6	4	10	75,0	71,4	-	-	1	-	7,1
Frauenärztin	19	33	36	189,5	11,9	18,1	13,8	15	23	28	78,9	77,8	4	9	8	21,1	22,2	-	2	-	-	-
Hals-, Nasen-, Ohrenärztin	4	5	7	175,0	3,7	4,5	5,0	4	4	5	100,0	71,4	-	1	2	-	28,6	-	-	-	-	-
Hautärztin	8	10	17	212,5	7,3	10,3	15,7	7	10	12	87,5	70,6	1	-	2	12,5	11,8	-	-	3	-	17,6
Internistin	20	36	72	360,0	6,7	8,8	11,6	12	24	38	60,0	52,8	8	6	17	40,0	23,6	-	6	17	-	23,6
Kinderärztin	49	74	84	171,4	36,8	43,4	39,8	36	44	50	73,5	59,5	7	8	17	14,3	20,0	6	22	17	12,2	20,2
Kinder- und Jugend- psychiaterin	-	-	7	-	-	-	63,6	-	-	-	-	-	-	-	3	-	47,9	-	-	4	-	57,1
Laborärztin	-	2	6	-	-	7,1	10,2	-	-	3	-	50,0	-	1	2	-	33,3	-	1	1	-	16,7
Lungenärztin	7	19	16	228,6	10,3	26,4	31,4	3	7	5	42,9	51,3	-	-	2	-	12,5	4	12	9	57,1	96,2
Mund- u. Kieferchirurgin	-	-	6	-	-	-	14,6	-	-	5	-	83,3	-	-	-	-	-	-	-	1	-	16,7
Nervenärztin, Neurologin, Psychiaterin	26	25	45	173,0	21,5	16,9	20,9	17	13	18	65,4	40,0	5	9	18	19,2	40,0	4	3	9	15,4	20,0
Neurochirurgin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Orthopädin	4	5	2	50,0	8,0	6,0	1,8	3	4	1	75,0	50,0	1	1	-	25,0	-	-	-	1	-	50,0
Pathologin	-	-	3	-	-	-	8,8	-	-	1	-	33,3	-	-	2	-	66,7	-	-	-	-	-
Pharmakologin	-	-	1	-	-	-	16,7	-	-	-	-	-	-	-	1	-	100,0	-	-	-	-	-
Radiologin	3	4	15	500,0	3,1	4,2	9,4	1	1	4	33,3	26,6	2	2	10	66,7	66,7	-	1	1	-	6,7
Urologin	-	-	1	-	-	-	1,2	-	-	1	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Fachärktinnen	8	-	-	-	9,1	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	87,5	-	1	-	-	-	12,5
Ärktinnen ohne eine der vorgenannten Facharztstätigkeiten	446	522	770	172,6	23,0	24,0	30,4	260	279	322	58,3	41,8	159	212	362	35,6	47,0	27	31	86	6,1	11,2
Ärktinnen insgesamt darunter Ausländer	617	772	1 185	192,1	17,5	19,3	22,9	374	429	532	60,6	44,9	201	265	503	32,6	42,4	42	70	150	6,8	12,7
Zahnärktinnen	217	217	286	131,8	14,1	15,4	21,2	186	198	253	85,7	88,5	24	10	15	11,1	5,7	7	9	18	3,2	6,3

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾)							
Luftdruck	mm ²⁾)	763,1	762,3	755,9	763,8	758,4	764,3
Lufttemperatur	°C	10,3	9,6	3,6	6,6	6,5	7,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	74,8	73,6	84	75	75	67
Windstärke	Meßzahl ³⁾)	3,1	3,1	3	3	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾)	5,3	5,25	6,7	6,1	5,6	4
Summenwerte ¹⁾)							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	48,8	79	50	103	16
Sonnenscheindauer	Std.	147,5	143,9	32,4	78,5	119	220
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	7,3	6,75	13	9	6	—
Tage mit Niederschlägen	"	17,8	17,8	24	22	28	13
				November 1976	Dezember 1976	Januar 1977	Januar 1976
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁴⁾)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	237,0	230,7	229,1	228,6	...	233,6
- Altona	"	247,4	243,5	242,3	241,8	...	244,8
- Eimsbüttel	"	248,5	247,3	246,1	245,6	...	248,6
- Hamburg-Nord	"	321,6	315,3	313,6	312,7	...	316,0
- Wandsbek	"	383,3	382,5	382,8	382,2	...	383,0
- Bergedorf	"	92,0	91,5	91,2	91,2	...	91,7
- Harburg	"	196,6	196,7	196,5	196,5	...	196,6
HAMBURG INSGESAMT	"	1 726,4	1 707,5	1 701,6	1 698,6	...	1 716,3
dav. männlich	"	801,4	792,3	789,6	788,0	...	796,7
weiblich	"	925,0	915,2	912,0	910,6	...	919,6
dar. Ausländer ⁵⁾)	"	129,1	131,5	132,0	130,9	...	131,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁶⁾)	Anzahl	875	810	650	1 029 p	478	422
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,1	5,7	4,6	7,1 p	...	2,9
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	"	1 099	1 133	1 073	1 093 p	1 093	1 203
dar. unehelich	"	109	113	118	111 p	105	138
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	7,6	8,0	7,7	7,6 p	...	8,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,9	10,0	11,1	10,2 p	9,6	11,5
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) dar. im ersten Lebensjahr	Anzahl	2 175	2 108	2 198	2 630 p	1 848	2 118
dar. im ersten Lebensjahr	"	19	18	20	34 p	18	14
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	15,1	14,8	15,7	18,2 p	...	14,5
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁷⁾)	"	17,3	16,2	18,1	31,0 p	16,3	12,1
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1 076	- 975	- 1 125	- 1 537 p	- 755	- 915
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 7,5	- 6,8	- 8,0	- 10,6 p	...	- 6,3
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	5 546	5 048	5 091	4 721	...	4 977
* Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	5 830	5 638	5 549	6 231	...	5 603
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 293	- 1 564	- 458	- 1 510	...	- 626
weiblich	"	- 146	- 770	- 266	- 924	...	- 451
weiblich	"	- 147	- 794	- 192	- 586	...	- 175
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 221	12 509	14 016	12 725	...	14 617
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	1 710	1 602	1 544	1 512	...	1 643
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	1 187	1 114	1 045	1 139	...	1 171
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	1 046	930	947	896	...	987
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	409	364	365	384	...	424
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 309	1 195	1 115	1 102	...	1 073
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	1 481	1 321	1 485	1 211	...	1 274
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	2 090	2 030	1 978	2 262	...	2 106
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	1 647	1 580	1 549	1 811	...	1 665
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	1 246	1 199	1 297	1 275	...	1 284
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	689	641	724	748	...	649
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 147	1 060	880	1 301	...	988
Ausland und Sonstige ¹³⁾)	"	1 356	1 349	1 414	1 393	...	1 225

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: 20. 9. 76. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 362	16 079	15 883	15 883	15 879	16 306
Patienten ³⁾	"	12 277	12 600	14 049	13 525	12 735	12 755
Pflegetage	"	386 659	388 246	392 331	431 401	375 490	384 748
Bettenausnutzung	%	80,1	81,42	89,5	89,0	80,2	80,8
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 090	3 139	3 139	3 139	3 139	3 139
Patienten ³⁾	"	2 816	2 795	2 838	2 817	2 773	2 764
Pflegetage	"	81 023	81 017	75 612	82 859	78 764	79 240
Bettenausnutzung	%	91,5	90,93	91,2	90,3	88,4	91,1
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	909 878	—	602 822	683 714	579 945	576 279
dar. in Hallenschwimmbädern	"	506 842	494 979	580 919	660 697	556 755	553 720
in Freibädern ⁴⁾	"	900 755	698 869	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	623 845	643 753	655 314	734 867	653 364	652 847
Ausgeliehene Noten	"	7 991	8 170	8 136	9 046	9 413	8 363
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	42 812	46 581	35 705	41 894	42 929	48 077
Besucher der Lesesäle	"	10 770	10 983	11 714	9 122	10 710	11 462
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 237	4 162	4 328	5 134	4 069	4 680
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	3 290	3 167	2 836	3 281	2 087	3 792
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 394	1 299	961	1 176	1 059	1 491
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	82 802	78 297	87 239	105 108	98 578	76 406
dav. Hamburger Kunsthalle	"	9 930	12 443	14 229	16 140	17 276	7 465
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	13 499	10 938	15 210	18 104	15 700	8 571
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	7 735	5 810	8 837	10 086	8 335	5 105
Helms-Museum	"	19 766	12 716	4 171	7 945	11 266	20 733
dar. Freilichtmuseum am Kieckaberg	"	18 415	11 408	2 777	6 595	10 182	19 629
Museum für Hamburgische Geschichte	"	19 636	17 600	14 210	16 987	19 627	18 538
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 846	9 326	21 315	18 174	16 875	7 084
Planetarium	"	3 723	7 467	7 778	13 663	7 998	6 991
Bischofturn	"	1 687	1 797	1 491	2 109	1 501	1 939
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	78 009	69 501	60 013	63 208	62 651	66 689
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	5 746,8	4 992,0	4 160,3	4 401,4	4 355,2	4 733,6
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	73,67	71,83	69,32	69,63	69,51	70,96
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 444	26 897	33 010	31 778	31 031	28 544
dar. männlich	"	16 837	14 578	18 020	17 382	16 527	15 653
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	9 566	7 162	9 931	9 611	9 163	7 775
Technische Berufe	"	1 751	1 847	1 880	1 856	1 732	1 959
Dienstleistungsberufe	"	13 074	16 350	19 227	18 576	18 403	17 402
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,7	3,9	4,7	4,6	4,5	4,1
3. Offene Stellen	Anzahl	10 656	9 196	8 362	8 771	8 801	9 137
4. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	35 162	35 673	41 373	40 389	38 708	36 900
5. Vermittlungen ⁶⁾	"	7 909	9 342	8 634	9 534	9 144	9 546
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	3 545	4 289	4 045	4 455	4 303	4 468
6. Kurzarbeiter	"	7 384	2 668	4 066	8 941	6 356	2 424
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 275	1 294	1 362	1 616	1 622	1 660
dav. an Molkereien geliefert	%	91,9	93,4	92,8	94,1	96,9	95,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,5	13,1	14,1	14,6	14,9

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁵⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁶⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	969	686	537	581	546	739
pasteurisiert, abgepackt	"	6 495	6 121	5 400	5 794	5 680	5 990
ultra-hocherhitzt	"	1 522	1 916	2 408	2 147	2 858	2 512
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	110	88	85	92	81	89
ultra-hocherhitzt	"	2 115	2 643	2 727	3 505	3 266	2 433
Entrahmte Milch	"	467	602	656	588	725	725
Buttermilcherzeugnisse	"	564	480	272	329	329	426
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	207	155	105	135	141	164
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,7	6,5	5,5	6,8	5,4	5,0
Kälber	"	0,8	1,2	1,6	2,1	1,6	1,4
Schweine	"	23,9	20,2	18,7	20,3	20,3	19,1
Schafe	"	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	5,8	5,6	4,6	5,3	4,5	4,8
Kälber	"	0,8	1,2	1,6	2,1	1,6	1,4
Schweine ¹⁾	"	24,1	20,9	18,7	20,5	20,3	20,5
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	3 820	3 413	2 924	3 317	3 067	3 150
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 553	1 507	1 237	1 439	1 222	1 302
Kälber	"	62	96	118	146	111	128
Schweine	"	2 185	1 788	1 549	1 706	1 718	1 700
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt¹⁾)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	176	166	162	166
dar. Arbeiter ²⁾	"	106	99	95	99
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	15 583	14 614	13 562	14 996
Löhne (brutto)	Mio DM	214	214 063	191	209 016
Gehälter (brutto)	"	200	205 614	200	203 330
Kohleverbrauch ⁴⁾	1 000 t SKE ⁵⁾	4	3	4	3
Gasverbrauch ⁶⁾	1 000 m ³	34 301	38 632	44 133
Stadt- und Kokereigas	1 000 m ³	1 152	463	963
Erd- und Erdölgas	1 000 m ³	33 149	38 169	43 170
Heizölverbrauch	1 000 t	46	45	55	48
leichtes Heizöl	1 000 t	8	7	10	8
schweres Heizöl	1 000 t	38	38	45	40
Stromverbrauch	Mio kWh	268	302	350	287
Stromerzeugung (industrielle Eigen-erzeugung)	"	12	10	11	9
Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer ⁷⁾)	Mio DM	3 191
dar. Auslandsumsatz ⁸⁾	"	409
Umsatz nach beteiligten Wirtschaftszweigen (einschl. Verbrauchsteuer ⁹⁾)	"	2 198	2 260	2 123	2 215
dar. Auslandsumsatz	"	405	419	369	395
Umsatz ausgewählter Wirtschaftszweige: ¹⁰⁾	"						
Mineralölverarbeitung	"	467	510	501	519
Maschinenbau	"	152	159	155	140
Elektrotechnische Industrie	"	265	257	249	244
Chemische Industrie	"	183	192	197	204
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	715	768	485	376	363	742
Stromverbrauch	Mio kWh	724	787	905	908	850	755
Gaserzeugung (brutto)	Mio m ³	25	20	22	20	19	21
Vj.-Durchschnitt ¹¹⁾							
		1975	1976	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	1. Vj. 1977	1. Vj. 1976
3. Handwerk (Meßziffern¹²⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	82,6	84,1	85,8	85,5	...	82,2
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	124,5	131,5	130,6	164,1	...	107,2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe¹³⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	31 896	32 977	32 792
dav. Inhaber	"	1 107	1 209	1 213
Angestellte	"	5 222	5 144	5 233
Arbeiter ¹⁴⁾	"	25 567	26 625	26 345
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 107	4 155	4 320
dav. für Wohnungsbauten	"	1 061	1 125	1 204
gewerblich und industr. Bauten	"	1 388	1 550	1 442
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 680	1 479	1 674
Löhne (Bruttosumme ¹⁵⁾)	Mio DM	64,8	69,2	69,4
Gehälter (Bruttosumme ¹⁶⁾)	"	15,2	16,2	15,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	186,4	212,3	172,7
dav. im Wohnungsbau	"	50,1	51,2	48,9
gewerblich und industr. Bau	"	61,3	78,9	60,4
öffentlichen und Verkehrsba	"	75,0	62,1	63,4

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe. — ⁴⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³. — ⁸⁾ ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsstellen; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ Umsatz der verarb. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsstellen. — ¹⁰⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹¹⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹²⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹⁴⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	151	142	230	121	244	164
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	83	99	218	91	229	112
Umbauter Raum	1 000 m ³	357	281	239	224	211	413
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	81,0	66,2	54,2	50,9	49,2	107,0
Wohnfläche	1 000 m ²	75	66	45	50	41	85
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	54	41	38	49	8	46
Umbauter Raum	1 000 m ³	411	319	460	699	24	477
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	41,1	56,8	120,2	47,1	4,7	62,1
Nutzfläche	1 000 m ²	76	61	82	87	5	78
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	991	696	485	652	405	1 151
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	109	122	70	87	62	100
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	68	79	53	67	42	54
Umbauter Raum	1 000 m ³	273	279	90	146	117	199
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	60,9	61,9	18,3	31,9	29,7	44,2
Wohnfläche	1 000 m ²	58	57	17	30	22	43
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	45	46	11	25	19	36
Umbauter Raum	1 000 m ³	322	309	46	111	296	147
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	51,0	56,7	5,4	11,2	19,4	32,5
Nutzfläche	1 000 m ²	60	61	8	21	43	32
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	759	199	382	296	562
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	420	494	94	152	200	202
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	16 000	14 800	14 900	15 000	15 300	17 700
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ¹⁾ ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	191	192	192	192	192	191
Wohnungen	"	757	765	766	766	766	760
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	"	2 831	2 862	2 863	2 864	2 865	2 839
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	136,5	147,7	136,3	157,9	146,5	150,5
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	159,1	172,1	131,8	180,6	140,3	169,9
Facheinzelhandel	"	129,7	140,1	130,7	151,5	148,3	145,2
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾ ⁴⁾							
Mio DM		499	574	494	682	...	601
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	"	73	70	68	88	...	60
Gewerblichen Wirtschaft	"	426	504	425	594	...	541
dav. Rohstoffe	"	4	6	5	5	...	5
Halbwaren	"	90	94	89	111	...	82
Fertigwaren	"	332	404	332	478	...	453
dav. Vorerzeugnisse	"	42	52	53	58	...	46
Enderzeugnisse	"	290	352	278	420	...	407
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"					...	
Europa	"	366	414	349	473	...	413
dar. EG-Länder	"	225	264	228	315	...	289
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	137,5	148,0	138,7	147,8	154,7	146,3
dav. Beherbergungsgewerbe	"	130,7	141,2	118,5	143,2	143,9	133,1
Gaststättengewerbe	"	139,4	149,5	144,8	149,2	157,9	150,2
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	110 977	117 809	86 513	108 344	...	111 821
dar. von Auslandsgästen	"	35 617	35 759	21 957	31 030	...	33 788
Fremdenübernachtungen	"	208 097	220 954	157 510	200 614	...	213 939
dar. von Auslandsgästen	"	65 296	66 276	41 292	57 925	...	64 468

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 480	1 494	1 400 s	1 450 s	1 505 s	1 463
Angekommene Schiffe	"	1 560	1 589	1 410 s	1 440 s	1 539 s	1 558
Abgegangene Schiffe	"	4 015	4 372	3 991 p	4 060 p	4 228	4 258
Güterverkehr über See	1 000 t	2 853	3 177	2 975 p	3 243 p	3 133	3 012
dav. Empfang	"	2 304	2 584	2 368 p	2 573 p	2 479	2 401
dav. Massengut	"	1 196	1 257	1 102 p	1 294 p	1 016	1 239
dar. Mineralöle	"	549	612	609 p	670 p	654	611
Sack- und Stückgut	"	1 162	1 195	1 016 p	1 317 p	1 095	1 246
Versand	"	574	576	410 p	581 p	409	580
dav. Massengut	"	588	619	606 p	736 p	686	666
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	363	314	275 s	317 s	313 s	335
* Güterversand	"	422	360	443 s	435 s	454 s	492
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 263	5 166	4 345 p	5 037 p	4 907 p	4 993
Fluggäste	"	291 977	303 834	253 936 p	323 363 p	291 021 p	290 217
Fracht	t	2 069,2	2 412,3	2 166,1 p	2 641,4 p	2 322,4 p	2 540,2
Luftpost	"	682,9	722,9	727,6 p	826,8 p	687,7 p	651,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	26 637	26 293	25 342	25 422	25 498	27 426
Schnell- und Vorortbahnen	"	2 424	1 735	1 637	1 609	1 580	1 697
Straßenbahn	"	19 737	20 065	19 887	20 536	19 818	20 697
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
* a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) (im Verkehr befindlich)	1 000	497,0	510,9	511,4	516,1	519,9	501,7
dar. Perso. en Kraftwagen *) 1)	"	445,7	456,1	456,8	460,3	463,1	448,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *)	Anzahl	5 527	6 119	6 205	8 949	7 665 p	8 320
dar. Personenkraftwagen *)	"	5 094	5 519	5 780	8 125	6 905 p	7 392
Lastkraftwagen	"	283	416	299	454	390 p	584
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	870	910	839	781 p	917 p	850
Getötete Personen	"	22	24	15	19 p	13 p	15
Verletzte Personen	"	1 134	1 166	1 063	1 023 p	1 232 p	1 122
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen *) *)							
* Kredite *) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	48 370,5	50 845,3	54 912,9	55 416,9	56 158,7	49 145,5
dar. Kredite *) an inländische Nichtbanken	"	46 067,5	48 278,9	52 024,6	52 402,3	52 971,6	46 661,2
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	11 606,4	10 957,5	11 799,5	11 594,3	11 872,5	10 291,2
an Unternehmen und Privatpersonen	"		10 781,8	11 712,6	11 483,9	11 778,4	10 134,1
an öffentliche Haushalte	"		175,7	86,9	110,4	94,1	157,1
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 470,8	6 697,8	6 693,7	6 613,0	6 583,4	6 714,7
an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 269,0	5 140,9	5 112,3	5 100,8	5 349,4
an öffentliche Haushalte	"		1 428,8	1 552,8	1 500,7	1 482,6	1 365,3
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	27 990,3	30 623,7	33 531,4	34 195,0	34 515,7	29 655,6
an Unternehmen und Privatpersonen	"		25 689,1	27 404,5	27 815,9	27 984,7	25 054,9
an öffentliche Haushalte	"		4 933,1	6 126,9	6 379,1	6 531,0	4 600,7
* Einlagen und aufgenommene Kredite *) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	34 405,7	34 573,8	36 288,4	36 470,0	36 363,6	33 718,8
* Sichteinlagen und Termingelder	"	21 526,1	21 430,9	22 679,7	22 919,0	22 877,5	20 707,5
von Unternehmen und Privatpersonen	"	16 297,6	15 991,3	16 815,3	16 961,5	16 918,6	15 487,4
von öffentlichen Haushalten	"	5 228,5	5 439,6	5 864,4	5 957,5	5 958,9	5 220,1
* Spareinlagen	"	12 879,6	13 119,9	13 808,7	13 551,0	13 506,1	13 011,3
bei Sparkassen	"	8 206,7	8 314,2	8 665,5	8 625,2	8 579,8	8 236,4
* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	791,1	737,9	638,6	648,4	626,6	613,0
* Lastschriften auf Sparkonten	"	624,6	671,0	631,4	706,1	671,5	601,1
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	15	28	23	34	26	32
* Vergleichsverfahren	"		0				
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	463	425	317	430	372	408
* Wechselsumme	Mio DM	3,8	3,2	2,0	3,9	2,2	1,9

*) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschäden. - *) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - *) einschließlich durchlaufende Kredite. - *) ab Januar 1976 einschließlich durchlaufende Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
		1975	1976				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen *)							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	19 601	19 868	16 016	19 065	14 511	18 786
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 575	3 699	3 652	4 268	3 534	3 654
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 466	1 674	1 598	966	1 816	2 834
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	595	626	666	679	493	750
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg *)							
Aktiengesellschaften	Anzahl	158	157	156	155	155	156
Grundkapital	Mio DM	6 872	7 115	7 209	7 215	7 215	7 074
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 106	7 732	8 200	8 299	8 385	7 632
Stammkapital	Mio DM	6 177	6 622	7 084	7 096	7 121	6 565
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
* Gemeinschaftssteuern	Mio DM	880,8	983,8	.	.	838,9	692,9
* Steuern vom Einkommen	"	518,3	587,8	.	.	400,5	261,1
* Lohnsteuer *)	"	318,9	365,7	.	.	351,8	207,0
* Veranlagte Einkommensteuer	"	128,6	133,1	10,0	263,8	49,2	50,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	28,1	15,2	134,3	4,1	12,1	9,3
* Körperschaftsteuer *)	"	42,7	53,7	.	.	12,5	14,1
* Steuern vom Umsatz	"	362,5	396,0	402,9	360,3	438,3	411,8
* Umsatzsteuer	"	169,3	171,2	159,5	138,7	161,0	165,3
* Einfuhrumsatzsteuer	"	193,2	224,8	243,4	221,5	277,3	246,5
* Bundessteuern	"	904,3	844,8	864,0	780,6	848,5	807,1
* Zölle	"	58,6	67,2	68,9	74,6	75,2	70,3
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	824,4	755,8	759,6	675,1	753,4	716,8
* Landessteuern	"	47,8	54,6	85,3	45,2	29,8	33,1
* Vermögensteuer	"	18,5	21,3	51,8	12,8	3,0	4,8
* Kraftfahrzeugsteuer	"	12,5	12,8	12,9	15,3	14,6	13,1
* Biersteuer	"	2,9	3,1	2,1	2,2	2,9	3,2
* Gemeindesteuern	"	114,1	122,2	.	95,7	79,5	81,0
* Grundsteuer A *)	"	0,0	0,7
* Grundsteuer B *)	"	12,2	12,1	.	35,3	0,8	2,0
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	83,7	90,2	.	56,4	33,2	34,2
* Lohnsummensteuer	"	17,7	19,4	.	2,6	45,4	44,7
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
* Steuereinnahmen des Bundes	"	1 413,1	1 391,1	1 371,0	1 383,2	1 323,1	1 261,1
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	245,7	257,6	220,7	354,0	172,2	169,9
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	247,4	273,2	278,0	248,6	302,5	284,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,7	15,5	8,3	.	.	.
* Steuereinnahmen des Landes	"	299,5	323,8	.	.	78,8	109,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	200,9	214,0	.	.	32,7	52,5
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	35,1	39,7	.	.	16,2	24,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,7	15,5	8,3	.	.	.
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	138,9	151,3	.	.	99,0	98,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) †)	"	52,2	59,2	.	56,4	33,2	34,2
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	56,3	60,2	.	.	19,4	17,8
		Vj.-Durchschnitt 1975	Vj.-Durchschnitt 1976 †)	3. Vj. 1976	4. Vj. 1976	1. Vj. 1977	1. Vj. 1976
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
dar. Personalausgaben	Mio DM	2 421,1	2 421,1	2 180,6	2 768,2	2 447,0	2 482,0
dar. Bauinvestitionen	"	1 000,1	1 000,1	941,8	1 068,6	1 044,1	1 024,9
dar. für Schulen	"	164,4	164,4	185,4	201,8	121,1	107,7
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	40,1	40,1	46,1	51,8	30,6	24,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	10,5	10,5	9,3	13,5	3,6	10,8
Straßen	"	8,8	8,8	9,6	11,6	6,7	5,1
Wasserstraßen und Häfen	"	20,7	20,7	19,8	38,5	10,1	10,6
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	22,3	22,3	25,8	2,2 †)	13,3	21,2
Zuführung an Rücklagen	"	367,2	367,2	259,3	230,9	299,4	569,3
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	1,5	.	6,1	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	2 478,1	2 478,1	2 194,4	2 654,2	2 181,1	2 446,9
dar. Steuern	"	1 425,4	1 425,4	1 369,3	1 780,0	1 413,3	1 178,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	70,5	41,0	98,5	50,7	38,4
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	299,3	316,1	293,7	333,5	309,2
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	22,4	0,0	.	7,2	104,3
Schuldenaufnahme	"	423,4	423,4	253,3	382,7	170,5	589,2
3. Schuldenstand am Ende des Quartals †)	"	8 359,3	8 359,3	8 080,1	8 359,3	8 423,3	7 717,1
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 620,4	8 776,6	7 029,6	7 108,9	6 403,9
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	738,9	708,5	738,9	728,8	708,5

*) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - †) ohne RM-Gesellschaften. - ‡) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - §) Grundsteuerbeiträge abgeglichen. - ¶) einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. - ††) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - †††) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. - ††††) Die von der Unterelbe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1976: rund 31 Mio DM, 1975: rund 44 Mio DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetel vereinnahmt worden.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1976	November 1976	Februar 1977	Februar 1976
		1975	1976				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk	1970 = 100	151,7	159,0	160,9	161,8	162,5	154,4
Wohngebäude insgesamt	"	152,0	159,3	161,3	162,3	163,1	154,8
dav. Einfamiliengebäude	"	152,8	159,9	161,9	162,7	163,5	155,3
Mehrfamiliengebäude	"	147,7	154,1	155,9	158,7	157,2	150,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	147,1	153,7	155,4	156,4	157,1	149,5
Bürogebäude	"	141,7	147,9	149,6	150,9	150,3	143,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"						
Löhne und Gehälter				April 1976	Juli 1976	Oktober 1976	Oktober 1975
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	503	535	522	536	550	508
männliche Arbeiter	"						
darunter	"						
Facharbeiter	"	529	558	547	559	577	531
weibliche Arbeiter	"	319	345	339	350	351	325
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	308	330	324	334	335	316
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	11,72	12,47	12,20	12,55	12,76	11,89
darunter	"						
Facharbeiter	"	12,24	12,96	12,70	13,06	13,30	12,39
weibliche Arbeiter	"	7,99	8,46	8,33	8,58	8,60	8,09
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	7,63	8,01	7,92	8,12	8,10	7,72
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännliche Angestellte							
männlich	"	2 704	2 887	2 847	2 903	2 929	2 746
weiblich	"	1 939	2 075	2 043	2 066	2 107	1 974
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 743	2 904	2 869	2 934	2 948	2 778
weiblich	"	1 848	1 975	1 940	1 998	2 014	1 879
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännliche Angestellte							
männlich	"	2 384	2 569	2 545	2 573	2 621	2 412
weiblich	"	1 700	1 842	1 815	1 851	1 879	1 723
Öffentliche Sicherheit und Ordnung				Februar 1977	März 1977	April 1977	April 1976
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	12 544	13 008	12 554	14 835	13 971	11 333
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	8	6	4	6	9	10
Körperverletzung	"	458	451	480	525	491	388
Raub, räuberische Erpressung	"	112	104	122	120	117	98
Diebstahl	"	7 819	8 165	7 857	8 895	8 769	6 727
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 995	4 366	4 125	4 539	4 810	3 246
Betrug und Untreue	"	1 553	1 711	1 492	1 971	1 888	1 840
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 629	1 542	1 539	1 803	1 623	1 589
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	6 707	5 710	5 691	5 863	5 156	6 598
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	519	647	691	680	685	637
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	30 764	34 205	38 162	39 521	36 170	35 931
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	15 149	16 091	15 128	16 906	15 616	15 570
dav. Feueralarme	"	500	588	421	629	511	811
dar. bekämpfte Großbrände	"	13	17	9	9	13	25
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	124	130	110	162	135	143
Rettungswageneinsätze	"	13 710	14 297	13 845	15 283	14 099	13 889
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 719	2 835	2 582	2 963	2 591	2 984
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 777	1 825	1 500	1 662	1 738	1 624
Hilfeleistungen aller Art	"	940	1 290	862	994	1 006	870
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	175	336	126	175	138	284

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 3. UND 2. VJ. 1976

Großstädte ⁴⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾				
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	1 959	4 588	8 704	- 4 116	16 851	20 276	- 7 543	24 754	9 648	192 104	98	6 756	3 449
	2. Vj.	1 967	4 403	9 982	- 5 579	13 214	17 548	- 9 813	27 801	11 361	193 028	99	6 355	3 231
Hamburg	3. Vj.	1 704	3 472	5 732	- 2 260	15 948	17 509	- 3 821	22 812	9 531	169 347	99	6 766	3 971
	2. Vj.	1 707	3 402	6 397	- 2 995	13 502	16 281	- 5 774	23 593	11 191	169 310	99	6 839	4 005
München	3. Vj.	1 312	2 516 p	3 073 p	- 555 p	19 348	18 280	+ 513 p	20 930	8 059	175 133	133	6 123	4 867
	2. Vj.	1 311	2 485	3 141	- 676	14 774	15 579	- 1 481	20 573	8 579	173 792	133	5 930	4 523
Köln	3. Vj.	984	2 589	2 698	- 99	12 990	13 620	- 729	17 006	2 406	137 791	140	5 954	6 051
	2. Vj.	1 012	2 250	2 767	- 517	10 509	11 173	- 1 181	17 347	4 793	137 738	138	6 444	6 367
Essen	3. Vj.	676	1 404	2 257	- 853	5 689	6 138	- 1 420	12 104	1 947	54 988 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 507 ⁷⁾	2 229
	2. Vj.	677	1 275	2 203	- 928	4 513	5 425	- 1 840	11 723	2 369	54 842 ⁷⁾	81 ⁷⁾	1 459 ⁷⁾	2 155
Düsseldorf	3. Vj.	617	1 358	2 034	- 678	8 327	10 620	- 2 971	10 145	3 536				
	2. Vj.	658	1 258	2 152	- 894	7 084	9 475	- 3 285	10 416	4 553	109 875	151	1 076	1 635
Frankfurt/M.	3. Vj.	634	1 359	2 060	- 701	10 439	12 157	- 2 419	14 902 ⁸⁾	8 075 ⁸⁾	109 875	173	3 480	5 457
	2. Vj.	637	1 332	1 974	- 642	9 208	12 470	- 3 904	16 740 ⁸⁾	8 716 ⁸⁾	108 845	171	3 571	5 606
Dortmund	3. Vj.	620	1 439	1 964	- 525	5 090	7 480	- 2 915	12 050	2 025	68 100	110	1 596	2 574
	2. Vj.	623	1 413	2 175	- 762	4 186	5 157	- 1 733	12 185	2 634	67 652	109	1 610	2 584
Stuttgart	3. Vj.	587	1 367	1 500	- 133	11 980	14 335	- 2 488	5 643	5 740	125 999	215	5 023	8 557
	2. Vj.	590	1 330	1 588	- 256	8 342	12 733	- 4 647	5 926	6 241	124 429	211	5 083	8 615
Bremen	3. Vj.	570	1 244	1 705	- 461	6 889	7 195	- 967	10 651	2 422	77 380	136	3 216	5 642
	2. Vj.	571	1 240	1 905	- 665	5 088	5 911	- 1 488	11 071	2 981	77 432	136	2 188	5 053
Hannover	3. Vj.	558 p	1 162	1 721	- 559	8 223	8 957	- 1 293	15 276 ⁸⁾	3 571 ⁸⁾	94 432	170 p	2 688	4 835 p
	2. Vj.	557	1 058	1 862	- 804	6 558	7 867	- 2 113	16 390 ⁸⁾	5 060 ⁸⁾	92 776	167	2 777	4 986
Duisburg	3. Vj.	594	1 427	1 783	- 356	5 450	6 921	- 1 927	8 466	2 115	101 116	170	3 793	6 386
	2. Vj.	596	1 317	1 950	- 633	4 353	5 775	- 2 055	8 893	2 311	100 682	169	3 602	6 044
Nürnberg	3. Vj.	494	1 051	1 522	- 471	7 356	8 592	- 1 707	9 822	3 763	96 600	196	1 963	3 974
	2. Vj.	495	1 027	1 622	- 595	4 965	6 163	- 1 793	10 092	3 352	94 169	190	1 848	3 733

Großstädte ⁴⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern			
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 m ³	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	13 482 p	454 p	232 p	466	2 607	314	1 966	259	132	720	3 217	4 080	175 267	81 245	
	2. Vj.	13 148 p	464 p	236 p	722	4 769	289	1 742	306	156	838	3 581	4 553	145 391	56 283	
Hamburg	3. Vj.	11 206	544	319	448	2 083	240	1 399	648	435	255	818	2 828	3 640	229 655	186 008
	2. Vj.	11 185	540	316	373	2 276	264	1 639	578	378	221	714	2 708	3 564	236 362	160 955
München	3. Vj.	12 997	595	454	473	1 115	244	1 009	443	708	538	1 341	1 830	2 493	178 091	127 122
	2. Vj.	11 952	471	369	327	1 094	158	655	405	556	424	1 104	1 915	2 514	148 995	100 743
Köln	3. Vj.	5 434	258	262	198	1 419	88	320	274	200	203	407	1 231	1 578	139 911	70 437
	2. Vj.	5 734	284	281	319	1 671	108	625	345	187	185	321	1 307	1 655	157 523	76 498
Essen	3. Vj.	4 573	298	305	151	570	117	629	244	36	79	773	960	54 457	42 910	
	2. Vj.	4 735	193	285	140	526	96	434	196	43	63	807	1 023	62 053	45 438	
Düsseldorf	3. Vj.	5 400	280	454	350	511	112	590	147	238	284	616	1 047			
	2. Vj.	5 500	273	415	187	380	87	709	162	246	319	932	1 197			
Frankfurt/M.	3. Vj.	6 478	280	442	148	875	9	286	100	338	530	614	1 107	1 370	210 750	51 778
	2. Vj.	6 409	263	413	157	719	22	178	253	301	473	571	1 074	1 340	203 532	58 662
Dortmund	3. Vj.	4 589	198	319	185	481	105	286	183	36	59	877	1 129	41 732	37 078 ⁷⁾	
	2. Vj.	4 595	179	287	319	691	152	745	294	36	61	905	1 148	35 392	64 464 ⁷⁾	
Stuttgart	3. Vj.	5 870	268	457	133	484	62	304	359 p	113	193	247	695	992	83 049	54 491
	2. Vj.	6 115	224	360	121	462	57	366	434	116	197	255	773 p	1 031 p	93 609	57 864
Bremen	3. Vj.	4 280	209	367	392	723	207	851	402	90	158	164	1 045	1 238	77 974	47 102
	2. Vj.	4 321	191	335	305	844	79	249	181	82	144	151	903	1 055	69 638	41 145
Hannover	3. Vj.	4 685	206	371 p	122	616	57	358	488	103	185 p	161	938	1 147	60 168	38 880
	2. Vj.	4 613	224	402	135	597	32	215	123	110	197	184	957	1 203	60 521	46 838
Duisburg	3. Vj.	3 302	137	231	122	396	53	285	156	15	25	1 342	1 065	70 757	38 037	
	2. Vj.	3 529	147	247	103	338	75	416	139	17	29	808	1 012	25 234	61 116	
Nürnberg	3. Vj.	4 483	181	366	174	483	121	220	483	124	216	637	840	75 908	33 613	
	2. Vj.	4 380	171	345	195	524	77	205	457	115	232	577	767	75 994	36 885	

¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁵⁾ einchl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ⁷⁾ ohne Bergbau. - ⁸⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁹⁾ nur Einkommensteuer.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1977	Februar 1977	März 1977	März 1976
		1975	1976				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 785 p	61 505,4	61 577,1
Eheschließungen	auf 1 000	6,2	5,9	3,3	4,2	...	5,1
Lebendgeborene	Einw. und	9,7	9,8	9,1	9,6	...	10,2
Gestorbene	1 Jahr	12,0	11,9	11,9	11,8	...	13,6
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 074 217	1 060 336	1 248 918	1 213 741	1 084 229	1 190 159
Arbeitslosen-Quote	%	4,7	4,6	5,5	5,3	4,8	5,2
Offene Stellen	Anzahl	236 174	234 997	201 931	224 460	244 094	239 867
Kurzarbeiter	"	773 334	277 008	268 818	281 211	257 790	500 595
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	7 618	7 428 p
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	778	783 p
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	61 155	68 304 p
der. Auslandsumsatz	"	14 409	16 557 p
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	104,5	110,9 p	107,5 p	112,7 p	111,8 p	108,8
Verarbeitende Industrie	"	103,2	111,1 p	108,6 p	114,7 p	112,7 p	108,8
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	101,6	111,5 p	105,1 p	113,4 p	113,0 p	111,2
Investitionsgüterindustrie	"	102,1	109,3 p	108,2 p	115,1 p	113,8 p	107,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	101,9	110,3 p	113,4 p	117,8 p	114,2 p	109,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	114,0	116,8 p	110,8 p	111,3 p	106,1 p	105,8
Baugewerbe	"	93,0	95,4 p	68,4 p	77,0 p	87,9 p	86,7
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 211	1 192	1 167
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	153	149	143
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	6 021	6 257	4 787
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	30 654	31 600	20 658	22 605	29 128	34 877
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	36 326	32 650	11 550	11 449	12 876	12 969
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	149,2	159,4	130,8	141,3	173,8	158,1
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	142,2	158,6	147,4	146,4 r	176,8	168,1
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	11 248 p	10 907
dav. Empfang	"	8 619 p	8 303
Versand	"	2 629 p	2 604
Zulassungen febrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	193 544	214 309	195 902	227 319	344 806	303 150
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	28 117 p	29 975 p	25 341 p	26 221 p	29 349 p	24 743
Getötete Personen	"	1 235 p	1 234 p	1 015 p	977 p	1 107 p	993
Verletzte Personen	"	38 118 p	40 050 p	33 648 p	33 325 p	38 739 p	32 387
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 933	6 717	6 243	6 143	5 628	4 787
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 333	2 572	1 366	718	6 709	5 747
Körperschaftsteuer	"	838	987	624	26	2 906	1 944
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	4 507	4 872	6 159	5 729	4 322	4 316
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁸⁾	1970 = 100	135,5	140,8	143,3	143,7	144,1	138,9
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	142,3	151,8	154,9	157,0	158,8	160,0
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	136,5	141,7	142,6	143,3	143,9	140,7
Preisindex für Wohngebäude ⁹⁾ insgesamt	1970 = 100	138,9	143,7	...	146,9
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ¹⁰⁾	1970 = 100	134,7	140,8	143,8	144,7	145,2	139,7
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	130,1	136,8	140,8	142,1	142,6	135,8
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	10,40	11,08	10,94	11,19	11,26	10,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	41,2	42,0	41,9	42,5	42,9	41,5

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie, ab Januar 1977 nur noch 20 und mehr Beschäftigte. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totaleergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschl. Investitionssteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt